C 1664 D

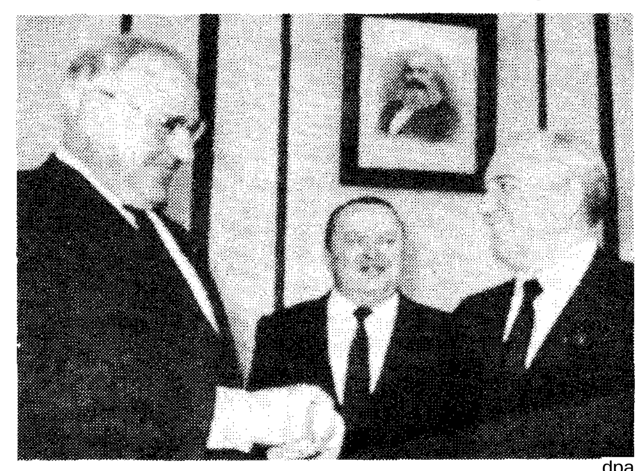
SPARTAKIST

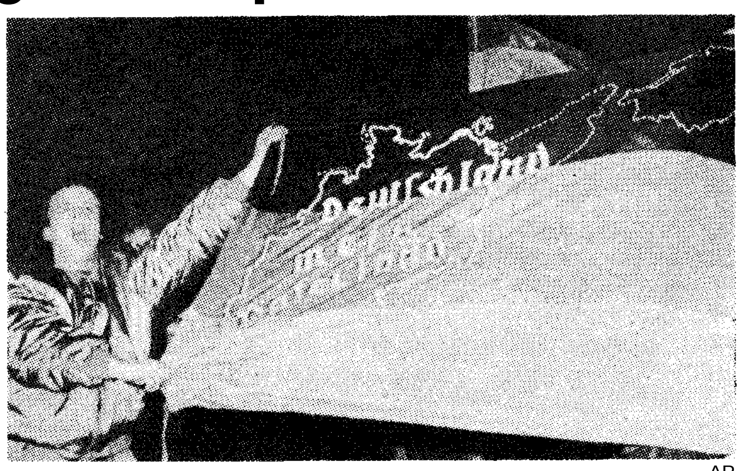
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 68 | 1. MÄRZ 1990 | DM 1.-/1 Mark der DDR

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)
Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen, 21. Januar 1990

Beschwichtigung des Imperialismus


dpa


AP

Kohl und Gorbatschow sind sich einig, daß kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands „unumgänglich" sei (links). Rechte Nationalisten in Leipzig (rechts) schwenken Fahne mit den Grenzen von Hitlers Drittem Reich

Gorbatschow beugt sich einem vierten Reich

Die DDR ist Zielscheibe einer künstlichen Destabilisierungskampagne von noch nie dagewesenem Ausmaß, betrieben von den imperialistischen Mächten. Sie wollen die DDR dadurch in einen Anschluß an die kapitalistische BRD jagen. Macht euch klar: Es geht um nichts Geringeres als die Konterrevolution. Dies würde den gefährlichsten Kriegshetzern Mut machen, von den westdeutschen Revanchisten bis hin zum Pentagon und dem Weißen Haus, die alle darauf aus sind, die Sowjetunion zu zersetzen und als antikapitalistischen Staat zu zerstören, und die weiterhin mit einem atomaren Krieg drohen. Dennoch befürwortete die Modrow-Regierung am 13. Februar eine Währungsunion unter D-Mark-Herrschaft, um eine Wiedervereinigung zu verwirklichen, über die niemand auch nur abgestimmt hat; gleichzeitig gab Gorbatschow der „deutschen Einheit" und einem Truppenvorteil der USA in Europa seine Zustimmung.

Die Arroganz der imperialistischen Einschüchterungskampagne und die Perfidie der sich auflösenden stalinistischen Bürokratien, die sich davor beugen, können gar nicht stark genug betont werden. BRD-Kanzler Kohl sagt der DDR: Ihr müßt die Kontrolle eurer Wirtschaft den Frankfurter Bankern übergeben; Modrow sagt: in Ordnung. US-Präsident Bush sagt der UdSSR: Ihr zieht eure Truppen ab, wir behalten unsere und annektieren auch noch euren Hauptverbündeten; Gorbatschow sagt: klingt vernünftig. Jetzt besteht die NATO darauf, ihre Streitkräfte, wenigstens aber die Bundeswehr, direkt an die polnische Grenze, an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben. Das Weiße Haus gibt zu, daß es überrascht darüber war, mit welcher Hast die Sowjets gespurt haben.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)

Fortgesetzt auf Seite 2

Nein zum D-Mark-Anschluß!

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

erklärte am Vorabend dieser unheilvollen Ereignisse:

> „Angesichts einer handlungsunfähigen DDR-Führung und eines Gorbatschow, der eine Position nach der anderen aufgibt, sind die deutschen, britischen und amerikanischen Imperialisten zur Übereinstimmung gekommen, daß sie durch einen Propaganda-Blitzkrieg erobern können, was sie früher nur durch einen NATO-Blitzkrieg glaubten erreichen zu können. Wenn sie dabei Erfolg haben, wird das auf Kosten von großen Teilen der DDR-Bevölkerung sein.
> Sie versuchen, Chaos zu schaffen, um den Arbeiterstaat DDR zu zerstören. Die Errichtung einer Wirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum im Herzen Europas ist eine historische Errungenschaft, die verteidigt werden muß."
> (*Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 23, 15. Februar)

Wir riefen in dieser Erklärung die Werktätigen der DDR auf, „bei den Wahlen am 18. März eine überwältigende Stimme gegen die kapitalistische Wiedervereinigung abzugeben, und jetzt damit zu beginnen, sich zu organisieren und sich in den Fabriken und auf den Straßen gegen den imperialistischen Angriff zu Wehr zu setzen."

Wir betonen: Die Volkskammerwahlen sind ein Volksentscheid über die Existenz der DDR, wenn auch ein verzerrter. Unsere Kandidaten stehen ein für ein Klassenkampfprogramm gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die Werktätigen der DDR haben keine Alternative zum Ausverkauf der proletarischen Errungenschaften als eben diesen Kampf. Von allen anderen Parteien und Kandidaten verlangen wir eine klare, schriftliche Stellungnahme zur Wiedervereinigung. *Über die Parteigrenzen hinweg* lautet die Hauptfrage für die Werktätigen in Deutschland heute: Für oder gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann oder wenn Wähler ansonsten von unseren allgemeinen Auffassungen so entfernt sind, daß sie deshalb nicht für unsere Liste stimmen wollen, rufen wir zu einer Stimme für solche Listen auf, die sich klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verpflichten, die soziale und politische Integrität der DDR aufrechterhalten und ihre sozialen Errungenschaften verteidigen.

Die Bonner Kampagne, eine Währungsunion durchzupeitschen, ist eine tödliche Gefahr für die Werktätigen der DDR. Sobald Modrows Kapitulation von den Medien ausgestrahlt wurde, bildeten sich lange Schlangen vor Banken: die Werktätigen fürchteten, ihre Ersparnisse würden über Nacht wertlos. Sogar westliche Ökonomen geben zu, daß eine Deutsche-Bank-Republik Millionen Arbeitslose und massiven Lohnabbau mit sich bringen würde. Die Panikmache über einen Zusammenbruch der DDR, orchestriert direkt vom Bonner Kanzleramt im Verbund mit der SPD, soll den Weg ebnen für einen Aufkauf der DDR zu Niedrigstpreisen.

Dies ist eine klassische Destabilisierungskampagne nach dem Muster von Chile, um die DDR-Arbeiter zu demoralisieren und zu paralysieren, kombiniert mit Goebbels' Technik der Großen Lüge: der Behauptung eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs. Doch wenn man sich als DDR-Bürger umschaut, stellt man fest, daß nichts von dem stimmt. Sogar ein „erfahrener westlicher Diplomat" wird so zitiert: „Sie sind nicht am Rande des Abgrundes. Es gibt Lebensmittel in den Läden, Strom und Wasser gibt es wie gewöhnlich, der Müll wird abgeholt, die Straßenbahn und die Busse fahren." Vergleicht das nur mit Polen, wo es jetzt unter der IWF-Austerity Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Fabrikschließungen und dergleichen gibt.

Der Feldzug von Kohl/SPD, die DDR zu schlucken, erinnert in vieler Hinsicht an die Kampagne Adolf Hitlers, 1938 die Tschechoslowakei zu zerstückeln. In jenem Mai bereitete der deutsche Generalstab eine Direktive vor: Sie sah eine Propagandakriegführung vor, die den Widerstand der Tschechoslowaken zermürben sollte, sowie einen Wirtschaftskrieg, um den Zusammenbruch zu beschleunigen. Goebbels' Propagandaministerium fabrizierte Geschichten über „tschechischen Terror" gegen die deutsche Minderheit im Sudetenland. Die Drohung eines deutschen Überfalls überzeugte die britischen und französischen Herrscher, daß die einzige Alternative zu einem Krieg mit dem Dritten Reich darin bestand, die Zerstörung ihres Verbündeten, der ČSR, zu akzeptieren — und eben das taten sie auch mit dem Münchner Abkommen vom September 1938. Sechs Monate später marschierte die Wehrmacht in Prag ein.

Der Unterschied zu heute ist, daß die ČSR ein Junior-Partner des britischen und französischen Imperialismus war; im Gegensatz dazu ist die DDR ein Arbeiterstaat, wenn auch bürokratisch deformiert, der mit der UdSSR verbündet ist. Wenn George Bush US-Militärbasen besucht, US-UdSSR-Kriegsspiele anschaut, in ein B-52-Cockpit steigt mit den Worten: „So, zurück zum Krieg", bereitet er Krieg gegen die Sowjetunion vor. Wenn die imperialistische Welt verkündet: „Heute Ostdeutschland, morgen Rußland", so müssen revolutionär gesinnte Arbeiter und alle Gegner des imperialistischen Kriegs dies mit einem mächtigen „Nein!" beantworten. Und trotz des gegenwärtigen Wiedervereinigungsrausches werden sie nicht die einzigen sein, die dies tun.

Helmut Kohl brennt es unter den Nägeln, der erste Reichskanzler seit Adolf Hitler zu sein, und Westdeutschlands Drang nach Osten läßt die Welt erschaudern. Als die polnische Regierung vom „2+4"-Plan Westdeutschlands erfuhr (zuerst Verhandlungen zwischen den

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Günther Melt, Len Markow, Renate Müller, Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen, Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Back

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonfo Frankfurt/Main 119 88-601
Tel.: Redaktion (040) 33 1794
Vertrieb (0 40) 32 36 44
Fax (0 40) 33 01 54

Abonnement: (8 Ausgaben) DM 10,— /10 Mark der DDR
Ausland Seepost DM 15,—
Luftpost DM 30 —

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Spartakist erscheint vorübergehend in einem technisch vereinfachten Format.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173—7430

Nr. 68 **1. März 1990**

beiden deutschen Staaten, dann zwischen den vier alliierten Mächten im Zweiten Weltkrieg), verlangte sie, daran teilzunehmen, und eine Garantie der Oder-Neiße-Grenze. Bonn erwiderte, die Beteiligung Polens wäre „nicht sinnvoll", Deutschland stelle (gegenwärtig) keine territorialen Ansprüche. Kein Wunder, daß zwei von drei Polen gegen die deutsche Wiedervereinigung sind, und daß viele davon überzeugt sind, sie wäre das Vorspiel eines dritten Weltkriegs. Kein Wunder, daß Warschau den Verbleib von sowjetischen Truppen in der DDR wünscht. Man stelle sich einen Hitler mit Atomwaffen vor.

Nicht nur Deutschlands Nachbarn erschaudern vor dem stürmischen Drang in die Wiedervereinigung. Der Bevölkerung der DDR dämmert es, daß die D-Mark reinzuholen nicht Audis für alle bedeutet (noch nicht einmal VWs), sondern den Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung und vieler sehr realer sozialer Errungenschaften. In diesen Tagen demonstrierten in Berlin Eltern und Kinder gegen die Streichung von kostenlosen Mahlzeiten und die Abschaffung von Kinderhorten in den Schulen. Wie wir in *Arprekorr* berichteten, traten Elektroarbeiter, darunter eine Gruppe vietnamesischer Kollegen, im Berliner VEB EAW in einen Warnstreik, um gegen drohende Entlassungen zu protestieren. EAW-Direktor Puppe verhandelte mit Kapitalisten aus dem Westen und stellte fest, daß er 3000 bis 4000 Arbeiter vor die Tür setzen könnte.

Im letzten Stadium seiner Auflösung ist das stalinistische SED-(jetzt PDS-)Regime dabei, die vergesellschaftete Wirtschaft und den Arbeiterstaat zu zerstören und wirft beides über Bord. DDR-Arbeiter müssen in Aktion treten, in Form von Fabrikbesetzungen und der Organisierung von Arbeiterkontrolle, um die Produktion aufrechtzuerhalten und einen Ausverkauf zu verhindern. Mit dem Aufbau eines Arbeiterstaats auf den Trümmern des Hitler-Faschismus haben sie Großartiges geleistet: Nicht nur ist der Lebensstandard hier höher als in einem Großteil Westeuropas, auch kann die Industrie Konsumgüter und Werkzeugmaschinen jeder Art produzieren, auch eine hochentwickelte Computerbranche existiert. Die Verzerrungen rühren nicht nur von der bürokratischen Willkür her, sondern auch von der Autarkie, der nationalen Selbstgenügsamkeit, die auf das Fehlen einer wirklichen internationalen zentralisierten Planung zurückzuführen ist. Um einen Anfang zu machen: anstatt das Land an das kapitalistische Westdeutschland auszuverkaufen, wäre eine Übergangsperspektive, auf eine wirkliche und gleichberechtigte Integration der DDR-Wirtschaft in die der UdSSR zu drängen — die Antwort der

Fortgesetzt auf Seite 8

Wählt Spartakist am 18. März!

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Wählt

SPARTAKIST

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges "Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung! ...

gen werden. Kohl & Co. bombardieren Deutschland Ost und West mit einer monströsen Panikmache. Die stalinistische Bürokratenherrschaft ist zerfallen, doch nun soll auch der Zusammenbruch der ...

Wir wenden uns an alle, die gegen den Ausverkauf der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wollen. Wählt Spartakist-Arbeiterpartei bei den Volkskammerwahlen am 18. März! Gebt ein mächtiges „Nein!" zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Kämpft mit uns für eine kommunistische Zukunft!

Helft uns, ein eindrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihrer Zukunft! Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten, Jugendliche, Rentner, schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitsstellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendklubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt zum Spartakist-Treffpunkt in Treptow!

Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke deine Spende an:

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700-955, Kennwort „SpAD" oder an:
F. Zierenberg, Konto-Nr. 2 119 766 00, BLZ 500 800 00
Dresdner Bank, Frankfurt/Main

D Ich möchte _ Wahlbroschüren zum Verteilen
D Ich möchte _ Spartakist-Plakate
D Ich möchte _ DM/Mark spenden
D Ich möchte die SpAD-Wahlkampagne wie folgt unterstützen: • ____________________

Name ____________________
Straße ____________________
PLZ ____________ Ort ____________________
Tel.: ____________________

Kontaktadressen für Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und Spartakist-Gruppen

SpAD, c/o Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

D. Bartels	Postfach 21 07 50	Spartakist-Gruppe	Spartakist-Gruppe
Postamt Berlin 15, Postlagernd	1000 Berlin 21	Postfach 24	HPA Rostock, Postlagernd
Corinthstr. 51, Berlin 1017	Tel. (0 30) 8 82 39 64	Greifswald 2200	Rostock 01, Rostock 2500

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Hamburg, 15. Februar 1990

Liebe Freunde,

mit diesem Brief wollen wir Euch über den Verlauf des Ermittlungsverfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit und unserer Verteidigungsarbeit informieren.

Ihr erinnert Euch: Während des Westberliner Wahlkampfes, in dem die Republikaner ihre rassistische „Todeslied"-Kampagne führten, unternahmen sie am 14. Januar 1989 eine bewaffnete Provokation auf Gäste eines Moabiter Restaurants. Dort hatte die Trotzkistische Liga Deutschlands (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) zuvor ein antifaschistisches Video gezeigt. In der Folge wurde gegen acht *Opfer* dieses Republikanerangriffs ermittelt wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden).

Inzwischen wurde gegen sechs Freunde und Genossen das Ermittlungsverfahren eingestellt. Das ist ein Erfolg. Aber gegen zwei der Antifaschisten soll Anklage erhoben werden, und zwar gegen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen. Genossin Dahlhaus war eine Sprecherin der TLD auf der antifaschistischen Massendemonstration in Treptow am 3. Januar.

Die Anklagen sollen erhoben werden insbesondere aufgrund der Aussagen von Carsten Pagel, dem Führer des Überfalls in Moabit! Dieser Pagel wurde gerade in der Nachfolge des geschaßten Bullen Andres Republikaner-„Führer" in Westberlin — nach diversen innerparteilichen Kämpfen nach Art der Republikaner, die, wie bekannt, Gewalt nicht nur gegen Gegner, sondern auch untereinander anwenden. Mordanschläge, Provokationen, Schändungen von antifaschistischen Gedenkstätten häufen sich, auch in der DDR, wo die Faschisten auf der chauvinistischen Welle massiv hinschwappen wollen.

Zwei Zeugen des faschistischen Überfalls erstatteten Anzeige: wegen gefährlicher Körperverletzung (die Republikaner hatten die Zeugin zu Boden geschlagen und danach auf sie eingetreten); außerdem gegen den Republikaner Bert Handschumacher, der Gäste des Lokals mit einer Waffe bedrohte.

Liebe Freunde, Ihr habt schon zuvor durch Eure Unterschrift und auch durch Geldspenden Eure Solidarität gezeigt. Wir haben bisher etwa 200 Unterschriften, insbesondere ist es uns gelungen, die Unterstützung politischer und gewerkschaftlicher Immigrantenorganisationen sowie gewerkschaftlicher Gruppen und Funktionsträger zu bekommen. Eine Liste der bisherigen Unterstützer liegt bei. Wir brauchen aber noch viel mehr Unterstützung dieser Art, um zu verhindern, daß die beiden Antifaschisten wegen ihres Protests gegen das faschistische Pack ins Gefängnis müssen! Die Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit müssen sofort fallengelassen werden!

Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Bisher sind DM 4395,10 auf dem Konto des Komitees eingegangen. Die Ausgaben beliefen sich bisher auf DM 4105,83. Wir bitten Euch, zu spenden, und auch in Euren Organisationen, bei Euren Freunden, Kollegen usw. zu sammeln und Unterstützung zu mobilisieren.

Mit solidarischen Grüßen

Werner Brand

Liste der bisherigen Unterstützer

Ich/meine Organisation fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar 1989 eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!

Volker Alberti, VVN-BdA* Hamburg; **Antifaschistisches Plenum Saar,** Saarbrücken; **Didier-Daniel Auroi,** Lehrerund Gewerkschafter, Frankreich; **Otto Baidur,** IGM*, Eckernförde; **Esther Bejarano,** Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V.*, Hamburg; **Giovanni Bertolini,** Sekretär des Centro Culturale Concetto Marchesi*, Milano, Italien; **Roswitha Bethge,** Hamburg; **Gianni Bombaci** CGIL-Gewerkschaftssekretär*, Milano, Italien; **Alexandra Brandes,** SJD Die Falken*, Hamburg; **Wolfgang Brauer,** Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Altona*. Hamburg; **Lutz Brütt,** DKP*, Hamburg; **Rolf Burgard,** Hamburg; Luigi Cipriani, Abgeordneter der Democrazia Proletaria*, Italien; **Comite de defense sociale (CDDS),** Frankreich; **Annette Cremmeu** SNESUP*, Frankreich; **CUT-Chile,** Hamburg; **Dr. Peter Degkwitz,** DKP-Bezirksvorstand Hamburg*; **Demokratische Frauenorganisation Irans,** Hamburg; Jutta Ditfurth Die Grünen*; **Ernst Duschinski,** IGM*, WN-BdA*, Gesellschaft BRD-CCCP*, DKP*, Kiel; **Thomas Ebermann,** Hamburg; **Gertrud Ehrenreich,** SPD-OV-Vorsitzende Ehndorf*; **Hans-Jürgen Eisermann,** Stellvertretender OV-Vorsitzender DPG Kiel*, Achterwehr; Gisela Eisner, Schriftstellerin, München; **Fahimeh Farsaie,** Schriftstellerin, Köln; **Frente Patriötico Manuel Rodriguez,** Hamburg; **Wolfgang Gehrcke** DKP-Bezirksvorsitzender Hamburg*; **Adrian Geiges,** Journalist, Dortmund; **Hermann L. Gremliza** Herausgeber Konkret, Hamburg; **Michael Grill,** Hamburg; **Franco Grisolia,** Nationaler Vorstand Democrazia Proletaria*, Nationalkomitee der CGIL*, Italien; **Grün-Alternative Liste (GAL) Mitgliederversammlung,** Hamburg; **Grün-Alternative Liste (GAL) Universität Göttingen; Gruppe Arbeiterinnenstandpunkt,** Österreich; **Zihni Gülgen,** DGB-Kreisvorstandsmitglied Flensburg*; **Eric-Holger Hanisch,** IGM*, BR*, VKL Philips GmbH Hamburg*; **Helge Harms,** DAG-Gewerkschaftssekretär*, Hamburg; **Dr. Ludger Heid,** Dozent am Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte*, Duisburg; **Jockl Hoffmann,** ÖTV*, Hamburg; **infobüro für gefangene,** Hamburg; **Info-Büro zum Hungerstreik,** Hamburg; **Kay Iversen** IGM*, VKL Stock GUSS GmbH*, Neumünster; **Hanno Jensen** IGM-Vertrauensmann*, Süderbrarup; **Kamerun Komitee e.V.,** Hamburg; **Serge Klarsfeld,** Frankreich; **Kollektiv des Buchladen Gegenwind,** Hamburg; **Komitee für soziale Verteidigung (KfsV); Igor Kondracheff,** Frankreich; **Marlene Koppe,** Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen*; **Jürgen Körösi,** IGM*, BR Sauer*, Hohenwestedt; **Joachim Kroll,** DKP*, Hamburg; **Anja Kuhr,** GAL*, ehemaliges Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; **Kürekci,** ÖTV*, Flensburg; **All Kurtuldu,** IGM*, BR Hauni Bergedorf*, Hamburg; **Matthias B. Lauer,** SAG*, SOdZDL*, Neunkirchen; **Dr. Gerda Lederer,** Hamburg; **Adi Loose,** SPD*, Neumünster; **Lutte Ouvriere,** Frankreich; **Holger Lüttich,** Intern. Sekretariat, Prov. Komitee für eine revolutionäre Jugendinternationale, deutsche Sektion*; **Ernest Mandel,** Belgien; **Michael Martensen,** IGM-OJA Hamburg*; **Noel Matoff,** Fotografin,

Weg mit der Hexenjagd gegen die DKP!

Am 20. Februar brach die westdeutsche Polizei in mehreren Städten in die Wohnungen von DKP-Mitgliedern ein. Vorwand: eine Verleumdungskampagne, die behauptet, es existiere eine geheime Terrororganisation von DKPlern, die aus der DDR ferngesteuert würde. Dies ist wirklicher Staatsterror von der Bourgeoisie, deren Bullen zu töten bereit sind, um ihre faschistischen Sturmtruppen zu verteidigen. Das Ziel: die Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Grenze für eine kapitalistische Wiedervereinigung weichzuklopfen. Nachstehend drucken wir einen Protestbrief des Komitees für soziale Verteidigung ab, einer klassenkämpferischen, nichtsektiererischen Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

[per Telefax]

Hamburg, 21. Februar 1990

An die
Frankfurter Staatsanwaltschaft

Das Komitee für soziale Verteidigung verurteilt schärfstens die BKA-Razzien gegen die DKP. Die Geschichte von einer „Geheim-Armee" ist eine Erfindung, die an Goerings Reichstagsbrandprozeß erinnert. Sie ist ein Lügenmärchen der Geheimpolizei und eine Bedrohung für die demokratischen Rechte eines jeden. Wir verlangen die sofortige Beendigung dieser Hexenjagd.

Komitee für soziale Verteidigung
Bernd Fiedler

Hamburg; **Eliseo Morales,** Frankfurt; **Joseph Moshe,** Hamburg; **Farzad Narimany** Komitee gegen den Golfkrieg*, Hamburg; **Angelika Noack** Hamburg; **Willy van Ooyen,** DFU*, Köln; **Prof. Dr. Norman Paech,** Hamburg; **Peggy Parnass** Schriftstellerin; **Partisan Defense Committee (PDC), USA; Volker Peters,** IGM*, BR NWBM*, Neumünster; **Klaus Petersen,** DGB*,VKL*, Flensburg; **Harro Pusch,** GAL-Hamburg*; **Kai Reiflin,** Vorsitzender der WN Altona*; **Angelika Reuter,** WN*, GEW*, RCU*, Hamburg; **Revolutionär Kommunistische Liga (rkl),** Österreich; **Augusto Rocchi,** Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM Milano*, Italien; Günther Rohr, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau **1*; Thomas Schönberger,** GAL-Hamburg*; **Werner Schröder,** Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg*; **Peter Schutt,** Schriftsteller, Hamburg; **Peter Schwanewilms,** GAL-Landesvorstand*, Hamburg; **SPD Ortsverein Bremen-Mahndorf; Günther Steffens,** DAG*, Hamburg; **Petra Stengert,** Gewerkschaftsangestellte, GdED*, Neumünster; **Mauro Tassetto** Anarchico*, Italien; **Rainer Trampert**, Die Grünen*, ehemaliger Bundesvorstand, Hamburg; **Türkische Sosyal Demokraten in Hamburg; Luise Tyroller,** GEW*, DKP*, Palästina-Komitee*, Hamburg; **Jose M.G. Ventura,** Hamburg; **Verein der Menschenrechte in der Türkei, Ankara; Felix Walder,** Schweiz; **Angelo Wehrli,** Wirtschaftsreferent der GAL-Fraktion*, Hamburg; **Siegfried Wied,** IGM*, BR Sauer-Sundstrand*, Neumünster; **Jean Wolff,** KPF*, Freundschaftsgesellschaft Frankreich-DDR*; **Eberhard Zamory,** WN*, Hamburg;

UNTERSTÜTZER AUS DER DDR: Blamu-Jatz-Orchestrion, Weimar; **DDR-Komitee für Menschenrechte; Freie Deutsche Jugend; Gewerkschaft Wissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin; Stephan Hermlin,** Berlin; **Gerhard Leo,** Mitglied des Präsidiums des Komitees der Widerstandskämpfer der DDR*; **Heiner Müller,** Berlin; **Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen,** Berlin; **Käthe Reiche),** Schauspielerin am Deutschen Theater, Berlin; **Sportschau des DTSB der DDR; Benito Wogatzki,** Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR*, Berlin;

WESTBERLINER UNTERSTÜTZER: Alternative Liste (AL); Andenbuch; Werner T. Angress, emeritierter amerikanischer Professor; **ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus; Antifaschistisches Aktionsbündnis,** Moabit; **Anti Fasist Genclik** (Antifaschistische Jugend von Halkevi); **Ausländerinnenreferat des AStA TU-Berlin Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V.; Dr. Peter Brandt,** ÖTV*, SB*, Privatdozent für Geschichte und freier Publizist; **Buchladen Prinz Eisenherz; Buchladen am Savignyplatz; Cinti-Union Berlin; Demokratik Isci Birligi,** Demokratischer Arbeiterbund; **Egit,** Demokrat* (kurdische Zeitschrift); **Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus; Gruppe IV. Internationale; Necati Gürbaca,** IGM-Gewerkschaftssekretär*; **Ellis Huber,** Präsident der Ärztekammer Berlin*; **Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V. (IBKA); Horst Jäckel; Kommunistische Partei Deutschlands; Ismail Kosan,** AL-Ausländerbereich*; **Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR); Helmut Kusch, SEW*; Moabiter Times,** Stadtteilzeitung; **MehmetÖzkan,** IGM*, BR*; **Pan Am (ÖTV) Vertrauensleute; Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin; Alexandra Rossberg,** Hilfsstelle für ehemalig rassisch Verfolgte*; **Heinz Schröder,** 1. Vorsitzender der VVN/Verband der Antifaschisten*; **Schwarze Rose; Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW),** Kreisorganisation Tiergarten; **Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken,** Kreisverband Tempelhof; **Sozialistischer Jugendverband (SJV),** Tiergarten; **Sozialistischer Schülerbund Berlin; TKP/M-L (Hareketi); Dr. Gerburg Treusch-Dieter,** Dozentin; **Türkenzentrum; Verein iranischer Flüchtlinge e.V.; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (WN/VdA)**; **Holger Wendt** SSB*, Falken*, Jusos*, AG Antifades AStA*; **Brigitte Ziegler,** Betriebsräte- und Vertrauensleutekörperleitung*; **und viele andere mehr**

* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Stand 15. Februar 1990

Spendet auf das Konto:
Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

Kontakt und Unterschriftenlisten über:
Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 3954
Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

Spartakist-Treffpunkt

Kreiskulturhaus-Treptow
Puschkinallee 5, Berlin
1. Stock, Raum 19

geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr
Samstag 17-21 Uhr
Freitag geschlossen

Trotzkisten ehren Lenin, Luxemburg, Liebknecht

Am 14. Januar führten die Spartakist-Gruppen und die Trotzkistische Liga Deutschlands (jetzt Spartakist-Arbeiterpartei) eine öffentliche Veranstaltung zu Ehren der „3 L" des Kommunismus in Berlin durch. Nachstehend drucken wir in leicht gekürzter Form die Rede von G. Melt für die Spartakist-Gruppen ab. Genösse Melt ist inzwischen Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Wer von euch Fernsehen gesehen hat, die Zeitung gelesen hat, der hat mitbekommen, daß es ab morgen Preissteigerung gibt, bei Kinderkleidung bis 150 Prozent. Dabei muß man feststellen, daß es nur der Anfang ist. In der Diskussion sind bereits Veränderungen bei Nahverkehrstarifen, bei Mieten, Dienstleistungen und anderen Gebrauchsgütern des Grundbedarfs.

Man muß weiterhin feststellen, daß es eine Verfassungsänderung gegeben hat, und es wird Gesetzesvorlagen geben, die erstens Kapitalschutz garantieren, und zweitens einen Gewinntransfer ermöglichen. Regierungschef Modrow hat in seiner Regierungserklärung [vom 11. Januar] von Arbeitskräften gesprochen, die im Zuge der Wirtschaftsreform freigesetzt werden. Das heißt, es wird Arbeitslosigkeit geben.

Für das Problem der Kapitalbeteiligung in den volkseigenen Betrieben ist jetzt auch noch das Feigenblatt dieser 49 Prozent Beteiligung fallengelassen worden. Das heißt, es gibt keine Beschränkungen nach oben. Und dieses wurde auch noch mit großer Volkskammermehrheit, wie man der Presse entnehmen kann, angenommen. Damit muß man feststellen, die Weichen sind ganz klar auf kapitalistische Restauration gestellt.

Am Donnerstag abend haben deutschnationale Kräfte vor der Volkskammer die Staatsflagge zerrissen. Das Kabinett Modrow steht dieser Wiedervereinigungshysterie machtlos gegenüber. Und zwar deshalb machtlos, weil der Wirtschaftskurs der Regierung Modrow objektiv diesen Kräften in die Hände arbeitet, ob die Regierung das will oder nicht.

Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!

Wir haben in unserer *Arbeiterpressekorrespondenz* vom 12. Januar einen Offenen Brief an alle Kommunisten innerhalb der SED-PDS und auch außerhalb dieser Partei formuliert. Dieser Brief ist von uns als Vorschlag gedacht und enthält konkrete Angebote für Aktionseinheiten. Wir haben darin einen Hauptpunkt, neben anderen. Da geht es gegen den Ausverkauf der DDR. Wir schlagen den Werktätigen in den Betrieben eine Reihe konkreter Fragen vor, die durch die zuständigen Direktionen beantwortet werden sollen. Eine dieser Fragen habe ich nur mal so aufgeschrieben: Wer bevollmächtigt die Generaldirektoren und Direktoren eigentlich dazu, das Volkseigentum zu verschleudern? Nun, unsere Antwort darauf ist, es handelt sich um unsere Betriebe, die mit unserer Arbeit aufgebaut worden sind. Und demzufolge müssen auch die Werktätigen, die in diesen Betrieben arbeiten, über alle ihre Belange selbst entscheiden. Das ist ein wesentlicher Eckpfeiler unseres politischen Programms. Die Entscheidungen müssen von denjenigen getroffen werden, die auch die Werte schaffen.

Deshalb meinen wir: Organisiert euch, schafft euch politische Machtorgane. Nichts anderes verbirgt sich hinter unserer Losung „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" Eine erste wesentliche Aufgabe dieser Räte ist die Forderung nach Öffnung der Geschäftsbücher. Das heißt, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage dieser Betriebe muß vor den Werktätigen offengelegt werden. Schluß mit diesen Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der Arbeiter.

Lest unseren Offenen Brief und euch werden noch ganz andere Fragen einfallen. Es sollen ja nur Anregungen sein, denn jeder einzelne weiß natürlich viel besser, wo der Hase im Pfeffer liegt. Das ist klar, wir können das nicht wissen. Wir stehen jedenfalls dafür ein, und das ist unser politisches Programm. Wir haben unbegrenztes Vertrauen in die Klugheit und Urteilsfähigkeit der Arbeiter. Und ich sage es noch einmal ganz deutlich und zum Mitschreiben: Der Kurs der gegenwärtigen Regierung ist gefährlich, und er unterminiert die Grundlagen des Arbeiterstaats.

Brecht mit dem Stalinismus — Für eine leninistisch-egalitäre Partei!

Am 3. Januar gab es [in Treptow] eine antifaschistische Einheitsfrontaktion, „Stoppt die Nazis!", die von uns initiiert wurde. Eine solche Einheitsfrontaktion ist in dem Sinne Lenins kein politischer Nichtangriffspakt, sondern jede politische Gruppierung wahrt ihre eigene Unabhängigkeit. Es ist gewissermaßen eine kämpferische Einheit, in der gilt: Getrennt marschieren, vereint schlagen. Man könnte das auch anders formulieren: Völlige Freiheit der Kritik, völlige Einheit der Aktion. Das haben unsere Sprecher in Treptow zum Ausdruck gebracht und das hat manchem nicht so richtig geschmeckt, wie ja zu beobachten war.

Aber festzustellen ist, daß es erstmals in der Geschichte der DDR eine linke Opposition zur SED-PDS, zu den Nelken, zu der Vereinigten Linken [gibt] — es soll wohl auch noch eine Initiativgruppe zur Gründung einer KPD in der DDR geben —, daß eine linke Opposition ihren Standpunkt klar und eindeutig in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.

Was ist das eigentlich, die Linke Opposition? Was haben die Trotzkisten gegen den Stalinismus unternommen? Was ist eigentlich Stalinismus? Es gibt in unserer Presse eine Reihe von Veröffentlichungen in der letzten Zeit, die sich alle mit dem Stalinismus beschäftigen. Und man muß feststellen, es gibt auch eine Reihe Konfusion, denn allen diesen Artikeln ist eines gemeinsam: sie gehen am Wesen des Stalinismus vorbei.

Nun, eine erste deutliche Warnung vor einer möglichen Degenerierung eines Arbeiterstaates finden wir bereits bei

Friedrich Engels. In seinem Vorwort zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich", Ausgabe 1891, formuliert er sinngemäß so: Die Arbeiterklasse muß, wenn sie die politische Macht erringen will, einerseits die alte bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen, aber andererseits sich vor ihren eigenen Abgeordneten und Beamten schützen, um nicht die politische Macht wieder zu verlieren, die sie soeben errungen hat.

Heute mit Kenntnis der Geschichte muß man sagen, daß Engels mit dieser Warnung leider Recht hatte. Es zeigte sich, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine Arbeiteraristokratie oder eine Arbeiterbürokratie entstehen konnte. Es sollte sich aber auch zeigen, daß in einem Arbeiterstaat eine bürokratische Schicht entstehen kann, die die politische Macht widerrechtlich an sich reißt.

Nachdem die Bolschewiki unter der Führung Lenins und Trotzkis die Oktoberrevolution erfolgreich durchgeführt hatten, wurde dem jungen Sowjetstaat ein imperialistischer Angriffskrieg und ein blutiger, opferreicher Bürgerkrieg aufgezwungen. In seinen berühmten Aprilthesen war Lenin sich einig mit der Position Trotzkis und hatte folgendes begründet: In einem so rückständigen Land wie Rußland mit starken feudalen Strukturen ist es möglich, die bürgerlich-demokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse sofort in die sozialistische Revolution überzuleiten.

Aber die Reserven der Russischen Revolution liegen nicht in Rußland selbst, sondern in der internationalistischen Hilfe der anderen Proletarier, also letztendlich in der Ausweitung der Revolution nach Westen.

Schicksalsgemeinschaft der Deutschen und der Russischen Revolution

Besondere Erwartung hatten die Bolschewiki, und besondere Hoffnung auch, in die deutsche Arbeiterklasse. Von dort war der Marxismus gekommen, und es gab eine lange Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Oktoberrevolution war praktisch unter der Losung begonnen worden, „Rußland ist der Funke, Deutschland wird die Flamme sein".

Aber die Deutsche Revolution von 1918 wurde von der rechten sozialdemokratischen Führung in Blut ertränkt. Liebknecht und Luxemburg wurden umgebracht, weil sie für eine deutsche Räterepublik eingetreten sind.

In der Zwischenzeit tobte in der Sowjetunion der Bürgerkrieg weiter. Aus einer Handvoll Roter Garden, muß man sagen, schmiedete Trotzki die Rote Armee und war ja anerkannter Führer. Es war zu dieser Zeit teilweise ein sehr hartes Regime notwendig, um der tödlichen Umklammerung erfolgreich zu entgehen. Der Bürgerkrieg dezimierte aber auch die Reihen der Bolschewiki selbst. Es ist festzustellen, daß die Partei von 1923 nicht mehr die Partei von 1917 war. Mehr als 95 Prozent der Parteimitglieder waren erst nach der Oktoberrevolution Mitglied geworden.

Konsolidierung der Stalin-Bürokratie

Eine Vielzahl von Parteifunktionären war es aus der Zeit des Bürgerkriegs gewohnt, zu befehlen und anzuordnen. Das war während des Bürgerkriegs richtig und notwendig, aber die Zeiten hatten sich geändert. Es war mittlerweile Frieden. Es hatte sich also ein Heer von Administratoren innerhalb der Partei herausgebildet. Der Sachwalter der Interessen dieser Bürokraten wurde Stalin. Er war in vielerlei Hinsicht ein idealer Sachwalter. Er war energisch, er war listig, er war verschlagen und er war ein alter Bolschewik.

Hinzu kam noch, daß in seinen Händen mehrere Schlüsselpositionen waren. Er war einmal Volkskommissar für Nationalitätenfragen, was in einem solchen Vielvölkerstaat, wie es die Sowjetunion nun einmal ist, bedeutsam ist. Er war weiterhin Kommissar für die Arbeiter- und Bauerninspektion, er war Politbüro-Mitglied und seit April 1922 Generalsekretär der Partei. Lenin hatte nach seinem ersten Schlaganfall, und nachdem er wieder genesen war, durchaus die ungeheure Gefahr gesehen, die von der Parteibürokratie ausging.

Im Dezember '22 holte Lenin zum ersten Schlag gegen Stalin und seine Fraktion aus. Er kritisierte Stalin einmal wegen der Verfolgung der nationalen Minderheit in Georgien. Er griff Stalin in der Frage des Außenhandelsmonopols an. Am 23. Januar legte er ein Projekt über die Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion vor, und dies wurde in „Lieber weniger, aber besser" weiter ausformuliert. Zwar wird Stalin in dieser Schrift namentlich nicht erwähnt, aber die Angriffsrichtung war völlig klar. Stalin wußte wohl, was diese Sprache bedeutete. Er wußte auch, daß er es mit einem mächtigen Gegner zu tun hatte. Am 25. Dezember oder am 4. Januar 1923 diktierte Lenin seinen Brief an das ZK, was man häufig auch als sein politisches Testament bezeichnet, wo er die Absetzung Stalins verlangte. Am 6. März ging Lenin sogar so weit, jede kameradschaftliche und persönliche Beziehung zu Stalin abzubrechen.

Den entscheidenden Schlag aber, den Lenin und Trotzki gemeinsam gegen das Triumvirat führen wollten — unter dem Triumvirat ist zu verstehen Stalin, Kamenjew, Sinowjew, die während Lenins Krankheit und nach seinem Tod die Partei führten. Den entscheidenden Schlag wollten beide auf dem Parteitag im April 1923 führen. Allein der letzte Schlaganfall, den Lenin im März 1923 erlitt, verhinderte diese Absicht.

Ich möchte mich jetzt nicht auf das Gebiet der historischen Spekulation begeben. Vielleicht war es nicht ganz richtig, daß Trotzki den Angriff auf diesem Parteitag nicht allein geführt hat. Aber man muß immer bedenken, er hoffte immer noch auf eine Genesung Lenins und war der Meinung, daß ein gemeinsamer Vorstoß wirkungsvoller sein würde. Aber, wie gesagt, keine historische Spekulation. Wir müssen bei den Tatsachen bleiben.

Von nun an waren die Bemühungen des Triumvirats, also



der Troika, daraufgerichtet, die innerparteiliche Demokratie zu ersticken und die Parteileitungen der Kontrolle durch die einfachen Mitglieder zu entziehen. Ja, mehr noch, die bürokratischen Wucherungen wurden auf den gesamten Staatsapparat ausgeweitet. Das Sowjetsystem wurde zerschlagen. Ein weiterer historischer Umstand kommt hinzu, durch den die Stalin-Fraktion ihre Macht außerordentlich konsolidieren konnte. In Deutschland war im Frühjahr 1923 wieder eine revolutionäre Situation entstanden. Die KPD wurde von einem Großteil der deutschen Arbeiterschaft unterstützt und hatte die Möglichkeit, die politische Macht, die buchstäblich auf der Straße lag, zu übernehmen. Aber die damalige Parteiführung um Brandler war sehr zögerlich und wurde zudem noch von der Kominternführung, die unter Einfluß von Stalin und Sinowjew stand, sehr widersprüchlich instruiert.

Wieder wurde also eine große historische Chance nicht genutzt. Die Deutsche Revolution 1923 fand nicht statt, jedenfalls nicht im positiven Sinne. Es bleibt also festzustellen: Die Arbeiterklasse in der Sowjetunion, vom vorherigen Bürgerkrieg stark dezimiert und auch demoralisiert, stand immer noch isoliert da. Die erhoffte und ersehnte Ausweitung der Revolution nach Westen war nicht eingetreten.

Hinzu kommen noch die bereits von mir geschilderten Umstände innerhalb der Partei, und Lenins natürlich viel zu früher Tod. Das alles machte es dieser bürokratischen Schicht möglich, die Macht in Partei und Staat widerrechtlich an sich zu reißen.

Mit Lenin-Trotzki: Für proletarischen Internationalismus!

Im Jahre 1924 gingen Stalin und Bucharin, mit dem er in der Zwischenzeit ein Bündnis eingegangen war, daran, das Programm des Sozialismus in einem Land auszuarbeiten. Das war eine Theorie, die entgegen der Linie von Lenin und Trotzki stand.

Es waren immer die Trotzkisten, die schon seit den frühen 20er Jahren entschieden die stalinistische Bürokratie bekämpft hatten. Die Linke Opposition, also die Trotzkisten, standen einmal für Internationalismus, und für Industrialisierung. Aber sie verteidigten auch die Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe, auch noch nach Trotzkis Ermordung 1940 im mexikanischen Exil.

Nun, genau in dieser Tradition sind wir angetreten. Wir stehen für die Verteidigung der Arbeiterstaaten. Wir sagen aber auch: Kehrt zurück zum Weg Lenins, Trotzkis, Liebknechts, Luxemburgs! Diese Namen stehen für Sowjetherrschaft, also für eine Räterepublik.

An dieser Stelle muß ich allerdings auch sagen: wir können die Probleme der DDR nicht in der DDR selbst lösen. Es ist einerseits notwendig, sich mit der Arbeiterklasse Westberlins und der Bundesrepublik zu verbünden. Deshalb sagen wir zum Beispiel: NARVA-Arbeiter, sprecht mit euren Klassenbrüdern bei Osram. Führt gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen den Ausverkauf der DDR durch. Denn wenn dieser Ausverkauf stattfindet, sind auch Arbeitsplätze im Westen gefährdet.

Vergeßt auf keinen Fall den Schulterschluß mit anderen Betrieben, mit den Kollegen von Elektrokohle, vom 7. Oktober, von Bergmann-Borsig, denn sie können die nächsten sein, die auf die Straße fliegen. Handelt gemeinsam mit euren vietnamesischen, polnischen, mosambikanischen Kollegen. Denkt auch daran: Eine Räterepublik in ganz Deutschland steht seit über 70 Jahren auf der Tagesordnung und wird auch der Arbeiterklasse in der Sowjetunion, in Polen, der ČSSR usw. eine echte revolutionäre Perspektive geben.

Um dieses Programm nun von Lenin und Liebknecht und Luxemburg in die Tat umzusetzen, brauchen wir eine neue revolutionäre Partei als deutsche Sektion der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die SED-PDS ist nicht reformfähig, weil diese bürokratischen Strukturen, die sich in den Jahren 1923/24 herausgebildet hatten, direkt auf diese Partei übertragen wurden. Sie haben immer noch das Programm des Sozialismus in einem Lande. Hinzu kommen die programmatischen Konfusionen in den Programmansätzen der letzten Zeit. Wir meinen jedoch aber auch, daß viele Mitglieder dieser Partei, und auch viele ehemalige Mitglieder, die diese Partei aus guten Gründen verlassen haben, für eine echte revolutionäre Perspektive gewonnen werden können. Deshalb haben wir unseren Offenen Brief an alle Kommunisten geschrieben, unter anderem.

Wir rufen jeden auf, der mit uns programmatisch übereinstimmt, zu uns zu kommen, Mitglied der Spartakist-Gruppen zu werden und gemeinsam mit uns dieses Programm zu verbreiten und dafür einzustehen. Im Sinne von Wladimir Iljitsch Lenin, von Karl Liebknecht und von Rosa Luxemburg ist unsere Losung zu verstehen: Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa. Es kommt nämlich — zum Abschluß — darauf an, daß wir in der DDR lernen, unsere nationalen Scheuklappen zu überwinden, daß wir wieder internationalistisch denken lernen. •

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 3

Arbeiter auf Perestroika (sprich Ausverkauf).

Das stalinistische Schema vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" war immer ein Widerspruch und eine Lüge, umso mehr in einem halben Land wie der DDR: Sozialismus ist naturgemäß internationalistisch. Schon zu Zeiten der europäischen Revolutionen von 1848, die aus der industriellen Revolution hervorgingen, war ein Weltmarkt entstanden. Daraus ergab sich für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, über den Nationalismus der bürgerlichen Revolutionen hinauszugehen. Ebenso wie die Erste Internationale dafür eintrat, Arbeiterkämpfe über nationale Grenzen hinweg zu vereinen, müssen heute die Arbeiter der DDR, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen, den gemeinsamen Kampf mit ihren Kollegen im Westen suchen. Und ebenso wie die Pariser Kommune und Sowjetrußland unter Lenin und Trotzki ausländischen Arbeitern volle Staatsbürgerrechte gewährten, fordern wir Trotzkisten das gleiche in Deutschland heute, Ost und West.

In unserem Manifest und Kampfprogramm, veröffentlicht anläßlich der Volkskammerwahlen, warnen wir noch einmal vor dem Trojanischen Pferd SPD, die die kapitalistische Wiedervereinigung durchdrücken will, nur sozialdemokratisch-rosa gefärbt. Vor den Parteien, die (wie auch die PDS) sagen, sie wollen gegen den Ausverkauf kämpfen, die aber dann in der Praxis kapitulieren, mahnen wir zur Vorsicht. Wir sagen: „Der Stalinismus hat seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen!"

Übersetzt nach Workers Vanguard
Nr. 496, 23. Februar

Von Perestroika zu Pogromen

Blutige Nationalistische Kämpfe in der UdSSR

22. JANUAR — Kommunalistisches Gemetzel tobt in den kaukasischen Republiken. Um dem einen Riegel vorzuschieben, hielt es der sowjetische Führer Michail Gorbatschow für notwendig, Truppen hinzuschicken. Nach schweren Kämpfen gegen aserbaidschanische nationalistische Partisanen, die sich ihre Waffen vorher von der Armee genommen hatten, halten sowjetische Streitkräfte jetzt die Hauptstadt Baku besetzt. Die Massendemonstrationen gehen weiter, geführt von der aserbaidschanischen Volksfront, die das Gespenst der Abspaltung heraufbeschwört. Weitere sowjetische Kräfte ergreifen Maßnahmen, um die Kontrolle zu gewinnen über das Gebiet entlang der Grenze zwischen Aserbaidschan und Armenien, die zu der Frontlinie in einem grausamen Bürgerkrieg geworden ist.

In einer Ansprache an die sowjetische Bevölkerung erklärte Gorbatschow:

> „Die tragischen Ereignisse in Baku, in den Grenzgebieten von Aserbaidschan und Armenien und in anderen Regionen des Kaukasus haben den Preis für nationalistischen Wutausbruch, für Spekulation mit heiligen nationalen Gefühlen bloßgelegt. Es ist ein Verbrechen, Menschen zur blinden Feindschaft und zum Wahnsinn des Bruderkriegs zu treiben."

Das ist es wirklich. Doch die gewalttätigen Nationalismen, die jetzt die Sowjetunion auseinanderzureißen drohen, sind das Produkt von sechs Jahrzehnten stalinistischer bürokratischer Herrschaft und sind durch Gorbatschows eigene Politik noch verschärft worden.

Der unmittelbare Auslöser für die Entscheidung, Truppen zu entsenden, war das Pogrom gegen die mehreren tausend Armenier, die noch in Baku lebten. Aserischer Mob — häufig setzte er sich aus Leuten zusammen, die vor der zwei Jahre dauernden Blutfehde geflohen sind — zerrte Menschen aus der Wohnung, verbrannte sie laut Berichten bei lebendigem Leibe, schlug sie zu Tode und warf sie von Balkons runter. Manche Aserbaidschaner waren entsetzt über die Gewalttätigkeiten und setzten ihr eigenes Leben aufs Spiel, um armenische Freunde und Nachbarn vor dem blutrünstigen Mob zu verstecken. Die Zeitung der sowjetischen Kommunistischen Jugend, *Komsomolskaja Prawda,* berichtet, auf die Initiative des aserbaidschanischen Komsomol hin patrouillierten aserische Veteranen des Afghanistan-Krieges durch armenische Viertel, um weitere Pogrome zu verhindern.

Die Greueltaten sind keineswegs einer Seite allein zuzuschreiben. Armenische Partisanen, mit Kampfhubschraubern, die sie von der sowjetischen Armee genommen hatten, haben aserbaidschanische Dörfer unter Beschuß genommen. Die Moskauer Zeitung *Iswestija* berichtete, 3000 Armenier hätten ein Dorf in Nachitschewan angegriffen, einer zwischen Armenien und Iran eingekeilten Enklave.

Die Entscheidung, Truppen hinzuschicken, traf bei der sowjetischen Bevölkerung auf weit verbreitete Zustimmung. Jedoch hat das Gorbatschow-Regime auch pazifistische Haltungen ermutigt, um seinen Rückzug aus Afghanistan zu rechtfertigen, wo die sowjetische Armee *einen fortschrittlichen* Krieg gegen die von den Imperialisten bewaffneten islamischen und Stammesfanatiker führte. So haben viele russische Eltern dagegen protestiert, ihre Söhne zur Wiederherstellung des Bürgerfriedens in den Kaukasus zu schicken. Als Reaktion darauf stoppte die sowjetische Regierung die Einberufung von Armeereservisten und verkündete, daß nur reguläre Militär- und Polizeikräfte bei dem Unternehmen eingesetzt würden. Das liberal-stalinistische Regime von Michail Gorbatschow hat keine *politische* Antwort auf den ,.nationalistischen Wutausbruch" und den „Bruderkrieg", den er verurteilt.

Die Entsendung von Truppen nach Aserbaidschan hat im Augenblick die Litauen-Krise in den Schatten gestellt. Doch die Abspaltung dieser baltischen Republik hätte ernste Konsequenzen für die Zukunft der Sowjetunion. Sie würde den westlichen Imperialismus enorm ermutigen bei seiner Kampagne, die UdSSR aufzubrechen und die Überreste in Neokolonien der Wall Street und der Frankfurter Banken zu verwandeln.

Sowohl Gorbatschow als auch die litauischen Nationalisten von Sajudis stellen jetzt Abspaltung hin als einfach die Ausübung der nationalen Selbstbestimmung, die in der Gründungsverfassung der UdSSR von 1924 formal garantiert ist. (Dieses Recht wurde eingebaut als das Ergebnis des letzten Kampfes, den der sterbende Lenin gegen Stalins großrussischen Chauvinismus führte.) Doch das vorrangige Ziel der baltischen Nationalisten ist nicht Unabhängigkeit, sondern Einheit mit der kapitalistischen „freien Welt". Während sie über die heilige „Unabhängigkeit" heulen, reden sie über die Bildung eines „Baltoscandia" — eine Union von Litauen, Lettland und Estland mit den kapitalistischen Ländern Skandinaviens. Und sie erwarten großzügige Hilfe aus den Koffern des westlichen Imperialismus. Unter dem Deckmantel von nationaler Befreiung nehmen die litauische Sajudis und die lettische sowie die estnische Volksfront Kurs auf *soziale Konterrevolution.*

Der Aufstieg von reaktionärem Nationalismus ist keineswegs auf die Peripherie der UdSSR begrenzt. Ukrainischer Nationalismus rührt sich hinter der wieder zum Leben erweckten östlich-rituellen katholischen Kirche. Der für die Zukunft der UdSSR gefährlichste Nationalismus von allen ist der des vorherrschenden russischen Volkes. Und hier haben wir das Anwachsen des faschistischen Pamjat (Gedächtnis) und anderer großrussisch-chauvinistischer Vereine gesehen, die antisemitischen Dreck ausspucken, da sie die Juden zum Sündenbock machen für das wirtschaftliche Desaster von Perestroika (Umgestaltung). Letzte Woche bahnten sich SA-Typen Marke Pamjat gewaltsam ihren Weg in die Moskauer Zentrale der Schriftstellergewerkschaft und unterbrachen eine Versammlung von antifaschistischen Intellektuellen.

Jahrzehntelange stalinistische Polizeistaatsherrschaft trampelte auf berechtigten nationalen Beschwerden und Rechten herum, während sie auch den offenen, gewalttätigen Ausdruck von Haß und Rivalität des Nationalismus unterdrückte. All dies kam an die Oberfläche, als Gorbatschow die politischen Kontrollen lockerte. Jedoch hat Perestroika vorher existierende nationale Gegensätze in großem Maße *geschürt und verschärft.* Politische Liberalisierung war verbunden mit einem Programm, das wirtschaftliche Kon-

kurrenz und ökonomisches Eigeninteresse ermutigte und die sozialistischen Prinzipien von Gleichheit, Internationalismus und proletarischer Solidarität abbaute.

Das Gorbatschow-Regime macht keinen Versuch, die armenischen und aserbaidschanischen Arbeiter gegen die kleinbürgerlichen Agitatoren des Völkermords aufzurufen. Und im Baltikum, wie anderswo, ist die ganze Stoßrichtung von Perestroika gewesen, Intellektuellen, Technokraten und Kleinunternehmern — der sozialen Basis der nationalistischen Bewegung — Vorteile zu verschaffen, auf Kosten der Arbeiter und Genossenschaftsbauern. Daher können die Gorbatschowschen Stalinisten nicht russischsprachige Arbeiter mit ihren litauischen, lettischen und estnischen Klassenbrüdern auf einem egalitären sozialistischen Programm vereinigen.

Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen das verheerende Wüten von Perestroika wächst. Sibirische Bergarbeiter drohen mit weiteren Streiks. Die Situation schreit nach dem Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei, die die sowjetische Arbeiterklasse gegen die Kräfte des mörderischen Nationalismus und der kapitalistischen Restauration vereinigen und mobilisieren kann.

Perestroika schürt reaktionären Nationalismus

Der unmittelbare Auslöser des kommunalistischen Bürgerkriegs im Kaukasus war die armenische Massenagitation, den Status des Autonomen Gebiets Nagorny-Karabach zu ändern, einer bergigen Enklave mit 100 000 Einwohnern — 75 Prozent davon Armenier — innerhalb der Grenzen und unter der Zuständigkeit der aserbaidschanischen Republik. Nagorny-Karabach war kein isolierter Streit um Territorium, sondern ein Symptom und ein Symbol des wieder aufsteigenden armenischen Nationalismus. Armenische Bürokraten und Intellektuelle, die Elite einer wirtschaftlich relativ fortgeschrittenen Region der UdSSR, sahen sich als die auserwählten Kinder von Perestroika.

Aserbaidschaner reagierten im Februar 1988 mit einem blutigen Pogrom gegen Armenier in der Stadt Sumgait, in der Nähe von Baku. Seit damals haben Terror und Gegenterror 600 000 Armenier und Aseris von ihrem Zuhause vertrieben und auf beiden Seiten damit eine Masse rachsüchtiger Flüchtlinge geschaffen. In den Augen der Aseris werden die Armenier von den Russen begünstigt, ihren christlichen Kumpeln, die sich in der Geschichte als die Beschützer der Armenier gegen den ungläubigen Türken betrachtet haben. Aserbaidschanische Nationalisten schauen jetzt nach Iran, wo die Mehrheit der Aseris lebt, als ihrem Beschützer. Chomeinis Bilder werden auf ihren Demonstrationen getragen, und die Pogromisten von Baku skandierten „Islamische Republik" zusammen mit „Nieder mit den Armeniern!" Und jetzt hat die aserbaidschanische Enklave Nachitschewan ihre Unabhängigkeit von der UdSSR erklärt und ihren Wunsch, ein Teil vom Iran zu sein.

Noch mehr sogar als im Kaukasus ist im Baltikum der Wiederaufstieg von reaktionärem Nationalismus direkt verbunden mit Gorbatschows marktorientiertem Wirtschaftsprogramm. Wie Armenien sind die baltischen Republiken eine relativ entwickelte Region, die bei der Perestroika eine Spitzenstellung einnimmt. Genauso wie armenische Nationalisten auf Aseris herabsehen, so sehen baltische Nationalisten auf Russen herab. Sie denken, sie werden als der östliche Rand der Europäischen Gemeinschaft eine glänzende Zukunft haben.

Viele Litauer glauben törichterweise, sie würden von den Westmächten großzügig behandelt werden, wenn sie ihnen dabei helfen, die Sowjetunion aufzubrechen. Die Litauer täten gut daran, sich das benachbarte Polen anzuschauen, wo Solidarnosc' Programm der kapitalistischen Restauration die Wirtschaft runtertreibt auf ein Dritte-Welt-Niveau.

Als die Gorbatschow-"Reformer" an die Macht kamen, brandmarkten sie die lange Zeit des Breschnjew-Regimes als die „Ära der Stagnation" und versprachen eine neue Ära der „sozialistischen Erneuerung". Jetzt, nach fünf Jahren Perestroika, ist die Sowjetunion zu einem brodelnden Kessel von wirtschaftlicher Unzufriedenheit und nationalen Leidenschaften geworden. Es *gibt* einen Ausweg. Es ist die Rückkehr zum proletarischen Internationalismus von Lenin und Trotzki. Als einen ersten Schritt müssen klassenbewußte Arbeiter und sozialistische Intellektuelle die Pamjat-Faschisten auf der Straße zerschlagen und alle Erscheinungen von russischem Chauvinismus und Antisemitismus mit der Wurzel ausreißen. Durch die Bekämpfung der Chauvinisten in der vorherrschenden russischen Nationalität werden sich patriotische russische Arbeiter die moralische und politische Autorität verschaffen, den anderen reaktionären Nationalismen zu begegnen, die jetzt die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auseinanderzureißen drohen.

Im Baltikum besteht ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in der lettischen und in der estnischen Republik — und die Mehrheit des Proletariats — aus Russen, Ukrainern, Belorussen, Juden, ethnischen Sibiriern und anderen sowjetischen Völkern. Diese russischsprachigen Arbeiter haben sich in der „Internationalistischen Bewegung" organisiert, um baltischen Nationalismus zu bekämpfen und ihre demokratischen Rechte zu verteidigen. Doch in der Abwesenheit eines wirklich internationalistischen Programms könnte diese Bewegung leicht in russischen Nationalismus verfallen. Dieser kann keinen Anklang finden bei den lettischen und estnischen Arbeitern, deren Großeltern standhaft *für* die Bolschewik! waren.

Der Kommunismus hat den Aseris und anderen traditionell islamischen und turksprachigen Völkern in der Sowjetunion viel zu bieten — wirtschaftliche und soziale Modernisierung, und nicht zuletzt *die Befreiung und Gleichheit der Frauen.* Eine wirklich internationalistische massive Bemühung, die feudalistische Reaktion in Afghanistan zu zerschlagen, hätte die UdSSR zu einem Leuchtfeuer gemacht für sozialen Fortschritt im Osten. Unter einer leninistischen Führung würden, anstatt daß die sowjetischen Aseris in den Einflußbereich vom Chomeinischen Iran gezogen werden, die als Nationalität unterdrückten Aseris des Iran zur Sowjetmacht hingezogen werden. Das Programm eines unabhängigen Sowjet-Aserbaidschan, das dieses turksprachige Volk auf beiden Seiten des Araks vereinigt, würde ein gutes Stück dabei weiterhelfen, die nationale Frage im Kaukasus auf einer fortschrittlichen Grundlage zu lösen.

Es ist notwendig, in der Sowjetunion eine authentisch bolschewistische Partei wiederzuschmieden, die die Arbeiter dabei führt, die stalinistische Bürokratie auszukehren und ein Regime zu errichten, das auf Sowjetdemokratie basiert, auf einer geplanten, egalitären Wirtschaft, auf Gleichheit zwischen den Völkern und auf proletarischem Internationalismus. Nur ein solches Programm kann die schöpferischen Energien *aller* sowjetischen Völker freisetzen und die brudermörderischen nationalen Konflikte überwinden, die jetzt in Gorbatschows Rußland toben.

Auszüge übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 494, 26. Januar

Stalin sabotierte Verteidigung der UdSSR

Leopold Trepper war der Chef der sowjetischen Spionage-Organisation „Rote Kapelle", die in Westeuropa unter der Nazi-Besatzung operierte. Trepper und Richard Sorge, in Tokio, waren typisch für Anhänger der „Reiss-Fraktion" im sowjetischen Staatsapparat, wie Trotzki sie nannte. Sie waren, wie auch Ignaz Reiss (ein GPU-Funktionär, der 1937 ermordet wurde, sechs Wochen nachdem er sich gegen Stalin und für Trotzkis Vierte Internationale ausgesprochen hatte), entsetzt über die Greuel des Stalinismus, blieben aber politisch paralysiert und begruben sich im sowjetischen Militär-Nachrichtenapparat. Sie setzten auf heldenhafte Weise ihr Leben aufs Spiel, um die UdSSR zu verteidigen. Aber Stalin, geblendet durch seinen Pakt mit Hitler, ignorierte ihre Informationen über den bevorstehenden Nazi-Überfall.

Der stalinistische Terror-Apparat behandelte Trepper und Sorge nicht anders als zahllose andere. Als Trepper im Januar 1945 nach Moskau zurückkehrte, wurde er gleich in die Lubjanka geworfen. Die sowjetische Regierung hatte sich *geweigert*, Sorge auszutauschen, nachdem er 1941 ins Netz gegangen war, und sie ließ es zu, daß die japanische Regierung ihn im November 1944 exekutierte. Trepper wurde erst nach Stalins Tod aus dem Gefängnis befreit.

Mit der Roten Kapelle in Berlin arbeitete nach 1939 die antifaschistische Widerstandsgruppe zusammen, die von Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen geführt wurde. Die Schulze-Boysen-Gruppe wurde von den Nazis im Sommer 1942 zerschlagen, und mehr als 50 wurden anschließend exekutiert, darunter auch ihre Führer.

Nachstehend drucken wir einen Auszug aus *Die Wahrheit* ab, Leopold Treppers Memoiren.

* * *

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnet Hitler die Weisung Nr. 21, besser bekannt unter dem Namen „Operation Barbarossa". Der erste Satz dieses Plans sagt ausdrücklich: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen." Die Zentrale wird sofort von Richard Sorge verständigt, der ihr eine Abschrift dieser Weisung übermittelt. Die Direktion des Geheimdienstes der Roten Armee erhält Woche für Woche neue Angaben über die Vorbereitungsmaßnahmen der Wehrmacht. Anfang 1941 schickt Schulze-Boysen der Zentrale genaue Angaben über die beabsichtigte Operation: massive Bombenangriffe auf Leningrad, Kiew, Wyborg, Zahl der zum Einsatz gelangenden Divisionen ... Im Februar übermittle ich einen ausführlichen Funkspruch mit der genauen Zahl der aus Frankreich und Belgien abgezogenen und nach dem Osten verlegten Divisionen. Im Mai lasse ich durch den sowjetischen Militärattache in Vichy, General Susloparow, den vorgesehenen Angriffsplan übermitteln und gebe das ursprüngliche Datum, 15. Mai, an, dann die Änderung des Tages und das endgültige Datum. Am 12. Mai benachrichtigt Sorge Moskau, daß hundertfünfzig deutsche Divisionen entlang der Grenze bereitstehen. Am 15. Juni gibt er den 21. Juni als Datum für den Beginn der Operationen an; das Datum wird von Schulze-Boysen in Berlin bestätigt...

Dreißig Jahre nach Kriegsende hat Marschall Golikow in einer historischen sowjetischen Zeitschrift den Wert der erhaltenen Informationen offiziell bestätigt:

„Der sowjetische Nachrichtendienst hatte *rechtzeitig* die Termine und Daten des Angriffs gegen die UdSSR erfahren und zur gelegenen Zeit Alarm gegeben ... Der Geheimdienst hat genaues Material hinsichtlich des Militärpotentials von Hitlerdeutschland, der genauen Ziffern der Streitkräfte, der Rüstungsmenge und der strategischen Pläne des Wehrmachtskommandos geliefert ..."

Marschall Golikow ist durchaus in der Lage, eine solche Erklärung abzugeben. Er war von Juni 1940 bis Juli 1941 Leiter des Nachrichtendienstes der Roten Armee. Vielleicht kann er, wenn der Generalstab so gut informiert war, die Gründe für die Katastrophe nach dem deutschen Angriff nennen. Wahrscheinlich ist die Antwort in der von Golikow am'20. März 1941 an seine Dienststelle gerichteten Note enthalten:

„Alle Dokumente, die behaupten, der Krieg stehe unmittelbar bevor, müssen als Fälschungen betrachtet werden, die aus britischen oder sogar deutschen Quellen stammen."

Auf die wichtigsten Depeschen, die ihm Sorge, Schulze-Boysen oder Trepper schicken, schreibt Golikow an den Rand „Doppelagent" oder „britische Quelle" ...

Am 21. Juni erhalten wir durch Maximowitsch und Schulze-Boysen die Bestätigung, daß die Invasion für den nächsten Tag angesetzt ist. Es ist noch Zeit, die Rote Armee in Alarmzustand zu versetzen...

Ich ... bestehe-darauf, daß Susloparow den Funkspruch abschickt. Am späten Abend kehre ich in mein Hotel zurück. Um vier Uhr morgens weckt mich der Hotelbesitzer mit dem Ruf: „Es ist soweit, Monsieur Gilbert, Deutschland hat den Krieg gegen die Sowjetunion begonnen!"

Am 23. Juni trifft Wolosiuk, der Luftwaffen-Attache bei General Susloparow, in Vichy ein; er hat Moskau wenige Stunden vor Ausbruch des Krieges verlassen. Er erzählt mir, daß er vor seiner Abreise zum Direktor gerufen worden sei, der ihm eine Botschaft für mich mitgab:

„Sagen Sie Otto (so lautete mein Kodename), daß ich dem Obersten Chef die Informationen über den bevorstehenden deutschen Angriff übermittelt habe. Der Oberste Chef wundert sich, daß ein Mann wie Otto, ein alter Mitkämpfer, ein Mann des Geheimdienstes, sich durch die englische Propaganda irreführen läßt. Sie können ihm die feste Überzeugung des Obersten Chefs mitteilen, wonach der Krieg gegen Deutschland nicht vor 1944 beginnen wird ..."

Die „feste Überzeugung" des Obersten Chefs Stalin sollte sehr teuer zu stehen kommen. Nachdem er 1937 die Rote Armee ihrer Köpfe beraubt hatte — was die Ursache der ersten Mißerfolge wurde —, lieferte der geniale Stratege die Armee den Hitlerhorden aus. In den ersten Stunden der deutschen Offensive verbietet er zurückzuschlagen — ungeachtet aller Beweise und weil er noch immer an eine Provokation glaubt... Das Ergebnis sind bombardierte Flugplätze, auf dem Boden zerstörte Flugzeuge; die deutschen Jäger beherrschen die Luft und verwandeln die russischen Ebenen in Panzerfriedhöfe. Die Führer der Armeekorps, denen Stalin verboten hatte, ihre Truppen in Alarmzustand zu setzen, erhalten am Abend des 22. Juni den Befehl, den Feind über die Grenzen zurückzuwerfen. In jenem Augenblick sind die Panzerdivisionen der Wehrmacht schon mehrere hundert Kilometer weit in sowjetisches Gebiet eingedrungen.

Es war das Opfer eines gegen den Eindringling erhobenen Volkes erforderlich, um das Los der Waffen umzukehren. Aber Stalins Fehler kostete Rußland Millionen Tote und verlängerte den Krieg. •

Arbeiterräte...

Fortsetzung von Seite 16

zu sagen: er „verteidigt das Volkseigentum", fordert der Entwurf nur „demokratische Mitbestimmung in allen Eigentumsformen". Einfach ausgedrückt, akzeptiert der FDGB-Gesetzentwurf die Restauration des Kapitalismus!

Aber das Kapital will mehr: ein gewerkschaftsfreies Umfeld für die Ausbeutung. Bei den Autowerken in Eisenach, Teil des IFA-Kombinates, das ein Joint venture mit Volkswagen errichtet hat, will die Betriebsleitung auf Rat der westdeutschen Bosse einen „Betriebsrat" nach Art des Westens. Bei einem Gespräch am „runden Tisch" (der den Direktor, Vertreter politischer Parteien und die Betriebsgewerkschaftsleitung [BGL] umfaßt), wurde der BGL-Vorsitzende rausgeschmissen.

Die Zeitung der IG Metall kommentiert: „Manch ein Kombinatsdirektor kehrt von einer Reise in den Westen zurück mit der Forderung, auch in ‚seinem' Betrieb müßten sofort Betriebsräte' gewählt werden" *(Metall,* 26. Januar). Ein Beispiel ist die Maschinenfabrik 7. Oktober in Berlin, wo sich die Leitung auch einen handverlesenen „runden Tisch"/Betriebsrat gegen den FDGB schuf. Der Generaldirektor des Kombinats, Warzecha, der vor kurzem der SPD beitrat, denkt, 3000 Arbeitsplätze könnten gestrichen werden, und er sucht nach westlichen „Partnern" *(Frankfurter Rundschau,* 16. Februar).

Es sind jedoch nicht nur Kapitalisten und Kombinatsdirektoren, die nach Betriebsräten rufen. Ein Flugblatt der Initiative für eine Vereinigte Linke (VL) drängt: „Wählt Räte in den Betrieben". Der Betriebsrat könne „zur Verwirklichung der demokratischen Rechte der Belegschaft" dienen und zur „Kontrolle der Verhandlungen mit ausländischem Kapital". Aber auf einer Betriebsrätekonferenz, zu der die VL-Initiativgruppe aufgerufen hatte, hatten Berichte über die realen Bedingungen der „Mitbestimmung" in der Bundesrepublik eine „ernüchternde" Wirkung, schreibt *Neues Deutschland (5.* Februar).

So dient der Aufruf zu Betriebsräten oft dazu, ein Programm für die Restauration des Kapitalismus zu verschleiern. Dagegen ruft die Spartakist-Arbeiterpartei auf: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" In unserem „Offenen Brief an alle Kommunisten" *(Arprekorr* Nr. 18, 12. Januar) schrieben wir: „Die SED-PDS schlägt jetzt vor, Betriebsräte zu bilden ‚bevor das Kapital kommt' *(ND* vom 11.1.). Die Spartakisten rufen auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um zu verhindern, daß das Kapital kommt!"

Viele Arbeiter fragen uns: Betriebsräte oder Arbeiterräte, was ist der Unterschied?

Betriebsräte dienen im besten Fall eher der Spaltung der Arbeiterklasse, statt zu ihrer Einheit beizutragen; sie beschränken die Arbeiter aufprägen des einzelnen Betriebs. Wenn die westlichen Kapitalisten sich daran machen, gelbe „Gewerkschaften" zu organisieren, dann tun sie das meist schrittweise von Betrieb zu Betrieb. Sogar diejenigen, die zu Betriebsräten in einer unabhängigen DDR, einem Arbeiterstaat, aufrufen, versuchen oft, eine Planwirtschaft zugunsten einer „Marktwirtschaft" aufzugeben, in der jeder Betrieb auf sich allein gestellt ist. Und, wie auch Frau Prof. Dr. Christa Luft verlauten läßt, die „sozialistische Marktwirtschaft" wird schnell zu einer „sozialen" — so beschreibt sich der BRD-Kapitalismus selbst.

Westdeutschlands Betriebsräte sind schlicht und einfach Organe der Klassenkollaboration. Sie basieren auf der „Schweigepflicht" und „Friedenspflicht" im Interesse der reibungslosen Ausbeutung. Ihre Funktion ist, das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen. Für die Ehre, am selben Tisch mit dem Klassenfeind zu sitzen, bekommen BR-Mitglieder von ihm einen Maulkorb verpaßt. „Geschäftsgeheimnisse" müssen sie vor den Arbeitern verschweigen. Ihr „Recht" der „Mitbestimmung" besteht darin, den Arbeitern das Messer in den Rücken zu stoßen. Jeder Entlassung muß der Betriebsrat zustimmen. Werftarbeiter in Hamburg und Bremen, Stahlarbeiter von der Saar bis Rheinhausen wissen nur zu gut, wer der Schließung ihrer Betriebe „mitbestimmt", zugestimmt, entschuldigt und den Arbeitern reingewürgt hat. Und genau in Rheinhausen hat der Betriebsrat monatelang den Arbeitern die Pläne der Bosse über Massenentlassungen verschwiegen.

SPARTAKIST
Westmedien toben gegen Treptower Anti-Nazi-Kundgebung
250 000 gegen Schändung des sowjetischen Ehrenmals
Trotzkistin spricht auf SED-unterstützter Kundgebung
„Für eine neue Arbeiterpartei"

Abonniert jetzt!

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), sowie *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz*

Volles Abo (8 Ausgaben)

D DM 10,—/10 Mark D Ausland DM 15,— D Übersee Luftpost DM30,—

D Einführungsabo (3 Ausgaben) DM4,— /4 Mark

Name: ______

Straße: ______

PLZ: ______ Ort: ______

Land: ______ Tel: ______

Schreibt an / bestellt von:

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Spartakist-Gruppen

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

Arbeiterräte dagegen sind in Zeiten des scharfen Klassenkampfes der arbeitenden Menschen entstanden. Sie können als Organe der revolutionären Macht dienen, um die Gesellschaft unter der Herrschaft des Proletariats neu zu organisieren. Diese Rolle spielten die russischen Arbeiterräte, die Sowjets, unter Führung der Bolschewik!, von Lenin und Trotzki, in der Oktoberrevolution 1917. Aber unter reformistischen/zentristischen Irreführern können Arbeiterräte, die die Staatsmacht an ein bürgerliches Parlament abgeben, ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft der Kapitalisten sein. Das geschah in Deutschland nach dem November 1918 und führte zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Der Schlüssel ist die revolutionäre Führung.

Betriebsräte und Arbeiterräte nach November 1918

Es ist lehrreich, sich die Geschichte von Arbeiterräten und Betriebsräten in Deutschland anzusehen. In zahlreichen Städten entstanden nach dem Kieler Matrosenaufstand im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte. In vielen Fällen wurden diese Räte von der USPD errichtet, unter deren Führern sich Kautsky und Bernstein befanden. Sie hatten sich unter dem Druck der Antikriegsstimmung unter den Massen halbherzig von der Mehrheits-SPD abgespalten. In Berlin waren die Gründer dieser Räte die Revolutionären Obleute, die in Verbindung zur USPD standen.

Am linken Flügel stand der Spartakusbund. Zwar hatte Liebknecht durch seine mutige Opposition gegen den Krieg eine immense moralische Autorität gewonnen, aber besonders Luxemburg hatte jahrelang als loyale linke Opposition der zunehmend reformistischen SPD- und später USPD-Spitzen gehandelt, statt eine unabhängige Partei aufzubauen, wie die Bolschewiki das im zaristischen Rußland getan hatten. Als dann die Revolution von 1918/19 ausbrach, war die Spartakusgruppe eine kleine, marginale Formation. Das bedeutete, daß sie nicht in der Lage war, ernsthafter Anwärter im Kampf um die Kontrolle der sprunghaft anwachsenden Arbeiter- und Soldatenrätebewegung zu sein.

Der Einfluß der Russischen Revolution als Funke für den Novemberaufstand war enorm. Ein Matrose des Kriegsschiffes „Markgraf erinnerte sich, wie die deutsche Hochseeflotte nach Kiel zurückkehrte, nachdem sie Befehle verweigert hatte, eine letzte Todesfahrt gegen die überlegene englische Flotte zu unternehmen: „Jedes Schiff, dem wir begegneten, begrüßten wir mit lauten Jubelrufen: ‚Es lebe Liebknecht! Nieder mit dem Krieg! Hoch Soldatenrat! Drei Hurrahs den Bolschewiki!'" (zitiert in Robert Rosentreter, *Blaujacken im Novembersturm,* 1988).

Ein Flugblatt des Spartakusbundes vom 8. November 1918 rief dazu auf, in Fabriken und Militäreinheiten Delegierte zu Arbeiter- und Soldatenräten zu wählen, und die gesamte Regierungsmacht müßte an diese Räte übergehen. Die wurden aber bald von den kaiserlichen Kriegssozialisten unter Ebert und Scheidemann übernommen, die auch an der Spitze der bürgerlichen Regierung der „Republik" standen, die an die Stelle der Hohenzollern-Monarchie getreten war. Die „unabhängige" USPD, weit davon entfernt, eine revolutionäre Opposition darzustellen, schloß sich anfangs der sozialpatriotischen Regierung an. Richard Müller, Führer der Revolutionären Obleute, schrieb dazu später:

> „Die Partei hatte seit ihrer Gründung niemals Stellung genommen zu Fragen, die ein Aufstand oder gar ein Umsturz auf die Tagesordnung stellen mußten... Als politische Partei in der Revolution wirkte sie nicht nur hemmend, sondern gab der anderen sozialistischen Partei die Kraft zur gegenrevolutionären Politik." *(Die Novemberrevolution,* 1924)

Auf dem ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 gab es nur eine Handvoll revolutionärer Delegierter. Liebknecht sprach zu einer Menge von Zehntausenden, die sich draußen versammelte, und erklärte: „Wir verlangen von dem Kongreß, daß er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt, die nicht ein Organ der Revolution sein würde." Aber es wurde ihm und Luxemburg nicht erlaubt, auf dem Kongreß zu sprechen, der die Macht der SPD-Regierung aushändigte, bis zur Wahl eines Parlamentes.

Mit diesem Mandat begann das Ebert-Scheidemann-Regime, mit der Unterdrückung Ernst zu machen. „Verteidigungs"minister Noske konspirierte mit dem General Gröner, um die Freikorps eingreifen zu lassen, Vorläufer von Hitlers SA. Luxemburg und Liebknecht wurden ermordet während der blutigen Niederschlagung des Spartakusaufstandes vom Januar 1919. Als der konterrevolutionäre Terror sich ausweitete, entfachte er einen Bürgerkrieg, der sich vom Rheinland nach Sachsen, nach Berlin und München ausdehnte. 30 000 starben. Die Soldatenräte wurden aufgelöst. Die Regierung wollte auch die Arbeiterräte loswerden, hatte aber Angst, das zu tun: sie standen nun unter Kontrolle der Unabhängigen, die viele empörte SPDler um sich geschart hatten. Die verfolgte Kommunistische Partei wuchs auch.

Das „sozialistische" Regime beschränkte stattdessen die Räte darauf, „wirtschaftliche Interessenvertreter" auf Betriebsebene zu sein. Das wurde im Betriebsrätegesetz von 1920 festgeschrieben. In der Einführung zu dem Gesetz hieß es unmißverständlich, Betriebsräte seien da zur Förderung „der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke." Der Kampf spitzte sich im Januar 1920 zu, als das Betriebsrätegesetz in die zweite Lesung ging.

USPD, KPD und die Führung der Betriebsräte riefen für den 13. Januar zu einem Massenprotest auf, sie gaben ein Flugblatt heraus, das zum Kampf „für das revolutionäre Rätesystem" aufrief. Zehntausende Arbeiter strömten vor dem Reichstag zusammen. Und wieder ließ Noske die Maschinengewehre der Soldateska auf die friedlichen Demonstranten feuern. Die Zahl der Opfer: 42 Tote und 105 Verwundete. Der sozialdemokratische Kanzler Bauer sagte am nächsten Tag: „Es wurde spät, fast zu spät von der Waffe Gebrauch gemacht." Das blutgetränkte Gesetz wurde in Kraft gesetzt.

Trotzdem gelang es der KPD durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der Unabhängigen auf dem Kongreß in Halle 1920, in den Betriebsräten Einfluß zu gewinnen. 1923 argumentierte Trotzki gegen Sinowjew, die existierenden Räte sollten als Basis für revolutionäre Aktion benutzt werden, anstatt künstlich Sowjets zu errichten, die sofort von der Regierung angegriffen werden würden. 1931, als mitten in der ultralinken Dritten Periode der KPD die Stalinisten zu Räten aufriefen, um einen bewaffneten Aufstand zu organisieren, erinnerte sich Trotzki an die frühere Auseinandersetzung:

> „Die Räte sind nur eine Organisationsform, entscheidend ist aber der Klasseninhalt der Politik, nicht seine Form. In Deutschland hat es Räte gegeben, die für Ebert-Scheidemann waren. In Rußland griffen im Juli 1917 die versöhnlerischen Sowjets Arbeiter und Soldaten an... Als ich im Herbst 1923 gegen Stalin und andere die dringende Notwendigkeit verteidigte, zur revolutionären Offensive überzugehen, kämpfte ich gleichzeitig dagegen, in Deutschland neben den Betriebs-

raten, die faktisch schon anfingen, die Rolle von Arbeiterräten zu spielen, auf Kommando .Sowjets' zu schaffen. Vieles spricht dafür, daß die Betriebsräte in Deutschland auch beim jetzigen revolutionären Aufschwung — in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung — die Funktion von Sowjets übernehmen und sie ersetzen können." (L. D. Trotzki, „Über Arbeiterkontrolle der Produktion", 20. August 1931)

Heute lesen wir in *Neues Deutschland* (13./14. Januar): „Trotz der für viele Arbeiter enttäuschenden Form des Gesetzes erwiesen sich die Betriebsräte in der Weimarer Republik in vielfacher Hinsicht als wirksame Instrumente zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen." Dies ist nicht Trotzkis Argument, daß die Form der Betriebsräte von Revolutionären trotz des reaktionären Inhalts des Gesetzes genutzt werden kann, sondern es ist ein Versuch, Arbeiter in der DDR weichzukneten für ein neues Betriebsrätegesetz, das Hand in Hand mit der Wiedereinführung kapitalistischer Ausbeutung gehen soll!

Betriebsräte bei der Geburt der DDR

ND erwähnt die Wiederbelebung der Betriebsräte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Initiative für eine Vereinigte Linke sagt, die 1945 gegründeten Räte „erfüllten wichtige Aufgaben bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, bei der Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Zerschlagung der faschistischen Machtstrukturen". Aber „bis 1950 wurden die Betriebsräte in unserer Gesellschaft erneut abgeschafft, um den administrativ kommandierenden Leitungsstil auch in der Wirtschaft voll durchsetzen zu können". Wie also war das mit den Betriebsräten in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg?

Sowohl im Osten als auch im Westen entstanden 1945 fast sofort sprunghaft Betriebsräte. In der Zone, die unter der Sowjetischen Militärverwaltung (SMAD) stand, führte dies zu spontanen Enteignungen von Betrieben, die von ehemaligen Nazis geführt wurden oder von anderen, die nach Westen geflohen waren. Unter Führung von Arbeiterkämpfern der KPD und der SPD säuberten die Räte das Management und machten die Betriebe schnell wieder funktionsfähig. Formal stellte die SMAD viele Betriebe unter Treuhänderschaft, aber zum Beispiel in Sachsen waren fast die Hälfte der Treuhänder Arbeiter (Siehe Dietrich Staritz, *Sozialismus in einem halben Land,* 1976).

Das Betriebsgesetz des Alliierten Kontrollrates von 1946 ging nicht über den Rahmen der Gesetzgebung der Weimarer Republik hinaus. Aber in 14 000 Fabriken der sowjetischen Besatzungszone, die mehr als zwei Drittel der Arbeiter beschäftigten, gaben Absprachen auf Fabrikebene den Räten eine weitgehende Machtstellung in der Produktion. Der Kohlebergbau wurde schon 1945 unter staatliche Verwaltung gestellt, und Mitte 1946 wurde nach einem Volksentscheid in Sachsen die formelle Enteignung der Nazis und Kriegsverbrecher durchgeführt. Bis 1947 waren 56 Prozent der gesamten Produktion in VEBs oder in Sowjetisch-Deutschen Gemeinschaftsbetrieben (SAGs) organisiert.

In diesen ersten Jahren, vor der gesetzlichen allgemeinen Enteignung der Bourgeoisie und vor der zentralen Planung, führten mehr oder weniger die Betriebsräte die Fabriken. Dies in einer Situation, in der ein großer Teil des Handels im „grauen Markt" der „Kompensationsgeschäfte" bestand — d. h. Tauschhandel. So tauschten zum Beispiel die Leuna-Werke Waggons voll Dünger gegen Kartoffeln und Gemüse. Das verhinderte Hunger, führte aber auch dazu, daß sich die Arbeiter auf Hamsterkäufe konzentrierten — wohl kaum ein Modell für ein stabiles Wirtschaftssystem.

Mehr als die Hälfte der Führer der Betriebsräte waren Mitglieder der fusionierten Sozialistischen Einheitspartei (SED), gegründet 1946. Als Teil der Gleichschaltung der SED, um sie zu einem gehorsamen Instrument der stalinistischen bürokratischen Herrschaft zu machen, starteten von 1948 an Ulbricht und seine Lakaien eine Kampagne gegen „Gleichmacherei" in den Betrieben, sie prangerten Betriebsräte für Lohnerhöhungen an und dafür, daß jedermann in der Fabrik das gleiche Essen bekam. Die Räte wurden aufgelöst, indem man sie der örtlichen Gewerkschaftsführung angliederte.

Bis 1950 waren drei Viertel der Industrieproduktion nationalisiert; der erste Fünfjahresplan wurde eingeführt. Das waren historische Errungenschaften. Aber sie wurden durchgeführt durch Verstärkung der bürokratischen Kontrolle über die Arbeiterklasse. Das neue Arbeitsgesetz erklärte, von nun an würde „das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten ... durch die demokratischen staatlichen Organe verwirklicht". Und die nationalisierte Industrie wurde per Gesetz verpflichtet zur „Erfüllung und Übererfüllung der Planauflagen".

Diese Verschärfung der Arbeitsnormen und die Erstickung der Arbeiterdemokratie trugen in großem Ausmaß dazu bei, den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 anzufachen.

„Mitbestimmungs"schwindel in der BRD

In den westlichen Besatzungszonen war 1945 die Stimmung unter den Arbeitern nicht sehr verschieden von der im Osten. „Betriebsausschüsse und Betriebsräte füllten den machtfreien Raum aus, der durch die Internierung belasteter Unternehmer" entstanden war (Ute Schmidt, Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus: Klassenkämpfe in den Westzonen 1945—48,* 1971). Im November 1945 forderten die Betriebsräte und Betriebsausschüsse der KPD und SPD in Essen ebenso wie der Bürgermeister die britische Militärregierung auf, den Krupp-Konzern entschädigungslos zu enteignen. Die Briten weigerten sich.

1946 gehörten mehr als 70 Prozent der Mitglieder der Betriebsräte im Kohlebergbau, konzentriert im Ruhrgebiet, zur Kommunistischen Partei. Die Bergarbeiter waren wütend über die Politik der Militärregierung, Nahrungsmittellieferungen absichtlich zu begrenzen — und damit die Bevölkerung auszuhungern —, um Doppelschichten zu erzwingen. Bei den Landesparlamentswahlen im April 1947 in Nordrhein-Westfalen bekam die KPD 14 Prozent der Stimmen.

Im Dezember forderte ein Volksentscheid in Hessen die Vergesellschaftung von Kohle, Eisen und Stahl, von elektrischer Energie und Eisenbahntransport, sowie staatliche Überwachung oder Verwaltung der Banken und Versicherungsgesellschaften. Aber im Gegensatz zur SMAD, die sechs Monate zuvor den Volksentscheid zur Enteignung in Sachsen in die Tat umgesetzt hatte, verbot die amerikanische Militäradministration jede Vergesellschaftung.

Im Frühjahr 1947 gab es zahlreiche Streiks im Ruhrgebiet, die ein Ende der Hungerpolitik und das öffentliche Eigentum an Kohle und Stahl forderten. Ende März beteiligten sich über eine halbe Million Arbeiter an ein- und zweitägigen Arbeitsniederlegungen. Als die Streikwelle anstieg, erklärte die US-Militärverwaltung in Hessen, Streiks, die „in irgendeiner Form die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden würden, werden nicht toleriert werden", und sie drohte mit Anwendung der Todesstrafe.

Als Antwort darauf tat die KPD ... nichts. Anstelle von vereinten Massenstreiks rief sie zu örtlichen Aktionen auf.

Schmidt und Fichter schreiben: „Die Zurückhaltung der KPD nach dem Streikverbot der Westalliierten muß im Rahmen der Stillhaltepolitik der westlichen kommunistischen Parteien angesehen werden", und diese Politik bringen sie richtigerweise in Zusammenhang mit der Politik einer „Volksfront".

Die sozialdemokratische zukünftige Führung des westdeutschen Gewerkschaftsverbandes unter Hans Böckler verabschiedete eine Anti-Streik-Resolution. Kurz darauf akzeptierten sie den Marshall-Plan. Dabei wußten sie wohl: akzeptierten sie einmal Kredit, so hieß dies, alle Pläne über „Vergesellschaftung" der Industrie zu vergessen. 1948 befahl die IG Metall den Ausschluß aller Mitglieder des FDGB und der Kommunistischen Partei. Infolge dessen fiel die Zahl von KPD-Mitgliedern in den Betriebsräten 1950 auf 25 Prozent.

Als Ausgleich für ihre Hexenjagd und Streikbrecherarbeit im Namen der Klassenkollaboration wollten die SPD/DGB-Spitzen einen rechtmäßigen Platz am Tisch des kapitalistischen Banketts bekommen. Dies sollte in Form der paritätischen Mitbestimmung geschehen, wie sie schon in der Bergbauindustrie eingeführt worden war, wo eine gleiche Anzahl von Vertretern der Gewerkschaften und des Managements in den Aufsichtsräten saßen.

Aber die Christdemokraten unter Konrad Adenauer und seinem „Wirtschaftswundermann" Ludwig Erhard hatten so was nicht vorgesehen in ihrer „sozialen Marktwirtschaft". Dies ist eine Formel, die jetzt von Prof. Dr. Christa Luft aufgenommen wurde, die gern die kollektive Planwirtschaft der DDR liquidieren möchte. Tatsächlich planten sie am Ende der Militärbesatzung, die Eisen- und Stahlindustrie wieder an ihre früheren Eigentümer zurückzugeben und eine vollkommen zahnlose „Mitbestimmung" einzuführen, in der die Vertreter der Arbeiter eine machtlose Minderheit wären.

Und genau das geschah auch. Als 1950/51 die IG Metall und die IG Bergbau wegen der „Mitbestimmung" mit Streik drohten, schickte Adenauer an Böckler einen Brief, der besagte, daß Streiks mit dem Ziel, das Parlament zu beeinflussen, verfassungswidrig seien. Und als im Juli 1952 das Betriebsverfassungsgesetz vor den Bundestag kam, plusterten sich die DGB-Spitzen anfänglich ein paarmal auf und gaben dann klein bei. Die Betriebsräte und ihr „Mitspracherecht" dienen nur dazu, die Gewerkschaften nur noch fester an die Bosse zu binden. Im März 1984 zogen wir im *Spartakist* (Nr. 49) eine Bilanz der Geschichte dieser Instrumente des Kapitals:

> „Das Betriebsverfassungsgesetz wurde 1920 gegen die Arbeiterräte der deutschen Revolution geschaffen, um sie durch Friedenspflicht und Schweigepflicht zu Räten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu machen. Nachdem die Nazis 1933 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien zerschlagen hatten, bedienten sie sich 1934 einer Neuauflage gleicher Machart zum Zwecke der Klassenkollaboration. Und das heutige Gesetz besiegelte 1952 das Ende einer Welle von Arbeiterkämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg und bedeutet die Unterwerfung der Gewerkschaften gegenüber dem bürgerlichen Staat. Das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz muß weg. Und dessen Vollstrecker innerhalb der Gewerkschaft, die Bürokraten, müssen gefeuert werden. Die Arbeiterklasse braucht eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung und eine revolutionäre Partei!"

Heute in der DDR rufen Kräfte, die den Kapitalismus restaurieren wollen, nach Betriebsräten, um die Gewerkschaften und ehemalige SED-Mitglieder aus den Fabriken hinauszusäubern. Aber auch Linke, die syndikalistische Träume über „Selbstverwaltung" in einer „sozialistischen Marktwirtschaft" hegen, rufen zu Betriebsräten auf. „Unabhängige Gewerkschaften" wiederum reden davon, „wirkliche Arbeiterräte" aufzubauen und sich gegen den Ausverkauf der Betriebe zu stellen, akzeptieren aber die Restauration des Kapitalismus. Offensichtlich kann es eine ganz gegensätzliche Bedeutung haben, wenn sehr unterschiedliche politische Kräfte über Räte sprechen.

Das entscheidende Element ist eine revolutionäre Führung, eine bolschewistische Partei, mit einem Programm, eine *Arbeiterrätemacht zu* schaffen. Die Werktätigen brauchen keine inhaltslosen Beratungen, sondern die Entscheidungsmacht, nicht über rein örtliche oder Betriebsfragen, sondern über die fundamentalen Fragen und den Weg der Gesellschaft als Ganzes.

Heute geht es in der DDR um Revolution oder Konterrevolution. Unter einer revolutionären Führung können Betriebsräte das Instrument dazu sein, eine *Doppelherrschaft auf Betriebsebene* zu errichten, um *Arbeiterkontrolle der Produktion* auszuüben. Dies kann entscheidend dafür sein, einen Ausverkauf der kollektivierten Industrie zu stoppen und die Versorgung aufrechtzuerhalten angesichts der konzertierten Kampagne der Kapitalisten, Chaos zu stiften.

Solche Räte können die Gründung von Arbeiterverteidigungsgruppen in die Hand nehmen, um verfolgte Arbeiter zu schützen, um Aktionen der Arbeiter wie Streiks und Fabrikbesetzungen zu schützen und um eine kapitalistische Übernahme zu verhindern. Sie können das Sprungbrett dafür sein, wirkliche *Arbeiter- und Soldatenräte* aufzubauen, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abwählbar sind, damit sie einen revolutionären Kampf führen und eine revolutionäre Arbeiterregierung organisieren.

Wie Rosa Luxemburg nach dem 9. November 1918 schrieb:

> „Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist." (Rosa Luxemburg, *Was will der Spartakusbund?,* Dezember 1918)

Übersetzt nach Workers Vanguard
Nr. 496, 23. Februar

Spendet für den 3-L-Fonds!

Der Ausgang der sich entfaltenden proletarisch-politischen Revolution in Deutschland steht auf der Kippe. Spenden von Internationalisten werden dringend gebraucht, um die entscheidende Intervention bewußter Leninisten voranzutreiben. Überweisungen an:

Konto der Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr. 6652-40-700-955
Kennwort „3-L"

F. Zierenberg
Konto-Nr. 2 119 766 00
BLZ 500 800 00
Dresdner Bank, Frankfurt/Main

SPARTAKIST



Walter Gircke

Proletarische Massendemonstration in Berlin, Dezember 1918, fordert: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten". Revolutionäre Führung ist der Schlüssel zur Rätemacht

Wie die SPD die Rätemacht sabotierte

DDR: Für Arbeiterräte - Stoppt den Ausverkauf!

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" in der DDR. Dabei werden wir oft nach dem Unterschied gefragt zwischen Betriebsräten und dem revolutionären Aufruf zu Arbeiterräten (Sowjets). Die folgende Antwort greift diese Fragen auf.

Zunehmend hören wir Aufrufe für die Bildung von Betriebsräten in der DDR. Oftmals steht dies in Verbindung mit der Ankunft kapitalistischer Firmen aus dem Westen. Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi sagte am 7. Januar in einem Referat zum Auftakt der Wahlkampagne, „Mitbestimmung der Werktätigen" sei im Falle von „Joint ventures" notwendig, und Betriebsräte seien eine Form der „Demokratisierung der Wirtschaft".

Im Gegenteil, hier geht es um den Ausverkauf unserer Wirtschaft, unserer VEBs, der Arbeiter, der DDR.

Das kam klar zum Ausdruck in dem Verfassungszusatz, der die Gründung von „Unternehmen mit ausländischer Beteiligung" erlaubte, der wortwörtlich Gysis Aufruf zu „Mitbestimmung der Werktätigen an der Leitung der Unternehmen" enthielt. Sogar ein Spitzengeschäftsmann wie AEG-Boß Heinz Dürr sagte auf einer IG-Metall-(West)-Konferenz, das Betriebsrätegesetz der Bundesrepublik sei „eine feine Sache" und sollte so schnell wie möglich in der DDR eingeführt werden *(taz, 2.* Februar).

Auf dem FDGB-Kongreß Anfang Februar applaudierte ein Teil der Delegierten während viele andere bestürzt waren über die Ankündigung einer Erklärung von Premierminister Modrow, die die Existenz der DDR zugunsten eines „einigen Vaterlands" preisgab. Betriebsräte, wie sie die Wirtschaftsministerin Luft vorschlug, wurden als Unterminierung der Gewerkschaften angesehen. Es wurde mit einem Generalstreik gedroht, um die Volkskammer dazu zu zwingen, vor den Wahlen am 18. März ein neues Fabrikgesetz zu verabschieden.

Der Gesetzentwurf des FDGB fordert das Streikrecht und das Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung. Aber anstatt

Fortgesetzt auf Seite 12

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 69 24. APRIL 1990 DM 1.-/1 Mark der DDR

Vorstoß zum Vierten Reich bedroht alle Werktätigen

Gegen kapitalistische „nationale Einheit", für Einheit der Arbeiterklasse im Kampf!

Verteidigt eingewanderte Arbeiter!

Vor hundert Jahren ist der 1. Mai entstanden als Kampftag der Arbeiterklasse; es ist Zeit, daß er wieder zu einem Tag des Kampfes wird. Die Arbeiterklasse in Deutschland befindet sich heute in einer ernsten Lage. Die sozialen Errungenschaften der DDR, die aus den Ruinen von Hitlers Drittem Reich aufgebaut worden ist, werden mit atemberaubender Geschwindigkeit zerschlagen, während die Kapitalisten sich daran machen, einen Betrieb nach dem anderen aufzukaufen. Die ersten, die von der Wucht des Angriffs getroffen werden, sind Ausländer, Frauen und junge Arbeiter.

Die Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenkampfes in West- und Ostdeutschland stellt sich jetzt besonders drastisch durch die Pläne, ein Viertes Reich aufzurichten, was für Millionen von DDR-Bürgern schreckliches Elend bedeuten wird, wie auch Angriffe auf die Arbeiterklasse in Westdeutschland, denn die Bosse werden versuchen, die Löhne und den Lebensstandard zu drücken mit der Drohung, die Produktion auf niedriger bezahlte Arbeiter in der DDR umzuschichten. Gegen die „nationale Einheit"für die Bosse brauchen wir die internationalistische Einheit der Arbeiterklasse im Kampf *gegen* die Bosse.

Die Führung des FDGB behauptet, daß die kapitalistische Wiedervereinigung „schmerzlos" sein könnte, daß irgendwie die sozialen Errungenschaften der Arbeiter in der DDR gesetzlich festgeschrieben werden können. Aber die bestehenden Gesetze werden jetzt schon gebrochen, junge Mütter im Mütterjahr, Behinderte und Arbeiter, die ihren Dienst bei der NVA ableisten, werden von ihren Betrieben entlassen. Der DGB redet in seinem Aufruf zum 1. Mai von „Solidarität" und fordert „starke und unabhängige Gewerkschaften", aber sein wirkliches Thema für den 1. Mai ist ein vereinigtes Deutschland. Die FDGB-Spitzen wiederholen das gleiche Lied und beschweren sich nur darüber, daß sie übergangen werden. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB Gustav Fehrenbach lehnt jede Diskussion über gemeinsame Aktionen mit dem FDGB ab und beschimpft ihn als „Büttel" der früheren SED. Die SPD und die von der SPD dominierte DGB-Bürokratie sind die offenen Handlanger des Feldzugs für kapitalistische Wiedervereinigung. Inzwischen bieten PDS und FDGB, nachdem sie sich dem Anschluß als „unvermeidlich" unterworfen haben, den Werktätigen der DDR nur noch eine *schwache* Opposition für die Schwachen an, eine „langsame D-Mark" anstelle einer „schnellen D-Mark".

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen war eine schwere Niederlage, aber damit wurde nicht alles entschieden. Die Massen, die am 5. April zu den Demonstrationen gegen 2:1 auf die Straße kamen, zeigen, daß die Menschen nach dem vergiftenden Wiedervereinigungsrausch anfangen, wieder nüchtern zu werden. Aber selbst eine Währungsunion 1:1 wird massive Lohnkürzungen für die Arbeiter in der DDR bedeuten, ganz zu schweigen von den Massenentlassungen, die schon angefangen haben.

Junge Frauen, die ihre Ausbildung in der Industrie beenden, bekommen Arbeit als Kellnerin oder Putzfrau angeboten — wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Und zehntausende Frauen, die nicht direkt entlassen werden, werden durch die Schließung der Kindergärten und -krippen aus der Arbeit hinausgedrängt werden. Westdeutsche Ökonomen reden bereits von Arbeitslosenraten in der Größenordnung von 25 Prozent — das ist jeder vierte Arbeiter! Ganze Betriebszweige und Fabriken werden in den nächsten Monaten zumachen, wenn die Kombinate reihenweise aufgekauft oder in Joint ventures umgewandelt werden. *Jetzt ist die Zeit zum Kämpfen, solange wir noch in den Fabriken sind, und nicht auf der Straße liegen!*

Großdeutscher Nationalismus wird von den Kapitalisten und ihren Handlangern dazu benutzt, um einen Teil der Arbeiterklasse gegen einen anderen auszuspielen. Polnische Arbeiter werden als „Spekulanten" beschimpft, wegen der wirtschaftlichen Sabotage, die von den Kapitalisten und den exstalinistischen Bürokraten verursacht wird. In einigen Fabriken kann man jetzt hören, „bevor ein Deutscher geht, fliegt ein Vietnamese". Dies ist die rassistische Logik von „Wir sind *ein* Volk", was man jetzt von Kohl bis Gysi hören kann. Mittlerweile werden die Faschisten/Skinhead-Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung immer dreister. Am 20. April, eine Woche, nachdem Skinhead-Banden mehrere Jugendklubs in Berlin terrorisiert haben, wüteten hunderte von Skinheads/Nazis über den Alexanderplatz, zertrümmerten ein Cafe, das häufig von Homosexuellen besucht wird, und versuchten, ein Antifa-Zentrum und einen nahegelegenen jüdischen Friedhof zu stürmen, um Hitlers Geburtstag zu „feiern". Dutzende von Menschen wurden durch diese mörderischen Rassisten verletzt, einige davon schwer.

Die eingewanderten Arbeiter in der BRD — ein zentraler Bestandteil des industriellen Proletariats — sehen sich rassistischem Terror und der Drohung der Ausweisung gegenüber, um Arbeitsplätze für „Deutsche" zu schaffen. Besonders angesichts des neuen rassistischen Ausländergesetzes leben türkische Arbeiter mit der Furcht, daß sie in großer Zahl aus dem Land geworfen werden. Mitte April wurde einer Gruppe von 61 deutschstämmigen Einwanderern aus Polen, die in Hamburg leben, die Ausweisung angedroht. Und die Arbeiter in der BRD werden gegen ihre Kollegen in der DDR angestachelt, daß ihr Lebens-

Fortgesetzt auf Seite 3

An unsere Leser

Nach 30 Ausgaben wird *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* bis auf weiteres nicht mehr als eigenständige Publikation erscheinen, sondern wird in den *Spartakist,* das regelmäßige Organ der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, eingefügt. Wir rufen die Leser der *Arprekorr* auf, den *Spartakist zu* lesen und zu abonnieren, der in der kommenden Periode als zweiwöchentliche Zeitung im gleichen Format wie *Arprekorr* erscheinen wird.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die SpAD ist, hat alle ihre Mittel eingesetzt, um in die sich entfaltende politische Revolution in der DDR, die letzten November begonnen hat, zu intervenieren. *Arprekorr,* die am Anfang täglich erschien, sollte die Stimme der Spartakist-Gruppen sein. Sie sprach die vielen Zehntausende von Arbeitern und linken Intellektuellen an, die offen waren für die Politik des authentischen egalitären Leninismus, die Politik des Trotzkismus. Aktive Unterstützer, die für die Spartakist-Gruppen gewonnen worden waren, schlössen sich mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands am 21. Januar in einer Fusionskonferenz zusammen, um die SpAD zu gründen.

Bei der Volkskammerwahl und während der letzten Monate war die SpAD die einzige Partei, die klar und offen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Stellung bezogen hat. Die SPD betrieb offen ihre Wahlkampagne für die kapitalistische Wiedervereinigung, von der PDS kam das groteske „Deutschland, einig Vaterland", und die Gruppen im Schatten der PDS wie die Vereinigte Linke haben nur versucht, einen höheren Preis („1:1 plus") für den Ausverkauf an die Frankfurter Bankiers zu bekommen. Als Belohnung für diese Kapitulation vor der CDU wurden sie haushoch von der CDU überrundet. Im Gegensatz dazu repräsentieren die mehr als 2400 Stimmen für die SpAD in den vier Wahlbezirken, in denen wir Kandidaten aufgestellt hatten — was proportional fast 7600 gewesen wären, wenn wir die Möglichkeit gehabt hätten, in jedem Wahlbezirk zu kandidieren — eine harte Stimme für das trotzkistische Programm der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, einen Teil dieser Menschen in den kommenden Monaten für unsere Partei zu gewinnen.

Besonders im Anschluß an die Volkskammerwahlen, die einen Sieg für ein Viertes Reich darstellten, haben sich die Aufgaben für uns als kleine Propagandagruppe verändert, und in diesem Zusammenhang auch unsere Pressepolitik. Wir werden im *Spartakist,* so wie wir dies auch in *Arprekorr* getan haben, Briefe und Berichte unserer Leser veröffentlichen, und wir fordern die Arbeiter im Osten wie im Westen auf, uns auch weiter zu schreiben. Aber wir werden jetzt besser Gelegenheit haben, längere analytische und historische Artikel, Polemiken und Auszüge aus den Werken von Lenin, Trotzki und anderen Führern der marxistischen Bewegung zu bringen und eine umfassendere Berichterstattung über internationale Ereignisse, besonders aus der Presse anderer Sektionen der IKL.

Die Wahl am 18. März war eine schwere Niederlage — aber die Arbeiterklasse muß erst die Arena in ihrem eigenen Interesse betreten. Während die Kapitalisten versuchen, die Fabriken zu übernehmen und sich selbst zu den Herren der DDR aufzuschwingen, müssen wir in der Lage sein, zu intervenieren, um einen Weg vorwärts zum Sieg zu zeigen bei den defensiven Kämpfen, die unvermeidlich ausbrechen werden, und dadurch eine trotzkistische Massenpartei zu schmieden, die für diesen Sieg notwendig ist. Dies ist die Aufgabe, der sich der *Spartakist* stellt.

Spartakist-Veranstaltung zum 1. Mai
Sonnabend, 28. April, 14.00 Uhr

Gegen kapitalistische „nationale Einheit" für Einheit der Arbeiterklasse im Kampf!
Verteidigt eingewanderte Arbeiter!

Klub 2000, Helene-Weigel-Platz
Berlin-Marzahn, S-Bahnhof Springpfuhl

Abonniert *Spartakist*, Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—
10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21

Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026

Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496


SPARTAKIST
Beschwichtigung des Imperialismus
Gorbatschow beugt sich einem vierten Reich
Nein zum D-Mark-Anschluß!

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Tel.: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
Fax (0 40) 33 01 54

Abonnement: DM 10- / 10 Mark der DDR
(8 Ausgaben) Ausland Seepost DM 15,-
Luftpost DM 30-

Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 69 **24. April 1990**

Bericht aus VEB Stern-Radio Berlin

Keine Entlassungen! Verteidigt unsere ausländischen Kollegen!

Nachfolgender Bericht aus dem von teilweiser Schließung und Massenentlassungen bedrohten VEB Stern-Radio wurde uns zur Veröffentlichung in Spartakist *übergeben.*

Werden am 30. Juni 1990 im VEB Stern-Radio die Lichter ausgeschaltet? Diese Frage beschäftigte viele. Am 10. April wurden vom Gesellschaftlichen Rat im Betrieb Zettel angebracht mit folgendem Wortlaut:

„Der VEB Stern-Radio Berlin befindet sich in einer tiefen Krise, seine Erzeugnisse sind nicht mehr zu vermarkten, sein Produktionsprofil (über zehn verschiedene Grundtechnologien, viele produktionsverarbeitende Servicebereiche) ist relativ starr an ein Erzeugnisprofil gebunden, seine finanzielle Lage ist dramatisch. Wir fordern die Betriebsleitung auf, vor der Belegschaft Rechenschaft abzulegen, über die eingeleiteten Maßnahmen, also über die Zukunft des Betriebes."

Trotz der kurzfristigen Bekanntgabe der Belegschaftsversammlung — wodurch viele, vor allem Kollegen mit Familien, nicht teilnehmen konnten — war die Versammlung sehr gut besucht. Wohl ein Zeichen dafür, daß die Kollegen nun endlich erfahren wollten, was an den vielen im Umlauf befindlichen Gerüchten wahr ist und wie es weitergehen soll mit SRB. Auf viele direkte Fragen der Arbeiter gab es immer noch keine Antworten.

Viele Kollegen hat man in anderen Betrieben untergebracht, weil in einigen Abteilungen keine ausreichende Arbeit vorhanden ist. Wie sicher sind aber ihre Arbeitsplätze dort? Was wird mit den Kollegen oder Abteilungen, bei denen feststeht, daß sie schließen müssen? 1500 Arbeitern droht die Entlassung, und man rechnet sogar mit mehr. Die Lehrlinge würden aus ihrer Ausbildung gerissen werden, behinderte Menschen, ohnehin schon schwierigsten Bedingungen ausgesetzt, würden als erste auf die Straße und damit ins Elend gestoßen werden. Die Betriebsleitung erklärte, daß sie private Unternehmen finanziell und mit Räumlichkeiten unterstützen wird. Soll das etwa ein Ausweg sein, um diesen vielen von Entlassung bedrohten Arbeitern einen Arbeitsplatz in der Marktwirtschaft zu garantieren? Wohl kaum!

Als in der Belegschaftsversammlung einer die Frage stellt, was mit den vielen ausländischen Kollegen wird, kommt Unruhe in den Saal. Jemand stellt die Frage, warum man die Verträge einiger polnischer Kollegen verlängert hat? Es sei doch nicht erst seit heute bekannt, was im Betrieb los ist. Und weitere böse Stimmen kamen auf: Was wird mit den vielen vietnamesischen Kollegen? Die würden wohl bleiben und wir seien auf der Straße.

Bis eine Arbeiterin empört dazwischenfuhr: Man darf nicht die ausländischen Kollegen als angeblichen Gründe für die Arbeitslosigkeit bekämpfen, sondern wir müssen uns mit diesen Kollegen zusammenschließen, um gemeinsam gegen die kapitalistische Einvernehmung der Betriebe zu kämpfen, denn Kapitalismus bedeutet Arbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit, wie es sie in Polen seit der Einführung der „freien Marktwirtschaft" bereits gibt.

Die entschlossene Verteidigung der ausländischen Werktätigen gegen nationalistische Angriffe ist dringend notwendig, um zu verhindern, daß die Arbeiter gespalten und zum Nutzen der Kapitalisten gegeneinander ausgespielt werden. Die meisten ausländischen Kollegen sind seit Jahren bei VEB Stern-Radio, die über 140 vietnamesischen Kollegen arbeiten hauptsächlich im Laufwerk. Obwohl dort die Normen sehr hoch sind, erreichen sie gemeinsam mit den deutschen Kollegen im Schnitt eine tägliche Normerfüllung von 112 Prozent. Dabei sind ihre Wohnbedingungen unerträglich. Vier Frauen müssen sich ein Zimmer teilen, das sind pro Kopf 5 m^2. Alle fünf Jahre haben sie einmal Urlaub, um nach Hause fahren zu können. Kürzlich wurden die Zollbestimmungen verschärft, die Kosten für Schiffsfracht haben sich seit März verdoppelt. Viele Pakete, die von den vietnamesischen Arbeitern nach Hause geschickt werden, kommen zurück. Mit dem immer stärkeren Nationalismus werden sie jetzt noch zusätzlich angegriffen und mit Ausweisung bedroht. Inzwischen gehen Gerüchte um, daß die Verträge aufgelöst wurden und sie bis Ende Juni nach Hause geschickt werden sollen. Das darf nicht passieren! Sie haben ihr Geld genauso durch schwere Arbeit verdient. Und deshalb müssen die ausländischen Werktätigen auch genau die gleichen Rechte haben wie jeder andere. Was nicht heißen darf, daß alle Werktätigen gleichermaßen entlassen werden, sondern daß wir gemeinsam gegen jeden Angriff und für jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen!

Einheit der Arbeiterklasse ...

Fortsetzung von Seite l

Standard bedroht würde.

Klassenkampf kann das Steuer herumreißen. Der IG Metall steht eine potentiell explosive Konfrontation mit den Kapitalisten bevor, die nach mehr „Flexibilität" der Arbeitszeit schreien — bis zu 40 Stunden in der Woche, bis zu zehn Stunden pro Tag, einschließlich Wochenendarbeit. Mit der Begründung von neuen Investitionen im Osten sagen die Kapitalisten Nein zur 35-Stunden-Woche, auf ihrem Weg, die Herren Europas zu werden.

Ein ordentlicher Streik der westdeutschen Arbeiter wäre ein machtvoller Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze — im Osten wie im Westen. Ein Streik bei Opel Rüsselsheim beispielsweise würde sofort Auswirkungen auf die Arbeiter in Zwickau haben, die wegen der Übernahme durch Opel von Massenentlassungen bedroht sind. Im Fall eines westdeutschen Metallarbeiterstreiks müßten die Arbeiter der DDR Solidaritätsdelegationen schicken und sich weigern, Streikbrecherarbeit zu übernehmen.

Aber dies ist genau das, was die DGB-Bürokraten vermeiden wollen, indem sie versuchen, einen weiteren verrotteten Kompromiß mit den Bossen auszuhandeln und ihre traditionelle Politik von Streiks in vereinzelten Fabriken und Regionen fortzusetzen. Das bereitet nicht nur Aussperrungen durch die Kapitalisten den Weg, sondern leistet auch ihren Plänen Vorschub, durch Haustarifverträge und selbst Einzelverträge industrieweite Tarifabschlüsse zu unterlaufen. *Dies ist ein fester Bestandteil der Politik der DGB-Bürokratie, ein zweistufiges Lohnsystem in einem vereinigten kapitalistischen Deutschland zu akzeptieren.*

Angesichts der Drohungen von bundesweiten Aussperrungen, so wie 1984, nehmen die IG-Metall-Spitzen ein Argument des FDGB auf und verlangen die Ausweitung

Fortgesetzt auf Seite 6

Internationalistische revolutionäre Kämpfer

Rote 1848er im amerikanischen Bürgerkrieg

Der April dieses Jahres steht im Zeichen des 125. Jahrestags der Kapitulation des Konföderiertengenerals Robert E. Lee 1865 gegen die von General Ulysses S. Grant geführte Unionsarmee, die die Niederlage der südlichen Sklavenhaltergesellschaft in dem vier Jahre dauernden amerikanischen Bürgerkrieg bedeutete. Der Schlüssel zu dem Sieg des Nordens waren die 200 000 Schwarzen, die freiwillig in der Unionsarmee kämpften. Aber eine sehr entscheidende Rolle wurde ebenfalls von den deutschen Revolutionären gespielt, Veteranen von 1848, die in dem folgenden Artikel beschrieben wird, der aus Workers Vanguard *(Nr. 494, 26. Januar), Zeitung der Spartacist League/U.S., übersetzt wurde.*

Während die Sklaverei durch den Bürgerkrieg zerschlagen wurde, wurden viele der neu gewonnenen Rechte der Schwarzen zurückgenommen, als die Periode des Wiederaufbaus kaum ein Jahrzehnt später zu Ende ging. Völlige Gleichheit für Schwarze in den Vereinigten Staaten erfordert eine dritte amerikanische Revolution, eine sozialistische Revolution, in der schwane Arbeiter eine entscheidende Rolle spielen werden.

Unter den fast eine Million deutschen Einwanderern, die in den zehn Jahren zwischen 1844 und 1854 in die USA kamen, befanden sich einige tausend sogenannte „Rote 1848er", politische Flüchtlinge, die in der fehlgeschlagenen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 aktiv gewesen waren. Diese 1848er spielten fortan auch in der amerikanischen Geschichte eine zentrale Rolle. In der „alten Welt" hatten sie für demokratische Ideale gegen die reaktionären Fürstentümer gekämpft, und so tendierten sie ganz selbstverständlich in der zweiten amerikanischen Revolution, dem amerikanischen Bürgerkrieg, der das System der Sklaverei zerschlug, zur Seite der Unionskräfte. Fritz Annecke, einer der 1848er und ein ehemaliges Mitglied des Kommunistischen Bundes von Karl Marx, gab seinen Memoiren den Titel: „Der zweite Kampf für die Freiheit".

Die deutschen Immigranten brachten ihre militanten Traditionen und Organisationen in Gestalt der „Turnvereine", in den USA einfach „Turner" genannt, mit sich. Diese „Sportklubs" mit ihren politischen, sozialen und militärischen Funktionen waren oftmals einfach direkte Ausläufer der Schützenvereine von 1848. Schon bald gewannen die 1848er in diesen Klubs die führende Position, wie es auch in der Plattform zum Ausdruck kommt, die auf der nationalen Delegiertenkonferenz der 1855 in Buffalo tagenden 47 Turner-Vereinigungen angenommen wurde:

> „Die Turner sind gegen die Sklaverei; insbesondere sind sie gegen die Ausweitung der Sklaverei auf die freien Gebiete und sehen eine solche Einrichtung als einer Republik ganz entschieden unwürdig an und im Gegensatz zu jeglichem Verständnis von Freiheit." (Augustus J. Prahl, „The Turner", in: *The Forty-Eighters,* A. E. Zucker, Hrsg., 1967)

Als im April 1861 der Krieg ausbrach, wurden die Turner zu Institutionen, die massenhaft Rekrutierungen durchführten, ja oft fertige Regimenter aufstellten, zu einem für die Unionstruppen sehr kritischen Zeitpunkt, als im Norden ein verzweifelter Mangel an erfahrenen Soldaten herrschte. Es war eindeutig, daß die Deutschen in Amerika in ihrer großen Mehrheit für die Union waren: dreiviertel aller Turner rückten in die Unionsarmee der Nordstaaten ein, und am Ende kämpften mehr als 176 000 in Deutschland gebürtige Amerikaner für die Sache der Union. Allein in New York wurden 1861 zehn ausschließlich deutsche Regimenter zusammengestellt, darunter das Ist German Rifles-Regiment und das Steuben-Regiment. Andere Staaten, unter ihnen Missouri, Ohio und Illinois, verfügten über Regimenter, die sich ganz oder teilweise aus Turnern zusammensetzten und die oftmals durch 1848er befehligt wurden. Selbst in dem Sklavenstaat Texas weigerten sich die deutschen Milizen, der Unionsflagge abzuschwören, so daß konföderierte Truppen entsandt werden mußten, um sie zu unterwerfen.

In den ersten Kriegstagen bestand für Washington die Gefahr einer Isolation, als ein Sezessionisten-Mob in Baltimore die Eisenbahnverbindungen durchtrennt hatte und verhinderte, daß die Hauptstadt der Nation Verstärkung erhielt. Fast die einzigen zuverlässigen Truppen in Washington waren die beiden deutschen Kompanien. *Der Wecker,* damals die einzige republikanische Zeitung in Baltimore, gegründet von einem 1848er, berichtete:

> „Als es darum ging, die Eisenbahnverbindung zwischen Washington und der Annapolis-Kreuzung zu bewachen und zu sichern und auch die rechte und linke Flanke der Regimenter von Massachusetts und New York, die zur Wiederherstellung des zusammengebrochenen Zugverkehrs von Annapolis aus auf die Kreuzung vorrückten, zu schützen, da waren die beiden deutschen Turner-Kompanien die einzigen verläßlichen Truppen, die von der Regierung für die äußerst gefährliche und wichtige Arbeit eingesetzt werden konnten. Diese beiden Kompanien marschierten auf die Annapolis-Kreuzung zu, vertrieben die Verräter aus der Gegend, unterwarfen die Bauern in dieser Region, die der Abtrennung von der Union zuneigten, und beschützten die Eisenbahnstrecke solange, bis die Truppen aus Massachusetts und New York eintrafen."

Eine ähnlich ausschlaggebende Rolle spielten während dieser frühen bitteren Kriegstage auch die deutschen Einheiten in Missouri, die es vermochten, diesen Staat trotz starker sezessionistischer Neigungen für die Union zu erhalten. Prahl beschreibt, wie sich Missouris Turner auf den Krieg vorbereiteten:

> „Die Turner hatten bereits im Dezember 1860 mit ihren Vorbereitungen begonnen. Sie exerzierten jede Nacht in der Turnhalle und waren ebenso gut organisiert wie die deutschen Milizen, die sich Schwarze Jäger nannten. (Sympathisanten im Süden bezeichneten sie zweideutig als die Schwarzen Wächter.) Gegen Ende April waren fünf Regimenter aufgestellt worden, die sich zu einem Großteil aus Deutschen zusammensetzten. Das erste Regiment, hauptsächlich aus Turnern bestehend, wählte Francis Blair zu seinem Oberst, das zweite den Herausgeber des *Anzeiger des Westens,* Heinrich Boernstein, das dritte wählte Franz Sigel, das vierte, die ,Schwarzen Wächter', Nicholas Shuettner und das fünfte schließlich C. E. Salomon. Außer Blair waren alle 48er."

Zu Beginn des Kriegs ballte der Gouverneur der Konföderierten Truppen zusammen, um durch einen Manöver-Streich das Waffenarsenal der Föderierten in St. Louis

einzunehmen, das nur von 200 Unionssoldaten, befehligt von Hauptmann Nathaniel Lyon, bewacht wurde. Die Turner-Regimenter nahmen in einem Überraschungsschlag Camp Jackson ein, den Stützpunkt der Sezessionisten, und retteten so St. Louis mitsamt seinem Waffenarsenal für die Union. Ein weiterer Offizier der Unionstruppen im Militärdistrikt von St. Louis war Joseph Weydemeyer, ein enger Mitarbeiter von Karl Marx. (Weydemeyer war 1847 in Köln ein Organisator des Kommunistischen Bundes gewesen, derjenigen Organisation, für die Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßt hatten.) Weydemeyer überwachte die Errichtung von zehn Militäranlagen in der Gegend von St. Louis und wurde dann zum Oberst eines Freiwilligen-Regiments, das konföderierte Guerillas aufspürte.

Im Juli 1863 kam es in der Stadt New York zu Revolten irischer Einwanderer gegen die allgemeine Mobilmachung, die um ihren unsicheren sozialen Status fürchteten. Der rumwütende Pöbel lynchte Schwarze und brannte deren Waisenheime nieder, während die Iren innerhalb der Polizeikräfte überhaupt nichts unternahmen, die Randalierer zu stoppen, sondern sie sogar noch unterstützten. Die Turner waren es, die auf den Plan traten und dem Toben ein Ende setzten. Deutsche „traten freiwillig gegen den Pöbel an ... am effektivsten waren sie im siebten Bezirk" (George Templeton Strang, *Diary ofthe Civil War, 1962).*

Die schwerwiegende Kraft deutscher Präsenz in den Unionstruppen zeigte sich bei der östlich stationierten Armee des Potomac, deren elf Heereskorps sich aus drei großteils deutschen Divisionen zusammensetzten, kommandiert von Franz Sigel, einem 1848er. (Eine Division bestand aus drei oder vier Brigaden, von denen jede vier bis sechs Regimenter mit je tausend Mann ausmachte.) „Ich kämpfe mit Sigel" (oder in ihrem mehr schlechten als rechten Englisch: „I fights mit Sigel") brüsteten sich die einfachen Soldaten des XI. Heereskorps und drückten so ihre Bewunderung für den Mann aus, der 1848/49 in Baden die aufständischen Kräfte gegen die preußische Armee geführt hatte. Es ist klar, daß die Männer, die 1848 gekämpft hatten, im Jahre 1861 keine Jünglinge mehr waren. Dennoch kamen sie im Kampf gegen die Sklaverei zusammen, nahmen ihre Posten ein und kämpften. Zwei Kommandeure von Sigels Divisionen waren ebenfalls gebürtige Deutsche: die 1848er Carl Schurz und Adolf von Steinwehr, der 1847 in die USA gekommen war. Einer von Sigels Artillerieoffizieren, Major Franz Backhoff, hatte auch in der Badischen Revolution gekämpft — ursprünglich auf der anderen Seite. Als von seinem Kommandeur aber befohlen wurde, auf die Aufständischen zu schießen, drehte Backhoff die ihm unterstellten Gewehre im buchstäblichen Sinne um.

Das XI. Korps erlebte die blutige Schlacht von Chancellorsville und forderte die konföderierten Truppen in den harten Kämpfen in Cemetary Ridge bei Gettysburg heraus. Das denkwürdigste Gefecht fand vielleicht im Herbst 1863 statt, als es nach Westen geschickt wurden, um Grants Tennessee-Armee dabei zu unterstützen, die eingeschlossene Cumberland-Armee bei Chattanooga zu befreien. Es kam zum Durchbruch, nachdem die Divisionen von Schurz und Steinwehr im Morgengrauen die konföderierten Stützpunkte am Lookout Mountain angegriffen hatten:

> „Sie kletterten einen Zick-Zack-Pfad an der Ostseite des Berges Lookout Mountain hinauf — einem heftigen Trommelfeuer von der Bergkuppe kommend ausgesetzt. Gegen Mittag hatten sie die Spitze fast erreicht, und es kam zum Feuerwechsel mit den Gewehreinheiten der Föderierten. Den Höhepunkt bildete ein Bajonettangriff der Männer... aufwärts, ein 60 Meter weites mit Felsbrocken übersätes Gefalle hinauf, wodurch ein Durchbruch am Bergkamm erreicht und der Feind den Berg hinunter getrieben wurde." (Richard O'Connor, *The German-Americans,* 1968)

Fortgesetzt auf Seite 6

Presseorgane der nationalen Sektionen der IKL

Workers Vanguard
Biweekly organ of the Spartacist League/U.S.

$7/24 issues (1 year)
International rates:
$25/24 issues—Airmail $7/24 issues—Seamail
Spartacist Publishing Co.
Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

Spartakist
Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
8 Nummern DM 10-/10 Mark der DDR
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Postfach 2002
Berlin 1026, DDR

Australasian Spartacist
Two-monthly organ of the Spartacist League of Australia and New Zealand

$3/6 issues (1 year) in Australia and seamail elsewhere
$7/6 issues—Airmail
Spartacist ANZ Publishing Co.
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien

Le Bolchevik
Publication de la Ligue trotskyste de France

1 an (10 numeros): 30 F Hors Europe: 40 F (avion: 60 F)
Etranger: mandat poste international
BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, Frankreich

Workers Hammer
Marxist monthly newspaper of the Spartacist League/Britain

£2.00/9 issues International rate: £5.00—Airmail
Spartacist Publications
PO Box 1041, London NWS 3EU, England

Spartaco
Bollettino della Lega Trotskista d'Italia

Abbonamento a 6 numeri: L. 4.000
Europa: L. 6.000 Paesi extraeuropei: L. 10.000
Walter Fidacaro
C.R 1591,20101 Milano, Italien

Spartacist Canada
Newspaper of the Trotskyist League of Canada

$2/4 issues $5/4 issues—Airmail
Box 6867, Station A
Toronto; Ontario M5W 1X6, Kanada

Rote 1848er...

Fortsetzung von Seite 5

Die „Schlacht über den Wolken", in vielen Wandgemälden festgehalten, ermöglichte den Angriff auf Missionary Ridge, geführt von „hauptsächlich deutschen Regimentern aus Illinois, Indiana, Kansas, Ohio und Wisconsin" und befehligt von Brigadegeneral August Willich. Willich war ein „Roter 1848er", der in Baden die radikalen Truppen geführt hatte, mit Friedrich Engels als seinem Adjutanten. Unter intensiven Beschüß genommen soll sich Willich gesagt haben: „Ich marschiere vorwärts, ganz gleich, ob ich dafür vor ein Kriegsgericht gestellt werde." Ohne Befehle abzuwarten, beorderte er seine neun Regimenter den Hang hinauf und erreichte so einen schnellen Sieg, der Grant überraschte". Jetzt war es den Armeen der Union möglich, ihren Marsch auf Atlanta und an die Küste zu beginnen.

Die Deutschen stellten also nicht nur die Körper zur Auffüllung der Gefechtslinien, sondern auch eine erfahrene militärische Führung, was zu Kriegsbeginn ein ausgesprochen seltenes Gut auf seiten der Union war, da viele tausend Offiziere der US-Armee zu den Konföderierten übergelaufen waren. Drei der relativ wenigen bedeutenden Generäle unter Grant, dem einzigen Generalleutnant, waren 1848er — Sigel, Schurz und Peter Joseph Osterhaus — und 1848er waren auch die meisten der neun deutschen Brigadegeneräle. Auch viele Oberste waren 1848er, berühmt geworden für ihre Kampfführung. Insgesamt gab es 500 deutsche Offiziere, angefangen vom Major bis hin zum General. Auch die deutschen Unteroffiziere, „gut ausgebildet und sehr diszipliniert", spielten eine Rolle von unschätzbarem Wert. Anerkennend schreibt z. B. Rosengarten über den deutschen Unteroffizier: „Er hielt eine ganze Linie zusammen; er war in jeder Beziehung ein Muster an soldatischer Qualität." (J.G. Rosengarten, *The German Soldier in the Wars of the Unlted States*, 1886)

Die 1848er schöpften aus der einflußreichen Feder von Karl Marx und Friedrich Engels Kraft, deren Artikel in der New Yorker *Herald Tribüne* und in anderen Publikationen eine detaillierte politische und militärische Analyse des, in ihren Worten ausgedrückt, „ersten großen Krieges der Gegenwart" lieferten. Unter der Führung von Karl Marx sammelte die I. Internationale die Kräfte der europäischen Arbeiterklasse, und dieser Beitrag wurde von der Regierung Abraham Lincolns dankbar anerkannt.

Doch trotz all dieser Taten waren die Deutschen, die in die USA gekommen waren, großen Mühsalen ausgesetzt, weil sie kein Englisch sprachen, und wurden für ihren Einsatz im Krieg nur kümmerlich belohnt. Im Zivilleben wurde unter ihnen eine sehr hohe Todesrate verzeichnet, und zwar nicht als ein Ergebnis gewollter Gehässigkeit oder von Lynchangriffen, sondern einfach aufgrund von Gleichgültigkeit und Unverständnis ihnen gegenüber von seiten ihrer englischsprachigen Nachbarn. Als die USA 1917 in den Ersten Weltkrieg eintralen, kehrte sich die Lage ins Bösartige: Die Deutsch-Amerikaner waren nicht enthusiastisch darüber, in einem Krieg zu kämpfen, den sie zu Recht als rein innerimperialistischen Krieg ansahen, und so waren sie einer Woge des Chauvinismus ausgesetzt. O'Connor schreibt darüber: „Über Nacht wurde alles, was deutsch war, stigmatisiert: Sauerkraut wurde jetzt zum .Liberty Cabbage', Frankfurter Würstchen zu ,Hot Dogs'. Die Schaufenster von Geschäften mit deutschen Namen wurden von .patriotischem' Pöbel zertrümmert, Menschen mit deutschen oder deutsch klingenden Namen verfolgt und oftmals zu Opfern von Gewalttaten des Pöbels."

Dieser reaktionäre Feldzug richtete sich teilweise gegen Juden, die bekanntermaßen in der sozialistischen Anti-Kriegsbewegung überproportional vertreten waren. Der Ku-Klux-Klan, der mit seinem Lynch-Attentat auf den jüdischen Geschäftsmann Leo Frank im Jahre 1915 wiedererstand, wuchs nach dem Ersten Weltkrieg in der Hexenjagd gegen die „rote Gefahr" kräftig an. Für die Deutsch-Amerikaner kulminierte diese Entwicklung 1936 in der Hinrichtung von Bruno Hauptmann, dem man boshaft die Entführung und Ermordung des Lindbergh-Babys angehängt hatte. Als im Zweiten Weltkrieg die Position der Volksfront, daß der US-Imperialismus einen Krieg gegen den Faschismus führe, die in der amerikanischen Bevölkerung verbreitete Abscheu gegen die Nazis ausnutze, rückten Deutsch-Amerikaner in die US-Armee ein und kämpften heldenmütig. Doch dies soll nur ein Nachtrag zur Hauptaussage sein.

Die deutschen Revolutionäre von 1848 hatten einen bedeutenden und machtvollen Anteil am amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Sklaverei. Kämpferische deutsche Arbeiter sollten das heute wissen, denn dies ist ein Bestandteil ihrer Geschichte.

Einheit der Arbeiterklasse ...

Fortsetzung von Seite 3

des gesetzlichen Aussperrungsverbots in der DDR (das die CDU/SPD-Regierung jetzt abschaffen will) auf ganz Deutschland, um sich damit notwendigen soliden Streikpostenketten und Betriebsbesetzungen entgegenzustellen. Die Vorstellung, daß der bürgerliche Staat, mit Kohl oder der SPD (die als Kandidaten den offen arbeiterfeindlichen Lafontaine aufgestellt hat), solch ein Verbot verhängen würde, ist lächerlich.

DDR-Arbeiter: die Kapitalisten wollen sich eine Arbeiterklasse unter den Nagel reißen, die im internationalen Vergleich hervorragend ausgebildet ist. Das westdeutsche Kapital will die Industrie der DDR ausplündern, einen Großteil der Fabriken stillegen, dabei aber die Verteilungsnetze der früheren Kombinate beibehalten, genauso wie eine qualifizierte Arbeiterschicht zu Niedriglöhnen. Die äußerst hohen Qualifikationen der Arbeiterklasse in der DDR versetzen sie jedoch in die Lage, dem Angriff des Kapitals Widerstand zu leisten. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo sich die Gewerkschaften in der DDR auf Streiks und Betriebsbesetzungen, wo und wann sie angezeigt sind, vorbereiten und Verbindungen zwischen den einzelnen Betrieben schmieden müssen. In jeder Fabrik sollten Betriebsversammlungen abgehallen werden, um volle und detaillierte Informationen über Übernahmepläne und Entlassungen zu bekommen, und um den Boden vorzubereiten, den Plänen der Leitungen einen Riegel vorzuschieben, die Produktion zu sabotieren und die Betriebe auszuverkaufen. Zwischen den verschiedenen Betrieben müssen Verbindungen geschaffen werden.

Die Losung der Arbeiterbewegung muß lauten: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Gewerkschaftler in Ost und West müssen für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter kämpfen. Arbeiterselbstverteidigungsgruppen sind nötig, um gegen faschistischen und rassistischen Terror vorzugehen und um Streiks und Besetzungen zu verteidigen. In der DDR könnten besonders die Milglieder der VP und NVA, die nicht in einen kapitalistischen Repressionsapparat aufgesogen werden wollen, aufgefordert werden, sich solchen Verteidigungsgruppen anzuschließen. Wirkliche Gewerkschaftseinheit setzt einen scharfen politischen Kampf gegen den spalterischen Antikommunismus und den nationalen Chauvinismus voraus,

Verteidigt die Errungenschaften der Frauen in der DDR!

Kapitalistisches Vaterland gegen Frauenrechte

Bedroht von der erzwungenen Wiedervereinigung mit der kapitalistischen Bundesrepublik gehören die Frauen in der DDR zu den ersten, deren hart erkämpfte Errungenschaften unter Beschüß des Vierten Reichs geraten. Bonn hat den 1. Juli zum Stichtag des D-Mark-Anschlusses erklärt, um die Sozialleistungen endgültig zu „vereinheitlichen" — die Zerschlagung der Planwirtschaft von Grund auf und die Abschaffung der sozialen Absicherung in der DDR „von der Wiege bis zur Bahre".

Daß die Frauen der DDR soviel erreicht hatten — trotz des bürokratischen Würgegriffs des Stalinismus in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR —, ist ein schlagender Beweis für die Macht der sozialisierten Planwirtschaft des Arbeiterstaats. Mit hoher Schulbildung und Berufsausbildung, mit den besten Mutterschaftsregelungen und umfassender Kinderversorgung, sind die Frauen, von denen über 90 Prozent arbeiten, ein zentraler Bestandteil der Arbeiterklasse in der DDR. Aber ohne Klassenkampf gegen die Privatisierung der Produktion und die Abschaffung der Sozialleistungen werden sie aus der Produktion verdrängt werden, wenn Arbeitslosigkeit und Streichung von Sozialleistungen um sich greifen bei der Jagd nach kapitalistischem Profit. *Workers Vanguard* (23. März) hat einen Bericht aus Berlin veröffentlicht, der die Situation beschreibt: „Frauen werden in besonderem Maße von den Kürzungen bei der Versorgung der Kinder, den Kindergärten und Renten betroffen sein. Im EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt, wo ein Drittel der Beschäftigten Frauen sind, wird die Kinderkrippe an den Wochenenden abgeschafft." Republikweit sind die betrieblichen Kindereinrichtungen von Schließungen bedroht. In Leipzig beispielsweise sollen 18 Betriebskindergärten mit fast 6000 Kindergärten- bzw. Kinderkrippenplätzen dichtgemacht werden. „Was soll nun werden?" fragte eine junge Frau, die im VEB Sachsenbräu arbeitet, „wenn am 30. Juni unser Kindergarten schließt? Dann muß ich zu Hause bleiben — und wovon soll ich leben?" Die Arbeiterklasse muß sich dringend auf die bevorstehenden defensiven Kämpfe vorbereiten, wobei die Verteidigung von Frauen und ausländischen Kollegen einer der Schwerpunkte sein muß.

Arbeiter im riesigen Leunawerk in Halle haben ihre Besorgnis darüber vorgebracht, daß den Frauen in der BRD die Arbeit in Nachtschicht verboten ist (dieses Gesetz geht noch auf Bismarcks Reich zurück). In einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland würden allein aufgrund dieses Gesetzes Tausende von Frauen ihre Arbeit verlieren. Wir sagen: *alle* Arbeiter müssen bei der Arbeit vor Gefahren und Erschwernissen geschützt werden.

Die Bonner Politiker haben kein Geheimnis gemacht aus ihrem Bestreben, die Frauen der DDR wieder zurück zu „Kinder, Küche, Kirche" zu treiben. Einer der Punkte der CDU-Wahlplattform für. die Volkskammerwahlen war der „Schutz des ungeborenen Lebens". Was die CDU in die DDR exportieren will, ist die Hexenjagd auf das Recht auf Abtreibung, der sich heute die Frauen in der Bundesrepublik ausgesetzt sehen, wo für die Opfer des „Kinderholocausts" die Kirchenglocken geläutet werden.

Bei diesen Wahlen haben nur die Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) eine entschiedene Position gegen die kapitalistische Wiedervereinigung bezogen, sie riefen auf zur Bildung einer leninistisch-egali-

Fortsetzung auf Seite 10

---

der von der Bürokratie verbreitet wird. Hand in Hand mit dieser antikommunistischen Kampagne gegen den FDGB geht eine Hexenjagd auf Mitglieder und ehemalige Mitglieder der SED/PDS, um damit Arbeiteraktivisten auszuschalten. Die Arbeiterbewegung muß gegen die Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen die Versuche, sie auf die DDR auszuweiten, mobilisiert werden — kämpft gegen die antikommunistischen Verfolgungen!

Damit verbunden muß der Kampf gegen die Diskriminierung und den Mißbrauch der polnischen Arbeiter in Deutschland aufgenommen werden. Dies bedeutet auch, sich den zunehmend kämpferischen polnischen Gewerkschaften zuzuwenden, denen im Augenblick durch die „Schockbehandlung" der Austeritätspolitik der von Solidarnosc geführten Regierung die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft die Arbeiter der DDR und der BRD auf, an ihre Klassenbrüder und -Schwestern, besonders in der Sowjetunion, zu appellieren: Erhaltet, was durch harten Klassenkampf gewonnen wurde.

Jegliche ernsthafte Verteidigung des Lebensunterhalts und der Sozialleistungen in der DDR wird notwendigerweise zu einem frontalen Zusammenstoß mit der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Machtfrage führen — welche Klasse herrscht? Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Führung mit einem Programm des Klassenkampfs, das den Anschluß aufhalten und der Arbeiterklasse Zeit verschaffen kann, sich für eine politische Offensive umzugruppieren: Die Fabriken müssen den Händen der Direktoren entrissen werden, die sie ausverkaufen wollen; Fabrikkomitees und Arbeiterräte müssen gebildet werden, um unsere Errungenschaften und unsere Arbeitsplätze zu verteidigen und um den Kampf um die Staatsmacht aufzunehmen, die von den Arbeitern ausgeübt werden muß.

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat den Bankrott ihres Dogmas vom „Sozialismus in einem Land" offenkundig gemacht, so wie es die Trotzkisten immer gesagt haben. Die SpAD war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen klar gegen die Wiedervereinigung Position bezogen hat. Alle anderen Parteien wollen zurück in eine „Zukunft" von Arbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg: von SPD über PDS und Vereinigte Linke stimmten alle der Streichung des Wortes „Sozialismus" aus der DDR-Verfassung zu. Wir alleine, deren Genossen und Vorfahren von Anfang an gegen den Stalinismus und seine Versuche, den Imperialismus zu besänftigen, gekämpft haben, bieten ein Kampfprogramm an zum Erhalt dessen, was wir gewonnen haben, und einen Weg vorwärts zu einem Arbeiterrätedeutschland in einem sozialistischen Europa.

Wie KPD und SPD den Aufstieg Hitlers zur Macht zuließen

Stalin/Thälmann und ihre „Dritte Periode"

Für viele in der DDR ist die Geschichte der Kommunistischen Partei (KPD) in den Jahren, die zu Hitlers Machtergreifung 1933 führten, ein „weißer Fleck". Die selbstmörderische Politik der „Dritten Periode"' der Kommunistischen Internationale unter Stalin und der KPD war gegen Einheitsfrontaktionen mit sozialdemokratisch geführten Arbeitern gerichtet, die notwendig gewesen wären, um die wachsende Nazi-Gefahr zu bekämpfen, und ermöglichte es Hitlers Sturmtruppen, nahezu ohne Gegenwehr an die Macht zu kommen. In den letzten Jahren haben Gorbatschows „Erneuerer" die „Dritte Periode" verurteilt, aber mit der Position, die spätere Volksfrontpolitik von Stalin und Dimitroff sogar noch früher umzusetzen. Diese Politik führte zum Verrat der Spanischen Revolution in den späten 30er Jahren (und zahlreichen anderen revolutionären Erhebungen seitdem) und bereitete direkt Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion vor.

Teil 1 von 2

Der führende KPD-Kader in der Periode des Nazi-Vormarsches zur Macht war Ernst Thälmann. Ursprünglich von Sinowjew gefördert, folgte Thälmann sklavisch jedem, der im Kreml das Sagen hatte. Ein entscheidender Einschnitt in Thälmanns Laufbahn war die „Wittorf-Affäre". Wittorf war ein Mitglied des ZK und ein Parteiführer in Hamburg, dem vorgeworfen wurde, daß er Parteigelder veruntreut hatte; Thälmann wollte die ganze Angelegenheit verschleiern. Am 26. September 1928 stimmte das ZK in einer einstimmigen Mißtrauenserklärung gegen Thälmann. Unter Druck der Komintern zogen am 1. Oktober 26 ZK-Mitglieder ihre Abstimmung zurück, und die Ausschaltung von Thälmanns Opponenten nahm ihren Anfang.

In den frühen 30er Jahren war er in besonderem Maße verantwortlich dafür, die katastrophale Politik der „Dritten Periode" durchzusetzen. Noch heute, hauptsächlich als Ergebnis von Jahrzehnten der stalinistischen Schule von Fälschungen (und weil er in einem Nazi-Konzentrationslager starb und nicht von Stalins Hand, wie viele seiner Genossen), wird Thälmann weiterhin bei vielen sozialistisch eingestellten Arbeitern und linken Intellektuellen in der DDR als antifaschistischer Held und Märtyrer betrachtet.

Ein typisches Beispiel dafür ist die heutige KPD, die (wie schon ihr Name zeigt) sich auf die Traditionen der KPD in den 20er und frühen 30er Jahren beruft. Die KPD entstand als eine widersprüchliche linke Abspaltung aus der auseinanderfallenden SED-PDS, „um alternativ zu sozialdemokratischen Konzepten, die letztlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung stützen, authentische kommunistische Politik zu praktizieren und zu propagieren".

In den Volkskammerwahlen hat die KPD jedoch ihren Wahlkampf als linkes Anhängsel der mehr und mehr sozialdemokratischen PDS geführt. In ihrer ursprünglichen programmatischen Erklärung forderten sie „zwei souveräne deutsche Staaten" und „den Erhalt des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als dominierende Eigentumsform" in der DDR. Jedoch am Vorabend der Wahlen forderte ein KPD-Plakat „Deutsche Konföderation — Demokratisch, Blockfrei", eine Position, die ihrem Wesen nach dem Ausverkauf von Modrow, Gysi und anderen „liberalen" Stalinisten entspricht, die nach „Deutschland einig Vaterland" schrien. Und in ihrem Wahlprogramm ruft die KPD „für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa" auf, in Anlehnung an die SPD-Pervertierung des antinationalistischen Ausspruchs von Thomas Mann, den die SPD heute in ein Kennwort für ein NATO-Deutschland umgewandelt hat.

Die trotzkistische Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands war die einzige Partei, die bei den Volkskammerwahlen mit einem klaren und eindeutigen Programm der Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung angetreten ist. Als die KPD in Halle bürokratisch von der Wahl ausgeschlossen wurde, hat die SpAD einen formellen Protest an die Wahlkommission gesandt und hat der KPD in Halle auf der Basis einer klaren Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung auch eine Absprache vorgeschlagen, bei der Wahl nicht in Konkurrenz zu treten. Als Ergebnis hiervon hat der von der KPD in Halle vorgeschlagene Kandidat an seine Genossen einen Brief geschrieben, in dem er sie dazu auffordert, für die SpAD zu stimmen (siehe *Arprekorr* Nr. 28, 20. März).

Seit ihrer Gründung hat die KPD einen Gutteil altstalinistischen Auftretens, einschließlich einer eingefleischten Feindschaft gegen den Trotzkismus, mit Appellen an neulinke Jugendliche verbunden, die von ihrem Namen angezogen worden sind. Wenn die KPD sich weigert, sich mit der jämmerlichen Geschichte ihres Vorläufers Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre auseinanderzusetzen, wird sie nur einen Platz im Schatten der Sozialdemokratie finden, von der sie doch behauptet, sie zu bekämpfen. Diejenigen, die nach einer konsistenten kommunistischen Alternative zum Verrat von Stalinismus und Sozialdemokratie suchen, werden dies im Programm des Trotzkismus finden.

Wir drucken im folgenden die erste Hälfte einer überarbeiteten Mitschrift eines Referats über diesen geschichtlichen Zeitraum ab, das bei einer Schulung der SpAD am 4. Februar gehalten wurde.

Nr. 14
Winter 1989/90

Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:
Postfach 2002,
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr.
6652-44-314496
DM 2,-
2 Mark der DDR



Genossen, das Thema der heutigen Schulung ist die Verarbeitung der wichtigen Lehren einer der größten Niederlagen, die die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hingenommen hat. Es ist klar, daß die wesentliche Verantwortung für diese Niederlage in erster Linie bei den beiden großen Arbeiterorganisationen, der SPD und der KPD, zu suchen ist. Denn sie waren nicht in der Lage, eine Einheitsfront durchzuführen, um den Kampf gegen die Nazis zu organisieren und den Weg freizuschlagen für einen Kampf der Arbeiter um die Staatsmacht.

Die Sozialdemokraten sind bereits 1914 mit der Stimme für die Kriegskredite ins Lager der Bourgeoisie übergewechselt und haben eine bürgerliche Arbeiterpartei dargestellt. Von dieser Partei war nichts anderes als Verrat zu erwarten. Die Hoffnungen der deutschen Arbeiter lasteten auf der KPD, die mit der Oktoberrevolution identifiziert wurde und von der man den Kampf um die Macht erwartet hat. Deswegen trifft die Schärfe unserer Kritik und unseres Kampfes besonders die KPD.

Es gab vor ungefähr zwei Jahren den Prozeß gegen den Mörder von Thälmann. Wir haben damals gesagt, daß es ein Verbrechen der westdeutschen Bourgeoisie war, diesen Mörder freizusprechen. Denn dieser Prozeß und dieser Freispruch haben den Haß der deutschen Bourgeoisie auf den Kommunismus ausgedrückt. Für uns ist es in der heutigen Schulung wichtig zu verstehen, welche politische Rolle die Thälmann-Führung gespielt hat.

Die Revolution am Scheideweg

Das Jahr 1923 war ein entscheidendes Jahr für die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland. Zu diesem Zeitpunkt waren in ganz Deutschland heftige Streikkämpfe im Gange. Der gesamte Mechanismus des Reformismus hatte aufgehört zu funktionieren. Der Lohn, den die Arbeiter empfangen haben, hat bereits keinen Wert mehr dargestellt, kaum daß sie das Werkstor verlassen hatten. In dieser revolutionären Krise wäre es die Verantwortung der damaligen Führung der KPD unter Brandler-Thalheimer gewesen, den Kampf um die Macht aufzunehmen. Dazu zitiert Pierre Broue ein Mitglied der KPD, Albert:

> „Eine Million Revolutionäre, die bereit sind und auf das Zeichen zum Angriff warten; hinter ihnen Millionen von Arbeitslosen, Hungernden, Hoffnungslosen, ja ein ganzes leidgeplagtes Volk, welches flüstert: ‚Auch wir! auch wir!' Die Muskeln dieser Massen sind gespannt, die Gewehre, mit denen man den Panzern der Reichswehr begegnen wollte, schon fest in den Fäusten ... und nichts geschah. . . " *(Die Deutsche Revolution, 1918-1923).*

Das unterstreicht die verhängnisvolle Kapitulation der KPD unter Brandler, eine Kapitulation, die die entscheidende Wende in der gesamten politischen Entwicklung dargestellt hat. In Deutschland hatten bis zu diesem Zeitpunkt die Millionen Massen der Arbeiter und auch die breiten Schichten des Kleinbürgertums alle zur KPD geschaut. Sie sind zur KPD geströmt, weil sie von ihr den Kampf um die Macht erwarteten. Doch nach 1923 begann sich die Tendenz abzuzeichnen, daß insbesondere Schichten des Kleinbürgertums und der verelendeten Arbeiter in immer stärkerem Maße sich Hitler anzuschließen begannen.

Wichtig ist auch, was die Rolle des aufsteigenden Kampfes der Stalin-Fraktion in der Sowjetunion und die Auseinandersetzung in der Komintern betraf. Es war bis dahin eine Selbstverständlichkeit, ein ABC für alle Kommunisten, ausgehend von den Gedanken Lenins, daß nach der Machtergreifung in der Sowjetunion diese nur gefestigt werden konnte, man nur zum Sozialismus vorwärts gehen konnte, wenn die proletarische Macht nicht auf das rückständige Sowjetrußland beschränkt, sondern ausgeweitet wurde auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in Europa, insbesondere Deutschland.

Doch die Niederlage in Deutschland 1923 gab der Machtübernahme der Bürokratenkaste unter Stalin, dem sowjetischen „Thermidor", mächtigen Auftrieb. 1924 wurde eine Wendung weg von der internationalen Revolution vollzogen, und die Theorie vom „Sozialismus in einem Land" wurde geboren, was die konservativen Impulse der parasitären stalinistischen Bürokratie ausgedrückt hat. Das heißt also, es hatte sich der Zweck der Kommunistischen Internationale geändert, der Zweck der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Das war also nicht länger die Ausweitung der Revolution, sondern eine konservative Haltung: zu bewahren, was man erreicht hat. Im Zusammenhang damit haben sich auch die Rolle und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale geändert, die von einem revolutionären Kampfinstrument in ein Instrument der Außenpolitik der Sowjetunion transformiert wurde. Dieser Prozeß hat sich auch innerparteilich niedergeschlagen, in der Erstickung von politischen Diskussionen, in repressiven Maßnahmen gegen Kritiker.

Stalin: Bremse der Deutschen Revolution

Diese repressiven Maßnahmen galten insbesondere Kritikern, Arbeiterkämpfern und Kommunisten, die die Kapitulation 1923 in Deutschland angegriffen haben und die den Kurs korrigieren wollten. In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Brief von Stalin an Sinowjew von 1923 zu lesen, der erst 1927 veröffentlicht wurde:

> „Wenn in Deutschland jetzt sozusagen die Macht auf die Straße fiel und die Kommunisten sie auffangen würden, würden sie krachend scheitern... Nicht darum handelt es sich, daß Brandler ‚die Massen schulen' will, es handelt sich darum, daß die Bourgeoisie plus rechte Sozialdemokraten bestimmt diese Demonstration zur Schulung in eine Generalschlacht verwandeln werden und die Kommunisten zertrümmern. Freilich, die Faschisten schlafen nicht. Aber für uns ist es vorteilhafter, daß die Faschisten zuerst angreifen, daß wir die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten zusammenschweißen. Überall sind die Faschisten in Deutschland schwach. Meiner Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht antreiben." (zitiert in *Die Dritte Internationale nach Lenin)*

Dies in einer Situation, wo sich praktisch ganz Deutschland im Aufstand befand.

Das hat Stalin natürlich nicht gehindert, nach dem Desaster von 1923 auf der Stelle kehrt zu machen, Brandler wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen und ihm die gesamte Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Das war auch der Grund, warum Trotzki Brandler gegen diese Angriffe verteidigte.

Die Auswahl der Führung der KPD wurde seitdem über das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und Stalin im Hintergrund vollzogen. Das entscheidende Kriterium für diese Auswahl war bedingungslose Ausführung der Anweisungen aus Moskau,

Fortgesetzt auf Seile 15

Wir laden ein zur Debatte
der Spartakist-Arbeiterpartei
mit der Gruppe Arbeitermacht

Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist

Donnerstag, 3. Mai, 19.00 Uhr
Kulturhaus „Ernst Schneller"
Fließstr. 3-7, Berlin-Schöneweide

Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 7

tären Avantgardepartei, um den Ausverkauf durch harten Klassenkampf zu stoppen. Die bevorstehenden bedeutenden Abwehrkämpfe müssen der Arbeiterklasse den Auftrieb geben, um die kapitalistische Übernahme zurückzukämpfen. Schon jetzt sind einzelne Kämpfe ausgebrochen: Am 13. Februar haben 800 Menschen in Ostberlin demonstriert mit der Losung „Gegen Sozialabbbau — Für jedes Kind und jede Frau". Auch streikende Erzieherinnen haben sich diesem Protest angeschlossen. Redner berichteten über einen Anstieg der Abtreibungen, weil sich die Frauen über die Zukunft Sorgen machen. Eine Demonstration in Dresden protestierte gegen die Schließung von sechs Kinderkrippen, die es Frauen praktisch unmöglich macht zu arbeiten.

Verteidigt die Errungenschaften der Frauen!

Die DDR ist entstanden aus der Zerschlagung von Hitlers Reich durch die sowjetische Rote Armee, sie wurde aufgebaut von den Opfern des Naziregimes. Wenn auch die Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsformen von oben ausging und nicht das Ergebnis einer siegreichen proletarischen Revolution war, waren die sozialen Umwälzungen in der DDR tiefgehender als anderswo in Osteuropa, weil es notwendig war, die Nazi-Bourgeoisie an der Wurzel zu zerstören, und weil es eine starke kommunistische Tradition in der deutschen Arbeiterklasse gab. Wie alle deformierten Arbeiterstaaten war die DDR von Anfang an ein widersprüchliches Phänomen: eine Gesellschaft, wo eine stalinistische Bürokratie sich auf das vergesellschaftete Eigentum und die Errungenschaften der Arbeiterklasse stützt, dem Proletariat aber die politische Macht verweigert und die Arbeiterdemokratie, die lebenswichtig ist für die Planwirtschaft, durch bürokratisches Kommandieren ersetzt. Stalinismus bedeutet die Zerstörung des leninistischen Internationalismus durch diese sozial konservative bürokratische Kaste, mit ihrem antirevolutionären Dogma vom „Sozialismus in einem Land", wodurch selbst das Überleben der Arbeiterstaaten in Gefahr gebracht wird durch das Nachgeben gegenüber dem Weltimperialismus und den Ausverkauf der Arbeiterkämpfe in anderen Ländern.

Mehr als beinahe jede andere Frage wirft sicherlich der Status der Frauen ein scharfes Licht auf die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche im deformierten Arbeiterstaat DDR. Die enormen Errungenschaften, Seite an Seite mit weitergehender Ungerechtigkeit, erniedrigender Unterdrückung und bürokratischer Korruption sind eine machtvolle Bestätigung der marxistischen Einsicht, daß die soziale Stellung der Frau in der Gesellschaft der genaueste Gradmesser des sozialen Fortschritts der Gesellschaft selbst ist.

In der DDR kann man sich wahrscheinlich einfacher scheiden lassen als in jedem anderen Land auf der Welt. Wenn beide Partner nicht mehr zusammen leben wollen, dann können sie sich innerhalb von etwa drei Wochen scheiden lassen. Aber bei der Wohnungsnot kommt es oft vor, daß beide nach der Scheidung noch ein oder zwei Jahre zusammenleben müssen!

Die Werktätigen der DDR mußten mit diesen Widersprüchen Tag für Tag leben: kostenlose Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft, wo die Luft durch Braunkohle so verdreckt ist, daß Lungenkrankheiten enorm zunehmen; massiv subventionierte Mieten für Wohnungen in scheußlichen Häusern in Betonklötzen, wo es keinen Platz gibt, wo Kinder spielen können; Berufung auf den „Sozialismus" in einer Gesellschaft, wo die politische Mitwirkung und die freien Künste durch die Bürokraten mit einer gefürchteten Geheimpolizei erstickt wurden.

Von Anfang an hat die SED — eine bewußte Schöpfung des Kreml, um die hochpolitische und sehr militante deutsche Arbeiterklasse bürokratisch in den Griff zu kriegen — das stalinistische Dogma übernommen, daß die Institution der Familie, das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frauen, in eine „Kampfeinheit für den Sozialismus" umgewandelt werden könnte. Dieses Dogma wird jedoch (und das gilt auch für die SU selber) durch die Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft unterminiert, besonders durch die weitreichenden sozialen Auswirkungen der Tatsache, daß die meisten Frauen ganztags arbeiten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der eine ganze Generation von jungen Männern getötet oder verkrüppelt hatte, haben die Frauen einen Großteil der Last auf sich genommen, um die Gesellschaft wiederaufzubauen. Die Trümmerfrauen verbrachten Millionen Stunden damit, die zerbombten Städte von den Trümmern zu befreien und die Wohnungen und Fabriken wiederaufzubauen. Zeitweilig haben die Frauen 60 Prozent der Beschäftigten ausgemacht. Angesichts des permanenten Arbeitskräftemangels mußte die DDR die notwendige Kinderversorgung und soziale Unterstützung bereitstellen, damit Frauen sowohl arbeiten als auch Mütter sein konnten. Die fortgeschrittene Industrie der DDR stellte die materiellen Ressourcen für eine Reihe von sozialen Maßnahmen zur Verfügung, um das Leben der Frauen qualitativ zu verbessern. Und nicht zuletzt wegen der langen Geschichte der deutschen Arbeiterklasse bei der Verteidigung der Rechte der Frauen war dieses Bekenntnis zur Gleichheit der Frauen mehr als nur der formelle Verfassungsgrundsatz der DDR. Die wesentlichen materiellen Errungenschaften und Sozialleistungen des Staats, die den Frauen zur Verfügung stehen, und die unterstützenden Maßnahmen wie beispielsweise Arbeitskollektive haben in dieser weitgehend kollektivierten Gesellschaft einen tiefgehenden Effekt auf soziale Strukturen und Haltungen. Die Vergesellschaftung von Haushaltspflichten wie freie, ständig verfügbare Kinderbetreuung haben dazu beigetragen, Frauen von den Fesseln der Familie zu befreien.

Bei der Geburt eines Kindes bekommen Frauen ein ganzes Jahr bezahlten Urlaub, ohne befürchten zu müssen, ihre Arbeit während des „Baby-Jahres" zu verlieren. Wegen der staatlichen Zuschüsse haben die Frauen nur wenig Druck, verheiratet /.u bleiben, und als Ergebnis davon gibt es viele alleinstehende Mütter in der DDR, wo z. B. eine alleinstehende Mutter mit zwei Kindern Anspruch auf eine Zweizimmer-Wohnung für 30 Mark hat. Nur ein Viertel der Leute, die in den letzten sechs Monaten in den Westen ausgewandert sind, sind Frauen. Die alleinstehenden Mütter, die in den Westen gegangen sind, sind schockiert darüber, daß es keine Vorkehrungen für sie und ihre Kinder gibt.

In der DDR sind Frauen Lkw-Fahrer, Kranführer, Chirurgen und Richter. Aber sie kommen immer noch nachts nach Haus, um sich stundenlang mit Hausarbeit abzuplak-

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
geöffnet am 24. und 26. April
und am 2. Mai, 18.00 bis 21.00 Uhr
Kulturhaus „Ernst Schneller"
Fließstraße 3-7, Berlin 1190

ken (die „zweite Schicht"), was ihnen zusätzlich erschwert wird durch extremen Mangel an Haushalts- und Konsumgütern. Unter dem Ulbricht/Honecker-Regime waren Frauen praktisch von den hohen Posten der Partei-Elite ausgeschlossen. Kinderbetreuungsmöglichkeiten -in staatlich geführten Krippen und Kindergärten sind reichlich vorhanden, billig, mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal und oft direkt am Arbeitsplatz. Aber viele schließen um 18.30 oder 19.00 Uhr, so daß es für Frauen schwierig ist, ein Leben nach der Arbeit zu führen. Kinderbetreuung 24 Stunden lang ist eine grundlegende Forderung der Spartakist-Arbeiterpartei, als Teil unseres Programms für die wirkliche Befreiung der Frau in allen Bereichen des sozialen, politischen und ökonomischen Lebens.

Verteidigt das Recht der Frauen auf Abtreibung!

Die bürgerliche Presse verschweigt natürlich bei ihren Proklamationen über den „Tod des Kommunismus" die Errungenschaften für die ostdeutschen Frauen. Stattdessen haben die kapitalistischen Publikationen versucht, den Marxismus und die Befreiung der Frauen in den Farben des stalinistischen Draculas Ceausescu in Rumänien zu malen, wo drakonische Anti-Abtreibungsgesetze, die von der terroristischen Geheimpolizei kontrolliert wurden, dazu führten, daß Tausende von Frauen und Ärzte ins Gefängnis kamen. Auffällig schweigsam war die Presse darüber, womit die polnischen Frauen unter der prokapitalistischen Solidarnosc konfrontiert sind: Dort hat sich die katholische Kirche mit anderen rechten Kräften zusammengetan, um Abtreibung zu illegalisieren und zu versuchen, „die christliche Moral zur Grundlage der sozialen Ordnung zu machen" (*International Vicwpoint,* 12. Juni 1989).

1956 wurden Abtreibungen in Polen legalisiert und kostenlos im staatlichen Gesundheitswesen durchgeführt, obwohl Schwierigkeiten in der Versorgung viele zu teuren privaten Abtreibungen trieb. Aber im Februar 1989 wurde ein Antrag im Sejm eingebracht, um „dem ungeborencn Kind gesetzlichen Schutz" zu geben, was drei Jahre Gefängnis für Frauen und ihre Ärzte für Abtreibung festlegen würde, ohne Ausnahme, nicht einmal bei einer Vergewaltigung. Mit diesem Antrag würde auch die Behandlung einer Krankheit der Frau illegalisiert werden, wenn dabei ihr Fötus verletzt werden könnte!

Mit dem Anschluß der DDR an den westdeutschen Kapitalismus werden die Bedingungen eingeführt werden, mit denen die Frauen in der BRD konfrontiert sind, wo die Anti-Abtreibungs-Hexenjagd floriert. Das Abtreibungsgesetz in der BRD, bekannt als Paragraph 218, wurde 1871 bei Bismarcks Reichsgründung mit dem Strafgesetzbuch eingeführt. Unter Hitler wurde es geändert — Abtreibung wurde mit dem Tode bestraft. Militante Abtreibungsgcgner bestehen darauf, daß diese Todesstrafe in Bayern immer noch existiert! Mit dem Slogan „Abtreibung ist Mord" klagte 1988 der bayerische traditionell katholische Staat den Frauenarzt Dr. Horst Theissen in Memmingen an, „illegale" Abtreibungen ambulant durchgeführt zu haben. Mehr als 500 seiner Patienten — viele von ihnen sind arme und eingewanderte Frauen — und ihre Familien wurden verhört und schikaniert; einige wurden ebenfalls angeklagt. Am 5. Mai 1989 wurde Dr. Theissen verurteilt, in 38 Fällen die Paragraphen 218 und 219 des deutschen Gesetzbuches verletzt zu haben, und mit zweieinhalb Jahren Gefängnis bestraft. Zur Zeit läuft die Berufung in diesem Fall.

In der DDR wurde der Paragraph 218 aus den Gesetzbüchern gestrichen, als 1950 das Gesetz für den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau beschlossen wurde, das die Abtreibung erlaubte, wenn es medizinische, soziale oder ethische Gründe gab. Obwohl dieses Gesetz die Möglichkeit einer Abtreibung für Frauen qualitativ verbesserte, stellte es sich als zu restriktiv heraus, da Frauen die Notwendigkeit vor einem Komitee rechtfertigen mußten. Viele Frauen ließen auch weiterhin illegale Abtreibungen durchführen.

1972 verabschiedete die DDR das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung, das die Abtreibung auf Wunsch während der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft erlaubt, voll vom Staat bezahlt. Es gibt nur zwei Einschränkungen: Eine Frau darf nicht mehr als eine Abtreibung innerhalb von sechs Monaten haben, und die Abtreibung wird verweigert, wenn ihre Gesundheit bedroht ist. Die Frau bekommt ihr volles Krankengeld, unabhängig davon, wie lange sie von der Arbeit wegbleibt. Kostenlose Verhütungsmittel sind in der DDR für jede Frau verfügbar, die 16 Jahre oder älter ist; 1974 wurden elf Millionen Packungen der Anti-Baby-Pille verteilt. Als ein Resultat dieser und anderer Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität der medizinischen Versorgung von Frauen und dem Rest der Bevölkerung hat die DDR weltweit eine der niedrigsten Sterblichkeitsraten von Frauen während der Geburt. 1977 lag die Müttersterblichkeit in der DDR bei 18 pro 100 000, während diese im wohlhabenden Westdeutschland 34 war — fast zweimal so hoch. Die DDR ist ebenfalls einer der sichersten Plätze der Welt für Neugeborene, mit einer Säuglingssterblichkeitsrate von 8,1 pro 1000 Geburten im Jahr 1988.

Diese Errungenschaften müssen verteidigt werden! Die Gefahr kommt nicht nur von Helmut Kohls konservativer CDU. Wo die regierende katholische Partei auf Widerstand gestoßen ist, hat die SPD Arm in Arm als zuvorkommender effektiver Organisator des moralischen Kreuzzugs gegen die Frauen gedient. In den frühen 70er Jahren boykottierte die SPD eine starke Bewegung zur Streichung des Paragraphen 218 aus dem Gesetzbuch der BRD und peitschte als „Kompromiß" das gegenwärtige Gesetz durch, das gegen Dr. Theissen und andere Ärzte angewandt wird! Die SPD hat wiederholt die breite Empörung ihrer Gewerkschaftsbasis über die Abtreibungshexenjagd unterdrückt.

Seit der politischen Revolution, die im November die Mauern der stalinistischen Unterdrückung gesprengt hat, haben die ostdeutschen Frauen die Rahmenbedingungen für die Befreiung der Frau erforscht, was in der Ulbricht/Honecker-Zeit lange als subversives Gebiet galt. Die reiche

Fortsetzung auf Seite 12

Women and Revolution
Frühling 1990, Nr. 37

Einzelausgabe DM 2,-
2 Mark der DDR

Auslandsabo (Seepost)
3 Nummern DM 7,-
7 Mark der DDR

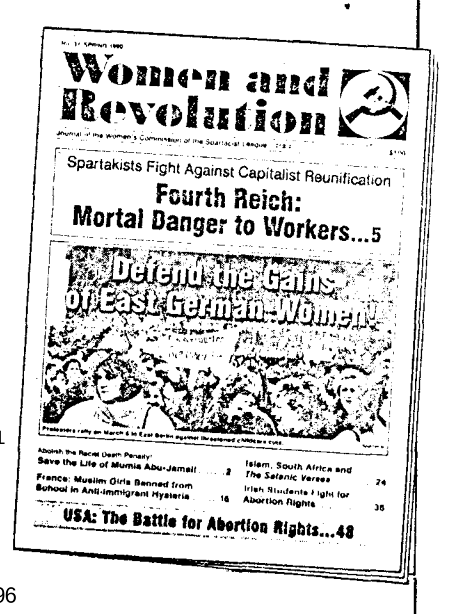
Auslandsabo (Luftpost)
3 Nummern DM 10,-
10 Mark der DDR

Bestellt bei:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21

Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026

Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Frauenrechte...

Fortsetzung von Seite 11

Geschichte des marxistischen Gedankenguts über die Frage der Frauenemanzipation wurde von den Stalinisten ignoriert und unterdrückt. Der große Feiertag des Internationalen Frauentags, der zum ersten Mal von Textilarbeiterinnen in New York begangen wurde und als internationaler Feiertag von der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 eingeführt wurde, wurde in der DDR als eine Art Muttertag karikiert. Die Marionetten-Frauenorganisation der SED trivialisierte die Interessen der Frauen: sie orientierte sich auf die „täglichen Probleme" der Frauen, z. B. das Austauschen von Schnittmustern.

Marxismus und Frauenfrage

Vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland bekannt als das „Herz der Arbeiterbewegung", und die deutsche Sozialdemokratie repräsentierte die theoretische und organisatorische Führung der Internationale. Das marxistische Verständnis der Frauenfrage wurde zu einer Strategie und zu Taktiken zusammengeschmiedet, die auch heute als Muster für kommunistische Arbeit unter Frauen dienen. Hier und in den Gewerkschaften wurden die großen Fragen der Rechte für Frauen ausgekämpft: Schutzgesetze für Arbeiterinnen, das Wahlrecht, die Rolle der Familie in der Gesellschaft.

40 Jahre harter politischer Kämpfe haben Methoden der Arbeit unter Frauen hervorgebracht, die die besonderen Bedingungen ihrer Unterdrückung angehen: Im Gegensatz zur feministischen „Eigenbrötelei", daß die Befreiung der Frau allein ihre Sache ist, verstehen Marxisten, daß die Unterdrückung der Frau unlösbar verbunden ist mit der Institution der Familie und dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Führer der SPD vor dem Ersten Weltkrieg bestanden darauf, daß Arbeiterinnen als Teil der revolutionären proletarischen Bewegung organisiert werden müssen. Eine Frauensektion wurde in der Partei aufgebaut, um besondere Arbeit unter den Frauen durchzuführen, sie über ihre aktuellen Bedürfnisse zu mobilisieren und in eine weitergehende politische Arbeit einzugliedern.

Die Zeitschrift *Die Gleichheit*, gegründet 1891 und bis 1916 herausgegeben von Clara Zetkin, war ein wichtiges Organ für die SPD-Linken gegen die wachsenden revisionistischen Strömungen. Für Tausende von Frauen war *Die Gleichheit* die Avantgarde im Kampf für ihre Rechte und gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistischen Krieg. Aber nach 1914, als die Sozialdemokratie zur kapitalistischen Klasse überlief und das „Vaterland" im imperialistischen Massenabschlachten des Ersten Weltkriegs unterstützte, gab sie der revolutionären marxistischen Tradition zur Frauenfrage ein drittklassiges Begräbnis. Die SPD wurde die standhafteste Säule der bürgerlichen Familie, ihre „Frauenarbeit" eine weibliche Hilfstruppe für leere Wahlpropaganda.

Die proletarische Frauenbewegung kämpfte gegen die bürgerlichen feministischen Vorstellungen, die nur am kapitalistischen Bild herumbasteln, aber die Wurzeln der Frauenunterdrückung unberührt lassen. Das vorherrschende bürgerlich-feministische Bündnis in der Weimarer Republik, der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), existierte von Anfang an in einer stark politisch klassendifferenzierten Gesellschaft mit einer proletarischen Massenpartei. Linke Frauen und Arbeiterinnen, die gegen ihre Unterdrückung kämpfen wollten, traten in die SPD ein, nicht in den BDF. Als Hitler an die Macht kam, gingen die feministischen Organisationen, geführt vom BDF, massenhaft zu den Faschisten über.

Die westdeutschen Feministinnen, die blind sind für die steigende Frauenarbeitslosigkeit und die völlig unzulängliche Kinderbetreuung, haben keinen Finger gekrümmt, um Dr. Theissen gegen die Anti-Abtreibungs-Hexenjagd von Bonn bis München zu verteidigen. Stattdessen stürzte sich die feministische Guru-Führerin Alice Schwarzer mit Feuereifer in die Anti-Porno-Kampagne, ein Echo auf den reaktionären moralistischen Kreuzzug von Kirche und CDU- und SPD-Politikern. Ihre Zeitung *Emma* hat sogar erklärt, „Koedukation macht Mädchen dumm!", während rechte Sozialdemokraten und fundamentalistische Grüne zu beweisen versuchen, daß sexuell getrennte Erziehung junge Mädchen „bevorzugt". Sie greifen eine grundlegende bürgerlich-demokratische Errungenschaft an, die die *Konsequenz* der Integration der Frauen in die Arbeiterschaft war.

Für Frauenbefreiung - für Trotzkismus!

Die bolschewistische Partei unter Lenin und Trotzki führte die marxistische Tradition der Arbeit unter Frauen fort. Als 1917 die Bolschewiki die Arbeiterklasse in Rußland zur Macht führten, ergriffen sie eine Reihe von Maßnahmen zur Emanzipierung der Frauen. Soweit sie es in einem rückständigen und vom Krieg gezeichneten Land tun konnten, versuchten sie die sozialen Funktionen der Familie zu ersetzen mit kostenlosen Kinderbetreuungs-Zentren Tag und Nacht und öffentlichen Wäschereien und Kantinen — Maßnahmen, die es den Frauen ermöglichen, voll am sozialen und politischen Leben teilzunehmen. In der *Verratenen Revolution* polemisierte Trotzki gegen das stalinistische Programm, die Familie wiederherzustellen; als Stalin im Zuge der Reaktion, des sowjetischen Thermidors, die Abtreibung in der UdSSR verbot (sie war wieder legal bis 1956), erklärte Trotzki 1936 dies in Grundsätzen:

> „Die feierliche Rehabilitierung der Familie, die — welch ein Wunder der Vorsehung! — mit der Rehabilitierung des Rubels zusammenfiel, hatte seine Ursache im materiellen und kulturellen Versagen des Staates. Statt offen zu sagen: Es zeigte sich, daß wir noch zu arm und zu roh sind, um sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen zu schaffen, diese Aufgabe werden unsere Kinder und Enkel erfüllen, verlangen die Führer, nicht nur, die Scherben der zerbrochenen Familie wieder zusammenzukitten, sondern auch, unter Androhung schlimmster Strafen, in ihr die geheiligte Urzelle des siegreichen Sozialismus zu sehen. Das Ausmaß dieses Rückzugs ist mit dem bloßen Auge schwer zu ermessen!"

In der DDR wollen Millionen von Arbeitern kämpfen, um die hart erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Was nötig ist, ist eine revolutionäre Avantgardepartei, um den Kampf gegen den imperialistischen Ansturm zu führen, um gegen die Privatisierung der Fabriken zu streiken, um gegen die Schließung von Kinderbetreuungsstätten und die Mieterhöhungen zu protestieren. Die SpAD ruft dazu auf, eine leninistische Partei aufzubauen, die für politische Arbeiterrevolution kämpft. Arbeiterfrauen werden in vorderster Reihe stehen im Kampf, die sozialen Errungenschaften der DDR gegen kapitalistische Angriffe zu verteidigen. Zu verteidigen, was wir schon gewonnen haben, ist der erste entscheidende Schritt, um darum zu kämpfen, was wir wirklich wollen: eine kommunistische Welt mit einer international geplanten Wirtschaft, die menschliche Beziehungen auf einer wirklich egalitären Basis erneuern wird.

Nach Women and Revolution *Nr 37, Frühling 1990*

Kopfsteuer-Revolte...

Fortsetzung von Seite 16

In überheblicher Weise ist die Steuer in Schottland, wo die Tories sowieso nur minimale Unterstützung haben, ein Jahr früher als in England und Wales eingeführt worden. Aber die Schotten haben sich nicht einfach zu gehorsamen Versuchskaninchen machen lassen. In Glasgow haben volle 42,5 Prozent der Bevölkerung sich geweigert, die Kopfsteuer zu bezahlen, oder sind mehr als drei Monate im Rückstand (*Independent*, 8. März). Versuche, die Gesetze dadurch durchzusetzen, daß das Vermögen von denen beschlagnahmt wird, die die Steuer nicht bezahlen, sind größtenteils durch die aus dem Boden schießenden Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen zum Scheitern gebracht worden. Massenhafte Versammlungen von Bewohnern haben Versuche der Polizeibehörden zum Scheitern gebracht, „poindings" durchzuführen, d. h. Hausdurchsuchungen, um die vorhandenen Vermögenswerte zu ermitteln. Unter Einsatz von CB-Funk und Rotten von Autos und Bussen haben die Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen jetzt effektive „Scumbuster"-Einheiten (Abschaum-Zerstörer) aufgebaut, die schnell zum Ort eines „poinding" mobilisiert werden können.

Die Proteste der Anti-Kopfsteuer-Vereinigungen könnten sich potentiell in die Richtung der militanten plebejischen Taktiken entwickeln, die in Schottland während des Ersten Weltkriegs angewandt wurden. Zwischen 1914 und 1919 hat sich das Gebiet um Glasgow den Ruf erworben, das „Rote Clydeside" zu sein. Frauen aus der Arbeiterklasse, oftmals die Frauen von schottischen Soldaten an der Front, standen an der Spitze von militanten Mietstreiks. Mietstreikkomitees wurden gebildet, um die Kämpfe zu koordinieren, und um den Schlägern der Gerichtsvollzieher Widerstand zu leisten. Die Mietstreiks standen in engem Zusammenhang mit proletarischen Kämpfen in den Maschinenbau- und Munitionsfabriken. Aber heute ist die Schlüsselfrage, die durch den Kampf gegen die Kopfsteuer aufgeworfen wird, die Labour Party.-

Geht Thatcher den Bach runter?

Es wird die Kopfsteuer wohl nur kurz geben, und es ist sehr wahrscheinlich, daß ihr Chefarchitekt und Hauptbefürworter (Thatcher) bald darüber stürzen wird. Während eine Menge Leute sowohl Kinnock als auch seine Kumpane dafür verachten, daß sie dieses belastende Gesetz unterstützen, zeigen landesweite Meinungsumfragen, daß die Labour Party einen riesigen Vorsprung vor den Tories hat. Aber das kann sich schnell ändern, wenn die Konservativen Thatcher vor der allgemeinen Wahl fallen lassen.

Jetzt fordern einige Tory-Parlamentsabgeordnete eine Wahl der Führung vor dem Herbst. Michael Heseltine hat den Vorteil, ein Gegner der Kopfsteuer zu sein. Ausgebildet in Shrewsbury und Oxford präsentiert er sich gern als self-made Unternehmer und Magnat. Seine „Haymarket Publishing Company" ist mehr als 100 Millionen Pfund wert, und er läßt sich von seinem Chauffeur in einem Jaguar herumfahren. Heseltines Widerstände dagegen, daß Britannien nur die Rolle des Juniorpartners des US-Imperialismus spielt, führte zu seinem Rücktritt aus dem Kabinett über die Westland-Hubschrauber-Affäre. Besonders jetzt, wo die imperialistischen Mächte auf die Gelegenheit hoffen, die Arbeiter in Osteuropa ausbeuten zu können, finden seine Ansichten bei einem beträchtlichen Teil der bürgerlichen Meinung Zustimmung, die befürchtet, daß Thatchers einseitiges Beharren auf den „besonderen anglo-amerikanischen Beziehungen" diese Gelegenheit für sie zunichte machen wird.

„Tarzan" Heseltine erlangte traurige Berühmtheit, als er 1976 während einer Debatte den Parlamentsstab an sich riß und erklärte, er sei' durch einen Labour-Abgeordneten provoziert worden, der nach einem knappen Wahlausgang „Die Rote Fahne" gesungen habe. Heseltine hatte schon immer enge Verbindungen zu den britischen Militärspitzen. Als Sohn eines walisischen Oberst diente er als Offizier in der walisischen Garde. Als Verteidigungsminister überwachte er auf dem Höhepunkt des antisowjetischen Kriegskurses die Aufstockung von NATO-Atomwaffen. Er wurde von Thatcher vorgeschickt, um die erfolglose Anklage gegen den Staatsbeamten Clive Ponting voranzutreiben, der dem schottischen Labour-Abgeordneten Tarn Dalyell Material über die *Belgrano-Aifäre* zugespielt hatte. Während des schmutzigen Malvinas/Falkland-Kriegs wurde der argentinische Kreuzer *Belgrano* versenkt, wobei über 300 Matrosen durch dieses unnötige Gemetzel in den Tod geschickt wurden, das direkt von Thatcher und ihrem Kabinett befohlen wurde. Natürlich trat Heseltine darüber nicht zurück!

Aber auch Kinnock hat den antisowjetischen Kriegskurs leidenschaftlich unterstützt, von seinem Eintreten für die konterrevolutionäre Solidarnosc bis zu seiner Unterstützung der SPD, dem Trojanischen Pferd für kapitalistische Restauration in der DDR. Die Falkland-Kampagne wurde von allen Parteien geführt und überwiegend von der Labour Party unterstützt. Die der Labour Party nahestehende Zeitung *New Statesman & Society* (16. März) bemerkte: „Es scheint wahrscheinlich, daß eine von Heseltine geführte Regierung, gesäubert von Parkinson und Ridley, eine Politik verfolgen würde, die der der Labour Party

Fortgesetzt auf Seite 14

„Marktsozialismus" in Osteuropa

DM 3,-/3 Mark der DDR

Bestellt bei:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Postgiro Ffm
119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



KONTAKTADRESSEN:

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel. (030) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

U. Nündel
Postamt 25,
Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock,
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt
Postlagernd
Frankfurt (Oder)
1200

Kopfsteuer-Revolte...

Fortsetzung von Seite 13

sehr ähnlich wäre; höhere Steuern, Investitionen in die Infrastruktur, eine koordinierte Politik zu regionaler Belebung. Tatsächlich würde Michael Heseltine vermutlich in der Lage sein, ein radikaleres Programm als Neil Kinnock durchzuführen." Dies sagt einiges aus, hauptsächlich wird damit bestätigt, wie rechts die gegenwärtige Labour-Führung ist.

Labour-Führer Kinnock — ein erklärter Feind des Sozialismus — hat nichts anderes getan, als den Kämpfen der Armen und Werktätigen in Britannien in den Rücken zu fallen. In dem zwölfmonatigen Bergarbeiterstreik, dem seit Jahrzehnten wichtigsten Klassenkampf hier, unterstützte Kinnock Tnatchers Streikbrecher-Urabstimmung und verurteilte die Bergarbeiter, weil sie ihre Streikpostenketten gegen die streikbrechenden Polizisten und die Streikbrecher verteidigten. Streikende Bergarbeiter und andere Aktivisten nannten ihn passenderweise „Ramsay Mac-Kinnock", nach dem verachteten Labour-Führer Ramsay MacDonald, der in den 30er Jahren offen zum Klassenfeind überlief. Dann, als die Gettos explodierten, billigte Kinnock den Polizeiterror gegen Schwarze und Asiaten und legte einen Kranz am Grab von Blakelock nieder, dem Polizisten, der getötet wurde, als die mörderische rassistische Polizei brutal in Broadwater Farm einfiel. Jetzt sind Kinnock und seine örtlichen Leutnants als Thatchers Antreiber für die gehaßte Kopfsteuer aufgetreten.

In einer Situation, wo es einen Massenboykott der Steuer gibt, ist das Zurückhalten der Steuerzahlungen eine angemessene konjunkturelle Taktik. Revolutionäre müssen dafür kämpfen, die soziale Macht der Gewerkschaften zu entfesseln — für politische Streiks gegen die verhaßte Kopfsteuer! Die Verhängung der Kopfsteuer fällt zusammen mit weiteren Kürzungen der Sozialleistungen; die Lehrergewerkschaft in Bradford hat zu einem eintägigen Generalstreik gegen derartige Kürzungen aufgerufen; einige Ortsgruppen der Gewerkschaft der Staatsbediensteten haben dafür gestimmt, diese Steuer nicht einzutreiben, und in der Region Lothian in Schottland werden Mitglieder der Gewerkschaft NALGO am 3. März gegen das Sperren von Konten von Arbeitern, die nicht bezahlt haben, streiken. Aber im allgemeinen bleibt die Opposition gegen die Kopfsteuer auf dem Niveau von staatsbürgerlichem Ungehorsam, wenn auch in massivem Umfang.

Die Kopfsteuer *per se* ist nicht wesentlich für die Aufrechterhaltung des britischen Kapitalismus, obwohl die arrogante „Eiserne Lady" wahrscheinlich unwiderruflich daran gebunden ist. Es entwickelt sich ein *bürgerlicher Konsens,* die Steuer zurückzuziehen und Thatcher durch jemanden zu ersetzen, der mehr Autorität hat, die kapitalistische Austerität zu verwalten. Eine Regierung unter Kinnock wäre dazu gezwungen, die Arbeiterklasse wenigstens genauso stark anzugreifen wie Thatcher oder Heseltine. Das ist es, was für die Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft im Verfall verlangt wird: Streikbruch, Kürzungen der Sozialausgaben, Disziplinierung der Arbeiter und Unterdrückten.

Das Handelsdefizit wird immer größer, weil das Land kaum mehr etwas herstellt, während diejenigen, die sich glücklich schätzen können, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben, oftmals aufreibende 50- bis 60-Stunden-Wochen haben, um über die Runden zu kommen. Inflation und Hypothekenzinsen sind enorm hoch, gewerkschaftliche Sicherheitsstandards werden über den Haufen geschmissen, während Eisenbahnzusammenstöße und U-Bahn-Infernos mit tödlicher Regelmäßigkeit passieren. Und es sind nicht nur die Privatisierungspläne von Thatcher, die grundlegende Sozialleistungen wie die nationale Krankenversicherung bedrohen. Der Niedergang des britischen Kapitalismus spiegelt sich wider in den Ruinen der ehemals großen Hafenstädte und Industriezentren wie Liverpool, Newcastle, Glasgow und Belfast. Das heutige Parlament beruht auf der zunehmend schmalen Basis des Südostens von England. Es kann nicht zur Vertretung der Arbeiterklasse und der entrechteten Teile der britischen Inseln gemacht werden, indem die Tories abgewählt werden, denn Labour ist nicht besser. Es sind eine sozialistische Revolution und eine Reihe von anspruchsvollen Fünf-Jahres-Plänen notwendig, um hier einen Platz zu schaffen, wo man anständig leben kann.

Kämpft gegen die Hexenjagd auf Scargill!

Vor kurzem ist in den bürgerlichen Medien eine hysterische Kampagne gegen den Führer der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Scargill ausgebrochen, den sie beschuldigen, er hätte Geld unterschlagen, das in Rußland und Libyen für die Gewerkschaft gesammelt worden war. Die Beschuldigungen gegen Scargill wurden zuerst im *Daily Mirror* aufgebracht, die dem Zeitungsmagnaten und rechten Labour-Anhänger Robert Maxwell gehört. Der Hauptankläger gegen Scargill ist ein gewisser Roger Windsor, der von seinem Gewerkschaftsposten, zu dem er ernannt worden war, wegen des Verdachts auf Betrug an der Bergarbeitergewerkschaft NUM zurückgetreten ist. Im Anschluß daran wurde das Betrugsdezernat eingeschaltet und Windsor — jetzt unter Vertrag beim *Mirror* — muß sich wegen Rückzahlung eines Gewerkschaftsdarlehens vor Gericht verantworten. Diese Geschichte kam zu einem äußerst „günstigen" Zeitpunkt auf, als nämlich die Presse Protestierende gegen die Kopfsteuer als „Gesetzesbrecher" und „gewalttätig" denunzierte — die gleichen Verleumdungen, mit denen die streikenden Bergarbeiter vor fünf Jahren überschüttet wurden.

Als die Bosse versuchten, wegen der „Gaddafi-Verbindung" und dem russischen Gold während des Streiks ein großes Geschrei zu erheben, machten die Bergarbeiter damit kurzen Prozeß. Ein NUM-Funktionär sagte: „Wenn mir jemand 100 000 Pfund für die Kumpel geschickt hat, die in Lancashire streikten, dann ist es mir völlig egal, wo das herkommt, solange es dazu benutzt wird, um die Mühsal zu mildern. Wir haben in Lancashire Menschen, die hungern." *(Times,* 29. Oktober 1984) Gewerkschaftsmitglieder in der ganzen Welt — von sowjetischen Bergarbeitern über französische CGT-Mitglieder bis zu unterdrückten schwarzen Bergarbeitern in Südafrika — haben tief in ihre Taschen gegriffen und ihre internationale Solidarität mit der NUM gezeigt. Die NUM hat 24 000 Dollar erhalten, die international von der klassenkämpferischen Verteidigungsorganisation Partisan Defense Committee, die mit unserer amerikanischen Sektion zusammenarbeitet, gesammelt worden sind.

Die wirklich sinistre „Verbindung" in der Arbeiterbewegung ist die gutbelegte Verbindung des CIA mit dem rechten Flügel von Labour und Gewerkschaften. Am Vorabend des Bergarbeiterstreiks sind die Führer von Labour — angezettelt von Gerry Healys WRP (der Schwesterorganisation des deutschen BSA) — gnadenlos über Scargill hergefallen, weil er korrekterweise die polnische CIA-„Gewerkschaft" Solidarnosc als antisozialistisch kritisierte. Dies war das Startsignal für Thatchers Kriegserklärung an die Bergarbeiter und das Vorspiel zum offenen Streikbruch durch die TUC-„Rechten", während die „Linken" von der TGWU und die Führer der Gewerkschaft der Eisenbahner die notwendige Ausbreitung des Streiks sabotierten. Die Führer der

Labour Party und des Gewerkschaftsdachverbands haben lieber die Niederlage des Streiks zugelassen, als daß sie für die Mobilisierung der aktiven Solidarität von anderen Schlüsselgewerkschaften gekämpft hätten, die für den Sieg notwendig gewesen wäre — die das Land zum Stillstand gebracht und schließlich wahrscheinlich die „Eiserne Lady" zu Fall gebracht hätte.

Jetzt ruft Scargill, der grundlegend die gleiche reformistische Perspektive hat, mit der die Bergarbeiter ausverkauft wurden, pathetisch zur „Einheit" der Labour Party auf und unterstützte bei den letzten Wahlen den Streikbrecher Kinnock. Während Kinnock & Co. ihren Verrat ganz offen betreiben, geben eine Handvoll „linker" Labour-Abgeordneter, einschließlich Tony Benn, „moralische Unterstützung" für den Aufruf, die Steuer nicht zu bezahlen. Die pseudotrotzkistische und krass Labour-loyale Militant Tendenz füllt das Vakuum aus und ist damit zur führenden Kraft in der Anti-Kopfsteucr-Föderation geworden. Aber ihre Perspektive ist es, die massive Unzufriedenheit zu kanalisieren, um die Wahlappetite von Neil Kinnock zu befriedigen: „Die Labour-Führer müssen runter vom Zaun und sich auf die Seite der Massenkampagne zur Zahlungsverweigerung stellen. Sie müssen die Gelegenheit ausnützen — Kampf für eine sofortige allgemeine Wahl und die Rückkehr einer sozialistischen Labour-Regierung." *(Militant, 9.* März)

Dies ist charakteristisch für die Pseudo-Linke in Britannien. Die Socialist Workers Party wird jetzt die Trommel für Labour rühren, wie sie es immer macht, wenn es Wahlen gibt. Die Zeitung *Morning Star* der Kommunistischen Partei verlangt, daß die Thatcher-Regierung zurücktritt und Labour gewählt wird. In ihrer Broschüre zur Kopfsteuer bezeichnen die Zentristen von Workers Power die Labour Party als „eine Partei der Bosse" und entlarven Kinnocks legalistische Politik, aber dann stellen sie abschließend fest: „Dies [die Politik von Labour] ist ein Geschenk an die Tories. Im Endergebnis wird sie nichts zu einem Labour-Sieg bei den Wahlen beitragen ..." Kurz gesagt befürworten sie eine militantere Taktik — nur um Kinnock in Number 10 Downing Street an die Regierung zu bringen. In ähnlicher Weise haben sie bei den letzten Wahlen Kinnocks Kandidatur unterstützt — frisch nach seiner Sabotage des Bergarbeiterstreiks.

Die Labour-Linke und ihre Entschuldiger spielen eine wichtige Rolle dabei, die Arbeiter an die Labour-Politik gefesselt zu halten. Eine revolutionäre Avantgardepartei in Britannien kann nur geschmiedet werden, indem sie die Arbeiterklasse aus dem Würgegriff der Labour Party bricht. Aber dazu braucht man effektive leninistische Taktiken. Die Spaltungen in der britischen Sozialdemokratie einfach als sektiererisch abzutun, ist genauso ein Rezept für Sterilität wie das opportunistische Hinterherlaufen hinter „Linken" von Labour und Gewerkschaft. Die Spartacist League Britain kämpft dafür, eine wirklich bolschewistische Partei der Arbeiterrevolution zu schmieden, durch die Spaltung der Labour Party, indem sie die proletarische Basis von den prokapitalistischen Führern wegbricht. Vorwärts zu einer Föderation der Arbeiterrepubliken der britischen Inseln, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Stalin/Thälmann...

Fortsetzung von Seite 9

bedingungslose Unterwerfung unter Stalin. So wurde Thälmann, der damals zusammen mit Fischer-Maslow mit den Linken war (Ulbricht war damals mit den Rechten), 1924 zum Führer der KPD.

Wer bekämpfte den Faschismus und wer nicht

Um eine richtige proletarische Strategie entwickeln zu können, muß man erstmal verstehen, welche Kräfte im Klassenkampf wirken und welche Möglichkeiten die Partei hat, mit ihren Mitteln der Taktik ihren Einfluß auszuweiten und breitere Schichten der Arbeiterklasse auf ihre Seite in den Kampf um die Macht zu ziehen. Nun gab es die Erfahrung mit dem italienischen Faschismus, und diese Erfahrung wurde auch auf dem Vierten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale analysiert. Der Sache wurde sehr großes Augenmerk gegeben. Die ist also in der Resolution über die Taktik verarbeitet worden, die auf diesem Kongreß angenommen wurde:

> „Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampf gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiet die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden ..." („Thesen über die Taktik der Komintern", IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 1922)

Dazu möchte ich jetzt Ernst Thälmann zitieren aus seiner Rede über die Probleme in der Taktik der KPD:

> „Aber noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich trotz der Beschlüsse des Plenums, trotz der meisterhaften Klärung dieser Fragen, wie sie vor allem auch im Schlußwort des Genossen Manuilski gegeben wurden, Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Faschismus und Sozialdemokratie in unseren Reihen gezeigt hat." *(Die Internationale,* November/Dezember 1931)

Der Gegensatz ist sehr offensichtlich. Thälmann hat die enorme Bedrohung verschleiert und verkannt, die der Faschismus als eine außerlegale, außerparlamentarische weiße Kampftruppe darstellt, deren Ziel die Zerschlagung und Atomisierung der Arbeiterklasse ist.

Trotzki drückt in dieser Hinsicht die Kontinuität der Kommunistischen Internationale und des Leninismus aus:

> „Wenn die Faschisten die Arbeiterklasse zertrümmern, kann von einer Machteroberung durch die Kommunisten keine Rede mehr sein. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gegen die Faschisten verteidigen heißt für uns: die Möglichkeit sichern, die Arbeiterklasse zu überzeugen und sie für uns zu gewinnen. Darum können wir nur dann zur Macht kommen, wenn wir alle Elemente der Arbeiterdemokratie im Kapitalismus — notfalls mit Waffengewalt — verteidigen." *(Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten" Volksentscheids,* 25. August 1931)

Dieses Zitat von Trotzki ist eine direkte Anwendung, der Erfahrungen der Bolschewiki aus dem Kampf für die Oktoberrevolution, insbesonders ihre Erfahrungen im Kampf gegen Kornilow. Lenin hat damals unter anderem auch gegen Stalin betont, daß es keine Unterstützung der provisorischen Regierung geben kann, daß es entscheidend ist, unter der Losung „Alle Macht den Räten!" zu kämpfen. In dem Moment, als der konterrevolutionäre Kornilow seine Weißen Truppen organisiert hat, um das Petrograder Proletariat niederzuwerfen und zu zerschlagen, hat Lenin gesagt, wir kämpfen Seite an Seite mit Kerenski gegen diese Konterrevolutionäre, um unsere Organisationsbasis zu verteidigen. Aber das bedeutet nicht, daß wir Kerenski unterstützen. Ein feiner, aber wichtiger Unterschied.

[WIRD FORTGESETZT]

SPARTAKIST

Bei Thatchers Untergang sorgt Labour für kapitalistisches Elend

Britannien: Kopfsteuer-Revolte

Dieser Artikel ist eine leicht überarbeitete Übersetzung des Workers *Hammer-Extrablatts vom 31. Man, das von unseren Genossen der Spartacist League of Britain veröffentlicht wurde.*

In Britannien kann man jetzt einen Ausbruch von Massendemonstrationen und Straßenprotesten sehen, die sich gegen die Einführung der extrem hohen und reaktionären Kopfsteuer durch die Thatcher-Regierung richten. Es gibt in Schottland Gegenden, wo beinahe die Hälfte der Bevölkerung die Steuern nicht bezahlt hat. Jetzt sind in England und Wales, wo diese Steuer nun auch erhoben werden soll, Bezirksverordnetenversammlungen, die die Höhe der Steuern festlegen wollten, von wütenden Menschenansammlungen belagert worden. Die Antwort der Regierung war die Mobilisierung von berittener Polizei und Spezialeinheiten; man konnte Szenen sehen, die an den Bergarbeiterstreik vor fünf Jahren erinnerten. Am 31. März protestierten in London 150 000 bis 200 000 Menschen gegen die Kopfsteuer. Wütende Demonstranten steckten eine Baustelle in Brand und die berittene Polizei verletzte reihenweise Demonstranten und hat mindestens 300 Menschen verhaftet. Labour Party Vize Roy Hattersley beschimpfte die Demonstranten als „kopflose Rowdys". Und die Hexenjagd gegen linke „Anarchisten und extremistische Elemente" hat schon begonnen, unter der Beschuldigung, sie seien für die „Gewalt" am Samstag verantwortlich *(Independent, 2.* April).

Die Größe der Demonstrationen ist ein schlagender Beweis für die Instabilität des Thatcher-Regimes. Hunderttausende haben sich den Anti-Kopfsteuer-Organisationen angeschlossen. Autofahrer in Städten und Gemeinden in Tory-Hochburgen werden von handgemalten Schildern begrüßt mit „Sie betreten eine kopfsteuerfreie Zone" *(Independent, 2.* April). Es hat Massendemonstrationen und Proteste in Gebieten gegeben, die, wie ein Kommentator formulierte, „wahrscheinlich noch nie eine Demonstration gesehen haben".

Während das Verbrennen von Thatcher-Puppen populär geworden ist als Symbol der Anti-Kopfsteuerproteste, haben Demonstranten auch lokale Labour-Stadträte ausgebuht, die hohe Kopfsteuerquoten festgesetzt hatten, und von ihnen gefordert: „Brecht das Gesetz, nicht die Armen." In Schottland haben örtliche Räte, in denen Labour die Mehrheit hat, schon Hunderttausende von Strafbescheiden gegen Steuerverweigerer verhängt. Und als Thatcher den Demonstranten gegen die Kopfsteuer Gewalttätigkeit vorwarf und diejenigen anprangerte, die als Protest gegen das Gesetz zur Steuerverweigerung aufgerufen haben, antwortete der Vorsitzende der Labour Party Neil Kinnock: „Ich stimme mit allem überein, was Sie eben gesagt haben, wie ich das schon seit langem zum Ausdruck gebracht habe." *(Independent, 9.* März)

Die Kopfsteuer ist weder eine Einkommenssteuer noch eine Vermögensabgabe, sondern eine Bestrafung für das bloße Existieren. Alle Erwachsenen des jeweiligen Bezirks müssen den gleichen Steuerbetrag bezahlen, ohne Rücksicht auf Vermögen oder soziale Umstände. Auf diese Weise, zahlt ein Millionär, der allein auf einem großen Anwesen lebt, vielleicht nur ein Zehntel von der Summe, die eine asiatische Großfamilie, die in einer überfüllten Mietwohnung lebt, aufbringen muß. Die Reichen bekommen dicke Steuersenkungen; die relative Steuerbelastung der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wird im Vergleich zum alten Steuersystem halbiert. Für alle anderen werden die Steuern *im Durchschnitt* um 50 Prozent ansteigen.

Mit der Umwandlung der Stadtverwaltungen in Steuereintreiber werden diejenigen, die Sozialleistungen am dringendsten brauchen — die Armen, die nicht bezahlen können — sich nicht mehr trauen, diese in Anspruch zu nehmen. In schottischen Städten sind Zehntausende „offiziell verschwunden", um der Zahlung zu entkommen; was den Zugang zu Sozialleistungen und das Wahlrecht angeht, sind diese „Verschwundenen" zu Unpersonen geworden. Und diese Steuer, die die Möglichkeiten der Regierung enorm verbessert hat, über jeden Bürger detaillierte Akten zu führen, dient auch als Teil des allgemeinen Angriffs auf elementare demokratische Rechte.

Obszönerweise hat die Bezirksverordnetenversammlung von Westminster, in dem sowohl das Parlament als auch der Buckingham Palast liegen, beschlossen, Gefangenen eine *doppelte* Steuer aufzuerlegen, indem ihre Wohnungen außerhalb des Gefängnisses als „Zweitwohnsitz" behandelt werden, als ob sie Landadelige oder Parlamentsabgeordnete wären. In England und Wales kann man wegen Schulden immer noch ins Gefängnis geworfen werden. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, die Steuer zu bezahlen, inhaftiert werden können und dann die doppelte Steuer zahlen müssen! Und in Schottland sind die Gefängnisse schon *de facto* Schuldtürme; rund 50 Prozent der Insassen sind wegen des Nichtbezahlens von Geldstrafen ins Gefängnis geworfen worden.

Es ist keine Überraschung, daß der Bauernaufstand wieder ins Gespräch kommt, der 1380 durch die Einführung einer Kopfsteuer ausgelöst wurde. Eine Kopfsteuervariante im Jahre 1641, die erhoben wurde, um die schottische Armee zu finanzieren, die den Norden Englands besetzt hielt, trug dazu bei, den englischen Bürgerkrieg auszulösen, in dessen Verlauf der Monarch Charles I. von den revolutionären Kräften Cromwells hingerichtet wurde. In den britischen Kolonien wurde die Besteuerung der Hütten dazu benutzt, die Menschen aus dem Ackerbau für den Eigenbedarf in die imperialistische Ausbeutung zu treiben. Nachdem der amerikanische Bürgerkrieg die Sklaverei zerstört hatte, wurden im amerikanischen Süden Kopfsteuern explizit dazu benutzt, die formal emanzipierte schwarze Bevölkerung an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte zu hindern. Der unverfrorene Aspekt von „Ausplünderung der Armen und gib es den Reichen" hat Demonstranten, die gegen die Steuer protestierten, dazu angeregt, eine Ratssitzung in Nottingham in Robin-Hood-Kostümen zu stürmen. Ein verärgerter Tory-Abgeordneter hat zugegeben, daß die Regierung offensichtlich „dem Volk den Krieg erklärt hat" *(Sunday Times,* 4. März).

Fortgesetzt auf Seite 13

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 70 8. MAI 1990 DM 1,— / 1 Mark der DDR

Für Arbeiter-Massenmobilisierungen!

Stoppt den Terror der Nazi/Skinhead-Banden!

Im Aufwind der Volkskammerwahlen vom 18. März, die die Parteien des Vierten Reichs an die Regierung brachten, gehen die Faschisten in der DDR immer brutaler und frecher zum Ansturm über. Nach einem Gewaltmarsch durch Berlin wüteten Hunderte von prügelnden und rassistische Sprüche grölenden Nazis/Skinheads am 20. April zur „Feier" von Hitlers Geburtstag stundenlang auf dem Alexanderplatz, verletzten über 50 Menschen, zertrümmerten die als Homosexuellen-Treffpunkt bekannte „Mocca-Stube" und attackierten die Gäste mit Messern und Steinen. Davor hatten sie erfolglos versucht, zuerst einen jüdischen Friedhof und dann ein besetztes Haus anzugreifen, das als Antifa-Zentrum bekannt ist.

Aber am Alexanderplatz ließ die VP-Einsatzleitung im Gegensatz zu Volkspolizisten, die die Skinhead-Banden endlich vertreiben wollten, diese stundenlang faschistische Parolen wie „Türken und Rote aufklatschen" und „Heil Hitler" brüllen und brutal wüten. Erst nachdem etwa 400 antifaschistische Autonome und Jugendliche aus Kreuzberg auftauchten, wurden die Skinheads von der Volkspolizei vertrieben. Ein türkischer Antifaschist beschreibt: „Erst als wir gehört hatten, daß die Skins ein Schwulenlokal überfallen und die Leute ziemlich übel zugerichtet hatten, haben sich die Leute entschieden, rüberzugehen." Seit dieser ungeheuerlichen Nazi-Provokation in der Hauptstadt der DDR sind die Zusammenrottungen und Terrorangriffe der braunen Banden in der ganzen Republik eskaliert. Über 500 bewaffnete „Neo"-Nazis und Nazi-Skinheads, die zu einem großen Teil aus Westdeutschland kamen, versammelten sich am darauffolgenden Wochenende zu einem „gesamtdeutschen Treffen" in Nordhausen, stürmten eine Gaststätte, attackierten die Gäste und verbarrikadierten sich dort anschließend. Erst nach schweren Schlachten mit der VP wurden sie vertrieben.

In Dresden tobten nach einem Fußballspiel über 500 Skinheads durch U-Bahn-Stationen. In einem anderen Fall richtete sich ihr mörderischer Terror gegen einen Vietnamesen, der auf der Fahrt nach Berlin durch den ganzen Zug gejagt wurde. In Halle terrorisierten versprengte Skinhead-Gruppen und Faschisten in Bomberjacken wahllos Leute, die sich auf den Straßen aufhielten. Als ein Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei eingriff, um seine Frau zu verteidigen, wurde er am Auge verletzt. In Cottbus und Sangerhausen zertrümmerten Skinhead-Banden mehrere Gaststätten und verletzten Gäste und Personal. Und am 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeiterklasse, konnten sich am Leipziger Marktplatz die „Mitteldeutschen Nationaldemokraten" offen versammeln, während die Polizei Hunderte von Gegendemonstranten fernhielt.

Fortgesetzt auf Seite 2

Lang lebe der 8. Mai! Rote Armee zerschlug Hitler-Faschismus!

Am 45. Jahrestag der Zerschlagung von Hitlers Deutschland salutieren wir der Roten Armee, deren heroischer Sieg Europa von der Nazi-Geißel befreit hat. 20 Millionen sowjetische Bürger haben im Kampf gegen das Dritte Reich ihr Leben gelassen. Wir werden dies niemals vergessen! Der Sieg der Roten Armee ebnete den Weg für die Errichtung des Arbeiterstaats DDR, wenn auch von oben eingeführt und von Anfang an bürokratisch durch den Stalinismus deformiert.

In den vergangenen 45 Jahren haben die Söhne und Enkel dieser Rotarmisten eine einsame Pflicht erfüllt, als sie in Verteidigung der Sowjetunion und der DDR Wache standen gegen den nach Osten am weitesten vorgerückten NATO-Imperialismus. Aber die Kapitulationen des Stalinismus haben die revanchistischen Appetite der NATO-Mächte nur angefeuert, besonders den neuen Drang nach Osten des deutschen Imperialismus und seinen Drang nach dem kapitalistischen Anschluß der DDR. *Dies stellt eine direkte Gefahr für die noch erhaltenen Errungenschaften der Oktoberrevolution dar!*

Von den Nazis wie auch vom stalinistischen Polizeiapparat verfolgt und ermordet, haben die Trotzkisten im Zweiten Weltkrieg, trotz ihrer schwachen Kräfte alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Sowjetunion zu verteidigen und den proletarischen Widerstand gegen die imperialistischen Bourgeoisien, sowohl gegen die Alliierten als auch gegen die Achsenmächte, voranzutreiben. Heute stehen die Trotzkisten in Verteidigung der Sowjetunion und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten auf ihrem Posten. Wir gehen von der Erkenntnis aus, daß die Oktoberrevolution nicht durch Anpassung an die imperialistische Bourgeoisie verteidigt werden kann, sondern nur durch die Ausweitung von proletarischen Revolutionen auf den imperialistischen Westen.

Noah Wolkenstein

1955-1990

Zutiefst bestürzt und voller Trauer geben wir den Tod unseres Genossen Noah Wolkenstein bekannt. Noah arbeitete bis Oktober 1988 in New York als Produktionsleiter von *Workers Vanguard* und *Spartacist.* Er starb am 23. April durch eigene Hand. Noah war 34 Jahre alt, Mitglied der Spartacist League/U.S. in der Bay Area und Vollmitglied des Zentralkomitees der SL.

Diese Tragödie berührt jeden Genossen und jede Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga zutiefst, besonders die Genossen in New York, die ihn bei seiner gewissenhaften und hervorragenden politischen Arbeit bei der Herstellung unserer Fresse kannten, aber auch viele Genossen anderer Ortsgruppen der Partei und anderer Sektionen der IKL. In seinen Jahren als Produktionsleiter von *Workers Vanguard* war Noah nicht nur für die Einrichtung von Pressesystemen für die Produktion verantwortlich, sondern er trainierte auch Genossen in Kanada, Frankreich und aus anderen Ländern. Im Februar und März dieses Jahres war Noah in Deutschland, um die grundlegende technische Infrastruktur für unsere Presse zu etablieren. Er leistete diese Aufgabe mit einer Entschiedenheit, die für ihn charakteristisch war.

Noah trat 1975 in die Partei ein, seine ältere Schwester Kachel wurde im Jahr davor im Lauf der Fusion zwischen der Spartacist League und dem Buffalo Marxist Caucus 1972 rekrutiert. Noahs älterer Bruder Seth ist ebenfalls Mitglied der Partei.

Noahs Eltern, Gloria und Ed Wolkenstein, haben sich in ihrem eigenen tiefen Schmerz an uns gewandt, um uns aus ihrer Sicht die Stärke von Noahs kommunistischen Überzeugungen darzulegen und uns über die Befriedigung zu berichten, die er aus seiner bedeutenden Arbeit für unsere Partei während dieser 15 Jahre gewonnen hat. Mit unseren Herzen sind wir bei seinen Eltern und bei seiner anderen Schwester Naomi.

Gemäß Noahs ausdrücklichem Wunsch werden keine Gedenkfeiern für ihn stattfinden, sondern nur private Treffen für seine Genossen und seine Familie, um sich an ihn zu erinnern. Wir können uns seiner immer und am besten durch unsere Entschlossenheit erinnern, den Kampf für die kommunistischen Ideale weiterzutragen, für die er seine ganze Energie und Intelligenz während der viel zu kurzen Zeit, die wir zusammen hatten, gegeben hat.

Stoppt Nazi/Skinhead Terror...

Fortsetzung von Seite 1

In Westdeutschland und Westberlin gehört faschistischer Skinhead-Terror, besonders gegen eingewanderte Arbeiter und andere Minderheiten, zum täglichen Bild. Am 23. April versammelten sich in München 800 Nazis, um Hitlers Bierhallen-Putsch zu „feiern". Drei Tage später schützten in Wuppertal 1200 Polizisten eine Republikaner-Veranstaltung. Westdeutsche Nazi-„Führer" konzentrieren jetzt ihre Aktivitäten (und ihr Geld) auf die DDR.

Von Anfang an haben wir davor gewarnt, daß ein kapitalistischer Anschluß der DDR nicht friedlich vonstatten gehen wird. Die Faschisten sind nur die Speerspitze des Terrors, den ein Viertes Reich den Minderheiten und der Arbeiterklasse bringen würde. Die Arbeiter müssen *jetzt* die Verteidigung ihrer Organisationen und ihrer ausländischen Kollegen, der Homosexuellen, der Juden, aller geplanten Opfer des faschistischen Terrors, organisieren.

Seit dem Zusammenbruch der Mauer und damit des stalinistischen Systems haben sich, die Nazi-Schlägertrupps von Anfang an offen dem Kapital angedient, so z. B. bei Kohls Wahlkundgebung in Dresden im Dezember letzten Jahres, wo sie für ihn die Straßen von Gegendemonstranten freiräumten. Und die von den Imperialisten und ihren sozialdemokratischen Lakaien inszenierte antikommunistische Hexenjagd auf PDSler und ehemalige SED-Mitglieder und linke Aktivisten bedeutet grünes Licht für faschistische Überfälle auf die Arbeiterbewegung.

Die ersten Opfer des kapitalistischen Anschlusses der DDR sind ausländische Werktätige. Allein in den letzten Wochen haben Betriebsdirektoren Tausende von hauptsächlich vietnamesischen Arbeitern entlassen, nach der rassistischen Logik, „Bevor ein Deutscher geht, geht ein Vietnamese". In Dresden wurde letzte Woche ein genereller „Aufnahmestopp für Ausländer" verfügt, unter dem Vorwand von Wohnungsnot. Gleichzeitig fordert die Ausländerbeauftragte der Regierung Almuth Berger eine Quotenregelung für Ausländer.

Der deutsche Imperialismus verbirgt heute seinen Drang nach Osten hinter „friedliebenden" Phrasen, aber es ist die Bourgeoisie von Auschwitz, die dabei ist, ihr Viertes Reich aufzurichten. Bei den Volkskammerwahlen am 18. März hat allein die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands auf einem Programm der bedingungslosen Opposition gegen kapitalistische Wiedervereinigung kandidiert. Die PDS, die sich als Oppositionspartei *innerhalb* eines kapitalistischen Deutschlands profilieren will, schürt dabei Illusionen in eine „neue Demokratie".

So rief sie nach dem Nazi-Aufmarsch am Alexanderplatz nach einer schlagkräftigeren, stärkeren Polizeiführung. Ihre ehemalige Jugendorganisation hofft: „Beginnt die Polizei nach monatelanger Tatenlosigkeit, ihre Verunsicherung zu überwinden?" (*Junge Welt,* 23. April) Sicher wollen viele Volkspolizisten die Errungenschaften der DDR verteidigen und hassen die Skinheads, aber die PDS-geführte Volksfront appelliert an die Polizeiführung von Innenminister Diestel, ein Erzreaktionär aus der DSU, den Kampf gegen die Faschisten zu führen!

Es ist weniger als ein halbes Jahr her, daß 250000 Menschen am 3. Januar im Treptower Park gegen die Nazi-Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal auf die Straße gingen, eine machtvolle Einheitsfront-Kundgebung, die aufgrund der Initiative der Spartakisten zustandekam. Die DDR wurde durch den Sieg der Roten Armee aus den Ruinen des Hitler-Faschismus aufgebaut. Heute leben in der DDR Zehntausende von vietnamesischen Arbeitern, deren heroische Geschichte des siegreichen Kampfes gegen den US-Imperialismus eine machtvolle Inspiration für alle Arbeiter sein sollte, die gegen Faschismus kämpfen wollen. Was wir dringend brauchen, sind Mobilisisrungen zu konkreten Arbeitereinheitsfrontaktionen gegen die Nazis, die die vielen ausländischen Arbeiter und Minderheiten in der DDR schützen und einbeziehen müssen.«

Frankreich am Rande der Revolution

Der Generalstreik im Mai 1968

In diesem Monat vor 22 Jahren stand Frankreich am Rande einer Revolution. Zehn Millionen Arbeiter streikten, Fabriken im ganzen Land waren besetzt, rote Fahnen wehten über ihren Dächern. Damit wurde sowohl der Mythos eindrucksvoll widerlegt, der von der Neuen Linken im Westen zur damaligen Zeit vertreten wurde, als auch die konservativen Vorurteile im Osten, entstanden durch das Dogma des „Sozialismus in einem Land", daß die Arbeiterklasse im imperialistischen Westen nicht mehr in der Lage sei, eine sozialistische Revolution durchzuführen. Der französische Generalstreik im Mai/Juni 1968 eröffnete die Möglichkeit, zu Ende zu führen, was der Pariser Kommune von 1870 nicht gelungen war, und die Arbeiter zum erstenmal in einem fortgeschrittenen westlichen Land an die Macht zu bringen.

Der Generalstreik im Mai/Juni 1968 kam nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. In Vietnam war die Tet-Offensive im Januar 1968 eine entscheidende Wende im Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus und seine vietnamesischen kapitalistischen Marionetten. In der CSSR gab es den „Prager Frühling", als Dubcek den Deckel der stalinistischen Repression anhob, um einen Weg zu bahnen für seinen „Marktsozialismus" (Perestroika vor ihrer Zeit). Und Frankreich selbst wurde durch soziale Krisen geschüttelt, so daß die Bourgeoisie immer mehr Schwierigkeiten bekam, die seit Monaten andauernden heftigen, wenn auch örtlich begrenzten, sozialen Explosionen unter Kontrolle zu behalten.

Der unmittelbare Anstoß für den französischen Generalstreik waren die Studentenunruhen in Nanterre und an der Pariser Universität Sorbonne. Diese Studentenaufstände erlangten ihre wichtige Bedeutung dadurch, daß sie der Funke für die Arbeiterkämpfe waren. Nach tagelanger politischer Agitation trafen sich Hunderte von Studenten am 3. Mai im Hof der Sorbonne im Herzen des Quartier Latin. Es wurden faschistische Banden ausgemacht, die herumstreunten, und die Studenten organisierten einen Schutz gegen diese Schläger. Der Rektor der Universität rief die Polizei. Kurz danach umstellten 1500 Polizisten die Sorbonne und verhafteten alle männlichen Studenten. Dagegen gab es eine spontane Reaktion aus der Nachbarschaft, in der zur gleichen Zeit viele Studenten unterwegs waren. Einige Pflastersteine flogen. Am 6. Mai begann ein Studentenstreik, der sich schnell auf Paris und Umgebung und auf die Provinz ausdehnte, mit der Forderung, die Verhafteten freizulassen und die Einsatzpolizei CRS aus dem Quartier Latin zurückzuziehen.

Die Gewalt der Polizei gegen die Studenten war für die Mehrheit der Bevölkerung ein Schock. Aber die Polizei halte bereits jahrelange Praxis in der gewaltsamen Unterdrückung der algerischen Bevölkerung, sowohl in Algerien als auch in Paris. Im Oktober 1961 töteten Polizisten *Hunderte* von unbewaffneten algerischen Arbeitern, die friedlich in den Straßen von Paris demonstrierten, und die reformistischen Parteien schlössen Augen, Ohren und Mund angesichts dieses Massakers.

Halbherzig und unter dem Druck ihrer Basis organisierte die CGT — die größte Gewerkschaft, geführt von der stalinistischen Kommunistischen Partei (KPF) — am 13. Mai eine Demonstration in Paris. Die Demonstration war ursprünglich für einen späteren Zeitpunkt geplant gewesen, um gegen Angriffe auf das soziale Sicherheitssystem zu protestieren, und war von der Spitze der KPF und CGT sicherlich nicht als machtvoller Protest der Arbeiterklasse gegen Polizeirepression gedacht. Seit Tagen hatte die KPF Tiraden losgelassen gegen „ultralinke Provokateure", die angeblich die Studentenproteste manipulierten. Die Stalinisten plapperten die widerliche chauvinistische Propaganda der Bourgeoisie nach, die Daniel Cohn-Bendit (der vorrübergehend eine Rolle in den Studentenmobilisierungen gespielt hat und heute ein wütender antikommunistischer Grüner in der BRD ist) als einen *deutschen* Anarchisten" bezeichneten, worauf Zehntausende Studenten mit dem Ruf antworteten: „Wir sind alle deutsche Juden."

Was auch immer die CGT/KPF für den 13. Mai beabsichtigte, 700-800 000 Arbeiter füllten die Straßen von Paris — die größte organisierte Arbeiterdemonstration, die Frankreich je gesehen hat — und riefen wieder und wieder: „CRS-SS!", „Nieder mit dem Polizeistaat!", „Zehn Jahre sind genug!", „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, mein General!" Zehn Jahre vorher, am 13. Mai 1958 war der bonapartistische Präsident General de Gaulle nach einem Militärputsch in Algerien an die Macht gekommen. Jetzt waren die Arbeiter auf der Straße, um ihn und sein Unterdrückungsregime loszuwerden.

Am nächsten Morgen begannen Streikende an verschiedenen Stellen die Arbeit niederzulegen und Fabriken zu

Fortgesetzt auf Seite 7

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (040) 33 01 54

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist:
Redaktion (0 30) 4 91 45 48
Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement: DM 10,- / 10 Mark der DDR
(8 Ausgaben) Ausland Seepost DM 15-
Luftpost DM 30-

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 70 **8. Mai 1990**

Wie KPD und SPD den Aufstieg Hitlers zur Macht zuließen

Stalin/Thälmann und ihre „Dritte Periode"

Nachstehend drucken wir den zweiten und letzten Teil eines Referats ab, das bei einer Schulung der Spartakist-Arbeiterpartei am 4. Februar gehalten wurde. Teil l (abgedruckt im Spartakist *Nr. 69, 24. April) erklärte die politischen Hintergründe der welthistorischen Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, als SPD und KPD Hitlers Machtergreifung im März 1933 zuließen.*

Die SPD war schon 1914 ins Lager der Bourgeoisie übergelaufen; deutsche revolutionäre Arbeiter schauten auf die KPD. Doch die Tatsache, daß die KPD die letzte große revolutionäre Chance des Oktober 1923 verstreichen lassen hatte, führte direkt zur Konsolidierung der Macht einer bürokratischen Kaste in der Sowjetunion. An der Spitze dieser Kaste stand Stalin; Ausdruck ihres nationalistischen Konservatismus war das Dogma des „Sozialismus in einem Land". Dies führte wiederum zur Stalinisierung der KPD, insbesondere unter Führung von Ernst Thälmann, und zur Paralyse angesichts der Nazi-Gefahr. Während Stalin/ Thälmann sich an die selbstmörderische Linie der „Dritten Periode" klammerten („nach Hitler wir"), kämpften Trotzki und die Linke Opposition dafür, die KPD-Arbeiter für die dringend notwendige Arbeitereinheitsfront zu gewinnen, um die Nazis zu zerschlagen und den Weg zu eröffnen für einen direkten Kampf um die Arbeiterrätemacht.

Teil 2 von 2

Zwei strategische Fragen sind eng miteinander verbunden. Erstens die Frage: Wie die SPD-Arbeiter gewinnen, und zweitens: Wie die Faschisten stoppen. Beide, Sozialdemokraten und Faschisten dienen der Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie, aber sie stellen entgegengesetzte Pole dar. Das ist sehr wichtig zu verstehen. Die bürgerliche Arbeiterpartei dient der Bourgeoisie vermittels der Kontrolle ihrer bürokratischen Apparate über die organisierte Arbeiterschaft, besonders die Gewerkschaftsbewegung, während der Faschismus als außerlegale weiße konterrevolutionäre Truppe dem direkt entgegengesetzt ist. Der Faschismus bedeutet die Atomisierung der Arbeiterklasse, die Zerschlagung ihrer Gewerkschaftsorganisationen einschließlich der Sozialdemokratie. Das ist die wesentliche Basis, die zu verstehen ist, um an die Sozialdemokratie mit der Taktik der Einheitsfront heranzutreten.

Es ist wichtig zu sehen, daß die Arbeiterklasse nicht homogen ist. Es gibt verschiedene Schichten der Arbeiterklasse, die sich unterscheiden durch ihre Reife, durch ihr Klassenbewußtsein. Diese Unterschiede drücken sich aus in verschiedenen politischen Parteien und verschiedenen politischen Programmen.

Die Taktik der Einheitsfront gibt die Antwort darauf, wie man in dieser Situation zu konkreten Aktionen für Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse zur Abwehr von Angriffen auf sie kommen kann. Populär ausgedrückt heißt die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als Klasse gegen Klasse zu stellen und sofortige Aktionen zu ihrer Verteidigung durchzuführen. Sie stellt ein besonders machtvolles Mittel dar, um die reformistischen Führer zu entlarven, sie beim Wort zu nehmen, wenn sie vom Kampf gegen Faschismus sprechen, um auf der gleichen Plattform wie sie Schulter an Schulter im Kampf gegen die Faschisten ihre Unfähigkeit zu entlarven und die Arbeiter, die wirklich kämpfen wollen, in der Aktion auf die Seite der Kommunistischen Partei zu ziehen.

Ein Gegenbeispiel dazu ist der viel zu späte Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 5. März 1933 an die Sozialdemokraten, eine Einheitsfront zu bilden, wobei es sich in diesem Fall um einen verräterischen Aufruf handelte. Im Prinzip haben sie der Sozialdemokratie anstelle einer Einheitsfront einen Nichtangriffspakt angeboten, einen Verzicht auf jede Kritik, der im Grunde genommen nur eine Alibifunktion gehabt hat.

Ich möchte dazu noch einmal aus der Resolution über die Einheitsfront vom Vierten Weltkongreß zitieren:

> „Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegen die Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden. Die kommunistischen Parteien allein verfechten die Interessen des gesamten Proletariats.
>
> Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte ,Wahlkombinationen' der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen."

Es ist besonders wichtig, daß diese Einheitsfrontangeboie auch direkt von der Partei an die Spitze der Partei gerichtet werden, man muß sich z. B. die Situation eines kommunistischen Arbeiters in einem Betrieb neben seinem sozialdemokratischen Kollegen vorstellen. Es ist wichtig, daß man für gemeinsame Aktionen von ihm nicht zur Bedingung macht, erst mit seiner Parteiführung zu brechen, sondern daß man darauf hinweisen kann, daß die KPD der Führung angeboten hat, gemeinsam das Gewerkschaftshaus, gemeinsam die und die Veranstaltung, gemeinsame Schutztruppen zu organisieren, um eine Demonstration aufzustellen, und ihn aufzufordern zu sagen, was er davon hält, von der Weigerung seiner Partei, das durchzuführen. Das ist der Hebel, wie man diese Partei spalten kann.

Ein anderes Beispiel dafür ist die Einheitsfront, die die Spartakisten gemeinsam mit der SED in Treptow organisiert haben, um gegen diesen Anschlag auf das sowjetische Ehrenmal zu demonstrieren. Wir konnten überall unsere *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* verteilen, unsere

Thälmann und Trotzki: Das Urteil der Geschichte

Thälmann

Nach dem 14. September, nach dem sensationellen Erfolg der Nationalsozialisten erwarteten ihre Anhänger in ganz Deutschland Großes von ihnen. Wir ließen uns damals von den Panikstimmungen, die zum Teil im werktätigen Volk und jedenfalls unter den Anhängern der SPD vorhanden waren, *nicht beirren.* Daß sogar in unseren eigenen Reihen einige Genossen die große Gefahr dieser Entwicklung nicht nur signalisierten, sondern diese Gefahr sogar *überschätzten,* wissen die meisten Genossen. *Wir aber stellten nüchtern und ernst fest, daß der 14. September gewissermaßen Hitlers bester Tag gewesen sei,* dem keine besseren, aber schlechtere folgen werden.

„Bericht auf 11. EKKI-Plenum",
Kommunistische Internationale Heft 17/18, 1931

Sie [die SPD] „droht" damit, Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei zu machen. Die Rede Breitscheids in Darmstadt anläßlich der Hessenwahlen und die Kommentare zu dieser Rede im „Vorwärts" zeigen, daß die Sozialdemokratie mit diesem Manöver den Teufel des Hitler-Faschismus an die Wand malt, um die Massen vom wirklichen Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals abzuhalten.

Die Internationale, November/Dezember 1931

Wir sagen den Arbeitern: der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen.

Kampfreden und Aufsätze, 1932

Herr Trotzki und ähnliche „Ratgeber" des Proletariats wollen der Arbeiterklasse eine solche Politik vorschlagen, die den Kampf der revolutionären Partei gegen den Faschismus und gegen den Sozialfaschismus, gegen die Hitlerpartei und gegen die Sozialdemokratie voneinander trennt und einander gegenüberstellt. Die KPD soll nach ihrem Rezept heute auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie verzichten, einen Block mit der Partei des Hindenburg-Sozialismus, mit „Noske und Grzesinsky" bilden und Hitler auf diese Art „bekämpfen".

Die Internationale, Juni 1932

Auch der 22. Januar [Aufmarsch der Nazis vor dem Karl-Liebknecht-Haus] stand im Zeichen des *Umschwungs der Klassenkräfte zugunsten der proletarischen Revolution.*

„Die Naziprovokation vor dem Karl-Liebknecht-Haus und einige Lehren", zitiert nach *Unsere Zeit,*
5. Februar 1933

Trotzki

Der Faschismus ist in Deutschland zu einer wirklichen Gefahr geworden, als ein Ausdruck der akuten Ausweglosigkeit des bürgerlichen Regimes, der konservativen Rolle der Sozialdemokratie gegenüber diesem Regime und der akkumulierten Schwäche der Kommunistischen Partei im Kampf gegen dieses Regime...

Diese Gefahr leugnen, verkleinern oder leichtsinnig zu behandeln, wäre das größte Verbrechen, das man jetzt an der proletarischen Revolution in Deutschland begehen könnte.

„Die Wendung der Komintern und
die Lage in Deutschland", September 1930

Das Gelangen der *deutschen „Nationalsozialisten"* an die Macht, würde vor allem die Vertilgung der Blüte des deutschen Proletariats bedeuten, die Zerstörung seiner Organisationen, die Ausrottung seines Glaubens an sich und seine Zukunft. Entsprechend der weitaus größeren Reife und Schärfe der sozialen Gegensätze in Deutschland würde die Höllenarbeit des italienischen Faschismus sich wahrscheinlich als blasses und fast humanes Experiment ausnehmen im Vergleich zur Arbeit des *deutschen Nationalsozialismus.*

„Soll der Faschismus wirklich siegen?",
November 1931

Man muß in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu bilden, wo immer sie sich darauf einlassen. Sagt man den sozialdemokratischen Arbeitern: „Werft Eure Führer beiseite und schließt Euch unserer .parteilosen' Einheitsfront an", so fügt man tausend anderen nur eine weitere hohle Phrase hinzu. Man muß verstehen, die Arbeiter in der Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt - der Kampf gegen den Faschismus...

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky. Unter einer Bedingung: man darf sich nicht die eigenen Hände binden!

„Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?",
Dezember 1931

Zeitungen verkaufen, die überall natürlich auch die Kritik an dem Ausverkauf der SED-PDS-Führung beinhaltet hat. Aber als wir auf der gleichen Plattform waren wie Gysi, die Möglichkeit hatten, 250 000 Arbeiter auf dieser Demonstration anzusprechen, die zum großen Teil die Basis von Gysi selbst dargestellt haben, gab es ein großes Geschrei, als wir diese selbe Kritik vorgebracht haben und es zeigt eigentlich, wie wichtig es ist, wie machtvoll es ist, diese Taktik der Einheitsfront zu verwenden, um zu konkreten Aktionen zu kommen, wie auch die Unentschlossenheit, Halbherzigkeit und den verräterischen Charakter der Führung anderer Organisationen aufzuzeigen.

Thälmanns Kampf gegen die Einheitsfront war auch ein Kampf gegen die eigene Partei und auch ein Kampf gegen die Linke Opposition. Es gab eine ganze Reihe von Beispielen, die deutlich gemacht haben, daß die Arbeiter in einer abwartenden Haltung gegenüber der KPD verblieben und sich nicht in ihr organisierten.

Eines der Beispiele ist z. B. der schreiende Gegensatz zwischen den vielen Millionen Wählerstimmen, die die KPD bekommen hat, und „ihrer Unfähigkeit", diese Arbeiter wirklich in ihren Reihen zu organisieren, eine politische Frage, nicht nur einfach ^ine Frage von mehr

Fortgesetzt auf Seite 6

Stalin/Thälmann...

Fortsetzung von Seite 5

Sekretären da oder da. Ein anderes, noch sehr viel deutlicheres Beispiel war, daß die Linksabspaltung von der SPD nicht zu einer Stärkung der KPD geführt hat, sondern zur Errichtung einer neuen zentristischen Barriere, nämlich der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Thälmann hatte nicht eine politische Polarisierung der Sozialdemokratie im Auge, führte nicht einen Kampf, diese Partei zu spalten und die fortgeschrittenen Arbeiter auf die Seite der KPD zu bringen — im Gegenteil, er errichtete organisatorische Mauern gegen diese Arbeiter, indem er als ersten Schritt von ihnen forderte, für die gemeinsame Aktion gegen die Nazis eben erst mal mit ihren sozialdemokratischen Führern zu brechen.

Die wesentliche Sache beim Kampf gegen den Faschismus ist eigentlich, wenn man an die Frage der Einheitsfront herangeht, organisierte Arbeiter dafür zu gewinnen, besonders die schweren Bataillone der Arbeiterklasse. Der Schwerpunkt der Arbeit muß dabei auf die Betriebe gelegt werden, auf die Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang hat sich besonders die Politik der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) als besonders verhängnisvoll erwiesen. Die Resolutionen der Kommunistischen Internationale haben immer wieder betont, und Lenin hat im *Linken Radikalismus* immer wieder betont, wie wichtig es ist, daß die Partei-Arbeiter, die in die Betriebe gehen, innerhalb der Gewerkschaften, auch der reaktionärsten Gewerkschaften arbeiten sollen, sich auch Tricks und Schlichen bedienen sollen, um das möglich zu machen, um die Arbeiter zu gewinnen.

Es hat auch auf dem Vierten Weltkongreß eine Auseinandersetzung und eine Resolution darüber gegeben, wo insbesondere darauf hingewiesen wurde, daß gerade die reformistischen Führer die Gewerkschaften zu spalten versuchen, um sie von den Kommunisten zu säubern. Was hat die KPD gemacht? Sie hat ihre eigenen feinen sauberen „roten Gewerkschaften" gegründet und so ihre Kader von dem Kontakt und von der Arbeit im ADGB fern gehalten.

Organisatoren großer Niederlagen

Diese Situation hat für die KPD ein ausgesprochenes Dilemma geschaffen. Auf der einen Seite hat sie sich selbst politisch entwaffnet, was den Kampf gegen den Faschismus betrifft. Und als Konsequenz davon, schockiert über das rapide Wachstum der Faschisten, hat die KPD-Führung begonnen, Anleihen aus dem Arsenal der Faschisten aufzunehmen. Eine besonders finstere Version davon ist also die Annahme der Losung der „Volksrevolution". Dazu muß man wissen, daß dieses ja eigentlich eine Losung von Strasser ist, der ja stets gegen die Kommunisten polemisiert hat, ausgehend von seinem faschistischen Hetzblatt, daß es ja um das Volk gehen würde — um die Nation, um die Rasse. Er hat den Begriff der „Volksrevolution" dem Begriff der proletarischen Revolution entgegengestellt. Genau diesen Begriff hat die KPD übernommen, den Begriff der „Volksrevolution".

Auf diese Art und Weise wurde von Thälmann und Stalin Politik gemacht. Stalin war der Architekt dieser Politik, er hatte das unheilvolle Wort geboren von den „Zwillingsbrüdern", der Sozialdemokratie und dem Faschismus; er war der große Organisator der Niederlagen in China; von dem Eintritt in die Kuomintang; dem Abschlachten der chinesischen Arbeiter; der kampflosen Kapitulation der KPD in Deutschland; der kampflosen Machtübernahme des Faschismus; der war der Architekt der Niederlage in Spanien durch die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Politik der bürgerlichen Volksfront. Diese Niederlagen haben zur Stärkung der Reaktion weltweit, zu ungeheuren Opfern für die internationale Arbeiterklasse geführt und zur Stärkung der reaktionären konservativen stalinistischen Bürokratie, die die Existenz der Sowjetunion selbst aufs Spiel gesetzt hat.

Thälmann, von dem also gesagt wurde, er ist. der Sohn seiner Klasse, der Führer seiner Klasse, hat sich also hier als geistiger Sohn Stalins und Irrführer seiner Klasse in einer blutigen Niederlage entpuppt. Wenn Thälmann in der DDR als der große proletarische Held gehandelt wird, dann muß man die Frage stellen: Warum also nicht Remmele oder Neumann? Denn auch sie haben gegen den Faschismus gekämpft. Der Grund ist ein ganz einfacher: Remmele und Neumann wurden von Stalin ermordet, Thälmann von den Nazis.

Ich möchte jetzt mit einem Zitat von Trotzki von Juli 1933 schließen:

> „Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die Gefahr einer militärischen Intervention ist jetzt zu einer dringlicheren Aufgabe denn je geworden. Die offiziellen Sektionen der Kommunistischen Internationale sind auf diesem Gebiet so ohnmächtig wie auf allen anderen. Die Verteidigung der Sowjetunion ist in ihrem Munde zu einer inhaltlosen rituellen Phrase geworden... Der wirkliche Widerstand der KI gegen die militärische Intervention der Imperialisten würde noch viel unbedeutender sein als der Widerstand, den sie Hitler entgegengesetzt hat. Sieh darüber irgendwelche Illusionen zu machen, heißt mit geschlossenen Augen in die Katastrophe marschieren. Für eine aktive Verteidigung der Sowjetunion sind wahrhaft revolutionäre, von der stalinistischen Bürokratie unabhängige Organisationen nötig, die auf eigenen Füßen stehen und in den Massen verankert sind. Das Auftreten und die Entwicklung solcher Organisationen, ihr Kampf für die Sowjetunion, ihre ständige Bereitschaft zur Einheitsfront mit den Stalinisten gegen die Intervention und die Konterrevolution — das alles wird eine ungeheure Bedeutung für die innere Entwicklung der Sowjetrepublik haben...
>
> Allein die Schaffung einer marxistischen Internationale, die völlig unabhängig von der stalinistischen Bürokratie und ihr politisch entgegengesetzt ist, kann die UdSSR vor dem Zusammenbruch retten, indem sie ihr weiteres Schicksal mit dem Schicksal der proletarischen Weltrcvolution verbindet."

Das ist die Aufgabe, die sich die Spartakisten gestellt haben.«

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Mai 1968...

Fortsetzung von Seite 3

besetzen, und die Streiks breiteten sich wie ein Feuer aus — ein Industriezweig nach dem anderen, in einer Region nach der anderen. Zehn Millionen Streikende im ganzen Land — und das, obwohl die Arbeiterführer zu keinem Zeitpunkt zu einem Generalstreik aufriefen! Kein Generalstreik in der Geschichte der französischen Arbeiter hatte einen solchen Massenanhang. Am 21. Mai war das Land paralysiert. Das Proletariat hatte auf respekteinflößende Weise nicht nur seine soziale Macht, sondern auch seine revolutionäre Fähigkeit bewiesen. Es polarisierte die Klcinbourgeoisie, besonders unter den Bauern unterstützten viele die Arbeiter. Eine vorrevolutionäre Situation entstand, genau wie Lenin sie beschrieben hatte: die unten wollten nicht mehr so leben wie zuvor, und die oben konnten nicht mehr regieren wie zuvor.

Aber die Bourgeoisie fand schließlich eine Lösung — die reformistischen Totengräber der Revolution kamen ihr zu Hilfe. Überrannt durch einen Generalstreik, den sie nie gewollt hatten, taten die reformistischen Gewerkschaftsführer und die KPF, die wichtigste Arbeiterpartei, ihr Äußerstes, um die Mobilisierungen in rein ökonomische Forderungen umzulenken. Zur gleichen Zeit versuchten sie (unter dem Antikommunisten Mitterrand, heute „sozialistischer" Präsident, der zu dieser Zeit einer offen kapitalistischen Formation angehörte), eine Volksfront-Regierung als „Alternative" aufzubauen — eine *bürgerliche* Regierung, die auf einer Allianz der Klassenkollaboration zwischen den reformistischen Arbeiterparteien und den offen bürgerlichen Parteien und Politikern basierte.

Eine wirklich leninistische Arbeiterpartei hätte dafür gekämpft, den Generalstreik auszudehnen in einen Kampf für eine Arbeiterregierung, die auf Arbeiterräten basiert. Das bedeutet, Streikkomitees zu bilden, deren Delegierte demokratisch gewählt und jederzeit wieder abwählbar sind, diese Komitees zu koordinieren und zu zentralisieren und sie zur Basis der proletarischen Macht auszuweiten. Staudessen ketteten die reformistischen Verräter die Streikkomitees, die entstanden, an den bürokratischen Apparat und isolierten sie voneinander, von Fabrik zu Fabrik.

Am 22. Mai verlangten die Gewerkschaftsbürokraten Verhandlungen mit den Unternehmern und der Regierung über ökonomische Forderungen. Konfrontiert mit einer vorrevolutionären Situation warf die Bourgeoisie ein paar Brosamen hin, von denen der größte eine sechsprozentige Lohnerhöhung war! Selbst wenn das Angebot größer gewesen wäre, hätte es der kapitalistischen Klasse keine Schwierigkeiten bereitet, die Erhöhungen durch Inflation innerhalb weniger Monate wieder völlig rückgängig zu machen — wenn erst einmal die „Ordnung" wiederhergestellt war —, was schließlich auch passierte. Die Reaktion darauf war überall einheitlich: die Arbeiter lehnten diesen ihnen in den Rücken fallenden Handel eindeutig ab.

Somit war die Sache für die Bourgeoisie und ihre reformistischen Lakaien noch nicht gelöst — der Streik wurde fortgeführt. Am 30. Mai kehrte de Gaulle aus Westdeutschland zurück, wo er sich mit hohen Offizieren der französischen Armee getroffen hatte und ihre Unterstützung aushandelte, und kündigte die Auflösung des Parlaments an, was Neuwahlen bedeutete.

Die KPF mobilisierte wiederum alle ihre Kräfte, um den Generalstreik zu brechen, mit der Begründung, es sei notwendig, eine Mehrheit „linker" Parteien ins Parlament zu wählen. Die Anstrengungen der Bürokraten trafen auf scharfen Widerstand der Arbeiter. In den Fabriken, besonders in den proletarischen Bastionen von Renault und anderen Autofabriken, häuften sich Beispiele, daß reformistische Gewerkschaftsführer, denen bis dahin großes Vertrauen entgegengebracht worden war, von Streikenden ausgebuht und als Verräter beschimpft wurden. Aber ohne eine revolutionäre Führung, die die bankrotten Irreführer ersetzen könnte, begann der Generalstreik nach dem 7. Juni abzubröckeln. Wo die Bürokraten es nicht geschafft hatten, den Streik zu brechen, wie in der Autoindustrie, schickte die Regierung ihre Polizei. Ein junger Student, der gekommen war, um die Streikenden bei Renault-Flins zu unterstützen, wurde getötet. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Peugeot-Sochaux, wo die Arbeiter sich heroisch gegen Horden von Polizisten verteidigten, gab es zwei Tote bei den Streikenden.

Es gab keine revolutionäre Partei im Mai 1968, und das ist der Hauptgrund für das Scheitern. Dies ist die Lehre, die für künftige Revolutionen gezogen werden muß. Die Kader einer zukünftigen leninistischen Massenpartei — die unbedingt notwendig ist, um das Proletariat zum Sieg zu führen — zusammenzufassen, zu organisieren und auszubilden, das ist die Aufgabe, die sich die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) gestellt hat.«

Kein Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 8

großdeutschen expansionistischen Plänen der Bosse einen Riegel vorschieben und die Arbeiter in der DDR in koordinierte gemeinsame Kämpfe zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, ihres Lebensunterhalts und ihrer sozialen Errungenschaften gegen den Angriff der Kapitalisten einbeziehen. Erinnert euch, was das Dritte Reich für euch und die ganze Welt bedeutet hat — ein Viertes Reich wird über Atomwaffen verfügen! Gegen die Versuche der Kapitalisten, zu teilen und zu herrschen, muß es die feste Einheit der Arbeiterklasse im Kampf geben — im Osten und im Westen, deutsche und eingewanderte Arbeiter. Eingewanderte Arbeiter sind, besonders in der IG Metall, ein kämpferischer Schlüsselfaktor. Die Arbeiterbewegung muß für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter kämpfen! Um die kommenden Kämpfe zum Sieg zu führen, ist eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse nötig. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft dafür, eine solche Führung herauszubilden, eine leninistische Massenarbeiterpartei.«

NEUER SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet Di. und Do. 18.00 - 21.00 Uhr
Sonnabend 11.00 - 14.00 Uhr
Grünauer Straße 5, 1. Stock
Berlin 1190, S-Bahn Schöneweide

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

Spartakist-Gruppe
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt
Postlagernd
Frankfurt (Oder)
1200

SPARTAKIST

Zerreißt den IG-Metall-Ausverkauf!

Kein Burgfrieden für Viertes Reich!

Metaller, Drucker, Postler: Streikt und gewinnt!

Am Donnerstag, 3. Mai, kam eine Viertelmillion Arbeiter in drei westdeutschen Industrien — Metall, Post und Druck — zu massiven Warnstreiks heraus, um ihre Tarifforderungen durchzusetzen. *Einen Tag später* verkündete der IGM-Bezirksleiter von Nordwürttemberg/Nordbaden, das auch diesmal die Vorreiterrolle spielte, einen verrotteten Tarifabschluß, der voll auf der Linie der Bosse liegt. Die IG Metall hatte eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die 35-Stunden-Woche gefordert; der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter stimmte aber einer Lohnerhöhung von nur sechs Prozent zu (was kaum die augenblickliche Inflationsrate abdeckt) sowie einer Rückkehr zur *40-Stunden-Woche* und der Einführung von Wochenendarbeit für zumindest einen Teil der Arbeiter, gekoppelt mit einem Versprechen (unter Vorbehalt!), daß die Arbeitszeit 1993 auf 36 Stunden und 1995 auf 35 Stunden reduziert wird! Damit haben jetzt die Unternehmer ihre langjährige Forderung nach „flexibler" Arbeitszeit durchgesetzt.

IG-Metall-Chef Steinkühler jubelte: „Traumziel erreicht". Aber dieses Traumziel bedeutet ein Viertes Reich. Um ihren Drang nach Osten zu finanzieren, wollen die deutschen Imperialisten die Menschen in der DDR in Armut und Elend stürzen und den Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter angreifen. Und um dieses Programm durchzuziehen, stützen sie sich auf ihre Werkzeuge in der SPD/DGB-Bürokratie. Die DGB-Spitzen wollen auf ihrem Vormarsch zur kapitalistischen Wiedervereinigung einen Anschluß der DDR-Gewerkschaften. Die Interessen der Metaller werden auf dem Altar der Wiedervereinigung geopfert, vorbereitet von einer Welle des großdeutschen Nationalismus, der von der Bourgeoisie und ihrem Handlanger SPD aufgepeitscht wird. *Westdeutsche Arbeiter: die SPD-Laufburschen der kapitalistischen Wiedervereinigung verkaufen auch eure Kämpfe aus.*

Unter IG-Metall-Mitgliedern gibt es offenkundigen Unmut über den Stuttgarter Ausverkauf. Darüber hinaus zeigten die Warnstreiks, obwohl von den Bürokraten rein als Taktik konzipiert, um Druck auszuüben und Dampf abzulassen, den Kampfwillen der westdeutschen Arbeiterklasse. Am Donnerstag machten 230000 Arbeiter in der Metallindustrie im ganzen Land Fabriken dicht. 7000 Postler bestreikten in ihrem Kampf gegen die Steigerung der Arbeitshetze 70 Postämter, legten Telefonverbindungen lahm und hielten 33 Millionen Poststücke zurück. Und den Frankfurter Bankiers wurde ihre Tageszeitung vorenthalten, als die traditionell kämpferischen Drucker, denen sich auch die Journalisten anschlössen, die Frankfurter und Münchner Zeitungshäuser dichtmachten und die Auflage einer Reihe von anderen Zeitungen verkürzten.

Das Ausmaß der Antwort auf den Streikaufruf verängstigte und überraschte die Bürokraten. So gab der Münchner IG-Metall-Sprecher Richard Schwery zu, daß sich viele Arbeiter und Angestellte an den Streiks beteiligten, „auch viele, die wir gar nicht aufgerufen hatten". *(Süddeutsche Zeitung,* 4. April) Die IG Metall ist die machtvollste Gewerkschaft in Westdeutschland. Ein geschlossener Streik in der Metallindustrie könnte der Vorbote für einen machtvollen Kampf der ganzen Arbeiterbewegung gegen die provokativen Versuche der Bosse werden, sich Errungenschaften der Arbeiter wieder unter den Nagel zu reißen. Aber dazu muß der Würgegriff der Sozialdemokratie und ihres korporativen Betriebsrätesystems zerbrochen werden. Es müssen Belegschaftsversammlungen einberufen werden, die demokratisch gewählte Streikkomitees organisieren, um jetzt industrieweit für den Kampf zu mobilisieren und den Ausverkaufsbürokraten die Verhandlungen zu entreißen. Gegen die Aussperrungsdrohungen der Bosse können wir nicht mit impotenten Verbotsappellen an den Staat dieser Bosse appellieren, sondern wir müssen sie durch Fabrikbesetzungen *verhindern!* Metaller, Drucker, Postler: Alle heraus! Streikt und gewinnt! Die Verkürzung der Arbeitszeit darf keine Steigerung der Arbcitshetze bedeuten, sondern vielmehr einen Kampf für Arbeit für alle durch eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit.

Die Bosse häufen riesige Rekordprofite an. Doch in den Verhandlungen vertreten sie eine harte Linie und behaupten, sie brauchten ihre Profite, die sie aus den Arbeitern in Westdeutschland herausgepreßt haben, für Investitionen in der DDR, was die Ausbeutung von billigen Arbeitskräften in der DDR bedeuten würde und sie in eine „Billiglohnkohlonie" verwandeln soll, wie viele DDR-Arbeiter sagen. Und sie benutzen bereits die Drohung dieser Niedriglohn-Arbeit im Osten als Waffe gegen westdeutsche Arbeiter. Inzwischen wurden am 2. Mai die Bedingungen der Währungsunion bekanntgegeben. Dabei sollen DDR-Arbeiter ihre Löhne mit Stichtag 1. Mai im Verhältnis 1:1 erhalten. Aber das wird nicht einmal die Hälfte der vergleichbaren Reallöhne im Westen sein. Und mit Steuererhöhungen, der Streichung von Lebensmittelsubventionen, Preiskontrollen, kostenlosen Sozialleistungen wie Kinderversorgung, Gesundheitswesen und Bildung sowie billigem Wohnraum wird sogar ein 1:1-Umtausch eine massive Kürzung des Lebensstandards der Arbeiter in der DDR bedeuten.

Die PDS und ihre Anhängsel, Sozialdemokraten des zweiten Aufgusses, haben vor dem kapitalistischen Anschluß kapituliert und klagen nur darüber, daß sie einen 1:1-Umtausch wollten. Jetzt haben die Nelken zusammen mit der KPD, der Vereinigten Linken und dem Berliner PDS-Vorstand einen Aufruf herausgebracht, in dem sie eine „schrittweise Freigabe von 1:1 umgestellten Konten" und „eine Mindestnettorente von 700 DM" fordern. Ihr Horizont ist auf Spitzfindigkeiten darüber beschränkt, ob die Werktätigen und Rentner besser schnell oder langsam verhungern sollen!

Machtvolle Arbeiterkämpfe im Westen könnten den

Fortgesetzt auf Seite 7

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 71 | 22. MAI 1990 | DM 1.- / 1 Mark der DDR

Für Klassenkampf gegen ein Viertes Reich!

Warnstreikwelle in der DDR



Berlin, 10. Mai: Streikende protestieren vor Volkskammer

ND/Leon Schmidtke

Am 18. Mai rasten Kohls Quislinge, einschließlich SPD-Finanzminister Romberg, aus der Volkskammer ins Kanzleramt nach Bonn, um den sogenannten „Staatsvertrag" für die kapitalistische Wiedervereinigung zu unterzeichnen. Kohl erklärte, daß nach Jahrzehnten nun der „Traum von der Einheit Deutschlands und Europas" beginne. Sein Lakai de Mazière versprach ekstatisch: „Niemandem wird es schlechter gehen als bisher." Das ist purer Quatsch. Wir wissen es, ihr wißt es, und viele eurer Kollegen auch. Die „Warnstreiks" überall in der DDR am 10. Mai zeigen, daß es Zehntausende gibt, die schon jetzt bereit sind, gegen den Alptraum zu kämpfen, den Kohl und seine Handlanger vorbereiten.

Der Staatsvertrag verlangt die endgültige Auslöschung von allem, was vom deformierten Arbeiterstaat DDR übrig bleibt: die Vernichtung der zehntgrößten Industriemacht der Welt. Dieser Triumph des Privateigentums bedeutet die Zerstörung der umfassenden Sozialleistungen, der kostenlosen Gesundheitsversorgung einschließlich kostenloser Abtreibung und der kostenlosen Erziehung. Selbst ein Lippenbekenntnis zum Recht auf Arbeit wurde gestrichen.

De Mazières Seifenblasen zum Trotz: selbst ein kürzlich veröffentlichter CIA-Bericht über Osteuropa gibt zu, daß die Einführung des Kapitalismus in der DDR 15 bis 20 Prozent Arbeitslosigkeit mit sich bringen würde — *und dies ist noch eine niedrige Schätzung.* Der Bericht grübelt darüber, daß mit „einem anhaltenden Rückgang des Lebensstandards das Risiko öffentlicher Proteste wächst..." (*International Herald Tribüne,* 17. Mai) DSU-Innenminister Diestel rechnet bereits mit diesen „öffentlichen Protesten" bei geschätzten „2,5 bis 4 Millionen" Arbeitslosen und fordert eine Aufstockung des Waffenbudgets für die Volkspolizei in Höhe von 44 Millionen Mark. Gemäß der guten alten Tradition des freien Unternehmertums, „laßt doch die Armen Blei fressen".

Aber die Werktätigen auf der ganzen Welt erschauern bei der Perspektive eines Europas, das unter einem Vierten Reich vereinigt wird. Und Millionen von Arbeitern in der DDR beginnen wieder aufzuwachen aus der D-Mark-Vergiftung, die für die Volkskammerwahlen charakteristisch war. Am 10. Mai fanden einstündige Warnstreiks der Gewerkschaften der Lehrer, von Textil, Metall und Landwirtschaft statt. In Rostock legten die Arbeiter im Dieselmotorenwerk und auf der Neptunwerft für Protestversammlungen die Arbeit nieder. Bauern blockierten mit Traktoren und Anhängern elf Grenzübergänge zur BRD. In Berlin zogen 2000 Gewerkschafter, hauptsächlich Lehrer, zum Bildungsministerium und zur Volkskammer und forderten „Stoppt den Sozialabbau".

Eine Woche später traten Reichsbahner in einem halben Dutzend Städte in Warnstreiks, um ihrer Forderung nach 300 M Lohnerhöhung angesichts der drohenden Preisexplosion Nachdruck zu verleihen. Doch auch wenn sie dies durchsetzen können, würden diese Verbesserungen im Nu von der Inflation wieder zunichte gemacht werden. Aber die Eisenbahner haben eine wirkliche soziale Macht, die mit ihrer Mobilisierungskraft den eher verwundbaren Teilen der Werktätigen zur Seite stehen können.

Obwohl „Warnstreik"-Taktiken den Ansturm des Kapitals nicht aufhalten können, sind diese Streiks das erste Aufleben von Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung. Was gebraucht wird, ist eine Strategie und ein Programm, das

Fortgesetzt auf Seite 7

Aus dem Archiv des Marxismus

Leo Trotzki über „Sozialismus in einem Land"

Der dramatische Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa stellt den Schlußpunkt einer Entwicklung dar, der die Widersprüche, die in diesen bürokratischen Kasten angelegt waren, zutage bringt. Die Ursprünge der Bürokratie liegen in der politischen Konterrevolution in der Sowjetunion 1923/24 unter der Führung Stalins. Nachdem sie der Arbeiterklasse die politische Macht aus den Händen gerissen hatte, hat eine konservative bürokratische Schicht die nationale Isolierung, die dem ersten Arbeiterstaat durch den Fehlschlag bei der Ausweitung der sozialistischen Revolution auf andere Länder aufgezwungen worden war, zu einem sich selbst erfüllenden Programm gemacht. Es wurde von den Autoren Stalin und Bucharin Aufbau des „Sozialismus in einem Land" genannt. Dies war dem leninistischen Programm des proletarischen Internationalismus entgegengesetzt, das davon ausging, daß das Überleben der Oktoberrevolution von der Ausweitung *durch Arbeiterevolution abhängt. Für dieses Programm haben Leo Trotzki und die Linke Opposition gekämpft. In einer Kritik des Programmentwurfs für den Sechsten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1928 hat Trotzki die reaktionären Implikationen von Stalins und Bucharins nationalistischem Dogma analysiert. Wir drucken im folgenden Auszüge aus Trotzkis Arbeit* Die Dritte Internationale nach Lenin *ab.*

Die Stunde der nationalen Programme hatte zum letzten Male am 4. August 1914 geschlagen. Eine revolutionäre Partei des Proletariats kann sich nur auf ein internationales Programm stützen, welches dem Charakter der gegenwärtigen Epoche, der Epoche des endgültigen Zusammenbruchs des Kapitalismus, entspricht. Ein internationales kommunistisches Programm ist auf keinen Fall eine Summe nationaler Programme, eine Zusammenstellung deren gemeinsamer Züge. Ein internationales Programm muß unmittelbar aus der Analyse der Bedingungen und Tendenzen der Weltwirtschaft und des politischen Weltsystems als eines Ganzen hervorgehen, mit all ihren Verbindungen und Widersprüchen, d. h. mit der gegenseitigen antagonistischen Abhängigkeit ihrer einzelnen Teile. In der gegenwärtigen Epoche muß und kann die nationale Orientierung des Proletariats in noch viel größerem Maße als in der vergangenen nur aus der internationalen Orientierung hervorgehen und nicht umgekehrt. Das bildet den grundlegenden und ursächlichen Unterschied zwischen der Kommunistischen Internationale und allen Abarten des nationalen Sozialismus...

Die Weltwirtschaft, die durch so mächtige Realitäten die Wirtschaften der einzelnen Lander und Kontinente beherrscht, verbindet Länder und Kontinente, die auf verschiedenen Stufen der Entwicklung, der Abhängigkeit und der Widersprüche stehen. Sie gleicht diese einander in der Entwicklung an und trennt sie gleichzeitig unerbittlich, indem sie ein Land dem anderen entgegenstellt. Das ist der Hauptfaktor, der der Idee der kommunistischen Weltpartei selbst einen hohen realen Wert verleiht...

Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, *wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt.* Daraus kann und muß trotz aller feierlichen Versicherungen in dem Programm unbedingt eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention, denn dadurch wird ja der Aufbau des Sozialismus gesichert, d. h. also eine historische Grundfrage gelöst. Die Aufgaben der Parteien der Komintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die UdSSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen. Es handelt sich hierbei natürlich nicht um subjektive Absichten, sondern um die objektive Logik des politischen Gedankens.

> „Die Meinungsverschiedenheit besteht hier darin", spricht Stalin, „daß die Partei es für möglich hält, diese inneren Widersprüche und möglichen Konflikte *voll und ganz* aus der eigenen Kraft unserer Revolution heraus zu *überwinden,* während der Gen. Trotzki und die Opposition meinen, daß diese Widersprüche und Konflikte nur ,im internationalen Maßstab in der Arena der internationalen proletarischen Revolution' gelöst werden können." *(Prawda* Nr. 262, vom 12. November 1926)

Richtig, die Meinungsverschiedenheit besteht gerade darin. Besser und genauer könnte man den Widerspruch zwischen dem Nationalreformismus und dem revolutionären Internationalismus gar nicht aufzeichnen. Wenn man diese

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pferffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;
Fax: (040) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,— / 10 Mark der DDR
Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt ln einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 71 **22. Mai 1990**

Abscheuliche antisemitische Greueltat in Frankreich

In der Nacht zum 9. Mai hat eine Horde von antisemitischem Abschaum auf dem jahrhundertealten jüdischen Friedhof von Carpentras, einer südfranzösischen Stadt mit einem historischen jüdischen Zentrum, 434 Gräber geschändet. Die faschistischen Bestien zerschlugen Grabsteine, öffneten Gräber und zerstörten Grabschmuck. Mit unbeschreiblicher Grausamkeit gruben sie auch die Leiche eines 81jährigen Mannes wieder aus, der erst vor zwei Wochen gestorben war, und spießten sie auf einen Pfahl.

Die Nachricht über diese monströse faschistische Provokation hat durch ganz Frankreich Schockwellen gesendet. Hunderttausende von Juden und anderen empörten Menschen strömten in den folgenden Tagen auf die Straßen.

Diese unbeschreibliche Barbarei ist kein isolierter Akt von verrückten Individuen. Am 1. Mai kündigte der Anführer der faschistischen Nationalen Front Jean-Marie Le Pen vor über 10 000 Anhängern „Marschbefehle" für den Fall eines (weiteren impotenten) „antirassistischen" Gesetzes an, wie es auch einige Tage später vom Parlament verabschiedet wurde. Noch am Vorabend der Carpentras-Schandtat tobte Le Pen im Fernsehen gegen die „Machtposition" der Juden in der Presse und erklärte, daß der Vichy-Führer Petain, der die Juden von Frankreich in die Todeslager geschickt hatte, nach dem Krieg „mit Unrecht überhäuft" worden sei. Mit diesem bewußt grausigen Verbrechen haben die faschistischen Schocktruppen ihrem Anführer geantwortet: „Führer befiehl, wir folgen!"

Einige Tage später wurde ein weiterer jüdischer Friedhof in Clichy-sous-Bois, einem Vorort von Paris, geschändet. Und in der Bretagne wurden Davidsterne auf Geschäfte geschmiert. Auch in den Wochen vor dem 9. Mai sind jüdische Grabstätten geschändet worden; in mehreren Städten wurden Schaufensterscheiben mit Hitlerbildern und Sprüchen wie „Juden raus" beschmiert. Als die Gräber von Bertolt Brecht und Helene Weigel kurz davor in Berlin von Faschisten geschändet wurden, waren viele Menschen in Frankreich entsetzt. Jetzt, wo in ganz Osteuropa die Konterrevolution auf dem Vormarsch ist, zeigt sich, „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch".

Die rassistische Woge gegen Immigranten, die dem allgegenwärtigen Antisemitismus Auftrieb gibt, auf der Le Pen reitet, schwoll rapide an, nachdem der „Sozialist" Mitterrand im Mai 1981 als Anführer einer Volksfront des Kalten Krieges gewählt worden war. Ein Jahr später zettelte der Premierminister Pierre Mauroy eine üble rassistische Kampagne gegen streikende Autoarbeiter aus dem Maghreb (in Nordafrika) an. Diese Arbeiter mußten eine ganze Reihe von Deportationen, diskriminierenden Maßnahmen und Polizeimorden über sich ergehen lassen. Die rassistischen Polizei-Killer kommen dabei fast nie vor Gericht und immer ohne Strafe davon. Die maghrebinischen Arbeiter, die seit Jahrzehnten schuften mußten und der Kern der französischen Industriearbeiterschaft sind, wurden in die verfallenden Projekte des „sozialen Wohnungsbaus" in die Vorort-Gettos gepfercht, die für ihre meist arbeitslosen Kinder zum Gefängnis geworden sind.

Die traditionellen reformistischen Arbeiterorganisationen wie die Kommunistische Partei (KPF) und die von Stalinisten angeführte Gewerkschaft CGT sind in der Arbeiterklasse wegen ihrer Teilnahme und Unterstützung der ersten Mitterrand-Regierung (die sie immer noch aufrechterhalten) weitgehend diskreditiert. Die Stalinisten können und wollen Immigranten und Arbeiter aus dem Maghreb nicht organisieren. Sie lehnen es ab, die Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistischen Schlägerbanden zu mobilisieren, stattdessen beteiligen sie sich an impotenten Schweigemärschen der kapitalistischen Parteien und stimmen in den Chor der chauvinistischen Beschwörung der sogenannten „Werte des ewigen Frankreichs" ein.

Die Ligue Trotskyste de France hat von Anfang an in Opposition zur Volksfront von Mitterrand gestanden. Sie stellt diesem „Sozialismus" in den Farben der Trikolore die internationalistische Tradition des Kampfes gegen den französischen Kolonialismus und der sozialistischen Mobilisierungen der Arbeiterklasse in der Dreyfus-Affäre entgegen. Bei den Protestdemonstrationen in Paris in der letzten Woche haben unsere Genossen erklärt: Die antisowjetische, arbeiterfeindliche und gewerkschaftsfeindliche Politik von Mitterrand hat den Faschisten den Weg bereitet! Nieder mit der Gettoisierung und dem rassistischen Terror! Polizei raus aus Immigrantenvierteln! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien! *Mobilisierungen der Arbeiterklasse jetzt - Zerschlagt die Faschisten, ehe sie uns zerschlagen.*'m

---

unsere inneren Schwierigkeiten, Widerstände und Widersprüche, die im Grunde den Spiegel der internationalen Widersprüche bilden, mit den „eigenen Kräften unserer Revolution allein" lösen kann, ohne „daß man in die Arena der internationalen Revolution steigt", so ist also die Internationale zum Teil lediglich eine Hilfsorganisation und zum Teil eine Prunkorganisation, deren Kongresse sich alle vier oder zehn Jahre oder auch überhaupt nicht zu versammeln brauchen. Selbst wenn man betont, daß das ausländische Proletariat unseren Aufbau vor einer militärischen Intervention bewahren soll, so spielt die Internationale nach diesem Schema lediglich die Rolle eines *pazifistischen* Instruments. Ihre Hauptaufgabe, die Waffe der internationalen Revolution zu sein, tritt dabei unabwendbar in den Hintergrund. Und das alles — wir wiederholen es — geschieht nicht mit irgendwelcher bewußter Absicht —, denn, im Gegenteil, eine ganze Reihe von Stellen im Programm zeugen von den besten Absichten ihrer Verfasser —, sondern als Folge der inneren Logik der neuen Theorie. Und das ist noch tausendmal gefährlicher, als auch die schlechtesten subjektiven Absichten es sein könnten...

Ohne eine siegreiche internationale proletarische Revolution werden wir niemals den Sozialismus aufbauen können. Das müssen die europäischen Arbeiter und die Arbeiter der ganzen Welt klar begreifen. Gewiß hat der Hebel des wirtschaftlichen Aufbaus eine ungeheure Bedeutung. Bei einer falschen Leitung desselben würde die Diktatur des Proletariats geschwächt werden. Der Fall der Diktatur würde aber für die internationale Revolution einen solchen Schlag bedeuten, von dem sie sich im Laufe einer langen Reihe von Jahren nicht erholen würde. Allein die Entscheidung des grundsätzlichen historischen Streites zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt hängt von dem zweiten Hebel ab, d. h. also von der internationalen proletarischen Revolution. Die kolossale Bedeutung der Sowjetunion liegt darin, daß sie den Stützpunkt der Weltrevolution bildet, ganz unabhängig davon, ob sie imstande sein wird, den Sozialismus aufzubauen oder nicht.«

Für Arbeitermobilisierungen - Verteidigt ausländische Arbeiter!

Mosambikaner von Faschisten angegriffen

Mit Steinen, Flaschen und Messern griffen Nazibanden an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden in der Nacht ein Arbeiterwohnheim im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg an. Mit rassistischem Gebrüll wie „N—r raus, Ausländer raus" versuchten sie, das hauptsächlich von Mosambikanern bewohnte Arbeiterheim zu stürmen. Die ausländischen Arbeiter mußten sich in ihrem Haus verbarrikadieren, selbst nach dem Auftauchen der Polizei dauerten die Angriffe noch bis in die frühen Morgenstunden. Eine Woche davor war am 1. Mai in Hoyerswerda ein Mosambikaner von braunen Schlägertrupps überfallen und krankenhausreif geschlagen worden, anschließend kam es zu Straßenschlachten und das Wohnheim der Arbeiter wurde angegriffen. Mehrere Mosambikaner wurden verletzt.

Diese tödlichen Angriffe sind eine weitere grauenhafte Eskalation des Nazi-Skinhead-Terrors in der DDR, der mit kapitalistischer Restauration und deutschem Nationalismus hochkommt. Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei besuchten das Wohnheim in Lichtenberg und sprachen mit den mosambikanischen Arbeitern, die größtenteils bei KWO und im Kühlbetrieb arbeiten. Außerhalb ihres engen Wohnheims und ihrer Betriebe können diese Arbeiter sich nur noch in Gruppen in den Straßen bewegen, sie berichteten von einer ungeheuerlichen Steigerung der Drohungen und Angriffe, abends müssen sie sich einschließen.

Bei unseren Verkäufen vor KWO sprachen wir mit vielen Arbeitern, die über diese Angriffe entsetzt waren. Einige nahmen Stapel unserer portugiesischen Übersetzung von „Was wollen die Spartakisten" (siehe Seite 15), um sie an ihre Kollegen weiterzugeben. Was dringend notwendig ist, sind organisierte Arbeiter-Schutzgruppen von KWO, Kühlbetrieb und anderen Betrieben, die die Wohnheime der ausländischen Werktätigen gegen faschistische Angriffe verteidigen. Dies könnte für die Arbeiter in der ganzen DDR ein Beispiel geben, wie der braune Dreck von den Straßen geräumt werden kann.

Nachfolgend drucken wir einen Brief ab, den die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands in Solidarität an Mosambikaner in Hoyerswerda geschrieben hat.

Berlin, den 7. Mai 1990

Liebe Freunde!

Mit Empörung haben wir heute von dem Überfall am 1. Mai auf Euch erfahren. Dieser Angriff stellte eine feige faschistische Provokation dar. Wir verurteilen alle Angriffe auf Euch, möchten unser Mitgefühl aussprechen und wünschen Eurem verletzten Genossen eine schnelle Genesung.

Schon unter der Honecker-Regierung habt Ihr unter schlechten Wohnbedingungen leben müssen und wart Beschimpfungen ausgesetzt. Und nun, mit den Bestrebungen der deutschen Imperialisten und ihrer Handlanger, ein Viertes Reich zu errichten, erhebt die braune Pest ihr Haupt. Die Nazis/Skinheads sind die Fronttruppen, die

Fortgesetzt auf Seite 7

Hoch der 15. Jahrestag der Befreiung Vietnams!

Ein Bild, das sich im Gedächtnis einer ganzen Generation eingebrannt hat, ist die Szene, als die Spione und Killer des US-Imperialismus verzweifelt miteinander kämpften, um in den letzten Hubschrauber zu kommen, der vom Dach der Botschaft in Saigon abflog. Die endgültige Befreiung Saigons (umbenannt in Ho-Chi-Minh-Stadt) am 30. April 1975 durch die Kräfte der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront war ein Sieg für die Werktätigen auf der ganzen Welt und ein Ansporn für eine gesamte Generation radikalisierter Jugend. Sie bedeutete den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in Südvietnam und beendete 30 Jahre Bürgerkrieg gegen Kolonialismus, Imperialismus und deren lokale Verbündete. Die Spartacist League/U.S., die in der amerikanischen Arbeiterklasse für Solidarität mit der vietnamesischen Revolution gekämpft hat, schrieb damals:

> „Wir bejubeln diese überwältigende Niederlage des US-Imperialismus, die erste in einem größeren Krieg in diesem Jahrhundert, und grüßen den Sieg unserer Klassenbrüder und -Schwestern in internationalistischer Solidarität." *(Workers Vanguard* Nr. 68, 9. Mai 1975)

Dieser historische Sieg sollte heute den Arbeitern in der DDR als Ansporn dienen, die mit dem Drang des deutschen Imperialismus nach kapitalistischer Wiedervereinigung konfrontiert sind. Tausende von vietnamesischen Arbeitern, die im Augenblick in der DDR arbeiten, müssen jetzt schon erfahren, was ein Viertes Reich bedeuten würde. Sie sind zunehmendem rassistischen Terror ausgesetzt, sie haben miserable Wohn- und Arbeitsbedingungen, und sie sind von diskriminierenden Entlassungen und der Drohung der Abschiebung in ihr Heimatland bedroht.

Der heroische Kampf der vietnamesischen Arbeiter und Bauern, der Millionen Tote und Verkrüppelte gekostet hat, hat der Sowjetunion wertvolle Zeit eingebracht, um mit den USA ein nukleares Gleichgewicht zu erzielen, das die kriegslüsternen Verrückten im Weißen Haus zur Zurückhaltung gezwungen hat. Der Kreml zahlt dies damit zurück, daß er die jetzt schon minimale militärische und wirtschaftliche Unterstützung weiter verkürzt und Druck auf Vietnam ausübt, die Truppen aus Kambodscha abzuziehen und den Imperialisten eine Konzession nach der anderen zu machen. Die zehnjährige Intervention von Vietnam in Kambodscha hat die Khmer vor Pol Pots Völkermord gerettet und diesem Land wieder eine Zukunft gegeben.

Ohne die bewußte Intervention der Arbeiterklasse unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei hat die Revolution in Vietnam eine Gesellschaft hervorgebracht, wo der Kapitalismus gestürzt worden ist, wo jedoch anstelle der .Arbeiter eine privilegierte Kaste an der Macht ist. Wir gedenken der trotzkistischen Märtyrer — von denen viele von den französischen Kolonialisten hingemetzelt wurden —, die 1945 den Massenaufstand in Saigon anführten, und ihres Führers Ta Thu Thau, der auf Anordnung Ho Chi Minhs von den Stalinisten ermordet wurde. Wie ihr sowjetisches Gegenstück suchen die vietnamesischen Stalinisten nach „friedlicher Koexistenz" mit ihren imperialistischen Folterern. Aber Washington hat sich nie mit der entwürdigenden Niederlage in Vietnam abgefunden und hat seitdem versucht, die vietnamesische Revolution auszuhungern und zu begraben. Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse der ganzen Welt, sich die Verteidigung der vietnamesischen Revolution zu eigen zu machen. Und für die Arbeiter in der DDR beginnt dies mit der Verteidigung ihrer vietnamesischen Arbeiter hier.«

Arbeiter der Deutschen Reichsbahn: Zeigt eure Stärke!

Am Donnerstag, dem 17. Mai, fanden Warnstreiks von Arbeitern in Leipzig, Gera, Karl-Marx-Stadt, Stendal, Bitterfeld, Templin, Rostock und Magdeburg statt. In Rostock sind daraufhin Arbeiter mit Disziplinarmaßnahmen bedroht worden. Solchen Provokationen gegen die Arbeiterklasse durch die Lakaien der kapitalistischen Wiedervereinigung muß Widerstand entgegengesetzt werden durch solide Streikaktionen in der ganzen DDR, mit Appellen an die westdeutschen Eisenbahnarbeiter, sich ihnen anzuschließen. Im folgenden drucken wir einen Bericht aus der Deutschen Reichsbahn aus Berlin ab.

Letzte Woche mußten Gleisbau-Arbeiter unter heißer Sonne 13-Stunden-Schichten schieben, weil es auf der Strecke nach Rostock einen Unfall gegeben hatte. Vietnamesische Arbeiter hatten sofort eine 12-Stunden-Nachtschicht einlegen müssen, weil sie alle an eine{ Stelle konzentriert wohnen und man sie schnell und ohne lange Vorankündigung zusammentrommeln kann. Die Eisenbahn heißt immer noch *Reichsbahn* und es sieht ganz danach aus, jetzt, wo der Zusammenschluß mit der Bundesbahn bevorsteht, als ob sie den Namen in Vierte-Reichs-Bahn ändern wollten.

Eine neue Gruppe polnischer Kollegen ist für einen Monat hier, weil es in Polen, das jetzt von der von Solidarnosc geführten Regierung ausgeblutet wird, keine Arbeit gibt. Sie können nicht deutsch sprechen, sie werden in einem separaten Raum gehalten und haben andere Schichtwechsel. Ein älterer deutscher Arbeiter ist abgestellt worden, ihrer Gruppe/Brigade jeden Tag zu helfen, ansonsten haben sie ihren eigenen Vorarbeiter, der dem Meister berichtet, und einen Übersetzer. Das Ergebnis ist, daß die deutschen Arbeiter, die, wie auch sonst jeder in der DDR, Angst vor Arbeitslosigkeit haben, gegen die polnischen Arbeiter aufgehetzt werden. Es hat von einigen deutschen Arbeitern immer wieder rassistische Kommentare gegeben, seit die Polen angekommen sind. Solch ein Rassismus stellt eine tödliche Gefahr dar für die Interessen *aller* Arbeiter.

Aber man kann doch einen merklichen Umschwung sehen, in der Art und Weise, was die Leute so sagen, verglichen mit der Zeit vor ein paar Wochen. Damals sind sie die Anzeigen der neuesten Ausgaben der West-Zeitungen durchgegangen und haben von BMWs und Ferienflugreisen geträumt. Jetzt haben sie mitgekriegt, daß sie bei 1:1 reichlich schlecht wegkommen, und die Stimmung schwankt zwischen Enttäuschung und Angst. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß es ein massives Ausbauprogramm gibt. Die Reichsbahn stellt nicht nur neue Leute ein und im Austausch immer neue „Gastarbeiter", sondern zwingt die Arbeiter auch zu Überstunden, zum Teil bis zu 12 Stunden. Dies steht im Gegensatz zu fast allen Berliner Fabriken, wo Massenentlassungen geplant sind!

Vor diesem Hintergrund sind die Warnstreikdrohungen der Gewerkschaft der Eisenbahner zu sehen. Sie mögen ihre eigenen Gründe haben, und sie sind durchaus ernstzunehmen. Gleichzeitig war es der Vorsitzende der Eisenbahner Peter Rothe, der die Auflösung des FDGB verkündet hat. Die GdE führt die Seite der Spaltung an, die für den Anschluß an den DGB ist, und Rothe macht im Osten dafür mobil. Man kann immer noch sehen, wie massiv die SPD vor den Wahlen unter den Arbeitern herumgemacht hat, viele haben für die SPD gestimmt.

Die Hauptforderung des GdE ist eine pauschale Lohnerhöhung von 300 Mark, selbst dann würden die Gleisbauer im Monat nur 1000 Mark verdienen. Und jetzt zwingt man sie, 12 Stunden zu arbeiten. Das werden sie nicht lange mit sich machen lassen, und mit 1000 D-Mark kann man auch keine Bäume ausreißen. So wie die Dinge liegen, könnten die möglicherweise bevorstehenden Streiks der SPD sehr schnell aus der Kontrolle geraten. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter bei Reichsbahn und BVB ihre Kraft zeigen. Notwendig dafür ist eine *politische* Perspektive der Opposition gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

Rostock: Keine Schließung von Freizeitzentren!

Im Dezember dieses Jahres wird das Rostocker Schülerfreizeitzentrum (ehemaliges Haus der Pioniere „Karl Liebknecht") 40 Jahre alt.

In diesen 40 Jahren haben es sich die Pädagogen dieser Einrichtung zur Aufgabe gemacht, Kindern und Jugendlichen bei der Freizeitgestaltung behilflich zu sein, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten weiterzuentwickeln und zu fördern. Man konnte jederzeit kommen, in der Schulzeit, in den Ferien, sogar am Wochenende. Um das zu ermöglichen, nahmen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Arbeitszeiten von teilweise bis zu 12 Stunden in Kauf.

Damit wurden Tausende von Kindern und Jugendlichen davor bewahrt, daß sie — oft von Gleichaltrigen und Eltern allein gelassen — seelisch und moralisch verrotteten.

Und dieses Jahr soll das 40. Jubiläum gefeiert werden. Traditionell dauert das Fest zwei Tage, an denen sich die Kinder und Jugendlichen über die Arbeit der jeweiligen anderen Arbeitsgemeinschaften und Klubs informieren können.

Doch in diesem Jahr wird es das alles wohl nicht mehr geben. Seit der Wende an der Spitze unseres Staates fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld. Das Schülerfreizeitzentrum kämpft um sein Überleben. Im Juli werden die ersten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zwangsweise entlassen werden, Klubs und Arbeitsgemeinschaften werden umstrukturiert (das geschah das letzte Mal im September 1989), und ab September 1990 soll für jedes AG- oder Klubmitglied ein Pflichtbeitrag von 10 Mark jährlich eingeführt werden. Weitere Maßnahmen werden folgen.

Und das alles ist kein Einzelfall. Einige ehemalige Pionierhäuser wurden bereits geschlossen, Betriebsferienlager wurden zu Wohnunterkünften für Arbeiter umfunktioniert. Und das geht Tag für Tag so weiter.

Die Schließungen dieser Einrichtungen sind Teil des Vorstoßes zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Unsere Errungenschaften sind in Gefahr! Die Arbeiter müssen *als Klasse* organisiert werden, um diese Errungenschaften zu verteidigen!

Im Namen der Spartakist-Arbeiterpartei rufe ich euch auf:

- Eltern! Kämpft für eure Kinder!
- Kämpft für eure Freizeitzentren und Ferienlager!
- Schließt euch zusammen mit den Arbeitern im Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und ihres Lebensstandards und gegen den Vorstoß des Kapitals!

J. O., SpAD Rostock

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Versammlung in Halle fordert:
Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Mumia Abu-Jamal sitzt in einer Todeszelle des Huntingdon-Gefängnisses im Staat Pennsylvania, USA, und wird mit Hinrichtung bedroht für seinen jahrelangen Kampf als schwarzer politischer Journalist und Aktivist gegen den rassistischen amerikanischen Kapitalismus, den er in der Black Panther Party begann (siehe *Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 28, 20. März). Mumia zog besonders für seine klare Verteidigung der schwarzen Kommune MOVE in Philadelphia den wutentbrannten Zorn der Stadtverwaltung auf sich. Am 13. Mai 1985 bombardierte die Polizei MOVE; dabei ermordete sie in einem Flammenmeer elf Menschen, darunter fünf Kinder, und brannte ein ganzes Wohnviertel von Schwarzen nieder. Für das „Verbrechen", das Massaker überlebt zu haben, sitzt Ramona Africa, ein Mitglied von MOVE, im Gefängnis.

Der Fall Mumia Abu-Jamal ist zu einem Brennpunkt internationaler Aufmerksamkeit geworden, massenweise treffen Unterschriftenlisten ein, aus Ländern in ganz Westeuropa und vor kurzem auch aus Polen. In Deutschland mobilisieren die AGIPA-Press in Bremen und das Komitee für soziale Verteidigung, eine klassenkämpferische nicht-sektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die politisch mit der Spartakist-Arbeiterpartei verbunden ist, aktiv für die Verteidigung von Mumia. Am 13. Mai, dem fünften Jahrestag des Massakers an MOVE, machte der Jugendklub „Zepziger Weg" in Bernburg eine Geldsammlung für Mumia, die vom Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei zur Volkskammerwahl im Bezirk Halle organisiert worden war. Im Anschluß an einen Bericht über den Fall Mumia wurden 187,17 Mark für seine Verteidigung gesammelt und ein Brief wurde an den Gouverneur Casey von Pennsylvania geschickt, in dem 100 Menschen Mumias Freiheit fordern. Nachstehend drucken wir den Brief ab. Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Weitere Informationen über: KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg U.

An den Gouverneur von Pennsylvania, Harrisburg

Werter Gouverneur Casey!

Bernburg, den 11.05.90

Auf einer Veranstaltung wurde uns das Schicksal von Mumia Abu-Jamal nahegebracht. Wir, der Jugendklub „Zepziger Weg" aus Bernburg und alle Besucher, 100 Bürger der DDR, sind zutiefst betroffen und erschüttert über das Leid des Mannes und können Ihr Handeln nicht verstehen und schon gar nicht billigen. Wir bitten und fordern zugleich Gerechtigkeit und die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal.

Jugendklub „Zepziger Weg",
Zepziger Weg, Bernburg 4350

Berlin: Chauvinismus des Betriebsdirektors von BWF

Der folgende Bericht über BWF wurde uns zur Veröffentlichung in Spartakist *übergeben.*

In der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik fand am 18. Mai eine Belegschaftsversammlung statt, auf der der Betriebsdirektor Fred Dellheim und sein sozialdemokratischer Freund, der BGL-Vorsitzende, sprachen. Sie waren der Meinung, wie Herr Dellheim es formulierte: Er wolle hier keinen Ausländerhaß sehen, keinen Nationalismus und auch keinen Rassismus. Aufgrund der schwierigen Situation habe er mit dem Amt für Arbeit Kontakt aufgenommen, um die Vietnamesen auf andere Betriebe zu verteilen, und sie auch nach Möglichkeit in die Heimat zurückzuschicken.

Dies ist ekelerregender Chauvinismus, der hier verbreitet wird. Dazu kommt noch, daß die Vietnamesen allerorts auf Betriebe verteilt wurden, die sie dann zwei Wochen später auf Grund von *Rationalisierungsmaßnahmen* wieder rausschmeißen.

Des weiteren erklärten sie, daß der Transfer-Rubel im Wert halbiert wird, wodurch die Einnahmen bis Jahresende um die Hälfte sinken und dem Betrieb ein Verlust von 20 Millionen entstehen würde, den er von der Regierung einklagen will. Trotzdem müssen wir mehr arbeiten, damit der Betrieb „rentabel" bleibt, um nicht vom Kapital geschluckt zu werden. Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen sind geplant, um Profit zu erwirtschaften. Zugleich will der Betrieb mit anderen Schleifmaschinenherstellern ein Bündnis gegen die Privatunternehmen abschließen, um nicht aufgekauft und stillgelegt zu werden.

Wenn man sich dieses alles unter dem Strich genau ansieht, heißt das folgendes: Nach der Währungsunion sollen eine Reihe von Arbeitern wegrationalisiert werden, damit der Rest doppelt soviel Arbeitskraft aufwenden muß und das Ganze natürlich für weniger Lohn, damit der Betrieb auch nicht untergeht in der Marktwirtschaft.

Nun, wie wäre es vielleicht mit einer anderen Version, Herr Dellheim? Vielleicht wissen wir, die SpAD, eine Lösung für eine funktionierende Wirtschaft. Unser Vorschlag: Die Arbeiter des Betriebes bilden ein Fabrikkomitee, welches die Leitung des Betriebes übernimmt und einen Plan entwickelt zur verbesserten Nutzung des Betriebes. Und daß Sie, Herr Dellheim, und ihre Direktoren, welche seit Jahren ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt haben und es kaum unter der Marktwirtschaft lernen werden, „rentabel" zu wirtschaften, *wegrationalisiert werden*, anstatt der vietnamesischen Arbeiter und später der deutschen Arbeiter. Wo Sie ja ohnehin untergehen werden, dürfte es Ihnen ja nichts ausmachen, vorneweg den Hut zu nehmen und den Arbeitern den Betrieb zu überlassen. Des weiteren sollten die Arbeiter Räte bilden, die die Produktion planen und verteilen und deren oberster Rat die Regierung bildet.

Nur die Arbeiter können entscheiden, was gut und richtig für sie ist; und sie werden es auch sein, die in der Lage sind, die Wirtschafts- und Lebensbedingungen zu verbessern. Das Kapital und die Möchtegernkapitalisten werden das nie schaffen. Im Gegenteil: Sie werden die Wirtschaft sich aneignen auf Kosten anderer Völker, die sie ruinieren, bis sie in einem neuen Krieg alles vernichten, um ihre Profitgier zu stillen. Drum wehrt euch, Arbeiter! Handelt nach dem Marx'schen Lehrsatz: Proletarier aller Länder vereinigt euch!«

Mosambikaner...

Fortsetzung von Seite 4

Schlägerbanden der kapitalistischen Wiedervereinigung und damit der Konterrevolution. Ein wiedervereinigtes Deutschland auf kapitalistischer Basis bedeutet auch ein Wiederaufsteigen des deutschen Nationalismus. Und während das Kapital den Ausverkauf unserer Errungenschaften organisiert und die Arbeiter unter dem Deckmantel einer Währungsunion ins Elend stürzen will, werden Ausländer, Homosexuelle und Linke von organisierten faschistischen Horden überfallen. Auch im Westen nimmt der rassistische, antisemitische Terror weiter zu. Es gibt ständige Angriffe des bürgerlichen Staates auf Roma und Cinti. Und mit den neuen Ausländergesetzen wird versucht, allen eingewanderten Arbeitern, Studenten usw., insbesondere den türkischen Kollegen, das Leben zur Hölle zu machen.

Nur eine Massenmobilisierung der Arbeiter kann mit dem Nazipack aufräumen, d. h. es reicht nicht aus, wenn wenige mit Stöcken bewaffnet versuchen, gegen Skinheads vorzugehen. Man muß den Kampf in die Gewerkschaften hineintragen. Mit einer Arbeitereinheitsfront kann man die braune Pest zerschlagen. Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für eine solche Einheitsfront, wie z. B. die von uns initiierte antifaschistische Demonstration am Sowjetischen Ehrenmal mit 250 000 Teilnehmern am 3. Januar 1990. In Chicago haben wir vor Jahren Arbeiterschutzbrigaden mitorganisiert, um die Wohnungen von schwarzen Kollegen gegen Rassisten zu schützen. Wir kämpfen für den Aufbau einer leninistisch-egalitären Massenpartei, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zum Sieg führen kann. Wir werden nur siegen, wenn wir mit unseren eingewanderten Kollegen und ihren Familien gemeinsam kämpfen. Der Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland darf nicht rückgängig gemacht werden! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Wir stehen auf Eurer Seite.

Mit internationalistischen Grüßen
Toralf Endruweit
für die Spartakist-Arbeiterpartei

Warnstreikwelle...

Fortsetzung von Seite l

die soziale Macht der Arbeiterklasse *jetzt* zum Tragen bringt, ehe Millionen aus den Fabriken auf die Straße geworfen werden. Und das bedeutet, eine neue Führung der Arbeiterklasse zu schmieden, eine leninistisch-trotzkistische Partei, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung mit einer internationalistischen Perspektive des Weltsozialismus Widerstand leistet.

Dies wird von den eingestandenermaßen reformistischen Führern nicht zu erwarten sein. Am Tag vor den Warnstreiks verkündete der FDGB seine eigene Auflösung, die von den Gewerkschaften unter der Führung der SPD betrieben worden war. Führend bei der Meute war die IG Bergbau, die sich vom FDGB abspaltete und seine Forderung nach SOprozentiger Lohnerhöhung und einer 38-Stunden-Woche als „utopisch" und Verletzung der Tarif-„autonomie" verurteilte. Dieser Selbstmord der FDGB-Führung mußte kommen. Sie bot keine Alternative zur kapitalistischen Wiedervereinigung, sondern bettelte nur um einen besseren Preis. Nach den 1:1-Demos im April inszenierten die professionellen Hexenjäger von der SPD und die DGB-Leutnants im Dienste Bonns und Frankfurts eine massive antikommunistische Kampagne gegen den FDGB, woraufhin die FDGB-Führung einfach zusammenbrach und sich auflöste. Und in einer gemeinsamen Erklärung vom 15. Mai „begrüßen" DGB und der Nachlaßverwalter des FDGB, der Sprecherrat, „die Absicht" eines Anschluß-"Staatsvertrags".

Damit folgen sie den Fußstapfen der PDS und ihrer Satelliten wie KPD, Vereinigte Linke und Nelken, die alle vor der Anschlußkampagne kapituliert haben und denen jetzt nichts weiter übrig bleibt, als um den Preis zu feilschen. Gysi redet, genau wie seine Schatten, andauernd über die „Einheit der Linken", wobei explizit solche „Sektierer" ausgeschlossen werden, die — wie Lenin, Luxemburg und Liebknecht — für die Herrschaft von Arbeiterräten kämpfen. Die Werktätigen brauchen wirklich dringend Einheit — aber keine betrügerische Volksfront-Einheit, um mit den Frankfurter Bankiers zu verhandeln, sondern Aktionseinheit, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse hartnäckig Schritt für Schritt zu verteidigen.

Ein Lackmustest für die Fähigkeit der Arbeiter, für die Verteidigung ihres Lebensunterhalts und ihrer sozialen Errungenschaften gegen den Ansturm des Kapitals zu kämpfen, ist ihre Solidarität im Kampf mit denjenigen, die für Angriffe am verwundbarsten sind, mit denen, die die ersten Ziele der kapitalistischen Wiedervereinigung sind: Verteidigung der eingewanderten Arbeiter und der Flüchtlinge gegen faschistischen Terror und rassistische Abschiebungen, Verteidigung der Arbeitsplätze der Immigranten und Frauen, der Jugend und der alten Menschen.

Der Drang nach Anschluß hat zu einem scharfen Anstieg von faschistischem Terror und „offizieller" rassistischer Diskriminierung geführt. Angesichts von Tausenden von Flüchtlingen — überwiegend Roma —, die dem anwachsenden faschistischen Terror und der Verelendung in Rumänien entkommen wollen, hat der Ministerrat am Freitag verkündet, daß Südosteuropäer nur mit „Einladung" in die DDR gelassen werden. Mittlerweile haben Arbeiter aus Mosambik Angst, in Berlin allein auf die Straße zu gehen, den Vietnamesen drohen diskriminierende Entlassungen und Abschiebungen, und jeden Tag nehmen die antisemitischen Angriffe zu.

Der Abbau der sozialen Errungenschaften in der DDR ist schon sehr weit fortgeschritten, aber keineswegs zu Ende. Die Werktätigen der DDR fangen an, aus ihrem D-Mark-Delirium wieder aufzuwachen. Es ist eine dringende Aufgabe, die ansteht, die Arbeiterklasse in den harten defensiven Kämpfen, die noch bevorstehen, umzugruppieren. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist die einzige Partei, die sich klipp und klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ausgesprochen hat. Schließt euch unserem Kampf an, rechtzeitig eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, die der Verteidigung und der Ausweitung der Errungenschaften der Werktätigen überall verpflichtet ist, eine Partei, die die Kämpfe, die vor uns liegen, zum Sieg führt.

Bestellt die Spartakist-Broschüre
„Marktsozialismus"
in Osteuropa
DM 3,- / 3 Mark der DDR
Bestellt bei den Adressen der SpAD

Drang nach Viertem Reich bringt Finanzwelt ins Wanken

Börsenkrach von Tokio

Japan gilt als das vollkommene, sagenhaft erfolgreiche kapitalistische Land. Doch im März und Anfang April erlebte Tokios Börse einen Einbruch, der vom Marktwert der Japan AG fast 30 Prozent auslöschte. „Es gibt einen totalen Vertrauensverlust, Punkt", rief ein Wertpapierhändler. „Es ist eine ekelhafte Situation", so ein anderer. „Es gibt überhaupt keine Käufer. Keinen einzigen." Die Aktie von Nippon Telegraph and Telephone — das größte Privatunternehmen der Welt — fiel von 21 000 Dollar, dem Höchststand vor ein paar Jahren, auf unter 8000 Dollar.

Der Börsenkrach von Tokio strahlte auf die Finanzhauptstädte von Wall Street bis Frankfurt aus. Die Angst geht um, daß die Japaner sich zurückziehen und ihre Vermögenswerte abstoßen, um ihre Verluste zu Hause abzudecken. Den größten Teil des letzten Jahrzehnts hat japanisches Geld die zutiefst verschuldete und heruntergekommene US-Wirtschaft gestützt. Tokios Banken und andere Finanzinstitute kaufen regelmäßig 30 bis 40 Prozent der neuen US-Schatzbriefe. Ohne dieses japanische Geld würden sich Schatzwechsel zum gleichen Zinssatz verkaufen wie Junk Bonds („Schrott-Anleihen": hochverzinsliche und hochriskante Anleihen, oft zum Aufkauf von Betrieben, die dann ausgeschlachtet werden). Doch jetzt wirkt sich der große „Ausschlachtungsaufkauf' von Osteuropa, geleitet durch Frankfurts Bankhäuser, auf die Finanzmärkte verheerend aus. Die in die Höhe schnellenden westdeutschen Zinssätze lösten den Krach von Tokio aus und vergrößerten das riesige US-Haushaltsdefizit.

Genau zu dem Zeitpunkt, wo die Herrscher des Weltimperialismus den „Tod des Kommunismus" als das „Ende der Geschichte" verkünden, sieht der Kapitalismus zu Hause nicht so triumphal aus. Der Krach der größten Börse der Welt kam nicht einmal drei Jahre nach dem Krach an der Wall Street.

Die Wirtschaftskonflikte zwischen dem amerikanischen und dem japanischen Kapitalismus weiten sich zu einem ausgewachsenen Handelskrieg aus. Thatchers Britannien wird von einer Volksrevolte gegen die neue Kopfsteuer erschüttert. Lateinamerika ist unter seiner Schuldenlast ein wirtschaftliches Katastrophengebiet. Und der „Übergang" zum Kapitalismus in Osteuropa geht nicht ganz so glatt, die für Polen vorgesehene wirtschaftliche „Schockbehandlung" trifft schon auf verzweifelten Widerstand der Arbeiter.

Der Nikkei und der Anschluß

Mitte der 80er Jahre wurden die Vereinigten Staaten zur größten Schuldnernation der Welt und Japan zum größten Gläubiger. Diese dramatische Umkehrung hat ihre Wurzeln in den radikal verschiedenen Spar- und Investitionsraten der konkurrierenden kapitalistischen Länder. Die USA sind vollständig zu einer Wirtschaft geworden, in der man „jetzt kauft und später zahlt", vom Pentagon mit seinen Geldern für Star Wars bis zu den Yuppies mit ihren BMWs und ihren zwei Dutzend Kreditkarten. In den USA ist die Sparrate pro Person, einschließlich die ganz Reichen, bescheidene 5 Prozent des Einkommens.

Japanische Haushalte sparen im Durchschnitt 15 Prozent ihres Einkommens. Dies hat es den japanischen Industriellen ermöglicht, *zweieinhalbmal* soviel in neue Produktionsanlagen zu investieren wie ihre amerikanischen Konkurrenten, im letzten Jahr 24 Prozent der Produktion des Landes im Vergleich zu 10 Prozent in den USA. Damit bleibt eine Menge Geld für Tokios Makler übrig, um alles aufzukaufen, von Eisenerzgruben in Australien und Brasilien bis zu den US-Schatzbriefen und dem Rockefeiler Center.

Der japanische Kapitalismus ist so aufgebaut, daß er die Werktätigen dazu zwingt, einen Großteil ihres Einkommens zu sparen. Verbraucherkredit ist begrenzt, und japanische Unternehmen zahlen einen Großteil der Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter in Form einer zweimal im Jahr pauschal ausgeschütteten Prämie. Außerdem sind Sozialleistungen und Renten so niedrig, daß Japaner im Alter nicht überleben können, wenn sie nicht in ihren Arbeitsjahren eine Menge Geld auf die hohe Kante gelegt haben.

Die Wohnungspreise sind astronomisch hoch — kleine Zweiraum-Wohnungen kosten in Tokio eine Million Dollar — bei horrenden Bedingungen für Hypotheken. Um eine Anzahlung auf eine Wohnung machen zu können, muß eine Familie viele Jahre lang einen Großteil ihres Einkommens sparen. Eine japanische Bank hat vor kurzem eine Hypothek mit *lOOjähriger* Laufzeit eingeführt, so daß die Käufer einer Eigentumswohnung die Belastung an ihre Ururenkel weitergeben können! Das Endergebnis ist, daß Japaner im Laufe ihres Lebens viel größere Geldsummen verwalten als Amerikaner und Europäer.

Bis Mitte der 80er Jahre hatte Japan das konservativste Finanzsystem der Welt, die Börse für Aktien und festverzinsliche Wertpapiere war ziemlich begrenzt. Das traditionelle System reichte zurück bis zur Meji-Ära Ende des 19. Jahrhunderts, als die japanische Industrialisierung auf finanziell autarken Kartellen basierte, auf den Zaibatsu (z. B. Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo). Die Zaibatsu hatten alle ihre eigene Bank, die die Guthaben in die Industrie- und Handelsunternehmen des Kartells leitete. Noch 1985 bestanden 65 Prozent der japanischen Vermögenswerte aus Bankeinlagen und nur 11 Prozent aus Firmenaktien. (Zum Vergleich: von Amerikas Geldvermögen war ein Drittel auf der Bank, während die Börse ein Viertel ausmachte.)

Doch durch die Explosion von Japans Geldvermögen Anfang der 80er Jahre zerbrach das traditionelle System. Das Land erlebte einen klassischen spekulativen Börsen-Boom in Verbindung mit schwindelerregenden Immobilienwerten. (Der Marktwert des Grund und Bodens von Tokios Innenstadt allein ist höher als der von den gesamten Vereinigten Staaten!) Der Nikkei-Börsenindex (vergleichbar mit dem Dow-Jones-Index der Wall Street) stieg von 13 000 im Jahr 1985 auf 38 000 Ende letzten Jahres.

Millionen von Angestellten und Selbständigen fingen mit dem Börsenspiel an, weil sie es als ihre einzige Hoffnung ansahen, genug Geld für einen Hauskauf aufzutreiben. Aktienkurse wurden so hoch getrieben, daß sie in keinem Verhältnis standen zu den wirklichen Firmenprofiten. Vor ein paar Monaten kosteten die japanischen Aktien fast das *70fache* der Jahresgewinne (im Vergleich zum 15fachen in den USA und zum 20fachen in Westdeutschland). Akio Mikuni aus Tokio, ein Fachmann für Wertpapiere, faßte zusammen:

> „Die Blase dehnt sich so lange, wie es Leute gibt, die an die Theorie des größeren Narren glauben — jemand anderes wird bereit sein, einen hohen Preis zu zahlen."

Offensichtlich mußte die Blase platzen. Aber warum jetzt? Der Krach von Tokio wurde ausgelöst durch die

finanzielle Rückwirkung, die das Auseinanderbröckeln des Sowjetblocks unter dem „liberalen" stalinistischen Regime Michail Gorbatschows hat. Japanisches Kapital wird dorthin geleitet, wo sich die Meistbietenden um eine Übernahme Osteuropas reißen. Im Januar besuchte Tokios Ministerpräsident Toshiki Kaifu Berlin auf beiden Seiten der durchlöcherten Mauer und versprach „günstige" Kredite in Höhe von 2 Milliarden Dollar sowie Hilfe für Polen und Ungarn. Ein paar Monate später schloß Japans größtes Kartell Mitsubishi ein weitreichendes Abkommen mit Daimler-Benz ab, Deutschlands größter Konzern.

Eine neue Achse Tokio-Berlin im Entstehen? *Business Week* (29. Januar) wies darauf hin, daß „die Euphorie über die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung Osteuropas eine Woge von Geld nach Frankfurt gelockt hat, aus jeder Ecke der Welt", und daß die Lücke zwischen Zinssätzen und Aktienkursen „weiterhin japanische Investitionen im Wert von Milliarden von Dollar nach Frankfurt lockt". Kurz gesagt, japanisches Kapital findet es einträglicher, in den deutschen Anschluß zu investieren als in die Börse von Tokio mit ihren weit überhöhten Kursen.

Die geplante kapitalistische Übernahme und Ausbeutung von Osteuropa wirkt sich bereits auf die Weltwirtschaft aus, von der Karibik bis zum Fernen Osten. „Osteuropa wird für Direktinvestitionen und Kapitalströme attraktiver sein", prophezeit Erskine Sandiford, der Ministerpräsident von Barbados. „Dies wird eine Umleitung der Mittel von den Entwicklungsländern nach Osteuropa bedeuten" (*Financial Times*, 12. Dezember 1989). Die Geldfürsten von Frankfurt, New York und Tokio haben vor, Osteuropa in einen riesigen Niedriglohnbetrieb zu verwandeln, während sie den Rest der Welt auf halbe Ration setzen.

Sogar Teile der lateinamerikanischen Bourgeoisie stimmen daher nicht in das Hallelujah über den angeblichen „Tod des Kommunismus" ein. Ein liberaler peruanischer Geschäftsmann, Hernando de Soto, schrieb einen ziemlich bitteren Gastkommentar für die *New York Times* (1. April):

> „Die meisten lateinamerikanischen Länder haben seit beinahe 170 Jahren Privateigentum und demokratische Verfassungen gehabt. Dies hat, zusätzlich zu den zig Milliarden Dollar ausländischer Hilfe und zu den Hunderten von Milliarden Dollar an Krediten, das Bruttosozialprodukt pro Kopf nicht über 2000 Dollar im Jahr angehoben. Wohingegen der totalitäre Sozialismus, dessen Versagen verkündet wird, Osteuropäern 5000 Dollar im Jahr bot."

Der Vergleich des Bruttodurchschnitts von 2000 gegenüber 5000 Dollar verdeckt sogar noch die wesentlich größere Ungleichheit, die in Lateinamerika existiert. Ein General

Fortgesetzt auf Seite 10

Hyundai-Werftarbeiter im Kampf gegen Polizeitruppen

Klassenkrieg in Südkorea

Studentenproteste erschüttern Seoul

In Südkorea fanden in den letzten Wochen weitverbreitete soziale Kämpfe statt. Am 9. Mai gingen in Seoul rund 10000 Studenten auf die Straße, um gegen das pseudoparlamentarische Regime von General Roh Tae Woo zu protestieren, der das Land mit eiserner Faust regiert. Die Demonstranten lieferten sich heftige Gefechte mit der Polizei und setzten ein Gebäude der amerikanischen Regierung in Brand, wobei die Polizei beinahe 1000 Menschen festnahm.

Die Studentenproteste folgen dem Ausbruch von massiven Arbeitskämpfen. Zwei Wochen zuvor besetzten 20 000 Werftarbeiter die Hyundai-Werft, die größte der Welt, weil vier ihrer Führer verhaftet worden waren. Die Regierung mobilisierte 10000 schwerbewaffnete Einsatzpolizisten, um den Streik zu zerschlagen. Mehr als 20000 Arbeiter gingen in Ulsan, der Stadt, die praktisch dem Hyundai-Konzern gehört, auf die Straße, um den Kampf mit den Besatzungstruppen aufzunehmen. Erst durch den massiven Einsatz von Tränengas und knüppelschwingenden Polizisten wurden die 3000 Arbeiter, die zur Verteidigung das Haupttor der Werft verbarrikadiert hatten, niedergekämpft.

Mehr als 600 Arbeiter wurden verhaftet und Hunderte verwundet. Im nahegelegenen Werk der Hyundai Motor Company haben mehr als die Hälfte der 27 000 Arbeiter aus Solidarität mit den Werftarbeitern protestiert. Auf den Straßen zwischen der Werft und dem Autowerk lieferten sich die Arbeiter mit der Polizei erbitterte Schlachten. Die Stadt sah wie ein Kriegsschauplatz aus, wichtige Zufahrtsstraßen wurden gesperrt und der Flugverkehr eingestellt. Auch in Seoul strömten die Studenten auf die Straße, um die streikenden Arbeiter zu unterstützen.

Die Werftarbeiter von Ulsan stehen beim Kampf des mächtigen Proletariats von Südkorea, unabhängige und militante Gewerkschaften aufzubauen, an vorderster Front. In diesem Kampf werden die Gewerkschaften der Bosse beiseite geräumt, die bisher die brutale Arbeitsdisziplin der Chaebols, der riesigen Monopole, die unter den Fittichen des Staates stehen, durchgesetzt hatten. Südkoreas angebliches „Wirtschaftswunder" ist das Ergebnis der höchsten Ausbeutungsrate und der tödlichsten Arbeitsbedingungen in der gesamten industriellen Welt. Die Arbeiter von Hyundai waren zur Zielscheibe der Bourgeoisie geworden, seit sie 1987 die Anerkennung einer wirklichen Gewerkschaft erzwungen und damit einen überwältigenden Sieg errungen hatten, und im folgenden Jahr eine 20prozentige Lohnerhöhung durchsetzten. 1989 streikten die Arbeiter von Hyundai 109 Tage lang, aber ihr Streik wurde zerschlagen, als 12 000 Polizisten die Werft stürmten. Die gegenwärtigen Verhaftungen der Gewerkschaftsführer gehen auf diesen Streik zurück.

Die wütende antigewerkschaftliche Politik der Regierung hat sich durch die rapide zunehmende Verschlechterung von Südkoreas Wirtschaft weiter verschärft. Südkoreas Exporte, besonders Autos, sind im letzten Jahr drastisch gefallen, und Hyundai wurde davon am härtesten getroffen. Die Schwächung des japanischen Yen hat auch die Überbewertung des Won, Südkoreas Währung, bloßgestellt, was die Wirtschaft weiter geschwächt hat. Es ist kein Zufall, daß auch die südkoreanische Börse kurz nach dem japanischen Börsenkrach den schärfsten Kursverfall ihrer Geschichte durchmachte. Die Bourgeoisie hat die Schuld für ihre ökonomischen Probleme auf steigende Arbeitskosten und zunehmende Streiks geschoben und setzt jetzt voller Rache den Arbeitern zu.

Fortgesetzt auf Seite U

Börsenkrach...

Fortsetzung von Seite 9

der DDR-Sicherheitskräfte, der Erich Honecker bei Auslandsbesuchen begleitet hatte, bemerkte zu westlichen Reportern, die den Landsitz der ehemaligen stalinistischen Führer bei Wandlitz inspizierten, daß die herrschende Elite von Ostberlin im Vergleich zum Präsidenten von Mexiko wie „Waisenknaben" gelebt hätten.

Wall Street gegen Japan AG ...

Der Widerhall vom Tokioter Krach schlägt gerade zu dem Zeitpunkt zu, wo die US-Wirtschaft wahrscheinlich in eine Rezession steuert. Die Produktion stagniert, während die Firmenprofite um 10 Prozent unter dem Vorjahresstand liegen. Die Aufträge für Werkzeugmaschinen — die grundlegenden Investitionen in der Industrie — gehen zurück. Die Tage der Begeisterung an der Wall Street endeten mit dem Krach vom Oktober 1987. Die großen Neuigkeiten dieser Tage sind keine gigantischen Fusionen, sondern Multimilliarden-Dollar-Pleiten. Im letzten Jahr meldeten 68 000 US-Firmen Konkurs an, im Vergleich zu 10 000 im Jahr 1981. Man stelle sich vor, was mit dem Amerika der Konzerne passieren würde, wenn die Japaner Milliarden von Dollar aus seinem Geschäftsbereich abziehen würden.

Gorbatschows Beschwichtigung des westlichen Imperialismus hat die Wirtschaftskonflikte zwischen Washington und Tokio in den Brennpunkt gerückt und sie verschärft. Die amerikanische herrschende Klasse betrachtet Japan weniger als einen militärischen Verbündeten gegen die Russen und mehr als wirtschaftliche Gefahr. Jahrelang haben Washingtons Politiker, besonders liberale Demokraten und Gewerkschaftsbürokraten der AFL-CIO, Japan die Schuld am Zerfall des amerikanischen Imperialismus gegeben — wobei sie oft an den Rassismus von der „gelben Gefahr" appellierten. Die antijapanische Hetze in den USA hat eine nationalistische Gegenreaktion in Japan hervorgerufen, die genauso auf Vorstellungen von rassischer Überlegenheit basiert. Nach Meinungsumfragen denken fast 60 Prozent der Japaner, die Vereinigten Staaten hätten zu viele rassische und ethnische Gruppen, während zwei Drittel glauben, amerikanische Arbeiter seien faul.

Nach herkömmlicher Weisheit wird Japan durch friedliche, rein wirtschaftliche Mittel zur vorherrschenden Macht im Fernen Osten. Der Chefökonom vom Büro der Deutschen Bank in Tokio, Kenneth Courtis, behauptet: „Was früher nur auf dem Schlachtfeld geschah, das machen sie [die Japaner] über die Börse." Aber letzten Endes besteht die Börse nur aus Papierfetzen. Japans wirtschaftlicher und finanzieller Reichtum kann nur durch eine entsprechende Militärmacht aufrechterhalten und gesichert werden. Die riesigen Industrieanlagen der Inselnation sind völlig von Importen an Erdöl, Eisenerz und anderen Rohstoffen abhängig. Seine lukrativen Märkte in Ostasien können durch staatlichen Protektionismus abgeschnitten werden.

Mitsui, Mitsubishi & Co. sind sich dieser Verwundbarkeit sehr bewußt. Im letzten Jahrzehnt sind die Ausgaben für das japanische Militär (Selbstverteidigungskräfte genannt) pro Jahr um 6 Prozent gestiegen, *die höchste Zuwachsrate von allen größeren Ländern in der Welt.* Wie der herausgebende Redakteur des *Air Force Magazine* (November 1989) sagt, werden die japanischen Streitkräfte, „auch wenn sie klein sind, über die höchstentwickelten Flugzeuge, Kriegsschiffe, Bodenkampfwaffen und Kommunikationsmittel der Welt verfügen". Diese rapide Aufrüstung hat mit Selbstverteidigung nichts zu tun.

Die japanische herrschende Klasse erwartet wie ihre Pendants im Westen, daß die Sowjetunion durch inneren Aufruhr zerrüttet und auseinanderbrechen wird. Dies würde den Weg freimachen für die Zurückeroberung der Kurilen (Inselgruppe im Norden), die von den Russen am Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt wurden. Die Nachfahren der Zaibatsu träumen auch davon, die unermeßlichen Bodenschätze Sibiriens zu übernehmen. Zur gleichen Zeit verschärft sich der Wirtschaftskonflikt mit den USA. Takehiko Kamo, ein Professor an der Universität in Tokio, sagt: „Die tiefgreifenden Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen könnten ein Vakuum schaffen, das Japan dazu verführen könnte, ein militärischer wie auch wirtschaftlicher Riese zu werden" *(Boston Globe,* 20. Februar). Viel Verführungskunst wäre dazu nicht nötig.

. . . gegen ein Viertes Reich

Jahrelang sind die wirtschaftlichen Spannungen zwischen den USA und Japan das schärfste und sichtbarste Zeichen für den Konkurrenzkampf zwischen den Imperialisten gewesen. Am europäischen Horizont taucht jetzt jedoch bedrohlich eine weitere kapitalistische Supermacht auf—ein deutsches Viertes Reich. Zwar hat Washington der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands zugestimmt, die britische und die französische herrschende Klasse haben es aber verständlicherweise mit der Angst zu tun bekommen. Der Drang zu einem Vierten Reich bringt bereits die Finanzwelt durcheinander. Um einen massiven Abfluß von Yen und Dollar nach Frankfurt zu verhindern, mußten Tokio und New York bereits ihre Zinssätze in die Höhe treiben. Dies trug zur Beschleunigung des Börsenkrachs von Tokio bei, vergrößerte das Haushaltsdefizit der USA und trieb die Rate der Firmenpleiten in die Höhe.

Unabhängig von ihren Interessenskonflikten glauben die Herren von Wall Street, Tokio und Frankfurt, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die kapitalistische Restauration in Osteuropa schon bald eine vollendete Tatsache sind, die jetzt durch nichts mehr auf-

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswaid 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD, Postamt 1
Postlagernd
Halle 4010

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt, Postlag.
Frankfurt/Oder 1200

NEUER SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet Di. und Do. 18.00 -21.00 Uhr
Sonnabend 11.00 - 14.00 Uhr
Grünauer Straße 5, 1. Stock
Berlin 1190, S-Bahn Schöneweide

gehalten werden kann. Gewiß ist Gorbatschow bereit, Osteuropa aufzugeben, während die stalinistischen Bürokratien vor Ort einfach zusammengebrochen sind. Und nach Jahrzehnten von stalinistischer Unterdrückung und Mißwirtschaft im Namen des Kommunismus haben die Massen eine Menge von Illusionen in Parlamentarismus und Marktwirtschaft westlichen Stils.

Doch die Arbeiterklasse in Osteuropa und in der Sowjetunion wird gegen die konkreten Maßnahmen der kapitalistischen Restauration Widerstand leisten. In Polen kämpfen Arbeiter gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen „Schockbehandlung", die von den Weltbanken diktiert wurde und an lateinamerikanische Juntas erinnert. In der DDR gibt es Massenproteste der Arbeiter gegen den Plan der Frankfurter Banken, ihre Löhne und Ersparnisse durch eine Währungsunion drastisch zu kürzen. Und in der Sowjetunion hat das Gorbatschow-Regime zum wiederholten Mal aus Angst vor Massenunruhen Preiserhöhungen bei Konsumgütern verschoben.

Die Vorstellung, daß die Restauration des Kapitalismus im Sowjetblock zu Demokratie, wirtschaflichem Wohlstand und friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen führen werde, ist eine schreckliche Illusion. Das Durcheinander auf den internationalen Finanzmärkten und die verstärkten Konflikte zwischen den Imperialisten deuten auf die tatsächliche Auswirkung einer Konterrevolution in Osteuropa hin. Der Handelskrieg zwischen den USA und Japan sowie der Krieg um Zinssätze zwischen Frankfurt, New York und Tokio kündigen einen neuen imperialistischen Weltkrieg um die Aufteilung von Märkten und Ausbeutungsgebieten an.

Aufgerüttelt durch das imperialistische Gemetzel des Ersten Weltkriegs haben sich Millionen von Arbeitern in Rußland, Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern für den Kommunismus entschieden. Der Bankrott der stalinistischen Perversion von Kommunismus ist bewiesen worden, doch überleben kann der Kapitalismus nur durch drastische Angriffe auf den Lebensunterhalt der Arbeiterklasse. Polnische und ostdeutsche Arbeiter fangen an, diese bittere Wahrheit zu erfahren, unter der bolivianische Bergarbeiter und mexikanische Stahlarbeiter wie auch amerikanische Fleischpacker oder Busfahrer jahrelang gelitten haben.

Heute ist der Kampf gegen einen Kapitalismus, der Atomwaffen hat, ein Kampf um das Überleben der Zivilisation, mehr als je zuvor.

Nach Workers Vanguard *Nr. 500, 20. April*

Südkorea...

Fortsetzung von Seite 9

Zur Zeit finden die alljährlichen Frühjahrs-Tarifverhandlungen statt. Die nervöse südkoreanische Bourgeoisie fiel deshalb über die streikenden Arbeiter von Hyundai her und setzte schon nach drei Tagen ihre Truppen ein. Die Regierung hat ihren ungeheuerlichen Angriff auf die Arbeiter mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht, daß „das Überleben der nationalen Wirtschaft auf dem Spiel steht". *(Japan Times, 29.* April) Allerdings könnte dieser unverhüllte Angriff auf das Existenzrecht von Gewerkschaften eine breite Arbeiterrebellion gegen das Regime hervorrufen. Am 1. Mai haben Gewerkschaften wegen der Angriffe auf die streikenden Arbeiter von Hyundai und einem weiteren Polizeiüberfall auf Streikende bei Korea Broadcasting System, wo 333 Arbeiter verhaftet worden sind, zu landesweiten Proteststreiks aufgerufen.

Der US-Imperialismus hat 43 000 Soldaten nahe dem 38. Breitengrad zusammengezogen, wo sie seit dem Koreakrieg stehen, was eine permanente Bedrohung des deformierten Arbeiterstaats in Nordkorea bedeutet. Der räuberische Imperialismus der USA und Japans versucht im Fernen Osten, Korea durch eine blutige Konterrevolution im Norden und die vollständige Auslöschung von eigenständigen Gewerkschaften im Süden wiederzuvereinigen. Dazu beigetragen haben die fanatisch antikommunistischen und protektionistischen Gewerkschaftsbürokraten in den USA, von der Unterstützung für die Gewerkschaften der Bosse unter der Kontrolle der CIA (durch das Asian-American Free Labor Institute) bis zur Unterstützung der US-Besatzungsarmee. 1979 verübte die Militärdiktatur ein blutiges Massaker in Kwangju, unter Mitwissenschaft der US-Armee. Die Arbeiter in den USA müssen fordern: Sofortiger Rückzug aller US-Truppen von der koreanischen Halbinsel! Die japanischen Arbeiter müssen dem Beispiel der Hyundai-Arbeiter folgen und die Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften in Südkorea fordern, besonders in den japanischen „Freihandelszonen", und diesen Forderungen mit Streikaktionen Nachdruck verleihen.

Eine wachsende Streikwelle in Südkorea kann die Pläne des Imperialismus durchkreuzen, der den „Kommunismus zurückrollen" will bis zu den Grenzen der Sowjetunion als Vorbereitung einer Schlußoffensive auf die Oktoberrevolution von 1917. Und revolutionäre Kämpfe des mächtigen südkoreanischen Proletariats würden Klassenkämpfe in ganz Ostasien entfachen und könnten der Funke sein für politische Revolutionen, die sowohl das verknöcherte Kim-Regime im Norden wegfegen als auch die chinesischen Arbeiter gegen die blutigen Schlächter in Beijing mobilisieren würden.

Der Schlüssel zu erfolgreichen Klassenkämpfen in Korea liegt im Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei, die für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas durch eine sozialistische Revolution im Süden, verbunden mit einer proletarisch-politischen Revolution im Norden, kämpft. Für internationale Solidarität mit den Arbeiterkämpfen in Korea!

Nach Workers Vanguard *Nr. 501, 4. Mai*

Schulungsreihe:
Trotzkismus und der Kampf für Arbeitermacht

Nächste Schulung: Donnerstag 24. Mai, 18.30 Uhr
Für Massenmobilisierung der Werktätigen,
um faschistischen Terror zu zerschlagen

im SPARTAKIST-Treffpunkt
Weitere Schulungen folgen

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Briefwechsel

Vereinigte Linke - Kapitulation vor Kapitalnation

Im folgenden drucken wir einen Brief der Gruppe der Vereinigten Linken in Arnstadt und unsere Erwiderung ab.

Arnstadt, den 15. 3. 90

Werte Spartakisten!

Mit Beschämung sahen wir gestern die Wahlsendung im TV, in welcher Euer Spitzenkandidat vorgestellt wurde. Dazu gleich eine Frage: Warum beansprucht ihr für Euch, als Einzige, gegen kap. Wiedervereinigung zu kämpfen? Zweite Frage: Schätzt Ihr Eure Behauptung, daß die Arbeiter hinter Euch stünden, wirklich als die Realität ein?

Wie Ihr sicher wißt, waren wir auch mal eine Spartakist-Gruppe. Weil Eure Ideologie aber absolut utopisch, irreal und teilweise auch militaristisch ist, lösten wir uns auf, und traten geschlossen zur VL über. Wenn Ihr nun steif und fest behauptet, den „Roten Stein der Weisen" gefunden zu haben, so können wir nur müde darüber lächeln. Eure führenden Köpfe u. Agitatoren sind leider nicht aus der DDR, sonst würden sie anders über die derzeitig herrschende Situation denken. Dadurch, daß Ihr mit anderen linken Organisationen kein Bündnis eingehen wollt, ja diese sogar in Eurer Presse bekämpft, isoliert Ihr Euch selbst. Ihr werdet den Weg aller linken politischen Sekten gehen, ihr werdet erst von der Bourgeoisie gespalten, und danach zerschlagen. Wir wissen, wir reden hier gegen taube Ohren, aber das mußten wir loswerden.

Mit revolutionärem Gruß!
Ole Schlöffe!, Sprecher, im Namen
der VL-Basisgruppe Arnstadt

Berlin, den 13. Mai 1990

Liebe Genossen!

Vielen Dank für Euren Brief. Entschuldigt bitte, daß wir erst so spät auf Eure Fragen antworten.

Um gleich zum Thema zu kommen, Ihr wart also beschämt, als Ihr unseren Spitzenkandidaten, also mich, im Fernsehen gesehen habt. Und Eure erste Frage war: „Warum beansprucht Ihr für Euch, als einzige, gegen kapitalistische Wiedervereinigung zu kämpfen?" Nun, so leid es mir tut, wir waren im Wahlkampf die einzigen, die laut, deutlich und ohne doppelten Boden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung aufgetreten sind. Auch aus Eurem beigefügten Material war keine klare Aussage zu erkennen. Die VL ist eher als der linke Flügel derjenigen aufgetreten, die für kapitalistische Wiedervereinigung eingetreten sind — was nicht nur Kohls „Allianz für Deutschland" und die SPD eingeschlossen hat, sondern auch die PDS. Die bankrotten stalinistischen Bürokraten wollten nur ein langsameres Tempo und für den Ausverkauf einen höheren Preis aushandeln, was auch die Politik der Vereinigten Linken war.

Deshalb hat ja auch Jutta Braband als Vorstandsmitglied der VL auf die Frage nach ihrer Haltung zur Wiedervereinigung geantwortet: „Gut, wenn sie im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird." *BZA* (1. März 1990) Genau wie die PDS hat die VL erst von der „Verteidigung der Souveränität der DDR" geredet und war gegen die „schnelle Wiedervereinigung" („Was will die Vereinigte Linke"), aber dann hat Eure Wahlplattform Modrows Forderung für eine „Vertragsgemeinschaft" und eine „Konföderation" wiederholt. So hat die VL in Rostock so ähnlich wie die PDS auf einer Reihe von Flugblättern Forderungen aufgestellt wie: „keine wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands auf Kosten sozialer und kultureller Belange, weil sonst Konsumdenken und Ellenbogenverhalten erzeugt wird". Auch kann ich bei den Losungen „1:1 plus" und „Währungsverbund" keinen grundlegenden Unterschied zu den Losungen von CDU, SPD und PDS entdecken.

Um es auf den Punkt zu bringen, die Spartakist-Arbeiterpartei sagte „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, ohne Wenn und Aber". Die Vereinigte Linke sagte aber „Ja" zur kapitalistischen Wiedervereinigung, unter Hinzufügen einiger Wenns und Abers. Es war unser prinzipienfester Standpunkt, den Ihr „beschämend" und „absolut utopisch" findet. Ja, unser Standpunkt war nicht populär, aber man muß lernen, gegen den Strom zu schwimmen, das hat uns Lenin beigebracht. Den Massen die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie bitter ist, das ist ein Merkmal des Trotzkismus. Die Vereinigte Linke ist stattdessen als eine Gruppe aufgetreten, die nur Druck ausüben wollte, um eine akzeptable Lösung durchzudrücken, um den unpopulären Schritt der offenen Opposition gegen die kapitalistische Wiedervereinigung zu vermeiden. Aber wir fragen Euch, hat all das Hin und Her der VL, das „Ja, aber" und das „Jein" in dieser Schlüsselfrage Euch auch nur irgendwas eingebracht? Ihr braucht nur die Wahlergebnisse anzuschauen und Eure eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Unser Aufruf zur Demonstration vor der Volkskammer am 6. März unter der Losung „Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" wurde auch von der VL abgelehnt. Die Frage ist also, wer wen isoliert. Die VL hat aber eine Demonstration „Gegen Massenruin und Massenarbeitslosigkeit!" organisiert. Also etwas Ruin and ein paar Arbeitslose dürfen es schon sein, deshalb tritt die VL ja auch für eine „Vertragsgemeinschaft" ein. Und hier vermeidet sie schon wieder beharrlich, einen eindeutigen Standpunkt auf der Klassenbasis einzunehmen, und stattdessen redet sie sich heraus. Aber als Arbeiter, der bisher nicht von einem Kapitalisten ausgebeutet worden ist, will ich nun mal mit einem solchen keinen Ausbeutungsvertrag eingehen, egal in welcher Form. Und der Arbeiter im Westen will ja auch keine Ehe mit seinem Ausbeuter.

Über die „Vertragsgemeinschaft" hinaus tritt die VL für eine „Deutsche Volksrepublik" ein, das kann sich schon mit „Deutschland einig Vaterland" messen. Aber mit dieser Linie habt Ihr ja auch keinen übermäßigen Erfolg in den Wahlen gehabt. Die Losung „Keine Kapitulation/Kapitalnation!" hat mir ansonsten gut gefallen, wir

haben sie am 6. März benutzt, aber wie steht Ihr denn wirklich dazu? So ist das eben mit den pseudorevolutionären Organisationen, hin und wieder mal eine radikale Losung, und wenn es darauf ankommt, steht nichts dahinter. Oder hat Thomas Klein in der Volkskammer gegen die Streichung des Wortes Sozialismus aus der Verfassung gestimmt? Und wer hat am Runden Tisch den bürgerlichen Verfassungsentwurf angenommen?

Ihr sagt, unsere „Ideologie" wäre „absolut utopisch, irreal und teilweise auch militaristisch". Wir können uns ja darüber streiten, ob es realistisch ist, daß die NATO freiwillig sich selbst auflöst, und ob man den Welthunger unter kapitalistischen Bedingungen bekämpfen kann. Die Losung „Entmilitarisierung jetzt!", drückt ja die unglaubliche *Utopie* aus, daß sich die Imperialisten entwaffnen lassen wollen. Das steht nämlich wirklich hinter dieser Losung, der Versuch des Imperialismus, die Arbeiter zu entwaffnen. Entmilitarisierung, Entwaffnung, Auflösung bzw. Umwandlung der NVA. Russen raus. Verlangt Ihr den Abzug der Roten Armee aus der DDR, so wie Ihr ihn z. B. aus Litauen fordert? Das sind auch die Hauptforderungen des Imperialismus. Wie wollt Ihr denn die Errungenschaften der DDR und der Sowjetunion verteidigen? Wollt Ihr Euch aus Eurem Vertrag ein Papierhütchen basteln und damit gegen die NATO-Armeen kämpfen? Aber wahrscheinlich wollt Ihr die Errungenschaften gar nicht verteidigen, sondern es zulassen, daß der Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland rückgängig gemacht wird.

„Wer nicht in der Lage ist, das Erreichte zu verteidigen, wird niemals in der Lage sein, Neues zu erkämpfen", sagte Trotzki. Und eine Verteidigung einer „souveränen DDR", wie Ihr sie fordert, ist eine „Vertragsgemeinschaft" mit Kohl oder Lafontaine ja wohl nicht. Wir wollen die Regierung nicht „von unten kontrollieren", wie das Thomas Klein jetzt vielleicht in der Volkskammer macht, sondern wir wollen, daß die Macht im Lande von denjenigen ausgeübt wird, die auch den Reichtum schaffen. Und das sind die Werktätigen, die Arbeiter. Und um die Macht zu übernehmen, muß man realistisch vorgehen. Aber Ihr wollt Euch ja totstellen.

Forgesetzt auf Seile 14

Spartakist-Erklärung an VL-Gründungskonferenz

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus der Rede, die unser Sprecher bei der Gründungskonferenz der Vereinigten Linken, die am 26. November 1989 stattfand, gehalten hat.

Genossinnen und Genossen!
Zuerst möchten wir uns für die Einladung und die Möglichkeit bedanken, daß wir an Euch ein paar Bemerkungen richten können.

Die Krise der stalinistischen Herrschaft hat nun auch zum Umbruch in der DDR geführt. Die dringende Frage einer Alternative ist auf der Tagesordnung. Tut eine Revolution den ersten Schritt, so kann sie nicht auf der Stelle treten. Dies ist eine sehr gefährliche Situation. Hier in der DDR, an der Klassenlinie zwischen Ost und West, stellt sich die Alternative in größter Schärfe: einerseits Revanchismus und kapitalistische Restauration, andererseits politische proletarische Revolution.

Genossen, wir fühlen uns auf dieser Versammlung leider ein bißchen als Fremdkörper. Eine sogenannte Reformbewegung hat ganz Osteuropa erfaßt. Wir haben festgestellt, daß sie auf der Schicht der Intelligenz basiert. Das sind die Söhne und Töchter der ehemaligen Bürokraten, die ihrerseits aus den Fabriken und Bauernhöfen heraus die Bürokraten-Leiter hochgeklettert waren. Aber diese Schicht kann keine effektive sozialistische Opposition schaffen. Dafür ist es notwendig, wie Lenin und die Bolschewik! es taten, den Weg zur Arbeiterklasse zu finden und sich *ihre* Bedürfnisse und Bestrebungen zueigen zu machen. Wie dringend das ist, haben wir in unserem Flugblatt mit dem Titel „Arbeiterräte an die Macht" unterstrichen, das Ihr hier hoffentlich bekommen habt.

Die internationale Arbeiterklasse, nicht zuletzt die Arbeiter in Westdeutschland, verfolgen genauestens die dramatischen Ereignisse in der DDR. 1968 gaben die Ereignisse in der CSSR den Anstoß zu einer vorrevolutionären Situation in Frankreich. So könnte heute eine politische Revolution in Ostdeutschland der Zündfunke sein für die westdeutsche Arbeiterklasse, mit ihren Kapitalisten aufzuräumen. 1968 war das Problem nicht, daß die Arbeiter im Westen ach so zufrieden und bestochen waren und keinen Kampfwillen hatten, sondern was gefehlt hat, war eine revolutionäre Partei. Proletarische Revolution in Westeuropa — und das heißt auch in Westdeutschland — ist nicht nur möglich, sondern dringend notwendig. Und dies bedeutet die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Heute nennen sich alle AntiStalinisten. Stalin hat die Kontrolle über die Kommunistische Internationale an sich gerissen und sie wie die Mafia geführt. Die Trotzkistische Liga Deutschlands [Vorläuferorganisation der SpAD], Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für eine neue kommunistische Partei, für den Kommunismus von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, eine Partei mit leninistischen Normen der Parteidemokratie, mit dem leninistischen Programm für Wcltrevolution, entwickelt von Trotzki im Kampf gegen Stalins nationalistisches Dogma vom „Sozialismus in einem Land" — und preußischer Nationalismus ist auch nicht besser.

In der DDR ist die Sozialdemokratie die Hauptgefahr für die Arbeiter, sie ist das direkte, verfügbare und passende Instrument, um den Kapitalismus einzuführen. Was sich hinter den schönklingenden Demokratie-Floskeln der SPD versteckt, ist das schmutzige Geschäft der Krupps und der Deutschen Bank. Die Kapitalisten halten ihre faschistischen Sturmtruppen bis jetzt in Reserve. Die Faschisten müssen von der Arbeiterklasse zerschlagen werden — im Westen, und nun auch im Osten.

Die kapitalistische Restauration würde allerdings nicht einfach oder automatisch vor sich gehen. Sicher ist, daß es dann zu großen sozialen Kämpfen kommen würde. Die Arbeiter hier haben die kapitalistische Armut und Ausbeutung nicht am eigenen Leib erfahren ... Und deshalb möchten wir an 1953 erinnern. Die ostdeutschen Arbeiter erhoben sich als erste gegen die stalinistische bürokratische Herrschaft. Damals riefen sie: Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!

Vereinigte Linke...

Fortsetzung von Seite 13

Wir, und jeder ernsthafte Revolutionär tut das, richten uns nach Trotzkis Übergangsprogramm, das er für die Arbeiter in allen Landern der Welt geschrieben hat. Nach welchem Programm richtet Ihr Euch denn? Wenn Ihr sagt, unsere „führenden Köpfe und Agitatoren sind leider nicht aus der DDR", dann riecht das leider nach DDR-Nationalismus. Die Errungenschaften in der DDR gehören dem Schweißer in Leuna genauso wie dem U-Bahn-Monteur in New York, und wenn der angetreten ist, um die DDR zu verteidigen, dann habt Ihr ihn beleidigt.

Zu Eurem Vorwurf, wir würden andere linke Organisationen bekämpfen. Falls Ihr unsere Wahlbroschüre gelesen habt, werdet Ihr ja wissen, daß wir dazu aufgerufen haben, da, wo wir nicht kandidieren, diejenigen Organisationen oder Kandidaten zu wählen, die öffentlich erklären, daß sie gegen kapitalistische Wiedervereinigung sind. Wir haben diesen Vorschlag mehrmals wiederholt, und ich habe ihn im Fernsehen der DDR zwei Tage vor den Wahlen in einem Wahlspot nochmal vorgebracht.

Als die Kandidatur der KPD in Halle von der Wahlkommission aus bürokratischen Gründen abgelehnt worden war, haben wir der KPD angeboten, daß wir dazu aufrufen, sie in Frankfurt/Oder zu wählen (wo wir nicht kandidierten), und sie dazu aufrufen, uns in Halle zu wählen. Natürlich nur unter der Bedingung, daß sie in Frankfurt/Oder öffentlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auftreten. Dieses Angebot wurde von der Führung der KPD abgelehnt. Der KPD-Spitzenkandidat von Halle dagegen hat dazu aufgerufen, uns in Halle zu wählen.

Wir haben die Frage des Widerstands gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auch der Vereinigten Linken vorgelegt, noch am selben Tag, an dem die SpAD gegründet wurde. Und was war die Antwort von der VL? Thomas Klein hat uns ein „Bündnis" in Aussicht gestellt, *aber nur, wenn wir uns von der Demonstration gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow distanzieren.* Das konnten wir natürlich nicht tun. Im Gegenteil, wir sind stolz auf die Rolle, die wir bei der Initiierung dieser massiven Einheitsfrontaktion gespielt haben, die der Bourgeoisie (und auch den Führern der PDS) einen gehörigen Schrecken eingejagt hat, weil sie die wirkliche Alternative zur Kapitulation vor der Bourgeoisie gezeigt hat — nämlich die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter. Die Vereinigte Linke hat sich sogar dem imperialistischen Chor derer angeschlossen, die mit der *Bild Zeitung* allen voran behauptet haben, daß der ganze Angriff nur ein „Trick der SED" gewesen sei. Das ist nun etwas, dessen Ihr Euch wirklich schämen solltet.

Zur „Bündnis"-Konzeption der VL, wo es keinen Raum für Kritik gibt, muß man sagen, daß dies nicht das bolschewistische Konzept der Einheitsfront ist, sondern seine stalinistische Perversion in eine Volksfront, die in Spanien, Chile und anderswo so schreckliche Ergebnisse gebracht hat. Und heute versucht Gysis PDS, die Volksfront wiederzubeleben — mit VL, Nelken, Grünen und anderen —, aber die wirklichen Farben dieses Regenbogens sind Schwarz-Rot-Gold, weil er auf der Basis beruht, ein Großdeutschland durch eine Konterrevolution zu akzeptieren. Ja, wir „kämpfen" gegen „linke" Programme, wo sie falsch sind, und das ist im Fall der Vereinigten Linken auch bitter notwendig.

Willy Brandt hat gesagt, daß der Zug der Wiedervereinigung den Bahnhof schon verlassen hat (und hat dabei scheinheilig hinzugefügt, wie PDS und VL, daß es notwendig sei, Sorge zu tragen, daß die Schwachen dabei nicht unter die Räder kämen). Wenn Ihr nicht das Schlußlicht des Anschlußexpress sein wollt, solltet Ihr Euch erneut mit dem trotzkistischen Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands auseinandersetzen. Wir kämpfen dafür, den kapitalistischen Zug durch Arbeiterkämpfe zum Entgleisen zu bringen.

Toralf Endruweit
für die Spartakist-Arbeiterpartei

Frankfurt/Main: Polizeiüberfall auf Demo gegen Anschluß

Frankfurt/Main, 12. Mai. Als sich Samstag Mittag fast 20000 Linke zu einer Demonstration gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Motto „Nie wieder Deutschland" (Marlene Dietrich 1945) auf dem Frankfurter Opernplatz versammelten, bekamen die Linken zu spüren, was Großdeutschland für sie in petto hat: Der Platz war umstellt von starken Polizeieinheiten, verstärkt durch Bundesgrenzschutz und Spezialtrupps in Panzerwesten. Auf den Platz kam nur, wer sich durchsuchen ließ, Autos von Demonstranten wurden angehalten.

Die Botschaft der „rot"-grünen Frankfurter Polizei an die vor allem jugendlichen Teilnehmer der Demonstration war deutlich: Einschüchterung und Illegalisierung. Es ist diese Art von Polizeiterror, wonach DSU-Innenminister Diestel giert, wenn er „polizeitypische Bewaffnung" fordert.

Der Demonstrationszug durch das leere Bankenviertel und die Innenstadt nach Geschäftsschluß wurde links und rechts von Polizeiketten eingefaßt, die es nicht an Provokationen fehlen ließen. Bei der Abschlußkundgebung gegen 16 Uhr auf dem Römer entfesselte die Polizei eine Gewaltorgie, wie sie Frankfurt seit 1985 nicht mehr gesehen hat. Die etwa 10000 noch auf dem Römer verbliebenen Demonstranten wurden eingekesselt, hermetisch abgeriegelt, drei Wasserwerfer schössen Fontänen auf die Teilnehmer, prügelnd stürmten Polizeitrupps auf den Platz. Greiftrupps nahmen 18 Teilnehmer fest, es gab zahlreiche Verletzte.

Die Demonstration selbst war geprägt von „links"-nationalistischer *Ohnmacht* gegenüber der imperialistischen Anschluß-Offensive, ihre politische Perspektive beschränkte sich auf die Beschwörung der „Zweistaatlichkeit" und auf pazifistische Appelle. „Für eine BRD ohne Armee" lautete eine Losung, während die antisowjetische MLPD die DDR als "bürokratischen Kapitalismus" bezeichnet und nicht kapiert, daß es hier um Konterrevolution geht, und die daher auch nichts zu verteidigen sieht. Die PDS marschierte unter dem Banner „Kein Staatsstreichvertrag — Streichung des Artikels 23GG", wohl um sich rechtzeitig als „demokratische und keine radikale Partei" (Gysi) anzubiedern. Was gut zu den Grünen paßt, die fleißig dabei sind, durch Volksabstimmung über die Verfassung der Konterrevolution eine „demokratische" Legitimation zu verschaffen.

Die Mehrheit der Demonstranten bestand aus Autonomen. Abwesend waren die mächtigen Gewerkschaften und eine proletarische Perspektive: Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Errungenschaften wird die Entstehung eines Vierten Reichs verhindern können. Heute gilt es, in die partiellen, defensiven Kämpfe der ostdeutschen Arbeiter mit der Perspektive zu intervenieren, dem Prozeß der kapitalistischen Wiedervereinigung Widerstand zu leisten und ihn umzukehren. Das ist der Weg, um den deutschen Imperialismus bei seinen verhängnisvollen Plänen zu stoppen.«

O que querem os Spartaquistas

O Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (Partido Spartaquista Operário de Alemanha), secção da Liga Comunista Internacional (Quarta-Internacionalistas), continua as tradições marxistas revolucionárias de Lenine, Luxemburg e Liebknecht. Nós lutamos pelo programa comunista e os ideais da revolução bolchevique os quais foram pervertidos e traídos pelo estalinismo durante dezenas de anos.

Desde Outubro 1917 o capitalismo tentou em destroçar as conquistas históricas mundiais da Revolução Russa. A burocracia estalinista resultou e alimentou-se das derrotas proletárias, principalmente da Revolução Alemã. O dogma de Stalin do "socialismo num só país" é uma mentira nacionalista e anti-socialista com objetivo de conciliar o imperialismo. Para conseguir isso, a burocracia sabota as lutas revolucionárias em escala internacional e despoja a classe operária do poder político no próprio país.

Fiel ao programa da Internacional Comunista de primeira fase, o trotskismo significa revolução mundial socialista. Nós apelamos à revolução política proletária, à dominação dos conselhos operários em vez das burocracias estalinistas corruptas e parasitárias, as quais põem os fundamentos socialistas em perigo. Defendam as conquistas históricas da classe operária, as quais foram alcançadas pela queda do capitalismo — defendam a União Soviética contra o imperialismo e a contra-revolução interna!

A enorme pressão económica e política do capitalismo de Ocidente, com a ajuda dos social-democratas — os herdeiros dos assassinos da Rosa Luxemburg e Karl Liebknecht — têm como objetivo uma contra-revolução sangrente na Europa de Oriente. Nós trotskistas somos contra uma reunificação capitalista de Alemanha. Não a uma república do Deutsche Bank! Um poder de conselhos na RDA inspiraria os trabalhadores na Alemanha Ocidental — por uma Alemanha vermelha de conselhos no quadro dos Estados Socialistas Unidos da Europa!

Como internacionalistas proletários apoiamos todas as lutas de libertação anti-imperialistas dos trabalhadores e oprimidos, de El Salvador até a África do Sul. Nós saudamos os defensores heróicos de Jalalabad contra os mercenários homicidas da CIA em Afganistão.

Há que lutar inexoravelmente contra toda a espécie de racismo e chauvinismo. Por frentes unitárias de operários para esmagar os fascistas! Igualdade de direitos para todos os operários imigradas!

Nós intervimos em favor do planejamento económico socialisado sem parasitismo, arbitrariedade e autarquia nacional da burocracia estalinista. Através de democracia de conselhos precisa-se fixar o curso fundamental da economia e da sociedade. Comités da fábrica precisam de vigiar a produção. Cooperativas de consumidores eleitas democraticamente têm que vigiar a qualidade e os preços de mercadorias.

Hoje a questão propõe-se mais direitamente: qual a classe que deve dominar: a burguesia ou o proletariado? O destino da RDA e de cada conquista social representada por ela esta em jogo. Nós estamos ao lado de todos aqueles que são ou foram até a pouco membros do SED/PDS estalinista mas que querem construir um mundo socialista. Nós estamos ao lado de todos aqueles que juram que os herdeiros de Hitler não devem surgir das ruínas para expropriar o que é o resultado da labuta dos operários.

A chave para isso: forjar um partido leninista-igualitário que reagrupe todas as forças revolucionárias internacionalistas numa secção alemã de uma Quarta Internacional renascida. Unam-se ao Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), formem Spartakist-Gruppen (Grupos Spartaquistas) em cada fábrica e quartel, entre a juventude, as mulheres, os operários extranjeiros, para aprender as liccões das lutas revolucionárias anteriores, para intervenir com uma propaganda revolucionária, para forjar um verdadeiro partido de vanguarda comunista de massas, que conduza os trabalhadores alemães na luta ao poder.

Aprender de Lenine e Trotski significa aprender a vencer!

Direcção de contacto: SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

15 de fevereiro de 1990

SPARTAKIST

Kommt zu den Veranstaltungen im Juni!
Schwarzer amerikanischer Trotzkist für Weltsozialismus



Workers Vanguard

Washington, November 1982: Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen stoppte Faschisten

„Freie Welt" des verrotteten US-Kapitalismus heute

In der ganzen imperialistischen Welt gab es einen scharfen Anstieg von rassistischem und antisemitischem Terror, angefacht von einem Jahrzehnt des antisowjetischen Kriegskurses. Jetzt greift Antisemitismus und mörderischer Nationalismus in Osteuropa schockierend um sich, geschürt von kapitalistischen restaurativen Kräften.

Amerikanische Arbeiter und Minderheiten, die jetzt schon faschistischem Terror und rassistischem Polizeiterror, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Angriffen auf die Rechte der Gewerkschaften ausgesetzt sind, wissen, daß die Kämpfe gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR auch ihre Kämpfe sind. Als Ausdruck ihrer Solidarität mit dem Kampf der werktätigen Bevölkerung in der DDR hat die Labor Black Struggle League for Social Defense in der Region San Francisco Bay Area und Chicago Geld gesammelt, um Don Alexander, eines ihrer Führungsmitglieder, hierher zu schicken, damit er vor Arbeitern und Linken darüber reden kann, daß der Kampf der Arbeiter und Minderheiten in den USA und Deutschland ein gemeinsamer Kampf ist.

Don Alexander wurde während der Kämpfe für die Befreiung der Schwarzen Ende der 60er Jahre politisch aktiv, er wurde in den 70er Jahren für das trotzkistische Programm gewonnen. Alexander ist ein Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., und er war ein Organisator von mehreren von der SL/U.S. initiierten Mobilisierungen von Arbeitern und Schwarzen, die Faschistenaufmärsche in Großstädten der USA verhindert haben.

Berlin
Dienstag, 12. Juni 1990
19.00 Uhr
Humboldt Universität
Hörsaal 2002
Unter den Linden 6
Berlin 1086

Bernburg
Donnerstag, 14. Juni 1990
19.00 Uhr
Jugendklub Zepziger Weg
Zepziger Weg,
Bernburg 4350

Halle
Sonnabend, 16. Juni 1990
17.00 Uhr
Klubhaus der Gewerkschaften
„Hermann Duncker"
Gewerkschaftsaal im Neubau
(4. Stock)
Georg-Schumann-Platz 1, Halle

Eggesin
Sonntag, 17. Juni 1990
10.00 Uhr
Haus der Armee
Eggesin 2112

Rostock
Montag, 18. Juni 1990
Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben

Berlin
Mittwoch, 20. Juni 1990, 19.00 Uhr
Kulturhaus „Ernst Schneller"
Fließstr. 3-7, Berlin 1190

Weitere Informationen bei
SpAD Berlin, Postfach 2002
Berlin 1026, oder
Tel. (030) 4 92 78 66

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 72 5. JUNI 1990 DM 1, / 1 Mark der DDR

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen

Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!



Spartakist



Der Spiegel

Berliner Demos zur Verteidigung der Frauen. Links: Spartakist-Sprecherin am Internationalen Frauentag

„Kinder, Küche, Kirche" — das ist die Perspektive für Frauen in einem Vierten Reich, das die deutsche Bourgeoisie jetzt aufrichten will. Ein Pfeiler im reaktionären Ansturm auf die Rechte der Frau ist auch hier, wie immer, ein Kreuzzug gegen das Recht auf Abtreibung. Der bayerische „Frei"staat reitet an der Spitze einer ungeheuerlichen Hexenjagd gegen alle, die es wagen, sich gegen die reaktionären Abtreibungsparagraphen in der BRD aufzulehnen. Gleichzeitig sind Frauen in der DDR durch eine Übernahme der Paragraphen 218 und 219 bedroht. Abgeschafft würde dadurch das relativ weitgehende Recht auf kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch, das es in der DDR seit 1972 gibt.

Tausende, die das Recht von Frauen auf Abtreibung unterstützen, werden am 16. in Bonn auf die Straße gehen, um die Streichung des § 218 zu fordern. Die Vielzahl der Organisationen im DGB, die diese nationale Mobilisierung

Fortgesetzt auf Seite 4

Hände weg von PDS und FDJ!

Über 60000 Demonstranten versammelten sich am 2. Juni im Berliner Lustgarten, um gegen den Vernichtungsfeldzug der kapitalistischen Volkskammer-Regierung gegen die PDS zu protestieren. Die Spartakist-Arbeiterpartei hatte sofort einen Protestbrief an die Volkskammer-Präsidentin gesendet, der auszugsweise in Neues Deutschland *(2.13. Juni) abgedruckt wurde. Wir nahmen an der Kundgebung mit einem Büchertisch und Plakaten teil, unter anderem mit den Losungen „Hände weg von der PDS.'", „Stoppt die antikommunistische Hexenjagd", „Meckel/Lafontaine: Bluthunde der Deutschen Bank", „Kohl darf nicht Reichskanzler werden! Willy Brandts Enkel auch nicht" und „Für Arbeiterwiderstand gegen Anschluß!". Teilnehmer kauften Hunderte unserer Zeitungen, wir verteilten Tausende Flugblätter zu Don Alexanders Redetour (siehe Seite 16). SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus erhielt bei der Kundgebung Applaus für ihre Rede, die wir hier abdrucken.*

Liebe Freunde und Genossen, wir fordern: Hände weg von PDS und FDJ. Die antikommunistischen Enteignungsmaßnahmen müssen verhindert werden. Die Volkskammer, als Handlanger der Frankfurter Bankiers, beschloß, mit Methoden des Dritten Reichs das Eigentum von FDJ und PDS zu klauen, diese Organisationen zu vernichten, den erschaffenen Reichtum der DDR zu stehlen und niederträchtig die Werktätigen der DDR auszubeuten. Mit Polizeigewalt drang man bei der

Fortgesetzt auf Seite 13

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Mosambikanische Arbeiter in Hoyerswerda: „In jeder Ecke der Stadt Gefahren ausgesetzt"

Im folgenden drucken wir einen Brief ab, der uns von mosambikanischen Arbeitern aus Hoyerswerda geschickt worden ist. Ihr Brief bezieht sich auf unseren Brief an mosambikanische Arbeiter vom 7. Mai, der unsere Solidarität gegen faschistische Angriffe zum Ausdruck bringt. Unser Brief „Für Arbeitermobilisierungen — Verteidigt ausländische Arbeiter! Mosambikaner von Faschisten angegriffen" ist in Spartakist *Nr. 71, 22. Mai veröffentlicht worden.*

Hoyerswerda, 15. Mai 1990

Antwort auf Euren Brief! Am 14.5.90 haben wir Euren Brief erhalten und antworten jetzt.

Was unsere jetzige Situation im einzelnen in unserer Stadt Hoyeswerda im Kreis Cottbus angeht, so sind wir mit verschiedenen Problemen konfrontiert, sowohl in unserer Freizeit als auch im Alltag — einige von uns befinden sich im Krankenhaus.

Nachts werden wir angegriffen, d. h. fremde Personen tauchen nachts auf und zerschlagen Fenster unserer Wohnheime.

Während dieser langen Tage sind wir in jeder Ecke der Stadt Hoyerswerda Gefahren ausgesetzt, oft ist nachts eine Polizeiwache hier. An den Wochenenden haben wir wegen Schlägereien keine Möglichkeiten und keinen Ort, unsere Freizeit gemeinsam mit deutschen Jugendlichen zu verbringen, und sind gezwungen, in unseren Wohnheimen zu bleiben. Was unseren Arbeitsplatz betrifft, so geben unsere Arbeitskollegen fremdenfeindliche Bemerkungen von sich, aber wir müssen Geduld haben, und so fühlen wir uns während unserer Arbeit sehr isoliert, die wir bis heute als sehr unsicher betrachten, weil wir immer noch nicht wissen, was uns die Zukunft in dieser Deutschen Demokratischen Republik bringt.

Wir umarmen Euch — und gute Arbeit. Wir bitten um Eure Antwort so schnell wie möglich!

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;
Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz. Spartakist: Redaktion (030)4914548
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,— / 10 Mark der DDR
Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 72 **5. Juni 1990**

Protest gegen antipolnischen Rassismus von Aldi

Am 26. Mai haben die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung eine Protestkundgebung vor dem Aldi-Supermarkt in der Markthalle in Berlin Kreuzberg durchgeführt. Rund 20 Demonstranten riefen „Aldi — Supermarkt des Vierten Reichs" und trugen Plakate, auf denen gefordert wurde „Weg mit der rassistischen Ausgrenzungspolitik von Aldi!", „Nieder mit antipolnischem Chauvinismus!" und „Nie wieder Auschwitz — Stoppt den Drang zum Vierten Reich!" Einige Tage zuvor hatte die Geschäftsleitung von Aldi an den Eingangstüren des Ladens empörende rassistische Plakate aufgehängt, in denen unter dem Titel „Informationen für unsere polnischen Kunden" angekündigt wird, daß von nun an Polen nur noch begrenzte Mengen einkaufen dürfen. Als Aldi von dem Protest hörte, entfernten sie das deutschsprachige Plakat, um Solidarität von deutschen Kunden zu verhindern, während das polnische Plakat hängen gelassen wurde.

Immer wieder blieben Menschen stehen und solidarisierten sich mit dem Protest, viele von ihnen Immigranten, die selber von der chauvinistischen Welle betroffen sind. Eine jugoslawische Restaurantbesitzerin schloß sich dem Protest an, und der Verkäufer eines Gemüseladens in der Nähe forderte seine Kunden dazu auf, sich dem Protest anzuschließen, und rief: „Hier können alle kaufen, soviel sie wollen, auch die Polen." Zwei polnische Journalisten waren da, ebenso Associated Press, deren Bericht im *Tagesspiegel,* in der *Berliner Morgenpost* und der *Frankfurter Rundschau* erschien.

Aldis neue Version der Ausgrenzungspolitik greift auf die Rassenpolitik des Dritten Reichs zurück. Sie geht Hand in Hand mit eskalierenden Polizeiüberfällen und damit verbundenen Abschiebungen sowie mit rassistischen, deutschnationalen Demonstrationen unter dem Vorwand des polnischen Marktes in Berlin. Diese Diskriminierung nach dem Motto „Nur für Arier" muß aufhören. Als wir die Gewerkschaft HBV über den Protest informierten, sagte uns ein Sprecher, daß auch die HBV gegen diese rassistischen Plakate ist. Die Beschäftigten von Aldi müssen fordern, daß die Plakate entfernt werden. Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien!»

ÖFFENTLICHE DEBATTE ZWISCHEN SpAD UND KOMMUNISTISCHER PLATTFORM DER PDS

Kommunismus und die Aufgaben der Kommunisten heute

Donnerstag, 7. Juni 1990, 19.00 Uhr
im Konsultations- und Informationszentrum der PDS Berlin
Berlin 1020, Oberwasserstraße 12, Zimmer 100

Internationale Protestwoche

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

In Einzelhaft im Staatsgefängnis von Huntingdon, Pennsylvania, erwartet Mumia Abu-Jamal der elektrische Stuhl. Er ist heute ein politischer Gefangener in der Todeszelle, weil er sich dieser rassistischen, kapitalistischen Ordnung widersetzt hat. Ein ehemaliger Sprecher" der Black Panther Party, ein klarer Unterstützer von MOVE und ein Journalist, der „die Stimme der Entrechteten" genannt wird, weil er sich für die Rechte der Unterdrückten engagiert, ist Mumia 21 Jahre lang im Fadenkreuz der rassistischen Mörder-Bullen von Philadelphia gewesen. Weil er ein Kämpfer ist, der immer noch gegen das rassistische System Widerstand leistet, das ihn zu töten versucht, macht der Staat den legalen Lynchstrick fertig für Mumia Abu-Jamal.

Mumias Geschichte spiegelt die Geschichte einer Generation von schwarzen Aktivisten wider, von der Bürgerrechtsbewegung bis zu den Reagan-Jahren. Mit 13 Jahren wurde Mumia das erste Mal in Südphiladelphia, einer weissen rassistischen Bastion des Bürgermeisters Frank Rizzo, geschlagen und verhaftet, weil er gegen eine Kundgebung protestierte, die für den Gouverneur von Alabama, George „Rassentrennung für immer" Wallace, abgehalten wurde. Mit 14 war Mumia Mitbegründer und Informationsminister der Ortsgruppe der Black Panther Party in Philadelphia; wie er sich erinnert, hat diese Erfahrung „meine Feder mit einem unverkennbaren antiautoritären und gegen das Establishment gerichteten Charakter geladen, der bis zu diesem Tag überlebt."

Als allgemein anerkannter Journalist seit 1970 hat Mumia bei landesweiten Radiostationen Sendungen gemacht, Interviews mit Julius Erving, Bob Marley, puertoricanischen Unabhängigkeitskämpfern und anderen, und wurde 1980 zum Vorsitzenden der Ortsgruppe der Association of Black Journalists in Philadelphia gewählt. Mumia ist ein sehr bekannter Unterstützer der Organisation MOVE aus Philadelphia und selbst die Zielscheibe eines mörderischen Rachefeldzugs, den Rizzos Bullen entfesselt haben. 1978 berichtete Mumia über die Kampagne von Rizzo gegen MOVE, und die Belagerung des MOVE-Hauses in Powelton Village durch mehr als 600 schwerbewaffnete Bullen. 1985 gipfelte dieser Feldzug in der grauenhaften Bombardierung von MOVE durch Bürgermeister Wilson Goode, durch die elf Menschen getötet wurden, darunter fünf Kinder.

In Philadelphia besetzte am 5. November 1988 eine Kundgebung von Arbeitern/Schwarzen gegen den Ku Klux Klan triumphierend Independence Mall, den Platz eines angedrohten Marsches von Skinheads/Klan. Die Aufbauarbeit des Partisan Defense Committee bei der Mobilisierung „Stoppt den KKK!" führte zu massenhaftem Widerstand gegen die rassistischen Terroristen, von Gewerkschaftsmitgliedern, Bürgerrechtsaktivisten, Nachbarschaftsgruppen und anderen, und KKK/Skinheads wurden erfolgreich daran gehindert, auch nur den Versuch zu wagen, aufzutauchen. Mumia Abu-Jamal schickte auf Band eine Botschaft an die Kundgebung in seiner Heimatstadt: „Es ist Zeit, daß Leute dem Klan die Kapuzen runterreißen und sich genau ansehen, was drunter steckt", und er beschrieb „die wesentliche Rolle und Funktion des Klans: Rassenhaß zu benutzen, um die vielen Völker zu teilen, aus denen dieses Land besteht, so daß die Wenigen, die herrschende Klasse, die Vielen leichter ausbeuten können." „Die Klandemonstration wird zweifellos von der Bullenschwadron eingekreist, deren einzige Aufgabe es ist, den Klan zu beschützen, falls er auftauchen sollte", fuhr Mumia fort. „Es paßt genau, daß die Bullen, eine Agentur des Staates, den Auftrag haben, einen anderen Agenten, den Klan, zu beschützen. Denn täuscht euch nicht, der KKK dient den Interessen der herrschenden Klasse, die teilen muß, um zu herrschen. .. Denn Rassisten, die weit tödlicher sind, sitzen da in ihren schwarzen Roben und schicken Schwarze, Hispanics und Arme ins Gefängnis, wo der Staat den Sklavenhalter spielt."

Am 9. Dezember 1981 versuchten die Bullen, Mumia Abu-Jamal auf der Straße zu töten, scheiterten aber. Er wurde mit einer blutenden Bauchverletzung ins Krankenhaus eingewiesen, er wurde verhaftet, und gegen ihn wurde die fabrizierte Anklage erhoben, einen Bullen getötet zu haben. Bei seinem Prozeß wurde ihm ein Anwalt seiner Wahl verweigert. Um Geschworene für ein Todesurteil zu kriegen, ließ es das Gericht zu, daß ein Weißer Geschwore-

Fortgesetzt auf Seite 15

Demonstriert in Berlin und Hamburg!

RETTET DAS LEBEN VON MUMIA ABU-JAMAL!

Stoppt die rassistischen „legalen" Lynchmorde!

Weg mit der Todesstrafe!

Dienstag, 3. Juli, 16.00 Uhr

USA-Generalkonsulat, Alsterufer 27-28, Hamburg

USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5, Berlin, DDR

Um die Demonstration zu unterstützen und für Information:

Komitee für soziale Verteidigung, Tel. (040) 323644, (030) 4327866

Paragraphen 218 und 219...

Fortsetzung von Seite l

unterstützen, zeigt, daß es an der Basis viele gibt, die gegen diese reaktionären Gesetze kämpfen wollen. Nur: die Bürokraten sowie die anderen diversen SPD-hörigen Kräfte versuchen mit ihrer hartnäckigen Unterstützung für kapitalistische Wiedervereinigung einen solchen Kampf zu verhindern. Hier geht es nicht um die „Selbstbestimmung der Frau", wie es im Demonstrationsaufruf heißt, sondern um die Mobilisierung der Macht der ganzen Arbeiterklasse in Ost und West gegen kapitalistische Reaktion und den Kurs auf Anschluß.

Den Frauen in der DDR ist es schmerzlich bewußt, daß sie unter den ersten sind, die die Auswirkungen eines kapitalistischen Anschlusses zu spüren bekommen. Mit den fortschreitenden Schließungen von Kindergärten sind vor allem Arbeitsplätze von Frauen bedroht. In der BRD ist der Prozentsatz von berufstätigen Frauen einer der niedrigsten unter den industrialisierten Ländern; in der DDR ist er einer der höchsten. Jetzt fürchten berufstätige Mütter um ihre Existenz. In den letzten Monaten sind Schwangerschaftsabbrüche in der DDR rapide angestiegen. Ärzte wie im Klinikum Berlin-Buch berichten, daß ein Großteil ihrer Patientinnen den Wunsch auf einen Abbruch jetzt mit dem „fehlenden Job oder Zukunftsangst" begründen. Die Angst vor massiven Protesten in Ost und West ließ die CDU-Vorzeigefrauen Bergmann-Pohl und Süßmuth händeringend feststellen, der § 218 könne /um „Knackpunkt" in den Verhandlungen über die Wiedervereinigung werden.

Stoppt die Memminger Hexenjagd!

Die Bedeutung des Anschlusses für die Frauen in der DDR wird gegenwärtig in Bayern gräßlich veranschaulicht. Mit dem Eifer der Inquisition stellte das Oberste Landesgericht in München die 29jährige Magdalene Federlin aus Memmingen ein *drittes* Mal vor Gericht mit der Anklage, gegen den § 218 verstoßen zu haben. Am 26. April wurde ihr Freispruch (von Ende 1988) wieder aufgehoben und der Fall an das Memminger Landesgericht zurücküberwiesen. Das Gericht entschied, daß trotz „sozialer Notlage" (von ihrem Mann allein gelassen, betrieb sie ohne Hilfe einen kleinen Laden) die Adoptionsmöglichkeiten nicht ausreichend untersucht worden wären.

Seit Magdalene Federlin 1987 verurteilt wurde, hat sie mutig nicht nur gegen ihr Urteil gekämpft, sondern gegen die ganze Hexenjagd und die reaktionären Abtreibungsparagraphen überhaupt. Gemeinsam mit dem Frauenarzt Dr. Horst Theissen, der seit Jahren wegen seiner Verteidigung des Rechts auf Abtreibung verfolgt wird, ist sie in ganz Westdeutschland in den Medien und bei Veranstaltungen aufgetreten.

Der Richter in diesem Prozeß, Ermin Brießmann, ist Vorsitzender des „Landeskomitees der Katholiken in Bayern", das wütende öffentliche Erklärungen abgegeben hat, um die Verfolgung von Dr. Theissen und seinen Patientinnen zu rechtfertigen. Im kapitalistischen Westdeutschland bleibt die elementare bürgerlich-demokratische Trennung von Kirche und Staat eine unerfüllte Aufgabe. Die richterlichen „Lebensschützer" sind finster entschlossen, diesen Mut und Widerstand zu brechen. Jetzt soll Magdalene Federlin ein *viertes* Mal vor Gericht geschleppt und intimste Details sollen nochmals öffentlich ausgeschnüffelt werden. Im Gegensatz zu früheren Entscheidungen spricht das Münchner Urteil dem Gericht selbst das Recht zu, über die „Notlage" einer Frau zu entscheiden — über die Frau hinweg, über die medizinische Entscheidung ihres Arztes hinweg, in diesem Fall *sechs Jahre* danach! Die organisierte Arbeiterbewegung muß die Verteidigung von Magdalene Federlin zu ihrer eigenen Sache machen!

Der kapitalistische Staat beansprucht für sich das „Recht", sich in eine der privatesten Entscheidungen einzumischen, die eine Frau zu machen hat: ob sie ein Kind haben will oder nicht. Der Nachfolgestaat des Dritten Reichs besteht wie Hitler darauf, Frauen seien nur Brutsäue, die die Kinder des Vierten Reichs auf die Welt zu bringen haben. Wie wir damals schrieben, als der Prozeß gegen Dr. Theissen eröffnet wurde: „Diese Kinder-Küche-Kirche-Hysterie ist Teil eines allseitigen Angriffs, der die Bevölkerung in einem nationalistischen Rausch aufgeilen soll" *(Spartakist* Nr. 58, September/Oktober 1988).

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

Heute scheint es den deutschen Revanchisten, daß ihre nassen Träume in der DDR wahr werden, während sie ihren Drang nach Osten vorbereiten, zuerst über die Elbe, und dann über die Oder-Neiße. Die Arbeiterbewegung in Ost und West muß zur Verteidigung der Rechte der Frauen mobilisieren, zur Verteidigung der Homosexuellen, die von einer Ausweitung des reaktionären § 175 bedroht sind, und zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR gegen die drohende kapitalistische Wiedervereinigung-

Am 22. April gingen in Ostberlin mehr als 2000 Leute zu einer Protestdemonstration gegen den § 218 auf die Straße. Wie die Sprecherin für die Spartakist-Arbeiterpartei unter dem Beifall der Demonstranten feststellte:

> „Der Vorstoß für das Vierte Reich hat in der BRD lange zuvor begonnen mit der hysterischen Hexenjagd in Memmingen. So geht es nicht nur um den § 218, sondern auch um 219, mit dem die behandelnden Ärzte verfolgt werden. Die deutsche Bourgeoisie verfolgt eine Kampagne „Ausländer raus, Deutsche rein und deutsche Frauen sollen gebären", dies soll nun in die DDR ausgedehnt werden. Wir aber sagen: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Sofortige Abschaffung der Paragraphen 218 und 219!"«

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
Dienstag und Donnerstag
von 18.00 bis 21.00 Uhr
außer 12.6., dafür Montag, 11.6. geöffnet
Sonnabend von 11.00 bis 14.00 Uhr
Mittwoch, 6.6., 18.30 Uhr - Schulung:
Trotzki und die Russische Revolution
Grünauer Straße 5, 1. Stock
Berlin 1190, S-Bahnhof Schöneweide

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD, Postamt 1
Postlagernd
Halle 4010

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt, Postlag.
Frankfurt/Oder 1200

Polnischer Eisenbahnerstreik:

Kampfansage an Solidarnosc „Schockbehandlung"

Die polnischen Eisenbahner haben ihren Streik in der Nacht zum 29. Mai für zwei Wochen ausgesetzt, weitere Verhandlungen sollen geführt werden. Doch damit ist keine der Fragen gelöst, die Regierung steht den Forderungen der Streikenden weiterhin in einer harten Ablehnungsfront gegenüber.

In Solidarität mit den Streikenden demonstrierte die Ligue Trotskyste de France am 29. Mai vor dem Büro der polnischen Fluglinie LOT, während eines Besuchs des polnischen Premierministers Mazowiecki in Paris. Unsere französischen Genossen trugen Plakate mit den Losungen „IMF blutet die Arbeiterklasse von Polen bis Südafrika aus", und „Die Arbeiter müssen gegen die kapitalistische Restauration in Polen, in der DDR und der UdSSR kämpfen!". Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei fuhren während des Streiks nach Szczecin, um mit den Arbeitern zu sprechen, und in der darauffolgenden Woche verteilten wir den „Brief an die polnischen Arbeiter", in polnischer Sprache (abgedruckt auf Seite 6). Beim OPZZ-Gewerkschaftskongreß in Warschau am letzten Wochenende verteilten wir über 1500 „Briefe", die uns von den Delegierten geradezu aus der Hand gerissen und beim Kongreß selbst ausgelegt wurden.

Nachfolgend drucken wir einen Bericht über den Eisenbahnerstreik in Szczecin, der in Workers Vanguard *Nr. 503 vom 1. Juni veröffentlicht wurde.*

SZCZECIN, Polen, 26. .Mai — Dies ist der größte und belebteste Hafen Polens. Aber nicht in den letzten drei Tagen. Die gewöhnlich von Menschen wimmelnden Bahnhöfe, die für den Zentralhafen von Szczecin Güter von und nach Nordwestpolen bringen, sind völlig dichtgemacht: ein wilder Eisenbahnerstreik, mit der etwa 200 km von hier entfernten Stadt Slupsk als Zentrum, geht in seine zweite Woche. Jetzt ist auch Gdynia, der zweitgrößte Hafen, zu.

Dies ist die erste ernsthafte Antwort der Arbeiterklasse auf die brutale kapitalistische Austeritätspolitik der Mazowiecki-Regierung, die die Reallöhne um 40 Prozent gesenkt und zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten Massenarbeitslosigkeit in Polen hervorgerufen hat. Die bisher größte Kampfansage an die „Schockbehandlung" der von Solidarnos"C geführten Regierung elektrisiert das Land. Und den Widerhall wird man spüren von den Erdölfeldern bei Tjumen und den Kohlebergwerken des Kusbass in Sibirien bis hin zu den Fabriken in der DDR, sowie im kapitalistischen Westen.

Die Streikkomitees der Eisenbahner sind sowohl von Solidarnos'c als auch von dem früher offiziellen stalinistischen Gewerkschaftsverband OPZZ unabhängig. In den letzten paar Tagen hat sich der OPZZ jedoch für die Unterstützung des Streiks ausgesprochen. Inzwischen hat Walesa im Radio den Streik verurteilt und „demagogische Kräfte" beschuldigt, das Land in den „Bürgerkrieg" zu führen. Verhandlungen scheiterten heute wieder, als Arbeitsminister Jacek Kuron, einstiger Liebling der westlichen Linken, seine harte Linie gegen jegliche Lohnerhöhung verfolgte. Die Streikenden bei der Bahn stürmten wutentbrannt aus dem Treffen mit Kuron hinaus.

Der Hauptbahnhof in Szczecin, der Güterbahnhof, der Hafenbahnhof und die zwei anderen Bahnhöfe in der Stadt sind alle in der Hand von Arbeitern, die sie besetzt halten. Vor den Eingängen gibt es Schilder mit der Aufschrift „Besetzungsstreik", und Streikposten stehen Wache gegen mögliche Provokationen. Der Hauptbahnhof ist in ein Streikhauptquartier für die Stadt verwandelt worden. Alle Türen sind mit Nägeln und Draht fest verschlossen und von innen mit aufeinandergestapelten Bänken verbarrikadiert.

Außerhalb des Bahnhofs gibt es Mannschaftswagen der Polizei sowie Armeelastwagen. Die Lastwagen werden dazu benutzt, zivile Fahrgäste zu transportieren, in einem kläglich scheiternden Versuch, den Streik zu umgehen und zu brechen. Doch die starke Militärpräsenz um den Bahnhof herum dient als eine drohende Warnung der Regierung, daß sie gegen den Streik mit einer groß angelegten Militäraktion vorgehen könnte.

Als ein Team von *Workers-Vanguard-* und *Spartakist-Korrespondenten* sich an diesem Morgen dem Hauptbahnhof näherte, sahen sie sich einer Horde von etwa 100 Streikgegnern gegenüber, mit Bannern wie: „Reden wir mit den Eisenbahnarbeitern! Wir unterstützen Mazowiecki!" Dies war der zweite Tag dieser streikfeindlichen Mobilisierungen. Hinter den Barrikaden aus Bänken, am einzigen verbleibenden Eingang zum Bahnhof, stand eine feste Kampffront von 50 Streikenden mit roten und weißen Armbinden und wehrte den schreienden Pöbel geduldig, aber bestimmt, ab.

Die Streikbrecher behaupteten, „empörte individuelle Bürger" zu sein, und die Regierung in Warschau und die westliche imperialistische Presse haben geschrien, daß die Streikenden bei der Bevölkerung isoliert seien. Doch wie es ein Streikender sehr klar ausdrückte, sind diese „spontanen" Demonstrationen gegen den Streik „organisiert von Solidarnosc". Es wird immer deutlicher, daß es gerade die von Solidarnosc geführte prokapitalistische Regierung ist, die bei der Bevölkerung isoliert-ist.

Solidarnosc scheint bei den Streikenden allgemein verschmäht zu werden, sie reichen Karikaturen von Kuron herum. Manche Illusionen in die Anfangszeit von Solidarnosc halten sich jedoch immer noch, so behauptet ein von Marian Jurczyk geführter Verein, „Solidarnosc '80" genannt, der sich für die „wahre Solidarnosc" hält, den Streik zu unterstützen. Jurczyk war auf dem Gründungskongreß von Solidarnosc 1981 einer der fanatischsten Antikommunisten. Und seither besteht das „wahre Gesicht" im Programm von Solidarnosc, die unbeschränkte Ausbeutung des „freien Marktes" wiederherzustellen, durch die heute das polnische Volk geplündert wird.

Der Streik begann am 10. Mai mit einem Hungerstreik von etwa 50 Eisenbahnarbeitern in Slupsk, die eine sofortige Lohnerhöhung um 110 Prozent forderten, um mit deF täglichen Preisexplosion bei Waren des täglichen Bedarfs Schritt halten zu können. Das Austeritätsprogramm bedeutet für die Masse der polnischen Werktätigen buchstäblich langsame Aushungerung. Lebensmittel sind in den Regalen der Geschäfte vorhanden — es gibt in den Schaufenstern sogar importierte high-tech Video-, Fernseh- und Stereogeräte. Doch es gibt praktisch keine Käufer in den Geschäften. Heute kostet sogar ein Kilogramm von der

Fortgesetzt auf Seite 14

List do polskich robotników

Robotnicy polscy!

Z jednej strony, stoi dziś przed wami wewnętrzna groźba powrotu do kapitalizmu, który już w Polsce zaczaj[1] operować, a od zewnątrz grozi wam opanowanie przez imperializm. Solidarność, chcąc się pozbyć niezyskownych przedsiębiorstw i sprzedać resztę Zachodnim bankierom, skazuje ludzi pracy na głód. A w międzyczasie, imperializm niemiecki, na drodze do Czwartej Rzeszy, patrzy łakomo na ziemie poza Odra i Nysa, i nawet dalej.

Czekają was ciężkie walki w obronie prac, o zabezpieczenie środków utrzymania dla waszych rodzin i zabezpieczenie przyszłości waszych dzieci. Już miały miejsce zawzięte strajki w kopalniach Śląska i w innych okolicach, a na kolejach zaczęty się tenraz duże strajki. Ale żeby pokonać te wrogie siły, cele polskich robotników musza sięgać ponad czysto ekonomiczne żądania. Sama wola do walki nie wystarczy—niezbędne jest zrozumienie tego co się stajo i program polityczny oparty o prawdziwe potrzeby *międzynarodowej* klasy robotniczej.

Dziewięć, czy osiem lat temu, w okresie Stalinizmu, wielu z was popierało Solidarność, widząc w niej alternatywę do bałagaństwa i twardej garści biurokracji. Trzykrotnie, w 1956, 1970 i 1976, polscy pracownicy buntowali się przeciw sprzedajnym rządom biurokracji. Ale w latach 1980-81 była zasadnicza zmiana. Centrala, zgrupowana wokół Wałęsy składała się od samego początku z zatwardziałych antykomunistycznych nacjonalistów których kierunek polityczny był dyktowany przez papieża Wojtyłę i Ronalda Reagana, a nic przez potrzeby robotników. Czerwone sztandary klasy robotniczej zostały zastąpione przez orła z koroną", przez kult krzyża i Piłsudskiego, a Międzynarodówka zastąpiona hymnami kleru.

Na swoim pierwszym kongresie narodowym we wrześniu 1981, Solidarność powzięła pierwsze kroki na drodze do objęcia władzy, konsolidując swój program wokół rządań o "wolne wybory" i "wolne związki zawodowe", niedopuszając nawet wzmianek o socjalizmie i nawołując do zniesienia planowanej gospodarki państwowej. W rzeczywistości było to nawolanie do "wolnego rynku" do bezlitosnego i niepohamowanego wyzysku przez kapitalizm. Z daleka ostrzegaliśmy o poparciu jakie Solidarność otrzymywała od CIA (Centralna Agencja Wywiadu Amerykańskiego) i od bankierów. Rozwinęliśmy wtedy intensywną propagandę międzynarodową, pod hasłem: "Skończyć z kontrrewolucyjną Solidarnością!"

Dziś Solidarność objęła ster rządu. Co wam to dało? Podlegliście tego rodzaju terapii wstrząsów jaką to zwykle stosują dyktatury Ameryki i Południowej. Wykrwawiają was nie tylko bankierzy z Frankfurtu i Wall Street, ale także ich międzynarodowe kartele, nie mówiąc już o IMF (Międzynarodowy Fundusz Walutowy), który jest nadzorcą polityki skazywania milionów z Trzeciego Świata na nędzę i głód, poto tylko żeby opłaty stopy procentowej płynęły szybkim potokiem.

Wafęsa mówi że w Polsce kapitalizmowi czas jest dać szansę. Kapitalizm miał już w Polsce szansę i jego powrót to droga powrotna do tego zacofania i szowinizmu który, wraz z pogromami, był częścią ciemnej przeszłości. Otwarcie rozwija się agitacja antysemicka. Szybki wzrost fanatyzmu i bigoterii religijnej zagra ż a kobietom, których prawo do spędzenia płodu jest już pod znakiem zapytania. Ludzie starsi, słabowici i bezrobotni już muszą żebrać o jedzenie w nowo otwartych kuchniach dla ubogich.

A teraz czeka was prospeckt zostania wasalami imperializmu niemieckiego, który już dąży do stworzenia Czwartej Rzeszy. Wasi bracia i siostry którzy pracują w Niemczech, widzą już co to oznacza. W Zachodnich Niemczech albo się wsadza polskich uchodźców i imigrantów do więzienia, albo deportuje się ich w ramach planu "Noc i Mgła", który już bardzo przypomina dawne plany SS. Polacy w NRD to kozły ofiarne, uważani za "spekulantów" biorących udział w akcji imperializmu mającej na celu zdezorganizowanie ekonomii i wyprzedaży planowanej gospodarki organizowanej przez byłych kierowników stalinowskich.

Pochłonięcie NRD przez niemiecki kapitał też jest znakiem kontrrewolucji kapitalistycznej. Resultat tego to kolosalne bezrobocie i zniesienie opieki społecznej dla wszystkich robotników w NRD, podczas gdy w Zachodnich Niemczech, finansowanie wzrostu obrotów handlowych niemieckiego kapitału odbywa się kosztem zniżki dobrobytu robotników Zachodnio niemieckich. Wynikiem tego mogą być zacięte, wzajemnie się niszczące, szowinistyczne walki między różnymi warstwami ludzi pracy. Ale może to też spowodować silną walką zjednoczonej klasy robotniczej. Tą kwestię może rozstrzygnąć jedynie rewolucyjne i międzynarodowe przywództwo klasy robotniczej.

łamiąc Układ Warszawski i popierając skrajnie nacjonalistyczny antysovietyzm. Solidarność jest odpowiedzialna za stworzenie klimatu w którym rozwinęły się dążenia do stworzenia Czwartej Rzeszy. 600.000 sowieckich żołnierzy poległo walcząc o uwolnienie Polski z niewoli nazistowskiej. Czyż by mieli zginąć na próżno?

Aczkolwiek skolektywizowanie gospodarki w Europie Wschodniej było decyzją narzuconą z zewnątrz, przez biurokrację Stalinowską, było to jednak wielkim historycznym osiągnięciem które odradzający się kapitalizm usiłuje obalić. Grunt na którym te ruchy reakcyjne wyrosły był od lat przygotowywany przez biurokrację Stalinowską, która w jajowych i próżnych pogonkach za "pokojowym współżyciem" skapitulowała przed konterrewolucyjną polityką imperializmu na terenie międzynarodowym, a w Polsce związała się z nacjonalizmem. Reżym Gorbaczewa i jego polityka "reformy rynku" dodał popędu i odwagi tym prądom reakcyjnym. Winne temu było te wielkie kłamstwo o "budowie socjalizmu w jednym kraju". Teraz, śmiertelna groźba wisi nad samą kołyską Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Październikowej.

Robotnicy polscy! Zamiast piłsudczyzny i nacjonalizmu, patrzcie wprzód do dnia odzyskania tradycji *proletaryzmu międzynarodowego,* którego uosobieniem była Róża Luksemburg—wasza największa postać rewolucyjna. Żydówka z Lublina, wychowana w Warszawie, Luksemburg poświęciła swoje życie dla celu zjednoczenia polskiej, rosyjskiej i niemieckiej klasy robotniczej. Walczyła z każdym objawem nacjonalizmu i szowinizmu, z reformizmem i samozadowoleniem biurokracji. Dzisiaj musicie się zjednoczyć z niemieckiemi i sowieckiemi robotnikami i odtworzyć rewolucyjną jedność

do walki klasy przeciw kapitalistom i imperialistom—waszymi wspólnymi wrogami w tym boju o Socjalistyczne Stany Zjednoczone Europy, oparte o władzę rad robotniczych.

Ci co przygotowywali grunt do odrodzenia kapitalizmu, nie mogą brać udziału w walce o jego obalenie. Ideologia Stalinizmu jest już pogrzebana, w grobie i w Polsce nieopłakana. Od sierpnia 1914, socialdemodracja została chętnym narzędziem w rękach imperializmu kapitalistów, głosujacym w Niemczech za kredytami na imperialistyczną wojne. Wielu samozwańczych Trockistów pokazało swoje prawdziwe sociodemokratyczne oblicze, latami głośnie popierając Solidarność, a nawet powtarzając ják papugi po zaciekle antykomunistycznych i antysemickich odcinkach KPN wezwania do zlikwidowania Układu Warszawskiego. W 1983, jeden z tych pseudo Trockistowskich teoretyków, Ernest Mandel, witał kierowników Solidarności jako "najlepszych socjalistów na świecie". Ale Trockistowski program obalenia Stalinowskiej biurokracji przez proletariacką rewolucję polityczną, jest oparty o obronę a nie o zniesienie form wspólnoty własności środków produkcji w biurokratycznie spaczonych państwach robotniczych.

Niemiecka Partia Robotnicza Spartakist: sekcja Międzynarodowej Ligi Komunistycznej (Czwarta Miedzynarodówka), jest jedyną która jasno i niedwuznacznie potępiła kapitalistyczny Anschluss NRD, stawiając swoich kandydatów w wyborach Volkskammer 18go marca i w czasie ostatnich miesięcy. My walczymy z każdym objawem szowinizmu, i ucisku narodowościowego przeciw Polakom i innym robotnikom imigrantom w Niemczech, a w Polsce przeciw Żydom i Polakom pochodzenia niemieckiego.

Tylko Trockiści mają program oporu przeciw kontrrewolucji kapitalistycznej i wojnie imperialistycznej. Jest to program oparty o powrocie do prawdziwego komunizmu Róży Luksemburg i Lenina. Podstawą jego jest walka w obronie osiągnięć Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Październikowej i o powiększenie tych osiągnięć przez rewolucję socjalistyczną obejmujacą cały świat kapitalistyczny. Naprzód do Trockistowskiej partii w Polsce, sekcji odrodzonej Czwartej Międzynarodówki!

26 maj 1990

Brief an die polnischen Arbeiter

Polnische Arbeiter!

Ihr seid jetzt mit der Restauration des Kapitalismus konfrontiert, die im Inner;! schon im Gange ist, und mit der Gefahr der erneuten imperialistischen Vorherrschaft von außen. Solidamos'c" zwingt die Werktätigen dazu, bitteren Hunger zu leiden, um unprofitable Unternehmen loszuwerden und den Rest an die westlichen Banken zu verkaufen. Mittlerweile drängt der deutsche Imperialismus auf die Errichtung eines Vierten Reichs und sieht mit gierigen Augen zur Odcr-Neiße-Grenze und darüber hinaus.

Es stehen Euch verzweifelte Kämpfe zur Verteidigung Eurer Arbeitsplätze und Eures Lebensunterhalts bevor, zur Verteidigung Eurer Familien und der Zukunft Eurer Kinder. Bei der Eisenbahn haben große Streiks begonnen, in den Bergbaugebieten von Slask und anderswo hat es schon bittere Streiks gegeben. Aber um gegen das Aufgebot gewinnen zu können, das gegen Euch steht, werden die polnischen Arbeiter über rein ökonomische Forderungen hinausgehen müssen. Dies erfordert nicht nur Kampfentschlossenheit, sondern auch ein politisches Verständnis von der bisherigen Entwicklung und ein politisches Programm, das auf den wahren Interessen der *internationalen* Arbeiterklasse basiert.

Vor acht oder neun Jahren haben viele von Euch Solidarnos'c unterstützt, die darin eine Alternative zur Mißwirtschaft und zur schwer lastenden Bürokratie unter dem Stalinismus gesehen haben. Schon dreimal — 1956, 1970 und 1976 — haben sich die Werktätigen in Polen gegen die Mißwirtschaft der Bürokratie erhoben. Aber 1980/81 war es anders. Die zentrale Führung um Lech Walesa bestand *von Anfang an* aus verhärteten antikommunistischen Nationalisten, deren Politik nicht von den Bedürfnissen der Arbeiter bestimmt wurde, sondern vom Vatikan unter Papst Johannes Paul Wojtyla und vom Weißen Haus unter Ronald Reagan: Die roten Fahnen der Arbeiterklasse wurden durch Pilsudskis Adler und Kreuz ersetzt; das Singen der Internationale wurde durch die Hymnen der Priester ersetzt.

Bei ihrem ersten Kongreß im September 1981 hat SolidarnoSc Kurs auf die Machteroberung genommen und sich um ein Programm konsolidiert, das „freie Gewerkschaften" und „freie Wahlen" forderte, selbst die Erwähnung von Sozialismus ablehnte und dazu aufrief, der Planwirtschaft ein Ende zu setzen. In Wirklichkeit bedeutete dies der „freie Markt" von unverhüllter und gnadenloser kapitalistischer Ausbeutung. Aus der Ferne warnten wir davor, daß SolidarnoSc eine „gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA und Banken" ist, und wir organisierten eine dringende internationale Propagandakampagne mit der zentralen Losung: Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!

Jetzt hat Solidarnosc die Zügel der Regierung übernommen. Was hat sie Euch gebracht? Ihr müßt die Art von ökonomischer „Schockbehandlung" erleiden, die gewöhnlich von lateinamerikanischen Juntas durchgeführt wird. Ihr werdet ausgeblutet von den Frankfurter Bankiers, von Wall Street und vom Kartell der Weltbanken, dem Internationalen Währungsfonds, der die bewußte Verelendung und Aushungerung von Millionen in der Dritten Welt beaufsichtigt, damit der Fluß der Zinsen nicht abbricht.

Walesa sagt, daß es an der Zeit sei, dem Kapitalismus in Polen eine Chance zu geben. Aber der Kapitalismus hatte in Polen seine Chance s,chon, und seine Restauration bringt all die Rückständigkeit und den Chauvinismus der dunklen, von Pogromen geplagten Vergangenheit zurück. Offen antisemitische Agitation grassiert. Die Frauen sehen sich einer scharfen Eskalation von reaklionärer und religiöser Bigoterie ausgesetzt, ihr Recht auf Abtreibung ist bedroht. Die Alten, die Schwachen, die Arbeitslosen zwingt man dazu, in den Suppenküchen um ein bißchen Essen zu betteln.

Nun droht Euch, vom deutschen Imperialismus zu Vasallen gemacht zu werden, bei seinem Drang zu einem Vierten Reich. Eure Kollegen und Kolleginnen, die nach Deutschland gegangen sind, um zu arbeiten, haben schon einen Eindruck davon bekommen, was das bedeutet. In Westdeutschland werden polnische Flüchtlinge und Immigranten in Nacht-und-Nebel-Aktionen inhaftiert oder deportiert, die an die SS erinnern. Im Osten werden polnische Arbeiter als „Spekulanten" zurrt Sündenbock gestempelt für die imperialistische Kampagne der wirtschaftlichen Destabilisicrung und den Aus-

Fotigest'tzt auf Seite' 14

Workers Power/Arbeitermacht für kuschelweiche kapitalistische Restauration

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus *Workers Hammer* Nr. 113 (März/April 1990) ab, der Zeitung der Spartacist League/Britain. Viele Punkte, die in diesem Artikel angesprochen wurden, waren das Thema einer lebhaften öffentlichen Debatte über die Frage, „Trotzkismus — was er nicht ist und was er ist" /wischen Sprechern der *Arbeitermacht* („Bulletin der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale in der DDR" [LRKI]) und der Spartakist-Arbeiterpartei am 3. Mai in Berlin. *Arbeitermacht* selber hat in der DDR kaum Gehör gefunden, aber ihre Positionen sind für das Spektrum von Pseudotrotzkisten symptomatisch, die ihre Unterwürfigkeit gegenüber der kapitalistischen Restaurationspolitik der Sozialdemokratie als „Antistalinismus" zu verkaufen versuchen.

Während der ganzen Debatte waren die Sprecher von *Arbeitermacht* in der Defensive, und zwar aus gutem Grund. Die vorherrschende Gruppierung in der LRKI ist die englische Workers Power Gruppe, deren Hauptmerkmal ihre bedingungslose Loyalität zur sozialdemokratischen Labour Party ist. Konfrontiert mit der Frage von Revolution und Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat DDR hat der üblicherweise hin und her schwankende Zentrismus der LRKI eine scharfe Rechtswende vollzogen und ist den Kräften der kapitalistischen Wiedervereinigung hinterhergelaufen. 'Der Sprecher von *Arbeitermacht* versuchte sogar, die Gefahr eines Vierten Reichs zu bestreiten, für ihn ist es nur das „von euch *sogenannte* Vierte Reich"! Trotz dreimaliger Aufforderung von Rednern der SpAD verweigerten die Sprecher der LRKI eine Antwort auf die Frage, ob sie mit ihrer Forderung nach dem Abzug der Roten Armee nicht auch (logischcrweise) die Auflösung der NVA fordern. Die LRKI lädt praktisch die Bundeswehr und NATO-Truppen ein, in die DDR einzumarschieren.

Ihre Haltung zur russischen Frage kam auch sehr klar in ihrer Position /u Litauen zutage. *Arbeitermacht* (Mai 1990) zieht gegen die „sowjetische Besatzungsarmee" vom Leder und gibt der nationalistischen und offen prokapitalistischen Sajudis bedingungslose Unterstützung, obwohl sie selber zugeben, daß sie auch „halb-faschistische Elemente" einschließt. Vor lauter „antistalinistischem" Eifer richtet die englische *Workers Power* (Mai 1990) sogar einen direkten Appell an ihre imperialistischen Herren, der Konterrevolution im Baltikum beizustehen: „Wir sollten verlangen, daß die britische Regierung Litauen anerkennt und bedingungslos die Güter zur Verfügung stellt, die von Litauen erbeten wurden. Arbeiter in ganz Europa sollten sich weigern, Warensendungen weiterzuleiten, die für Litauen bestimmt waren und dann umgeleitet wurden."

In den 15 Jahren, die Workers Power nun schon existiert, hat sie immer die Labour Party unterstützt, egal ob Labour eine Partei der bürgerlichen Koalition war oder als Streikbrecher gegen die Bergarbeiter aufgetreten ist.

Das abstoßendste Beispiel ihres Hinterherlaufens hinter der Sozialdemokratie lieferte die österreichische Gruppe Arbeiterstandpunkt vor einigen Jahren, als sie die Amnestie-Linie der SPÖ für den Nazikriegsverbrecher Kurt Waldheim wiederkäute. Bei der Debatte zitierte ein Sprecher der SpAD aus ihrem Artikel, dessen Überschrift „Zwingt Waldheim zum Rücktritt" genau auf der Linie der SPÖ lag. Der Artikel liest sich wie ein Verteidigungsplädoyer für Klaus Barbie. Schließlich war Waldheim nur ein „Schreibtischtäter und Mitwisser im Stabsoffiziersrang" und ein „Ev-Nazi" (*Arbeiterstandpunkt*, Februar 1988, Hervorhebung von uns)! Wenn es um Stalinisten geht, dann will die LRKI Blut sehen, aber im Fall von Nazikriegsverbrechern ist ihre Haltung „Schwamm drüber"!

Allein der Gedanke, eine öffentliche politische Debatte zwischen gegnerischen Tendenzen abzuhalten, ist in der DDR nach 45 Jahren von stalinistischem Bürokratismus eine neue Erfahrung. Jetzt versuchen die verschiedenen linken Gruppen, in trauter Eintracht eine Volksfront-"Einheit der Linken" um die PDS herum zusammenzuzimmern. So fand vor einer Woche in Berlin ein „Streitgespräch" zwischen Gregor Gysi und Ernest Mandel statt, bei der die beiden Redner sich nur im Grad ihrer Kapitulation vor der Sozialdemokratie unterschieden. „Abrüsten unter uns", nannte es Gysi, „ein mutiger Schritt zu einer neuen Solidarität unter Linken in Europa", kommentierte *Neues Deutschland* (28. Mai). Und wie der Artikel richtig schlußfolgert: „viel zu moderat, viel zu wenig kontrovers" für die Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei, die auf der „reinen Lehre beharren".

Eine wirkliche leninistisch-trotzkistische Partei kann nur durch scharfen politischen Kampf mit diesen politischen Quacksalbern aufgebaut werden.

Im letzten November, mitten in der politischen Revolution, die die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie in der DDR zertrümmerte, stellte Workers Power die Überreste der auseinanderfaltenden stalinistischen Bürokratie auf gleiche Stufe mit dem Imperialismus. „Nieder mil den stalinistischen und imperialistischen Plänen zur Restauration des Kapitalismus!", erklärte die von Workers Power gegründete Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale (LRKI) in ihrer Resolution „Über die politische Revolution in der DDR". Sechs Monate später, nachdem die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution die Wahlen am 18. März haushoch gewonnen hatten, fordert Workers Power, daß die stalinistischen Überreste der PDS, die durchgängig vor dem imperialistischen Ansturm für kapitalistische Wiedervereinigung kapituliert hatte, die Front gegen kapitalistische Restauration halten soll. Wie läßt sich dieser Widersprach erklären?

In der April-Ausgabe ihrer Presse schreibt Workers Power:

> „Wir müssen fordern, daß SPD und PDS mit keiner allianzgcführten Regierung auch nur irgendctwas zu tun haben. Sie müssen dazu gezwungen werden, ihre Stimmen im Parlament dazu zu benutzen, jede Änderung in der Verfassung zu blockieren, die dieser Re-

stauration und allen anderen gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen dient. Sie müssen ins gegenwärtige Parlament eine Gesetzgebung einbringen, die für die Arbeiterklasse ist, und sie müssen die Allianz dazu zwingen, vor den Arbeitern, die für sie gestimmt haben, dazu in Opposition zu treten."

Dies geht über den üblichen parlamentarischen Kretinismus von Workers Power hinaus. Die SPD war das Trojanische Pferd für kapitalistische Konterrevolution in der DDR. Sie verlor genau deshalb gegenüber Kohls CDU, weil viele sich gesagt haben: wozu die sozialdemokratischen Büttel wählen, wenn man gleich die Bankiers mit dem großen Geld in der Tasche kriegen kann. Die SPD hat sich bereits als Partner von Kohls „Großer Koalition" mit der Allianzregierung zusammengetan. Und was die PDS angeht, so haben deren Volkskammerabgeordnete am 5. April in der einstimmigen Abstimmung genauso für die Streichung der Präambel zur Verfassung ihre Hand gehoben, in der die DDR als „ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern" bezeichnet worden war.

Vor den Wahlen schrie Workers Power nach Blut und rief dazu auf, „die stalinistischen Parasiten und Spione zur Strecke zu bringen". Offensichtlich hatte Workers Power als Beispiel den Massenaufstand im Sinn, durch den die stalinistische Familiendiktatur von Nicolae Ceausescu in Rumänien gestürzt wurde. Diese stalinophoben Zentristen wurden durch den Anblick stalinistischen Bluts, das in den Straßen Rumäniens floß, wirklich angeregt. Begeistert über „eine wirkliche, bewaffnete und blutige Revolution" glorifizierte Workers Power die Revolte gegen Ceausescu zu einer großen Arbeiterrevolution und verglich sie sogar mit der bolschewistischen Revolution von 1917! (Was aus dieser wunderbaren Revolution herauskam, war eine Regierung, die die Ungarn angreift und antisemitisch ist; aber Workers Power kann Hoffnung schöpfen — sie hat König Michael nicht erlaubt, zurück ins Land zu kommen.) Jetzt umarmt Workers Power die „konterrevolutionären" Stalinisten der PDS, die sich mit mehr als nur ihrem Namen als effektiv sozialdemokratischer Teil der Kräfte gezeigt haben, die für kapitalistische Restauration sind. In ihrer Rolle als „Opposition" im „Parlament" der Volkskammer ist die PDS ein Wesen, das die „Linie England"-Labour-Party-Linken von Workers Power wirklich gut begreifen können.

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht

Zur Zeit des imperialistischen Aufschreis über die sowjetische Intervention in Afghanistan 1980 erklärte Workers Power öffentlich, daß sie vollständig von ihren Ursprüngen in der Socialist Workers Party von Tony Cliff gebrochen und Trotzkis Verständnis der Sowjetunion als bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat angenommen haben. Obwohl sie erklärten, sie hätten Cliffs Staatskapitalismus-Position abgelehnt, hat Workers Power nie von der Methodik des Antisowjetismus des Dritten Lagers gebrochen, d. h. einer Position, die die stalinistische Bürokratie als eine rein konterrevolutionäre Kraft ansieht.

Zwar beziehen sie formal zu Afghanistan eine Position der Verteidigung der Sowjetunion, als es aber konkret wurde, verurteilte Workers Power die sowjetische Intervention gegen die von den Imperialisten unterstützte feudale Reaktion als „konterrevolutionär". (Sie verurteilten genauso den sowjetischen Abzug als „konterrevolutionär".) 1981 unterstützten sie „kritisch" Solidarnos'c, obwohl sie sogar zugaben, daß Solidarnos'c an der Macht kapitalistische Restauration bedeuten würde. Jetzt, nachdem die von Solidarnos'c geführte Regierung in Polen ihr Programm für kapitalistische Restauration umsetzt, vertritt Workers Power mit Nachdruck: „Polen: Keine Rückkehr zum Kapitalismus!" Aber als Workers Power mit den sich rapide entwickelnden Ereignissen in der DDR konfrontiert wurde, zerbrach der Krug wirklich in tausend Stücke.

Hier wurde die Dritte-Lager-Position über die stalinistische Bürokratie als einer monolithischen neuen herrschenden Klasse vollständig widerlegt, und Trotzkis Verständnis bestätigte sich völlig, daß die Bürokratie eine zerbrechliche und widersprüchliche Kaste ist — die gleichzeitig von der Existenz der kollektivierten Eigentumsformen des Arbeiterstaats abhängig ist, während sie als Transmissionsriemen für den Druck des feindlichen Weltimperialismus bei der Unterminierung des Arbeiterstaats agiert. Die Bürokratie fiel angesichts der Massenproteste gegen ihre Herrschaft und unter dem zunehmenden Druck des westdeutschen imperialistischen Revanchismus völlig auseinander. Die Alternativen waren kraß gestellt: entweder ein Arbeiterrätedeutschland, das die korrupte, nationalistische stalinistische Bürokratie ersetzt, oder kapitalistische Konterrevolution.

„Zerschlagt die kapitalistische Restauration" lautete die Überschrift der ersten Ausgabe von *Arbeitermacht,* Zeitung der deutschen Sektion der LRKI. Aber bezwungen von der Logik, daß .die stalinistische Bürokratie eine vollständig konterrevolutionäre Kraft ist, endete Workers Power — wenn auch von „links" — damit, die imperialistische Kampagne für Anschluß der DDR nachzuäffen. Nirgendwo kommt das klarer zum Ausdruck als bei ihrer Forderung für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR.

In einer redaktionellen Bemerkung unter dem Titel „Deutschland — nein zur kapitalistischen Einheit" *(Workers Power,* März 1990) schreiben sie:

> „Der Warschauer Pakt wurde als Antwort auf die imperialistische Bedrohung der Sowjetunion und der Staaten, die von ihr erobert wurden, gegründet. Während seine Truppen eine Form von Verteidigung der nachkapitalistischen Eigentumsformen dieser Staaten waren und sind, bestand der einzige Kampf, den sie jemals geführt haben, in der Unterdrückung der aufständischen Arbeiterklassen der DDR, Polens, Ungarns und der CSSR. Dies war die Hauptfunktion des Warschauer Paktes und wir sind für seine Auflösung und den Rückzug seiner Truppen."

Zu erklären, daß der einzige Kampf, den die sowjetischen Truppen geführt haben, die Unterdrückung des osteuropäischen Proletariats gewesen ist, zeigt eine Hallung, die

Fön gesellt auf Seite 10

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten
Sparfac/sf
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ff m 11988-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 9

selbst den Ablauf der Geschichte leugnet. Was ist mit 1. dem Bürgerkrieg in Rußland 1918/19, 2. dem Krieg gegen Pilsudskis Polen 1920, 3. gegen Japan in der Mandschurei 1937 und 1939, 4. der Invasion von Finnland, 5. dem Krieg gegen Nazideutschland 1941, 6. der Intervention in Afghanistan 1979?

Im vergangenen Jahr war die sowjetische Armee in Polen, der CSSR, Ungarn und der DDR politisch von der Moskauer Regierung neutralisiert worden. Mit der Ausnahme von Rumänien, wo keine sowjetischen Truppen stationiert waren, gab es kein Blutvergießen. Genötigt von seinen eigenen internen Problemen hat Gorbatschow die Schleusen geöffnet, und Osteuropa ist in politischem Aufruhr explodiert — aus allen Lagern, in jegliche denkbare Richtung, von offenen kapitalistischen'Restauratoren bis zu antibürokratischen Kommunisten.

Gorbatschows gegenwärtige Bereitschaft, über einen Rückzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu verhandeln, ist ein extremes Beispiel von stalinistischem Verrat angesichts des imperialistischen Drucks, und ein Verrat, der die Existenz der Sowjetunion bedroht. Aber Workers Power bezieht seine Seite. Es ist offenkundig, daß ein Rückzug der Roten Armee für die Konsolidierung eines wiedervereinigten kapitalistischen Deutschlands notwendig ist. Workers Power stellt die Wirklichkeit auf den Kopf mit der Behauptung, daß die Imperialisten die sowjetischen Truppen „als eine Kraft ansehen, jegliche lokale Opposition zur Restauration in Osteuropa im allgemeinen zu verhindern" *(Workers Power,* April 1990).

Die sowjetische Armee spielt eine widersprüchliche Rolle und spiegelt damit die Widersprüche wider, von denen stalinistische Bürokratien geprägt sind. 1953 wurden die sowjetischen Truppen dazu eingesetzt, eine proletarische politische Revolution in der DDR zu unterdrücken; doch sogar Workers Power gibt zu, daß diese Truppen gleichzeitig eine „Form der Verteidigung der nachkapitalistischcn Eigentumsverhältnisse" waren. Nichtsdestotrotz fordern sie den Abzug dieser Truppen, was nichts anderes bedeutet, als die Schaffung eines Machtvakuums zu fordern, das nur von den Truppen der westdeutschen Bundeswehr und des NATO-Imperialismus ausgefüllt werden könnte. Und weiter, wenn Workers Power ihre eigene Stellungnahme ernstnimmt, daß der Warschauer Pakt „gegründet wurde als Antwort auf die imperialistische Bedrohung gegen die Sowjetunion", wie können sie ihren angeblichen Anspruch, die Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe /.u verteidigen, damit vereinbaren, daß sie die Auflösung des Warschauer Pakts fordern?

Der Grundtenor von Workers Power lautet, daß es unbedeutend ist, wenn der Ausgang des Zweiten Weltkriegs umgekehrt wird. Ihrer Logik nach waren die bürokratisch aufgezwungenen sozialen Revolutionen im sowjetisch besetzten Osteuropa nach dem Krieg „konterrevolutionär". (Was könnte eine „konterrevolutionäre" Niederschlagung des Kapitalismus heißen — es sei denn vielleicht eine Rückkehr zum Feudalismus? Am nächsten kommt dem gegenwärtig die von Mullahs geführte „Islamische Revolution" im Iran, die Workers Power unterstützt hat, weil sie eine „Massenbewegung" war.) Auf Ostdeutschland angewandt bedeutet diese schwachsinnige Formulierung, daß die Gründung der DDR in der „konterrevolutionären Niederwerfung" von Adolf Hitlers faschistischem Staat bestanden hätte! Auf den Seiten der theoretischen Zeitung von Workers Power, *Trotskyist International* (Nr. 4, Frühjahr 1990), lesen wir, daß die „Spaltung Deutschlands eine reaktionäre Ablehnung des Rechts auf Selbstbestimmung war". Wenn dies der Fall ist, dann sollte Workers Power das Wahlergebnis vom 18. März als einen Sieg für die Selbstbestimmung der deutschen Nation ansehen!

Der antifaschistische Protest in Treptow

Mit ihrer Auffassung, daß die sowjetischen Truppen in der DDR eine „Besatzungsarmee" seien, hatte Workers Power offensichtlich Probleme zu erklären, daß 250000 Bürger der DDR am 3. Januar im Treptower Park eine Kundgebung abhielten, um die Rote Armee zu ehren und gegen die Nazischmierereien am Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten zu protestieren, die gefallen sind, als sie Europa von Hitlers Nazis befreiten. Unsere deutschen Genossen initiierten einen Aufruf zu einer massiven Arbeitereinheitsfrontaktion, um die Faschisten zu stoppen. Wir brachten den Aufruf direkt zur SED-Führung und forderten sie auf, daran teilzunehmen. Die SED war so weit entfernt von der Arbeiterklasse und fürchtete sie so sehr, daß sie zuerst unseren Vorschlag ablehnte. Aber als unser Aufruf in Fabriken in ganz Berlin verteilt wurde, mobilisierten die Stalinisten ihre Kräfte und übernahmen schließlich die Demonstration. Eine Viertel Million Menschen kam, um gegen die Naziprovokation zu protestieren *und* um ihren Willen auszudrücken, die DDR gegen kapitalistische Restauration zu verteidigen.

Unsere deutsche Zeitung *Arprekoir* stellte fest, daß wir „Trotzkisten zum ersten Mal in der Geschichte der DDR das Wort ergreifen konnten, um zu Arbeitereinheitsfront, Arbeitermilizen und Arbeiter- und Soldatenräten aufzurufen." Unsere Kritik an der Inkompetenz und der ökonomischen Mißwirtschaft der SED-Partcidiktatur und an Gorbatschows marktoricntierten ökonomischen Reformen dx;r Perestroika in der UdSSR rief Zwischenrufe aus der großteils aus SED-Mitgliedern bestehenden Menge hervor.

Alarmiert durch die Treptow-Mobilisierung, in der sie richtigerweise die Kräfte sahen, die den kapitalistischen Anschluß verhindern könnten, verstärkten die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Strohmänner ihre Kampagne, um die DDR in die Wiedervereinigung zu treiben. Die westdeutsche Presse versuchte mit Überschriften wie „Angst in der DDR - Nazi-Trick der SED" und „Die SED profitiert vom Neofaschismus" die SED zu verleumden, sie sei für die faschistischen Provokationen verantwortlich.

Was war die Antwort von Workers Power? In einem 18-seitigen Pamphlet mit dem Titel „Die Politik der Spartacist League" höhnte ihre Schwesterorganisation, die Irish Workers Group:

> „Eifrig dabei, sich selbst in der ganzen Welt — betrügerischerweise — als die Repräsentanten des Trotzkismus darzustellen, drucken sie in ihrer Presse zahlreiche Flugblätter, Reden und Erklärungen ab, die ihre Aktivitäten in Berlin widerspiegeln. Vieles davon bezieht sich auf einen ‚Ostberlincr Protest gegen eine faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals', auf dem, wie sie behaupten, ‚250000 sagten: Keine Nazis in Ostdeutschland.'"

Im Gegensatz zu unserer „Behauptung", daß dies eine starke antifaschistische Mobilisierung war, scheint die IWG die gleiche Einschätzung der Treptower Demonstration zu haben wie die westdeutschen Imperialisten und die Sozialdemokraten, daß dies nämlich eine gigantische List der auseinanderfallenden Stalinisten gewesen sei, um ihren Staatssicherheitsapparat zu stärken.

In der DDR dagegen — wo Westdeutschlands Kanzler Helmut Kohl Skinheads einsetzte, um seine eigenen Massendemonstrationen für kapitalistische Wiedervereinigung

zu schützen — dachte die LRKI offensichtlich, sie könnte nicht damit durchkommen, die Lügen der Sozialdemokraten gegen die Treptower Demonstration zu wiederholen. In ihrem „Aktionsprogramm für die Arbeiter in Ostdeutschland", erschienen am 13. Februar,.schreiben sie:

„Die Schändung des sowjetischen Ehrenmals und jüdischer Gräber und die rassistischen Angriffe auf eingewanderte Arbeiter zeigen die dringende Notwendigkeit für eine antifaschistische Einheitsfront, eine Einheitsfront, die alle Arbeiterorganisationen einschließen würde, besonders die der eingewanderten Arbeiter, und alle ehrbaren Antifaschisten. Die Anti-Nazi-Kundgebung in Treptow war der erste Schritt in diese Richtung. Aber es beginnt erst!"

Es war ein „erster Schritt", dem Workers Power wie einem heißen Eisen aus dem Weg ging! Sie wollten nichts zu tun haben mit einer prinzipientreuen und dringend notwendigen Einheitfront mit der SED, die gegen die Sturmtruppen für ein kapitalistisches Viertes Reich gerichtet war. Die SED-PDS kapitulierte vollständig angesichts der imperialistischen Lügen- und Destabilisierungskampagne, die der Treptower Demonstration folgte. Jetzt, wo die PDS in ihrer Oppositionsrolle wie ein Abklatsch der Sozialdemokraten in der Volkskammer auftritt, fordert Workers Power sie auf, die Arbeiter der DDR gegen kapitalistische Konterrevolution zu verteidigen!

In der März-Ausgabe von *Workers Power* steht: „Kurz nach der SED [Treptowj-Kundgebung ... versuchte die SED-Regierung, die Sicherheitspolizei (Stasi) wiederaufzubauen, wurde aber durch Massenmobilisierungen und durch die Stürmung von Stasigebäuden daran gehindert. Für Revolutionäre ist dies genau der Stoff, aus dem die Revolution gemacht wird." Workers Power spricht hier von einer Erstürmung des Stasi-Hauptquartiers durch den Mob am 16. Januar in Berlin. Unter den Beteiligten war ein harter Kern von faschistischen Skinheads. Besonders gut zu sehen war ein Banner in den Farben der westdeutschen Fahne, auf der „Deutschland, einig Vaterland" stand, und Plakate, auf denen „SED-PDS, Partei der Stasi" zu lesen war. Dies ist der „Stoff", aus dem kapitalistische Konterrevolution gemacht wird. Aber in ihrer hirnlosen Begeisterung für „antistalinistische Aktionen" konnte Workers Power den Unterschied zwischen Revolution und Konterrevolution nicht erkennen.

Jetzige und frühere Mitglieder der SED-PDS und jeder, der mit dem früheren stalinistischen Regime der DDR in Verbindung gebracht wird, sieht sich nun der Aussicht gegenüber, in antikommunistischen Hexenjagden verfolgt zu werden (wie es in Westdeutschland geschah, zuerst durch den amerikanischen Geheimdienst, der frühere Gestapo-Agenten benutzte, und dann fortgeführt von der BRD-Regierung und den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften). Unter der Losung „Rote raus" — dies war der

Fortgesetzt auf Seite 12

Denn wie man sich bettet, so lügt man...

Vor zwei Monaten haben wir über ein kleines Grüppchen von Typen berichtet, die für kurze Zeit und versehentlich durch unsere Partei gegangen sind, und die wir wegen Diebstahls von Parteieigentum ausgeschlossen haben (siehe „Sie haben den falschen Wagen geklaut" *Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 28, 20. März). Eine Weile lang haben sie sich „SpAD/L" genannt. Sie sagten, daß das „L" für „Leninisten" stände, aber „Ladaisten" trifft es eher.

Dann tauchten sie am 1. Mai als „Leninistisch-Trotzkistische Partei/DDR" auf, im Bund mit der Westberliner sogenannten „Gruppe Vierte Internationale" (GIVI), und legten als ihre gemeinsame Grundlage ein *Iskra Arbeiterkorrespondenz Bulletin* vor. Die GIVI besteht aus Personen, die während des Höhepunkts des antisowjetischen Kriegskurses Anfang der 80er Jahre aus unseren Reihen geflohen sind, weil sie nichts mit unserem Hochruf auf die Intervention der Roten Armee gegen die von der CIA finanzierten Reaktionäre in Afghanistan zu tun haben wollten, ebensowenig wie mit unserer offenen Verteidigung des Abblockens von Solidarnos'c' konterrevolutionärem Putschversuch im Dezember 1981.

Jetzt kamen sie beim Pariser Politfestival von Lutte Ouvriere mit der Nachricht heraus, daß sie sich bereits wieder verkracht haben. Schamlos bestätigt die GIVI in einer „überarbeiteten und aktualisierten" Fassung ihrer „Gemeinsamen Erklärung", daß ihre Grundlage im Haß auf die trotzkistische Politik der SpAD bestand: ihr „alleiniges Verbindungsglied zum Trotzkismus" ist ihr „Auftreten gegen die IKL-Verleumdungen". Mit einem Wort, Antitrotzkismus.

Was hat es nun mit den „IKL-Verleumdungen" auf sich, mit der „Verleumdung" der Ladaisten beispielsweise, daß sie unser Parteieigentum gestohlen haben? Merkwürdigerweise scheint die GIVI jetzt einem gewissen Dieter B. und seinem Grüppchen genau dieselbe Art von Machenschaften vorzuwerfen, vor denen wir gewarnt hatten. Originalton GIVI: „Prinzipien der Revolution wurden verkauft für ein schnödes kleinkapitalistischcs Projekt". Als „unabhängiger Geschäftsführer" soll er „den Aufbau eines von der Partei unabhängigen kleinkapitalistischen Verlages" betrieben haben. Dann schloß er Günther I. wegen „stalinistischcn Verhaltens und der Politik des Genossen" aus, und es soll noch „um jede Menge Parteigeldcr" gehen (ebenda).

Wen wundert es, wenn die GIVI selbst dann noch diese dubiosen Gestalten gegen die „bürokratischen" Spartakisten verteidigen, wenn sie ihnen gerade einen Fußtritt mitten ins Gesicht verpaßt haben. Insofern die GIVI/Ladaistcn überhaupt irgendeine politische Linie gehabt haben, war es für zwei getrennte deutsche Parteien, eine recht häßliche Form von symmetrischem Nationalismus — kleinpreußischer Nationalismus auf seilen der Ladaisten und Westberliner Nationalismus auf seilen der GIVI — verknüpft mit Angriffen auf uns als *gesamtdeutsche* Partei der Arbeiterklasse, was nur der organisatorische Ausdruck des revolutionären Programms für ein Arbeiterrätedeutschland ist. Und wenn es um entscheidende soziale Fragen wie Rassismus oder die Unterdrückung der Frauen geht, kommt bei antisowjetischen Sozialdemokralen nur der größte Dreck zum Vorschein. Nachdem wir ihre nach CSU riechende Forderung „Schluß mit der bisherigen Praxis, Kinder abzuschieben in Kindergärlen, Horte o. ä.", angriffen, haben sie diese Aussage jetzt klammheimlich aus ihrer „Überarbeitung und Aktualisierung" gestrichen. Ihre rührende Besorgnis über das „Recht" der Frauen, zu Hause zu kochen, haben sie beibehalten.

Daher unser Rat zum Schluß: Keine Joini venlures mit diesen Leuten!

Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 11

Schrei der faschistischen Banden, die Kohls CDU-Kundgebungen durchkämmten — versuchen die Kräfte der kapitalistischen Restauration jeden, der die Interessen der Arbeiter verteidigt, auszuschalten. In ihrer Berichterstattung nach den Wahlen gibt sogar Workers Power zu, „den Weg zum Kapitalismus ebnen heißt auch Säubern des Staatsapparat von jedem .unzuverlässigen' Element aus stalinistischen Tagen" *(Workers Power*, April 1990). Doch Workers Power sind die Leute, die in ihren Aufrufen zu blutigen „antistalinistischen" Säuberungen unersättlich waren.

Warum Workers Power lügt

Um den Widerspruch zu lösen zwischen ihrem Aufruf, „die kapitalistische Restauration zu zerschlagen", und der Tatsache, daß sie in jeder zentralen Frage auf der Seite der kapitalistischen Konterrevolution standen — von der Forderung, die Rote Armee abzuziehen, der Wiederholung der sozialdemokratischen Lügen über die Treptower Demonstration, bis zur Bejubelung der Angriffe von rechten Banden auf Stasi-Zentralen —, phantasiert Workers Power über die „Stalinophilie" der Spartakisten. Nach den Wahlen vom 18. März — in denen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die einzige Partei war, die einen klaren und eindeutigen Standpunkt gegen die kapitalistische Wiedervereinigung hatte — schreibt Workers Power: „Während sie sich als die ‚Verteidiger der geplanten Eigentumsverhältnisse' darstellten, ignorierten sie völlig die 40 Jahre von Privilegien, Diebstahl und konterrevolutionärer Tyrannei, die Stalinismus für die Arbeiter der DDR bedeuteten" *(Workers Power*, April 1990).

Was haben „die Spartakisten" gesagt? Hier ein Zitat aus dem „Manifest und Kampfprogramm", von dem mehrere Hunderttausende während der Wahlkampagne verteilt wurden:

> „Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft bei dieser Wahlkampagne gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine *proletarische politische Revolution* gegen den Stalinismus, die bis zum Ende geht...
> Wir allein kämpfen für eine Planwirtschaft, nicht von der willkürlichen Alleinherrschaft einer Bürokratie beherrscht, sondern auf Basis einer breiten und durchgreifenden Arbeiterdemokratie. Die Arbeiter müssen die Kontrolle der Betriebe und Einrichtungen in ihre eigenen Hände nehmen, indem sie Räte aufbauen, wo alle Strömungen der Arbeiterklasse vertreten sind... Tausende und Abertausende in der DDR haben an den Idealen der sozialen Gerechtigkeit festgehalten — Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Soldaten, sogar viele in der Bürokratie. Nicht diese Ziele waren falsch: Es war der Stalinismus, der eure Ziele verraten hat! Die Doktrin vom .Sozialismus in einem Land', diese lügnerische Erfindung von Stalin und Bucharin, war der erste große Verrat an der Oktoberrevolution selbst und hat zu schrecklichen Exzessen geführt."

Wir haben betont, daß diese Wahlen ein Plebiszit, wenn auch verzerrt durch die imperialistische Einschüchterungskampagne, über die Existenz der DDR selbst war. Es war eine Abstimmung für oder gegen imperialistischen Anschluß der DDR. Und was taten die Anhänger von Workers Power in Deutschland? Sie riefen zur „Stimmenthaltung bei der Wahl" auf!

Die LRKI versucht auch, uns mit der SED-Forderung nach einem reorganisierten Staatssicherheitsapparat, um den Faschismus zu stoppen, zu identifizieren. „Warum habt ihr bei der Treptower Demonstration, die wir selbstverständlich auch unterstützten, nicht zentral gegen den SED-Plan für einen neuen Verfassungsschutz agitiert?" Nur Erzanhänger des Dritten Lagers würden sagen, daß das wichtigste bei einer Demonstration gegen den faschistischen Terror in der DDR wäre, gegen die stalinistische Polizei zu kämpfen. Was haben die „Spartakisten" bei der Demonstration in Treptow getan? Wir zitieren: „Kein Verfassungsschutz der Welt hat bisher der braunen Pest Einhalt gebieten können. Was wir brauchen ist eine breite Organisierung der Arbeitermassen, der Massen der Werktätigen des ganzen Volkes. Die müssen sich organisieren in Räten, in Arbeiter- und Soldatenräten." Aber woher soll *Arbeitermacht* das auch wissen? Trotz ihrer vorgeblichen Unterstützung haben sie mit der Demonstration in Treptow nichts zu tun gehabt. Wie dem auch sei, Workers Power glaubt ja nicht einmal seinen eigenen Lügen. In Britannien mußten sie anerkennen, daß wir für Arbeitermilizen zur Verteidigung gegen faschistischen Terror eintreten, während sie dazu nur abschätzig meinten, „das klingt natürlich revolutionär — bis wir herausfinden, daß ihre Hauptaufgabe der Schutz sowjetischer Kriegsgräber ist!"

Selbstverständlich gibt es eine ganze Reihe von politischen Differenzen zwischen uns und Workers Power. Aber um ihrer eigenen Interpretation der Ereignisse mehr Gewicht zu verleihen, greift Workers Power freizügig zu Fälschungen und Verleumdungen. Warum sollte auch nur irgend jemand in einer Organisation sein wollen, deren Führung bewußt groteske Lügen verbreitet, um gegen uns Punkte zu machen — oder auch gegen irgend jemand sonst. Der Weg zur Kristallisierung von revolutionären Kadern wird verstellt durch eine Phantasie-Version der Ereignisse. Aber für Workers Power ist der Ausschluß der Spartakisten von ihren „öffentlichen" Veranstaltungen (weil wir vor Jahren bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung mit ihrer Gruppe einen Büchertisch aufgestellt haben!) auf die gleiche Ebene gebracht worden wie die Liquidierung der deformierten Arbeiterstaaten. Wie schon J. W. Stalin sehr wohl wußte, sind Lügen der Weg, um den Widerspruch zwischen dem behaupteten Programm und dem, was man in der Praxis tut, zu lösen. Die Verleumdungen und Ausschlußpraktiken von Workers Power sind nur die verwässerte Version der Methoden von Stalin, der die Staatsmacht zu seiner Verfügung hatte, um sie gegen seine Gegner einsetzen zu können.

Zentristen, die nur verraten, wenn es sich lohnt

Der grundlegende Punkt, der uns in bezug auf die Ereignisse in der DDR von Workers Power trennt, ist unser Verständnis der stalinistischen Bürokratie als einer widersprüchlichen Kaste. Diese Sicht wurde am tiefgreifendsten 1933 in Trotzkis Schrift „Der Klassencharakter des Sowjetstaats" ausgedrückt:

> „Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalin-Bürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie gar keine Rede sein. Ihre einander entgegengesetzten Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen. Die weitere Entwicklung würde natürlich vom Ausgang des Kampfes abhängen. Ein Sieg des revolutionären Lagers ist jedenfalls nur unter der Führung einer proletarischen Partei denkbar, die durch den Sieg über die Konterrevolution auf natürliche Weise an die Macht käme."

Die stalinistische Bürokratie in der DDR wurde nicht durch eine proletarische.politische Revolution besiegt, sie kapitulierte ganz einfach vor dem imperialistischen Ansturm.

Die äußerste Zerbrechlichkeit der bürokratischen Herrschaft erlegte ihr autoritäre und totalitäre Qualitäten auf. Sicherlich gab es viele Elemente, die Verbrechen gegen das Proletariat begangen haben. Aber diese Organisation war beileibe nicht nur eine Gruppe von Karrieristen und Privilegierten. Die alte SED war eine Massenpartei mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern bei einer Bevölkerung von 17 Millionen. In ihren Reihen — einschließlich in der Armee und im Polizeiapparat — gab es viele ehrliche Menschen, die sich als Kommunisten sahen. Sie fühlen sich zu Recht verraten durch die jetzt aufgedeckten Lügen, die Korruption und die Mißwirtschaft der SED-Führer.

Mit ihrer Linie „Nieder mit dem Stalinismus! Nieder mit dem Kapitalismus!" hat Workers Power an den zu großen Teilen an der SED-PDS orientierten Massen der Werktätigen in der DDR Verrat geübt. Wenn der Stalinismus auf eine Stufe mit dem Kapitalismus zu stellen ist, warum dann nicht für das Narrengold des Versprechens eines DM-„Wohlstandes" stimmen? Na'ch der Workers-Power-Logik des Dritten Lagers sollte es keinen Unterschied machen, daß die Parteien eines deutschen Vierten Reichs jetzt in Ostdeutschland an der Regierung sind. Im Gegenteil, die Arbeiter der DDR sollten die Erfüllung der Forderung von Workers Power feiern, „jeden dreckigen Bürokraten und Geheimdienstagenten aufzuspüren und zu bestrafen, der für die DDR-Arbeiter 40 Jahre lang das Leben zur Hölle gemacht hat". Aber jetzt erzählt Workers Power der Arbeiterklasse in der DDR, sie solle auf die selben „dreckigen Bürokraten" in der PDS und auf die sozialdemokratische Partei der kapitalistischen Restauration, die SPD, schauen, um Rettung zu erlangen.

Die Imperialisten geifern danach, die Bevölkerung der DDR als ein neues Niedriglohn-Getto für das westliche Kapital auszubeuten und die DDR als Startrampe für die imperialistische Eroberung der Sowjetunion zu besetzen. Es wird nicht leicht sein. Viele Verteidigungskämpfe stehen bevor. Die Aufgabe von revolutionären Marxisten ist es, gemeinsam mit der Arbeiterklasse der DDR zu kämpfen, sich gegen den imperialistischen Anschluß zu verteidigen, und diese Kämpfe mit denen der Arbeiter in der BRD zu verbinden. Dies wird die Voraussetzungen für den Tag schaffen, an dem die deutschen Arbeiter in die ökonomische und politische Offensive gehen werden — für die eigenen Interessen und für das Wachsen einer größeren deutschen Arbeiterpartei, und um dem Proletariat weiter östlich Mut zu machen und indirekte Führung zu geben.

Workers Power hat versucht, sich als *der* „linke Flügel" im Spektrum der Labour-Linken in Britannien einzunisten, so etwa in Richtung der Rolle, die die British Independent Labour Party (ILP) in den 30er Jahren gespielt hat. Die ILP brach zusammen, als sie im Angesicht des imperialistischen Zweiten Weltkriegs und wachsender politischer Unruhe in der Arbeiterklasse damit konfrontiert war, revolutionäre Schlußfolgerungen ziehen zu müssen. Jetzt, angesichts des imperialistischen Drangs, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs umzudrehen und die sozialen Errungenschaften der DDR zu zerschlagen, die aus den Trümmern von Hitlers Drittem Reich aufgebaut wurden, explodierte der zentrale Widerspruch der Workers-Power-Abart eines Zentrismus vollständig. Sie waren nicht zu dem Versuch imstande, den Abstand zwischen Trotzkismus und dem Dritten Lager zu überspringen. Stattdessen zeigte sich Workers Power hundertprozentig auf Linie und spielte die Rolle des Wasserträgers der kapitalistischen Konterrevolution. Keine noch so große Anhäufung von lügnerischen Angriffen auf die Spartakisten kann diesen Betrug überdecken, es könnte aber eine Eintrittskarte für sie sein, um ILP-Führer Fenner Brockway zu ersetzen.«

Hände weg von PDS...

Fortsetzung von Seite l

FDJ ein, um Dokumente zu fordern. Dies war Diestcls Polizei, die Skinhcads ungeschoren davonkommen läßt, wenn sie auf Mosambikaner einprügeln.

Dieser Angriff ist ein Vorgeschmack auf kapitalistische Wiedervereinigung. Brandts Enkel, wie Lafontaine z. B., haben diese antikommunistische Hexenjagd inszeniert, als ihre „Nachbesserung" zum Staatsvertrag. Die SPD hatte auch den FDGB angegriffen, und bevor ihn dasselbe Schicksal wie die PDS ereilen konnte, hat er kampflos das Handtuch geworfen. Der erste Schlag also gegen die Vertretung von Gewerkschaftsinteressen, der zweite gegen die Jugend, die man zum Kriegsdienst vorbereiten will, und der dritte gegen die Partei, um allen linken politischen Parteien zu signalisieren, daß es auf den Kapitalismus zugeht. Die SPD war es auch, die die Hetzkampagne begonnen hat, als am 3. Januar 250 000 Antifaschisten in Treptow gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestiert haben. Mit Verrat und Ausverkauf der Arbeiterklasse haben sie Erfahrung. Denkt an die Mordhetze der SPD, bevor ihre Handlanger Rosa und Karl ermordeten. Und nun fordern sie also die Enteignung! Von wem hat diese Partei ihr Geld erhalten, um sich nach 1945 in Westdeutschland wieder aufzubauen? Von der CIA!

Aber jetzt wie die PDS an diese „Demokraten" zu appellieren, sich an diese Gesetze zu halten, heißt sich selber den Henkern auszuliefern, und alle anständigen Menschen gleich mit. Sogenannte Demokraten haben doch Berufsverbote, Radikalenerlaß und Ausländergesetze erschaffen. Antikommunismus und Enteignung, wie wir es hier sehen, das hat uns die Geschichte gelehrt, bedeutet Vorbereitung auf den nächsten, diesmal den Dritten Weltkrieg. Denkt an die Herkunft des „arisierten" Geldes der Deutschen Bank. Aus den Knochen und dem Blut von Millionen von Juden und Zwangsarbeitern aus dem Osten hat sich die deutsche Bourgeoisie ernährt, um nun wieder ihre gierigen Finger auszustrecken. Ihre Enteignung haben wir zu fordern.

Kapitalistische Wiedervereinigung heißt Blut und Gewalt. Wir von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands haben von Anfang an gesagt: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung", weil wir wissen, daß die Interessen der Werktätigen nur gewahrt werden durch den Kampf für proletarischen Internationalismus. Millionen schauen auf die DDR, weil sie kein Viertes Reich wollen. Sie sind unsere Verbündeten. Von der DDR über Polen bis zu den Völkern der Sowjetunion muß die Arbeiterklasse gemeinsam kämpfen und den imperialistischen Drang zum Vierten Reich stoppen und umkehren. Es ist jetzt die Zeit zu kämpfen, und nicht erst, wenn wir arbeitslos und verboten auf der Straße liegen. Eine neue revolutionäre Partei muß aus deutschen und eingewanderten Arbeitern geschmiedet werden, um gemeinsam das Banner der Oktoberrevolution wieder aufzurichten. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Laßt uns zusammen gegen diese antikommunistische Hexenjagd vorgehen mit den Methoden der Arbeiterbewegung, geschlossen in Aktionen, bei Freiheit der Kritik, mit Arbciterwidcrstand in Ost und West.»

Brief...

Fortsetzung von Seite 7

verkauf der Planwirtschaft durch die exstalinistischen Betriebsleiter.

Auch das ist ein Ausdruck der kapitalistischen Konterrevolution, der die Anschlußkampagne des deutschen Kapitals in der DDR begleitet. Dies bedeutet eine enorme Massenarbeitslosigkeit und eine Verwüstung der Sozialleistungen für alle Arbeiter in der DDR, während den Arbeitern in Westdeutschland Angriffe auf ihren Lebensstandard drohen, um die Expansion des deutschen Kapitals zu finanzieren. Damit wird entweder ein brutaler, für alle Seiten nur verlustreicher Kampf der verschiedenen Teile der Werktätigen gegeneinander geschürt werden, oder es wird zum Anstoß für machtvolle einheitliche Kämpfe der Arbeiterklasse. Der Schlüssel zur Lösung dieser Frage ist eine revolutionäre internationalistische Führung der Arbeiterklasse.

Mit ihrer Förderung von antisowjetischem Nationalismus und dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts hat SolidarnoSc mitgeholfen, die Bedingungen für ein Viertes Reich zu schaffen. 600 000 sowjetische Soldaten sind gefallen, um Polen von der Nazisklaverei zu befreien; sie dürfen nicht umsonst gestorben sein! Jetzt versuchen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution, die historischen Errungenschaften der kollektivierten Ökonomien — wenn sie auch von oben mit stalinistisch bürokratischen Maßnahmen durchgesetzt worden sind — in ganz Osteuropa umzustürzen. Stalinistischer Bürokratismus, Besänftigung des Nationalismus und Kapitulation vor der imperialistischen Konterrevolution im internationalen Maßstab (mit der fruchtlosen Suche nach der „friedlichen Koexistenz") hat über die Jahrzehnte für diese reaktionären Bewegungen den Boden bereitet. Ihre Entwicklung ist durch die „Marktreformen" des Gorbatschow-Regimes stark beschleunigt und ermutigt worden. Dazu hat die Lüge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" geführt. Jetzt ist das Heimatland der Oktoberrevolution selber tödlich bedroht.

Polnische Arbeiter: Statt Euch an Pilsudski und am Nationalismus zu orientieren, laßt die Tradition des *proletarischen Internationalismus* Wiederaufleben, die von Eurer größten revolutionären Persönlichkeit, Rosa Luxemburg, verkörpert wird. Als Jüdin aus Lublin, die in Warschau erzogen wurde, hat Rosa Luxemburg ihr Leben der Schmiedung der Einheit der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterklasse gewidmet. Sie hat jedes Auftreten von Nationalismus, Chauvinismus, Reformismus und bürokratischer Selbstgefälligkeit bekämpft. Heute müßt ihr Euch mit den Arbeitern Deutschlands und der Sowjetunion zusammenschließen, um die revolutionäre 'Einheit im Klassenkampf gegen Eure gemeinsamen kapitalistischen und imperialistischen Feinde wiederzuschmieden im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, die auf der Herrschaft von Arbeiterräten basieren.

Diejenigen, die der kapitalistischen Restauration den Weg bereitet haben, können nicht die Kämpfe anführen, um sie zurückzuschlagen. Der Stalinismus als Ideologie ist in Polen tot, beerdigt und unbewcint. Die Sozialdemokratie ist seit dem August 1914 (und der Zustimmung zu den imperialistischen Kriegskrediten) ein williges Werkzeug des kapitalistischen Imperialismus. Und viele selbsternannte Trotzkisten haben sich durch ihre jahrelange Bejubelung von Solidarnosc als Sozialdemokraten offenbart, sie haben sich sogar die Forderung von solch rabiat antikommunistischen und antisemitischen Elementen wie der KPN zu eigen gemacht und ebenfalls zur Zerschlagung des Warschauer Pakts aufgerufen. 1983 hat der pseudotrotzkistische Theoretiker Ernest Mandel die Führung von SolidarnoSc als die „besten Sozialisten auf der Welt" bejubelt. Aber das trotzkistische Programm der proletarischen politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie beruht auf der Verteidigung, nicht der Zerstörung, der kollektivierten Eigentumsformen der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), ist die einzige Partei, die klipp und klar gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR gekämpft hat durch ihre Kandidaten bei den Volkskammerwahlen am 18. März und während der letzten Monate. Wir kämpfen gegen jeden Ausdruck von Chauvinismus und nationaler Unterdrückung, egal ob sie sich gegen Polen und andere eingewanderte Arbeiter in Deutschland richtet oder gegen Juden und Menschen deutscher Abstammung in Polen. Nur die Trotzkisten haben ein Programm, gegen die kapitalistische Konterrevolution und den imperialistischen Krieg zu kämpfen durch die Rückkehr zum authentischen Kommunismus von Rosa Luxemburg und Lenin — dies ist der Kampf für die Verteidigung und die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch sozialistische Revolutionen in der ganzen kapitalistischen Welt. Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei in Polen, Sektion einer wiedergeschaffenen Vierten Internationale.

26. Mai 1990

Eisenbahnerstreik...

Fortsetzung von Seite 5

billigsten Wurst etwa den zweifachen Tageslohn.

Eine 71jährige Frau, die den Streik unterstützt, erzählte verbittert, wie jetzt ihre monatliche Rente von 300000 Zloty (50 DM) kaum die Kosten für Brot und für ihre Wohnung deckt. „[Präsident] Jaruzelski und Walesa haben genug", sagte sie, aber „arme alte Menschen" hungern. Da die Sozialleistungen durch das Austeritätsprogramm kaputt gemacht worden sind, kostete es sie über zwei Millionen Zloty — acht Monate ihrer Rente —, um ihren Mann zu beerdigen, als er vor kurzem starb. Die imperialistische Presse trompetet, daß die landesweiten Kommunalwahlen morgen „Polens erste wirklich freie Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg" seien, doch es ist zu erwarten, daß praktisch die halbe Wählerschaft nicht hingeht. Wie diese Frau sagte: „Es gibt niemanden zu wählen."

Die Eisenbahnarbeiter bestehen darauf, daß ihr Streik kein politischer Streik ist. Nach mehr als 40 Jahren Stalinismus und der Erschütterung von Illusionen in Solidarno£d kann es durchaus sein, daß für viele polnische Arbeiter Politik ein schmutziges Wort ist. Doch wie wir in einem „Brief an die polnischen Arbeiter" (abgedruckt auf Seite 6 auf polnisch und Seite 7 auf deutsch in dieser Ausgabe) schreiben, erfordert der Kampf der Arbeiter „auch ein politisches Verständnis von der bisherigen Entwicklung und ein politisches Programm, das auf den wahren Interessen der *internationalen* Arbeiterklasse basiert".

Der Feldzug zur kapitalistischen Restauration in ganz Osteuropa, eingeleitet von Solidarnos'c, wird Explosionen proletarischen Widerstands auslösen. In den letzten zwei Wochen hat es in der DDR bereits Warnstreiks gegeben, auch bei den Eiscnbahnarbeitern dort, die eine strategische Position haben. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiter überall, und besonders in der DDR, die polnischen Eisenbahnarbeiter unterstützen in ihrem Kampf gegen die prokapitalistische „Schockbehandlung". Sieg dem polnischen Eiscnbahnerstreik!

Unterstüfziingserklärungen und Spenden können geschickt werden an Strajk Komitet, Glowna Stancja, Slupsk, Polen, m

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 3

ner wurde, der zugab, daß er nicht unvoreingenommen sein könnte; und gleichzeitig schloß es elf in Frage kommende Schwarze als Geschworene aus, nur weil die Anklagevertretung es forderte. Die Zeugen machten widersprüchliche Aussagen. Obwohl Mumia danach verlangte, durfte der Bulle, der ihn verhaftet hatte, nicht aussagen. Bei der Urteilsverkündung 1982 vertrat der Ankläger den Standpunkt, daß Mumia zum Tode verurteilt werden muß, einfach wegen seiner politischen Geschichte und Überzeugungen; er behauptete, die frühere Mitgliedschaft von Abu-Jamal in der Black Panther Party und ein 12 Jahre altes Zitat: „politische Macht kommt aus dem Gewehrlauf', würden beweisen, daß er ein entschlossener Polizisten-Mörder sei!

Die Anklage behauptete, Mumia würde „Berufung auf Berufung auf Berufung" kriegen, um die Geschworenen glauben zu machen, daß das Todesurteil nie vollstreckt werde. Doch das Gesuch von Mumia an den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, seine Berufung erneut zu verhandeln, wurde am 26. Januar zurückgewiesen — zum zweiten Mal in weniger als einem Jahr wurde sein rechtlicher Einspruch gegen die rassistische Hexenjagd, die ihn zum Sterben verurteilt hat, vom Gericht abgelehnt. Keine rechtliche Barriere steht heute zwischen Jamal und einer Unterschrift, die der Gouverneur unter den Hinrichtungsbefehl setzen kann.

Der Fall Mumia Abu-Jamal zeigt, worum es bei der Todesstrafe geht. Er entlarvt nicht nur die Barbarei und die willkürliche Grausamkeit dieser äußersten Form von Staatsterror, sondern auch den ihr eigenen Rassismus bei ihrer Anwendung. Wie Mumia schreibt: „Die Todesstrafe in Amerika ist ein Symbol, ein Ritual, ein Relikt aus einer Zeit der totalen Herrschaft des einen Volkes über ein anderes. Darin liegt ihre Anziehungskraft in den USA und im Apartheid-Regime in Südafrika" („Pull the Hood Off the Hangman" [Reißt dem Henker die Kapuze runter] *Workers Vanguard*, Nr. 477, 12. Mai 1989). In beiden Ländern ist die Todesstrafe das Erbe der Rassenunterdrückung, die ganzen Völkern elementare Menschenrechte verweigert und damit den Menschen auf ein Lasttier und auf verfügbares Eigentum seines Herrn reduziert.

1987 gab der Oberste Gerichtshof der USA zu, daß es zwar bei den Todesurteilen eine Diskrepanz gibt, die von der Rasse des Opfers abhängt (verurteilte Mörder von Weißen kriegen immer noch mit einer 4,3mal so hohen Wahrscheinlichkeit die Todesstrafe wie Mörder von Schwarzen), daß ihm das aber im Grunde egal ist! Das Leben von Schwarzen wird von den Herrschern der USA geringgeschätzt. Heute ist jeder Zweite in der Todeszclle ein Schwarzer oder Hispanic, v/ermal so viel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung; zwei Drittel von denen, die wie Mumia in Pennsylvania in der Todeszelle sitzen, sind Schwarze.

Das Partisan Defense Committee führt eine massive Kampagne, um das Leben von Mumia zu retten und die rassistische Todesstrafe abzuschaffen. Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League. Bei einer Kundgebung vom 24. Februar in Atlanta, im Herzen des „TodesgürteP'-Südens, erhoben Gewerkschafter, Studenten und Gegner der Todesstrafe gemeinsam die Forderung: „Stoppt die rassistischen legalen Lynchmorde, weg mit der Todesstrafe!" Die Arbeit des PDC für eine große Anti-Klan-Kundgebung in Atlanta im Januar 1989 hatte die Basis dafür gelegt, daß es bei diesen Militanten den Fall Mumia Abu-Jamal vorbringen konnte.

Die Dringlichkeit des Kampfes, das Leben von Mumia und Hunderte von Gefangenen, die im ganzen Land in der Todeszelle sitzen, zu retten, wurde am 5. März unterstrichen, als der Oberste Gerichtshof der USA neue Gründe dafür bekanntgab, die Berufung auf Bundesebene bei vielen Todeskandidaten ablehnen zu können. Jetzt bringen die Bundesstaaten ihre Tötungsmaschinen wieder auf Touren. In Kalifornien, wo 273 Gefangene in der Todeszelle sitzen, hat der Protest (bis jetzt) die erste Hinrichtung dort seit 1967 blockiert.

Über 12 000 Menschen in der ganzen Welt haben sich in Unterschriftenlisten eingetragen mit der Forderung, daß Mumia nicht hingerichtet werden darf.

Wir bitten unsere Leser eindringlich, sich dem Kampf um die Rettung von Mumia Abu-Jamal anzuschließen. Schreibt an Governor Robert Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, und fordert: „Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!" Stapel des PDC-Rundbriefes *Class-Stniggle Defense Notes*, herausgegeben vom PDC, könnt ihr beim Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) bestellen, um eure Nachbarn, Gewerkschaft oder Studentengruppe auf den Fall Mumia aufmerksam zu machen. Um für diesen dringenden Fall einen Beitrag zu leisten, sendet Spenden an Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung, BfG Hamburg, Konto-Nr. 2501109300, BLZ200101 11, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal", und schreibt an das KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 1748, 2000 Hamburg 11.

Nach Women and Revolution *Nr. 37, Frühjahr*

Grüße von Schwarzen/ Arbeiterkämpfern in den USA

Spenden der LBLSD haben die Reise von Don Alexander (siehe Seite 16) ermöglicht. Hier Auszüge eines Briefes der LBLSD an die Arbeiter der DDR:

Die Labor Black League for Social Defense in den USA ist eine kämpferische Organisation von Werktätigen und Angehörigen unterdrückter Minderheiten, brüderlich verbunden mit der trotzkistischen Spartacist League, der US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Wir versichern Euch: Wir werden gegen unsere eigene Bourgeoisie kämpfen und Euch bcistehen mit all unserer Kraft, um die Restauration des Kapitalismus in der DDR zu verhindern. Wir haben mehrmals gemeinsam mit der Spartacist League und dem Partisan Defense Committee gehandelt, um die Macht der Arbeiterbewegung und der Schwarzen zu mobilisieren, die die Faschisten von der Straße gefegt und die Interessen und das Leben der Unterdrückten verteidigt hat.

Die Imperialisten sind nicht unbesiegbar — die siegreiche Revolution der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen den blutigen US-Imperialismus hat das klar gezeigt. Richtet Eure Hilfsappelle an die amerikanische und internationale Arbeiterklasse bei Eurem Kampf, die imperialistischen Kriegsherren zu besiegen. Ihr steht nicht allein. Brüder und Schwestern: Wir müssen von Euch hören. Dies ist auch unser Kampf. Wir versprechen Euch: Eure Solidaritätsappelle werden gehört und prompt beantwortet.

SPARTAKIST

Schwarzer amerikanischer Trotzkist auf Veranstaltungstour: Für proletarischen Internationalismus!



Workers Vanguard

Washington, November 1982: Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen stoppte Faschisten

„Freie Welt" des verrotteten US-Kapitalismus

Schwarze Arbeiter in Amerika glauben nicht an 'die imperialistische Lüge, daß „Freiheit und Demokratie" Osteuropa erobern, während sie zu Hause rassistischen Polizeiterror, Faschisten, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Angriffe auf Gewerkschaften erleben. Die Imperialisten gieren danach, die Arbeiter in der DDR auszubeuten. Wenn es ihnen gelingt, wird dies auch die Werktätigen in den USA noch tiefer in die Verarmung stürzen.

Don Alexander kommt hierher, um über die brutale Realität der kapitalistischen Ausbeutung und rassistischen Unterdrückung in der „Freien Welt" des amerikanischen Imperialismus zu sprechen. Er wurde während der Kämpfe für die Befreiung der Schwarzen Ende der 60er Jahre politisch aktiv und wurde in den 70er Jahren für das trotzkistische Programm gewonnen. Alexander ist Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. und ein Führungsmitglied der Labor Black League for Social Defense im Gebiet San Francisco (siehe Grüße der LBLSD, Seite 15). Er war ein Organisator von mehreren vom Partisan Defense Committee und der SL/U.S. initiierten Mobilisierungen von Arbeitern/Schwarzen, die Faschistenaufmärsche in Großstädten der USA verhindert haben.

Spartakist-Veranstaltungsreihe im Juni

Berlin
Dienstag, 12. Juni 1990
19.00 Uhr
Humboldt Universität
Hörsaal 2002
Unter den Linden 6
Berlin 1086

Bernburg
Donnerstag, 14. Juni 1990
19.00 Uhr
Jugendklub Zepziger Weg
Zepziger Weg,
Bernburg 4350

Halle
Sonnabend, 16. Juni 1990
17.00 Uhr
Klubhaus der Gewerkschaften
„Hermann Duncker"
Gewerkschaftssaal im Neubau
(4. Stock)
Georg-Schumann-Platz 1, Halle

Eggesin
Sonntag, 17. Juni 1990
10.00 Uhr
Haus der Armee
Eggesin 2112

Rostock
Montag, 18. Juni 1990, 19.00 Uhr
Haus der Demokratie
Ernst-Barlach-Straße, Rostock 2500

Hamburg
Dienstag, 19. Juni 1990, 19.00 Uhr
Curio-Haus
Rothenbaumchaussee 13
2000 Hamburg 13

**Weitere Informationen bei SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026
In Westberlin Tel. (030) 4 92 78 66**

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 73 3. JULI 1990 DM 1,-

Widerstand gegen Viertes Reich muß organisiert werden!

Arbeiter: Entfesselt Eure Macht!

1. JULI - Der „Tag X": Marktwirtschaft zieht ein, die Regale sind jetzt zwar überall in der DDR wieder voll, aber mit Waren, die für viele unbezahlbar geworden sind. In einem Land, wo das Recht auf Arbeit ein Grundrecht war, gibt es schon 130000 Arbeitslose auf der Straße. Hunderttausende weitere sind direkt bedroht. Zuerst werden Frauen und immigrierte Arbeiter entlassen; Zehntausende von diesen wurden schon gekündigt und sind von sofortiger Deportation bedroht. Die bürgerliche Presse sagt zwischen 2,5 und 4 Millionen Arbeitslose voraus, bis zu einem Drittel der Arbeiterklasse. „Freiheit" heißt, daß Buchläden ihre Bücher und Schallplatten *weggeschmissen* haben. Bei vielen wurde die Erinnerung an Nazi-Bücherverbrennungen wach. Nazi/Skinheads laufen Amok und überfallen eingewanderte Arbeiter und andere Minderheiten. Am 23. Juni gab es in Ostberlin einen massiven Polizeieinsatz, um von Nazis besetzte Häuser vor antifaschistischen Demonstranten zu schützen.

Für die Arbeiter wird der DM-Rausch zunehmend zu einem Alptraum, und sie fangen an zu kämpfen. Letzte Woche umstellten 3000 Streikende von der Stadtreinigung tagelang das Rote Rathaus in Ostberlin mit einer Wagenburg aus Hunderten von Müllwagen. Sie zeigten ihre Klassenmacht und gewannen eine Lohnerhöhung von 33 Prozent. Sie verlangten gleiche Bezahlung wie in Westberlin. *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* ist eine grundlegende Forderung, die die Ausbeutung der DDR als Billiglohnland bekämpft und dadurch ost- und westdeutsche Arbeiter im Kampf vereinen kann. Sogar als die Müllberge in den Straßen zu stinken anfingen, war der Streik weitgehend populär. Die BVB-Nahverkehrsarbeiter drohten, in Solidarität mitzustreiken, wenn sie ihre Forderung nicht durchsetzten.

In Rostock, wo der Schiffbau völlig vernichtet werden soll, beteiligten sich vor der Neptun-Werft 10 000 Metall- und Werftarbeiter an einer Kundgebung gegen die Entlassungen. In Sangerhausen traten 6000 Bergleute in Warnstreik. Alle sind von Entlassung bedroht, und das Kupferbergwerk soll geschlossen werden. Zuerst hatte es Versprechungen über „Umschulung" gegeben, doch die Arbeiter sollen einfach auf den Müll geworfen werden. (Auch die Arbeiter im Ruhrpott können darüber ein Lied singen!) Die DDR-Arbeiter fangen an, Entschlossenheit zu zeigen, ihre Arbeitsplätze und ihr Leben zu verteidigen. Diese Kämpfe müssen organisiert und zusammengefaßt werden! Notwendig ist eine revolutionäre, wirklich leninistische Partei, um diese Kämpfe auszuweiten und zum Sieg zu führen. Für den Aufbau dieser Partei kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Die Volkskammerwahlen waren ein verzerrtes Referendum über die weitere Existenz der DDR. Die SpAD war

Fortgesetzt auf Seite 4

Schluß mit Hexenjagd gegen Ex-RAF!

Regierung und Medien in Ost und West entfesselten im Gleichschritt eine Hexenjagd, die den Anschluß der DDR begleitet. DDR-Innenminister Diestel verkündete die Verhaftung des ehemaligen RAF-Mitglieds Susanne Albrecht und prangerte eine angebliche „teuflische Verbindung" von RAF und Stasi an. BRD-Innenminister Schäuble kündigte Ermittlungen an gegen Honecker, gegen den ehemaligen MfS-Chef Mielke und selbst gegen Ex-Spionagechef Markus Wolf wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". In den darauffolgenden Tagen wurden weitere ehemalige Mitglieder der Roten Armee Fraktion in verschiedenen Städten der DDR verhaftet, wo sie seit Jahren ein normales Leben geführt hatten.

Der Zweck dieser Offensive ist es, die DDR als kriminellen Staat zu brandmarken. Allen, die mit diesem Staat zu tun hatten, besonders Mitgliedern der ehemaligen SED, droht eine Hexenjagd auf alle Roten, Entlassung und Schlimmeres. Und mit dem Vorwärtsschreiten des Vierten Reichs wird eine Atmosphäre des Denunziantentums geschaffen, die an die ersten Tage des Dritten Reichs erinnert. Aber nicht alle sind hypnotisiert wie das Kaninchen vor der Schlange, die es verschlingen will. Am 16. Juni bei der Demonstration zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung in Ostberlin bekam eine Sprecherin der SpAD Applaus, als sie die sofortige Freilassung der ehemaligen RAF-Mitglieder Susanne Albrecht und Inge Viett forderte: „Der Beschnüffelungs- und Polizeistaatsterror von Diestel muß gestoppt werden, seine Hexenjagd gegen die RAF-Genossen richtet sich gegen alle Kämpfer und Aktivisten für die Rechte der Unterdrückten, um alle, die gegen den kapitalistischen Anschluß kämpfen, zu verfolgen und zu kriminalisieren."

Mitte der 70er Jahre bedeutete die „Antiterroristen"-

Fortgesetzt auf Seite 8

Briefwechsel mit KPD über Pseudoeinheit der Pseudolinken u. ä. m,.

Liebe Genossen der SpAD Lpz, den 11.06.90

Zu Eurem Brief des Genossen Toralf Endruweit an uns; müssen wir doch auf einige sachliche Fehler hinweisen. Ich habe selber mit einigen Eurer Genossen diskutiert, die uns vorwarfen Komplizen des Kapital zu sein. Warum? Weil wir Waffengewalt gegen das Volk, das die D-Mark will, ablehnten und auch heute noch ablehnen. Auch wenn wir selber gegen jede Art des Kapitalismus und gegen ein viertes Reich sind.

Als zweites, die KPD macht ihre Haltung nicht an Personen fest, sondern an dem kommunistischen und humanistischen Idealen und am Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung, auch wenn diese weiterentwikkelt werden muß.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß wir uns natürlich zu unserer Vergangenheit bekennen, d.h. zu den Begründern der KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch zu Levi, Hoelz, Thälmann und den vielen anderen, und das heißt auch, daß wir uns kritisch mit ihnen auseinandersetzen, ebenso wie mit Marx, Engels, Lenin, Bucharin, Stalin, Trotzki u.s.w. Alle Namen lassen sich hier sicher nicht nennen, obwohl heute fast jeder von ihnen mit einem eigenem „ismus" versorgt wird. Auch ein Grund für die Spaltung der Linken!

Aber wir sind natürlich gern bereit auch weiterhin mit Euch zu diskutieren, um über den sachlichen Meinungsstreit zur Zusammenarbeit zu finden.

Die Spaltung der Linken muß überwunden werden!

Jörn Walenta, Vors. d. KPD BL Lpz

PS. Anbei schicken wir Euch eine Einschätzung zum „Spartakist"

M., den 31.5.90

Einschätzungen der Nr. 69 und 70 „Spartakist": Zum größten Teil richtige Darstellung politischer Fragen. Kontaktversuche sollten nicht abgelehnt, sondern aufgegriffen werden. Hervorzuheben sind besonders die sachliche Position und die Fähigkeit zu einer richtigen Analyse und einer korrekten Diagnose. Schwächer und nicht ohne politische Fehler ist die Beschreibung und Begründung der erforderlichen Handlungen und Maßnahmen. Hier zeigen sich Ansätze zum Radikalismus.

Nr. 69 - „Vorstoß zum Vierten Reich": Wie soll die Forderung erfüllt werden, daß die *Arbeiter der DDR* (zu einem Streik bei Opel Rüsselsheim) *Solidaritätsdelegationen schicken".* (Wer bezahlt die Fahrt und die Lebenskosten dieser Delegationen.)

Lafontaine als *„offen arbeiterfeindlich"* zu bezeichnen, ist strittig!

Es kommt nicht darauf an, gegenwärtig *„die Produktion zu sabotieren".*

Wie soll die Bildung von *„Arbeiterselbstverteidigungsgruppen"* organisiert werden. Es ist eine Fehleinschätzung, anzunehmen, daß sich *„Mitglieder der VP und NVA"* solchen Gruppen anschließen.

„Keine Entlassungen": Das Problem ist ernster als dargestellt. Die Ursachen der Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland liegen tiefer. Sie wird im Schwergewicht die Vietnamesen treffen: Die Vietnamesen sind keine Türken, keine Italiener, keine Jugoslawen, sondern Angehörige eines Volkes, das dem größten und stärksten Staat des Imperialismus, den USA, die größte militärische Niederlage brachte. Das vergessen die USA und die in Abhängigkeit von ihnen wirkenden Kräfte nicht. Das ist der Grund, deshalb auch die Angriffe der Sturmtruppe des Imperialismus, der Skin-Heads, auf Vietnamesen.

Das Titelblatt zu Nr. 4 [gemeint ist Nr. 68] „Spartakist" — *„Gorbatschow beugt sich einem 4. Reich" ist grundfalsch.*

Beitrag „Rote 1848er": Sehr gut, sachlich, historisch genau!

„Frauenrechte": Im Prinzip richtige Ausführungen, aber man sollte nicht für die Nachtschichtarbeit für Frauen plädieren. Die Auswirkungen auf die gesamte Familie, besonders die Kinder, werden hier nicht ausreichend beachtet.

„Stalin/Thälmann": Absolute Zustimmung! Die Rolle Thälmanns wird richtig eingeschätzt. Auch die Ausführungen über „Deutschland einig Vaterland" sind richtig. Falsch ist jedoch die Aussage, daß die Theorie von „Sozialismus in einem Lande" von Stalin stammt. Es ist eine Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin, der damit die falsche Forderung nach der Weltrevolution korrigierte.

„Kopfsteuer-Revolte": Konkrete, richtige Darstellung!

Nr. 70 — Alle Beiträge sind gut, besonders die Fortsetzung von „Stalin/Thälmann"

O. Smolik

Spartakist antwortet:

Wir begrüßen Briefe wie diesen, die wir von Mitgliedern und Ortsverbänden der KPD bekommen haben, ebenso wie die Debatte mit der Zentrale der KPD, die jetzt am 21. Juli in Berlin stattfinden wird; denn dies ermöglicht den Meinungsaustausch im Interesse einer politischen Klärung. Heute ist das besonders wichtig, wo die stalinistischen Regime in ganz Osteuropa zusammenbrechen und der Imperialismus in die Offensive gegangen ist.

Fortgesetzt auf Seite 6

SPARTAKIST


herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (040)330154

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,—
Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR

ISSN 0173-7430

Nr. 73 **3. Juli 1990**

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Rettet Mumia Abu-Jamal!



Auf der ganzen Welt werden sich in vielen Städten Gegner der rassistischen Todesstrafe versammeln, um das Leben des schwarzen Journalisten und früheren Black Panthers Mumia Abu-Jamal zu retten, einen von der Todesstrafe bedrohten politischen Gefangenen in Huntingdon, Pennsylvania. Beginnend mit dem 28. Juni in New York und abschließend am 14. Juli in Chicago, Oakland und in Jamals Heimatstadt Philadelphia werden Kundgebungen stattfinden, u. a. Demonstrationen und Protestaktionen vor USA-Botschaften und Konsulaten in Europa und auch in Australien. Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zu Protestdemonstrationen auf am 3. Juli in Hamburg, vor dem USA-Generalkonsulat, Alsterufer 27-28 und in Berlin, DDR, vor der USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der Werktätigen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Sammelt Unterschriften für die Protest-Resolutionen, wendet Euch an eure Gewerkschaften und alle Feinde des rassistischen Terrors, um Unterstützung für diese Kampagne zu organisieren. Schickt Proteste an: Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11, Tel. (040)323644, in Berlin (030) 4 92 78 66. Spendet: Konto Werner Brand, KfsV, BfG Hamburg, Kontonummer 2501109300, BLZ 20010111, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal".

Internationale Protestkampagne

Paris	London	New York	Chicago	Sydney
Freitag, 29. Juni	Freitag, 6. Juli	Donnerstag, 28. Juni	Sonnabend, 14. Juli	Donnerstag, 12. Juli

Berlin, DDR	Hamburg
3. Juli, 16.00 Uhr	**3. Juli, 16.00 Uhr**
USA-Botschaft, Neustädtische Kirchstr. 4-5	USA-Generalkonsulat, Alsterufer **27-28**

Auswahl der bisherigen Unterstützer in DDR und BRD

ADA-Antifa, Westberlin
Ag Internationalismus in der Volksfront Westberlin
Volker Alberti, WN*, ÖTV*, Hamburg
Amerika Gegeninformalionspresse (Agipa-Press), Bremen
Joe Anamoa-Wallace, Ghana Burg e.V.*, Hamburg
Antifa e.V. Ortsgruppe Rostock
Antirepressionsplenum Kassel
Arbeitermacht
Arbeitskreis Ausländerpolitik, Neumünster
AStA der FU Berlin
Befreiungspartei Kurdistans (RIZGARI)
Lothar Bisky, Professor an der HFF, Berlin
Rainer Börner, Mitglied des Präsidiums der PDS*, Berlin
Safter Cinar, 2.Vorsitzender der GEW Westberlin*
Devrimci Isci, Hamburg
Dünya Dogan, Betriebsratsvorsitzender Fa. Hamester*, Hamburg
Thomas Ebermann, Hamburg
Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Medien (BRD)*
Freie Deutsche Jugend, Bezirksvorstand Rostock
GAL Hamburg
Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V., Hamburg
Gruppe IV. Internationale
Bernt Kamin, ÖTV*, Vertrauensleutesprecher Gesamthafenbetrieb Hamburg*
Ingrid Klein, Journalistin, KONKRET*, Hamburg
Thomas Klein, VL*, Abgeordneter der AVL*, Berlin
Uwe Körner, LBZ Vorsitzender der IG Medien*, Hamburg
Dietmar Koschmieder, Sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere*, Stuttgart
KPD
Verena Krieger, Die Grünen*, Köln
Kulturzentrum, Hamburg
Ruth Martin, Vorsitzende der Gewerkschaft Kunst, Kultur, Medien (DDR)*
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Hamburg
Hans Modrow, PDS*, Berlin
Harald Müller, Journalist DT64, Berlin
Wolfgang Naujoks, ÖTV*, Vertrauensmann Gesamthafenbetrieb Hamburg*
Jens Reich, Berlin
Reinhard Schult, Neues Forum*, Mitglied des Arbeitsausschusses*, Berlin
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Türkenzentrum, Westberlin
UFV (Unabhängiger Frauen Verband), Frauengruppe Hellersdorf
Volkshaus der Türkei, Hamburg
WN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Bremen
Jürgen Zühlsdorff, Sekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoff*, Hamburg

*Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

die einzige Organisation, die auf Basis eines klaren „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" kandidierte. Aber bei den Wahlen am 18. März siegte der Gewaltmarsch hin zu einem Vierten Reich. Der deutsche Imperialismus will innerhalb kürzester Zeit die Errungenschaften des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats zertrümmern, der auf dem Sieg der Roten Armee über die Nazis aufgebaut wurde. Der „Staatsvertrag" verlangt, das produktive Vermögen des Landes an die Bourgeoisie von Auschwitz zurückzugeben.

Der einzige Unterschied zwischen Kohl und der SPD über den Anschluß war: wie schnell? Kohl dachte, er könnte den Anschluß durchrammen, bevor es den Arbeitern dämmerte, was ihnen geschah. Aber zuerst will die SPD die Arbeiterklasse *politisch* säubern und fesseln. Als die PDS-Bürokratie vor Bonns Propagandabombardement voll in die Knie gegangen war, waren es die SPD-Bluthunde, die auf der Enteignung des PDS-Vermögens bestanden. Wir verteidigen die PDS gegen diese Angriffe. Das „Parteiengesetz", das verabschiedet wurde, um Jagd auf die PDS zu machen, von einer Regierung in einem fortgeschrittenen Stadium der Auflösung, muß entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden. Soll dieses absurde Gleichschaltungsgesetz auch auf Parteien in der BRD angewendet werden? Wird auch die CDU belangt, die ihren Anschluß-Propagandablitz mit 25 Millionen D-Mark aus dem Staatshaushalt finanzierte?

Zielscheibe der großangelegten Hexenjagd ist nicht nur die PDS, sondern *die Arbeiterklasse insgesamt.* Die SPD-geführte DGB-Bürokratie forderte zuerst die Auflösung des FDGB, und die FDGB-Spitze kroch zu Kreuze. Die DGB-Spitze führt die Regie über die völlige Enteignung der FDGB-Gewerkschaften und die „komplette Entsorgung", d.h. die restlose Entlassung aller ehemaligen FDGB-Funktionäre. Erst gesäubert von „kommunistischer Unterwanderung" dürfen sie en bloc in den DGB übernommen werden.

Am 1. Juli werden alle früheren Verträge zwischen dem FDGB und den VEB-Leitungen außer Kraft gesetzt. Jetzt sollen die Arbeiter völlig führungslos gelassen werden — bei Massenentlassungen und antikommunistischer Hexenjagd; dabei wissen sie noch nicht einmal, wer ihren Betrieb besitzen wird. Der DGB will Betriebsräte wählen lassen, wie sie in der BRD existieren. Das heißt: auch die DDR-Arbeiter sollen Zwangsjacke und Maulkorb kriegen, damit die „Firmeninteressen" (d.h. die Interessen des Kapitals) gesichert werden! Und tatsächlich: neu gewählte Betriebsräte in DDR-Betrieben haben bereits begonnen, *selbst* antikommunistische Säuberungen und Massenentlassungen zu beschließen!

In der BRD hat die CDU versucht, die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen als Volksabstimmungen über die schnelle kapitalistische Einheit zu benutzen ... und verlor. Eine Menge westdeutscher Arbeiter wissen, daß sie für eine kapitalistische Wiedervereinigung bezahlen werden, und Bundesbank-Zar Pöhl redet schon über eine Steuererhöhung. Die Warnstreiks bei Metall, Druck und Post zeigten, daß die westdeutschen Arbeiter, besonders ihr strategischer Anteil an eingewanderten Arbeitern, kämpfen wollen. Es ist der Würgegriff ihrer SPD/DGB-Führung, die sie davon zurückhält. Und im Frühjahr war die größte Sorge der DGB-Bürokraten, daß auch *nichts* dem Marsch in die Wiedervereinigung in die Quere kommt.

Zwar wird die PDS selbst gejagt und verfolgt, doch sie bietet sich als die loyale reformistische Partei eines Vierten Reichs an. Ihre Führung erklärt, sie verstehe sich nicht „als Sand im Getriebe der deutschen Einheit", sondern sie bestehe darauf, den Anschluß „mitzugestalten" *(Neues Deutschland,* 21. Juni)! So knickt sie jetzt — gerade nach den tagelangen Protesten Tausender Berliner Werktätiger — vor dem Gesetz ein, das ihre eigenen Leute unter dem Vorwand der „Kompetenz" aus dem öffentlichen Dienst hinaussäubern wird.

Gorbatschow und Hans „einig Vaterland" Modrow gaben dem deutschen Revanchismus das grüne Licht für die kapitalistische Wiedereroberung der DDR. Aber wenn der Kreml die NATO-Imperialisten beschwichtigt, steigert dies ihre Gelüste, die Sowjetunion selbst zurückzuerobern, nur noch mehr. Von Washington bis Bonn betonen die kapitalistischen Herrscher, daß die NATO bis an die polnische Grenze vorrückt. Sie versuchen, dies an Moskau zu verkaufen mit dem Angebot eines neuen „Nichtangriffspakts"! Aber wer in der Sowjetunion kann die schrecklichen Konsequenzen vergessen, die Stalins Vertrauen in den letzten „Nichtangriffspakt" mit dem imperialistischen Deutschland bedeuteten? Gleichzeitig bekräftigt die NATO ihre Doktrin des atomaren Erstschlags gegen die UdSSR.

Gegenwärtig kann die weitere Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR für die Arbeiter kostbare Zeit gewinnen, um Widerstand gegen ein Viertes Reich zu organisieren. Viele im sowjetischen Oberkommando haben nicht vergessen, mit welchen Opfern die UdSSR Hitlers Reich zerschlug.

Jetzt, wo Arbeitern in einem Betrieb nach dem anderen Schließungen und Massenentlassungen drohen, sehen sie nicht, wie sie dem alleine widerstehen können. Doch gemeinsam sind wir stark! Wenn es heute in der DDR eine kämpferische proletarische Massenführung gäbe, würde sie nicht nur die Kämpfe organisieren zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Existenz der Arbeiter, sondern sich die Sache *aller* Unterdrückten zu eigen machen. Ein erster Schritt, um in der DDR den klassenkämpferischen Widerstand zu organisieren und auszuweiten, könnte ein Kongreß sein, der die Werktätigen und Vertreter aller anderen Opfer der kapitalistischen Wiedervereinigung vereinigt: eingewanderte Arbeiter, die von faschistischem Terror, Entlassung und Abschiebung bedroht sind; die Rentner mit ihren Hungerrenten; berufstätige Mütter ohne Kinderbetreuung; Genossenschaftsbauern, die vor dem Nichts stehen; Tausende von Kunstschaffenden, die auf die Straße geworfen werden; Jugendliche ohne eine Zukunft.

Die Hennigsdorfer Stahlarbeiter forderten am 28. Juni bei einer Demonstration in Ludwigsfelde die „Erhaltung unserer Reallöhne!" Viele Arbeiter erinnern sich an die Forderung der Hennigsdorfer am 17. Juni 1953 nach einer Metallarbeiterregierung, als die ostdeutschen Arbeiter sich als die ersten in Osteuropa gegen ihre stalinistischen Irreführer erhoben. Um ihre Errungenschaften zu verteidigen, müssen die Arbeiter um die politische Macht kämpfen. Heute ist das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse engstens verknüpft mit dem der polnischen und sowjetischen. Für die polnischen Arbeiter, die heute gegen die vom Internationalen Währungsfonds angeordnete „Schockbehandlung" den Kampf aufgenommen haben, sowie für die unter Gorbatschows wackligen „Marktreformen" leidenden sowjetischen Arbeiter wird die deutsche Währungsunion noch mehr Elend bringen. Kämpferischer proletarischer Widerstand würde Schockwellen von Berlin bis zum Ural auslösen. Für die internationalistische Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!«

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Streik bei VEB Stern-Radio
Marktwirtschaft bringt Misere

Dank der stalinistischen Abschottungspolitik war unser Betrieb Stern-Radio schon bei Eröffnung am ersten Produktionstag zehn Jahre hinter der japanischen Technik zurück. Nichtsdestotrotz versorgte er über 3000 Kollegen mit Arbeit. Am 18. März, nach einer massiven Destabilisierungskampagne des Westens, sahen viele Kollegen bei Stern und anderen Betrieben keinen besseren Ausweg als die D-Mark. Erst neulich haben wir erfahren, daß kein Kapitalist unseren Betrieb kaufen will, den der Direktor nach den Gesetzen der konterrevolutionären De-Maziere-Regierung zum Verkauf freigegeben hatte. Warum?

Stern-Radio wäre so unprofitabel, daß kein Käufer unseren Schweiß in sein Gold umwandeln könnte. Wirtschaftsstadtrat Elmar Pierroth sagte, der Betrieb sei nur noch für Büro- und Lagerräume geeignet. Einige Kapitalisten und der Betriebsdirektor haben schon angefangen, unsere Fabrik in Kleinholz aufzustückeln. Während zwei der am wenigsten unprofitablen Abteilungen „Partner aus dem Westen gefunden" zu haben scheinen, wartet der Rest von uns, in einigen Abteilungen mit sehr wenig Beschäftigung, auf den Tag X. Dies sind die „Konzepte", die der BGL-Vorsitzende Bojahr auf der letzten Belegschaftsversammlung angepriesen hat.

Wie viele andere Arbeiter in der DDR, deren Arbeitsplätze jetzt gefährdet sind, hatten auch die Kollegen von der Laufwerksmontage die Nase voll. Am 18. Juni 1990 riefen sie zum Streik auf. Fast niemand der Kollegen bei Stern hat jemals Erfahrungen in" einem Streik gemacht. Es war sonderbar, die anderen Abteilungen arbeiten zu sehen, während die Kollegen aus dem Laufwerk draußen waren und in die Kamera des „Sender Freies Berlin" sprachen. Es ist ein althergebrachtes und erkämpftes Prinzip von Arbeitern auf der ganzen Welt, daß *niemand* in einem bestreikten Betrieb arbeitet.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit überall hat jeder bei SRB (Stern-Radio Berlin) gute Gründe, jetzt zu den machtvollsten Waffen der Arbeiterklasse zurückzukehren: Streiks, Fabrikbesetzungen, gewählte Fabrikkomitees. Einige Kollegen jedoch hatten falsche Beweggründe für den Streik. Auf einem ihrer Plakate stand: „Arbeitslose Nein! GmbH Ja!" Nur, als er gefragt wurde, was GmbH bedeutet, antwortete einer der Kollegen: „Keine Ahnung."

Zu fordern, daß ein VEB durch eine GmbH ersetzt wird — eine reaktionäre Forderung für Privatisierung — , bedeutet, darauf zu dringen, etwas wegzugeben, daß Dir gehört, und den neuen Besitzer anzuflehen, laß mich bis zum Umfallen arbeiten, laß mich hungern, werf mich auf die Straße. Es bedeutet, darum zu bitten, ein Sklave zu sein. Kein denkender Arbeiter möchte in eine solche Falle tappen.

Die Kapitalisten haben 400 Jahre Erfahrung darin, die Arbeiterklasse zu spalten und handlungsunfähig zu halten. Eine ihrer beliebtesten Taktiken ist es, Rassismus und Nationalismus zu benutzen, um uns auseinanderzubringen (siehe den Bericht aus VEB Stern-Radio, *Spartakist* Nr. 69, 24. April). Viele der vietnamesischen Kollegen sind bereits weg, was einen natürlich darüber nachdenken läßt, was wohl für die dableibenden deutschen Arbeiter geplant ist. Dieser Trick mit der GmbH funktioniert genauso. „Eure Abteilung ist etwas besonderes", erzählen sie der Plaste- und Metallverarbeitung. „Ihr behaltet Eure Arbeitsplätze und werdet nur eine kleine Lohneinbuße haben, während der Rest auf die Straße fliegt." Die grausame Wahrheit ist, daß die „Partner" soviel aus den Resten von Stern herauspressen werden, wie sie können, um sie dann wie eine ausgepreßte Zitrone wegzuwerfen.

Die Zeitbombe tickt. Statt zu Pierroth zu laufen und um ein wirtschaftliches Wunder zu betteln, sollten wir die Betriebe besetzen und Delegierte wählen, die gemeinsam mit Vertretern anderer Betriebe — Bergmann-Borsig z.B. und die Reichsbahn, wo es schon Warnstreiks gegeben hat — den Widerstand organisieren. Fordert das Recht auf Arbeit zurück und fordert das gleiche Recht auch für die ausländischen Kollegen!

Die Zukunft, die die Kapitalisten für die Stern-Arbeiter im Auge haben, ist nur ein Vorgeschmack des Elends, das ein Viertes Reich für alle bedeuten würde. Hundert Kilometer weiter östlich wissen unsere Klassenbrüder in Polen dies nur zu gut. Dort, wo die IWF-„Schockbehandlung", die Privatisierung durch die SolidarnoSc-Regierung, zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat, haben die Eisenbahner letzten Monat einen Streik durchgeführt, um die polnischen Häfen *dichtzumachen,* und haben die gewaltigen Muskeln der Arbeiterklasse spielen lassen.

Rostock: Arbeiter gegen Entlassungen

In Rostock, wo Tausende Entlassungen erwartet werden, beginnt sich der Arbeiterwiderstand zu regen. Am 25. Juni versammelten sich 10 000 Metallarbeiter der Neptun-Werft vor dem Haupttor ihres Schiffbaubetriebes. Viele davon kamen direkt von der Schicht in Arbeitsanzügen und mit Schutzhelmen, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Von den 55 000 Arbeitsplätzen des DDR-Schiffbaus sind 10000 direkt bedroht. Mehrere Redner kündigten auf der Kundgebung Widerstand gegen den Beschluß der Volkskammer an, demzufolge schnellstens provisorische Betriebsräte gewählt werden sollen, um damit den gewerkschaftlichen Einfluß zurückzudrängen. „In Wirklichkeit soll die Urlaubszeit genutzt werden, um viele auszugrenzen, die gewählten BGL zu .kippen'", sagte IG-Metallvorsitzender Hartwig Bugiel. Um ihre Profitgier zu befriedigen und Massenentlassungen durchzudrücken, wollen die Kapitalisten alle Aktivisten feuern, die zur Verteidigung der Arbeiter aufrufen.

Auch im Überseehafen Rostock sind Massenentlassungen angekündigt und sollen nach der Währungsunion durchgeführt werden. Zuerst werden die Frauen und ausländischen Kollegen betroffen sein. Die Frauen sollen zurück zu „Kinder, Küche, Kirche" gestoßen werden, zu diesem Zweck werden ja gerade die Kindergärten geschlossen bzw. unbezahlbar. Und wenn es nach den Kapitalisten geht, dürfen die Frauen als „Touristenführerinnen" sie vielleicht noch am Strand bedienen (und ihnen ihre ehemaligen Arbeitsplätze zeigen). Während noch viele hoffen, daß es sie nicht betreffen wird oder daß sie genug Arbeitslosenunterstützung bekommen, um ein leichtes Leben in „Freiheit" führen zu können, macht sich doch schon Ernüchterung breit, und es wird klar, daß die Währungsunion eine „Lohnraubunion" ist.

Fortgesetzt auf Seite 6

Rostock...

Fortsetzung von Seite 5

Nicht nur die Kapitalisten, auch die Führungen der Gewerkschaften wollen glauben machen, Massenentlassungen müßten sein, und es sei sowieso alles nicht so schlimm. Die Gewerkschaft im Überseehafen hat nun statt gegen die Entlassungen zu kämpfen nur Kündigungsfristen ausgehandelt und der Wahl zum Betriebsrat zugestimmt. Betriebsräte sind verpflichtet zur „Schweigepflicht" gegenüber den Arbeitern und zur Wahrung des „Betriebsfriedens".

Bei der Organisierung der Rostocker Spartakist-Veranstaltung mit dem amerikanischen schwarzen Trotzkisten Don Alexander haben Genossen mit vielen Arbeitern und Gewerkschaftern im Rostocker Hafen gesprochen. Bei der Diskussion auf der Veranstaltung meldete sich auch ein Hamburger Hafenarbeiter zu Wort: „Ich finde dieses Betriebsverfassungsgesetz zum Kotzen! Es ist eine Zwangsjacke für Arbeiter. Es ist ganz klar, was das bedeutet: Kapitalisten ja. Betriebsräte ja. Aber Gewerkschaften bitte nein! Und Ihr wollt sagen, es gäbe keine andere Wahl? Und wenn Ihr dann streiken wollt, und Delegationen an eure westdeutschen Kollegen schicken wollt, nee, das geht nicht mit dem Betriebsverfassungsgesetz."

Der Vorsitzende der IG Metall Hartwig Bugiel erklärte, man müsse „der Marktwirtschaft das Soziale abringen". Nun, wenn man nur versucht, an der Marktwirtschaft herumzudoktern und sie „besser" zu machen, wird man bald auf der Seite der Kapitalisten stehen, die Arbeiter verraten und Niederlagen erleiden. Es gibt aber ein Programm, Marktwirtschaft und Kapitalismus abzuschaffen, und eine Arbeiterdemokratie zu errichten, in der es keine Arbeitslosigkeit, keine Bosse, keine Unterdrückung der Frau und keine Repressalien gegen die eingewanderten Kollegen geben wird. Und für dieses Programm kämpfen die Spartakisten.

Proteststreik der NVA-Ehrenwache gegen Reps

Ausgerechnet am 17. Juni, dem Tag des Arbeiteraufstands gegen die stalinistische Bürokratie, kamen Republikaner-Nazis mit einem Kranz mit der Aufschrift „Für die Opfer des Stalinismus" zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus. Gegen diese ungeheuerliche Provokation setzten sich die Wachsoldaten der NVA-Ehrengarde zur Wehr. Der diensthabende NVA-Soldat versuchte zuerst, den Kranz wieder loszuwerden. Als die umstehenden Volkspolizisten sich feige aus der Sache heraushielten, trat die NVA-Ehrenwache geschlossen in Streik, bis der Kranz zwei Tage später beseitigt war. Noch besser wäre es gewesen, den Nazis gleich vor Ort eine tüchtige Lehre zu erteilen. Die SpAD überbrachte Solidaritätsgrüße, die wir nachfolgend abdrucken.

Berlin, 18. Juni — Wir teilen Eure berechtigte Empörung über die Provokation der faschistischen Republikaner am 17. Juni am Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus. 20 Millionen sowjetische Bürger sind im Kampf, Osteuropa von der Pest des Hitler-Faschismus zu befreien, gefallen. Sechs Millionen Juden wurden in den Todeslagern von den Nazis ermordet. Heute sind die Republikaner und ihre faschistischen Ableger die Schocktruppen für den Drang des westdeutschen Kapitals, ein Viertes Reich zu errichten, das diese Befreiung umkehren will. Die Parteien des Vierten Reichs, von den Republikanern zur CDU bis zur SPD und den Grünen, haben versucht, den 17. Juni 1953, den Tag der ostdeutschen Werktätigen, die sich gegen die stalinistische Mißwirtschaft erhoben haben, als Tag des großdeutschen Revanchismus zu vereinnahmen. Aber es sind die Werktätigen in Ost- und Westdeutschland, die die Macht haben — und die Verpflichtung, wenn es eine Zukunft für die Menschheit geben soll —, die Opfer des Faschismus zu ehren, indem sie die heutigen Nazis von den Straßen räumen und all ihre beabsichtigten Opfer verteidigen.»

Briefwechsel mit KPD...

Fortsetzung von Seite 2

Auch haben wir die Einheit in der Aktion gesucht zur Verteidigung der Arbeiterklasse, zum Beispiel bei der Demonstration vor der Volkskammer gegen das Gesetz zur Privatisierung Anfang März. Und bei den Wahlen am 18. März haben wir vorgeschlagen, daß wir in den Wahlbezirken, in denen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands keine Kandidaten aufstellt, zur Wahl für diejenigen Organisationen oder Kandidaten aufrufen, die schriftlich eine klare Position gegen die kapitalistische Wiedervereinigung einnehmen. Wir haben uns mit diesem Vorschlag direkt an die KPD gewandt, nachdem ihre Kandidaten in Halle bürokratisch von der Wahl ausgeschlossen wurden, wogegen die SpAD protestiert hat. In beiden Fällen hat die Führung der KPD unsere Vorschläge jedoch zurückgewiesen.

Nein, Genosse Walenta, unsere Differenzen mit der KPD bestehen nicht über die Frage der gewalttätigen Unterdrückung des „Volks", das zur D-Mark gepeitscht wurde. Zu behaupten, daß unsere Opposition gegen die imperialistische Wiedervereinigung irgendwie bedeutet, zu einem Militärputsch aufzurufen, heißt, jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Angriff des Kapitals auszuschließen. Diese absurde Behauptung versucht nur, die wirklichen Fragen zu verschleiern. Unsere Differenzen liegen vielmehr in der Tatsache, daß selbst diejenigen in der KPD, die sich gegen ein Viertes Reich wehren wollen, noch nicht mit der stalinistischen Ideologie des „Sozialismus in einem Land" und der Volksfrontpolitik gebrochen haben. Und deshalb sind sie im besten Fall programmatisch entwaffnet angesichts des imperialistischen Vorstoßes in Richtung Großdeutschland.

Die leninistische Einheitsfront — getrennt marschieren unter dem eigenen Banner und gemeinsam losschlagen gegen den Klassenfeind — unterscheidet sich grundlegend von der Forderung der KPD nach „Einheit der Linken", die versucht, den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner zu finden und einen Nichtangriffspakt zustandezubringen, was programmatischer Klarheit entgegensteht. Wenn die KPD heute von „Einheit der demokratischen Kräfte" redet (zum Beispiel bei den Kommunalwahlen im Mai), folgt sie Stalins Politik der „Volksfront", die durch das Abwürgen der proletarischen Revolution den Weg bereitet hat für den Sieg der Reaktion in Spanien Ende der 30er Jahre sowie in Chile in den 70er Jahren. In der DDR 1990 bedeutete „Einheit der Linken", den *Anschluß* an Westdeutschland zu akzeptieren. Wir haben klar gegen diese Konterrevolution Stellung bezogen, während die KPD drumherum geredet und sich geweigert hat, kategorisch „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu sagen.

Genosse Walenta bezieht sich auf Luxemburg und Liebknecht, aber auf der Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands bemerkte Luxemburg: „Die Idee der Vereinigung der verschiedenen sozialisti-

sehen Strömungen ... das war das Motto der Revolution vom 9. November — eine Illusion, die sich blutig rächen sollte..." Damit meinte sie nicht nur die Scheidemanns und Noskes der SPD. Sie ging nicht weniger hart mit der zentristischen USPD von Haase u. a. ins Gericht, die versuchten, ein Plätzchen in der Mitte zwischen Reform und Revolution zu finden.

Die Gründung der KPD im Jahre 1919 war die verspätete Anerkennung der Tatsache, daß eine Avantgardepartei notwendig ist, wie sie die Bolschewiki in Rußland geschmiedet hatten. Indem Lenin die „Einheit" mit den sozialpatriotischen Verrätern zurückwies, die die Arbeiter 1914 in das gegenseitige Gemetzel des imperialistischen Weltkriegs führten, verallgemeinerte er seinen Bruch mit den Menschewiki im Weltmaßstab: In dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist es unmöglich, daß Revolutionäre und Reformisten in derselben Partei bleiben. Dies ist heute nicht weniger wahr, wo wir vor unseren eigenen Augen sehen können, wie der Reformismus, sei es die SPD oder die PDS, der Sache der Konterrevolution dient, indem er die Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR liquidiert.

Die KPD von 1990 ist allerdings Lichtjahre entfernt vom revolutionären Programm von Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Unter dem Motto „Die Spaltung der Linken überwinden" läuft sie der Vereinigten Linken/Nelken, der PDS und der SPD hinterher. Immer noch ohne ein formales Programm, findet sich die KPD tatsächlich in jedem verrotteten Block der „marktsozialistischen" (d. h. antisozialistischen) Linken wieder, wie am 17. Juni bei der Kundgebung vor dem Schauspielhaus, wo Warschauer Pakt und NATO gleichgesetzt wurden und wo die Forderungen nur darauf hinausliefen, nach einer humaneren kapitalistischen Wiedervereinigung zu rufen. Zusammen mit PDS und Neuem Forum sammelt die KPD Unterschriften für eine bürgerliche Verfassung der DDR. Währenddessen sind es die Trotzkisten der SpAD, die für die Verteidigung der Frauen und der ausländischen Arbeiter kämpfen und die sich der Hexenjagd gegen PDS und Ex-RAF im Vorgriff auf das Vierte Reich entgegenstellen.

Der Entwicklung des Marxismus eine Fixierung auf „Persönlichkeiten" gegenüberzustellen, wie es Genosse Walenta tut, und ironisch anzumerken, daß die meisten der angeführten Personen zu einem „Ismus" geführt haben, hat einen bestimmten Zweck. Mit diesem Eklektizismus wird versucht, eine schmerzhafte Neubewertung der Geschichte zu vermeiden, insbesondere eine gründliche Einschätzung des Stalinismus, seiner sozialen Wurzeln und seines politischen Programms. Ab 1923 haben Bucharin und Stalin antimarxistische Positionen eingenommen, die entsetzliche Auswirkungen für die Arbeiter der Sowjetunion und der ganzen Welt hatten. Indem man den historischen Kampf der Linken Opposition und später der Vierten Internationale gegen die stalinistische Degeneration der UdSSR als eine Fehde zwischen Stalin und Trotzki abtut, schließt man die Möglichkeit einer revolutionären Alternative zum Stalinismus aus.

Wenn es hoch kommt, wird in Stellungnahmen der KPD die „stalinistische Machtstruktur" erwähnt. Wenn man nur den Unterdrückungsapparat eines Polizeistaats und den Stalinkult sieht, im Stil der „Enthüllungen" von Chruschtschow, dann kann man nicht den Aufstieg einer konservativen Bürokratie in der UdSSR erkennen, die auf Niederlagen in Europa, vor allem bei der deutschen Revolution 1923, mit der Preisgabe des leninistischen Internationalismus reagierte und ihn ersetzte durch das nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land" für die Sowjetunion und die „friedliche Koexistenz" — d. h. kein Sozialismus — anderswo. Dies sind die sozialen Wurzeln und das politische Programm des Stalinismus, die zum Zusammenbruch der DDR und anderer bürokratisch deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und zur gegenwärtigen Krise in der Sowjetunion geführt haben.

Wir werden hier nur kurz auf die grundlegenden politischen Differenzen eingehen, die Genosse Smolik nach sorgfältigem Lesen des *Spartakist* vorgebracht hat. Daß der SPDler Lafontaine offen arbeiterfeindlich ist, kann kaum bestritten werden; selbst die DGB-Bonzen waren beunruhigt durch seine Forderungen nach Lohnkürzungen und Samstagsarbeit in den Jahren 1987/88. In Lafontaines Saarland sind Demonstrationen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung verboten, und der sozialdemokratische Spitzenkandidat will jetzt die antikommunistische Hexenjagd anführen, um dem Anschluß den Weg zu ebnen, wie mit seiner Forderung, den Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR „nachzubessern", und zwar durch die Enteignung der PDS.

Genosse Smolik behauptet, daß Lenin, und nicht Stalin, der Urheber von „Sozialismus in einem Land" gewesen sei, und daß dies eine „Korrektur" des Aufrufs zur Weltrevolution gewesen sei. Aber dann müßte die Gründung der Kommunistischen Internationale „korrigiert" werden, wie Stalin es schließlich getan hat, indem er sie und ihre Gründungsmitglieder liquidierte, denn der Zweck der Komintern war es ja gerade, die Weltrevolution zu organisieren. Aber vielleicht hat Lenin nur „vergessen", das zu korrigieren. Und dann gibt es natürlich noch Lenins Polemik „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", in der er diesen für seine „feige Furcht vor der Weltrevolution" angreift und erklärt, daß die bolschewistische Taktik „ein Höchstmaß dessen [bewirkte], was in *einem* Lande *für* die Entwicklung, Unterstützung und Entfachung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist".

Tatsächlich glaubte bis Dezember 1924, bis zur zweiten Auflage von Stalins „Grundlagen des Leninismus", *niemand* in der Bolschewistischen Partei, daß die UdSSR über alles verfügte, „was nötig ist für den Aufbau der vollendeten sozialistischen Gesellschaft". Stalin selbst hat in der ersten Ausgabe seines Buches eine solche Möglichkeit explizit verneint! Wir könnten buchstäblich Dutzende von Artikeln und Reden zitieren, in denen Lenin betont, daß die internationale Ausweitung der Oktoberrevolution von zentraler Bedeutung ist für das Überleben der Sowjetrepublik. Laßt uns Lenins Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" aus dem Jahr 1915 anführen, weil er früher einer der beliebtesten stalinistischen „Belege" dafür war, daß Lenin „Sozialismus in einem Land" unterstützt habe:

> „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen,* würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen."

Natürlich bezieht sich Lenin hier nicht auf eine „vollendete sozialistische Gesellschaft" — d. h. die erste Phase des Kommunismus, in der der Staat begonnen hat abzusterben — sondern auf die Diktatur des Proletariats.

Daß Genosse Smolik unsere Überschrift „Gorbatschow beugt sich einem Vierten Reich" *(Spartakist* Nr. 68)

Fortgesetzt auf Seite 8

Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 1

Kampagne der SPD/FDP-Koalition eine Welle von Unterdrückung gegen die Linke, das Herumtrampeln auf demokratischen Rechten und Verstärkung des „starken Staates" der deutschen Bourgeoisie. Die Hexenjagd erstreckte sich auf jeden, den die Bourgeoisie als RAF-„Sympathisant" definierte. Diesmal wollen sie jeden Ex-Stasi-Mitarbeiter, jedes Ex-SED- und jedes PDS-Mitglied zum Kriminellen stempeln, weil sie „Terroristen Unterschlupf gewährt" hätten. Ex post facto, also nachträglich, sollen sie nach dem berüchtigten Paragraph 129a des StGB der BRD vor Gericht gestellt werden und die „kleinen Erichs" werden mit Repression bedroht.

Die „aufgeklärte", „liberale" Presse ist der Vorreiter dieser üblen Hysteriekampagne. *Der Spiegel* sagt, daß die DDR ein „Terroristen-Hort" gewesen sei. *Die Zeit* druckt Leitartikel über die „RAF-Stasi-Verbindungen". *Die Bevölkerung der DDR soll zu Blockwarten wie in Hitlers Terror-Reich gemacht werden.* (Deshalb auch die BND-Plakate an den Grenzübergängen, auf denen 50 000 DM für „Informationen" versprochen werden — in anderen Worten, besorge dir deinen Notgroschen in Vorbereitung der Währungsunion, indem du deinen Nachbarn verpfeifst).

Und die „alternative" Westberliner *taz* spielt voll bei der Pogromhetze mit, sie veröffentlichte eine Liste von 9000 „Stasi-Adressen". Da die Stasi ja schon aufgelöst wurde, bedeutet dies nichts anderes als eine Schwarze Liste für antikommunistische Schläger, eine Gefahr für jeden, der zufällig unter einer der Adressen lebt, die in dieser Liste aufgeführt sind.

Die Führungsrolle der SPD-nahen Zeitschriften *Die Zeit* und *Der Spiegel* überrascht kaum. Der *Zeit*-Herausgeber Helmut Schmidt war Kanzler der SPD/FDP-Regierung, die die „Antiterror"-Furcht des „deutschen Herbst" 1977 schürte und die Stammheim bauen ließ, in den Medien waren sie Vorreiter der sozialdemokratischen Kampagne nach der antifaschistischen Treptower Mobilisierung. Die SPD stand an der Spitze derer, die als Vorbedingung des Anschlusses eine generelle Säuberung von Roten fordern. Enteignung der PDS und Berufsverbote, Massenentlassungen von Lehrern und anderen Staatsbediensteten: der einzige Unterschied ist, daß die Noskes unserer Tage diesmal Schäuble und Diestel die tatsächliche Dreckarbeit machen lassen wollen. (Die letzteren behalten sich natürlich das Recht vor, den Schmutz der Stasi durchzuwühlen, um diejenigen zu finden, die bereit sind, für das Vierte Reich zu arbeiten.)

Groteskerweise schürt die PDS selber die Hexenjagd, in der sie gejagt und enteignet werden soll. *Neues Deutschland* liefert sich mit den Gossenblättern von Springer einen Wettstreit bei der Denunzierung der angeblichen RAF-Stasi-Verbindung und verlangt, „die daran Beteiligten zur Verantwortung zu ziehen". PDS-Mitglieder sollten besser verstehen, daß das Vierte Reich keinerlei „loyale Opposition" dulden wird, was auch immer Gysi & Co. tun, um ihre reformistische Glaubwürdigkeit zu demonstrieren.

Im „deutschen Herbst" 1977, während der Anti-RAF-Hexenjagd, als der Rest der „Linken" in Deckung ging, war es allein die Trotzkistische Liga Deutschlands, Vorläuferorganisation der SpAD, die konsequent die RAF gegen die Repression der Bourgeoisie verteidigte, während sie deren Programm der kleinbürgerlichen Verzweiflung über die revolutionäre Fähigkeit der Arbeiterklasse zurückgewiesen hat. Wir treffen eine klare Unterscheidung zwischen Angriffen auf Vertreter der Bourgeoisie — wie den hochrangigen SS-Typ Schleyer — und wahllosen Angriffen auf Unschuldige — wie dem heimtückischen Bombenanschlag auf die Westberliner Disco La Belle. Im ersten Fall haben wir die RAF gegen die Kriminalisierung und den Staatsterror verteidigt. Solche Aktionen sind kein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und stehen in scharfem Gegensatz zu dem zweiten Fall. Diesen Angriff will die Bourgeoisie jetzt der RAF in die Schuhe schieben, ohne jeden Beweis. Heute sagen wir, als einzige konsequente Opposition gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, daß die wirkliche „terroristische Vereinigung" in Bonn sitzt, der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Für Klassenkampf gegen ein Viertes Reich!

Wie ein SpAD-Sprecher kürzlich bei einer Diskussion auf einer Veranstaltung bemerkte:

„Wenn man die Frage von individuellem Terror gegen einzelne Repräsentanten des reaktionären Systems des Kapitalismus betrachtet, dann müssen wir erstmal über die DDR und die BRD hinausgucken. Die Bolschewiki sind ja entstanden aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im politischen Kampf gegen den kleinbürgerlichen Terrorismus der Gruppe Narodnaja Wolja. Sie haben gesagt, der Weg, den Zaren zu stürzen, ist nicht, zu versuchen, ihn zu erschießen. Sondern der Weg liegt darin, die Arbeiterklasse zu organisieren. Das ist das, was die Bolschewiki als einzige Partei in der Welt geschafft haben, nämlich eine Arbeiterrevolution zum Sieg zu führen. Die Bolschewiki haben aber immer diese kleinbürgerlichen Terroristen verteidigt gegen den bürgerlichen Staat.

Diestel hat seine Waffen bestellt für die Polizei hier wegen dem von Kohl angekündigten heißen Herbst. Diese Polizei wird dafür vorbereitet. Deshalb diese ganze Kampagne gegen Leute, die seit zehn Jahren nichts anderes gemacht haben als Kinder gesundgepflegt, Essen eingekauft und andere Kinder großgezogen. Das ist es, was hier im Moment läuft."«

Briefwechsel mit KPD...

Fortsetzung von Seite 7

„grundfalsch" findet, ist eng verbunden mit seiner Unterstützung vom „Sozialismus in einem Land". Gorbatschows Zustimmung zu einem „neutralen" kapitalistischen Deutschland liegt auf der gleichen Linie wie Stalins Vorschlag 1952, die DDR zu opfern im Austausch für „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus. Mittlerweile hat die Kreml-Bürokratie Afghanistan, Angola und Nicaragua aufgegeben und übt Druck aus für eine „politische Lösung" mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. In der UdSSR führt Perestroika zur Verarmung der werktätigen Massen und schürt nationalistische Auseinandersetzungen, darunter prokapitalistische Bewegungen, die direkt die Grundlagen der Sowjetunion bedrohen. Dies sind die bitteren Früchte von sechseinhalb Jahrzehnten Stalinismus.

Wie wir hervorhoben, als wir die Rolle Thälmanns, Stalins Mann in Deutschland, analysierten, trägt der Stalinismus zusammen mit der Sozialdemokratie direkte Verantwortung für den Sieg von Hitlers Drittem Reich mit all seinen schrecklichen Konsequenzen. Sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen ist unverzichtbar für den Kampf gegen den Angriff des Vierten Reichs von heute. Es gab und gibt eine revolutionäre Antwort auf die Geschichte der Niederlagen des Stalinismus, und diese Antwort ist verkörpert im Programm des Trotzkismus. Es ist das Programm der sozialistischen Weltrevolution, auf dem die deutschen Spartakisten die ursprüngliche KPD gegründet haben, und das wir und unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga heute fortführen wollen.«

Wessen Kreatur ist Helmut Kohl?

Der Mann, der Führer sein möchte

Als Helmut Kohl 1985 in Bitburg mit Ronald Reagan die SS rehabilitierte, wußte er allzu gut, was er tat, und für wen. In den letzten Jahren ist international eine nervöse Angst über den bedrohlichen Aufstieg des deutschen Nationalismus zum Ausdruck gekommen. Grüne und Sozialdemokraten erhoben dabei tadelnd ihren Finger, sie sahen in Kohls Bitburg-Spektakel nichts als eine Peinlichkeit für die deutsche Nation. Für seine „nationalistischen Exzesse" hatten sie schon immer schnell ein Alibi bei der Hand, wenn er von einem Fettnäpfchen ins nächste trat und die wahren Absichten seiner Klasse zu unverblümt artikulierte.

Jetzt, wo der deutsche Revanchismus angesichts des Zusammenbruchs des Stalinismus in Osteuropa sein Programm umsetzt, hat er Oberwasser gekriegt, und er versucht bewußt, seinen Einfluß als Schwergewichtler geltend zu machen. Heute sind Kohls imperialistische Kollegen allesamt geschäftig dabei zu versuchen, den Russen einzureden, daß ein Viertes Reich als Eckpfeiler der NATO gut für die Stabilität wäre, während Kohl lautstark droht: „Es darf kein zweites Versailles geben." *(Süddeutsche Zeitung, 26.121.* Mai) Mit anderen Worten: versucht nicht, es mit dem „neuen" Deutschland aufzunehmen, sonst kriegt ihr vielleicht einen neuen Hitler — „und diesmal kein Mr. Nice Guy mehr", wie es in einem allen Witz heißt. Helmut Kohl hat sich verbissen am „freien Markt" angeboten, um der erste Reichskanzler seit Hitler zu werden. Die bürgerlichen Liberalen und Sozialdemokraten machen sich über Helmut Kohl nicht mehr lustig. Sie stellen höchstens die rasende Geschwindigkeit in Frage, mit der er den Anschluß durchpeitscht; die Debatte wird jetzt nach seinen Bedingungen geführt.

Merkt es euch gut. Dieser „Kanzler der deutschen Einheit" ist nicht der „gemäßigte Mann der Mitte", der er zu sein vorgibt, sondern die Kreatur der rabiat revanchistischen deutschen Bourgeoisie. Diese hat seit 1945 ihre Chance gesucht, hat sich langsam aber beharrlich darauf vorbereitet, das unüberschaubare Eigentum im Osten zurückzuholen, von dem sie vertrieben wurde, als die Rote Armee das Hitler-Reich zertrümmerte. Das ist das alte Kapital, für das Kohl & Co. sprechen, und sie versuchen bewußt, die Geschichte zurückzurollen, ihr Eigentum zurückzuverlangen und die Hegemonie über „ihr" osteuropäisches Hinterland wiederaufzurichten.

In den letzten Monaten ist Kohl den revanchistischsten Elementen konsequent entgegengekommen, z. B. weigerte er sich monatelang, die polnische Westgrenze (niemand spricht von der deutschen „Ostgrenze") formal anzuerkennen. Als er letzten November nach Polen fuhr, drängte er bis zum Schluß darauf, sich an einer deutschsprachigen Messe beteiligen zu können, um den blutigen Sieg deutschnationalistischer Kräfte am 3. Mai 1921 bei St. Annaberg im ehemaligen Oberschlesien zu feiern. Und er hatte sogar die Chuzpe, von der polnischen Regierung *Entschädigung* für die Verluste zu verlangen, die die deutsche Bourgeoisie im Zweiten Weltkrieg östlich der Oder-Neiße — „im polnischen Bereich", wie es in Bonn heißt — erlitten hatte. Westlich der Oder-Neiße-Grenze ist es dem Vierten Reich mittlerweile gelungen, eine Regierung zu installieren, die das nach 1949 vergesellschaftete Eigentum in der DDR an die Kapitalisten zurückgibt bzw. sie dafür voll entschädigt.



AP

Möchtegern-Führer Kohl salutiert 1985 mit US-Präsident Ronald Reagan vor SS-Gräbern in Bitburg

Tatsächlich war der Politiker Kohl seiner Klasse schon immer zu Diensten, wenn es darum ging, als Makler eine „Union" zusammenzuhalten, die auch die diversen alten und neuen Nazis am Rand der CDU/CSU umfaßt. Und siehe da: die Meinungsumfragen gleich nach den Volkskammerwahlen im März zeigten, daß Kohl dem SS-Mann Schönhuber teilweise das Wasser abgegraben hatte. Nicht umsonst hatte Kohl Skinhead-Banden und anderes Nazi-Gesindel bei seinen Wahlveranstaltungen in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig als Schlägertrupps eingesetzt, die er brutal auf Gegendemonstranten losgelassen hat. Heute wüten Hunderte von Skinheads durch ostdeutsche Städte.

Der westdeutsche Staat behauptet offiziell, rechtmäßiger Nachfolger des Dritten Reiches zu sein. Die BRD übernahm viele seiner Gesetze unverändert (oder, wie bei den Anti-Ausländer-Gesetzen, in verschärfter Form). Nach der kurzen „Entnazifizierung" nach 1945 (durchgeführt hauptsächlich per Federstrich) wurden die Kader der Hitler-Ära en gros rehabilitiert und nahmen alsbald in der Kalten-Kriegs-BRD als Führer von Staat, Wirtschaft und Justiz die Geschäfte wieder auf. Nun ja: wer sonst, wie Adenauer erklärte, kannte sich da aus? Viele von Bonns illustren Oberhäuptern der 50er Jahre waren unter Hitler hohe Tiere gewesen — Hans Globke (graue Eminenz der Adenauer-Ära, der während des Dritten Reichs den maßgeblichen Kommentar zu Hitlers Rassegesetzen verfaßte); Reinhard Gehlen, der Chef von Hitlers Nachrichtendienst Fremde Heere Ost, dessen gesamter Spionageapparat nach dem Krieg erst zu den Amerikanern überlief und dann geschlossen vom Bundesnachrichtendienst übernommen wurde; Hans Filbinger, der Marme-Blutrichter, der noch im Kriegsgefangenenlager faschistische Todesurteile fällte; Kanzler Kiesinger, der Goebbels' Verbindungsmann im Auswärtigen Amt war, um nur einige zu nennen. Andere sind auch ohne NSDAP-Mitgliedsbuch

Fortgesetzt auf Seite 10

Kohl...

Fortsetzung von Seite 9

Hitlers ergebene Diener gewesen, wie Ludwig Erhard, der schon im Krieg für seine wirtschaftlichen Nachkriegspläne vom Hitler-Regime gelobt wurde.

Kohl hat es oft vorgezogen, das Säbelrasseln seinen älteren Parteifreunden wie dem Hardliner und Ost-Front-Kämpfer Alfred Dregger zu überlassen. Als Teil der jüngeren Generation von „glatteren", absatzfähigeren christdemokratischen Politikern pochte Kohl in seiner Selbstdarstellung auf die „Gnade der späten Geburt" im Rahmen der hart geführten Werbekampagne, um dem aufsteigenden „neuen" Deutschland ein besseres Image im internationalen Meinungsmarkt zu verpassen. „Freundlicher, sanfter", wie sein Kumpel Bush im Weißen Haus sagen würde.

Kohl besitzt vielleicht nicht den Nazi-Nachweis eines Kiesinger, doch seine politischen Verbindungen mit manchen der monströsesten Elemente des Dritten Reichs sind real genug. In den Kanzler-Sattel wurde er gehievt durch mächtige Kreise Großindustrieller, die ihr Vermögen dem Holocaust verdanken — Männer, die führende Kader in der I.G.-Farben-Sklavenwirtschaft waren, angegliedert an die Vernichtungslager. Und spätestens seit Bernt Engelmanns Buch *Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern* (1987) ist dies allgemein bekannt.

Engelmann verweist auf einen gewissen Dr. Fritz Karl Ries, den „einstigen Sklaventreiber von Trzebinia, Lodz und Auschwitz", nach dem Krieg rheinland-pfälzischer Großindustrieller, der als Königsmacher den Politiker Kohl schuf:

> „Ministerpräsident Kohl habe .gefälligst zu tun', was er, Ries, wünsche. Übereinstimmend zitierten die ‚Wirtschaftswoche' wie auch das exklusive ‚Manager-Magazin' Konsul Dr. Ries in Bezug auf Helmut Kohl: *‚Wenn ich den nachts um drei anrufe, muß er springen... !'"* (Ries hatte sich zum Honorarkonsul von Marokko ernennen lassen.)

Engelmann berichtet, daß Kohl seine Manager-Karriere bei BASF in Ludwigshafen begann, eine der Nachfolger-Teilfirmen von I.G. Farben, von denen jede einzelne (außer BASF noch Bayer, Hoechst, Casella) heute größer ist als I.G. Farben vor der Entflechtung 1945. Dort „endeckte" Dr. Ries seinen zukünftigen politischen Zögling (und segnete ihn reichlich mit „seiner finanziellen Förderung"):

> „Fast zwei Jahrzehnte lang, während aus dem Ludwigshafener JU-Führer Helmut Kohl ein Stadtrat, dann ein CDU-Landtagsabgeordneter und schließlich ein rheinland-pfälzischer Ministerpräsident wurde, war dieser aufstrebende Politiker ... ein sehr häufiger Gast im Hause des Dr. Ries ... Der junge Politiker holte sich manchen Rat von seinem um 23 Jahre älteren, erfahrenen und fast väterlichen Freund und Gönner, und Dr. Ries erzählte ihm oft und gern, wie man aus bescheidenen Anfängen über Krieg, Niederlage, Vertreibung und Währungsreform hinweg zu Multimillionärs- und Konzernherren-Höhen aufsteigt..."

Wie ist also der Konsul-Doktor zu solchen Höhen aufgestiegen? Fritz Ries war sozusagen ein kleiner Fisch im Teich derjenigen, die durch Sklavenarbeit zu Multimillionären wurden, wie beispielsweise die Mitglieder des „Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler" Leuna- und I.G.-Farben-Boß Heinrich Bütefisch (nach dem Krieg hingerichtet) und Friedrich Flick (nach dem Krieg noch reicher geworden). Doch immerhin war Ries mächtig genug, um am *23. Februar 1945* einen Lkw-Transport vom Westen nach Leipzig zu requirieren: 15 000 Flaschen, also 30 Tonnen ... Sekt. Unterlagen des SS-Sicherheitsdienstes sprachen vom vertrauenswürdigen Ries als „Arisierungskönig".

Diese Karriere begann mit einem kleinen Gummiwerk 1938. Die Leipziger Firma Flügel & Polter (sie wuchs an von 120 auf 10 000 Arbeiter) war bei den Arbeitssklaven als „Prügel und Folter" bekannt. Die Kondome des Miguin-Betriebes, den er „mit der Unterstützung der NSDAP-Kreisleitung" von seinen jüdischen Eigentümern „erwarb", trugen ab 1938 auf der Packung die Aufschrift „Jetzt arisch!" Fast ausschließlich durch dieselbe Methode riß er Betriebe an sich — in Sachsen, Plauen, Berlin, an der Oder, am Main, in München, in Österreich. Zum Schluß wurden Zehntausende Sklavenarbeiter — zuerst meistens jüdische, dann zunehmend polnische und ukrainische — in seinen „Oberschlesischen Gummiwerken" in Trzebinia geschunden, bis sie, völlig entkräftet und ausgemergelt, die 20 Kilometer nach Auschwitz zu den Gaskammern und Öfen transportiert wurden, durch das Tor mit der Inschrift „Arbeit macht frei", oder in die Lager von Jaworzno oder Wadowitz.

Anfang 1945 gab es nichts mehr zu arisieren, durch die „Judenaktionen" war die Beschaffung von Arbeitssklaven erschwert, Hitler war geschlagen. Daher ließ auch Ries, genau wie Deutsche-Bank-Chef Hermann Abs und seinesgleichen, Reichsbahnzüge voll von gestohlenem Reichtum, Kunstschätzen usw. nach Westdeutschland verfrachten, er ließ Unmengen von Maschinenanlagen aus seinen industriellen Folterkammern sowie den persönlichen Reichtum seiner Opfer — Bargeld, Juwelen, Goldstücke, Dollarnoten —, den er ebenfalls gestohlen hatte, in den Westen transportieren. Mit großzügiger staatlicher Hilfe, die er auf Grundlage seines offiziell anerkannten Status als „Heimatvertriebener" einstrich, baute er ein neues Imperium in Rheinland-Pfalz auf.

In den 60er Jahren gingen vom Ries-Kreis die Aktivitäten aus, die später erfolgreich dazu führten, im Interesse der Bourgeoisie die sozial-liberale Koalition abzulösen, die unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt und später von Helmut Schmidt stand. Ein Bündnis rechtskonservativer Kräfte mit der FDP wurde vorbereitet. Franz Josef Strauß, ein weiterer Ries-Intimus, wurde als Spitzenreiter fallengelassen zugunsten eines Zweiergespanns, das aus Helmut Kohl und, als „Vordenker" der Operation, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf bestand. (Biedenkopf ist auch ein Busenfreund der Bankiers und Chemie-Industriellen, mit Verbindungen zu Henkel und Zyklon-B-Hersteller DEGUSSA.)

Als Gegenleistung für die Förderung, den väterlichen Rat und die gemeinsamen Auslandsreisen im Familienkreis ließ Kohl über die Jahre zig Millionen D-Mark aus der rheinland-pfälzischen Kasse springen, um die chronisch notleidende Ries-Gruppe über Wasser zu halten. Der unersättliche Ries ging aber trotzdem pleite und beging 1977 Selbstmord. Engelmanns Buch *Großes Bundesverdienstkreuz* hatte 1974/75 großes Aufsehen erregt, und die meisten Bonner Spitzenpolitiker seilten sich diskret von Ries ab. „Nur einem, nämlich Helmut Kohl, schien die düstere Vergangenheit seines langjährigen Gönners gleichgültig zu sein", den er 1964 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert hatte und dem er „noch im Februar 1972, in Würdigung seiner unternehmerischen Leistung und in Anerkennung seines Engagements für die Gesellschaft' den Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz an den Frack geheftet hatte."

Für Marxisten ist dies nur logisch: eine kapitalistische Regierung ist eben das — der „geschäftsführende Ausschuß" des Kapitals. Auch dieser geschäftsführende Ausschuß hat es in sich. Die o. g. „unternehmerische Leistung" wurde natürlich „im Gespann" mit zahlreichen

bekannten Nazis vollbracht. Der Bayernkönig Franz Josef Strauß, der der nur 5000 Mann starken „intellektuellen SS" NSDStB angehört hatte, war ein regelmäßiger Gast im steiermärkischen Schloß von Ries, der wiederum der Frau von Strauß Aktien seines Unternehmens als Geschenk überreichte.

Das Gehirn hinter dem Kohl/Biedenkopf-Plan war anscheinend Dr. Hanns Martin Schleyer, Flick-Vertrauensmann, Daimler-Benz-Personalchef und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Schleyer, in den Spitzenrängen der SS, war schon 1941-1944 im Zentralverband der Industriellen in Prag aktiv. Höchstwahrscheinlich war er für die bestialischen Massaker in Prag in den letzten Tagen der Nazi-Besetzung persönlich verantwortlich. Die Rote Armee Fraktion erinnerte die Welt an diese Tatsachen 1977, als sie ihn umbrachten (seine Leiche legten sie in ein Auto, gemietet unter dem Namen „Ries"). Dieser Akt individuellen Terrors, so fehlgeleitet und ohnmächtig er auch immer war, war mit Sicherheit kein Verbrechen gegen die Werktätigen! Und jetzt haben großbürgerliche Kreise mit ihrer charakteristischen bestialischen Arroganz eine „Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung" in Leipzig aufgemacht, um die Wiedereroberung des Ostens mitzuorganisieren.

Die Arbeiterklasse muß ein Viertes Reich verhindern!

Das ist es also, wo Helmut Kohl, der Mann, der Reichskanzler sein möchte, herkommt. Es ist also kein Zufall, wenn er die Anerkennung der Oder-Neißc-Grenze blockiert oder das Gespenst einer revanchistischen Opposition im Stile Hitlers gegen ein „zweites Versailles" androht. Doch ist das nicht eine Verschwörung eines kleinen Zirkels von alternden Industriellen, die noch vom Dritten Reich übriggeblieben sind. Es entspricht dem grundlegenden Drang der deutschen Bourgeoisie nach mehr „Lebensraum". Was Hitler mit der Wehrmacht nicht gelungen ist, wollen sie gegenwärtig mit der D-Mark schaffen. Und daran sind alle Parteien des „demokratischen" Vierten Reichs beteiligt, besonders die Sozialdemokratie, die gerade für den Anschlußvertrag gestimmt hat. Tatsächlich hat die SPD in den letzten Monaten wiederholt Helmut Kohl den Vortritt gegeben, der die aggressivere Politik des deutschen Imperialismus besser zum Ausdruck bringt.

Jetzt meint die deutschen Bourgeoisie, daß ihre wildesten Träume in der DDR wahr werden. Nachdem Brandt, Vogel und Lafontaine den Weg vorbereitet haben, hat die Bourgeoisie die SPD überholt und Abermillionen von D-Mark aufgewendet, um die Volkskammerwahlen zu kaufen. Sie drängt auf ein Viertes Reich, bevor die Werktätigen aufwachen und feststellen, was mit ihnen passiert.

Die Werktätigen der DDR, die Kohl und seine Partei gewählt haben, sind in die Falle einer gewaltigen Macht- und Propagandamaschine gegangen, mit ihren zynisch verlogenen Versprechungen von einem kapitalistischen großdeutschcn Paradies. Gelingen konnte dies teilweise, weil die ostdeutschen Arbeiter ihre künftigen Herren nicht kennen. Doch wie die nacheinander folgenden Wellen von Warnstreiks zeigen, wird es den Arbeitern täglich offensichtlicher, daß das Kapital sie zu Freiwild für die hemmungslose Ausbeutung erklärt hat. Die Staatswappen werden abmontiert, nicht nur an der Grenze zur BRD, und der Vormarsch des Kapitals nach Osten beschleunigt sich. Um der gesamten Menschheit willen darf die sinistre Operation des Kapitals nicht gelingen! Die Arbeiter in Ost und West müssen sich in mächtigen Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse, die Gebieter der Kohls und Lafontaines, vereinen. Eine revolutionäre, wirklich leninistische Partei ist dringend notwendig, um diese Kämpfe zu organisieren und zum Sieg zu führen, zu einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa! Nur die proletarische Demokratie in ganz Deutschland kann mit dem unaussprechlichen Dreck aufräumen, auf dem die Bundesrepublik aufgebaut wurde. Allein das Proletariat an der Macht wird die Opfer des Holocaust rächen!«

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 16

sein könnte zu gewalttätigen antikommunistischen Pogromen, die notwendig sind, um die kapitalistische Restauration auf einen Schlag durchzusetzen. Aber die rumänischen Arbeiter machten zum wiederhollen Male mobil, als Antwort auf Appelle der Regierung (im Januar, Februar und wieder im Juni), als sie die Gefahr einer Konterrevolution sahen.

Sieben Wochen lang hatten rechtsradikale Studenten den Universitätsplatz im Stadtzentrum von Bukarest besetzt gehalten und ihn zu einer „Neokommunistenfreien Zone" erklärt. Sie verlangten, daß frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die das Land bis zum Sturz des brutalen Ceausescu-Regimcs letzten Dezember beherrscht hatte, zehn Jahre lang aus allen Staatsämtern verbannt werden sollten. Damit wäre praktisch die gesamte Nationale Rcttungsfront ausgeschlossen worden, die bei den Wahlen Mitte Mai mehr als zwei Drittel der Stimmen gewonnen hatte. Als Minister der Front versuchten, mit den Protestierenden zu verhandeln, wurden die Abgesandten der Regierung davongejagt. Die imperialistische Presse hat die Protestierer zu Vorkämpfern für „Demokratie" hochstilisiert, aber von den Werktätigen Rumäniens sind sie allgemein als elitäre Ultra-Nationalisten verachtet worden.

Am frühen Mittwochmorgen, dem 13. Juni, räumte die Polizei den Universitätsplatz von Protestierern, die eine der Hauptverkehrsadern von Bukarest blockiert hatten. Am Nachmittag desselben Tages eroberten mehrere tausend Studenten den Platz zurück und setzten Busse und Polizeiwagen in Brand. Dann benutzten sie diese Wagen, um die Vordcrtür des Polizeihauptquartiers zu rammen, und steckten das Gebäude in Brand sowie ein paar Dutzend Fahrzeuge in der Nähe. Als Antwort darauf hat Präsident Ion Iliescu die Einwohner dazu aufgerufen, sich auf den Straßen um den Regierungssitz herum in Massen zu versammeln, um „die Demokratie zu verteidigen". Die *Washington Post* (14. Juni) berichtete, daß „es viele Opfer gab bei den Kämpfen vor dem Fernsehsender, als Fabrikarbeiter in die Stadt strömten, um die Regierung zu schützen":

> „Sirenen heulten in den Fabriken. Um 8.30 Uhr kamen 1000 Arbeiter an, um die Fernschstation zu befreien, die schon von den Protestierern besetzt war. Die Arbeiter versammelten sich dann auf dem Siegesplatz.
> Schwarze Rauchschwaden quollen aus dem Polizeihauptquartier. .. Die Menge verwüstete das Gebäude und warf, bevor sie es in Brand setzte, Dokumente und Möbel aus den Fenstern.
> Teenager fuhren erbeutete Polizeiwagen in die Eingangstore, um sie aufzubrechen, während die Menge sie mit Sprechchören anfeuerte: ‚Die zweite Revolution!'
> Die Protestierer setzten auch das Innenministerium in Brand und versuchten, in das ehemalige Hauptquartier der Securitate (Geheimpolizei) einzudringen..."

Inzwischen hatten Tausende von Bergarbeitern im Jiu-Tal mobil gemacht und trafen nach einer nächtlichen Fahrt

Fortgesetzt auf Seite 12

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 11

Donnerstag .früh vorm Morgengrauen in der Hauptstadt ein. Sie nahmen schnell den Universitätsplatz ein und packten jeden, der verdächtig aussah, wobei die meisten Studenten sich nach den Krawallen der Nacht abgesetzt hatten. Einigen Rechten riß man die Kleider vom Leib, andere mußten Spießrutenlaufen, wurden geschlagen, getreten und mit Gummischläuchen verprügelt, ehe man sie zu den Polizeistationen schleppte. Mittlerweile weigerten sich Setzer, die Oppositionszeitung *Romania Libero* zu drucken, und Delegationen von Arbeitern aus dem ganzen Land marschierten in Kolonnen durch die Straßen. In seiner Ansprache bei einer Kundgebung im Stadion dankte Präsident Ion Iliescu später den Bergarbeitern und sagte, er hoffe, daß sie „diesen Kampfgeist beibehalten und weiterentwickeln" würden.

Die imperialistische Presse schrie Zeter und Mordio: Die *New York Times* (15. Juni) berichtete mit dem echten Entsetzen der privilegierten Klasse, daß die Bergarbeiter „in dreckiger Arbeitskleidung, mit Helmen, mit rußgeschwärzten Gesichtern" Jagd machten auf „gutgckleidete Professoren, Studenten, Fotojournalisten, Reporter, Mütter mit Kindern und auf Mädchen, die ihre Hunde ausführten". Der amerikanische Autor William McPherson wurde zitiert mit dem Ausspruch: „Es war wie das Ende der Zivilisation." Dies wurde aufgegriffen von der *Financial Times* (18. Juni), die sich darüber beklagte, daß beim Durchwühlen der Büros der Oppositionsparteien „die Bergarbeiter alle ihre Computer, Telefone und Faxgeräte zerstörten". *Le Monde* (17. Juni) schrieb einen analytischen Artikel über „Arbeilermilizen und ‚Fascho-Kommunismus'".

Abgesehen von einer Handvoll von Artikeln haben die westlichen Medien kaum über die rechten Ausschreitungen des 13. Juni berichtet. Die *Times* schrieb in einem Leitartikel, daß die Nationale Rcttungsfront auf „friedliche Demonstranten" mit „einer an Tiananmen erinnernden Brutalität" geantwortet hätte, obwohl es nur sechs Tote gegeben halte. Daß Iliescu die Protestierer vom Universitätsplatz „faschistische Rebellen" genannt hatte, sei „schiere Unverschämtheit", schrieben sie. Doch selbst die „subtileren" Antikommunisten von *Le Monde* bemerkten, daß „die ‚golans' (Hooligans), die den Universitätsplatz besetzt hatten", „zu den gewalttätigsten und entschiedensten" Regierungsgegnern gehörten, und sie berichteten, daß große Menschenmengen den Bergarbeitern applaudierten.

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10.—
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Bestein bei:

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



SPARTAKIST

Beschwichtigung des Imperialismus

Kohl und Gorbatschow sind sich einig, daß kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands „unumgänglich" ist (links). Rechte Nationalisten in Leipzig (rechts) schwenken Fahne mit den Grenzen von Hitlers Drittem Reich

Gorbatschow beugt sich einem vierten Reich

Nein zum D-Mark-Anschluß!

Die *Washington Post* (20. Juni) hielt die „überraschende Tatsache" fest, daß „wenige Rumänen" gegen die Entscheidung der Regierung waren, den „Pro-Demokratie-Sit-ins" ein Ende zu setzen.

Und was die „Unverschämtheit" angeht, die Protestierer Faschisten zu nennen, so muß ein Artikel von Paul Hockenos in der sozialdemokratischen *In These Times* (6. Juni) feststellen, daß „die Demokratie-Bewegung einige besorgniserregende Aspekte" hat, darunter „die neue Betonung von nationalistisch-religiösen Werten" und eine „Haßpsychologie", die zu gewalttätigen Angriffen gegen Rumäniens ungarische Minderheit geführt hat. Hockenos, der kein Freund des Regimes der Rettungsfront ist, berichtet, daß „ungefähr die Hälfte der Studenten in Bukarest Sympathie mit der neofaschistischen Organisation Vatra Romeneasca zum Ausdruck bringt", die für einen „primitiven fremdenfeindlichen Nationalismus, der sich gegen die ethnischen Ungarn richtet", eintritt. „Vielleicht am alarmierendsten ist die Stärke der Ultrarechten in der Führungsspitze der Studentenbewegung", fährt er fort. „Der Präsident des Studentenbundes, Marion Munteanu, und der Zeitungsherausgcber Sorin Dragan ... vertreten unverfroren nationalistische Anschauungen", und Dragan sei „ein Monarchist und aktives Mitglied von Vatra Romeneasca".

Osteuropa: die alte Scheiße kommt wieder hoch

Für den Augenblick hat die Aktion der rumänischen Arbeiter den rechten Vorstoß aufgehalten. Aber überall in Osteuropa taucht solch reaktionärer Abschaum auf. Auf dem Alexanderplatz in Ostberlin haben Skinheads und Neonazis mit dem Hitlergruß am 21. April öffentlich Hitlers Geburtstag gefeiert. Anfang Mai griff ein Mob von 400 Leuten mosambikanische Arbeiter im Ostbcrliner Stadtteil Lichlenberg an, unter dem Geschrei: „Ausländer raus, N—r raus." In Ungarn wird die Fußballmannschaft des — früher einmal jüdischen — ungarischen MTK mit Gekreische begrüßt: „Keine Tore für die Juden. Dreckige Juden. In die Gaskammern." In Jugoslawien wurden die kürzlichen Wahlen in Kroatien von der rechten nationalistischen Kroatischen Demokratischen Union gewonnen, die teilweise durch Beiträge von emigrierten Ustasha-Faschisten finanziert wird, die Kroatien während des Zweiten Weltkriegs als blutrünstige Marionetten Nazideutschlands regierten.

Während die kapitalistischen Ideologen den „Tod des Kommunismus" in Osteuropa bejubeln, hat der Einzug von prokapitalistischer „Demokratie" dort all den alten nationalistischen, antisemitischen, antikommunistischen mörderischen Abschaum hochgebracht, der vor dem Sieg der Roten Armee 1945 die Region beherrscht halte. Seit mehr als 40 Jahren haben der westliche Imperialismus, seine sozialdemokratischen Agenten und der Vatikan davon geträumt und dafür Pläne geschmiedet, den „gotllosen, totalitären Kommunismus" in Osteuropa zu stürzen und wieder eine kapitalistische „christliche" Ordnung einzuführen. Mit dem Zusammenbruch der stalinislischen Bürokratien von der DDR bis Jugoslawien und bei der Eile, mit der die neuen Regime darangehen, die „freie Marktwirtschaft" wiedereinzuführen, beginnen sie das zu kriegen, was sie wollen — und das ist-ganz schön ekelhaft.

Genauso wie Gorbatschows marktorientierte Perestroika blutige nationalistische Auseinandersetzungen im sowjetischen Transkaukasien angeheizt hat, sehen wir also die Anfänge ähnlicher Entwicklungen in Osteuropa. In Rumänien, wo Ceausescus Sturz von den Protesten über die Unterdrückung der großen ungarischen Minderheil in

Transsylvanien ausgelöst wurde, peitschen heute Faschisten Fremdenfeindlichkeit und rumänischen Nationalismus auf. Ende März wurden sechs Menschen umgebracht von rumänischen Horden, die mit Heugabeln und Äxten Ungarn angriffen, die für Sprachenrechte demonstrierten. Nationalistischer Streit in Transsylvanien hat natürlich eine Reaktion in Ungarn hervorgerufen und damit zu dem unerwarteten Sieg des nationalistischen Demokratischen Forums beigetragen. Man kann sich leicht einen Krieg zwischen einem „demokratischen" Ungarn und einem „demokratischen" Rumänien vorstellen.

Zionistische Führer aus der ganzen Welt haben Anfang Mai tagelang in Westberlin darüber debattiert, wie groß die Gefahr einer neuen Welle des Antisemitismus ist, und haben sich gegenseitig gefragt, warum der alte Alptraum wiederkommt. Die Antwort ist einfach. Die Offensive für eine kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa hat all den Nationalismus verstärkt, der die Region seit dem letzten Jahrhundert geplagt hat, und hat auch den Dreck erneut hochgespült, den auszumisten die Stalinisten nicht geschafft haben.

Die stalinistischen Regime in Osteuropa konnten einiges von dem reaktionären Gesindel, das historisch diese Region geplagt hat, unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen für seine Eliminierung. Wirtschaftliche Autarkie, bürokratisches Herum kommandieren, Nationalismus, die Beschwichtigung des Imperialismus, die durchgehende Fälschung der Geschichte, die Unterdrückung des unabhängigen politischen Lebens der Arbeiterklasse — dies sind die Merkmale der stalinistischen Regime in der Sowjetunion und Osteuropa gewesen. Wie der junge Karl Marx schrieb, zwei Jahre vor dem *Kommunistischen Manifest,* ist die „Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* die Notdurft verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte".

Antikommunismus, Antisemitismus

In der DDR werden jede Woche jüdische Grabsteine sowie Gebäude, die mit jüdischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden, mit antisemitischen Schmierereien verunstaltet; kürzlich wurde auch das Grab des Schriftstellers Bertolt Brecht geschändet mit „Juden raus". Brecht war kein Jude, doch ganz sicher hat er Antisemiten und Faschisten gehaßt. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch", schrieb er nach dem Zweiten Weltkrieg über die Hitlersche braune Seuche. In Polen, wo nur 4400 jüdische Einwohner übriggeblieben sind von 3,5 Millionen vor dem Krieg, ist das Jüdische Staatstheater in Warschau mit den Parolen beschmiert worden: „Juden in die Öfen. Juden zu Seife." Und in der Sowjetunion, wo Gorbatschows Perestroika alle nationalen Gegensätze verschärft hat, rufen die faschistischen Schwarzhemden von Pamjat offen zu Pogromen auf.

Dieser üble Auswuchs der „Demokratisierung" des Sowjetblocks ist so ekelhaft und gefährlich geworden, daß sich sogar größere kapitalistische Medien gezwungen sehen, darüber zu berichten. *Newsweek* (7. Mai) widmete dem Gegenstand einen siebenseitigen Bericht und bemerkte: „Das alte Gespenst kehrt zurück: Antisemitismus, der Sprößling von hemmungsloser Religion und ungezügeltem Nationalismus, breitet sich am Rande der neuen Politik in der Sowjetunion und in Osteuropa aus." Der Aufstieg von Klerikal-Nationalismus ist nur der ideologische Ausdruck für die Offensive in Richtung kapitalistische Konterrevolution. Hinter den vulgären Schlägertypen, die in Ostberliner und Budapester Bierkellern Pogrome ausbrüten, stehen die über-alles-zivilisierten Bankiers von Wall Street, Londoner City und Frankfurt.

Antisemitismus wird nicht nur durch rückwärts gewandte Ideologien geschürt, sondern auch durch die wirtschaftliche Unsicherheit. Sogar die CIA rechnet jetzt damit, daß der „Übergang zu einer Marktwirtschaft" in Osteuropa zu Millionen von Arbeitslosen führen wird, bei gleichzeitigem massiven Abbau der Sozialleistungen. Szymon Szurmiej, der Chef des Jüdischen Staatstheaters in Polen, weist darauf hin: „Wenn die wirtschaftliche Lage schwierig wird, suchen diejenigen, die Politik spielen, ein Sicherheitsventil, und die Juden sind ein Sicherheitsventil."

Osteuropäische Antisemiten haben die alte Hitlersche Leier über eine „jüdisch-bolschewistische Verschwörung" wieder ausgegraben. Der *Newsweek-Ailikel* bietet eine halbe Rechtfertigung dafür: „In dem Maße, wie Juden dabei halfen, die kommunistische Herrschaft in Osteuropa einzuführen, werden Antikommunisten etwas gegen sie haben." In den ersten Nachkriegsjahren spielten jüdische Kommunisten in den neuen osteuropäischen Regimen wirklich eine wichtige Rolle; denn sie waren mit voller Leidenschaft Feinde der alten Ordnung von Adler und Kreuz in Polen, der Pfeilkreuzler in Ungarn und der Eisernen Garde in Rumänien.

Doch Anfang der 50er Jahre startete Stalin eine brutale antisemitische Kampagne sowohl in Rußland (das „Komplott der Kremlärzte") als auch in Osteuropa. Prominente osteuropäische Juden (zum Beispiel Rudolf Slansky in der Tschechoslowakei, Ana Pauker in Rumänien, Gabor Peter in Ungarn, Paul Merker in der DDR) wurden als Agenten des „Zionismus und Imperialismus" die Opfer von Schauprozessen. Die Ära des „liberalen" Stalinismus, die 1956 einsetzte, führte zum Aufstieg von „Nationalkommunisten" auf Kosten der jüdischen Mitglieder der Bürokratie, besonders in Polen. In den 70er Jahren hatten nur wenige Juden Machtpositionen in Giereks Polen, in Husaks Tschechoslowakei oder in Kädärs Ungarn. Aber da die neuen antikommunistischen Regime sich vorgenommen haben, ihre Länder für „demokratische" kapitalistische Ausbeutung zu „säubern", sind Juden und Rote zu bequemen Sündenböcken geworden.

Dieses Gemisch von Antikommunismus und Antisemitismus ist nichts Neues. Viele Juden, die unter den grauenhaften Pogromen der zaristischen Schwarzhunderter litten, fanden im bolschewistischen Internationalismus den Weg, mit dem sie sowohl den Antisemitismus als auch das kapitalistische System, das ihn aufrechterhält, bekämpfen

Fortgesetzt auf Seite 14

Schulungsreihe der SpAD

5. Juli, 18.00 Uhr:
Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarische-politische Revolution
von Moskau bis Hanoi!

19. Juli, 18.00 Uhr:
SPD: Bluthunde der Deutschen Bank

Leseliste erhältlich im:

SPARTAKIST-Treffpunkt
Grünauer Straße 5
S-Bahnhof Schöneweide

Geöffnet: Dienstag, Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Sonnabend von 11.00 bis 14.00 Uhr
Für weitere Informationen wendet Euch an die Kontaktadresse oder Spartakist-Treffpunkt

Osteuropa...

Fortsetzung von Seite 13

konnten. Einige der hervorragenden bolschewistischen Führer — Trotzki, Swerdlow, Kamenjew, Sinowjew, um nur ein paar zu nennen —, die eine führende Rolle spielten in der Russischen Revolution vom Oktober 1917 und im Kampf um die Schmiedung der leninistischen Dritten Internationale, waren Juden. In den 20er und 30er Jahren strömten die stark unterdrückten Juden Osteuropas in die kommunistischen und anderen linken Parteien. Wie der brillante jüdische Marxist Abraham Leon, der in Auschwitz umgebracht wurde, 1938 in seinem Buch *Judenfrage & Kapitalismus* schrieb:

> „Die herrschenden Klassen verfolgen mit besonderem Sadismus die jüdischen Intellektuellen und Arbeiter, die viele Kämpfer für die proletarische Bewegung stellten. Die völlige Isolierung der Juden von den Quellen von Kultur und Wissenschaft wird für das ins Schwanken geratene Regime, das sie verfolgt, unumgänglich. Die lächerliche Legende vom „jüdischen Marxismus" ist nichts weiteres als eine Karikatur der tatsächlichen Beziehung zwischen dem Sozialismus und den jüdischen Massen."

Leon schrieb dies zu einer Zeit, als die jüdischen Gemeinden in Osteuropa Hochburgen der Linken waren und die Juden in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten politisch im allgemeinen ein gutes Stück links von der Mitte standen. Der Aufstieg des zionistischen Israel in Verbindung mit jahrzehntelanger stalinistischer Unterdrükkung hat den politischen Schwerpunkt der jüdischen Gemeinden nach rechts verschoben, in Ost und West. Doch für die Faschisten, die Klerikal-Nationalisten und den anderen reaktionären Abschaum, der in Osteuropa herumläuft, ist die Gleichsetzung von jüdisch und rot immer noch ausgesprochen lebendig. Kapitalistische Konterrevolution wird daher sowohl antisemitische Pogrome bringen als auch Verelendung der Arbeiterklasse.

McCarthyismus kommt nach Osteuropa

Das heutige Osteuropa erlebt eine wahnsinnige antikommunistische Hexenjagd — nicht nur: „Sind Sie jetzt ... oder sind Sie je ... gewesen?", sondern auch: „Was ist mit Ihrem Bruder, Ihrer Schwester, Ihrer Mutter, Ihrem Vater ... und dem Vater Ihres Vaters?" Der frühere Bürgermeister von Ostberlin bekommt wegen seiner kommunistischen Vergangenheit nicht einmal eine Arbeit. In der Tschechoslowakei, dem Land der „sanften Revolution", verlangte der Staatsanwalt von Prag, Tomas Sokol, das Verbot der Kommunistischen Partei, die er mit dem Faschismus gleichsetzt; während der politisch einflußreiche katholische Priester Vaclav Mali die Kommunisten „eine Mafia im Hintergrund" nannte. Sie sind beunruhigt darüber, daß die KP in der Tschechoslowakei weiter erhebliche Unterstützung von der Arbeiterklasse erhält und bei den Wahlen am 9. Juni 13 Prozent der Stimmen erzielt hat.

Von Polen über die Slowakei bis Kroatien versucht die wiederauferstehende katholische Kirche unter Papst Johannes-Paul Wojtyla aus Krakow, in Europa eine neumittelalterliche „christliche Ordnung" zu errichten. Die „demokratische" Konterrevolution in Osteuropa ist in hohem Maße von ehemaligen stalinistischen intellektuellen Dissidenten angeführt worden, die sich in Sozialdemokraten oder bürgerliche Liberale westlichen Stils verwandelt haben. Doch jetzt geraten diese Leute unter Beschüß von klerikal-nationalistischen Kräften, die noch rechts von ihnen stehen. So war Jan Sabata, der aus der tschechoslowakischen KP ausgeschlossen worden war, nachdem sowjetische Panzer dem Prager Frühling 1968 ein Ende gesetzt hatten, in Brno, der Hauptstadt von Morava, vor kurzem die Zielscheibe von grölenden rechten Horden. „Primitive, beinahe faschistische Gedanken existieren in unserer ganzen Republik", rief er aus.

Kommunistenhetze gegen frühere KP-Mitglieder beherrschte die Wahlen vor kurzem in Ungarn. Die Freien Demokraten sind unbeugsame prowestliche Intellektuelle, die nach einer „freien Marktwirtschaft schreien, nach Investitionen des ausländischen Kapitals und nach der Mitgliedschaft in der EG. Doch eine Reihe von führenden Freien Demokraten sind ehemalige Linke mit jüdischer Abstammung. Gegen sie griff das Demokratische Forum zu scharfen nationalistisch-faschistischen Aufrufen. Im Januar erklärte der Forum-Unterstützer und bekannte Schriftsteller Istvan Czurka im Radio: „Ungarn, erwachet!", als er gegen die „zwergenhafte Minderheit" wetterte, über die er behauptete, sie versuche, das Land zu kontrollieren. „Ungarn, erwachet!", war die Hauptparole der faschistischen Pfeilkreuzler in den 20er und 30er Jahren. Viele Wahlplakate der Freien Demokraten wurden mit dem Davidstern und dem Pfeilkreuz beschmiert.

Kommunistenhetze spielte auch eine große Rolle bei den Wahlen in Rumänien, wo die alptraumhafte Herrschaft von Nicolae Ceausescu im letzten Dezember durch einen Volksaufstand gestürzt wurde, der vom militärischen Oberkommando unterstützt wurde. Der Tyrann, eine Kreuzung zwischen Josef Stalin und Graf Dracula, wurde von seinen Generälen schnell hingerichtet. An seiner Stelle wurde die Nationale Rettungsfront gegründet, geführt von ehemaligen stalinistischen Apparatschiks wie Ion Iliescu, die mit dem größenwahnsinnigen Ceausescu und seiner Familie in Konflikt geraten waren. Doch während Iliescu & Co. ihre Zuneigung zur westlichen Sozialdemokratie erklärten, wurden Führer der Front von der rechtsgerichteten Nationalen Christdemokratischen Bauernpartei (ein Sammelbecken für die Vorkriegsfaschisten der Eisernen Garde) und der Nationalliberalen Partei als Krypto-Kommunisten angegriffen.

Wie sich herausstellte, errang die Rettungsfront einen überwältigenden Sieg, wobei die Liberalen und Bauern zusammen weniger als 10 Prozent der Stimmen erhielten. Und als die frustrierten Ultrarechten versuchten, durch Randalieren einen Staatsstreich vorzubereiten, während Armee und Polizei passiv danebenstanden, reagierten die Arbeiter mit Begeisterung auf Iliescus Hilferuf. Was erklärt diesen massiven Rückschlag für die Rechte in Rumänien, der das Schema in anderen osteuropäischen Ländern durchbricht?

Die Front gewann dadurch große Popularität, daß sie schnell die Heizungen anstellte, das Licht einschaltete und mehr Nahrungsmittel lieferte. Dies erhöhte den Lebensstandard gegenüber dem aufgezwungenen Elend des Ceausescu-Regimes erheblich; dieses Regime hatte Rumäniens Wohlstand ausgelaugt, um Kredite bei der Wall Street und den Frankfurter Bankiers abzubezahlen. Die Bergarbeiter, alles andere als Anhänger von Ceausescu, waren die ersten, die rebellierten, 1977 mit einem Streik im Jiu-Tal, der brutal unterdrückt wurde. Iliescu verdoppelte ihre Löhne und verkürzte die Arbeitswoche auf vier Tage. In einem Gastkommentar für die *New York Times* (19. Juni) machte Daniel Nelson von der Carnegie-Stiftung die Bemerkung:

> „Industriearbeiter, darunter die Bergarbeiter, sind eine Schicht, bei der Herr Iliescu unerschütterliche Unterstützung genießt. Seine kommunistische Vergangenheit stört die meisten Arbeiter nicht, aber die Angst vor Ar-

beitslosigkeit schon — und die Front hat die Treue der Arbeiter dadurch gewonnen, daß sie einen langsamen wirtschaftlichen Übergang zu einer Marktwirtschaft garantiert."

Aber Rumäniens Ex-KP-Herrscher befinden sich jetzt in einem Dilemma. Der Londoner *Guardian* (15. Juni) bemerkte: „Durch die Entfesselung von gewalttätigen Arbeitern auf den Straßen der Hauptstadt hat Herr Iliescu im wesentlichen seine Zukunft mit einer Politik verbunden, die jede Wirtschaftsreform ausschließt. Es kann keine wirtschaftliche Umstrukturierung stattfinden, ohne unprofitable Fabriken zu schließen, aber dies steht jetzt außer Frage." Und mit all dem Hochmut von Kapitalisten, die verächtlich über die „Herrschaft des Mobs" herziehen, hat die Pariser *Liberation* vom gleichen Tag es sehr kraß vom kapitalistischen Standpunkt aus formuliert: „Wenn sie sich zu oft an ‚die Straße' wenden, setzt sich das rumänische Regime einer scharfen Kehrtwendung aus, wenn die Gesellschaftskrise ausbricht, die viele Experten für unvermeidlich halten."

Die Arbeiter und Genossenschaftsbauern in Rumänien sind sich sehr wohl der gewaltsamen Unterdrückung bewußt, die in den 30er Jahren von dem faschistischen Regime der Eisernen Garde ausgeübt wurde, auf das die Antikommunisten vom Universitätsplatz mit Begeisterung schauen. Aber die Werktätigen Osteuropas können ihre wirtschaftliche Sicherheit nicht dadurch aufrechterhalten, daß sie Politiker unterstützen, die eine soziale Demokratie wie im Westen versprechen — die kuschelweiche Version von Konterrevolution. Ob schnell oder langsam, die Einführung von marktorientierten Reformen, die zur Restauration des Kapitalismus führen, wird auf Kosten der Arbeiter gehen. Was dringend gebraucht wird, sind wirklich kommunistische Parteien, die fest zur *Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums* stehen, auf der Grundlage der Perspektive der internationalen proletarischen Revolution, auch in den imperialistischen Zentren Westeuropa, Nordamerika und Japan.

Für kommunistischen Internationalismus!

Als in der DDR die Faschisten zum ersten Mal das sowjetische Ehrenmal in Ostberlin angriffen,. gab es auch eine machtvolle Antwort von der Arbeiterklasse. Nachdem unsere Genossen von der Trotzkistischen Liga Deutschlands (jetzt die Spartakist-Arbeiterpartei) dazu aufgerufen hatten, die Nazis durch eine Arbeitereinheitsfrontaktion am 3. Januar zu stoppen, griff die damals noch herrschende stalinistische SED den Appell auf, und 250000 kamen in den Treptower Park, um ihre Solidarität auszudrücken mit der Roten Armee, die das Hitlerregime zerschlagen hatte. Dies wurde auf der Titelseite der sowjetischen Armeezeitung *Krasnaja Zvezda* (Roter Stern) gebracht (mit einem Foto, das deutlich das Banner der TLD zeigt, das zur Verteidigung der Sowjetunion aufruft).

Aber danach, als die Bourgeoisie die Treptow-Mobilisierung scharf angriff, schreckten die stalinistischen „Reformer" vor der Wut der Sozialdemokraten und ihrer kapitalistischen Herren zurück. Und in dieser Mobilisierung sahen sie alle das Schreckgespenst der politischen Revolution und des Bürgerkriegs. Das Gleiche passiert jetzt vielleicht in Rumänien, wo sich Minislerpräsident Petr Roman für die „Exzesse" der Bergarbeiter entschuldigt.

Die Kampagne zur Restauration des Kapitalismus in Osteuropa entfesselt die gewalttätigsten, primitivsten nationalistischen Leidenschaften, um den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern. Macht euch nichts vor — der Kapitalismus wird in Osteuropa oder in der Sowjetunion nicht von einem Haufen charmanter Stückeschreiber restauriert werden, die an sonnigen Sonntagnachmittagen friedlich gewählt worden sind. Christian Rakowski, zusammen mit Trotzki Führer der Internationalen Linken Opposition, wies 1929 auf die Gefahr hin, daß die tiefgreifende Stalinisierung der sowjetischen Kommunistischen Partei es dem Klassenfeind ermöglichen würde, „in unsere sowjetische Festung unter der falschen, scheinheiligen und niederträchtigen Flagge der bürgerlichen Demokratie" einzubrechen, „um damit den Weg zu bereiten für den offenen Faschismus".

Was notwendig ist, um die kapitalistische Konterrevolution und die von ihr erzeugte allseitige Reaktion zu bekämpfen, das ist vor allem die Schmiedung wirklich kommunistischer (leninistisch-trotzkistischcr) Parteien. Die bolschewistische Partei wurde aufgebaut und triumphierte im unversöhnlichen Kampf gegen alle Formen des Nationalismus. Der Gründer der Roten Armee, Leo Trotzki, und der erste Vorsitzende des Allrussischen Obersten Sowjets, Jakow Swerdlow, waren Juden. Der Gründer der Tscheka (politische Polizei), Felix Dserschinski, war ein Pole, und seine wichtigsten Mitstreiter, Martin Latsis und Jakow Peters, waren Letten. Stalin war ein Georgier, und Lenin war ein Russe. Der erste bolschewistische Regierungschef in der Ukraine, Rakowski, war ein gebürtiger Bulgare, der die rumänischen Sozialisten in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg geführt hatte.

Kapitalistische Restauration ist ein blutiges Geschäft, und die Stoßtruppen der Konterrevolution haben angefangen, offen mobil zu machen. Sollte es dem Proletariat, jahrzehntelang von den Stalinisten in die Irre geführt und atomisiert, nicht gelingen, seine grundlegende Klassenmacht ins Feld zu führen, um diesen Kampf aufzunehmen und zu gewinnen, dann werden die resultierenden Regierungen keine stabilen parlamentarischen Demokratien sein, sondern faschistische Diktaturen,'geschmiedet durch die Zerschlagung der deformierten Arbeiterstaaten und der Arbeiterorganisationen. Diese Regime werden sehr wahrscheinlich in direkter Kontinuität stehen zu denjenigen, die 6 Millionen Juden und 20 Millionen Sowjetbürger abgeschlachtet haben. Und die scharfe Konkurrenz um die Beute von Osteuropa könnte ein Stolpcrdrahl sein zu einem dritten imperialistischen Weltkrieg. Die konterrevolutionäre Gefahr, die in Osteuropa und in der Sowjetunion droht, muß bekämpf! und zerschlagen werden. Es ist die Aufgabe der Trotzkislen, die Arbeiter und Bauern in dem Kampf zu führen, der die ganze alte Scheiße ein für allemal wegfegt.«

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 505, 29. Juni*

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.:(0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Mündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD, c/o Kultur- u. Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SPARTAKIST

Antikommunismus und Antisemitismus am Brodeln

Osteuropa: Reaktion und Widerstand

Imperialistische Regierungen und die westlichen Medien heulten vor Entrüstung auf, als Zehntausende von Bergarbeitern über Bukarest, die Hauptstadt Rumäniens, hereinbrachen, um mit den Ultrarechten aufzuräumen, die das Polizeihauptquartier niedergebrannt hatten, ins Innenministerium eingedrungen waren und versucht hatten, die zentralen Fernsehstudios zu stürmen. „Invasion rumänischer Bergarbeiter in Bukarest", jammerte die *New York Times* (15. Juni). „Die rumänische Revolution, falls sie je stattgefunden hat, ist sicher vorbei", lamentierte die Pariser *Le Monde*. Das Außenministerium in London zog gegen „den Bergarbeiter-Mob auf Bestellung" vom Leder. Das US-Außenministerium verurteilte die „Bürgerwehrgewalt, die von den allgemein akzeptierten Normen der Demokratie abweicht", und strich die humanitäre Hilfe für die Erdbebenopfer. Washingtons „Normen" wären, mit antikommunistischen Ausschreitungen einem Staatsstreich den Weg zu bereiten.

Während bankrotte stalinistische Regime in ganz Osteuropa zusammenbrechen, versuchen die Imperialisten den Eindruck zu erwecken, daß eine Dampfwalze in Richtung Kapitalismus rollt, gegen die Widerstand zwecklos wäre. Aber in Polen haben Anfang Juni Eisenbahnarbeiter den Fracht- und Personenverkehr zum Stehen gebracht mit einem spontanen Streik gegen die brutale Austeritätspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und Hunger mit sich gebracht hat. In Bulgarien hat die Sozialistische (früher Kommunistische) Partei bei den Parlamentswahlen im Juni die Mehrheit gewonnen. Reaktionäre Kräfte hatten große Hoffnungen auf Rumänien gesetzt, in der Erwartung, daß das Blutbad während des Dezemberaufstands der Funke

Fortgesetzt auf Seite 11



Berlin, 3. Januar: Prawda und sowjetische Armeezeitung Krasnaja Zvezda über Treptower Massendemonstration. Banner der Trotzkistischen Liga (rechts) ruft zur Verteidigung der UdSSR gegen NATO auf

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 74 24. JULI 1990 50 Pfennig

Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter

Gorbatschow schließt Pakt mit Viertem Reich

Am 16. Juli erklärten Michail Gorbatschow, Präsident der UdSSR, und Kanzler Helmut Kohl, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zum antisowjetischen NATO-Bündnis gehören wird. Damit hat der Kreml endgültig die Zustimmung zum Marsch auf ein neues Deutsches Reich gegeben. Trotz des ganzen Schwindels über ein „netteres, sanfteres" Viertes Reich des deutschen Imperialismus jagt dieser Vorstoß vielen Menschen einen Schauder über den Rücken, und nicht nur in der Sowjetunion.

Angesichts der tödlichen Krise des Stalinismus in ganz Osteuropa verkünden beide Seiten, der Kalte Krieg sei vorbei. Aber Mitarbeiter des Weißen Hauses erklären triumphierend: „Wir haben gesiegt, ihr habt verloren." Wenn die Welt aus der Nachkriegszeit rauskommt, dann nur, um in eine Vorkriegszeit einzusteigen. Die Teilung Europas, festgelegt 1945 in Jalta und Potsdam, spiegelte die Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee wider. Eine imperialistische neue Ordnung in Europa, dominiert von einem wiedervereinigten NATO-Deutschland, bedeutet einen großen Schritt hin zum Dritten Weltkrieg.



Der Spiegel

Bundeswehr: europäische NATO-Kraft Nr. 1

Schon auf dem imperialistischen Gipfeltreffen in Houston zeigte sich die wachsende Spannung zwischen den niedergehenden USA und den von den wiederaufsteigenden Mächten Deutschland und Japan geführten Blöcken. Und während Gorbatschow nach dem Übereinkommen mit Kohl über den Eintritt in eine Epoche des „starken, langanhaltenden Friedens" schwärmte, erklärte Kohl: „Warum sollten nicht die Deutschen und die Sowjetunion als erste einen Nichtangriffspakt abschließen ...?" All das beschwor Bilder von Neville Chamberlain, der 1938 das Münchner Abkommen hochhielt und behauptete, „Frieden in unserer Zeit" gebracht zu haben. Der letzte sowjetisch-deutsche „Nichtangriffspakt" war das Vorspiel zu Hitlers Operation Barbarossa, dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941.

Vor vier Monaten schwor der sowjetische Präsident, daß für ein wiedervereinigtes kapitalistisches Deutschland die NATO-Mitgliedschaft „absolut nicht in Frage komme". Mr. Da (Herr Ja) behauptete, der Positionswechsel sei durch den NATO-Gipfel in London Anfang dieses Monats möglich gemacht worden. Imperialistische Führer gaben dort einige „friedliebende" Geräusche von sich, während die NATO-Häuptlinge sich nicht einmal pro forma gegen einen atomaren Erstschlag aussprachen — gegen den der Warschauer Pakt jahrelang Stellung bezogen hatte —, sondern versprachen nur, einen atomaren Angriff auf die Sowjetunion zu vermeiden, außer im „äußersten Notfall".

Gorbatschow nannte es „Realpolitik". Als Gegenleistung kriegte die NATO die vorbehaltlose Verpflichtung der UdSSR, bis Ende 1994 alle Truppen aus Ostdeutschland zurückzuziehen. Die Sowjets kriegten nichts außer dem Versprechen, die Bundeswehr um etwa 100 000 Mann auf 370 000 zu reduzieren. Dies wurde verkauft als 45prozentige Reduzierung der deutschen Truppenstärke — dabei wurde die NVA, die sowieso nach vollständiger Wiedervereinigung gesäubert und entwaffnet werden soll, dazugerechnet (in ihrer früheren- Stärke). Mittlerweile bleibt das atomare NATO-Arsenal auf westdeutschem Boden, und deutsche Einheiten, die zum integrierten NATO-Kommando gehörten, rücken bis zur polnischen Grenze vor.

Die sowjetische Bevölkerung verlor über 20 Millionen Menschenleben, als sie die Nazi-Invasoren zurückschlug und Osteuropa vom Dritten Reich befreite. Solche Erinnerungen werden nicht leicht ausgelöscht. Ein Kriegsveteran sagte erbittert: „Ich befürchte, die Geschichte könnte sich

Fortsesetzt auf Seite 12

Demonstranten fordern weltweit:

Rettet Mumia Abu-Jamal!

In den vergangenen drei Wochen haben Kundgebungen und Demonstrationen in den ganzen USA sowie in Paris, Berlin, Hamburg, Toronto, London und Sidney Hunderte von Sozialisten, Gewerkschaftern, Aktivisten zur Befreiung der Schwarzen, Antifaschisten und Gegnern der Todesstrafe zusammengebracht, um das Leben von Mumia Abu-Jamal, einem politischen Gefangenen in der Todeszelle, zu retten. Das Partisan Defense Committee/U.S. hatte zum Jahrestag der Verurteilung von Jamal am 3. Juli 1982 die Initiative zu dieser Kampagne von Demonstrationen ergriffen, die zusammenfiel mit dem Jahrestag der Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Obersten Gerichtshof der USA 1976 am Vorabend zur Zweihundertjahrfeier der amerikanischen Unabhängigkeit. Wie Wadija, Jamals Frau, auf der Kundgebung in New York sagte: „Dieses Datum bedeutet für mich Erinnerungen, die nichts zu tun haben mit amerikanischer Unabhängigkeit — sondern alles zu tun haben mit amerikanischer Rache."

20 Jahre lang — seit er als 14jähriger schon Sprecher der Black Panther Party wurde und später für seine Unterstützung für die Organisation MOVE und als prominenter Journalist bekannt wurde — ist Jamal Zielscheibe von Philadelphias schießwütigen rassistischen Bullen gewesen. Jamal, vielen bekannt als die „Stimme der Entrechteten" wegen seiner Verteidigung der armen und unterdrückten Minderheiten, wurde 1982 durch fabrizierte Anklagen beschuldigt, er habe einen Bullen in Philadelphia getötet. Heute wird sein Name zu einem Protestruf gegen die rassistische Todesstrafe.

Die Proteste, die am 28. Juni in New York mit einer Kundgebung von 150 Leuten begannen, verdeutlichten die wachsende Unterstützung der Arbeiterbewegung bei dem Kampf, Jamals Leben zu retten. Cleveland Robinson, ein prominenter Gewerkschaftsführer in New York City mit fünf Jahrzehnten Kampferfahrung in der Arbeiterbewegung, erzählte von seiner Arbeit im Scottsboro-Fall, bei dem in den 30er Jahren gegen neun schwarze Jugendliche Anklagen wegen Vergewaltigung fabriziert wurden. Er sagte, in bezug auf Jamal: „Wenn es uns gelingen soll, das Leben von diesem Kollegen zu retten, und das der anderen, die dort sind, dann brauchen wir eine starke kämpferische Gewerkschaftsbewegung."

Auf der Kundgebung vom 29. Juni in Paris wurde von der CGT, Frankreichs größtem Gewerkschaftsverband, der Millionen von Arbeitern repräsentiert, eine Erklärung verlesen, in der es heißt: „Die CGT schließt sich der internationalen Verteidigungskampagne an, um die Rettung des Lebens von MUMIA ABU-JAMAL zu fordern." Am 4. Juli kamen in Toronto 100 Leute vor das Konsulat der USA, um zu verlangen, daß Jamal nicht sterben darf. Darunter waren Banner vom Metro Toronto Labour Council, der 180 000 Gewerkschafter repräsentiert, und vom United Transportation Union Local 483. Am 6. Juli versammelten sich über 85 Leute im Londoner Schwarzen-Viertel Brixton, vor fünf Jahren Schauplatz von brutalem rassistischen Bullenterror. Paul Trewhela, Mitherausgeber von *Searchlight South Africa,* sagte dort: „Südafrika, als die Hinrichtungshauptstadt der Welt, sieht seine eigene Zukunft im elektrischen Stuhl des Staatsgefängnisses von Huntingdon in Pennsylvania", wo Jamal die Hinrichtung droht.

Hier in Deutschland, wo faschistische Überfälle auf Immigranten, Juden und Linke sprunghaft zunehmen als Teil vom kapitalistischen Anschluß der DDR, hatte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) zu Demonstrationen am 3. Juli aufgerufen, um das Leben von Jama] zu retten. Die Protestkundgebungen wurden unterstützt von Überlebenden des Holocaust, Immigrantenorganisationen, führenden Gewerkschaftern, darunter die Vorsitzenden der Mediengewerkschaften in Ost- und Westdeutschland, linken Gruppen und Mitgliedern der PDS sowie von der Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press) in Bremen, die bereits sehr viel getan hat, um für die Unterstützung von Jamal zu mobilisieren.

In Hamburg gab es vor dem Konsulat der USA eine Kundgebung mit 60 Teilnehmern, darunter iranische Linke, Antifaschisten und Unterstützer von Agipa-Press, die Unterschriftenlisten mit 1300 Namen mitbrachten. Weitere 60 versammelten sich in Ostberlin vor der Botschaft der USA, trotz der einschüchternden Präsenz von 200 Bullen mit Wasserwerfern. Plakate der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) forderten: „Stoppt die Nazis! Für Arbeiterschutz von Immigranten-Wohnheimen!", „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!" und „Nein zum Vierten Reich des deutschen Imperialismus!"

Der Ehrenpräsident der PDS und frühere DDR-Ministerpräsident Hans Modrow war unter denen, die die Demonstration für Jamal unterstützten. Später erhielten wir auch die Unterstützung des PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi. Doch am Tag der Kundgebungen veröffentlichten *Neues Deutschland, Berliner Zeitung* und *Junge Welt* eine lügnerische Erklärung eines PDS-Sprechers, daß Modrow mit den Protesten „absolut nichts zu tun" habe. Aber bei der PDS-Konferenz am 8. Juli bestätigten sowohl Modrow

Fortgesetzt auf Seite 11

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Toralf Endruweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes, Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;
Fax: (040)330154
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)4914548
Postfach 510655, 1OOO Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,—
Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb, Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR
ISSN 0173-7430

Nr. 74 **24. Juli 1990**

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

PDS beugt sich vor SPD-Henkern

Die PDS-Konferenz „Demokratischer Sozialismus" am 8. Juli in Berlin diente dazu, die PDS weiter als „moderne sozialistische Partei" im kapitalistischen Großdeutschland zu etablieren, alte Reflexe auszuschalten, die zumindest formal noch etwas mit der Arbeiterklasse zu tun hatten.

Haupttenor des langen Grundsatzreferats von Andræ Brie, der „Vorstellungen über den demokratischen Sozialismus nach dem Ende der DDR" vortrug, war „für eine moderne" PDS: der „reale Sozialismus" ist gescheitert, grundsätzlich war der Kapitalismus fortschrittlicher als DDR und Sowjetunion, nur müsse der Kapitalismus „sein Antlitz grundlegend wandeln". Außer dem Ritual, der SED-Vergangenheit abzuschwören, war die Konferenz ein weiterer hoffnungsloser Versuch, mit der fanatisch antikommunistischen SPD „zusammenzurücken". Gleichzeitig streckte die PDS die Hand aus zur antikommunistischen West-Linken, hier vor allem Grüne/Alternative, von denen etliche anwesend waren. „Jene Sprecher, die sich links von der PDS begreifen", so *Neues Deutschland,* ließen „mit Rufen nach der proletarischen Revolution doch eine gehörige Portion Realitätssinn vermissen".

Bei der Konferenz waren etwa 1200 PDS-Mitglieder. Ein Genösse, der seine Austrittserklärung aus der PDS und aus der Kommunistischen Plattform der PDS verteilte (siehe Seite 5), fand besonders großes Interesse. Wir verkauften über 250 *Spartakist*, etliche Abonnements sowie eine Reihe von Trotzki-Büchern. Durch unsere kommunistische Politik, die sehr scharf gegen die Volksfront-Linie PDS/Grüne/SPD herausstach, war unsere Präsenz sehr sichtbar.

Für die SpAD erklärte Renate Dahlhaus auf der Konferenz, daß wir Trotzkisten hier wiederholen müssen, was wir seit November in der DDR erklären: der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt (Applaus der Konferenzteilnehmer). Sie stellte fest, daß man mit dem Stalinismus bis zu Ende abrechnen muß und dies nur möglich ist, wenn man „zurück zu Lenin und Trotzki" geht und nicht wie hier den Weg zur Sozialdemokratie beschreitet, die seit 1914 auf den Misthaufen der Geschichte gehört (wieder Applaus).

Die Rednerin erklärte: „Wir von der SpAD sind hier, um eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse anzusprechen: das ‚Parteiengesetz', das zur Kriminalisierung und Vernichtung der PDS dient und dem entschiedener Widerstand und Verweigerung entgegengesetzt werden muß." Sie forderte die Einheit *der Aktion* der Linken gegen diese antikommunistische Offensive.

Die Stimmung im Saal wurde etwas eisiger, als wir den Zusammenhang darstellten zwischen der Kapitulation der PDS vor Anschluß und „Enteignungsgesetz" und einer vom *Neuen Deutschland* verbreiteten Verleumdung über die Protestaktion gegen die rassistische Todesstrafe (siehe Jamal-Artikel, Seite 2). Hauptsächlich nach unserem Redebeitrag kamen über 180 Konferenzteilnehmer zu unserem Büchertisch und fragten, wo sie für Mumia Abu-Jamal unterschreiben könnten. Einige nahmen auch Bögen mit, um selbst Unterschriften zu sammeln.

Am Spartakist-Büchertisch hatten wir viele Diskussionen mit Leuten, die uns schon lange Zeit kennen von der antifaschistischen Kundgebung in Treptow, von unserer Wahlkampagne und unserer Rede bei der Demonstration gegen Parteien-Enteignung am 2. Juni. Mehrere PDS-Mitglieder machten sich Sorgen über die Auflösung der Betriebskampfgruppen Ende letzten Jahres, sie stellten fest, „ihr wart ja dagegen". Einer kam: „Ich will nur die Zeitung von den Spartakisten, die bei den Wahlen kandidiert haben". Also, die „demokratischen" Kräfte der PDS hielten sich bei uns kaum auf.

Leipzig: SpAD im Streitgespräch

Auf unsere Initiative hin fand am 19. Juli in Leipzig ein Streitgespräch zwischen SpAD, PDS, KPD und der Vereinigten Linken (VL) statt, an dem etwa 50 Leute teilnahmen. Das vereinbarte Thema war „Kommunismus und die Aufgaben der Kommunisten heute", wozu der VL-Sprecher schon am Anfang erklärte, daß er darüber nichts zu sagen habe, „weil ich die Aufgaben der Kommunisten nicht kenne". Ein Redner der Marxistischen Jugend-Vereinigung (MJV) sprach sich für einen „radikalen Reformismus" aus, die KPD fügte hinzu, unter Aufzählung von Kautsky- und Bernstein-Zitaten, daß die Hauptsache sei, die Zersplitterung der Linken aufzuheben und Deutschland vor einem Krieg zu retten.

Die Debatte entwickelte sich im wesentlichen zwischen SpAD und PDS, denn alle anderen suchten nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, um mit der PDS ein „demokratisches" Bündnis für die nächsten Wahlen zu schaffen. Die SpAD dagegen schlug sehr konkret vor, gegen die antikommunistische Hexenjagd zu kämpfen und das Enteignungsgesetz, das hauptsächlich die PDS bedroht, in einer gemeinsamen Aktion zurückzuweisen. Die KPD (das „K" in ihrem Namen muß wohl für „Kautskyanische" stehen) und Vereinigte Linke reagierten darauf mit absolutem Schweigen, während PDS und Kommunistische Plattform nur „legale Möglichkeiten" benutzen wollten. Ein Sprecher erklärte, daß die PDS weiter vor der Enteignungskommission von CDU und SPD kriechen und ihre Finanzen ausliefern wird.

Forlgesetzt auf Seite 4

Karl Liebknecht zur „Einheit der Linken":

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften,-ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitsphrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot — heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus. (Karl Liebknecht, „Der neue Burgfrieden", 19. November 1918)

Leipzig...

Fortsetzung von Seite 3

Die SpAD war die einzige Partei, die für eine Einheitsfrontaktion der Linken und Arbeiterbewegung kämpfte, während die PDS und ihre Anhängsel von einer Volksfrontpolitik im Schatten der SPD träumen und einem Vierten Reich den Weg bereiten. Einige Besucher dieser Diskussionsveranstaltung waren entsetzt über Gorbatschows nackte Kapitulation vor Kohl und NATO-Deutschland, doch auch hier war die klassisch reformistische Antwort der PDS, eine deutsche „Volksabstimmung" zu fordern.

Ein Arbeiter von Stern-Radio berichtete über Kurzarbeit in seinem Betrieb, wo niemand weiß, wieviele Arbeiter in einem Monat auf der Straße liegen werden. „Die SPD und DGB-Führung haben den FDGB zerstört, und jetzt wollen sie die PDS zerstören. Und die PDS will ein Bündnis mit der SPD, deswegen bin ich nicht bei ihnen geblieben, sondern bin zur SpAD gegangen, weil ich mit der SPD nicht mitlaufen will".

Hexenjagd bei Buna

Mit einem Manöver wollten gefährliche Provokateure die Sorgen und Angst der Arbeiter bei Buna, die von Massenentlassungen bedroht sind, in antikommunistische Fahrwasser lenken. Am 13. Juli erschien in der *Mitteldeutschen Zeitung* ein Bericht über einen geplanten Warnstreik bei Buna, dessen Hauptforderung darin gipfelte, die „Bildung eines Gremiums, das aite leitende SED-Mitarbeiter ablöst", zu verlangen. Außerdem wurden Informationen über ehemalige staatliche Funktionäre und ein „sofortiger Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparates" gefordert, alles im Namen von anonymen „parteilosen Mitarbeitern". Die Gewerkschaft distanzierte sich von diesem blutrünstigen Aufruf, allerdings nur mit der Begründung, daß es sich um einen „politischen Streik" handeln würde. Dabei wäre nichts dringender notwendig als ein politischer Streik *im Interesse* der Arbeiterklasse *gegen* den kapitalistischen Anschluß und die antikommunistische Hexenjagd.

Ein Streik fand nach Verhandlungen zwischen Vorstand, Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern zwar nicht statt, eine der Hauptforderungen wurde jedoch erfüllt: die Kündigung *aller* Verwaltungsangestellten und Neu-Ausschreibung der offenen Stellen nach „Kompetenz" — das jüngste Kennwort aller Antikommunisten, die zur Hexenjagd blasen.

Dieser Angriff findet vor dem Hintergrund der tödlichen Gefahr von Massenentlassungen durch die Kapitalisten statt, 12 000 Arbeiter bei Buna sind bedroht, 42 000 Arbeiter bei Leuna, wo bereits Kurzarbeit eingeführt worden ist. In den Betrieben kocht die Gerüchteküche, Lohnzahlungen sind nicht gesichert, eine Schließung des Werks wird befürchtet. Auf diesem Boden wollen finstere Provokateure eine Hexenjagd gegen alle Aktivisten der Arbeiterklasse entfachen. Die „Wendehälse" der SED, von denen es nicht wenige gibt, die sich heute als beste Handlanger und Möchtegern-Manager für die Kapitalisten bewähren wollen, liefern dafür einen bequemen Vorwand.

Das westdeutsche Kapital hat die chemische Industrie der DDR zu Schrott erklärt und will Zehntausende von Arbeitern auf die Müllhalde befördern. Die von der SPD angeführte Hexenjagd, die die Auflösung des FDGB erzwungen hat, richtet sich nicht nur gegen ehemalige SED-Mitglieder und SED-Funktionäre, sondern gegen jeden Versuch der Arbeiterklasse, sich zur Verteidigung ihres Lebensunterhalts zu organisieren. Mit Enteignungsgesetzen wollen diese Lakaien eines Vierten Reichs die Linke jagen, mit nationalistischer und antikommunistischer Demagogie die Arbeiterklasse aufhetzen und spalten. Und nicht nur im Süden der DDR. In Berlin-Pankow wurden Ärzte, Krankenschwestern und andere Arbeiter im Gesundheitswesen durch öffentliche Ankündigung bei einer Betriebsversammlung gefeuert, weil sie sich geweigert hatten, einen Beschnüffelungsfragebogen auszufüllen!

Wie ein Arbeiter gegenüber *Spartakist*-Verkäufern bei Buna kommentierte, war dieser Streik eindeutig gegen die Linke geplant. Gerüchte gehen um, daß Republikaner-Faschisten dabei ihre Hände im Spiel hatten. Es ist ein Verbrechen, daß Gewerkschaftsvertreter vor den Forderungen dieses reaktionären „Streikaufrufs in die Knie gegangen sind. Notwendig ist eine Mobilisierung der klassenbewußten Arbeiter gegen diese Provokation. Die Buna-Arbeiter brauchen dringend eine kampfbereite Führung, um sie gegen die Nachfolger der IG-Farben-Kapitalisten und deren Politiker zu verteidigen, die liebend gerne wieder auf Zwangsarbeiter zurückgreifen würden. Die Arbeiter, die für eine „schnelle D-Mark" abgestimmt haben, fangen bereits an zu verstehen, daß ihnen dies nicht Reichtum, sondern leere Taschen bringt.

Mansfelder Bergleute: Kämpft gemeinsam für Eure Zukunft!

Die Kupferbergwerke im Mansfelder Land sollen jetzt endgültig stillgelegt werden. Die 5000 Bergleute, die dort arbeiten, stehen vor dem Nichts. Am 23. Juni wurde die staatliche Subvention des Bergbaus gestrichen; im September soll das endgültige Aus kommen. Hieß es früher „Bergmann — wer ist mehr?", sollen die Kumpel jetzt mit 100 D-Mark für jedes Beschäftigungsjahr abgespeist werden — der blanke Hohn! Für jüngere Kumpel gibt es ebensowenig neue Arbeitsplätze wie für die älteren Bergleute, die im Schacht ihre Gesundheit gelassen haben. Sie sollen nach Meinung der De-Maiziere-Regierung eben verrotten.

Die Kupferadern sind erschöpft, das wissen die Arbeiter selbst. Sie fordern eine anständige Abfindung, staatlich finanzierte Umschulung und neue Arbeitsplätze. Ursprünglich wurde geplant, Arbeiter vom Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen im Bernhard-Koenen-Schacht (Niederröblingen) zu übernehmen, wo heute 3000 Bergleute arbeiten und Kupfer mit staatlicher Stützung bis 1995 gefördert werden könnte. So wären auch die 1000 Arbeitsplätze in der Kupferhütte gesichert. Während dieser Zeitspanne sollten Bergleute umgeschult (im Betrieb und bezahlt vom Betrieb) sowie neue Industrien in der Gegend angesiedelt werden. Doch der Anschluß, der am 1. Juli in Kraft trat, zerschlug diese Planung: Damit wurden die BGLs liquidiert und sämtliche früher vereinbarten Sozialpläne, Tarifverträge und Rahmenkollektivverträge ungültig gemacht.

Mitte Juni führten die Kumpel vom Müntzer-Schacht einen wütenden Protest durch; die Regierung sicherte

Fortgesetzt auf Seite 5

Austritt aus PDS und Kommunistischer Plattform

„Ich bin Kommunist!"

Wir drucken hier die Austrittserklärung eines Genossen aus der PDS und der Kommunistischen Plattform der PDS ab, der acht Jahre lang Mitglied der SED gewesen ist. Kopien der Austrittserklärung können über die Redaktionsadresse bestellt werden.

Seit den Ereignissen im Oktober/November 1989 in der DDR bin ich durch meinen Drang darüber, die Ursachen und Gründe dieser Entwicklung zu erforschen, in der Lage, sagen zu können, daß ich in diesem dreiviertel Jahr mehr an wichtigen politischen Erkenntnissen gewonnen habe, als in der gesamten Schul-, Abitur- und Studentenzeit unter stalinistischer Herrschaft zusammen. Weil ich jetzt die Antwort auf meine Fragen habe — d. h. politisch klarer sehe, jetzt auch dadurch weiß, was für eine Partei die SED oder SED/PDS war und die PDS jetzt ist, kann ich die Mitgliedschaft in der PDS nicht mehr mit meiner jetzigen politischen Überzeugung vereinbaren: Ich bin Kommunist!

Durch den Zusammenbruch des stalinistischen Regimes im letzten Herbst und die Öffnung der Grenzen konnte ich Schriften von Trotzki in die Hand bekommen, der mir vorher nur als „Konterrevolutionär" bekannt war. Aber wie kann jemand „Konterrevolutionär" sein, der eng mit Lenin die Oktoberrevolution vorbereitet und durchgeführt hat und Lenins Werk nach dessen Tod fortsetzte. Durch das Studium seiner Werke „Verratene Revolution" (1936) und das „Übergangsprogramm", 1938 geschrieben, wurde ich zu den Lehren von Marx, Engels („Manifest der Kommunistischen Partei") und Lenin („Staat und Revolution") zurückgebracht. Vor über 50 Jahren hat Trotzki die Ursachen dargelegt, die verantwortlich waren für den Sturz der stalinistischen Bürokratie im Herbst 1989 in der DDR sowie in den anderen osteuropäischen Ländern zuvor.

Er schrieb im Gründungsprogramm der Vierten Internationale (Übergangsprogramm): „Die politische Prognose hat alternativen Charakter: Entweder stößt die Bürokratie ... die neuen Eigentumsformen um und wirft das Land in den Kapitalismus zurück — oder die Arbeiterklasse zerschlägt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus." Den Weg zum Sozialismus hat die „Partei des Demokratischen Sozialismus" nicht gefunden; sie hat den Arbeiterstaat der Bourgeoisie übergeben!

Wie ist die Lage in der DDR? Falsch — besser ich sage Großdeutschland, denn ab heute gilt die „ach-so-gute" und „harte" D-Mark! „Meine" Partei hat die DDR nicht nur

Fortgesetzt auf Seite 13

Mansfelder Bergleute...

Fortsetzung von Seite 4

daraufhin die Produktion bis zum 30. September zu. Dabei kalkuliert die Regierung eiskalt, daß die Kampfbedingungen der Arbeiter mit jedem Tag schlechter werden. Und sie setzt auf die Spaltung der Arbeiter mit Hilfe der FDGB-Bürokraten, denen das eigene Hemd näher ist als die Zukunft der Kollegen, die sie angeblich vertreten. Am 25. Juni verlangten die Kumpel auch im Koenen-Schacht Klarheit über ihre eigene Zukunft und die Mittagsschicht weigerte sich, einzufahren, trotz der Versuche der BGL abzuwiegeln.

Bergleute, laßt Euch nicht gegeneinander ausspielen. Kein Vertrauen in Wendehals-Bürokraten. Die Brigaden sollen die entschlossensten und vertrauenswürdigsten Kollegen in ein gemeinsames Streikkomitee aller Schächte entsenden. Nur zusammen könnt Ihr verhindern, daß Ihr morgen zu Bettlern und Almosenempfängern werdet.

Der Kampf muß ausgeweitet werden: am Bergbau hängen die ganze Region und Arbeitsplätze vieler lausender Kollegen. 10000 Kali-Arbeitern droht die Entlassung, 30000 Kumpel im Harz haben Kurzarbeit. Schickt Delegationen zur Kupferhütte und den anderen Betrieben. Fordert die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände und die ständige Anpassung der Löhne an die rasch steigenden Lebenshaltungskosten.

Besser jetzt kämpfen, als zu den ersten Opfern der kapitalistischen Marktwirtschaft zu zählen.

— Nieder mit der Treuhand-Regierung der westdeutschen Bankiers!

— Für eine Arbeiterregierung!

Schwarz-„Rote"-Goldene Fahne der DDR-Linken

Dieser Tage erschien in der ehemaligen DDR eine Wochenzeitung, die sich selbst als „Die Rote Fahne" bezeichnet. Sie wurde schon monatelang angekündigt und nach heftigen Debatten in der KPD erscheint diese Zeitung nun als „Podium der Linken".

Es ist notwending, die Aufmerksamkeit der Leser auf dieses Blatt zu richten, das sich auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beruft, aber ihre Namen in den Dreck zieht. Einerseits ist es „parteiunabhängig", also anonym, andererseits firmieren als Kontaktadressen VL, KPD und PDS.

Als Ausdruck der „Einheit der Linken" zeigen sie, wie diese Einheit nur aussehen kann: großdeutsch und nationalistisch. Mit blankem Zynismus reagieren sie auf die Fragen der Zeit. Sich selbst als „Deutsche Zeitung" bezeichnend, berichten sie unter der Überschrift „Ich bin behindert — ich bin deutsch" über eine Demonstration von Behinderten und appellieren an den „Deutschen Stolz", um den Behinderten zu helfen. Rosa-Luxemburg-Zitate werden entstellt, um über „Heimatverlust" zu jammern und zum „nationalen Denken" aufzurufen.

1918 wurde vom Spartakusbund die *Rote Fahne* gegründet, gegen die Sozialdemokratie und für die Auseinandersetzung mit der Linken vom internationalistischen Standpunkt aus. Die heutige teutsche „Rote" Fahne sagt ja zum Vierten Reich, wenn es nur bitte, bitte sozial-demokratisch ist. Die ganze Welt graut sich vor dem Gedanken an ein Viertes Reich, und die „Rote" Fahne hat nichts weiter zu tun, als mit den Namen von Karl und Rosa gefährlichen deutschen Chauvinismus zu schmücken.«

Schwarzer amerikanischer Trotzkist auf Veranstaltungen

Internationalistisches Echo von Halle bis Hamburg

Mehr als 200 Sympathisanten und Kritiker der SpAD besuchten eine Reihe von Veranstaltungen im Juni unter dem Titel „ ‚Freie Welt' des verrotteten US-Kapitalismus", die von unserem Genossen Don Alexander, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., in Berlin, Bernburg, Halle, Eggesin, Rostock und Hamburg gehalten wurden. Genösse Alexander ist auch einer der Organisatoren der Labor Black League for Social Defense (LBL, Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung, eine kämpferische Organisation von Werktätigen und Angehörigen von unterdrückten Minderheiten in brüderlicher Verbundenheit mit der SL/U.S.) aus der San Francisco Bay Area. Die Tour war durch eine Spendenkampagne der LBL in San Francisco, Chicago und Atlanta ermöglicht worden, deren Aktivisten ihr schwer verdientes Geld in einer eindrucksvollen Geste des proletarischen Internationalismus gespendet haben.



Spartakist

Don Alexander in Halle

Mit der Organisierung dieser Tour vertieften und erweiterten die Genossen der SpAD ihre Arbeit, eine leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen, die die defensiven Kämpfe gegen den Drang zu einem Vierten Reich und die Verelendung der Arbeiterklasse führen kann. Daß diese Verelendung das unvermeidliche Ergebnis des kapitalistischen Anschlusses sein würde, stellte Genösse Alexander eindringlich dar, indem er beschrieb, welche Hölle das Leben für die amerikanischen Schwarzen ist. Gerade am Fall Mumia Abu-Jamal, für dessen Rettung vor dem elektrischen Stuhl wir eine internationale Protestkampagne initiiert haben (siehe Seite 2), wurde dies immer wieder deutlich gemacht.

In Rostock wurden 150 *Spartakist* an Hafenarbeiter verkauft, denen Massenentlassungen drohen. In Halle bei den Leuna-Werken versuchte eine Gruppe von reaktionären Arbeitern mit BRD-Fahnen und Konföderiertenflagge, bis zum heutigen Tag das Symbol der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, unseren Genossen den Zugang zum Werk zu verwehren. Sie zogen sich aber zurück, als ein Mitglied der SpAD laut vernehmlich rief: „Für Arbeitermobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen." Ausländische Arbeiter, Studenten und Frauengruppen legten die Flugblätter für die Tour auf ihren Büchertischen und in ihren Klubs aus. In Eggesin trafen sich vietnamesische und mosambikanische Arbeiter bei der Veranstaltung, die von mehr als 50 Leuten besucht wurde, und diskutierten darüber, wie die wachsende Welle der faschistischen Angriffe auf sie und ihre Kollegen zurückzuschlagen ist.

Es war sehr interessant bei dieser Tour, daß eine große Anzahl von Mitgliedern von Organisationen, die ernsthafte politische Differenzen mit der SpAD haben, zu den Veranstaltungen gekommen ist. Anhänger der PDS, VL, KPD, der Kommunistischen Plattform und von den Nelken kamen, um mehr über unsere Politik zu erfahren oder um die Linie ihrer eigenen Partei zu verteidigen; einige sind durch diese Debatten näher an unsere Politik herangerückt, andere sind gekommen, um besser gegen die trotzkistische Linie der SpAD gewappnet zu sein. Wir begrüßen diese polemischen Debatten und hoffen auf mehr in der nächsten Zukunft, weil wir uns, wie Alexander gesagt hat, weigern, programmatische Differenzen zu vertuschen, „was nur darauf hinausliefe, das Schicksal der Menschheit aufs Spiel zu setzen". Solche offenen Debatten gehen Hand in Hand mit unserem Kampf, die Einheit in der *Aktion* gegen die faschistische Gefahr und andere Angriffe auf das Leben der Arbeiter zu schaffen. *Spartakist* wird in einer der nächsten Ausgaben die Rede des Genossen abdrucken; in dieser Ausgabe drucken wir seine Schlußbemerkungen bei der Veranstaltung in Rostock ab, wo er unter anderem auf Kader der PDS und KPD eingegangen ist, die behaupteten, sie seien gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Fälschlicherweise und/oder verräterischerweise schauen sie aber auf Gorbatschow oder auf eine von der SPD dominierte Volksfront, um die Aufgabe zu lösen, die nur eine klassenbewußte Arbeiterklasse wirklich vollenden kann, mit einer Partei, wie sie von Lenin und Trotzki geführt wurde.

Im Augenblick zeigen die Werktätigen hier, ich habe das vorher schon gesagt, in massiver Weise falsches Bewußtsein. Das heißt nun aber nicht, daß ihre egalitären sozialistischen Ideale alle zerstört worden sind. Und immer wenn ich den „Elitismus"-Vorwurf gegenüber Leninisten höre, kann ich nur lachen. Denn schaut euch doch an, wer seinen eigenen historischen Pessimismus auf die Arbeiterklasse projiziert. Mehr noch, die Arbeiterklasse ist kein undifferenzierter Haufen. Es gibt aktive, klassenbewußte Teile der Arbeiterklasse, die nach einer Periode der Niederlagen sicher enttäuscht sein werden und ihre Situation neu überdenken müssen, um voranzugehen. Sie kommen zu einem sorgfältigen Urteil über die Parteien

Internationalistisches Echo...

Fortsetzung von Seite 6

und schauen darauf, wie sie mit den Ereignissen mitgehalten und wie sie dem Druck der Bourgeoisie standgehalten haben (z. B. bei den Wahlen). Und unsere Organisation hat der Arbeiterklasse die Wahrheit gesagt, und wenn diese Menschen sich in Bewegung setzen, dann werden sie auf uns schauen.

Und sie werden uns helfen, die sozialpatriotischen Verräter davonzujagen. Die Situation in diesen Tagen verlangt ein klares Verständnis darüber, daß die Schwierigkeiten, in denen wir stecken, nicht allein im Rahmen der DDR gelöst werden. Die Imperialisten machen sich Sorgen darüber, daß es hier zum Widerstand der Arbeiterklasse kommen wird. Und dies zeigt sich sehr klar in der augenblicklichen antikommunistischen Hexenjagd gegen die PDS. Am liebsten würden sie alle Zentren des Widerstands gegen ihren imperialistischen Revanchismus zerschlagen.

Was wir deshalb klarzumachen versuchen, ist, daß die Schlüsselfrage das Programm ist. Es gibt gewisse Augenblicke, wo zeitweilige Blöcke für Massenaktionen gegen den Klassenfeind notwendig sind. Treptow und unsere Verteidigung der PDS sind dafür Beispiele. Dies hat aber nichts zu tun mit einem Programm, das zu einer politischen Allianz mit der Bourgeoisie und zur Unterordnung der Interessen des Proletariats aufruft. Dieser wichtige Unterschied ist von den Stalinisten verwischt worden, um ihr Programm der friedlichen Koexistenz mit dem Weltimperialismus zu rechtfertigen. Und wenn ihr meint, daß noch nicht genug Arbeiterblut vergossen wurde, dann ist euch wirklich nicht zu helfen. Ich meine dies im Geiste einer polemischen marxistischen Kritik, die ausspricht, was ist. Wie Lenins und Trotzkis bolschewistische Partei wollen wir eine harte revolutionäre Partei aufbauen, die gegen den Strom schwimmt, weil nichts ihr mehr am Herzen liegt als die Befreiung der Werktätigen.

Ihr kennt wahrscheinlich den historischen Kampf — Martow, der Weiche, und Lenins Partei, die harte Fraktion der SDAPR. Dabei erinnert ihr euch sicherlich an den Kampf von 1903. Nun gut, wir haben Lenins Seite ergriffen in diesem Kampf, weil es um den Unterschied ging, entweder der reformistische Schwanz der imperialistischen Bourgeoisie im Ersten Weltkrieg zu werden oder eine sozialistische Revolution zu machen.

Und das ist der Grund, warum wir heute sagen, international eine revolutionäre leninistische Avantgardepartei aufzubauen ist von entscheidender Bedeutung dafür, den nuklear bewaffneten Imperialismus daran zu hindern, uns alle zu zerstören. Deshalb ist es notwendig, politisch mit der Wahrheit bewaffnet zu sein. Wir wollen, daß ihr unsere Literatur lest und alles was, ihr in die Finger kriegen könnt, um politische Klarheit zu gewinnen, denn uns stehen wichtige Kämpfe bevor.«

Spartakist-Schulungsserie

Berlin, Donnerstag, 2. August, 18.00 Uhr
Für Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Restauration in DDR, Polen und UdSSR

Berlin, Donnerstag, 16. August, 18.00 Uhr
**Stoppt die Faschisten durch Arbeiter-/ Immigrantenmobilisierung!
Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter!**

Berlin, Donnerstag, 30. August, 18.00 Uhr
**Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi**

Berlin, Donnerstag, 13. September, 18.00 Uhr
**Gegen die Einheit der Pseudolinken!
Für die Einheitsfront im Sinne von Trotzki und Lenin! Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!**

SPARTAKIST-Treffpunkt Berlin
Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190, S-Bahnhof Schöneweide
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

Kontakt/Information: SpAD-Ortsgruppe Berlin, Telefon: 492 78 66 oder (849) 492 78 66
SpAD, Postfach 2002, 1026 Berlin

Halle, Freitag, 3. August, 18.00 Uhr
**Gegen die Einheit der Pseudolinken! Für die Einheitsfront im Sinne von Trotzki und Lenin!
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!**
Kultur und Tagungszentrum, Zimmer 30

Halle, Freitag, 10. August, 18.00 Uhr
**Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi**
Kultur und Tagungszentrum, Zimmer 30

Bernberg, Mittwoch, 8. August, 18.00 Uhr
SPD: Bluthunde der Deutschen Bank
Jugendklub, Zepziger Weg

Hamburg, Sonnabend, 28. Juli, 16.00 Uhr
Das Übergangsprogramm von Leo Trotzki und seine aktuelle Bedeutung
Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31 (U-Bahn Feldstr.)

Eggesin, Sonntag, 5. August
Für Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Restauration in DDR, Polen und UdSSR
Weitere Information über unsere Berliner Anschrift

Für eine Planwirtschaft basierend auf Sowjetdemokratie!

Arbeiter immer wütender über Perestroika-Chaos

9. JULI — Während die Kommunistische Partei in Moskau ihren 28. Parteitag abhält, nähert sich das Land dem Siedepunkt: Die Wirtschaft versinkt im Chaos, eine Unionsrepublik nach der anderen erklärt ihre „Souveränität", der KPdSU drohen Spaltungen, und es gibt wiederholt Spekulationen über einen Militärputsch. Ein Intellektueller Gorbatschowscher Prägung prophezeit: „Spontane Arbeiteraufstände sind durchaus möglich."



Independent

Die Streiks der sowjetischen Bergarbeiter im letzten Sommer forderten die Kreml-Bürokraten heraus

Eine Ankündigung der Regierung Ende Mai, daß die Brotpreise verdreifacht und die Preise anderer Konsumgüter verdoppelt würden, löste eine Welle von Panikkäufen aus, die die Regale leerfegte. Die Kreml-Führer machten schnell einen Rückzieher und verschoben die Entscheidung über Preiserhöhungen auf September. Ein gesamtsowjetischer Kongreß der Bergarbeiter, der Mitte Juni im Donbass in der östlichen Ukraine stattfand, drohte mit Streik im Juli, wenn nicht Ministerpräsident Nikolai Ryschkow — der für die vorgeschlagenen Preiserhöhungen verantwortlich gemacht wird — zurücktritt. Gleichzeitig kritisieren sowjetische Militärbefehlshaber offen Gorbatschows Preisgabe Osteuropas, besonders wo sich am westlichen Horizont die Bedrohung eines deutschen Vierten Reichs abzeichnet.

Während des KPdSU-Parteitags kündigten konterrevolutionäre estnische Nationalisten eine Wiedersehensfeier von „Kämpfern für die Freiheit Estlands", darunter auch ehemalige Offiziere von Divisionen der Nazi-Waffen-SS, in der Stadt Tbri an. Ein paar läge vor der geplanten Kundgebung fuhren sowjetische Fallschirmspringer demonstrativ in gepanzerten Mannschaftstransportern durch die kleine Stadt, während in der estnischen Hauptstadt Tallinn patriotische sowjetische Bürger gegen dieses Treffen von Nazi-Kriegsverbrechern protestierten. Die estnischen Nationalisten gaben klein bei und sagten die Kundgebung ab.

Gorbatschows Unterstützerbasis ist auf beiden Seiten deutlich schmaler geworden: Die westlich orientierten Intellektuellen verurteilen jetzt seine „halben Maßnahmen" als ein Hindernis bei ihrer Kampagne für eine „freie Marktwirtschaft". Die Apparatschiks geben ihm die Schuld an ihrer schwindenden Autorität. In den Wochen vor dem Parteitag forderten sowohl der „liberale" Boris Jelzin als auch der „konservative" Jegor Ligatschow Gorbatschow auf, als Generalsekretär der KPdSU zurückzutreten, auch wenn beide Seiten anschließend Rückzieher machten. Über den Architekten der Perestroika (Umgestaltung) herzuziehen ist an der Basis der sowjetischen Gesellschaft immer üblicher geworden. Ein junger Erdölarbeiter aus Sibirien faßte die weitverbreitete Meinung zusammen: „Was Gorbatschow angeht, so ist er ,ne tuda, ne suda'" — weder Fisch noch Fleisch.

In den letzten Wochen hat der konservative Flügel der Kreml-Oligarchie eine starke organisatorische Basis in der neu gegründeten russischen Kommunistischen Partei gefunden. Während die Republiken der nationalen Minderheiten (z. B. im Baltikum und im sowjetischen Zentralasien) schon lange organisatorisch getrennte Kommunistische Parteien im Rahmen der KPdSU gehabt haben, war dies in der russischen Republik bisher nicht der Fall. Die Stalinisten alter Schule nutzen die weitverbreiteten Ängste vor wirtschaftlicher Unsicherheit aus und reiten auf der steigenden Woge von russischem Nationalismus, verbunden mit Antisemitismus (den der deutsche Sozialistenführer August Bebel den „Sozialismus der dummen Kerls" nannte).

Die Angst um die Zukunft der Sowjetunion ist durch die anscheinend grenzenlosen Kapitulationen Gorbatschows gegenüber dem Weltimperialismus enorm verstärkt worden. Auf dem Kongreß der russischen Kommunistischen Partei Mitte Juni erhielt General Albert Makaschow stürmischen Beifall, als er vor einem wiedervereinigten Deutschland im Westen und einem wiederbewaffneten Japan im Osten warnte. „Genossen", rief er aus, „die Armee und die Flotte werden von der Sowjetunion noch gebraucht" (*Washington Post,* 20. Juni). Ein Redner nach dem anderen nahm Gorbatschow in die Mangel. Die russische Partei wählte als ihren Führer den prominenten Hardliner Iwan Poloskow, vor allem bekannt als die Geißel der kleinkapitalistischen Unternehmer („Genossenschaftler") im südrussischen Bezirk Krasnodar.

Der konservative Gegenangriff ging auf dem Parteitag der KPdSU weiter. Ligatschow bekam „donnernden Applaus", als er die Anklage erhob, daß „die letzten fünf Jahre Perestroika ... uns wenig Gutes gebracht" haben. Alexander Jakowlew, Gorbatschows wichtigster Mitstreiter und Ideologe, schiebt -die Schuld am konservativen Widerstand gegen die Perestroika auf die eingefleischte Einstellung des Apparatschiks auf Lebenszeit, der „sich an seine Position, seine Lebensweise und seinen Lebensstandard gewöhnt hatte, der sich daran gewöhnt hatte, Macht auszuüben — die korrumpierendste Gewohnheit der Geschichte". Sicherlich verteidigen Ligatschow, Poloskow und ihre Freunde die Interessen der privilegierten Parasitenkaste,

die unter Stalin geschmiedet wurde. Aber Gorbatschow, Jakowlew und die „liberalen" Stalinisten fördern eine potentiell *noch privilegiertere* Gruppe von Parasiten, nämlich kapitalistische Unternehmer.

Jakowlew kann nicht erklären, warum nach fünf Jahren Perestroika, in denen Gorbatschow das alleinige Sagen hatte, die stalinistischen Karrieristen alter Schule so etwas wie ein Comeback haben. Das liegt genau daran, daß die sowjetischen Werktätigen unter dem „Übergang zu einer Marktwirtschaft" leiden. Ein Gorbatschowscher „Reformer" aus der riesigen Motorenfabrik in Jaroslawl, der bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag den kürzeren gezogen hatte, bemerkte: „Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage arbeitet für die Konservativen. Die Konservativen[1] können behaupten, daß das Leben in den alten Zeiten vielleicht schwierig gewesen ist, aber jetzt viel schlimmer geworden ist." *(Washington Post,* 30. Juni)

Bergarbeiter und Erdölarbeiter drohen mit Streik

Die Aufsplitterung der Bürokratie und der zugehörigen Schichten der Intelligenz ist so weit gegangen, daß es in den Wochen vor dem KPdSU-Parteitag jede Menge Spekulationen gab über einen Auszug der rechtsgerichteten Demokratischen Plattform. Es gibt ein wachsendes Unbehagen im Land, und eine Zuspitzung politischer Spannungen, die einen Bürgerkrieg ankündigt. Der prokapitalistische Vorsitzende des Leningrader Stadtrats, Anatoli Sobtschak, fordert, in der Stadt eine „freie Wirtschaftszone" für den Kapitalismus zu schaffen. Und mehrere seiner Spießgesellen rufen dazu auf, dieser ersten Stadt der bolschewistischen Revolution den Namen Leningrad wegzunehmen und ihren zaristischen Namen wiedereinzusetzen *(New York Times,* 24. Juni). Dies ist die Sprache der Konterrevolution.

Doch besonders seit den Bergarbeiterstreiks, die im letzten Sommer das Land lahmlegten, ist ein neuer und potentiell entscheidender Faktor in der Gleichung hinzugekommen — die Arbeiterklasse. Der gesamtsowjetische Bergarbeiterkongreß im Juni gab eine Erklärung heraus, in der es hieß: „Wir betrachten die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht als unsere Partei." Bergarbeiter im ukrainischen Donbass und im sibirischen Kusbass, beides Kohlereviere, haben zu einem Proteststreik aufgerufen, der mit dem letzten Kongreßtag, dem 11. Juli, zusammenfallen soll, und zwar weil die Regierung nicht die Versprechungen erfüllt hat, die Lebensbedingungen zu verbessern. Gorbatschow wetterte zurück, die Streikdrohung sei „nicht zulässig". TASS berichtete: „Der Führer der Partei glaubt, daß die Idee eines Streiks nicht aus den Reihen der Arbeiterklasse stammt. Jemand will die Arbeiter aufwiegeln."

Welch ein Ausdruck von purer bürokratischer Arroganz — als ob es nicht reicht, daß kein Essen auf dem Tisch ist und keine Waren in den Läden sind, um die Arbeiter „aufzuwiegeln". Es sind nicht nur Bergleute, die über Streikaktion reden. Die Erdölarbeitergewerkschaft in dem Gebiet von Tjumen in Sibirien, aus dem zwei Drittel der gesamten Rohölproduktion der UdSSR stammen, haben mit Streik gedroht, wenn die Regierung nicht die Forderungen erfüllt, die verzweifelte Lage der Arbeiter zu verbessern. Selbst der Moskauer Minister, der für Brennstoff und Energie verantwortlich ist, gibt zu, daß die „Ernährungslage ernst ist, staatliche Lieferungen unterbrochen werden" und daß „150 000 Erdölarbeiter und ihre Familien auf der Warteliste für eine Wohnung stehen und viele von ihnen in Holzschuppen leben" *(Moscow News Weekly,* 8. April).

Die Erdölarbeiter verlangen auch, daß ihrer Gewerkschaft 10—15 Prozent der Deviseneinnahmen gegeben werden, die aus der Ölproduktion von Tjumen kommen. Bei der jetzigen Lage zwar verständlich, ist es trotzdem prinzipiell falsch, daß eine Gruppe von Arbeitern einen Anteil an den Deviseneinnahmen des Landes verlangt. Der Reichtum der Ölfelder von Tjumen gehört mit Recht den Werktätigen der *gesamten* Sowjetunion. Die Entwicklung dieser Ölfelder wurde durch den wirtschaftlichen Überschuß ermöglicht, der in zahllosen Fabriken, landwirtschaftlichen Betrieben und Bergwerken erzeugt wurde. Die Ölfelder von Tjumen könnten und würden nicht existieren ohne das Getreide, das in der Ukraine und in Kasachstan produziert wird, ohne den Stahl, der im Ural gekocht wird, ohne die Werkzeugmaschinen, die in Leningrad gefertigt werden, oder ohne die Eisenbahnschienen, die die weit verstreuten Teile der sowjetischen Wirtschaft miteinander verbinden. Der Kurs Richtung Marktwirtschaft unterminiert die Einheit des sowjetischen Proletariats.

Die Erdölarbeiter sind hier nicht durch ein ideologisches Engagement für Marktwirtschaft motiviert. Sie versuchen einen Weg zu finden — irgendeinen Weg —, um zu bekommen, was sie dringend brauchen. Doch da kein Flügel der Bürokratie ein Programm anbietet, das den Interessen der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse entspricht, spiegeln sich die verschiedenen Tendenzen, die es in der Bürokratie gibt, innerhalb der gerade flügge gewordenen Arbeiterbewegung wider. Ebenso wie das verheerende Wüten von Perestroika manche Arbeiter dazu gebracht hat, den konservativen Flügel der Kreml-Oligarchie zu unterstützen, so hat die Feindseligkeit gegenüber den stalinistischen Bonzen andere Arbeiter dazu gebracht, über westlich orientierte Sozialdemokraten und Liberale eine positive Meinung zu haben.

Die Bergarbeiter vom Kusbass und vom Donbass haben ihre Unterstützung für den populistischen Demagogen Boris Jelzin ausgedrückt, der Ronald Reagan dafür lobt, „größere Verbesserungen, besonders in der amerikanischen Wirtschaft" *(Against the Grain* [1990]) herbeigeführt zu haben. Jelzins eigene „schmerzlose" Lösung der sowjetischen Wirtschaftskrise besteht darin, Land an Privatunternehmer zu verkaufen, staatseigene Wohnungen zu privatisieren sowie Militärausgaben und Investitionen in neue Fabrikanlagen weiter zu kürzen. Nach ein paar Jahren von Jelzins Version der Perestroika wäre die Sowjetunion ökonomisch und militärisch weit schwächer als heute.

Daß stalinistische Bürokraten alter Schule in russischen Fabriken gut ankommen, daß ein prokapitalistischer Demagoge wie Jelzin große Popularität genießt — dies ist möglich, weil jetzt in der UdSSR keine wirkliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse existiert. Eine leninistisch-trotzkistische Partei würde dem bürgerlichen Parlamentarismus die *proletarische politische Macht* entgegensetzen, die sich auf demokratisch gewählte Arbeiterräte (Sowjets) stützt. Sie würde dem „Marktsozialismus" eine Planwirtschaft entgegensetzen, um in einer *egalitären* Gesellschaftsordnung die Produktivität zu maximieren. Sie würde dem russischen Nationalismus den Boden entziehen, indem sie für den *Internationalismus* kämpft, der letztlich der Schlüssel ist für die Existenz der multinationalen UdSSR. Sie würde die Perspektive der sozialistischen Revolution in den imperialistischen Zentren fördern, weil dies die sicherste Verteidigung der übriggebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution ist.

Welcher Weg für die sowjetische Arbeiterklasse?

Seit den Bergarbeiterstreiks im letzten Sommer ist die Arbeiterklasse als ein wichtiger Faktor bei der politischen

Fortgesetzt auf Seite 10

Sowjetischer Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 9

und ökonomischen Krise der Sowjetunion hervorgetreten. Angst vor Arbeiterunruhen hat den Kurs in Richtung Marktwirtschaft verlangsamt, besonders Preiserhöhungen für Konsumgüter in Staatsläden. Das sowjetische Proletariat ist jedoch *noch nicht* als eine *unabhängige politische Kraft* hervorgetreten, als Klasse für sich. Die Arbeiterorganisationen, die in der vergangenen Zeit entstanden sind, bleiben unter dem Einfluß verschiedener konkurrierender *kleinbürgerlicher Tendenzen und Ideologien,* die von der Bürokratie und der Intelligenz stammen.

Die Einheitsfront der Werktätigen (OFT) der UdSSR, vor einem Jahr in Leningrad gegründet, ist gegen die Hauptstoßrichtung von Perestroika und appelliert in starkem Maße an sowjetischen Patriotismus. Ein wichtiger Bestandteil der Front ist die Internationalistische Bewegung in Lettland und Estland, die hauptsächlich aus russischsprachigen Arbeitern besteht, die ihre demokratischen Rechte gegen reaktionäre baltische Nationalisten verteidigen. Die Satzung der Front sagt, daß es ihr Ziel ist, „Lenins Erklärung über die Rechte der Werktätigen und Ausgebeuteten in der Praxis durchzuführen". Sie ruft zur „Entwicklung von sozialistischer Sowjetdemokratie" auf und zum „Kampf gegen den Wirtschaftsegoismus von Behörden oder Unternehmen".

Doch die OFT wird gefördert von stalinistischen Bürokraten alter Schule — besonders im Gewerkschaftsapparat —, die mit den widerlichsten russischen Nationalisten verbunden sind. Einer der Bestandteile bei ihrer Gründung, die Einheitsfront der russischen Arbeiter, ließ *Pamjat-Faschisten* als eine offene Fraktion auftreten. In Leningrad bildete der OFT-Führer Michail Popow bei Wahlen einen Block mit den extremen russischen Nationalisten von „Vaterland". Solche Aktionen untergraben unwiederbringlich den Anspruch der OFT, daß sie dafür eintrete, „die wirkliche Gleichheit der Werktätigen aller Nationalitäten zu garantieren". Eine internationalistische Arbeiterbewegung kann in der UdSSR nur durch unerbittlichen politischen Kampf gegen großrussischen Chauvinismus aufgebaut werden, indem sie Juden gegen die steigende Flut von gewalttätigem Antisemitismus verteidigt und die faschistischen Schlägerbanden von Pamjat auf der Straße zerschlägt.

Die Einheitsfront der Werktätigen war eine wichtige organisierende Kraft bei der Kampagne zur Gründung der russischen KP. So finden sich Arbeiter, die eine sozialisierte und egalitäre Wirtschaft erhalten wollen, in derselben politischen Strömung wieder wie die berüchtigte Verteidigerin Stalins, Nina Andrejewa, die den Totengräber der bolschewistischen Revolution und pathologischen Massenmörder als einen „weisen Staatsmann" preist. In einem negativen Sinn ist der ideologische Stempel des Stalinismus auch in der Satzung der OFT zu sehen. Während sie wiederholt zur Verteidigung und Stärkung des „sozialistischen sowjetischen Mutterlands" aufruft, hat das Programm überhaupt keine Perspektive für die *internationale* sozialistische Revolution.

Um mit der Aufrüstung der USA unter Carter und dann Reagan mitzuhalten, ohne den Lebensstandard zu senken, verringerte das Breschnjew-Regime die Investitionen in neue Fabrikanlagen. Die jährliche Zunahme der geplanten Investitionen wurde von sieben Prozent Anfang der 70er Jahre auf ganze zwei Prozent ein Jahrzehnt später gekürzt. Als Ergebnis ging die Produktivität in den immer älteren Industriebetrieben des Landes ständig zurück. Darüber hinaus reduzierte der Zusammenbruch der internationalen Ölpreise Anfang der 80er Jahre die Deviseneinnahmen der UdSSR empfindlich. In gewisser Hinsicht ist Gorbatschows Perestroika und der Kurs in Richtung Marktwirtschaft eine reaktionäre Antwort auf die *objektive* Krise der sowjetischen Wirtschaft nach Jahrzehnten bürokratischer Mißwirtschaft im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land".

Während die OFT patriotische und sozialistisch eingestellte Arbeiter mit stalinistischen Bürokraten und russischen Nationalisten vereint, bringen andere Organisationen Arbeiter, die für ihre Interessen gegen die Kreml-Oligarchie kämpfen wollen, mit prowestlichen antikommunistischen Reaktionären zusammen. So erklärte der Bergarbeiterkongreß vom Juni im Donbass seine Opposition gegen Erhöhungen staatlich kontrollierter Konsumgüterpreise. Doch die Organisatoren luden die fanatisch antikommunistischen Kalten Krieger von der Gewerkschaftsbürokratie der amerikanischen AFL-CIO zum Kongreß ein. Jahrzehntelang haben die AFL-CIO-Führer den Aufbau des riesigen Atomwaffenarsenals des Pentagon unterstützt, das auf die sowjetischen Werktätigen zielt; ebenso handelten sie als Agenten des CIA und unterstützten die Todesschwadron-Regime in Mittelamerika.

Ein ähnlicher Widerspruch trat zu Tage bei einer Konferenz von unabhängigen Arbeiterorganisationen, die Anfang Mai im Kusbass abgehalten wurde und auf der die Konföderation der Arbeit gegründet wurde. Ein Banner im Versammlungssaal lautete: „Die ganze Idee des Kommunismus muß ein für alle Mal sterben" *(Financial Times, 5.16.* Mai). Ein Redner auf der Konferenz, der hervorgehoben wurde, war Nikolai Trawkin, der nicht nur „das kommunistische Monster" anprangerte, sondern auch „sozialistische" und „egalitäre" Prinzipien verurteilte. Doch ein Delegierter der Volksfront von Tscheljabinsk im Ural sprach in einer Sprache, die der des Trotzkismus sehr nahekommt:

> „Die Russische Revolution war ein historischer Schritt vorwärts, doch die Bürokraten usurpierten die Macht. Wir stehen jetzt an der Schwelle zu einer neuen politischen Revolution. Doch diese wird nicht gelingen ohne die Arbeiterklasse als ihre führende Kraft...
>
> Wir müssen die Kräfte vereinigen, die für Sozialismus sind." *(International Viewpoint,* 18. Juni)

Wie erklärt man die krassen Widersprüche in der gerade flügge gewordenen sowjetischen Arbeiterbewegung? Sowjetische Arbeiter wollen den übriggebliebenen Schutz einer kollektivierten Wirtschaft verteidigen, aber sie machen die selbsternannte kommunistische Obrigkeit für den wirtschaftlichen Schlamassel verantwortlich. Gleichzeitig sind sie so mißtrauisch gegenüber stalinistischer Propaganda, daß sie Berichte über gewaltsame Klassenunterdrükkung, Armut und Not in der westlichen kapitalistischen Welt nur für eine Apologie ihrer eigenen Not halten. Eine trotzkistische Partei in der UdSSR, die verbunden ist mit kommunistischen Kämpfern im Westen, könnte die Widersprüche und Illusionen überwinden, in denen sowjetische Arbeiter jetzt verfangen sind.

Die Masse der sowjetischen Intelligenz, zum größten Teil die privilegierten Kinder stalinistischer Bürokraten, ist zutiefst feindlich gegenüber dem Proletariat, da es ihrem Wunsch, wie westliche Yuppies zu leben, im Wege steht. Gleichzeitig erkennen sie, daß die verzweifelte wirtschaftliche Lage die Arbeiter zu einer Art Explosion treibt. Die raffinierteren Elemente der prowestlichen Intelligenz versuchen, die Arbeiterbewegung durch sozialdemokratische Versprechungen und Rhetorik zu beeinflussen.

Ein Kandidat dafür, den „Sozialismus" in dieser konterrevolutionären Formel zu liefern, ist Boris Kagarlitzki, der

von der westlichen Linken allgemein gefeiert wird. Eigentlich ist er ein Sozialdemokrat wie von der Stange. Kagarlitzki versucht, „Selbstverwaltung" als eine Alternative zur zentralen Planung sowie zum Kapitalismus des „freien Marktes" zu verkaufen. Mit seiner Gruppe lose verbunden ist die Marxistische Plattform der KPdSU, deren „Hauptidee ... Arbeiterselbstverwaltung" ist. *(International Viewpoint,* 18. Juni)

„Selbstverwaltung" ist ein oft mißbrauchter und sehr verworrener Begriff. Sicherlich sollten Arbeiter großen Spielraum dabei haben, die interne Organisation ihres Unternehmens zu bestimmen. Sie sollten das Recht haben, ihre Leiter zu wählen und darüber zu entscheiden, wie ein bestimmter Teil der Investitionen eingesetzt wird. Selbstverwaltung jedoch wird gewöhnlich in der Bedeutung gebraucht, daß bestimmte Gruppen von Arbeitern das *exklusive Recht* haben, über das Produkt des jeweiligen Betriebs, Bergwerks, Ölfelds usw. zu verfügen. In anderen Worten: Arbeiterräte hätten vergleichbare Rechte wie Eigentümer in einer kapitalistischen Gesellschaft. Eine solche Vorstellung, die auf Proudhon zurückgeht und *nicht auf Marx,* ist eine Entstellung des Sozialismus.

Nach sechs Jahrzehnten repressiver stalinistischer Herrschaft setzen sowjetische Arbeiter die zentrale Planung mit bürokratischer Kommandowirtschaft und Willkür gleich. Doch wenn die Bürokratie von der politischen Macht entfernt wird und durch eine Regierung der Arbeitersowjets ersetzt wird, ist zentrale Planung und Wirtschaftslenkung der *einzige Weg,* wie die Arbeiterklasse die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verteilung der begrenzten Mittel auf verschiedene Bedürfnisse *demokratisch* bestimmen kann. Gleichzeitig kann zentrale Planung nur dann effektiv zu konzentrierter und schöpferischer Leistung anspornen, wenn die Masse der Arbeiter weiß, daß sie für sich und ihre Kinder eine sozialistische Zukunft aufbauen.

Wie die Plattform der trotzkistischen Linken Opposition 1927 feststellte:

> „... verbinden wir unsere grundlegenden historischen Berechnungen mit der kommenden Entwicklung der proletarischen Weltrevolution. Ihr Sieg in verschiedenen führenden Ländern wird den Ring der kapitalistischen Einkreisung zerbrechen und uns von unserer schweren militärischen Last befreien. Sie wird uns gewaltig auf dem Gebiete der Technik stärken, unsere ganze Entwicklung in der Stadt und auf dem Lande, in den Fabriken und Schulen beschleunigen. Sie wird uns die Möglichkeit geben, wirklichen Sozialismus zu schaffen — das heißt eine klassenfreie Gesellschaft, aufgebaut auf einer höchst entwickelten Technik und auf einer wirklichen Gleichheit aller ihrer Mitglieder in der Arbeit und im Genuß der Arbeitsprodukte."

Nach Workers Vanguard *Nr. 506, 13. Juli*

Rettet Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 2

als auch Gysi ihre Unterstützung. Die Erklärung der SpAD-Sprecherin Renate Dahinaus, die sie über diese Zeitungslüge vor über 1200 Konferenzteilnehmern abgab, drucken wir nachstehend ab. Diese Erklärung wurde als Protestbrief am 8. Juli ans *ND* und an die anderen Zeitungen geschickt, die sich jedoch bisher weigerten, den Brief zu veröffentlichen. Nach dem Spartakist-Redebeitrag auf der Konferenz kamen viele Konferenzteilnehmer zu uns, um sich den PDS-Mitgliedern anzuschließen, die trotz *ND* gegen die Hinrichtung von Jamal protestiert und zur Kampagne gegen den „legalen" Lynchmord beigetragen hatten.

Die Unterstützung wächst täglich und zieht immer weitere Kreise. Bisher sind über 20 000 Unterschriften gesammelt worden. Die internationale Organisation der Journalisten, deren Sitz in Prag ist, hat im Namen von 260 000 Journalisten in 120 Ländern einen Protest an Gouverneur Casey geschickt. In Mexiko verabschiedeten die Lehrer von der Stadt Mexiko einstimmig eine Resolution, die Jamals Freiheit fordert. Aus Polen sind Listen mit 100 Unterschriften aus dem ganzen Land eingegangen.

In den Solidaritätsgrüßen aus seiner Todeszelle in Huntingdon sagte Jamal: „Eure internationale Stimme des Protests wird zu einem süßen Lied der Hoffnung für die Tausenden von uns in den USA, die am Rande des Todes stehen. Es ehrt mich, daß ich mich euch und diesem edlen Kampf anschließen kann."

Rettet Mumia Abu-Jamal! Stoppt die rassistischen „legalen" Lynchmorde! Weg mit der Todesstrafe! Schließt euch unserer Kampagne an, schreibt an das KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11, Tel. (040)323644, in Berlin (0 30) 4 92 78 66. Spendet auf das Konto: Werner Brand, KfsV, BfG Hamburg, Kontonummer 250 110 930 0, BLZ200101 11, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal".«

Spukt Ulbricht in der ND-Redaktion?

Zur Lüge von Neues Deutschland, Berliner Zeitung *und* Junge Welt, *— im Geiste des Alt-Stalinisten Walter Ulbricht —, daß Hans Modrow mit den Protesten gegen die Todesstrafe und zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal „absolut nichts zu tun" gehabt hätte, machte die SpAD-Sprecherin auf der PDS-Konferenz am 8. Juli folgende Bemerkungen:*

„Eines Tages in Ostdeutschland, DDR, haben zwei nette, aber willensschwache PDSler, die eine ‚nettere, sanftere' Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen imperialistischen Nachfolger des Dritten Reichs haben wollten und als Ausverkäufer bekannt sind, einen anständigen und menschlichen Akt im Sinne der Arbeiterklasse unternommen, der sogar internationalistisch war. Sie unterstützten die Protestdemonstration gegen die Hinrichtung des amerikanischen schwarzen Kämpfers und Intellektuellen Mumia Abu-Jamal in Pennsylvania, USA Als diese Tat veröffentlicht wurde, sagte *Neues Deutschland,* ein Organ vollständiger und tiefgehender Wahrheit', daß sie keine solche Sache getan hätten und in Wirklichkeit nur besonders ekelhafte Beispiele einer verrotteten Kapitulation vor dem Kapitalismus seien.

Modrow hat seinen Namen unter diese Demonstration gesetzt. Gysi hat diese unterstützt. Und *Neues Deutschland* lügt, nicht zum letzten Mal. Leo Trotzki sagt, wenn jemand in kleinen Dingen lügt, wird er auch in großen Fragen lügen. Das neue Vierte Reich versucht mit jeder Möglichkeit, die jetzigen und ehemaligen Mitglieder der SED/PDS zu kriminalisieren. Kapitulation und Lügen verstärken nur diese wütende Hexenjagd. Mitglieder und Anhänger der PDS und alle Sozialisten in Deutschland müssen durch diesen Vorfall alarmiert sein. Eine solche Geschichte muß alle Alarmglocken zum Klingen bringen."

Gorbatschow...

Fortsetzung von Seite 1

wiederholen." Ein weiterer Sowjetbürger klagte: „Es ist eine Sache, den Kalten Krieg verloren zu haben. Aber wir wollen nicht das Gefühl haben, daß wir den Zweiten Weltkrieg auch noch verloren haben."

Derzeit wird die unmittelbare Bedrohung für die Sowjetunion von der Expansion des deutschen Kapitals ausgehen. Außenminister Genscher rechtfertigte den Alleingang, mit Moskau ein Abkommen auszuhandeln, mit der Bemerkung: „Die Russen wissen sowieso, daß wir die Hauptzahler sind *(Der Spiegel,* 16. Juli). Aber letzten Endes muß eine imperialistische Wirtschaftsexpansion militärisch verteidigt werden. Nachdem Kohl schließlich die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, und nachdem ganz Deutschland in die NATO einbezogen wird, sagte er über diese „Verschiebung zum Westen": „Dadurch entsteht in Richtung Osten ein gewisses Vakuum." Und wer wird dieses „Vakuum" füllen?

Erwartungsgemäß ist der Wiederaufstieg Deutschlands als Großmacht seinen eigenen Verbündeten gegen den Strich gegangen. Thatchers Kabinettsmitglied Nicholas Ridley rief einen diplomatischen Sturm hervor, als er über ein „deutsches Komplott mit dem Ziel, ganz Europa zu übernehmen", wetterte (und die Franzosen würden sich wie „Schoßhündchen der Deutschen" verhalten). Die Ridley-Affäre erzeugte einen Eklat darüber, „Das Unaussprechbare über die Deutschen auszusprechen" (so der Titel eines Interviews mit ihm im *Spectator* am 14. Juli) — wenigstens nach außen hin. Doch Kohls Punkt, als er die Übereinkunft mit Gorbatschow als bilaterales Abkommen bekanntgab und nicht als Teil der sogenannten „Vier-plus-zwei"-Gespräche entging niemandem. Das Unwohlsein des Weißen Hauses hat die *New York Times* (18. Juli) mit der pikanten Schlagzeile wiedergegeben: „Bush erklärt, er fühle sich nicht ausgeschlossen von Gorbatschow und Kohl".

Wohin geht die DDR?

In den letzten sechs Monaten arbeitete der Kreml aktiv daran mit, die Ergebnisse der Siege der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg wieder rückgängig zu machen. Tatsächlich setzt der Handel mit Kohl nur noch die I-Pünktchen darauf, daß Gorbatschow letzten Februar die Zustimmung gab zu Westdeutschlands Ziel, die DDR zu annektieren. Die damals regierende PDS hat sich nach dem Kreml gerichtet und bei Kohls Marsch auf die Währungsunion eingelenkt. Dies bahnte dem Sieg des Vierten Reichs bei den Volkskammerwahlen am 18. März den Weg. PDS-Ministerpräsident Modrow schloß sich Kohl und den schlimmsten großdeutschen Nationalisten an, als er verkündete: „Deutschland, einig Vaterland".

Die Deutsche Demokratische Republik war, wie wir Trotzkisten es bezeichnen, ein deformierter Arbeiterstaat. Das heißt, während die Grundlage der Wirtschaft das kollektivierte Eigentum der proletarischen Herrschaft war, lag die politische Macht in den Händen einer engstirnigen, konservativen Bürokratie, deren Politik in Stalins nationalistischer Doktrin vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land" — oder, im Fall der DDR, in einem halben Land — zusammengefaßt wurde. Statt zu versuchen, die sozialistische Revolution weltweit auszuweiten, wie es die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki getan haben, wollten die ostdeutschen Stalinisten unter Ulbricht und Honecker den Kapitalismus abwehren durch rein militärisch/administrative Maßnahmen, verkörpert durch die Berliner Mauer. Nach vier Jahrzehnten, in denen die billigen Waren des Kapitalismus Wühlarbeit leisteten, markierte der Zusammenbruch des Honecker-Regimes endgültig den Bankrott des Stalinismus.

Als am 1. Juli der Staatsvertrag zwischen BRD und DDR in Kraft trat, ging die wirtschaftliche Kontrolle der DDR in die Hände der Kapitalisten über. Nicht nur kontrolliert die Bundesbank die Währung, auch werden die noch nicht in Kapitalgesellschaften umgewandelten verstaatlichten Betriebe von einer „Treuhandanstalt" geführt, die die Gewinne einbehält und im Interesse der Kapitalisten verteilt (und damit einige Betriebe attraktiv macht für Aufkäufe zu Schleuderpreisen und andere zumacht). Deshalb unterliegen die Arbeiter der DDR jetzt der gleichen Ausbeutung wie die Arbeiter in der BRD. Zwar ist ein hoher Prozentsatz der Betriebe noch verstaatlicht, doch sie operieren jetzt im Interesse des Kapitals, deshalb gibt es keine kollektivierte Wirtschaft mehr.

Die Zerstörung des ostdeutschen Arbeiterstaats stellt eine ernste Niederlage dar für die internationale Arbeiterklasse, und die Arbeiter in der DDR beginnen jetzt, die schrecklichen Auswirkungen am eigenen Leib zu spüren. Frauen sind unter den ersten, die es trifft: Kindertagesstätten werden geschlossen, Schwangere und Frauen im Mutterschaftsurlaub gefeuert, und das Recht auf Abtreibung ist unter Beschuß. Auch die 150 000 ausländischen Arbeiter, die unter Vertrag arbeiten, werden zur Zielscheibe gemacht: Viele sind schon gefeuert worden, und inzwischen nehmen die faschistischen Angriffe auf mosambikanische und vietnamesische Arbeiter immer mehr zu. Die gesamte Arbeiterbewegung muß für ihre Verteidigung mobilisiert werden, denn die Kapitalisten haben alle Werktätigen im Fadenkreuz. Sie wollen ihre Profite steigern und die annektierte DDR in ein Billiglohnland verwandeln.

Jetzt läßt PDS-Vorsitzender Gregor Gysi Gorbatschows jüngste Kapitulation hochleben und verweist auf Westdeutschlands Verzicht auf ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische), auf die Begrenzung der Truppenstärke und auf die Anerkennung der polnischen Grenze. Dies wird etwa so effektiv sein wie der Kellogg-Pakt 1928, der dem Krieg als „Instrument der nationalen Politik" abschwor. Diese Fetzen Papier haben den Zweiten Weltkrieg wirklich nicht verhindert. Noch haben „Vertragsverpflichtungen" Hitler davon abgehalten, die Wehrmacht 1936 ins „entmilitarisierte" Rheinland zu schicken. Genausowenig wird Kohls Versprechen, keine Atomwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren, dieses „atomwaffenfrei" machen. Und Hitler erkannte nicht nur Polens Grenzen an, sondern er unterzeichnete einen „Nichtangriffspakt" mit Polen, schon 1933!

Auch Gysi appelliert an schwarz-rot-goldenen deutschen Nationalismus, wenn er eintritt für den PDS-Aufruf zu einem gesamtdeutschen Volksentscheid über die Zugehörigkeit des vereinigten Landes zur NATO. Damit landet er im gleichen Lager wie manche der schlimmsten revanchistischen Kräfte, die Deutschland als unabhängige Supermacht sehen wollen (und die jeden Kommunisten hängen würden, den sie in die Hände kriegen). Solches Gerede über einen Volksentscheid ist eine ständige Leier von PDS und liberalen DDR-Nationalisten wie Neues Forum; früher drängten sie auf einen Volksentscheid am 17. Juni über eine Verfassung, die der jetzt verschwundene Runde Tisch ausgearbeitet hatte. Diese bankrotten Stalinisten und ihre ohnmächtigen Volksfront-Kurschatten tun so, als ob der deutsche Imperialismus durch solch eine demokratische Augenwischerei eine Störung seiner Interessen ernsthaft zulassen würde.

Das Abkommen zwischen Gorbatschow und Kohl wurde kurz nach dem gerade beendeten 28. Parteitag der KPdSU abgeschlossen. Dort kriegte Gorbatschow durch seinen

klaren Sieg über die „Konservativen" freie Hand, Kohls Linie voll zu übernehmen. Mitt'erweile sind der Präsident der russischen Republik, Boris Jelzin, und die Bürgermeister von Moskau und Leningrad auf spektakuläre Art aus der Partei ausgetreten, was die Aussicht auf eine tiefgehende Spaltung in der Bürokratie erhöht.

Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime in Osteuropa ist die Sowjetunion wieder einmal isoliert, eingekreist und in Gefahr. Aber während alle Flügel des Stalinismus vor dem imperialistischen Vormarsch auf dem Bauch liegen, hat die Arbeiterklasse begonnen, ihre Autorität wieder geltend zu machen. In Polen hat es auch schon einen massiven Streik der Eisenbahnarbeiter gegen die prokapitalistische Austeritätspolitik gegeben, und das Land brodelt vor sozialer Unzufriedenheit.

Seit dem Inkrafttreten der Währungsunion ist in der DDR kaum ein Tag vergangen ohne bedeutende Streiks. In der SU ließen die Bergarbeiter, die schon letzten Sommer ihre Macht durch einen Streik gezeigt hatten, mit einem eintägigen Proteststreik am 1I.Juli wieder ihre Muskeln spielen. Die Führer der Bergarbeiter scheinen allerdings unter dem Einfluß von prokapitalistischen Demagogen wie Jelzin und Co. zu stehen. Jetzt gehen die Kämpfe der Arbeiter im ehemaligen sowjetischen Block in alle nur erdenklichen Richtungen. Eine klare Klassenführung ist notwendig, um den Weg zu zeigen zur Wiederschmiedung der historischen revolutionären Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats.

Der Bankrott der stalinistischen Lüge vom „Sozialismus in einem Land" ist endgültig bewiesen, und damit geht auch die Bürokratie, deren Ideologie in dieser Formel verkörpert ist, den Bach runter. Aber authentischer Kommunismus bringt die Interessen der internationalen Arbeiterklasse zum Ausdruck, und er wird in jeder ernsthaften Klassenschlacht wiederbelebt. Von Korea und Südafrika bis Osteuropa gilt: der Klassenkampf lebt.

Das Gespenst eines Vierten Reichs macht klar, daß die Zeit für die Menschheit knapp wird. Wenn die Zivilisation nicht durch die nukleare Vernichtung eines weiteren Weltkriegs ausgelöscht werden soll, muß die Arbeiterklasse eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei schmieden, die in der Lage ist, das imperialistische System von Krieg und Ausbeutung hinwegzufegen. Wie Trotzki vor fast 60 Jahren in seinem Aufsatz über „Der Klassencharakter des Sowjetischen Staats" (Oktober 1933) schrieb: „Das Problem der Weltrevolution wie das Problem der Sowjetunion lassen sich auf ein und dieselbe kurze Formel bringen: *Vierte Internationale!"* Der Schlüssel dazu ist der Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale.«

Austritt aus PDS...

Fortsetzung von Seite 5

freiwillig und kampflos aufgegeben, sondern diesen Ausverkauf mit Modrows „Deutschland einig Vaterland", nachdem Gorbatschow grünes Licht gegeben hat, sogar begonnen und öffentlich herausgeschrien. Jetzt droht die Entstehung eines Vierten Reichs. Die PDS sieht ruhig und gelassen zu, wie dadurch Hungerlohn, Massenarbeitslosigkeit, Ausländerhaß, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus auf uns zukommt. Die Anfänge konnten wir bereits erleben. Der Appetit des imperialistischen Monopolkapitals wird durch die „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" (jedes einzelne Wort ist ein Witz) nur größer. Jedem nur gering gebildeten Menschen drängt sich der Vergleich zu den Vorkriegsjahren bis 1933 auf...!

Die Schändung des sowjetischen Ehrenmals stellte eine faschistische Provokation dar. Die Spartakisten haben aufgerufen, am 3. Januar 1990 eine machtvolle, antifaschistische Mobilisierung zu organisieren, was von der SED/PDS aufgegriffen wurde. Mit 250000 Teilnehmern war es die größte, antifaschistische, prosowjetische und prosozialistische Demonstration Deutschlands im Gegensatz zu den prokapitalistischen Demonstrationen wie z. B. Leipzig. Als Reaktion darauf folgte eine bürgerliche antikommunistische Hetzjagd gegen den Prügelknaben Stasi, unter solchen Losungen wie „Der Stasi-Trick der SED". Davor hat Gregor Gysi kapituliert und jeden Versuch aufgegeben, die Massen gegen den Drang der kapitalistischen Wiedervereinigung zu mobilisieren.

Seitdem hat die PDS immer wieder versucht, sich in den Augen der Bourgeoisie und der Handlanger der SPD zu rehabilitieren. Dafür hat Gysi auch erklärt, daß die PDS nicht zusammenarbeitet mit Leuten, die für „Arbeiterräte an die Macht" eintreten. Die PDS trat für eine sanfte Wiedervereinigung ein. „Wir sind ein Volk!" „Ja zu 1:1!" Mit diesem Slogan ist die PDS in den Wahlkampf getreten. Nach dem Motto: der Kapitalismus ist nicht zu verhindern, aber wenn er da ist, können wir ihn ja verbessern. Dagegen haben die Spartakisten ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Bisher hat die Bourgeoisie einiges zur Liquidierung der PDS versucht, denn es gibt für sie keinen Platz im Vierten Reich. Die SPD (Vogel/Lafontaine), als Bluthunde der Deutschen Bank, schreien nach Enteignung von PDS und FDJ. Das ist ein Angriff gegen alle linken Kräfte. Nochmals gehen 65 000 auf die Straße, um gegen diese antikommunistische Hexenjagd zu demonstrieren. Abermals haben unsere Irreführer nichts entgegenzusetzen und wollen sogar noch mithelfen. Gysi hat auf dieser Kundgebung wieder zur Zusammenarbeit mit der SPD aufgerufen. Das Kapital versucht, eine antikommunistische Säuberung des öffentlichen Dienstes durchzusetzen, die sich nicht nur gegen die Linke, sondern auch gegen Gewerkschaftsinteressen richtet, und die PDS-Führung macht da mit, obwohl es gegen ihre eigenen Mitglieder geht. Als Krönung ist es eine Schande mitanzusehen, wie das *Neue Deutschland* im 5/W-Zeitungs-Stil an der Hetzkampagne gegen die ehemaligen RAF-Mitglieder teilnimmt.

Nun gibt es die Kommunistische Plattform, in der ich aktiv tätig war. Aber ist ihre Politik eine Antwort auf den sozialdemokratischen Verrat der PDS? Nein! Die einzige kommunistische Sache an der Plattform ist ihr Name. Fred Beuchel schreibt im Dokument der KP/PDS vom 21.5. 1990: „Die Kommunistische Plattform hat von Anfang an erklärt ..., daß wir die PDS nicht kommunistisieren wollen, sondern eine solche PDS anstreben, die in ihrer Programmatik und Politik verschiedene weltanschauliche Ansätze aufnimmt, die Synthese bewußt will."

Was die PDS will, ist nicht eine Einheitsfront im Sinne von Lenin und Trotzki, also getrennt marschieren und vereint schlagen, eine Einheit in der Aktion, sondern die verschiedenen Parteien auf einem möglichst niedrigen Programm zusammenzubasteln. Das ist eine Pseudoeinheit, bei der die verschiedenen Programme vermischt und verwässert werden sollen.

Während Gysi seine Dienste dem Kapital anbietet, indem er sagte, man kann nichts gegen den Einzug des Kapitalismus tun, hätte man darangehen müssen, eine wirkliche leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die in der Lage ist, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen und die Kämpfe der Arbeiter zum Sieg zu führen. Die Zweite Internationale, als Arbeiterinternationale, ist un-

Fortgesetzt auf Seite 14

Austritt aus PDS...

Fortsetzung von Seite 13

tergegangen, weil die Reformisten und die Revolutionäre zusammengeblieben sind. Mit Lenin frage ich: Einheit mit wem? Für was? Gegen was?

Nachdem die Zweite Internationale die Arbeiter verraten hat und unfähig war, gegen den Kapitalismus erfolgreich zu sein, haben die Bolschewiki die Dritte Internationale gegründet, um der Weltrevolution eine Perspektive zu geben. Es war Stalin und seine bürokratische Kaste (mit Bucharin, dem Liebling der KP/PDS), die dann die Theorie vom „Sozialismus in einem Lande" aufgestellt hat. Wohin uns diese Utopie zusammen mit ihren Ausgeburten „friedliche Koexistenz" und Volksfront gebracht hat, müssen wir jetzt täglich am eigenen Leibe erfahren. Die PDS will zurück zu Kautsky und Bernstein, den Kapitalismus reformieren, sich der Bourgeoisie anbiedern, ein Bündnis mit ihren „fortschrittlichen" Kräften eingehen, das Proletariat entwaffnen und den Verrat von 1914 wiederholen. Diese Politik hat in China 1927 Blut von lausenden Arbeitern und Bauern fließen lassen. Stalin und seine Helfershelfer haben mit dieser Politik die Arbeiterrevolution in Spanien zerschlagen. 1941 hat diese Politik die Sowjetunion an den Rand des Untergangs gebracht: der Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion hat 20 Millionen Tote gekostet. In der Folge der Zerschlagung des Hitlerregimes entstanden die DDR und andere deformierte Arbeiterstaaten, und die stalinistische Bürokratie wurde als Kopie übernommen. Die Enteignung der Kapitalisten war ein fortschrittlicher Akt, Stalin wollte aber seine Politik der „friedlichen Koexistenz" durchsetzen, und als das nicht funktionierte, wurden die „Pufferstaaten" installiert. Das war kein revolutionäres Ziel. In diesem Sinne ist auch Gorbatschows Politik *kein* Bruch mit dem Stalinismus, sondern wiederum nur ein Versuch, den Imperialismus zu beschwichtigen.

Es war ein progressiver Akt, als das Breschnew-Regime entschieden hat, die Rote Armee nach Afghanistan einmarschieren zu lassen, um die Errungenschaften wie z. B. Aufhebung der Schleierpflicht für Frauen, Alphabetisierung für alle usw. gegen die von der CIA bezahlten Contras zu verteidigen. Unter dem Druck der unbeschreiblichen Hetzkampagne der Medien des Imperialismus hat dann aber die Führung klein beigegeben und hat ihre Truppen zurückgezogen und damit das Land Mördern und Imperialisten überlassen. Es ist aber besser, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen und seinen Vormarsch in Deutschland zu stoppen, als in der Sowjetunion selbst.

Gorbatschow versucht mit seiner Perestroika-Politik, eine Marktwirtschaft aufzubauen, was nationale Konflikte in der ganzen Sowjetunion provoziert. Dadurch wird nicht nur die kapitalistische Restauration der baltischen Länder gefördert, sondern auch die wachsende Gefahr des Faschismus (Pamjat) heraufbeschworen. Das Land der Oktoberrevolution, wo die einzige siegreiche proletarische Revolution geführt wurde, ist in Gefahr. Der Stalinismus hat das Land in die Gefahr der kapitalistischen Restauration getrieben.

Ähnliche Entwicklungen sind schon in Polen seit Jahren durch die konterrevolutionäre Politik von Solidarnosc zu beobachten. Die Auswirkungen von Marktwirtschaft und IWF-Austerity können wir jetzt in den Straßen Polens sehen: Schlangen vor Suppenküchen in allen großen Städten Polens. Die hier entstandenen Probleme wird nicht der Kapitalismus lösen, sondern die Kraft der Arbeiter Polens, Deutschlands und der Sowjetunion, für deren Einheit Rosa Luxemburg immer gekämpft hat. Das Problem der PDS ist, daß sie vor der kapitalistischen Wiedervereinigung kapituliert hat. Es ist nationalistische/stalinistische Politik, nur die „kleine DDR" zu sehen und nicht die internationale Arbeiterklasse zu beachten. Und genau das eben fordert ein trotzkistisches Programm, worauf sich die Spartakisten berufen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands als deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) hat mich über den Weg Trotzkis zu den Lehren von Marx und Lenin zurückgebracht und mir eine Alternative zur nationalistischen und sozialdemokratischen Politik der PDS aufgezeigt. Nur auf der Grundlage eines Programms wie das „Übergangsprogramm" von Trotzki kann eine wirkliche, leninistische Avantgardepartei errichtet werden, die erforderlich ist, um die Arbeiterklasse zum Sozialismus zu führen. Dieses Programm verfolgt die SpAD.

Jetzt, wo die Arbeiterklasse die Auswirkungen des Ausverkaufs zu spüren bekommt und bereit ist zu kämpfen, ist eine revolutionäre Führung nötiger denn je, und ich möchte Teil dieser Führung sein. Als Kommunist mit revolutionärem Blut, als wirklicher Internationalist habe ich in einer den Kapitalismus reformierenden Partei nichts mehr verloren und erkläre hiermit den Austritt aus der PDS.

Ralf N., Kreis Ueckermünde, 2. Juli 1990

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Mündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD
c/o Kultur- u. Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SPARTAKIST

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,—
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name ____________________

Adresse ____________________

____

Telefon ____________________

Sp 74

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ff m 11988-601

Offener Brief an die „Regierung der DDR", den Treuhänder für die Bundesbank

Berlin, den 12. Juli 1990

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ende Juni erhielten wir einen undatierten Brief von einer „Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR". Darin wird verlangt, daß die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bis zum 28. Juni 1990 ihre finanziellen Unterlagen aushändigt und sich dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Parteien" vom 31. Mai 1990 unterwirft. Dieses Gesetz verlangt, daß Parteien ihre Bankkonten, Mietverträge sowie das übrige Eigentum und Vermögen freigeben zur Überprüfung, Kontrolle und Verwahrung durch die Regierung der einstigen DDR; sie sollen ihr Vermögen der oben erwähnten Regierung in „treuhänderische Verwaltung" geben — eine Regierung, die am 1. Juli bis auf den äußeren Anschein zu existieren aufhörte. Wir weisen diesen sinistren bürokratischen Wahnsinn zurück und erklären, daß wir uns weigern, ihm Folge zu leisten.

Die heutige DDR-Regierung ist ganz klar eine Fraktion des westdeutschen kapitalistischen Imperialismus. Sie hat unsere trotzkistische Organisation aufgefordert, unser Vermögen einer verschwindenden Regierung auszuhändigen. Und dies von den angeblich rechtmäßigen Nachfolgern eines Staates, von dem wir vor dem Stur/. Honeckers bestenfalls fabrizierte Anklagen, Gefängnis bzw. Verbannung (siehe den Fall des Trotzkisten Oskar Hippe) hätten erwarten können. Welch ein Hohn! Wir, die ersten Opfer des Stalinismus, sagen einfach „Nein!" zu dieser Kampagne der Enteignung und politischen Repression.

Alle Länder, die auch nur so tun, als ob sie Bürgerrechte hätten, erkennen formal an, daß das Recht auf politische Vereinigung unverletzlich ist, und versuchen, die Eingriffe ihrer politischen Polizeiorgane zu verbergen. Unsere Partei hat sich immer prinzipiell geweigert, sich um staatliche Subventionen zu bewerben oder sie anzunehmen. In Westdeutschland machen solche Subventionen etwa 30 Prozent oder mehr vom Einkommen der größeren Parteien aus. Die regierenden Parteien im Osten, die jetzt die Anwendung dieses Gesetzes verlangen, wurden ganz und gar vom deutschen Imperialismus gekauft, um die Wahlen vom 18. März zu gewinnen und zu Nutz und Frommen des Weltimperialismus die Regierung zu übernehmen.

Das „Änderungsgesetz" begnügt sich noch nicht einmal mit konterrevolutionärer Rache; die beabsichtigten Auswirkungen gehen klar über die unmittelbare Bedrohung der Rechte und Handlungsfreiheit von uns und anderen hinaus. Es ist ein Riesenschritt in die Richtung, durch Hexenjagd jeden (sogar Künstler!) zu kriminalisieren, der jemals mit der SED/PDS oder dem FDGB in Verbindung stand. Es schlägt der unersättlichen Bourgeoisie von Auschwitz den Weg frei, auf „legale" Weise Fabriken und Zeitungen im Osten zu klauen; und in ihrem Kielwasser schwimmen die einstigen Eigentümer, die nach den Wohnungen der werktätigen Bevölkerung und ihren Kulturzentren lechzen. Wir weigern uns unnachgiebig, auch nur irgendetwas damit zu tun zu haben.

Schon in einer Protesterklärung vom 1. Juni an die Präsidentin der Volkskammer brandmarkte die SpAD Bonns Quislinge und ihre Ermächtigungsgesetze (das Nazi-Gesetz von 1933 ermächtigte Hitler u. a., die politischen Parteien zu enteignen), die „jegliche Opposition zum Schweigen bringen [wollen], bei ihrem Vorstoß für ein Viertes Reich, indem sie drastische Polizeistaatsmaßnahmen verhängen, die sie dem Dritten Reich entnommen haben".

Wie können Sie es wagen, diese Kommission der Volkskammer einzurichten, um zu kontrollieren, was eine Organisation mit ihren Mitgliedsbeiträgen macht! Tatsache ist, daß die Beiträge, die der SED/PDS in den letzten viereinhalb Jahrzehnten bezahlt wurden, wahrscheinlich deren gegenwärtige Vermögenswerte übersteigt. Und wir wissen, was dann kommt. Es gibt Berufsverbote, die nach Belieben gegen die Millionen von Mitgliedern und Ex-Mitgliedern der SED/PDS verallgemeinert werden sollen und gegen jeden, der Widerstand leistet. Wir erinnern uns an Stammheim; wir fragen uns noch heute, wie vor ein paar Jahren die RAF-Führungsmitglieder es geschafft haben können, in einem Hochsicherheitsgefängnis ein Attentat gegen sich selbst zu verüben.

Die Linke muß die Enteignungskampagne der Regierung durch Einheit in der Aktion verhindern

Die SPD, Bauherr von Stammheim, war auch Urheber und treibende Kraft für dieses Gesetz. Wir rufen auf zu demonstrativer, massenhafter Zurückweisung dieses Gesetzes; wir rufen alle proletarischen und linken Organisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen, dazu auf, unserem Beispiel zu folgen. Wir rufen sie dazu auf, Stellung zu beziehen und dazu beizutragen, die Pläne derer zu durchkreuzen, die uns dazu kriegen wollen, daß wir hinter dem kapitalistischen Trommler hermarschieren. Die ökonomischen Streikaktionen von ostdeutschen Arbeitern haben jetzt ein erstes Zeichen von Widerstand gesetzt.

Toralf Endruweit
für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

SPARTAKIST

Sagt nein zur antikommunistischen Hexenjagd!

Linke: Wehrt Euch! Für Einheit in Aktion!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt ab, mit dem wir uns an die Arbeiterbewegung und Linke gerichtet haben, mit der Aufforderung, in einer gemeinsamen Aktion die Offenlegung des Parteieigentums und Übergabe in „treuhänderische Verwaltung„ an die DM-DDR-Regierung zu verweigern.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands schickte folgende Antwort (siehe Rückseite) an die „unabhängige Kommission" über das Parteivermögen, die von uns verlangt hat, unsere Bücher offenzulegen und unser Vermögen der „Verwahrung" der CDU/SPD-Hexenjäger zu übergeben, einer „Regierung", die nur der Makler des Vierten Reichs ist. In diesem Brief haben wir erklärt, daß wir uns weigern, diesen empörenden Forderungen Folge zu leisten. Wir fordern alle Organisationen der Arbeiterklasse und der Linken, alle, denen an Bürgerrechten gelegen ist, dazu auf, sich uns anzuschließen und dieses Gesetz ebenfalls zurückzuweisen. Setzt Euch zur Wehr gegen diese Kampagne, deren Ziel es ist, die ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder der SED und PDS zu kriminalisieren und jeden Widerstand^ gegen den kapitalistischen Anschluß einzuschüchtern! Sagt „Nein!"

Wir sind stolz darauf, Teil der mit Kampfgeist erfüllten Demonstration von 65 (XX) in Berlin gegen die antikommunistische Hexenjagd und die Drohung der Enteignung der PDS gewesen zu sein, wo eine Sprecherin der SpAD forderte: „Hände weg von PDS und FDJ!" Aber der Vorsitzende der PDS, Gysi, rief von der Rednertribüne zu einer „Allianz" mit der SPD auf, den Bluthunden der Deutschen Bank, die dieses Gesetz durchgedrückt hat! Obwohl die Führung der PDS dieses Gesetz mit Bismarcks Sozialistengesetzen und der Enteignung der Arbeiterorganisationen durch die Nazis 1933 verglichen hat, hat sie die Zehntausendcn demobilisiert, die /.um Kampfbereit waren, und hat mit Gysis Ankündigung: „Wir ordnen uns demokratisch ein", die eigene Enteignung als rechtmäßig akzeptiert! Und der Rest der DDR-Linken ist im Anschluß daran ebenfalls zusammengebrochen.

Die antikommunistische Offensive kann gestoppt werden. Wir brauchen eine wirkliche *Einheitsfront,* eine wirkliche Einheit *in der Aktion* von all den Kräften, die gegen diese sinistre Hexenjagd kämpfen wollen. Aber diese Einheit im Kampf wird gelähmt durch die sogenannte „Einheit der Linken": d. h. politische Einheit mit denen, die kapitulieren wollen, oder sogar mit den Hexenjägern von der SPD selbst.

„Einheit der Linken" und Einheit der Linken *in der Aktion* sind *unvereinbar.* „Einheit der Linken" bedeutet verrottete programmatische Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, Kapitulation vor den sozialdemokratischen Hexenjägern und ihren Satelliten vom Neuen Forum, den Grünen u. a. Einheit in der Aktion bedeutet eine Einheitsfront für einen gemeinsamen Zweck bei Freiheit der Kritik der teilnehmenden Organisationen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen" vergrößert unsere Kräfte und macht uns alle stärker.

Dies war die Basis der machtvollen antifaschistischen Mobilisierung der 250000 in Treptow im Januar diesen Jahres. Im gleichen Sinn haben wir, die SpAD, unsere Bereitschaft erklärt, bei der Volkskammerwahl am 18. März jeder linken Organisation in den Bezirken Wahlunterstützung zu geben, in denen wir nicht kandidieren konnten, falls sie ohne Wenn und Aber ihre Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung erklären. Heute geht es um die Frage von Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung des Rechts von Arbeiterorganisationen, sich zu organisieren.

Als ein Nebenprodukt dieser schreienden Kapitulation vor der Hexenjagd ist jemand in der PDS sogar soweit gegangen, den Versuch zu machen, Einheitsfront-Arbeit zur Rettung des Lebens des amerikanischen schwarzen Kämpfers und Intellektuellen Mumia Abu-Jamal zu sabotieren. Ein Lügenartikel im *Neuen Deutschland* vom 3. Juli, der es auf sich genommen hat, die Unterstützung von Hans Modrow für diese Demonstrationen zu verleugnen, ist so geschrieben, als ob Ulbricht und Honecker immer noch als Geist durch die Redaktion spuken würden.

Kompromißlose Opposition gegen die Unterwerfung unter diese inquisitorischen Gesetze ist eine Feuerprobe für Linke, so wie es die Opposition ohne Wenn und Aber zur kapitalistischen Wiedervereinigung gewesen ist. Das deutsche Proletariat hat schon begonnen, Widerstand zu leisten. Es kann und muß sich gegen die drohende Gefahr eines Vierten Reichs zur Wehr setzen. Und es wird seine Führung unter denen finden, die sich geweigert haben, vor dieser Hexenjagd in die Knie zu gehen.«

Offener Brief an die „Regierung der DDR", den Treuhänder für die Bundesbank

Siehe Seite 15

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 75 | 28. AUGUST 1990 | 50 Pfennig

Bundesmarine kreuzt auf Abruf im Mittelmeer

USA/NATO - Raus aus dem Persischen Golf!

25. AUGUST — Die USA haben die größte militärische Mobilmachung seit dem Vietnamkrieg in Gang gesetzt, mit einer Truppenstärke von mehr als 100000 Mann und Hunderten von Kampfflugzeugen und Bombern, die in Saudi-Arabien und im Persischen Golf stationiert sind oder dorthin verlegt werden. Sie haben drei Flugzeugträgergruppen vor Ort, und eine vierte ist unterwegs, um Saddam Husseins Irak mit einer Blockade zu überziehen und das Land auszuhungern. Den Kriegstreibern im Pentagon haben sich ihre Alliierten in der NATO und im Nahen Osten angeschlossen, um die Welt sicher zu machen für Monarchie und Ölmonopole. Die US-Imperialisten als Weltpolizisten glauben, daß sie „eine Linie im Sand" ziehen können. Stattdessen kann es ihnen passieren, daß ihr Expeditionskorps im Morast des Nahen Ostens versinkt.

Bonn fiebert vor Ungeduld, in Aktion zu treten und der Welt zu zeigen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine Weltmacht sein wird. Aber die FDP und die SPD wollen erst den Anschluß über die Bühne bringen und die Verfassung ändern, ehe die Bundeswehr ihr Gewicht in die Waagschale wirft. Wie der SPD-„Sicherheitspolitiker" Horst Ehmke gesagt hat: „Laßt uns bloß nicht mitten in diesem komplizierten Prozeß der Einigung die Finger in die Wurstmaschine stecken." Bis jetzt hat die BRD nur ein Minensuchgeschwader ins Mittelmeer geschickt, um andere NATO-Schiffe zu ersetzen, die in den Golf verlegt worden

Fortgesetzt auf Seite 13



Reuter

Spartakisten in Australien gegen imperialistischen Aufmarsch im Golf mit der Losung: „Australische/US-Truppen raus aus dem Persischen Golf!"

Verteidigt die Sowjetunion!

Der folgende Brief der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) wurde am 9. August, kurz nach dem amerikanischen Militäraufmarsch im Persischen Golf, an die sowjetischen Botschaften sowie an den Oberkommandanten der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland übergeben.

An die Botschaft der
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Washington, D. C. und Paris
Mission der UdSSR bei den Vereinten Nationen

Werte Botschafter:

Die amerikanischen Imperialisten haben eine lokale Unruhe am Persischen Golf/um Anlaß genommen, um die Militärmacht der USA erheblich auszuweiten. Angesichts dieser eskalierenden imperialistischen Provokation verlangt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), daß die sowjetische Regierung unverzüglich ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt. Die Provokation der USA ist ein Stolperdraht zu einem Weltkrieg und stellt eine große Gefahr für die gesamte Menschheit dar.

Mit hemmungsloser Heuchelei und im Namen der „Freiheit" versuchen die USA ihren Würgegriff über die Erdölreserven der Welt abzusichern. Die erstmalige Einrichtung von amerikanischen Militärbasen in Saudi-Arabien und eine Seeblockade, die den Irak solange aushungern soll, bis er sich unterwirft, stellen nicht nur

Fortgesetzt auf Seite 14

Briefwechsel über PDS-Austritt

Folgender Briefwechsel bezieht sich auf die Austrittserklärung eines Genossen aus PDS und Kommunistischer Plattform, die in Spartakist *Nr. 74 (24. Juli) abgedruckt wurde.*

Werter Herr N.!

Angesichts Ihrer Aussage, daß es „ein progressiver Akt ... (war) ... als das Breschnew-Regime entschieden hat, die Rote Armee nach Afghanistan einmarschieren zu lassen, um die Errungenschaften ... gegen die von der CIA bezahlten Contras (? K. H.) zu verteidigen ..." und es „aber besser ... (sei) ... den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen und seinen Vormarsch in Deutschland zu stoppen, als in der Sowjetunion selbst", fragte ich mich zunächst, ob ich nicht eventuell eine „Spartakist"-Ausgabe von 1980 oder 1950 erwischt hätte. Allzu bekannt kommt mir die hier angeschlagene Rhetorik vor — halten doch den Sozialismus in seinem Lauf wenn es Ochs und Esel nicht schaffen, dann doch auch Panzer nicht auf?

Die bestehenden globalen und massiven sozialen Probleme weltweit, schreien nach friedlicher, kreativer und engagierter Verständigung und breit von der Bevölkerung getragenem Engagement [und] benötigen vielfältige materielle, finanzielle und geistige Konstruktivressourcen und m. E. keine Bürgerkriege und Destruktivkräfte (Waffen).

Angesichts der immer noch immens angehäuften Waffen mit ihren noch immer unkalkulierbaren Kosten und Risiken erscheint die (übrigens besonders von Stalinisten/ Maoisten) auch gern benutzte Methode bewaffneter Auseinandersetzungen zur Führung des „Klassenkampfes" nicht nur immer sinnloser und gefährlicher sondern immer verantwortungsloser. Wie weit reicht unser Horizont? Auf der einen Seite findet sich eine *Gemeinsamkeit* in der Ablehnung des (auch von Breschnew fundierten) stalinistisch-bürokratischen Systems — auf der anderen Seite begrüßen Sie dennoch diese gerade jenem Denken entsprungene Intervention. Was brachte Sie denn nun — diese Intervention — für die Menschen; für die (de facto) in Afghanistan gar nicht existente Arbeiterklasse, zu deren Gralshüter sich die „Hammer-Linken" der 4. Internationale ernannt haben — oder für die Arbeiterklasse in der Sowjetunion.

Der Gedankengang, daß es besser sei, den „Imperialismus" im Vorfeld zu stoppen (m. E. große Ähnlichkeit mit der NATO-Strategie) würde in der Ihren Schreiben immanenten Diktion auch den „Himmlischen Frieden" made in Peking oder seine im Versuchsstadium geplatzte Verschnittvariante von Leipzig als höchst erstrebens- und ehrenwert erscheinen lassen.

In diesem Sinne kann ich Ihnen wirklich nur zum Austritt aus der PDS und noch mehr der PDS zu Ihrem Austritt gratulieren.

Mit freundlichen Grüßen
Knut Hirschfeld
Alternative Jugendliste Berlin

Werter Knut Hirschfeld!

Es ist einfach internationalistische Pflicht, die afghanischen werktätigen Massen gegen die CIA-Mörderbanden zu verteidigen. Das Wüten der von der CIA bezahlten „Freiheits"kämpfer ist nur eine der unzähligen, schmutzigen, inhumanen und vor allem kriegerischen Handlungen des *„demokratischen"* Imperialismus. Die Rote Armee unterstützte mit ihrer Intervention fortschrittliche Maßnahmen gegen die unmenschliche, feudalistische Unterdrükkung der Frauen wie die Aufhebung der Schleierpflicht und eine Alphabetisierungskampagne zum ersten Male auch für Mädchen.

Der Rückzug der Roten Armee unter dem Druck der imperialistischen Bedrohung der Sowjetunion (die Contras sind *nicht* weg!) leistete dem nationalistischen Bürgerkrieg im Süden der Sowjetunion selbst Vorschub und führte zu einer verstärkten imperialistischen Bedrohung der sowjetischen Grenze.

Als einziges Beispiel für „Gewalt" erwähnen Sie die fortschrittliche Aktion der Roten Armee in Afghanistan. Zufall? Sicher nicht. Die alltägliche kriegerische Expansionspolitik des Imperialismus wie in Vietnam, Nicaragua, Grenada bis zu den Massakern in Panama fand für Sie wohl nie statt. Wollen Sie den derzeitigen Angriff des US-Imperialismus und der NATO auf das irakische Öl, schäbigerweise von den Kreml-Bürokraten unterstützt, jetzt auch in Anführungszeichen setzen?!

Gerade heute, und *nicht* 1950 oder 1980, besteht die Gefahr der Entstehung eines Vierten Reichs, in dem Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Faschismus hochgepeitscht werden. Gorbatschows „grünes Licht" für Modrows „Deutschland, einig Vaterland", NVA in die NATO und Rote Armee raus (wie Afghanistan) gibt den imperialistischen Appetiten zur Ausdehnung eines neuen, großdeutschcn Vierten Reichs nach Osten nur mehr und mehr Futter.

Heute nennt sich jeder AntiStalinist. Ich greife die Stalinisten an wegen ihres Ausverkaufs proletarischer Interessen, von Afghanistan bis zur DDR. Deshalb haben Trotzkisten in der Tat Seite bezogen für den Aufstand der Studenten und Arbeiter in China, wie schon beim Arbeiteraufstand 1953 in der DDR oder 1956 in Ungarn. Wenn aber eine wirkliche vom Imperialismus angefachte konterrevolutionäre Gefahr droht, beziehen wir militärisch Seite gegen sie, wie in Polen 1981 gegen Solidarnosc Griff nach der Macht. Proletarischer Internationalismus ist dem defätistischen Mythos vom „Sozialismus in einem

Fortgesetzt auf Seile 14

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

Vertrieb: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 20OO Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11, Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10, — Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Registriernr 1731 des Presse- u. Informationsdienstes der DDR - ISSN 0173-7430

Nr. 75 **28. August 1990**

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Anschluß entrechtet die Frauen

Zusammen mit eingewanderten Arbeitern und Minderheiten sind die Frauen in der DDR die ersten Opfer des kapitalistischen Anschlusses. Wir drucken hier einen Bericht von zwei Berliner Unterstützerinnen der SpAD vom L August ab, die beide in „Kurzarbeit" geschickt worden sind.

Aus den Medien der BRD vernahm man sehr oft, daß Frauen in der DDR gezwungen waren, arbeiten zu gehen, um ihre Familie als Zweitverdiener mitzuernähren. Dabei wird oft vergessen, daß es vielen Frauen ein Bedürfnis war, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Viele Frauen sind sich dessen bewußt, daß sie nach den gesamtdeutschen Wahlen ihrer Rechte gerade im Berufsleben beraubt werden.

Wie sah es bis Juli dieses Jahres aus? Bisher konnten Frauen selbst entscheiden, ob sie Nachtschichtarbeit machen wollen oder nicht. Das bundesdeutsche Gesetz spricht ihnen dafür ein Verbot aus (speziell in der Industrie). Es soll dem „Schutz der Frau" dienen. Nur bei schwangeren Frauen war es bisher üblich, sie von Nachtschichtarbeit und Überstunden zu entbinden. Für Schwangere galten unter anderem weitere Regeln: Sechs Wochen vor dem Entbindungstermin erhielten sie Schwangerschaftsurlaub und nach der Entbindung weitere 20 Wochen Genesungsurlaub. Bei Bedarf bzw. fehlendem Krippenplatz konnten sie Freistellung bis zu einem Jahr beantragen. In diesem Zeitraum erhielten sie den Nettodurchschnittslohn.

Weiter war der Betrieb verpflichtet, in der Zeit des Arbeitsausfalls ihnen die Möglichkeit der Aus- bzw. Weiterbildung zu bieten. Nach Ablauf der Freistellung war er weiter verpflichtet, die junge Mutter wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren.

Man kann zusammenfassend feststellen, daß die Bedingungen für Frau und Kind günstig waren. Das kann man auch dadurch sehen, daß die Scheidungsquote in der DDR weltweit am höchsten lag. Die Frau war auch ohne Mann in der Lage, sich ihre eigene Existenz aufzubauen bzw. zu erhalten. Alleinstehende erhielten bevorzugt Wohnraum, Krippenplätze und hatten die Möglichkeit, verkürzt arbeiten zu gehen.

Wie sieht es jetzt aus für unsere Frauen: Das Arbeitsgesetzbuch ist seit dem 1. Juli außer Kraft. Damit entfällt unter anderem der Kündigungsschutz für schwangere Frauen und Alleinerziehende. Sie sind die ersten, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind. Das bedeutet nicht nur zurück an Heim und Herd, sondern auch in die bürgerliche Ehe mit all ihren Konsequenzen.

Der Kampf gegen Paragraph 218, für den Erhalt von Schulspeisung, Horten, Krippen oder Kindergartenplätzen zeigt deutlich, daß den Frauen bewußt ist, was sie zu verlieren haben. Dieser Kampf darf aber nicht zersplittert und isoliert geführt werden. Er muß verbunden werden mit dem Kampf aller unterdrückten Minderheiten, wie Ausländer, Homosexuelle, Roma und Cinti. Gegen jeden Angriff müssen sie sich gemeinsam wehren, das bereits Errungene muß verteidigt und geschützt werden, nur so kann der Kampf erfolgreich sein.

Jana und Ramona

Bernburg darf nicht zur Geisterstadt werden!

Die D-Mark, die von breiten Teilen der Bevölkerung für das „Allheilmittel" aus der ökonomischen und politischen Misere nach 40 Jahren SED-Herrschaft gehalten wurde, beginnt in der DDR ihr wahres Gesicht zu zeigen. Den Werktätigen wird auf brutalste Art und Weise klargemacht, daß es wahrhaftig keine Selbstverständlichkeit mehr ist, einen Arbeitsplatz für sich zu beanspruchen, der es ermöglicht, das nötige Geld zu erarbeiten, um für sich selbst und die Familie aufzukommen — jede Woche folgen neue Massenentlassungen.

So auch in Bernburg, einer Industriestadt zwischen Halle und Magdeburg, in der 50 000 Menschen leben, von denen ein Großteil in der chemischen Industrie (Sodawerk), im Bergbau (Kali- und Steinsalzwerk), in der Arzneimittelindustrie (Serumwerk) und im Zementwerk arbeiten. Im Sodawerk bekamen kürzlich 400 Werktätige einen Wisch ins Haus, auf dem ihnen mitgeteilt wurde, daß der Betrieb es sich nicht mehr leisten könne, sie vollzeitig zu beschäftigen. Kurzarbeit — der Anfang vom Ende, das für andere Arbeiter dieses Werks schon Realität geworden ist, die von vornherein entlassen wurden.

Das Serumwcrk entließ Anfang Juni die Hälfte der dort Beschäftigten, die restlichen wurden mit Kurzarbeit abgespeist. Schlimmer noch im Zementwerk, das für seinen Qualitätszement in der ganzen Welt einen guten Ruf und entsprechende Abnehmer hatte. 1140 Arbeiter können hier nicht mehr voll bzw. überhaupt nicht mehr arbeiten.

Und wie überall sind die ausländischen Arbeiter die ersten, die entlassen und angegriffen werden. Aus den Bernburger Betrieben sind 90 Prozent der mosambikanischen Arbeiter bereits abgeschoben worden, rassistische und ausländerfeindliche Angriffe sind eine tägliche Erscheinung. Die Fronttruppen des wiedererstarkenden Vierten Reichs erheben immer frecher ihr Haupt. So wurden in der Bernburger Zelt-Diskothek mosambikanische Arbeiter von Nazis angegriffen. Ein Mosambikaner wurde mit einem Messer schwer verletzt. Als sich die Arbeiter gegen die Nazis verteidigten, wurden sie aus der Diskothek rausgeschmissen.

Mit Werbesprüchen wie „Wohlstand für alle" haben CDU und ihre sozialdemokratischen Zuspieler vor der Volkskammerwahl Propaganda betrieben. Auch die PDS predigte im Fahrwasser der SPD, daß „soziale Marktwirtschaft" die einzig mögliche Alternative sei. Jetzt werden ganze Industriezweige und ein großer Teil der Arbeiterklasse zerstört. Viele sind verzweifelt, fühlen sich betrogen, entmündigt und ihrer elementarsten Rechte beraubt. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter ihre Macht ins Spiel bringen und die Leute stoppen, die uns unsere Arbeit, unsere Kindergartenplätze, unsere niedrigen Mieten nehmen wollen.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

An PDS-Genossen, die Kommunisten sein wollen

Nachfolgend drucken wir in gekürzter und leicht redigierter Form die Schlußbemerkungen des Spartakist-Referenten bei einer Schulung am 28. Juli in Hamburg über „Das Übergangsprogramm von Leo Trotzki und seine aktuelle Bedeutung", zu der eine Reihe von PDS-Genossen aus der DDR gekommen waren.

Viel von dem, was wir heute zu sagen haben, steckt schon in der Gründung der Kommunistischen Internationale, bevor sie stalinisiert wurde. Bevor sie nur zu einem Mittel der Außenpolitik von Stalin degradiert wurde, gab es einen ständigen Kampf innerhalb der Kommunistischen Internationale, wie die Parteien im Westen die Macht erobern können, welche Politik die Partei in der Sowjetunion verfolgt, welche Politik die Parteien in den Kolonien verfolgen.

Für mich wäre das eine „gute Basisgruppe der PDS" (von der hier die Rede war), die sich in den Betrieben darum kümmert, daß es starke Gewerkschaften gibt, die gegen Entlassungen kämpfen; daß die Arbeiter der verschiedenen Betriebe sich miteinander verbinden, daß sie die eingewanderten Arbeiter gegen Entlassungen verteidigt usw. Und vor allem, daß sie diese eingewanderten Arbeiter gegen rassistischen Terror verteidigt. Und ein Beispiel dafür sind die Mosambikaner und die Vietnamesen, die bedroht werden in den Straßen. Daß wir heute in die Offensive gehen und nicht erst, wenn die Scheiben von unseren Wohnungen eingeschmissen werden, wenn unsere Kinder verprügelt sind oder Schlimmeres passiert. Wenn alle unsere Mitglieder unsere Jobs verloren haben. Damit wir nicht erst eine Verteidigung organisieren gegen faschistische Überfälle, gegen Faschisten, wenn es die ersten Schwerverletzten und Toten gibt. Und ihr werdet feststellen, daß indem ihr diesen Kampf anfangt, es sofort eine Trennungslinie gibt zur Führung eurer Partei.

Sobald ihr eine Verteidigungsaktion organisiert zusammen mit anderen Parteien, eine Aktionseinheit gegen Faschisten, und dabei machen einige Faschisten mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft, wird eure Parteiführung intervenieren und sagen, so nicht, wir sind eine legale Partei, man muß die VP anrufen — damit es mehr Tote gibt. Das ist wohl das beste Beispiel überhaupt zur Frage der Notwendigkeit einer eigenen Verteidigung der Arbei-

Spartakist-Schulungsserie

Berlin

Donnerstag, 30. August, 18.00 Uhr

Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt! Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi

Donnerstag, 27. September, 18.00 Uhr

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen. Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: Westberlin 492 78 66

Bernburg

Mittwoch, 5. September, 18.00 Uhr

Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt! Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi

Mittwoch, 19. September, 18.00 Uhr

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen. Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!

Jugendklub, Zepziger Weg, Bernburg
Telefon: Halle 29055

Halle

Freitag, 31. August, 18.00 Uhr

Stalinismus am Ende, der Kommunismus lebt! Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi

Freitag, 14. September, 18.00 Uhr

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen. Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!

Kultur- und Tagungszentrum, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Eggesin

Samstag, 8. September, 14.00 Uhr

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei! Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Randow-Bar, Bahnhofstraße, Eggesin

Sonntag, 16. September, 14.00 Uhr

Kapitalistischer Anschluß: Sklaverei für Frauen. Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!

Jugendklub, Am Bahnhof 12, Eggesin

terklasse, daß diese Volkspolizei von Diestel nichts tut, um irgendeinen mosambikanischen Arbeiter gegen die Faschisten zu verteidigen. Nichts, absolut nichts. Also hier zu sagen, das Gewaltmonopol liegt beim Staat und der soll seine Aufgaben wahrnehmen, ist absoluter Blödsinn.

Die Politik der PDS ist Lichtjahre entfernt von der Politik der kommunistischen Partei, nämlich die Ausgebeutetsten, Unterdrücktesten zu führen im Kampf gegen den Kapitalismus. Die Konzeption der PDS ist eine sozialdemokratische Wahlpartei. Ihre Politik ist Kapitulation vor der Sozialdemokratie, um irgendwie einen Platz an der Sonne zu kriegen. Das ist fast schon mysteriös, da muß man schon religiös sein, um das zu verstehen, es ist so selbstmörderisch, daß praktisch jeder draufkommt. Es sei denn, er will nicht draufkommen.

Die Frage nach einem revolutionären Programm ist nicht die Frage danach, irgendetwas gelesen zu haben, sondern es ist eine Anleitung zum Handeln. Das ist das Entscheidende bei der ganzen Sache. Wir möchten erklären, daß die PDS die Illusion hat, das Vierte Reich irgendwie verschönern zu können. Und daß es darum geht, das Vierte Reich zu bekämpfen, sonst reißt es uns in eine Katastrophe, wie wir sie vor 50 Jahren gehabt haben.

Die USPD hat 200 000 vor allem Arbeiter an die VKPD geben können, weil am 31. Dezember 1918 die KPD gegründet worden ist. Nur deshalb. Und wenn wir von der PDS reden, reden wir von der Partei, von ihrem Programm und von ihrer Führung. Denn die bestimmen schließlich die PDS. Aber wir wissen auch, daß es an der Basis der PDS und nicht unbedingt nur dort, Leute gibt, die ihre kommunistischen Ideale verwirklicht sehen wollen, für die sie einmal in diese Partei oder in die SED eingetreten sind.

Dazu muß man aber sagen, daß jeder Versuch, aus der SED oder der PDS eine kommunistische Partei zu machen, den Bach runtergegangen und diskreditiert ist durch die Kommunistische Plattform. Diese Partei hat sich seit der SED und seit dem November nur nach rechts entwickelt, und die Kommunistische Plattform hat dabei mitgewirkt und nichts daran verändert. Und Fred Beuchel hat klipp und klar erklärt, daß es nicht darum geht, die PDS zu „kommunistizieren". Und das ist es, ein bißchen Musik. Und sobald es in dieser Partei eine kommunistische Opposition gibt, wird Gysi zu Diestel hingehen und sagen, wir schließen diese Leute aus, denn wir sind nicht radikal oder linksextrem.

Wo sind die Grenzen des Verrats, ist die Sache, die man sich heute fragen muß. Kommunist sein heißt für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, und das heißt, jetzt, hier und heute in Deutschland eine kommunistische Arbeiterpartei aufzubauen. Das wird darüber entscheiden, wie der Klassenkampf weitergeht und wie Europa aussehen wird. Und die Arbeiter, die am 18. März CDU oder SPD oder PDS usw. gewählt haben und damit alle eigentlich für Deutschland, einig Vaterland gewählt haben, diese Arbeiter haben inzwischen alle etwas darüber gelernt, was es bedeutet. Es hat Kämpfe gegeben, und es wird weitere Kämpfe geben. Die Frage ist, ob die Partei, die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Kader haben wird in wichtigen Betrieben, um diese Kämpfe weiterzutreiben und der Kontrolle der Sozialdemokratie zu entreißen, damit daraus Siege für die Arbeiter werden und nicht Siege der imperialistischen Bourgeoisie über die Arbeiter.

Schluß mit der Hexenjagd!

Verteidigt das Recht der Arbeiter auf Organisation!

Mit einem Gesetzentwurf zur *sofortigen* Enteignung der ehemaligen Blockparteien sowie Massenorganisationen" hat die DSU jetzt direkt die ehemaligen FDGB-Gewerkschaften im Visier. Und dabei handelt es sich keineswegs um eine einsame Rechtsaußen-Initiative der DSU. Wie immer waren SPD- und DGB-Führung die Vorreiter bei der Hexenjagd im Dienste der „Demokratie". Bereits im Juni erklärte der Pressesprecher der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie: „Wir richten uns darauf ein, daß die Gewerkschaften aus der DDR mit nichts kommen, außer mit Mitgliedern". Und Monika Wulf-Mathies fügte hinzu, „auch die ÖTV legt keinen Wert auf DDR-Vermögen" *(Frankfurter Rundschau,* 23. Juni).

Das Vierte Reich kündigt sich an mit Gleichschaltung, Berufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Die SpAD steht auf der Seite der Gewerkschafter, die sich gegen die Enteignungsversuche wehren. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Hände weg von PDS und FDJ! Hände weg von den Gewerkschaften!

Mit einem Offenen Brief an die „Regierung der DDR" (siehe *Spartakist,* 24. Juli) stellten wir fest, daß sich die SpAD weigert, ihre Finanzen offenzulegen und in treuhänderische Verwaltung an den Makler des Vierten Reichs zu übergeben. Wir forderten darin „alle proletarischen und linken Organisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen" dazu auf, unserem Beispiel zu folgen und in einer gemeinsamen Aktion die Absicht der Bourgeoisie, die linken und Arbeiterorganisationen, insbesondere aber die PDS zu enteignen, zu durchkreuzen.

Die Antwort der PDS auf unseren Offenen Brief war am 25. Juli in *Neues Deutschland* zu lesen: Selbstenteignung durch minutiöse Finanzaufstellung der Partei. Dazu bot die PDS der SPD noch als „Akonto"-Zahlung 50 Millionen D-Mark an. Demnächst werden vielleicht noch die Mitgliedslisten veröffentlicht, Solange es nur von der Volkskammer mehrheitlich beschlossen wird. In ihrem Bestreben, den sozialdemokratischen Hexenjägern immer ähnlicher zu werden, ist die PDS unfähig, sich selbst zu verteidigen. Dazu behauptete *ND,* daß die PDS nie mit dem Geld im Ausland zu tun hatte, dies sei allein Schalck-Golodkowskis Sache gewesen, und sie verweisen auf die DKP. Was kann das anderes bedeuten als die Aufforderung an den noch-westdeutschen Staat, daß er sich doch bitte mal um das Vermögen der DKP kümmern soll.

Angesichts der Hexenjagd antwortet die PDS-Führung jetzt mit einer Hexenjagd kleineren Stils innerhalb der Partei auf die zunehmende Kritik und Polarisierung in ihren eigenen Reihen. Als eine „Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS" ihr Grundlagenpapier veröffentlichte und darin auch gegen den Kapitulationskurs von Gysi und Brie Stellung nahm, war dies „mit Programm und Statut der PDS nicht vereinbar". Wie Gysi bereits in Köln ankündigte: „Mit Stalinisten und Sektierern nicht wieder".

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Verteidigt Organisationsrecht ...

Fortsetzung von Seite 5

Ob er wirklich glaubt, damit den Kriterien des Bundesinnenministers Schäuble zu genügen, der bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts erklärte, bei der PDS müsse überprüft werden, „wie die Zusammenarbeit mit Linksextremisten aussieht"? So hat zumindest die PDS-Lichtenberg sich als Handlanger Diestels und Schäubles betätigt, als sie in der Stadtbezirksversammlung gemeinsam mit CDU und SPD für die „Einleitung notwendiger Maßnahmen" gegen die Antifa-Lichtenberg abstimmte.

Die SpAD hat sich mit der Aufforderung an alle linken Organisationen gewandt, gemeinsam die Offenlegung des Parteieigentums zu verweigern. Während unser Protest bei der Basis dieser Organisationen sofort auf Sympathie stieß, wurde unser Angebot von den Parteiführungen bisher verworfen. Die Berliner KPD-Zentrale beispielsweise lehnte mit teilweise widersprüchlichen Begründungen gemeinsame Aktionen in diesem Falle kategorisch ab. Vielleicht weil die KPD wie auch Die Nelken und VL prinzipiell nichts dagegen haben, ihre Parteiarbeit mit staatlichen Subventionen finanzieren zu lassen. Die SpAD hat sich von Anfang an prinzipiell gegen diese Methode gewandt, Geld von Modrow oder gar von Kohl und de Maiziere zu nehmen, um eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

Von der Hallenser Gruppe der Nelken wurde unser Vorschlag für eine gemeinsame Aktion sehr offen aufgenommen. Wir waren uns einig, daß der Staat in den Finanzen von Parteien und Arbeiterorganisationen nichts zu suchen hat. Allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt die nationale Führung der Nelken schon längst, ohne Wissen der Mitglieder, die Abrechnung gegenüber der Regierung gemacht, wie uns der Vorsitzende der Nelken mitteilte.

Die Weigerung der Vereinigten Linken, ihre Finanzen zu veröffentlichen, erfolgte mit dem Hinweis, daß sie keine Partei sei und das Gesetz demzufolge nicht auf sie zuträfe. Die VL mag vielleicht annehmen, daß dies ein ganz besonders cleverer Schachzug ist. Aber sie weigert sich damit, für grundlegende bürgerliche Rechte zu kämpfen. Stattdessen spielt sie sich als Vermittler für antikommunistische und sozialdemokratische Wahlbündnisse auf. Was alle diese Organisationen auch immer öffentlich zum besten geben mögen, dahinter steht, daß sie nicht bereit sind, die PDS gegen diese Hexenjagd zu verteidigen.

Jetzt will die PDS glauben machen, daß mit der Wahl der „Linken Liste" und mit einer Volksfront für einen besseren Kapitalismus alles gelöst wird. Die bis jetzt Hunderttausenden von Arbeitslosen und Kurzarbeitern werden sich z. B. für die Lüge von der „sozialen Marktwirtschaft" schon herzlich bedanken. Und nun versucht die PDS im Westen alles, was sie kriegen kann, zu einer Wahlpartei zusammenzuzimmern. Die DKP fassen sie dabei nur mit ganz spitzen Fingern an, um ihre „Vorstellungen über den demokratischen Sozialismus nach dem Ende der DDR" (Andre" Brie) salonfähig zu machen.

Wie wir in unserem Flugblatt (auch zitiert in *ND*, 21. Juli) geschrieben haben: „Wir brauchen eine wirkliche *Einheitsfront,* eine wirkliche Einheit *in der Aktion* von all den Kräften, die gegen diese sinistre Hexenjagd kämpfen wollen. Aber diese Einheit im Kampf wird gelähmt durch die sogenannte .Einheit der Linken': d. h. politische Einheit mit denen, die kapitulieren wollen, oder sogar mit den Hexenjägern von der SPD selbst. .Einheit der Linken' und Einheit der Linken *in der Aktion* sind *unvereinbar."*

Die Maßnahmen der großen antikommunistischen Koalition gegen die PDS und die geplante völlige Zerschlagung des FDGB zielen darauf ab, jeden Arbeiterwiderstand gegen Verelendung und Massenarbeitslosigkeit von vornherein zu ersticken. Deshalb der forcierte Aufbau der Polizei als Bürgerkriegstruppe und der schnelle Anschluß, um die Bundeswehr in Stellung zu bringen. Die Frankfurter Bankiers und ihre Marionetten von Kohl bis Lafontaine fürchten zurecht die deutsche Arbeiterklasse.

ÖTVler, S-Bahner: Entfesselt Eure Macht!

BERLIN, 21. AUGUST - Zwischen 11 und 12 Uhr ging nichts mehr: Feuerwehr, Wasserwerker, Stadtreinigung, Straßenbahnen, U-Bahnen und Busse der BVB sowie Magistratsangestellte, Beschäftigte des Gesundheitsdienstes und von Kindertagesstätten ließen vor dem Roten Rathaus ihre Macht spüren, um ihre Forderung nach Lohnerhöhungen durchzusetzen. 1,6 Millionen Werktätige im Staatsdienst, das sind etwa 15 Prozent aller Werktätigen in der DDR, kämpfen gegen die Senkung ihres Lebensstandards nach dem 1. Juli. Busfahrer beispielsweise haben netto 230 DM weniger in der Lohntüte, von einem Ausgleich für die horrenden Preissteigerungen ganz zu schweigen.

Wie ein BVB-Arbeiter nach dem Streik bemerkte: „Wenn das nicht reicht, dann eben das nächste Mal im Berufsverkehr..." Die massive Unterstützung für diesen Warnstreik kann das Signal für einen „heißen Herbst" gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit geben. Doch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der ÖTV will die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse verhindern.

Zusammen mit der Reichsbahn und den Kollegen in Westberlin hat die ÖTV die Macht, die ganze Stadt dicht zu machen! Wenn die Arbeiter ihre Macht, von der sie vergangene Woche nur eine Spur gezeigt haben, wirklich in die Waagschale werfen, können sie dafür sorgen, daß *allen* Werktätigen dieser Stadt der erkämpfte Lohn nicht durch erhöhte Fahrpreise wieder von den Geldhaien der Marktwirtschaft aus der Tasche gezogen wird, und können gleichzeitig die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung gewinnen: Für Nulltarif auf allen Bussen, U-Bahnen und S-Bahnen in der ganzen Stadt!

Von den ungleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, einer ständigen Quelle von Neid und Rassismus, geht eine tödliche Bedrohung für alle erkämpften Rechte aus. Seite an Seite mit den Frauen, mit vietnamesischen, mosambikanischen und türkischen Arbeitern — und mit denen, die bereits arbeitslos geworden sind, in Ost und West, müssen wir für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für gleiche Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau kämpfen, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, damit die erkämpften Lohnerhöhungen nicht hinterrücks wieder auf uns abgewälzt werden. Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände! Gewählte Streikkomitees der Arbeiter könnten der erste Schritt dazu sein, den Kampf gegen ein neues Viertes Reich aufzunehmen, das die Herren der Deutschen Bank, Thyssen und Reuter aus unserem Schweiß und Blut errichten wollen.«

Verteidigung von DDR und Sowjetunion ist Schlüsselfrage

Trotzkistische Fusion in Mexiko

Mit einer prinzipienfesten Fusion der Spartakist-Gruppe Mexiko (Grupo Espartaquista de Mexico) mit der Trotzkistischen Fraktion der Partido Obrero Socialista (POS — Sozialistische Arbeiterpartei) Anfang Juli gelang der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) ein wichtiger Durchbruch in Mittel- und Lateinamerika. Damit bestätigt sich erneut unsere internationale Perspektive, durch revolutionäre Umgruppierung über einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen kommunistische Kader zu gewinnen, die den Grundstein für eine leninistische Partei bilden.

Im Oktober letzten Jahres schrieben uns die Genossen der Spartakist-Gruppe Mexiko: „Die Ereignisse in Deutschland stehen zur Zeit im Mittelpunkt unserer politischen Diskussionen ... während wir dafür kämpfen, einen Kern der Spartakisten zu schmieden." *(Arprekorr* Nr. 14, 29. Dezember 1989) Die Genossen der Trotzkistischen Fraktion führten in ihrer ehemaligen Organisation POS einen politischen Kampf, der zentral die Russische Frage berührte.

Diese Umgruppierung ist auch eine Bestätigung unserer Perspektive, die wir vor einem Jahr aufzeigten, als die internationale Spartacist Tendenz sich zur IKL erklärte: daß die internationale Krise des Stalinismus Gelegenheiten bieten würde, diejenigen, die Kommunisten sein wollen, für das Banner des authentischen Trotzkismus zu gewinnen, der allein die Errungenschaften und das Erbe der Oktoberrevolution verteidigt.

Die Trotzkistische Fraktion kommt aus der morenistischen Strömung, Anhänger des verstorbenen argentinischen Pseudo-Trotzkisten Nahuel Moreno. In seinen früheren Jahren war es das Markenzeichen dieses Verwandlungskünstlers, sich in rascher Folge als „Links"-Peronist, Castro-Anhänger und Maoist auszugeben, bevor er sich im sozialdemokratischen Reformismus einrichtete. Nach dem Putsch von Videla 1976 in Argentinien setzte Moreno im Exil eine radikalere Miene auf und hüllte sich in die rotschwarze Fahne des Sandinismus. Um diesen ausgemachten politischen Banditen zu entlarven, veröffentlichten wir die Broschüre *Moreno Truth Kit* (Die Wahrheit über Moreno —1980). Giftiger Antisowjetismus kennzeichnete schließlich Moreno & Co. im folgenden Jahrzehnt, als sie versuchten, alle anderen in der Solidarität mit Solidarnos'c zu übertreffen, der Lieblings-„Gewerkschaft" von Ronald Reagan. Mit der Rückkehr nach Argentinien baute sich der Morenismus wieder als eine nationale sozialdemokratische Tendenz auf. Nach dem Tod ihres lider maximo Anfang 1987 stürzte die morenistische Internationale Arbeiterliga (IWL) in wirres Durcheinander. Es bildeten sich zwei Flügel heraus, wobei der „kritischere" Teil aus der argentinischen Mutterpartei ausgeschlossen wurde und die PTS (Partei der Arbeiter für den Sozialismus) gründete. Die mexikanische POS schloß sich der PTS an.

„Wahrer Morenismus" ist die Antithese zu authentischem Trotzkismus. Dies stellte sich besonders klar beim rapiden Zerfall der stalinistischen Regime von Osteuropa heraus. Als die argentinische PTS auf den Sturz des Honecker-Regimes und die Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 damit reagierte, daß sie den Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus der DDR verlangte, waren zwei Führer der mexikanischen POS dagegen. Ein Dokument von Arturo Urbina über „Trotzkismus angesichts der Ereignisse in Deutschland" bekräftigte die trotzkistische Position der bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus und unterstützte Trotzkis Analyse von der Doppelrolle der stalinistischen Bürokratie, die den Imperialismus zu beschwichtigen sucht und gleichzeitig auf den ökonomischen Grundlagen proletarischer Herrschaft beruht.

Daraufhin teilte die PTS-Führung der POS mit, daß Diskussionen nur dann Sinn hätten, wenn die Opposition ihre Position ändern und die stalinophobc Position anerkennen würde, Stalinismus sei „durch und durch konterrevolutionär". Und tatsächlich, als Urbina und Humberto H. am 20. Mai ihre „Plattform der Trotzkistischen Fraktion" vorlegten, arrangierte der PTS-Delcgierte noch auf derselben Sitzung ihren Ausschluß mit der Beschuldigung, sie seien „Spartakist-Agenten". Wie die zwei in einer Erklärung zum Ausschluß sagen: „In Wirklichkeit beschuldigen sie uns, *Trotzkisten m* sein." Die besondere Ironie bei diesem bürokratischen und offen politischen Ausschluß war, daß den ausgeschlossenen Genossen die Aufgabe übertragen worden war, die Positionen der Spartakisten zu studieren.

Die Genossen der Trotzkistischen Fraktion waren nicht nur die Gründer der POS, sondern sie gehörten auch zu den Gründungsmitgliedern der morenistischen Tendenz in Mexiko und waren davor Kader der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat. Sie erklärten in einem Brief ihre Entscheidung, sich mit der Internationalen Kommunistischen Liga zu vereinigen. Darin heißt es: „Wie es beim Morenismus (der seinen Mitgliedern sogar verbot, die Spartakist-Presse zu kaufen) Sitte war, galt für uns viele Jahre: ‚Der Teufel hieß Spartakist.' Wir zwei kritisierten sogar die mexikanische PTZ (Zapatistische Arbeiterpartei) dafür, im Anti-Spartakist-Kampf nicht ‚konsequent' genug zu sein." Doch der Verlauf des Klassenkampfes, besonders die weltweite Krise des Stalinismus, brachte sie dazu, viele von Trotzkis Werken nochmals zu lesen, vor allem *In Verteidigung des Marxismus.* Darin wird Trotzkis Kampf mit James P. Cannon gegen diejenigen dokumentiert, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Verteidigung der Sowjetunion aufgaben. Die Genossen erklären, daß ihre Entscheidung, sich mit der IKL zu vereinigen, aus der Entschlossenheit kam, „revolutionäre Parteien aufzubauen und die Vierte Internationale wiederzuschmieden, um jede Sorte von Zentrismus, Reformismus, Stalinismus usw. zu bekämpfen".

Der Kampf der Trotzkistischen Fraktion, der über die historischen Ereignisse in der DDR begann und sich um die Russische Frage drehte, stellte auf einem Kontinent, wo der Dritte-Welt-Nationalismus (ebenfalls eine Visitenkarte des Morenismus) dominiert, den Kampf für internationalistischen proletarischen Kommunismus fest in den Vordergrund.

Nach Workers Vanguard *Nr. 506, 13. Juli*

Diskussionsveranstaltung der SpAD in Berlin

Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter!

Donnerstag, 13. September 1990, 19.00 Uhr

Kreiskulturhaus „Erich Weinert"
Johannes-R.-Becher Straße 43 a, S-Bahnhof Pankow

Schwarzer amerikanischer Trotzkist über:

„Freie Welt" des verrotteten US-Kapitalismus

Im Juni sprach Don Alexander, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., bei einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen in der DDR und in Westdeutschland unter dem Titel „,Freie Welt' des verrotteten US-Kapitalismus" (siehe „Internationalistisches Echo von Halle bis Hamburg", Spartakist *Nr. 74, 24. Juli, wo wir auch über die lebendigen Debatten bei diesen Veranstaltungen, besonders mit Anhängern der PDS und anderer linker Organisationen, berichteten). Genösse Alexander sprach in Berlin, Bernburg, Halle, Eggesin, Rostock und Hamburg. Am 24. Juli berichtete Genösse Don Alexander darüber vor Unterstützern der Labor Black League for Social Defense (LBL) [Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung] in San Francisco/Oakland. Er beschrieb dort unter anderem die Veranstaltung in Eggesin, die an einem Sonntagmorgen stattfand:*

„Als wir dort ankamen, eine Stunde vor Beginn, waren vietnamesische und mosambikanische Arbeiter vor dem Raum, die ungeduldig darauf warteten, daß wir aus dem Auto stiegen. Sie bildeten eine Reihe, um uns die Hand zu schütteln. Sie waren wirklich bewegt, daß eine internationale revolutionäre Organisation einen amerikanischen Kommunisten geschickt hatte, um über ihren Kampf zu sprechen.

Eine Reihe von mosambikanischen Arbeitern sprach bei der Veranstaltung. Einer davon sagte: ,Wir sind jung, wir denken, daß diese Veranstaltung sehr wichtig ist. Wir wissen nicht sehr viel über Politik, aber wir denken, daß diese Angriffe auf die DDR Not und Elend für uns hier und für unsere Brüder und Schwestern zu Hause bedeuten.' Dies waren junge Leute, zehn Mosambikaner und etwa acht vietnamesische Arbeiter, die übers ganze Gesicht strahlten, als wir darüber sprachen, wie wir die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam gefeiert haben."

Nachfolgend drucken wir in leicht gekürzter Fassung Don Alexanders Rede auf der Veranstaltung in Eggesin ab.

Ich freue mich, daß ich heute hier mit euch zusammen sein kann. Ich bringe euch Grüße von der Labor Black League for Social Defense und von der Spartacist League/ U.S., der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Ich bin heute hier, weil die LBL mit Begeisterung das Geld gesammelt hat, um mir die Reise hierher zu ermöglichen. Dies ist eine kämpferische Organisation von klassenbewußten schwarzen Arbeitern und Anti-Rassisten, die in brüderlichem Bündnis steht mit der Spartacist League.

Die LBL wurde von der Spartacist League ins Leben gerufen nach der Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen am 27. November 1982, die in Washington D.C., der Hauptstadt der USA, den faschistischen Ku Klux Klan daran hinderte, dort aufzumarschieren. Über 5000 Schwarze, Arbeiter, Jugendliche und Sozialisten fegten die Faschisten von der Straße und führten einen mutigen Schlag zugunsten der Unterdrückten.

Diese revolutionären Arbeiter lassen sich nicht die Lüge einreden, daß die USA, daß der US- und der Weltimperialismus Demokratie nach Osteuropa oder irgendwohin sonst bringen würde. Klassenbewußte Arbeiter in den USA



Sygma

„Amerikanischer Alptraum" in der Hauptstadt des US-Imperialismus. Der Kapitalismus verdammt Millionen von Menschen zu Armut, Hunger, Obdachlosigkeit und Tod

Für proletarischen Internationalismus!



WV Photos

Über 1000 Gewerkschafter/ Schwarze, Studenten und Linke stoppten den Ku-Klux-Klan in Philadelphia, 5. November 1988

wissen, daß der US-Imperialismus die Werktätigen und die dunkelhäutigen Werktätigen in der ganzen Welt versklaven will. Es gibt Arbeiter in den USA, die sich bewußt sind, daß bei dem Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands enorm viel auf dem Spiel steht. Eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands wäre ein riesiger Rückschlag für die internationale Arbeiterklasse und würde die kapitalistische herrschende Klasse und ihre faschistischen Stoßtruppen stärken.

Ich bin hierhergekommen, um euch die Wahrheit zu erzählen über das Leben im rassistischen kapitalistischen Amerika und über unsere Kämpfe, eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen im Kampf um die Arbeitermacht und für ein sozialistisches Amerika.

Wie alle kapitalistischen Länder, nur noch stärker, sind die USA eine Demokratie für die Reichen, eine Diktatur der kapitalistischen Klasse, die maskiert ist durch eine pseudodemokratische und sehr korrupte parlamentarische Maschinerie. Die USA sind eine Gesellschaft mit einer herrschende Klasse, die weiß ist, die auf einer schrecklich unterdrückten schwarzen Bevölkerung lastet, die nur über eine dünne schwarze kleinbürgerliche Schicht verfügt. Es gibt eine wachsende Bevölkerung von hispanischen und asiatischen Menschen, die direkt unter den Gewehrläufen von heimatfanatischer Heuchelei und Angriffen steht, und eine Mehrheit von weißen Arbeitern, die Opfer von rücksichtsloser kapitalistischer Ausbeutung ist.

Es ist eine Gesellschaft, in der sich eine ethnisch unterschiedlich zusammengesetzte Arbeiterklasse herausgebildet hat durch aufeinanderfolgende Einwanderungswellen. Die europäische Arbeiterklasse ist in reformistischen Massenparteien unter der Kontrolle von stalinistischen oder sozialdemokratischen reformistischen Irreführern organisiert. In den USA gibt es nicht einmal eine reformistische Massenpartei des amerikanischen Proletariats mit einem reformistischen Bewußtsein.

Rassismus, Antikommunismus: Gift für die Gewerkschaften

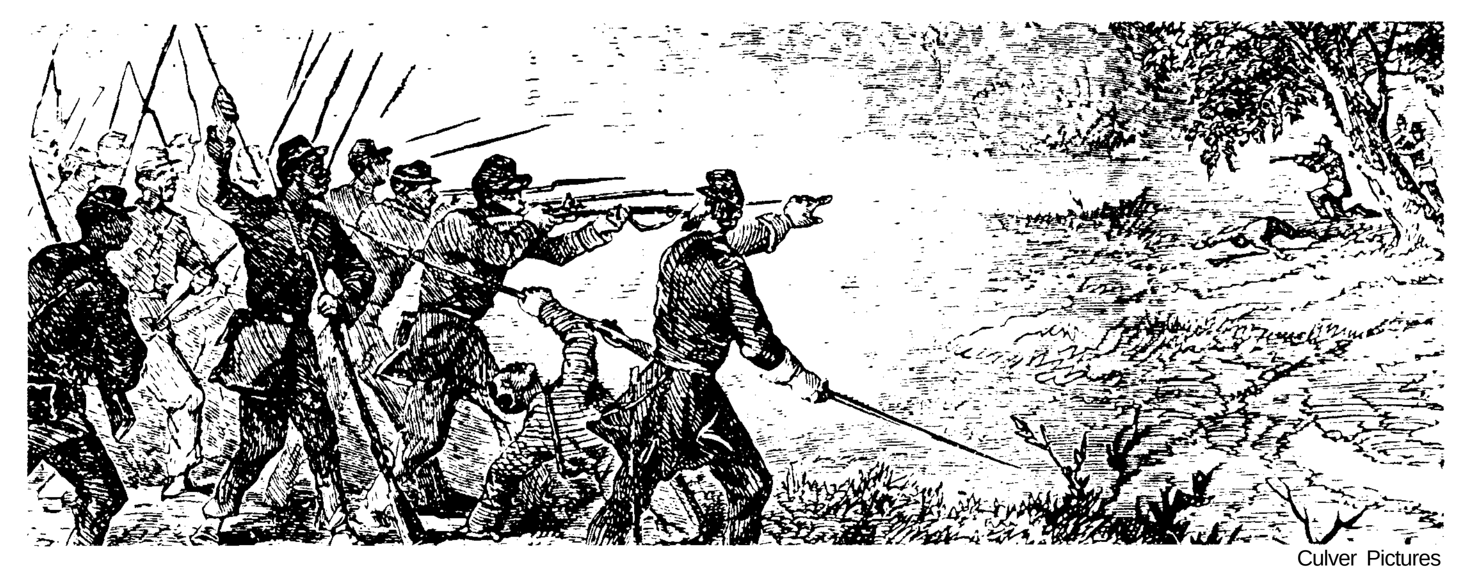
Das amerikanische Proletariat hat eine lange Geschichte von militanten gewalttätigen Kämpfen gegen seine Bosse. Aber die Arbeiterklasse bleibt an die kapitalistische Demokratische und auch Republikanische Partei gekettet durch ihre verräterische Gewerkschaftsbürokratie. Diese Bürokratie wurde geschmiedet durch die antikommunistischen Säuberungen in den 50er Jahren, als Kommunisten und kämpferische Arbeiter aus den Gewerkschaften verjagt wurden. Aber diese Bürokratie ist sehr instabil und weitgehend verhaßt. Die antikommunistischen rassistischen und prokapitalistischen Bürokraten sind Polizisten für die Bosse innerhalb der Gewerkschaften. Diese Bürokratie muß rausgeschmissen werden durch eine klassenkämpferische Führung, die dafür kämpft, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen und eine Arbeiterregierung zu errichten. Im Lauf dieses Prozesses müssen und werden klassenbewußte amerikanische Arbeiter die zwei Hauptwaffen der Bourgeoisie bekämpfen und besiegen. Diese Waffen, die gegen uns benutzt werden, um uns niederzuhalten, sind Rassismus und Antikommunismus.

Wir könnten sehr wohl einige größere Explosionen von Klassenkampf in den USA sehen, wenn eine neue Schicht von Arbeiteraktivisten vor der Perspektive steht, daß ihre Träume auf ein besseres Leben erschüttert sind. Daß ihre Situation schlimmer ist als die ihrer Väter und Großväter. Ich kann hier nur kurz beschreiben, wie es so weit kommen konnte.

Zunächst einmal war der US-Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg die ökonomisch vorherrschende imperialistische Macht geworden. Und es war die Niederlage der USA in Vietnam, die dem kurzlebigen amerikanischen Jahrhundert ein Ende setzte. Wir amerikanischen Trotzkisten begrüßten die Niederlage des US-Imperialismus gegen die heroischen Kämpfer der vietnamesischen Arbeiter und Bauern. Während dieses Kriegs haben wir für den militärischen Sieg der FLN und für politische Streiks in den USA gekämpft. Der Sieg von Vietnam über die USA verschaffte der Arbeiterklasse weltweit eine Atempause, die sie nutzen kann, um den Weltimperialismus zu stürzen.

1976 wurde wieder ein antisowjetischer Kriegskurs gestartet unter dem religiös-fanatischen Demokraten Jimmy Carter. Carter begann eine heuchlerische und rassistische antisowjetische „Menschenrechts"kampagne. Unter seiner

Fortgesetzt auf Seite 10



Culver Pictures

Befreite Sklaven des Freiwilligenregiments Nr. 1 von South Carolina kämpfen gegen die Konföderierten im amerikanischen Bürgerkrieg bei Doboy River in Georgia

US-Kapitalismus...

Fortsetzung von Seite 9

Regierung fing die Bourgeoisie an, den Lebensstandard der Arbeiter hinunterzutreiben. Sie entfesselte rassistischen Terror gegen Schwarze und andere Minderheiten, begann eine brutale Kampagne gegen die Abtreibungsrechte der Frauen. Sie entfachte die Flammen des Antisowjetismus als Reaktion auf die progressive Intervention der Sowjetunion in Afghanistan gegen religiös-fanatische Mullahs, die vom CIA unterstützt werden und die Frauen hassen. Es war der Rassist Jimmy Carter und seine Demokratische Partei, die den Weg bereiteten für Ronald Reagan, mit ihrer Politik, die Gewerkschaften zu zerstören. Reagan beschleunigte diese brutalen Angriffe auf die Arbeiterbewegung und auf Minderheiten mit voller Kraft.

Im letzten Jahrzehnt haben die amerikanischen Herrscher den antisowjetischen Kriegskurs vorangepeitscht, um das sogenannte Vietnam-Syndrom zu überwinden. Und dieses Syndrom besteht darin, daß eine beträchtliche Anzahl von Amerikanern eben keine langdauernden blutigen Kriege haben möchte, die dann auch noch verloren gehen. Und jetzt inszeniert der arrogante und bluttriefende US-Imperialismus Invasionen und Bombenangriffe gegen kleine nicht-weiße Länder von Grenada über Libyen bis Panama. Die Invasion des US-Imperialismus vor kurzem in Panama hinterließ über 2000 Tote, als verzweifelte arme Panamesen zu Tode gebombt und erschossen wurden, darunter viele Schwarze.

„Sozialismus in einem Land": Dogma der Niederlage

Die amerikanischen Herrscher starten jetzt Provokationen gegen Kuba. Wir Trotzkisten verteidigen Kuba gegen den Imperialismus und wir wissen, daß seit 1917 das Hauptziel der herrschenden Klasse dasselbe geblieben ist: Die Rückeroberung der Sowjetunion für kapitalistische Ausbeutung. Die Sowjetunion ist der Geburtsort der Oktoberrevolution, die 1917 von den Bolschewik! geführt worden ist. Die Beschwichtigungspolitik von Gorbatschow und der Kremlbürokratie gegenüber dem Imperialismus hat diesen nur ermutigt. Ihr Programm hat zu neuen blutigen Verrätereien geführt in Afghanistan, Nicaragua, Kambodscha und jetzt auch in der DDR. Es ist das gleiche Programm der Niederlagen, das Stalin und Bucharin befürwortet haben. Dieses reaktionäre Programm ist utopisch, arbeiterfeindlich und antiinternationalistisch. Als eine „Theorie" dient es der Rechtfertigung von Privilegien und der Herrschaft einer nationalistischen parasitären Bürokratenkaste, die der Arbeiterklasse die politische Macht geraubt hat.

Dieses Programm vom „Sozialismus in einem Land" ist eine Lüge, die nur sich selbst dient, und eine Ablehnung des bolschewistischen Programms von internationaler Revolution. Und das ist noch nicht alles: Nachdem Hitler 1933 an die Macht kommen konnte, ohne daß auch nur ein Schuß abgegeben wurde, warf sich die stalinisierte Komintern, erschreckt durch die blutigen Resultate ihres kriminellen Sektierertums, der arbeiterfeindlichen Strategie der Volksfront in die Arme. Historisch ist das allgemein das Programm gewesen für blutige kapitalistische Konterrevolution.

Dieses antirevolutionäre menschewistisch-stalinistische Programm wurde verabschiedet auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935, den Trotzki den Liquidationskongreß nannte. Dieses Programm stützt sich auf Bündnisse der Klassenzusammenarbeit mit den sogenannten demokratischen, friedliebenden Bourgeoisien des Westens und in den Kolonialländern. Es bedeutet, die Interessen des Proletariats unterzuordnen und zu opfern und das sogenannte heilige Eigentum der Ausbeuter zu verteidigen. Dieses antimarxistische Programm hat buchstäblich Ströme von Blut von Arbeitern zur Folge gehabt, von Spanien in den 30er Jahren über Chile in den 70er Jahren bis Indonesien in den 60er Jahren und heute.

Dieses Programm von sogenannter friedlicher Koexistenz mit dem Weltimperialismus hat bedeutet, daß allein in Indonesien 500000 Arbeiter und Bauern umgebracht wurden mit voller Unterstützung des blutigen US-Imperialismus. Und bis zum heutigen Tag versuchen wir das Leben zu retten von Mitgliedern der Kommunistischen Partei von Indonesien, die seit 25 Jahren im Gefängnis sitzen und von Hinrichtungskommandos bedroht sind.

Hier in der DDR übernahm die ehemalige SED, jetzt PDS, das gleiche klassenkollaborationistische Programm der Volksfront. Es war Modrow, der mit der Losung „Deutschland, einig Vaterland" herauskam, nachdem Gorbatschow das grüne Licht dafür gegeben hatte. Und Gysi hat in der Volkskammer dafür gestimmt, Sozialismus aus der Verfassung zu streichen, zusammen mit Kohl, der SPD und anderem nationalistischen Dreck. Und jetzt steht die Konterrevolution vor der Tür. Wir sagen heute: Hände weg von der PDS, und für ein Ende der antikommunisti-

sehen Hexenjagd auf die RAF, und wir sagen, daß diejenigen, die die Errungenschaften des Arbeiterstaats verteidigen wollen, von der Bourgeoisie und ihren Lakaien brechen müssen.

Blutige Geburt und Todeskampf des Kapitalismus

Die Stalinisten und Sozialdemokraten und ihre Kumpane sind davon überzeugt, daß Kapitalismus auf ewig notwendig sei. Aber Kapitalismus gibt es seit beinahe 500 Jahren und er ist regelmäßig geplagt worden von periodischen Krisen der Überproduktion. Von Massenarbeitslosigkeit, imperialistischen Kriegen, Armut, Elend und Ausbeutung. Was Marx ironisch die rosige Dämmerung der kapitalistischen Produktion nannte, war begleitet vom Handel mit Menschenfleisch, von Völkermord an den Indianern und vom Plündern von Indien. Der Betrug und die Gewalt, die notwendig waren zur Errichtung des Kapitalismus, waren ein organischer Teil der Anfänge von primitiver kapitalistischer Akkumulation.

Heute verfolgen die westdeutschen Kapitalisten mit aller Macht primitive kapitalistische Akkumulation in Osteuropa. Die Bourgeoisie möchte, daß die Arbeitskraft genauso eine Ware wird wie Fabriken, Rohstoffe und Gebäude. Die Bosse werden euch zu Tode schuften lassen, während sie von eurer rastlosen Arbeit profitieren. Wir dürfen nicht zulassen, daß das geschieht.

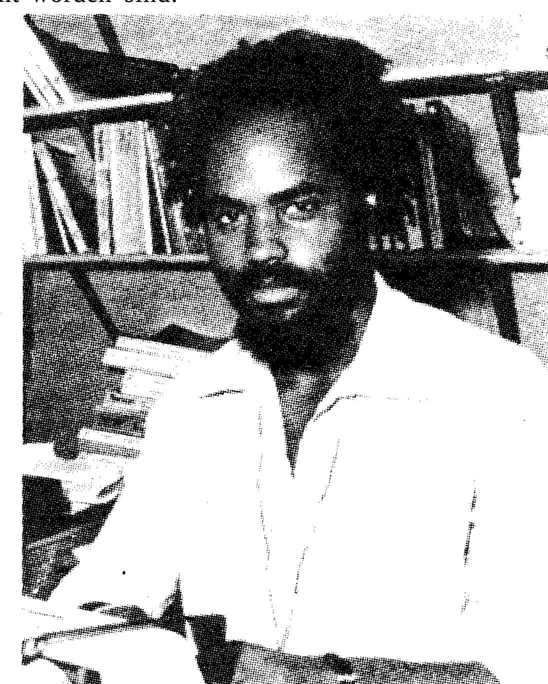
Unter dem System des Privateigentums ist das Einzige, was du hast, deine Arbeitskraft, um sie an den Höchstbietenden zu verkaufen. Das nennen die Kapitalisten „Freiheit". Jedesmal, wenn die Wörter „Freiheit", „Demokratie" oder „Gleichheit" von ihren Lippen fallen, dann paßt auf, denn alles, was sie auf Lager haben, ist, wie sie am besten neue Ketten schmieden und die alten noch fester anziehen können. Als Eigentümer und Monopolisten der Produktionsmittel werden sie alles sagen und tun, solange nur diese Profite reinkommen. Sobald das System des heiligen Privateigentums der Bourgeoisie bedroht war von proletarischer Revolution, haben sie sich an den Faschismus gewandt, und sie werden es auch weiter tun, um als Klasse überleben zu können.

Die Gründungsväter der amerikanischen Republik waren Sklavenhalter. Der amerikanische Bürgerkrieg hatte zum Ergebnis, daß die industriellen Kapitalisten des Nordens triumphierten und die Macht der Sklavenhalter im Süden gebrochen wurde. Dieser Sieg wurde dadurch erreicht, daß über 200000 schwarze Sklaven bewaffnet wurden, und ihre Rekrutierung in die Armee der Union brachte die Wende gegen die Konföderierten, nach einer Periode, in der die Lincoln-Regierung erst gezögert hatte.

Der amerikanische Kapitalismus ist sterbenskrank und die rassistischen Herrscher sind in zunehmendem Maße parasitär und barbarisch. Der US-Imperialismus ist das größte Schuldnerland der Welt. Vor zweieinhalb Jahren krachte die Wall Street und beinahe wäre ihr der Boden unter den Füßen weggerissen worden. Die Kapitalisten haben die Schlüsselindustrien in Grund und Boden getrieben, heruntergewirtschaftet. Es gibt drei Millionen Arbeitslose, drei Millionen Obdachlose, die durch die Straßen ziehen und nach etwas Eßbarem Ausschau halten und nach einem Platz, wo sie schlafen können.

Letzten Monat hat der kapitalistische Bundesgerichtshof in New York entschieden, daß es verboten ist, in der U-Bahn zu betteln. Und in San Francisco ist die sogenannte liberale, progressive, demokratische Verwaltung vor Gericht gezogen, um Leute daran zu hindern, nachts im Auto zu schlafen.

Während sie die Gelder geben für ihr Star-Wars-Programm, um eine Erstschlag-Kapazität zu haben, mit der sie die Sowjetunion von der Landkarte auslöschen können, werden die Massen immer hungriger, schlecht gekleidet, verzweifelt und in den Wahnsinn getrieben. Wage bloß nicht, krank zu werden in der heutigen Zeit. 37 Millionen Amerikaner haben keinerlei Gesundheitsfürsorge. Eine Menge Leute sterben heute, weil viele Krankenhäuser dichtgemacht worden sind.



Mumia Abu-Jamal 1980

Die Aids-Epidemie heute tobt besonders unter Schwarzen und Spanischsprechenden. Und die kapitalistische Regierung kürzt Wissenschaftlern die Mittel, so daß sie keine Heilungsmethoden entwickeln können. Und sie verweigern den Drogenbenutzern saubere Nadeln, weil sie wollen, daß diese Menschen sterben. Wenn du eine Frau bist, die eine Abtreibung will, oder Krankenhauspersonal, das ihr beisteht, dann droht dir vom Staat sanktionierter Terror von Seiten der Anti-Abtreibungs-Terroristen und Heuchler. Diese frauenfeindlichen Verrückten haben die Unterstützung von Bush, von vielen kapitalistischen Politikern und von der katholischen Kirche. Frauen im bürgerlichen Amerika wird gleicher Lohn wie für Männer und die Gleichheit vor dem Gesetz verweigert, und sie unterliegen besonderer Unterdrückung.

Das kleine Kuba hat mehr Kinderstagestätten als die USA. Frauen aus der Arbeiterklasse und von Minderheiten haben besonders zu leiden unter den imperialistischen Herrschern. In den Gegenden, wo Minderheiten wohnen, ist die Kindersterblichkeit in den USA etwa so hoch wie in Dritte-Welt-Ländern. Und gegen die schwarze Bevölkerung wird Völkermord begangen. Das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm, das vielen alleinstehenden Frauen einfach das Arbeitslosengeld wegnimmt und sie zu Jobs zwingt, die im Grunde Sklavenarbeit sind, die also überhaupt keine richtige Arbeit bedeuten, dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm verurteilt sie und ihre Babys zum Tode.

Rassistischer Alltag in Amerika

Auf der Straße im kapitalistischen Amerika ist die Polizei in zunehmendem Maß Richter, Geschworene und Scharfrichter in einem. In der Vergangenheit erinnerten die Gettos und die Barrios — die hispanischen Viertel — an das, was Marx die Reservearmee der Arbeitslosen nannte.

Fortgesetzt auf Seite 12

US-Kapitalismus...

Fortsetzung von Seite 11

Heute stimmt selbst das nicht mehr, nur ein Viertel der schwarzen Jugendlichen zwischen 16 und 24 kann Arbeit finden. Der amerikanische Kapitalismus hat die Innenstadtviertel praktisch in Konzentrationslager verwandelt, die unter der Besetzung der rassistischen Polizei stehen, und diese Polizei schießt erst und fragt später. Die rassistische Polizei schießt besonders Jugendliche, die Minderheiten angehören, wie Hunde nieder. Die Polizei ist in allen kapitalistischen Ländern der bewaffnete Arm, der dazu da ist, das Eigentum der Reichen zu verteidigen. Brutaler rassistischer Mord durch die Bullen, durch die Faschisten und den rassistischen Mob ist das ungeschriebene Gesetz des Landes.

Wenn es heute eine klassenkämpferische Führung in den amerikanischen Gewerkschaften gäbe und eine revolutionäre Führung von Schwarzen, würde sie Zehntausende von Arbeitern und Minderheiten mobilisieren und führen im Kampf um die Macht, damit jeder auf der Straße sicher sein kann. In den USA ist das eine dringende Aufgabe. Nur die Bourgeoisie profitiert davon, wenn Schwarze und Weiße gegeneinander gestellt werden im Kampf um ein Stückchen von dem immer kleiner werdenden Kuchen. Nur die Ausbeuter können gewinnen, wenn die Arbeiterklasse auf die Lüge und das Gift hereinfällt, das von der rassistischen Gewerkschaftsbürokratie verbreitet wird, daß Ausländer die Arbeitsplätze von Einheimischen stehlen. Aber genau dieses Gegeneinanderstellen hat dazu geführt, daß in New York Schwarze Vietnamesen und Koreaner angegriffen haben, sie geschlagen und übel zugerichtet haben und ihre Geschäfte boykottierten.

Wirkliche Kommunisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte und für Gewerkschaftsrechte für ausländische Arbeiter. Hier in der DDR steht die Spartakist-Arbeiterpartei an vorderster Front im Kampf für Polen, Mozambikaner, Vietnamesen und Kubaner. Und das steht in scharfem Gegensatz zu der rassistischen Arbeiterbürokratie und ihren sozialdemokratischen Lakaien.

Rettet Mumia Abu-Jamal! Nieder mit der Lynchjustiz!

Heute führen die USA die „Freie Welt" an in bezug auf Hinrichtungen. Seit 1976, als der Oberste Gerichtshof die Todesstrafe wieder einführte, sind über hundert Gefangene umgebracht worden. Die Todesstrafe in den USA ist institutionalisierter rassistischer Mord. Eine hohe Anzahl von denjenigen, die im Gefängnis umgebracht worden sind, waren Schwarze. Schwarze, die zwölf Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen über vierzig Prozent von denen, die jetzt in 37 Staaten in der Todeszelle sitzen. Ein Schwarzer, der einen Weißen umbringt, wird mit vierfach höherer Wahrscheinlichkeit hingerichtet als eine Weißer, der einen Schwarzen umbringt.

Diese rassistischen legalen Lynchmörder in schwarzen Roben haben jetzt Mumia Abu-Jamal in ihren Fängen. Seine schwere Lage symbolisiert den barbarischen rassistischen Charakter der Todesstrafe. Jamal ist ein ehemaliger Black Panther und ein Unterstützer der schwarzen MOVE-Organisation, die gegen das Establishment ist. Und er ist ein prominenter schwarzer Journalist, der in Philadelphia als die „Stimme der Entrechteten" bekannt ist. Jamal sitzt in der Todeszelle wegen seiner politischen Anschauungen und wegen seiner Hautfarbe.

Seine Mitgliedschaft in der radikal-nationalistischen Black Panther Party und seine Verteidigung von MOVE haben ihn in den Augen der rassistischen Polizei in einen toten Mann verwandelt. Unser Kampf, das Leben dieses mutigen Gefangenen des Klassenkriegs zu retten, ist dringend und bekommt international mehr und mehr Unterstützung. Eure Unterstützung ist lebenswichtig und die kommende internationale Protestwoche ist entscheidend, um das Leben von einem von uns zu retten.

Diejenigen Black Panther, die die Regierung nicht umbringen konnte, wie Jamal und Geronimo Pratt, haben sie in die Todeszelle oder für Jahre ins Gefängnis gesteckt. Pratt hat im Gefängnis gesessen für ein Verbrechen, das er gar nicht begangen haben konnte und auch nicht begangen hat. Man könnte ihn Amerikas Nelson Mandela nennen, ehe Nelson Mandela freigelassen wurde. Ende der 60er Jahre hat das FBI der US-Regierung im Rahmen des Counter-Intelligence-Program 38 Black Panther umgebracht, davon zwei, die einfach nachts im Schlaf erschossen worden sind.

Im Mai 1985 hat die Polizei von Philadelphia, hat der schwarze Demokraten-Bürgermeister Wilson Goode, im Zusammenspiel mit dem FBI, die schwarze MOVE-Gemeinde bombardiert und elf Schwarze — Männer, Frauen und Kinder — zu Tode verbrannt. Das war die blutige Unterschrift der Reagan-Jahre. Dieses rassistische Massaker war dazu bestimmt, eine Botschaft an Schwarze, Linke und die Arbeiterklasse zu schicken: bleibt, wo ihr seid, oder ihr kommt als Nächste dran. Die Spartacist League hat dieses Verbrechen aufs Schärfste verurteilt und hat zur Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen aufgerufen, um gegen dieses Verbrechen zu protestieren. Und um dieses rassistische Verbrechen ins Gewissen der amerikanischen Arbeiterklasse einzubrennen. Die einzige erwachsene Überlebende bei diesem Massaker, Ramona Afrika, wurde ins Gefängnis geworfen, ganz einfach, weil sie überlebt hat.

In den letzten zehn Jahren haben die Spartacist League, das Partisan Defense Committee und die Labor Black League Zehntausende von Schwarzen, Jugendlichen, Arbeitern, Schwulen, Juden und anderen mobilisiert. Wir haben den faschistischen Ku Klux Klan gehindert, in den großen Städten aufzumarschieren und sein Programm des Völkermords durchzuführen. Diese bescheidenen exemplarischen Aktionen repräsentieren im Keim den Kampf um die Macht und für eine kommunistische Zukunft.

Für revolutionären Internationalismus!

Um zum Schluß zu kommen, möchte ich sagen, um hier in der DDR für die Verteidigung der Errungenschaften der Frauen, der Jugendlichen, aller, die schwer arbeiten, zu kämpfen, muß man für die Ausweitung dieser Errungenschaften kämpfen. Das ist es, was Trotzkismus, der revolutionäre Marxismus in der Aktion bedeutet. Ihr hier in der DDR, arbeitende Menschen und andere, ihr seid nicht allein im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist notwendig, eine politische Revolution durchzuführen von Moskau über Peking bis Hanoi, um die parasitäre stalinistische Bürokratie überall rauszuwerfen. Und sie zu ersetzen durch die demokratische Herrschaft der Arbeiterklasse, d. h. Rätedemokratie. Das wäre der Weg für ein vereinigtes Rätedeutschland und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Laßt uns jetzt damit anfangen, die Partei zu schmieden, eine leninistisch-egalitäre Partei im Geiste von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki. Eine Weltpartei der sozialistischen Revolution. Eine wiedergeborene trotzkistische Vierte Internationale. Werdet bei uns Mitglied und laßt uns zusammen die Welt verändern. Danke.«

Persischer Golf...

Fortsetzung von Seite 1

sind. Aber die Kohl-Regierung hat klar gemacht, daß sich die Bundesmarine im Falle einer Zustimmung durch die UNO direkt an der Strangulierung des Iraks als Teil eines „Systems kollektiver Sicherheit" beteiligen wird (*Der Spiegel*, 20. August).

Wenn man an die kürzliche Vergewaltigung Panamas durch die USA denkt, dann gehört bei Bush & Co. schon eine Menge Chuzpe dazu, irgend jemanden wegen „nackter Aggression" zu verurteilen. Doch nach Saddam Husseins erfolgreichem Überfall auf das benachbarte Kuwait nennen sie den irakischen Führer einen „Wahnsinnigen", sogar einen „Hitler" mit größenwahnsinnigen Expansionsgelüsten. Ein Medienwirbel baute die „Gefahr" auf, daß er als nächstes versuchen könnte, jenen Stützpfeiler westlicher „Demokratie" im Nahen Osten, Saudi-Arabien, zu überfallen, wo die herrschende Familie eine wahre Freude an dem Sport hat, Frauen, Christen, Juden, Schiiten, Alkoholiker, Ehebrecher und Mormonen öffentlich hinzurichten. Sie versuchen, Amerika aufzupeitschen, damit es die Schätze der Sultane verteidigt.

Die irakische Armee hat nahezu eine Million Soldaten, die im Kampf gehärtet sind durch acht Jahre Stellungskrieg in einem schmutzigen Grenzkrieg mit Iran. Die US-Armee ist tatsächlich *kleiner* — nur 700000 Soldaten — und hat jahrzehntelang keinen ernsthafteren Gegner geschlagen als Panama und Grenada. Washingtons Prahlerei läuft auf eine Seeblockade gegen irakisch/kuwaitische Öltransporte hinaus, vielleicht auf Bombardierungen der wichtigsten irakischen Anlagen, und auf eine Verschwörung zu einem Militärputsch oder zu einem Mordanschlag auf Hussein. Es läuft auf einen Wettkampf der Willensstärke hinaus, um zu sehen, wer zuerst klein beigibt — Hussein unter dem Druck, daß der Ölverkauf unterbrochen ist, oder die Imperialisten, wenn sie sehen, wie der ÖLpreis in die Höhe schießt und die Börsen im Sturzflug nach unten gehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Japan, das von importiertem Öl weitaus abhängiger ist als die USA, schnell die dürftige „Einheit" der imperialistischen Rivalen brechen. Auf jeden Fall hat das Weltproletariat kein Interesse an Washingtons Kreuzzug. *Hände weg vom Persischen Golf! US-Stützpunkte, US-Truppen und US-Flotte, haut ab und bleibt weg! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer!*

Angekündigt wird es als „der erste Krieg nach dem Kalten Krieg". Der russische Bär lauert nicht mehr hinter jedem „regionalen Konflikt". Der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichnete mit Außenminister Baker eine gemeinsame Erklärung, die den irakischen Überfall verurteilt. Und Moskau erörtert sogar die Beteiligung an einer Seeblockade „unter der Fahne der UNO". Aber dieser imperialistische Raubzug im Nahen Osten stellt für die UdSSR eine ernste Gefahr dar — und für den Rest der Welt. Jetzt droht Gorbatschow offen damit, militärische Sanktionen durch die UNO zu unterstützen (siehe den Brief der IKL an die sowjetischen Botschaften).

Hier im Lande borgt sich *Neues Deutschland* seine Überschriften über den Irak bei der Springer-Presse aus: „Weltweite Empörung über die Aggression in der Golfregion". Und *ND* predigt, „Empörung ist ein zu geringes Wort, will man die Reaktion auf Iraks Aggression gegen Kuwait beschreiben" (3. August). Jetzt, wo die imperialistische „Empörung" sich in einem massiven Militäraufmarsch im Golf niedergeschlagen hat, bezieht die PDS eine „ausgewogenere Haltung" und appelliert an die „Kräfte im Sicherheitsrat, in der Organisation der Vereinten Nationen und im arabischen Raum, die den Aggressor verurteilen, Sanktionen unterstützen, aber ein ständiges Anheizen der Spannungen ablehnen" (*ND*, 23. August).

Inzwischen ergötzen sich die zionistischen Herrscher von Israel daran, daß Araber Araber töten, und präsentieren sich als der starke militärische Arm, mit dem der westliche Imperialismus Saddam Hussein „bestrafen" kann. Vor ein paar Monaten gab es einen weltweiten Aufschrei der Empörung, als der starke Mann des Irak schwor, einen israelischen Angriff damit zu vergelten, daß er mit chemischen Waffen „halb Israel niederbrennt" (deren Fabrikationsanlagen dem Weltmarktführer, der BRD, zu verdanken sind). Doch als letzte Woche ein Minister des israelischen Kabinetts sagte, sie hätten genug C-Waffen, um den Irak zu verwüsten, und als man in Tel Aviv Gasmasken auszuteilen begann — nicht ein Piep von der Presse.

Jetzt hat Y. Mehnan, ein israelischer Publizist mit guten Verbindungen, in der *New York Times* vom 6. August angedeutet, daß sein Land die Atombombe auf Bagdad abwerfen könnte. Der israelische Ministerpräsident Shamir sagt: „Wir haben es mit einem Verrückten zu tun." Gerade er muß das sagen. Seit einiger Zeit freuen sich die zionistischen Verrückten auf einen Nahostkrieg, um einen Vorwand zu haben, die Palästinenser aus der besetzten West Bank zu vertreiben. Die Übernahme von Kuwait durch Hussein könnte als Vorwand dienen zu völkermörderischen Angriffen auf die Palästinenser. *Israel raus aus den besetzten Gebieten!*

Nieder mit den Scheichs! Nieder mit den Obristen! Für Arbeiterrevolution!

Das Geheule zu hören, das jetzt wegen der „Geiseln" aus Washington kommt, ausgerechnet aus dem Mund derer, die die KAL-007-Spionageprovokation gegen die Sowjetunion organisiert haben und damit zynisch mehr als 200 unschuldige Zivilisten in den Tod geschickt haben, ist mehr als heuchlerisch. Durch ihre Drohung, den Irak auszuhungern und in die Steinzeit zurückzubomben, sind es die Kriegstreiber des Pentagon, die Bürger der USA und des Westens im Irak und in Kuwait in Gefahr gebracht haben. Zur gleichen Zeit ist Husseins Benutzung von Ausländern als „menschliches Schutzschild" für wahrscheinliche Militärziele nicht nur inhuman, sondern auch dumm, denn sie schwächt die Mobilisierung von Werktätigen im Westen gegen ihre eigenen imperialistischen Herrscher.

„Es geht ums Öl. Kapiert? Öl, lebenswichtige amerikanische Interessen", lautete die vertrauliche Mitteilung eines „höheren Beamten der USA" an die *New York Times* (4. August). Seit den 70er Jahren sind die westlichen Finanzhauptstädte besorgt darüber, daß durch einen Krieg um die Ölfelder am Persischen Golf der Zusammenbruch der Weltwirtschaft ausgelöst wird. Am Tag nach dem irakischen Überfall auf Kuwait stieg der Preis für persisches Rohöl auf 24,75 Dollar, und jetzt hat er schon mehr als 31 Dollar erreicht.

Hussein ist mit zig Milliarden Dollar an Schulden konfrontiert. Er suchte einen Weg, wie er mit vorgehaltener Pistole die Disziplin der OPEC durchsetzen und dadurch den Ölpreis wieder hochtreiben konnte. Vom irakischen Standpunkt aus war die Einnahme Kuwaits kein Wahnsinn, sondern rationale Habgier. Mit dem Erwerb von Kuwait kontrolliert Hussein jetzt 20 Prozent der Ölreserven der Welt, und die Preise schießen bereits in die Höhe.

Es wird ganz schön schwer werden, bei amerikanischen oder europäischen Werktätigen Mitleid mit dem „armen kleinen Kuwait" zu erregen. Eine künstliche Enklave aus

Fortgesetzt auf Seite 14

Persischer Golf...

Fortsetzung von Seite 13

ölgespeistem Wohlstand, hat Kuwait nur 800000 Einwohner, die von einer Monarchie regiert wurden. Diese beutete die Arbeitskraft von über einer Million „Ausländern" aus, hauptsächlich arme Araber und Asiaten, die auf den Ölfeldern schufteten. Die Ölprofite in Milliardenhöhe gaben Kuwait bei einer derart kleinen Bevölkerungsbasis eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Welt.

Der Irak der Ba'athisten ist auf seine Art barbarisch. Saddam Hussein hat die „radikale" Rhetorik des arabischen Nationalismus vom Stapel gelassen und gleichzeitig Tausende von Linken, kämpferischen Arbeitern und Mitgliedern der kurdischen Minderheit umgebracht. Eine besondere Zielscheibe des ba'athistischen Polizeistaatsterrors ist die einst starke irakische Kommunistische Partei gewesen mit ihrer Basis bei den kurdischen Ölarbeitern. Es gibt jetzt Berichte, daß irakische Kommunisten, die in Kuwait gefangengenommen wurden, nach Bagdad abgeschoben werden, wo sie mit ihrer Hinrichtung rechnen müssen.

Washington quiekt inzwischen wie ein Schwein am Spieß, und von Wall Street bis Tokio sind die Börsenkurse stark gefallen. Sogar bürgerliche Kommentatoren haben bemerkt, daß die Wirtschaft der USA in einem derart geschwächten Zustand ist, daß ein größerer Ölschock den Ausschlag geben könnte für eine schwere Rezession, wenn das nicht schon der Fall ist. Tatsächlich ist das Bankwesen in einem äußerst heiklen Zustand, wie die Krise des amerikanischen Sparkassensystems gezeigt hat.

In diesen Monat fällt der 45. Jahrestag der nuklearen Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki durch den US-Imperialismus. Hätten sie keine Furcht vor sowjetischer Vergeltung gehabt, hätten die Massenmörder des Pentagons auch Hanoi mit Atombomben verwüstet. Die USA suchen jetzt gegenüber dem Irak Rache für die erniedrigende Niederlage, die sie durch die mutigen Vietnamesen erlitten. Der Nahe Osten bleibt der Stolperdraht für einen dritten Weltkrieg. Aber diesmal hat der Kreml der Anwendung amerikanischer militärischer Gewalt gegen Irak zugestimmt, obwohl dies die Sowjetunion selbst gefährdet. Nur die revolutionäre Arbeiterklasse kann den Imperialismus entwaffnen, und nur ein weltweites sozialistisches System kann die rationale Verwendung der Ressourcen der Erde zugunsten der Menschheit sicherstellen.«

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (030) 4927866

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Mündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (040) 323644

SpAD
c/o Kultur- und
Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

Verteidigt die Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

für diese brisante Region eine Gefahr dar, sondern auch für die Sowjetunion selbst. Der amerikanische Truppenaufmarsch in der Region hat die Einkreisung der Sowjetunion durch die zutiefst feindlichen Kräfte des Imperialismus verschärft.

Bei der engstirnigen Jagd nach diplomatischen Erfolgen hat die sowjetische Regierung vor einiger Zeit einen Freundschaftsvertrag mit Saddam Hussein abgeschlossen, mit dem Schlächter von Tausenden von kämpferischen Arbeitern, Mitgliedern der Kommunistischen Partei und Angehörigen der kurdischen Minderheit. Aber jetzt, wo der Irak wirklich durch den Imperialismus bedroht wird, unterstützt die sowjetische Regierung die UNO-Sanktionen gegen den Irak und scheint gewillt zu sein, mit den Kriegstreibern aus dem Weißen Haus zu „kooperieren". Das ist ein Verrat an den Interessen des sowjetischen Staats und der Werktätigen der Sowjetunion und der ganzen Welt.

Die IKL (VI) glaubt, daß die Arbeiter aller Länder gegen einen schmutzigen Krieg sind, den reaktionäre Scheichs und Obersten wegen der Ölfelder gegeneinander führen. Wir haben jedoch ein großes Interesse an den Profiten, die den Ölarbeitern vom Persischen Golf bis zur Nordsee und zum Golf von Mexiko abgepreßt werden: unser Interesse ist es, daß dieser Reichtum den Werktätigen der ganzen Welt zugute kommt. Wir sagen: USA raus aus dem Persischen Golf! Wir Trotzkisten, die wir zur Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats gegen den Weltimperialismus stehen, verlangen, daß die Sowjetunion ihr Waffenembargo gegen den Irak aufhebt und ihren früheren Verbündeten in Bagdad die Waffen schickt, die sie brauchen, um Washingtons Griff nach dem Öl abzuwehren.

Die sowjetische Regierung kämpfte bis zum äußersten, mit Erfolg, um die Ölfelder von Baku nicht in die Hände der Imperialisten kommen zu lassen. Wir sollten in der gegenwärtigen Situation energische Maßnahmen ergreifen.

Mit brüderlichen Grüßen

Helene Brosius, Internationales Sekretariat der IKL

Kopie an: Armeegeneral B. W. Snetkow, Oberkommandant der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, Zossen-Wünsdorf

Briefwechsel...

Fortsetzung von Seite 2

Land", d. h. Revolution in keinem anderen, diametral entgegengesetzt.

Aus der PDS bin ich ausgetreten, weil auch diese Partei Klassenkampf und Imperialismus in Anführungszeichen setzen möchte, um sich der Bourgeoisie anzubiedern. Pseudopazifisten, die „friedliche Koexistenz" mit dem Imperialismus predigen, entwaffnen nur die Werktätigen und Unterdrückten. Die Arbeiterklasse im Osten und Westen vom Würgegriff ihrer versöhnlerischen Führung zu befreien, damit endlich die Werktätigen gewinnen und entscheiden zugunsten der Menschheit, ist unsere Aufgabe.

Dazu brauchen wir eine revolutionäre Avantgardepartei, die proletarisch und internationalistisch ist, um den Imperialismus *global* auf den Müllhaufen der Geschichte zu schmeißen. Nur dadurch können wir wirklich die Imperialisten abrüsten und die Tür zum Sozialismus öffnen.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf N., SpAD

Roma und Cinti...

Fortsetzung von Seite 16

Existenzminimum. Familien mit mehreren Kindern können einfach nicht mit einem Einkommen auskommen, ganz zu schweigen von Arbeitslosenunterstützung." Er zitiert einen Sozialarbeiter in Budapest: „Etwa ein Drittel meiner Klienten suchen einen Job... Oft werden sie nur gefeuert, weil sie von Zigeunern abstammen."

Gleichzeitig kündigte die „Regierung" der DDR an, daß sie das „Ausländergesetz" des westdeutschen Imperialismus übernehmen will. Seit dem 1. Juli sind es die Grenzen *nach Osten,* die für „Unerwünschte" abgeriegelt werden; Hunderte von Roma wurden an der Grenze mit der CSFR zurückgewiesen. Am 3. August wurde ein Roma-Lager nahe Cottbus „aufgeräumt".

Als die DDR unter stalinistischer Herrschaft stand, wurden Treffen von Cinti, sogar Bücher über die Nazi-Verfolgung von Roma und Cinti vereitelt, wie ein Brief an *Neues Deutschland (28.129.* Juli) von Reimar Gilsenbach zeigt. Er stellt weiter fest, daß die „Richtlinie für die Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes" für Cinti restriktiver war als für Juden. Trotzdem wurde 1949 allen in der DDR lebenden Cinti die Staatsbürgerschaft verliehen. In Westdeutschland erhielt die große Mehrheit der Roma und Cinti weder Entschädigung noch Staatsbürgerschaft!

Die nomadische Lebensart, die soziale Organisation in Sippen und die Konzentration von Roma und Cinti in handwerklichen Gewerben machte sie verdächtig im „Sozialismus in einem Land". So drehte Stalin die Bemühungen zurück, die seit der Oktoberrevolution 1917 unternommen wurden, die nationalen Rechte dieses Volkes anzuerkennen und seine kulturelle Entwicklung zu fördern, einschließlich einer Schriftsprache Romani. Diese befreiende Tradition der Bolschewik! haben wir im Auge, wenn wir gegen die kapitalistische Barbarei im Vierten Reich kämpfen.

Jetzt richtet das entstehende Vierte Reich seine Angriffe mit besonderer Brutalität gegen die am meisten Unterdrückten, um Schlag für Schlag gegen die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse vorzugehen. Rassismus dient immer dem imperialistischen Prinzip „Teile und Herrsche". Es ist das ureigenste Interesse der Arbeiterbewegung, die Verteidigung der Roma und Cinti und aller eingewanderten Arbeiter gegen Angriffe der Nazis und des bürgerlichen Staats, ob CDU/CSU- oder SPD-geführt, zu organisieren.

Das Komitee für soziale Verteidigung veröffentlichte anläßlich der rassistischen Akte gegen die Roma eine Protesterklärung, die wir nachfolgend abdrucken. Das Komitee für soziale Verteidigung ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, deren Zweck den politischen Ansichten der SpAD entspricht.

An den saarländischen Ministerpräsidenten
und Kanzlerkandidaten der SPD
Oskar Lafontaine, Saarbrücken

An den Senator für Inneres
Peter Sakuth (SPD), Bremen 6. August 1990

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) protestiert schärfstens gegen die grausame Eskalation der rassistischen Verfolgung und Abschiebung von Roma in den von der SPD regierten Bundesländern Bremen und Saarland. Wir rufen die gesamte Arbeiterbewegung und alle, die für Bürgerrechte eintreten, auf, sich unserem Protest anzuschließen. Ekrem Imer wurde aus der Bremer Ausländerbehörde verschleppt und abgeschoben, während er versuchte, den bürokratischen Auflagen Folge zu leisten. Damit soll demonstriert werden, daß auch im „liberalen" Bremen kein Immigrant oder Asylbewerber sicher ist vor willkürlicher und direkter Abschiebung.

Die Regierung des Saarlands versucht, Asylbewerber zu *Untermenschen* zu reduzieren, indem sie sie in das überfüllte Konzentrationslager in Lebach pfercht. Als Möchtegern-Kanzler eines neuen deutschen Reichs weidete sich Lafontaine an seinem „Erfolg", Hunderte von Roma aus Lebach vertrieben zu haben, indem er gnadenlos ihre mageren Rationen zusammenstreichen ließ und eine rassistische Hetze in der Bevölkerung des Orts entfachte. So sieht Lafontaines „Asylpraxis ändern" in der Wirklichkeit aus: er will die „Abschreckungspolitik" der CDU noch rechts überholen.

Mit dem Feldzug, ein neues deutsches Reich zu schaffen, werden diese Opfer des Völkermordes des Dritten Reichs wieder mit Gestapomethoden verfolgt. Jetzt versucht die deutsche herrschende Klasse, die lange aufgeschobene Revanche zu nehmen an den „minderwertigen slawischen Völkern" der UdSSR, die das Nazireich zerschlagen und das Junkertum und die Bourgeoisie von Auschwitz enteignet haben. Weil sie im Moment nichts gegen die Russen tun können, möchten sie sich ersatzweise an DDR-Funktionären, Roma und anderen Minderheiten aus dem Osten rächen. Dabei ist die SPD die Speerspitze des deutschen Revanchismus. Das Klima, das sie schürt, hat dazu geführt, daß Rassisten Geld sammeln, um Nazi-Skinhead-Banden zu rekrutieren und zu bewaffnen, um Roma, Cinti und andere Minderheiten anzugreifen. Wir erinnern uns daran, daß die Zustimmung zu Hitlers erstem Militärbudget der SPD weder deren Reichstagssitze gerettet noch sie vor den Nazistiefeln bewahrt hat.

- Nein zu Abschiebung und Abschreckungspolitik!
- Volle Staatsbürgerrechte für alle Cinti und Roma und alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien!
- Entschädigung für die Opfer des Nazi-Völkermords statt für die Täter!
- Für Arbeiter/Immigranten/Asylanten-Mobilisierungcn, um den faschistischen Terror zu stoppen!

Werner Brand für das KfsV

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,--
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre *„Marktsozialismus" in Osteuropa*

Name ____________________

Adresse ____________________

____

Telefon ____________________

Sp 75

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 0655
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 11988-601

SPARTAKIST

Hände weg von Roma und Cinti! Volle Staatsbürgerrechte!

Lafontaine schürt Pogromhetze

Von Bayerns CSU-Innenminister Stoiber über den Westberliner CDU-Vorsitzenden Diepgen bis zum SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine heißt es „Deutschland, einig Vaterland" — einig gegen Roma und Cinti, die vor Verfolgung in Osteuropa fliehen. Unverhüllter kann sich das Vierte Reich kaum ankündigen.

Die SPD-regierten Länder haben jetzt in der rassistischen Verfolgung von asylsuchenden Roma und Cinti die Führung übernommen. Am 25. Juli schob das „liberale" Bremen den staatenlosen Roma Ekrem Imer nach Jugoslawien ab. Alle 150 in Bremerhaven lebenden Roma, die vor den nationalistischen Auseinandersetzungen in der jugoslawischen Provinz Kosovo geflohen waren, sind von Abschiebung bedroht.

In Lebach, wo sich das zentrale saarländische Aufnahmelager befindet, wurden 2500 Menschen in ein Lagergetto eingepfercht, das nur für halb so viele eingerichtet war. In Lebachs Stadtrat vereinigten sich die Parteien, um eine rassistische Erklärung gegen „asoziale" und „unzivilisierte Zigeuner" herauszubringen und die Pogromstimmung anzuheizen. Ministerpräsident Lafontaine ließ selbst die Auszahlung der mageren Sozialhilfe einstellen, stattdessen werden nur noch „Naturalien" ausgegeben. Auch Nordrhein-Westfalen plant, diese Praxis zu übernehmen, die bisher nur in den CDU-regierten Ländern durchgeführt wird.

In Bonn mobilisiert das wütende Kleinbürgertum mit einer „Bürgerwehr" gegen die Roma. Die Stadtverwaltung hat für sich selbst private „Sicherheitsposten" angeheuert, die die Schlangen vor dem Ausländer- und Sozialamt überwachen. Inzwischen mußten etwa 80 der Roma in einem fensterlosen Wehrmachtsbunker schlafen, wo sie jeden Tag brutal „desinfiziert" werden.

„Seuchengefahr", „Asoziale": Dies ist die Sprache des Dritten Reichs. Unter solchen Vorwänden wurden Cinti und Roma zusammengetrieben und aus Berlin deportiert, um die Stadt für die Olympiade 1936 „vorzubereiten". Unter solchen Vorwänden wurden sie 1939 aus ganz Deutschland in Sammellager verschleppt, 1940 nach Polen deportiert und schließlich in Auschwitz vergast.

In Ostberlin griff am 28. Juli eine rassistische Skinhead-Bande mehrere Hundert rumänische Roma und Türken aus Bulgarien an, die im Hauptbahnhof übernachteten. Beim darauffolgenden Einsatz trieb die „Volks"polizei die *Opfer* dieses Naziüberfalls mit Schlagstöcken aus dem Bahnhof und warf ihre Gepäckstücke hinterher. Die PDS, die am liebsten mit Leuten wie Lafontaine eine „linke Opposition" in Deutschland aufbauen möchte, ruft schon lange danach, daß die Polizei aktiver für „Ordnung" sorgen soll. Es ist daher nur konsequent, daß *Neues Deutschland* zu diesem blutigen Zusammenspiel von Skinheads und Polizei unter der Überschrift „Randale auf Hauptbahnhof' lakonisch feststellte: „Durch wiederholten Polizeieinsatz wurde der Bahnhof bis 4 Uhr geräumt".

Diese hochgepeitschte rassistische Welle führte auch dazu, daß in Essen Anwohner eines Flüchtlingswohnheims Skinhead-Faschisten dafür bezahlten, die Bewohner zu überfallen und zu terrorisieren (*taz*, 4. August).

Lafontaine paßt sich nicht einfach an hysterische Spießbürger an, um Stimmen zu sammeln. Und es hat sich auch nicht ein „europäischer" Dr. Jekyll plötzlich in einen deutsch-chauvinistischen Mr. Hyde verwandelt. Lafontaine hatte immer versucht, sich an die Spitze der „Friedens"bewegung zu stellen, indem er besonders auf „deutsche Souveränität" pochte.

Lafontaines Kampagne gegen „Asylmißbrauch" richtet sich direkt gegen den Artikel 16 des Grundgesetzes, der (wenigstens auf dem Papier) Asyl für die Opfer politischer Verfolgung garantiert, weil für die SPD feststeht, daß es im „demokratischen" Osteuropa von heute keine rassistische oder nationalistische Verfolgung gibt. Flüchtlinge vor dem stalinistischen Regime in Albanien sind natürlich ausgenommen, was nur diese sozialdemokratische, antikommunistische „Regel" beweist. So ist die rassistische Politik des Bremer Senats verbunden mit der Bereitschaft, 400 albanische Flüchtlinge aufzunehmen.

In Wirklichkeit hat der Zerfall der stalinistischen Regime eine Wiederkehr des alten chauvinistischen, faschistischen und antisemitischen Drecks mit sich gebracht, und die Roma und Cinti sind unter den ersten Opfern. In Rumänien, wo die Roma nach den Ungarn die zweitgrößte nationale Minderheit stellen, führt die sinistre Vatra Romanesca die Tradition der Faschisten der Eisernen Garde fort, Pogrome gegen nationale Minderheiten zu organisieren. Ein Manifest von Vatra Romanesca ruft zum „blutigen Kampf" auf gegen „asiatische Hunnen, Zigeuner und andere Vagabunden", die den „heiligen Boden" Rumäniens „besudelt" haben (*Frankfurter Rundschau*, 12. April).

In der Ex-CSSR, die beginnt, in ihre tschechischen und slowakischen Bestandteile zu zerfallen, ereignen sich fast täglich rassistische Angriffe auf Roma in Nordböhmen. Havels Polizei sieht untätig bei Pogromen zu, wie dem direkt in Prag am 1. Mai, das von einem Haufen von 200 Skinheads und Punks organisiert war. In der Slowakei wird die völkermörderische Praxis der Zwangssterilisierungen von Roma-Frauen, die vom alten stalinistischen Regime betrieben wurde, von den neuen, „demokratischen" Nationalkomitees weiter empfohlen. Dies ist nicht überraschend, wo gerade Monsignore Tiso, der klerikalfaschistische Häuptling von Hitlers slowakischem Marionettenregime, als ein Nationalheld rehabilitiert wird! Der tschechoslowakische Bundesstaat hat jetzt seine Grenzen für Roma aus Ungarn geschlossen, wo es ebenfalls Skinhead-Angriffe gegen sie gab.

Ungarn illustriert die zusammentreffenden Auswirkungen von Inflation und Arbeitslosigkeit, hervorgebracht durch den „freien Markt", auf den Paria-Status der Roma. der ihnen bestenfalls ungelernte Jobs einbringt. Selbst der fürchterlich prokapitalistische *Hungarian Observer* (September 1989) mußte zugeben: „Viele leben weit unter dem

Fortgesetzt auf Seite 15

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 76 25. SEPTEMBER 1990 50 Pfennig

Trotzkistische Kandidatur bei Wahlen:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Am 3. Oktober wird die deutsche Bourgeoisie offiziell ihren Anschluß der ehemaligen DDR verkünden. Nachdem die Deutsche Bank unter kräftiger Mithilfe der SPD die kollektivierte Wirtschaft übernommen hat, werden jetzt Bundestag und Volkskammer die nationale Einheit unter der Herrschaft des Kapitals erklären. Der Erzbischof von München hat dazu aufgerufen, die Kirchenglocken „Für Volk und Vaterland" läuten zu lassen (wie schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs). Helmut Kohl wird einen Feiertag für ganz Deutschland proklamieren, unter dem Absingen des Deutschlandliedes. Für die arbeitenden Menschen in Deutschland jedoch, Ost wie West, für Frauen, für die ausländischen Arbeiter, für diejenigen von uns, die für eine sozialistische Welt kämpfen, bedeutet die kapitalistische Wiedervereinigung eine schwere Niederlage. Dies ist die bittere Wahrheit und es sind wir Spartakisten, die es euch unverblümt sagen.

Wir sagen euch aber auch, daß die kapitalistischen Herrscher einen Rückschlag fürchten, einen heißen Herbst der Arbeiter, die verbittert sind über den

Fortgesetzt auf Seite 5

Imperialistischer Kreuzzug im Persischen Golf

Brecht die Blockade gegen Irak!

Nachfolgend drucken wir in gekürzter und leicht redigierter Form einen Artikel aus Workers Vanguard *Nr. 510 vom 21. September ab, der Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S.*

Die Sowjetunion muß das Waffenembargo aufheben!

17. SEPTEMBER - Nach seinem Kurzgipfel in Helsinki mit dem sowjetischen Staatschef Gorbatschow hat US-Präsident Bush eine Rede bei einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongreß gehalten und eine „Neue Weltordnung" des Friedens und der Kooperation verkündet. Mittlerweile hat er rund eine Viertelmillion Soldaten am Persischen Golf aufmarschieren lassen für einen Krieg gegen den Irak von Saddam Hussein. Niemand hat irgendeinen Zweifel daran, was hier abläuft, dies ist ein Krieg, der die Weh sicher machen soll für die großen Ölkonzerne und die USA wieder zum Weltpolizisten machen soll. Nun ja, das ist leichter gesagt als getan.

Als Zeichen des Endstadiums ihrer Degeneration helfen Stalins Erben dem US-Imperialismus sogar noch dabei, die militärische Schlinge um die Sowjetunion zuzuziehen. Eine massive Kriegsflotte und ein riesiges Expeditionskorps befinden sich jetzt weniger als 1000 Kilometer von der sowjetischen Südgrenze entfernt. Das Bekenntnis von Bush und Gorbatschow in Helsinki, „individuell und in Übereinstimmung" gegen den Irak vorzugehen, bedeutet grünes Licht für einen blutigen imperialistischen Angriff. Gorbatschow sagt, daß er keine militärischen Aktionen im Persischen Golf will, aber was, denkt er, werden 200 000 Mann und vier Flugzeugträgergruppen dort anstellen?



Dennis Brack

Amerikanischer Truppeneinsatz im Persischen Golf: Es geht ums Öl

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

„Wenn die Stunde des Handelns gekommen ist"

Nachfolgend drucken wir auszugsweise die Austrittserklärung von Michael S. aus der PDS ab, der inzwischen als Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei aufgenommen wurde.

Ich erlebte die beginnenden Veränderungen unseres Landes als SED-Mitglied und erzstalinistisch erzogener Offiziersschüler, bekam Ende vergangenen Jahres erstmals Material der damaligen Trotzkistischen Liga Deutschlands in die Hand — und war verwirrt. Was ich da lesen konnte, entsprach so gar nicht meinem stalinistischen Weltbild.

Doch zurück zur Chronologie. Die SED wurde zur SED/PDS, schließlich zur PDS, der Traum von einer souveränen sozialistischen DDR machte großdeutschem Einheitstaumel Platz, ich verließ die NVA, die sich mit einer Unzahl gewendeter Berufsmilitärs anschickte, Teil der imperialistischen NATO zu werden.

Aus meiner anfänglichen Neugier auf Trotzkis Schriften wurde Interesse daran. Indem ich permanent nach Schwachpunkten suchte, entdeckte ich ihre Stärken. Was und wie z.B. Trotzki schon vor dem Zweiten Weltkrieg über die stalinistische Entartung des Sozialismus, seine Ursachen und möglichen Konsequenzen schrieb, brachte mich dazu, nicht mehr nur Vorgedachtes zu konsumieren, sondern endlich selbst nachzudenken.

Die Regierung der DDR, der politische Handlanger des bundesdeutschen Finanzkapitals, tut alles in ihrer Kraft stehende, um den Ausverkauf des Landes, möglichst zum Nulltarif, zu beschleunigen und diesen Vorgang vor den Augen der Werktätigen mit immer demagogischeren Versprechungen und Phrasen zu verschleiern. Allein: auch bemäntelter Mist stinkt zum Himmel.

Wie verhält sich nun die PDS, größte Oppositionspartei der DDR (wenn man die SPD, was legitim ist, auch nach dem Bruch der Regierungskoalition nicht zu dieser Kategorie rechnet), zu diesen Vorgängen?

Nach H. Modrows nationalistischem „Deutschland — einig Vaterland" trieb sie den Einigungsprozeß mit voran und trug durch ihre Politik des schrittweisen Zurückweichens und Unterordnens unter die Rekapitalisierungsinteressen des westdeutschen Imperialismus dazu bei, aus dem Einigungs- einen reinen Anschlußprozeß zu machen.

Vom irrealen Wunsche beseelt, aus stalinistischer DDR und imperialistischer BRD ein besseres Deutschland wachsen zu lassen, ebnete und ebnet man dem IV. Reich den Weg zu neuer pangermanischer Wirtschafts- und möglicherweise Militärhegemonie im europäischen Maßstab und darüber hinaus.

Marktwirtschaft und die ihr immanente Konkurrenz auf der einen und soziale Sicherheit für alle auf der anderen Seite schließen einander aus. Denn wo konkurriert wird, entsteht neben einer Minorität von Gewinnern immer auch eine Majorität von Verlierern, werden Ressourcen vergeudet und Widersprüche verschärft. Das zeigt sich sowohl in den Ländern des Imperialismus als auch in ungleich schärferer Form in den Gebieten der sogenannten „Dritten" Welt. Die industriellen Großmächte mästen sich an Hunger und Elend von Milliarden Menschen der in Armut gehaltenen Regionen dieser Erde und treiben unseren Planeten durch ihre rücksichtslose Ausbeutung seiner Naturreichtümer in eine ökologische Katastrophe — alles unter dem Banner der „sozialen Marktwirtschaft".

Auch glaubt die PDS an den bürgerlichen Parlamentarismus und die so oft gepriesene Rechtsstaatlichkeit (und setzt ihrer Argumentation die Krone auf, indem U.-J. Heuer sich zu folgenden Sätzen versteigt: „Die Alternati-

Fortgesetzt auf Seite 15

Nächtlicher Frequenzklau bei DT 64

1,5 Millionen Hörer und Mitarbeiter des DDR-Jugendradios DT 64 trauten ihren Ohren nicht. Am 7. September Schlag 20 Uhr wurden dem Sender per Handstreich durch den SPD-Rundfunkintendanten Singeinstein zwölf Radiofrequenzen geklaut und dem Westberliner antikommunistischen Sender RIAS zugeschlagen. Der Piratencoup der „Stimme der Freien Welt" trieb noch in den Abendstunden Tausende von empörten Jugendlichen auf die Straßen. In Dresden formierte sich spontan eine Demonstration. Zehntausende Unterschriften wurden gesammelt, Gewerkschaftsproteste und Solidaritätsbeweise aus vielen Teilen der DDR brachten das Abdudeln des RIAS-Programms zu Fall. Dies war vorerst ein Erfolg.

Der Schlag gegen den Sender war vom Leipziger Medienforum der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im August vorbereitet worden, wo beschlossen wurde, daß keine DDR-Sender geduldet werden sollen. Noch unter Honecker war DT 64 dafür bekanntgeworden, daß es dort ein bißchen mehr Freiraum für Jugendprogramme gab. Am Abend des 7. September übergaben wir folgende Solidaritätsadresse an die Mitarbeiter des Jugendradios DT 64:

„Mit Empörung hören wir von dem Handstreich, Euren Sender zu vereinnahmen zugunsten des staatlichen Rundfunks im Vierten Reich. Euren Protest gegen diesen Anschluß unterstützen wir voll und ganz.

Nachdem durch Parteienteignungsgesetz und Hexenjagd gegen PDS/FDJ und FDGB und sogar Künstler mit der Drohung von Berufsverboten vorgegangen wird, versuchen sie jetzt sogar der Jugend ihren Rundfunk zu nehmen, damit diese Jugend im Gleichschritt marschieren soll.

Wir sagen Nein zu diesem Angriff und fordern alle Organisationen der Linken und Arbeiterbewegung auf, gemeinsam gegen diesen Maulkorberlaß zu kämpfen!"«

SPARTAKIST 

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Uga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg
Vertrieb: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Vertag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026, DDR
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10, - Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr, 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
Registriernr. 1731 des Presse- u. Informationsdienstes der DDR — ISSN 0173—7430

Nr. 76 **25. September 1990**

Weg mit dem Einreisestopp für Juden!

19. SEPTEMBER — „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs" forderten etwa hundert Kundgebungsteilnehmer vor der Mahnwache für die Opfer des Faschismus in Berlin. Der von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands organisierte Protest richtete sich gegen den von Bonn verfügten skandalösen Einwanderungsstopp für sowjetische Juden, der jetzt auch in der ehemaligen DDR angewandt werden soll. Die SpAD-Rednerin Renate Dahlhaus sagte: „Der Kampf gegen Antisemitismus ist Anliegen der internationalen Arbeiterklasse. Es mußte schon die internationale Arbeiterbewegung kämpfen, um Dreyfuss gegen die französische Bourgeoisie zu verteidigen. Wir sagen heute auch: Nein, Deutschland darf nie wieder judenrein' werden! Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!"

Mit der beispiellosen Frechheit eines wiedererstandenen Großdeutschlands hat die Bourgeoisie des Nachfolgestaates von Auschwitz verkündet, daß Juden hier unerwünscht sind — nur „deutschstämmige" Einwanderer werden hereingelassen. Roma und Cinti, die von den Nazis verfolgt und ermordet wurden, sind heute Opfer einer regelrechten Pogromhetze, angeführt vom SPD-Spitzenkandidaten Lafontaine. Nationalismus und Rassismus, Antisemitismus und die Hetze gegen sowjetische Soldaten kennzeichnen das Vierte Reich. Wie die Spartakist-Rednerin erklärte: „Zusammenfassend kann man über die demokratische Konterrevolution, die stattfindet, hier eines sagen: Die deutsche Bourgeoisie will keine sowjetischen Juden und sie will keine sowjetischen Soldaten".

Der Bund der Antifaschisten Sachsen-Anhalt hatte auch zur Protestkundgebung aufgerufen, seine Grußadresse wurde zu Beginn verlesen. In Sprechchören und Reden wandten sich die Teilnehmer gegen die antisemitische, großrussische, faschistische Pamjat und den Terror gegen Cinti und Roma. Sie forderten: Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs! Sowjetische Arbeiter, stoppt Pamjat! Volle Staatsbürgerrechte für Roma und Cinti! Auf Plakaten stand: „Verteidigt die Sowjetunion! Die UdSSR muß das Waffenembargo gegen Irak brechen! Stoppt die Nazis! Für Arbeiterselbstverteidigungsgruppen vor ausländischen Arbeiterwohnheimen! USA/NATO raus aus dem Persischen Golf! Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!"

Für das Partisan Defense Committee in den USA, eine nicht-sektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die mit der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), politisch verbunden ist, sprach eine amerikanische Aktivistin, die unter der jüdischen Bevölkerung die Unterstützung für die erfolgreiche Arbeiter/Schwarzenmobilisierung gegen den faschistischen Ku Klux Klan in Philadelphia am 5. November 1988 mitorganisierte: „Wir erinnern uns, wie die Vereinigten Staaten Juden ausschlössen, die während des Zweiten Weltkrieges vor dem Nazi-Holocaust flohen. 1985 ist noch nicht lange her, als Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl gemeinsam nach Bitburg gingen und einen Kranz niederlegten, um die Nazis und ihre rassistische Ideologie zu rehabilitieren".

Nach jahrelanger heuchlerischer Hetze gegen die Sowjetunion schließen heute die Imperialisten ihre Grenzen gegenüber Juden. Sie wollen, daß sowjetische Juden nach Israel gehen, um in den besetzten Gebieten als Kanonenfutter für den zionistischen Staat gegen die entrechteten Palästinenser benutzt zu werden. Plakate auf der Demonstration forderten: Israel raus aus den besetzten Gebieten!

Heute flüchten Juden aus Gorbatschows Sowjetunion, dem Land, wo die bolschewistische Revolution antisemitischen Pogromen ein Ende bereitet hatte. Die Spartakist-Rednerin erklärte: „Die sowjetische Arbeiterklasse hat die Kraft, diese Faschisten zu zerschlagen — besonders die Leningrader Arbeiter, die der Nazi-Belagerung widerstanden haben, müssen mobilisiert werden".



Spartakist

Berliner Demo fordert: „Weg mit dem Judenstopp"

Das große internationale Interesse an dieser Protestaktion zeigte sich in den anwesenden Pressevertretern, unter anderem Reporter von ADN, TASS, *Jerusalem Post, Der Morgen,* von den DDR-Zeitungen berichteten *ND* und *Neue Zeit* über die Aktion.

Auffällig abwesend war die PDS (und ihre „linken" Anhängsel wie KPD, Kommunistische Plattform etc.), obwohl der Aufruf im *ND* abgedruckt war. Die Führer der PDS halten die machtvolle antifaschistische Demonstration am 3. Januar in Treptow gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zu Ehren der Roten Armee heute für einen „Fehler". Stattdessen machen sie mit beim Gewaltmarsch zur deutschen Wiedervereinigung, die den Antisemiten großen Auftrieb gibt. Im Namen der „Volksfront" akzeptieren und propagieren sie die historische Lüge der „Kollektivschuld". Die Auschwitz-Verbrechen planten die Krupps, aber die Krauses mußten dafür blutig zahlen. Wir Spartakisten sagen, wir brauchen Klassenkampfaktionen, um die faschistischen Terroristen zu stoppen, und wir können an den antifaschistischen Traditionen, wie sie gerade in der ehemaligen DDR verankert sind, anknüpfen.

Vor Monaten weigerten sich Soldaten der Mahnwache für die Opfer des Faschismus, ihren Ehrendienst anzutreten, als obszönerweise faschistische Republikaner dort ihren Kranz niederlegten. Wenn am 3. Oktober die NVA-Reste von der Bundeswehr übernommen werden, wird es auch keine Ehrenwache mehr für die Opfer des Faschismus geben. Während in Westberlin die Technische Universität den Ehrennamen Herbert Baum nicht haben darf, gibt es im Lustgarten einen Gedenkstein. Und deshalb legte zum Abschluß der Demonstration eine Delegation der Demonstranten dort Blumen nieder und sang die Internationale, um dem heldenhaften jüdischen kommunistischen Widerstandskämpfer die Ehre zu erweisen. An diese Tradition, und an die Tradition der jüdischen, polnischen und deutschen Kommunistin Rosa Luxemburg, knüpfen die Spartakisten in ihrem Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands an.«

Bund Sozialistischer Arbeiter: Politische Banditen in Aktion

Verleumdung ist „sanfte" Gewalt und in der Politik sehr oft die Vorbereitung für hartes Schlägertum und Mord. Seit Jahrzehnten werden Trotzki und die Trotzkisten von den Stalinisten als Provokateure und Agenten der unterschiedlichsten imperialistischen Mächte verleumdet, im allgemeinen als Agenten jeweils der Macht, mit der Stalin zu dem Zeitpunkt gerade keine Allianz hatte. Diese Verleumdungskampagne steigerte sich bis zur Ermordung Trotzkis 1940.

Verleumdung und Agentenbeschuldigungen sind jedoch nicht das Monopol der Stalinisten. Geradezu typisch findet sich dies wieder beim Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA). Diese Gruppierung ist zu etwas zugehörig, was sich selbst „Internationales Komitee der Vierten Internationale" (IK) nennt. Sie hat jedoch den gleichen Bezug zur Politik Trotzkis wie Josef Stalin später zu der Lenins. Die schmutzige Geschichte des IK ist in unserer Presse ausführlich dokumentiert worden, so zum Beispiel in unserem internationalen und theoretischen Organ *Spartacist* (siehe „Healyismus zerstoben" in *Spartacist* Nr. 12, Winter 1986/87 und „Trotzkismus — Was er nicht ist, und was er ist" in *Spartacist* Nr. 14, Winter 1989/90). Nach dem Ausschluß ihres „Gründer-Führers", des inzwischen gestorbenen Gerry Healy, zerfiel die healyistische Internationale vor einigen Jahren in ein halbes Dutzend Teile. Das Häufchen unter der Führung eines gewissen David North, der bis dahin Healys treuester Vasall in Nordamerika gewesen war, hat seitdem mit den eigenen Duftmarken sein Revier abgesteckt, indem er für sich all das in Anspruch genommen hat, was an Healys Organisation am widerwärtigsten war. Diese ist ein Kult mit einer Neigung zu Gangstertum und Verleumdung gewesen, die sogar bürgerliche Gerichte gegen ihre internen und externen Kritiker in der Arbeiterbewegung einsetzte.

David North war auch einer von Healys Vorreitern bei einer Kampagne unter dem Titel „Sicherheit und die Vierte Internationale", mit der sie versuchten, die stalinistische Verleumdung zu beweisen, daß Trotzki nicht auf Stalins Anordnung von der GPU umgebracht wurde, sondern von Trotzkis engsten Mitarbeitern, darunter sein früherer Sekretär und prominenter Sprecher der Socialist Workers Party (SWP), Joseph Hansen. Es war deshalb besonders grotesk, daß der BSA in Berlin am 26. August eine Veranstaltung abhielt mit dem Titel: „Leo Trotzki: 50 Jahre seit seiner Ermordung durch Stalin". Diese Veranstaltung war der Versuch, eine weitere stalinistische Lüge zu untermauern, nämlich daß Trotzkismus Antisowjetismus sei. Trotzki kämpfte bis zur letzten Sekunde seines Lebens unermüdlich für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion. Aber der BSA und das IK haben sozialdemokratischen Antisowjetismus zu ihrem Aushängeschild gemacht, indem sie direkt an den Grenzen der Sowjetunion jede ihr feindliche Kraft unterstützten, von Maos Roten Garden über Ajatollah Chomeini zu den afghanischen Mudschaheddin und der konterrevolutionären polnischen Solidarnosc. Sie machten mit bei der imperialistischen Hysterie über die Berliner Mauer und schlössen sich der von der SPD geführten Hetzkampagne gegen die antifaschistische Demonstration im Treptower Park im Januar dieses Jahres an.

Einzigartig unter der Vielzahl von antisowjetischen Pseudotrotzkisten ist aber die Tatsache, daß das Healy/North-„IK" von einer Reihe von arabischem Diktatoren Geld gesucht und erhalten hat, einschließlich von Saddam Hussein und Gaddafi, um als ihre Presseagentur zu fungieren. Als solche hat Healys Gruppe 1979 die Ermordung von 21 irakischen Kommunisten durch das Ba'ath-Regime gerechtfertigt — natürlich im Namen des „Antistalinismus". Und wo war David North? Er erhob sich ungefähr zu dem Zeitpunkt gegen seinen Herrn und Meister Healy, als das Ölgeld aus dem Nahen Osten ausblieb. Die amerikanische Workers League (WL) von North ist notorisch bekannt dafür, daß sie die SWP vor bürgerliche Gerichte zerrt und blindwütig beim Komplott gegen das SWP-Mitglied Mark Curtis mitmischt. Auch hat die WL nie ihre frühere Unterstützung für „Streiks" der New Yorker Polizei Ende der 60er Jahre widerrufen, bei denen die Polizisten freie Hand für rassistischen Terror forderten. Für die Workers League waren diese Bullen einer der „militantesten" Teile der Arbeiterbewegung! So war es nicht gerade überraschend, daß Mitglieder und Unterstützer der SpAD und selbst der zentristischen Gruppe Arbeitermacht ausgeschlossen wurden von der Miniversion der Moskauer Prozesse, die der BSA am 26. August in Berlin veranstaltete. Zum Abschluß könnten wir gut die Frage stellen: Wer hat die Sicherheit von David North und seinem BSA überprüft?«

Schulungen der SpAD

Berlin

Donnerstag, 27. September, 18.00 Uhr
Kapitalistischer Anschluß - Sklaverei für Frauen. Für ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219!

Donnerstag, 11. Oktober, 18.00 Uhr
Für eine leninistisch-trotzkistische Partei! Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: Westberlin 4927866

Halle

Samstag, 13. Oktober, 16.00 Uhr
Das imperialistische Großdeutschland bedroht Polen und die Sowjetunion. Verteidigt die Oktobererrungenschaften!

Kultur- und Tagungszentrum, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Hamburg

Sonntag, 14. Oktober, 12.00 Uhr
Brecht die Blockade gegen den Irak! Verteidigt die Oktobererrungenschaften!

Weitere Informationen: Hamburg 322644

Rostock

Sonntag, 7. Oktober, 12.00 Uhr
Brecht die Blockade gegen den Irak! Verteidigt die Oktobererrungenschaften!

Congress-Hotel Rostock
Leningraderstr. 45, Rostock 2520
Telefon: Hamburg 322644

Trotzkistische Kandidatur...

Fortsetzung von Seite 1

ungeheuren Schwindel, der ihnen angedreht worden ist. Am 18. März haben sie für die „schnelle D-Mark" gestimmt. Zwei Monate später erklärte Bonns Handlanger de Maiziere bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages in Bonn, „niemandem wird es schlechter gehen als bisher". Aber schaut euch heute in der Ex-DDR um, und was seht ihr? Massenarbeitslosigkeit, zwei Millionen gefeuert oder auf Kurzarbeit, wobei erwartet wird, daß sich diese Zahlen bis Jahresende noch verdoppeln werden. Die faschistischen Angriffe auf ausländische Arbeiter und sowjetische Soldaten nehmen zu. Die Frauen werden aus der gesellschaftlichen Arbeit vertrieben, zurück an Heim und Herd. Großdeutschland erklärt im 2+4-Vertrag, daß von nun an nur noch Frieden von deutschem Boden ausgehen wird, während es darangeht, im Grundgesetz Einschränkungen für Militäreinsätze im Ausland aufzuheben.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands stellt Kandidaten für die Bundestagswahl am 2. Dezember auf, um für Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses zu mobilisieren, der zu einem Vierten Reich des deutschen Imperialismus führt. Viele von euch kennen die SpAD als die einzige Partei, die auf den Straßen und bei den Volkskammerwahlen im März gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat. Andere, die sich „Linke" nennen, sind vor dem DM-Angriff in die Knie gegangen und versuchen höchstens, die Bedingungen des Ausverkaufs abzumildern. Leo Trotzki hat vor Jahrzehnten davor gewarnt, daß das stalinistische Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land" ein gefährlicher Mythos ist, der die Errungenschaften der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917 aufs Spiel setzt. Die heutigen Entwicklungen sind ein schlagender Beweis dafür. Und heute rufen wir Trotzkisten euch dazu auf: Schließt euch unserer klassenkämpferischen Wahlkampagne an — Keine schwarz-rot-goldene Sozialdemokratie oder grüner Öko-Kapitalismus, sondern wirklicher Kommunismus mit seinem roten Banner des revolutionären Internationalismus.

Die Spartakist-Kandidaten sind: Renate Dahlhaus, die auf der antifaschistischen Mobilisierung am 3. Januar in Treptow die Sprecherin für die Trotzkistische Liga Deutschlands war (die TLD gründete zusammen mit den Spartakist-Gruppen die SpAD); Toralf Endruweit, Spitzenkandidat der SpAD bei den Volkskammerwahlen im März und Redner für die Spartakist-Gruppen auf der Treptower Kundgebung; und Jana Strauchfuß, eine Arbeiterin bei Stern Radio, die bekannt ist für ihren Kampf, die Rechte der ausländischen Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz zu verteidigen.

In der DDR haben die Arbeiter in Streiks und Demonstrationen angefangen, ihre Macht zu zeigen. Gleichzeitig greifen die Kapitalisten die erkämpften Rechte der westdeutschen Arbeiter an und wollen mit einem „Billiglohnland DDR" ihre Löhne drücken. Nur durch die Klasseneinheit der Arbeiter in Ost und West können wir die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen. Dabei müssen die Arbeiter den Kampf für volle Staatsbürgerrechte für die eingewanderten Arbeiter und ihre Familien aufnehmen. Die SpAD benutzt ihre Wahlkampagne als Tribüne für den Kampf, um denen eine Stimme zu geben, die für gleichen Lohn für gleiche Arbeit kämpfen, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich — auf Männer, Frauen, Jugendliche, Immigranten. Während ehemalige Bonzen sich in Bosse verwandeln und einige Fabriken von der Treuhand an das Kapital ausgehändigt und viele mehr geschlossen werden, rufen wir zu gewählten Streikkomitees, zu Fabrikbesetzungen und Arbeiterkontrolle gegen Stillegung und Massenentlassungen auf. Wie die Spartakist-Kandidatin Renate Dahlhaus feststellte: „Gegen Massenentlassungen, Antisemitismus, rassistische Angriffe und die Verbannung der Frauen an Heim und Herd und auch gegen die Angriffe auf sowjetische Soldaten und ihre Familien und die antikommunistische Hexenjagd muß die gesamte Arbeiterbewegung im Kampf mobilisiert werden!"

Die Spartakist-Kandidaten verurteilen schärfstens das Parteien-Enteignungsgesetz, das zuerst auf die Kriminalisierung der PDS abzielte und sich jetzt gegen die Gewerkschaften richtet. Die SpAD hat sich geweigert, ihre Parteifinanzen an die Sachverwalter der Deutschen Bank zu übergeben, besonders da wir uns prinzipiell weigern, staatliche Subventionen anzunehmen, während die anderen Parteien sich von Bonn finanzieren lassen. Die SpAD sagt Nein zu dieser Kampagne der Enteignung und politischen Repression und hat alle Organisationen der Arbeiterklasse

Fortgesetzt auf Seite 6

Spendet für den Wahlkampf der SpAD!

Unterstützt den Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands! Alle sind aufgerufen, bei der Wahlkampagne der SpAD mitzuarbeiten, damit bei diesen Wahlen die Stimme der Kommunisten laut und deutlich Gehör findet. Helft uns, den Arbeitern eine Stimme zu verleihen, die für Arbeiterwiderstand in Ost und West gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses kämpfen wollen.

Kommt zum Spartakist-Treffpunkt in Schöneweide, schließt euch unserer Kampagne an und tragt sie in eure Fabriken, Schulen und Wohnbezirke. Sammelt mit uns die 2000 Unterschriften, die wir brauchen, um trotz des zutiefst undemokratischen Wahlgesetzes kandidieren zu können. Wählt Spartakist bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember!

Eine Kandidatur kostet viel Geld: vor allem ein häufigeres Erscheinen unserer Zeitung *Spartakist/ Arbeiterpressekorrespondenz* und andere Veröffentlichungen, Raummiete für Veranstaltungen, Reisekosten usw. Wir sind auf uns und euch angewiesen. Unsere Partei finanziert sich ausschließlich durch Beiträge von Mitgliedern und Sympathisanten. Wir nehmen keinen Pfennig Subventionen an, außer von denen, die irgendwie ernsthaft mit unserem Programm übereinstimmen. Gleichzeitig verweigern wir dem bürgerlichen Staat jedes Recht, in unsere Finanzen Einblick zu nehmen und sie zu kontrollieren.

Unterstützt den internationalistischen Spartakist-Wahlkampf, um die revolutionäre trotzkistische Partei aufzubauen, die wir brauchen, um die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen. Beteiligt euch an unserer Kampagne, schreibt an unsere Kontaktadresse, sendet die sehr notwendigen finanziellen Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 500 800 00

Irak...

Fortsetzung von Seite l

Wir Trotzkisten treten für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion ein, trotz der Ausverkaufsirreführer im Kreml, die seit Stalin das Erbe des Roten Oktober verraten haben. Weg mit Gorbatschow! Arbeiterräte an die Macht! Kehrt zurück zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki!

Wenn das Schießen losgeht, könnte das Pulverfaß des Persischen Golfs Bush um die Ohren fliegen. Die Regierungen, die sich mit Washington eingelassen haben, werden von ihrer eigenen Bevölkerung verachtet. Saddam Hussein ist kein geringerer Schlächter als Bushs Verbündete, die sich nun gegen ihn gestellt haben, am wenigsten Washingtons früherer „Terrorist" Nr. l, Syriens Assad. Aber in diesem Konflikt verteidigen wir den Irak gegen die gefährlichste imperialistische Macht der Geschichte.

Volksmassen des Nahen Ostens, mobilisiert, um die imperialistische Aggression zurückzuschlagen.' Nieder mit den Ölscheichs, Emiren und Königen! Die ägyptischen Herrscher, Lakaien des US-Imperialismus, müssen verschwinden! Aufständische Arbeiter müssen Saddam Hussein und die syrischen Ba 'athisten auf den Misthaufen werfen! Israelische Arbeiter, werft eure völkermörderischen zionistischen Herrscher raus! Verteidigt die palästinensischen Massen im Kampf um ihre nationalen Rechte! Werktätige an die Macht im ganzen Mittleren Osten!

Imperialistische Neuaufteilung der Welt

Es ist noch nicht einmal drei Monate her, seit Washington beim NATO-Gipfel in Dublin triumphierend den Sieg des Kapitalismus des Westens im Kalten Krieg verkündet hat. Aber weit davon entfernt, ein neues Zeitalter des Friedens und des Wohlstands einzuleiten, scheint Bush finster entschlossen, Lenins Feststellung zu beweisen, „Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt" (Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", September 1916). Und diese imperialistische Aufteilung der Beute wird durchgesetzt durch die Aushungerung und Superausbeutung der „Verdammten dieser Erde" vom Nahen Osten bis Asien, Afrika und Lateinamerika. Bei all dem imperialistischen Geschrei wegen Saddam Husseins Grausamkeit gegenüber Kuweit müssen jetzt viele Zehntausende von palästinensischen und südasiatischen Flüchtlingen, die von der imperialistischen Blockade aus Kuweit vertrieben worden sind, im Wüstensand schlafen und hungern, ohne irgendeine Hilfe von Seiten der USA oder der Saudis.

Araber in den USA und in anderen Ländern haben zu Recht dem US-Imperialismus Scheinheiligkeit vorgeworfen, weil er über Jahre hinweg die mörderischen Angriffe Israels auf das palästinensische Volk und die militärische Besetzung der West Bank und des Gazastreifens „toleriert" hat. Die palästinensischen Massen sind das Opfer von jedem König, Diktator und zionistischen Herrscher in der Region gewesen. Iraks Hussein gefällt sich heute in der Pose des Freundes der Palästinenser. Aber er wird ihnen in den Rücken fallen, wenn Washington oder Jerusalem dies für ihn lohnend erscheinen lassen (genauso wie es sein Namensvetter und gegenwärtiger Verbündeter, König Hussein von Jordanien, bei dem berüchtigten Massaker vom „Schwarzen September" 1970 getan hat). Wie er selbst mit der kurdischen Minderheit umspringt, Massaker und Verwüstung durch Giftgas, ist nicht weniger brutal als die „eiserne Faust" der Zionisten in den besetzten Gebieten. Die Kurden, denen man einen unabhängigen Staat verweigert und die über fünf Staaten verteilt sind, werden von Iran, Irak, Syrien und der Türkei brutal unterdrückt und sind auch durch die Israelis und Amerikaner ausgenutzt worden, die sie dann ohne viel Federlesens fallengelassen haben.

Die ganze Region ist von den Imperialisten in zynischer Art und Weise für ihre Profite und für die Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle zerstückelt worden. Kuweit ist so ungefähr das künstlichste Staatengebilde, das man sich vorstellen kann. Der großen Mehrheit seiner Einwohner wurde die Staatsbürgerschaft verweigert (und selbst das Parlament, das von seinen „Staatsbürgern" gewählt worden ist, wurde von der autokratischen, im Luxus lebenden Familie der As Sabah in die Wüste geschickt).

Schon jetzt konkurrieren die „Großmächte" hinter der Fassade der „Einheit" gegen den Irak für eine günstige Ausgangsposition. Das wiedervereinigte imperialistische Deutsche Reich ist sich sehr wohl über seine „größere Verantwortung" als eine Weltmacht im klaren, wie Außenminister Genscher es bei der Besiegelung des „Einigungsvertrags" vor dem Bundestag formuliert hat. Aber so wie auch sein alter Achsen-Partner Japan AG zieht es Bonn vor, etwas beiseite zu stehen und sich hinter seinem von den USA auferlegten Grundgesetz zu verstecken, nach dem militärische Aktionen im Ausland untersagt sind. (Natürlich hat dies die Bundeswehr nicht davon abgehalten, sich mit Truppenkontingenten an der UN-„Friedenstruppe" in Namibia, früher auch als Deutsch-Südwestafrika bekannt, zu beteiligen. Und solche Rücksichtnahme hält auch die Japaner nicht davon ab, die verfassungsmäßigen Begrenzungen ihrer „Selbstverteidigungskräfte" zu durchbrechen. Und jetzt handeln Daimler-Benz und Mitsubishi ihre eigene militärisch-industrielle Elefantenhochzeit aus.) Im Augenblick bezahlen Deutschland und Japan den US-Imperialismus, damit er das blutige Werk im Golf verrichtet. Aber die großdeutschen Stalinisten der PDS sind noch schamloser in der Rechtfertigung des Blutgeldes für einen Krieg gegen Irak. In *Neues Deutschland* (21. September) verkünden sie in einem Kommentar auf der Titelseite unter der Überschrift „Deutschland und die Welt": „Ein Aggressor

---

Trotzkistische Kandidatur...

Fortsetzung von Seite 5

und der Linken aufgefordert, in einer einheitlichen Aktion dieses Enteignungsgesetz ebenfalls zurückzuweisen.

Die PDS von Gysi und Modrow hat der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands den Weg geebnet und jeden Widerstand abgewürgt. Gysi kriecht hinter Lafontaine und den Hexenjägern der SPD her, diverse „radikale Linke" kriechen hinter Gysi. Gegen die Volksfrontpolitik des Ausverkaufs, die sie auf Stalins Schoß gelernt haben, kämpfen wir Trotzkisten für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiterorganisationen. Wir kämpfen für Arbeitereinheitsfrontaktionen gegen faschistische Terrorbanden. Die Spartakisten initiierten eine solche Einheitsfront, die von der SED-PDS aufgegriffen wurde, als am 3. Januar 250000 Menschen in Treptow zu der größten antifaschistischen Demonstration kamen, die es je in Deutschland gegeben hat.

Während die deutsche Bourgeoisie mit ihrem Drang nach Osten bis zur Oder-Neiße-Grenze vorgestoßen ist, hat die polnische Arbeiterklasse begonnen, gegen die Aushungerung und Armut zu kämpfen, die ihr die kapitalistischen Maßnahmen ihrer Solidarnosc-Herrscher gebracht haben. Jetzt, wo die Konterrevolution vor der Tür der UdSSR steht, ruft die SpAD zur Verteidigung des Heimatlandes der Oktoberrevolution auf durch die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und russischen Arbeiter.«

darf nicht straflos mit seiner Beute, eine Supermacht nicht aus ihrer Super-Verantwortung entlassen werden." Mittlerweile scheinen Bush, Thatcher und jetzt auch der französische Präsident Mitterrand darauf aus zu sein, ein Blutbad im Wüstensand Arabiens herbeizuführen.

Der gegenwärtige imperialistische Irrsinn stammt von der Tatsache, daß sich die USA auf dem Weltmarkt an dritter Stelle hinter Deutschland und Japan befinden, doch besitzt die US-Bourgeoisie einen riesigen Militärapparat. Diesen Widerspruch versuchen sie so zu lösen: sie fordern die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung von ihren geschlagenen ehemaligen Feinden im Zweiten Weltkrieg, die inzwischen zu wirtschaftlichen Siegermächten geworden sind.

Verwandelt imperialistischen Krieg in Klassenkrieg

Das Pentagon nennt jetzt den 15. Oktober als seinen „Tag X", an dem alles für „Offensivaktionen" in Stellung sein wird. Sie bereiten Anklagen wegen „Kriegsverbrechen" gegen Hussein vor, vermutlich als Rechtfertigung für seine Ermordung, genau wie sie dies ohne Erfolg mit Gaddafi versuchten, als die USA 1986 Libyen bombardierten, und wie sie es in Panama mit Noriega letzten Dezember machten. US-Luftwaffen-Chef Michael Dugan erzählte der Presse, das Oberkommando hätte entschieden, der Clou wäre eine massive Bombardierungskampagne, und der „Schwerpunkt würde das Zentrum von Bagdad sein". Dugan riß das Maul ein bißchen zu weit auf und wurde von seinen Vorgesetzten postwendend geschaßt. Aber dies ist der ernstgemeinte Vorschlag, Zehntausende innerhalb weniger Stunden zu töten — ein tatsächliches Kriegsverbrechen. Dies erinnert an die Drohung des damaligen Luftwaffen-Generals Curtis LeMay, Vietnam „zurück in die Steinzeit" zu bombardieren. Und die US-Herrscher schrecken nicht davor zurück, dicht bevölkerte Städte zu bombardieren — wie man an der Verwüstung sehen kann, die sie in den Armutsvierteln in Panama anrichteten.

Zwar wurde Dugan abgehalftert, doch haben die Medien jetzt den US-Kommandeur im Golf, General „Stürmer-Norman" Schwarzkopf, zum Held erhoben. Sein Vater war, wie jetzt bekannt wurde, der amerikanische Polizei-„Berater" beim Schah von Iran während des vom CIA inszenierten Staatsstreichs 1953, in dem der Premierminister Mossadegh gestürzt und ermordet wurde, weil er die Ölfelder nationalisiert hatte. *Newsday* (2. September) berichtet, daß der wichtigste Zögling von Schwarzkopf Sen. „den Krieg als Nazi-Sympathisant im britischen Knast verbrachte". Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Tatsache ist, daß ein Krieg nicht durch Seeblockaden, Luftangriffe oder High-Tech-Tricks gewonnen werden wird, sondern mit dem Tod von Soldaten im Feld. Und Saddam Hussein hatte Recht, als er dem US-Botschafter sagte: „Ihre Gesellschaft ist eine, die 10000 Tote in einer Schlacht nicht akzeptieren kann." Eins kann man sicher sagen: Wenn die Leichentransporte anfangen zurückzukommen, wird die US-Armee sowie die US-Gesellschaft selbst in massiver Opposition gegen dieses irrsinnige Abenteuer explodieren.

Die Spartacist League/U.S, kämpfte in den 60er Jahren dafür, die Arbeiterklasse gegen den bestialischen Krieg in Vietnam zu mobilisieren. Gegen Kriegsende waren Streikaktionen sehr wohl zu einer realen Möglichkeit geworden, trotz der antikommunistischeh Kalte-Kriegs-Führer des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Heute sind solche Streikaktionen wohl von Anfang an eine reale Chance. Mehr als eine Generation — und nicht nur in den USA — hat lebendige Erinnerungen an das Vietnam-Debakel. Sogar die *New York Times* (8. September) bemerkte nervös, daß Opposition gegen den gegenwärtigen Aufbau der US-Militärpräsenz, konzentriert unter Schwarzen und Arbeitern, „entlang Klassenlinien" verläuft.

Die Werktätigen haben kein Interesse an diesem Krieg ums Öl, und sie haben in der Tat ein lebensnotwendiges Interesse an der Verteidigung Iraks gegen die Verwüstungen eines imperialistischen Angriffs. Hier ist endlich die Chance, gegen die von der Großindustrie gekaufte Kamarilla zurückzuschlagen, die das Weiße Haus und den Kongreß in der Hand haben, die Herren, die aus vollem Hals den Krieg und niedrigere Steuern auf Unternehmenseinkünfte bejubeln, während sie das Blut der Werktätigen saugen durch die Plünderung der US-Sparkassen und durch brutale Ausbeutung, durch drastische Lohnsenkungen und „Zwei-Stufen-"Löhne, die die Reallöhne seit 15 Jahren immer weiter nach unten gedrückt haben. Eine Niederlage für Washington im Mittleren Osten würde den Imperialismus in bedeutendem Maße schwächen und die Weichen stellen für eine weltweite proletarische Offensive. USA/NATO: Nehmt eure blutigen Hände weg vom Persischen Golf! Brecht die Blockade gegen Irak!«

Besiegt die imperialistische Aggression

Während die USA und ihre Verbündeten im Persischen Golf einfüllen, verteidigen wir den Irak und die arabischen Völker gegen die amerikanische kolonialistische Aggression und streben nach einer Niederlage und Demütigung des militärischen Abenteuers der Imperialisten. In einem Interview mit dem argentinischen revolutionären Gewerkschaftsführer Mateo Fossa, aus dem wir nachstehend zitieren, erklärte Trotzki 1938 anhand des Beispiels Brasilien die grundlegende kommunistische Position gegen imperialistische Angriffe auf rückständige und auf koloniale Länder.

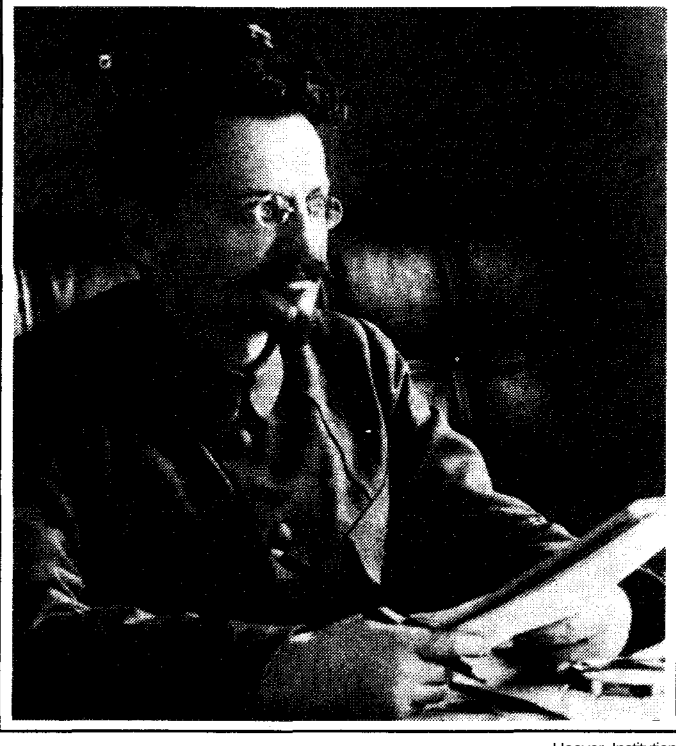
In Brasilien herrscht jetzt ein halbfaschistisches Regime, das jeder Revolutionär nur mit Haß betrachten kann. Laßt uns jedoch annehmen, daß morgen England in einen militärischen Konflikt mit Brasilien eintritt. Ich frage Sie, auf welcher Seite wird die Arbeiterklasse in diesem Konflikt stehen? Ich werde dazu meinen persönlichen Standpunkt darlegen: In diesem Fall werde ich auf der Seite des „faschistischen" Brasilien gegen das „demokratische" Großbritannien stehen. Warum? Weil es in dem Konflikt zwischen ihnen nicht um die Frage Demokratie oder Faschismus gehen wird. Wenn England siegreich sein sollte, wird es in Rio de Janeiro einen anderen Faschisten einsetzen und Brasilien doppelte Ketten auferlegen. Wenn im Gegensatz dazu Brasilien siegreich sein sollte, wird dies dem nationalen und demokratischen Bewußtsein des Landes großen Auftrieb geben und zum Sturz der Diktatur Vargas führen. Die Niederlage Englands wird zur gleichen Zeit dem britischen Imperialismus einen Schlag versetzen und der revolutionären Bewegung des britischen Proletariats einen Impuls geben. Man muß wahrlich ein Hohlschädel sein, um die Gegensätze in der Welt und die militärischen Konflikte auf den Kampf zwischen Faschismus und Demokratie zu reduzieren. Hinter allen Masken muß man den Unterschied erkennen können zwischen Ausbeutern, Sklavenhaltern und Räubern! (Leo Trotzki, „Anti-Imperialist Struggle is Key to Liberation" [„Anti-imperialistischer Kampf ist der Schlüssel zur Befreiung"], 23. September 1938)

Fünfzig Jahre nach seiner Ermordung:

Die Bedeutung von Trotzki in der Sowjetunion heute

Der 20. August war der fünfzigste Jahrestag der Ermordung Leo Trotzkis durch einen Agenten Stalins. Auf der ganzen Welt gab es ein erhöhtes Interesse an dem ermordeten internationalistischen Revolutionär. Und nirgendwo war dies mehr der Fall als in Mexiko, wo der Attentäter sein blutiges Werk vollbrachte. In über einer Woche von Gedenkaktivitäten erschienen in der mexikanischen Presse Dutzende von Artikeln über Trotzki.

Trotzki widmete seine letzten Jahre dem Aufbau der Vierten Internationale als der Weltpartei der sozialistischen Revolution. Daß er während seines Exils in Mexiko lebte, ist für unsere Tendenz besonders wichtig, denn dies ermöglichte seine enge Zusammenarbeit und Teilnahme am politischen Leben der damals trotzkistischen amerikanischen Sektion der Vierten Internationale. Unsere Tendenz entstand aus der Revolutionary Tendency, die sich innerhalb der SWP als linke Opposition organisierte, als die SWP Trotzkis Kampf für proletarischen Internationalismus aufgab. Für unsere Tendenz war es günstig, daß sie in einem Land entstanden ist, wo die revolutionäre Kontinuität direkt zurückgeht auf die gut dokumentierte Zusammenarbeit mit Trotzki und auf die Tradition von Lenins Komintern, die wir weiter fortführen.



Hoover Institution

Lew Dawidowitsch Trotzki während des Bürgerkriegs in seinem Militärzug

In dem Haus im Vorort Coyoacän, in dem Trotzki während der 43 Monate seines politischen Exils lebte und arbeitete, und wo er mit einem Eispickel getötet wurde, wurde das Museo Leon Trotsky nach sorgfältiger Restauration unter der Schirmherrschaft der Bundesbezirksverwaltung der Stadt Mexico wiedereröffnet. Das Museum ist jetzt zusammengeschlossen mit einem neugegründeten Institut für das Asylrecht und Bürgerrechte, das eine Tür weiter untergebracht ist und eine Bibliothek und Konferenzeinrichtungen einschließt.

Vom 20. bis 24. August war das Museum der Tagungsort für ein fünftägiges Kolloquium über Trotzki mit internationaler Beteiligung, darunter Pierre Broue vom französischen Institut Leon Trotsky, Ernest Mandel vom „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale", Aleksandr Podschtschekoldin vom Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau, Jake Cooper, ein früherer Leibwächter Trotzkis, jetzt in den USA der Gruppe Socialist Action zugehörig, Olivia Gall von der Nationalen Universität Mexikos, Octavio Fernändez, der Führer der mexikanischen Trotzkisten in den 30er Jahren, der Maler Wlady, Sohn von Victor Serge, Esteban Volkov Bronstein, Enkel von Trotzki, und andere.

Die Themen, die in abendlichen Diskussionen am runden Tisch abgedeckt wurden, umfaßten: Mexiko zur Zeit Trotzkis; Trotzki und die heutige Zeit; Trotzki in der UdSSR; Kunst und Revolution, eine Zwischenkriegspolemik; und Zeugnisse über Trotzki in Mexiko. Besonders interessant war die Präsentation von A. Podschtschekoldin, die den dramatischen Zuwachs an Macht, Größe und Privilegien des Apparats während der neun Monate des Jahres 1922 zwischen Stalins Ernennung zum Generalsekretär des ZK und Lenins Aufruf, ihn zu entfernen, dokumentierte. Podschtschekoldins Schlußfolgerung: die Daten bestätigen hundertprozentig die von Trotzki in *Der Neue Kurs* erhobene Beschuldigung, daß eine Bürokratie die Partei strangulierte.

Im Rahmen dieser Diskussionsreihe über Trotzki wurde eine Rede über „Die Bedeutung von Trotzki in der heutigen Sowjetunion" von Jan Norden gehalten, dem Redakteur von *Workers Vanguard,* der Zeitung der Spartacist League/U.S. Auch Esteban Volkov sprach auf dieser Veranstaltung, über die in den Zeitungen *La Prensa* und *El Universal* (Mexico City) berichtet wurde. Nachfolgend drucken wir editierte Fassungen ihrer Präsentationen ab.

Zunächst möchte ich für die Internationale Kommunistische Liga unsere Freude ausdrücken, hier anwesend zu sein während der Neueinweihung des Leo-Trotzki-Museums. Unsere Spartacist-Tendenz war die einzige internationale Tendenz, die auf einer regelmäßigen Basis seit einigen Jahren zur Unterstützung des Trotzki-Museums beigetragen hat, das unter der Aufsicht von Esteban Volkov, dem Enkel des großen internationalen Revolutionärs steht, der heute auch hier ist. Und nun sehen wir mit großer Genugtuung, wieviel sorgfältige Arbeit an dem Haus und der Instandsetzung der Ausstattung durch den Bundesbezirk unternommen wurde. Was sicherlich angemessen ist, da

Trotzki ohne Frage einer der bemerkenswertesten Menschen war, die sich in Mexiko aufgehalten haben. Sein Aufenthalt wurde durch das Asyl ermöglicht, das ihm General Lázaro Cárdenas in prinzipienfester Weise zu einer Zeit gewährte, als keine andere Regierung der Welt ihn aufnehmen wollte.

Fünfzig Jahre nach dem Mordanschlag auf Leo Trotzki sehen wir den Zusammenbruch des Stalinismus in ganz Osteuropa und eine schwere Krise in der Sowjetunion selbst. Dies hat die Ideologen des Imperialismus dazu gebracht, den „Tod des Kommunismus" zu verkünden und sogar, im Falle eines PseudoWissenschaftlers des State Department, das „Ende der Geschichte". Aber obwohl sie bereits die Chronik dieses Todes ankündigen, wie Gabriel Garcia Marquez es formuliert hätte, und trotz des bombastischen Triumphs der kapitalistischen Medien, wie der amerikanische Schriftsteller Mark Twain ironisch feststellte, ist diese Ankündigung seines Todes übertrieben.

Was ist Trotzkismus? Trotzkismus ist Kommunismus, er ist die Fortschreibung des Leninismus und Marxismus angesichts seiner Antithese, des Stalinismus. Und damit stellt er das revolutionäre Programm dar für das Überleben der Sowjetunion, durch die Rückkehr zu ihren revolutionären und internationalistischen Wurzeln. Heute schimpft sich jeder AntiStalinist, abgesehen von der berüchtigten Nina Andrejewa oder vielleicht den Anhängern von Lombardo Toledano, der immer noch Trotzki als „egoistisch, obszön und eingebildet" bezeichnen will. Heute wird Trotzki oft als der „Prophet der Perestroika" dargestellt, wie es ein Artikel im gestrigen *La Journada* behauptet, was er definitiv nicht war. Das heißt, nachdem sie ihn zu einem Ungeheuer gemacht haben, wollen sie ihn jetzt in ein falsches Heiligenbild pressen. Wahr ist vielmehr, daß Lew Dawidowitsch bis zum seinem Tode durch einen Agenten Stalins gegen die Perversion des Bolschewismus durch diesen Usurpator kämpfte, während andere Parteiführer schwiegen, kapitulierten und zu Komplizen niederträchtiger Verbrechen gegen die Arbeiterklasse wurden.

Hinter der angeblichen antistalinistischen Einheit gibt es tiefgehende Klassendifferenzen. Einige Leute, wie die neuen Bürgermeister von Leningrad und Moskau, Anatoli Sobtschak und Gawril Popow, weisen nicht nur Stalin zurück, sondern auch Lenin und die Oktoberrevolution. So versuchen Anhänger von Sobtschak, sogar den Namen der Stadt Leningrad durch dessen Namen unter den Zaren zu ersetzen. Und jetzt wird berichtet, daß sich zwei der renommiertesten „antistalinistischen" Historiker, Juri Afanassjew und Dimitri Wolkogonow, an einer „offiziellen" Untersuchung beteiligen, die mit völliger Schamlosigkeit versucht, die Machtübernahme durch die Bolschewiki 1917 für „illegal" zu erklären! Obwohl Afanassjew unter den ersten war, die über Trotzki sprachen, diesen „weißen Fleck" der sowjetischen Geschichtsschreibung, ist es bei seiner sozialdemokratischen Politik klar, daß er eindeutig konterrevolutionäre Ziele verfolgt.

Indem sie ihn verzerren, können sie einen Trotzki als ersten Kämpfer gegen die Bürokratie vertragen, aber einen Trotzki als Autor der *Permanenten Revolution*, der zum Arbeiterwiderstand gegen die Volksfront der Klassenkollaboration aufrief, der Stalin bekämpfte, weil er ein Attentäter an der bolschewistischen Partei war und der Totengräber der Kommunistischen Internationale, einen solchen Trotzki hassen sie.

Heute verraten die „Reform"bürokraten im Kreml die Kämpfe der Unterdrückten, von Afghanistan und Mittelamerika bis Südafrika und Angola. Und im Persischen Golf gehen sie Hand in Hand mit dem US-Imperialismus vor, der versucht, das Öl in Beschlag zu nehmen. Dies sind die Früchte der sogenannten „friedlichen Koexistenz", der Versuch des Yankee-Imperialismus, die ganze Welt zu übernehmen, der sehr wohl einen Krieg entfesseln könnte, der auch die Sowjetunion bedroht. Und unter den ersten Zielen dieses selbsterklärten Weltpolizisten ist Mexiko, wo sie schamlos Ärzte entführen und versuchen, die Wirtschaft durch einen nordamerikanischen „Gemeinsamen Markt" zu übernehmen. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga sind entschlossene Verteidiger der Unabhängigkeit Mexikos, und während wir den antikommunistischen, antischiitischen und antikurdischen Mörder Saddam Hussein anprangern, verteidigen wir den Irak gegen imperialistische Aggression.

Die Gorbatschowisten, die das Erbe der Oktoberrevolution verleugnen, bauten schnell Nikolai Bucharin als ihr Idol auf, in dem sie einen Vorboten der Perestroika sehen. Tatsächlich produzieren gerade jetzt, wo wir hier an der Stätte des Mordanschlags auf Leo Trotzki versammelt sind, sowjetische Filmemacher in Hollywood einen Film über das Leben Bucharins. Es ist logisch: während Trotzki eine Politik der organischen Industrialisierung und der freiwilligen Kollektivierung auf dem Lande vertrat, gab Bucharin an die Kulaken, die reichen Bauern, die Parole „Bereichert euch!" heraus. Und diese kleinbürgerlichen Elemente, die aus der Bürokratie stammen oder zu ihr gehören — eine Schicht von sowjetischen „Yuppies" — brennen darauf, sich

Fortgesetzt auf Seite 10

Sowjetische Archive bestätigen: Stalin gab den Befehl

Am 26. Juli veröffentlichte die Turiner Zeitung La Stampa *einen Artikel unter der dramatischen Überschrift „ ‚Ermordet Trotzki', gez. Stalin". Der Artikel von ihrem Moskauer Korrespondenten Enrico Singer war ein Interview mit dem Generaloberst Dimitri Wolkogonow, dem Direktor des Instituts für Militärgeschichte der UdSSR, der im letzten Jahr eine Biographie Stalins veröffentlichte und jetzt an einem Buch über Trotzki arbeitet. Wolkogonow bestätigt damit nur, was Trotzki selbst wiederholt feststellte: „Stalin trachtet nach meinem Tod".*

La Stampa: Sie erwähnen einen „allgemeinen Befehl", Exilanten zu töten, die Opponenten geworden sind. Aber haben sie in den Archiven den exakten Befehl gefunden für die Operation, die in Mexiko durchgeführt wurde?

Wolkogonow: Ja, das Dokument existiert. Es ist unter denen, die ich fotokopiert habe, und es wird in meinem Buch erwähnt.

La Stampa: Und es ist von Stalin unterzeichnet?

Wolkogonow: Ja, es wurde von Stalin selbst unterzeichnet. Aber um nicht die alleinige Verantwortung für solch einen Befehl zu tragen, ließ Stalin es auch von anderen Mitgliedern des Politbüros unterzeichnen.

***IM* Stampa:** Wann wurde das Dokument unterzeichnet und von wem?

Wolkogonow: Es wurde im September 1931 unterzeichnet. Aber 1934 konkretisierte ein neuer Befehl die Operation. Dann waren noch einmal gut sechs Jahre notwendig, um sie auszuführen. Trotzki versteckte sich, wechselte den Zufluchtsort, war von treuen Wächtern umgeben. Es war eine epochale Periode. Wollen Sie die Namen der vier Unterzeichner wissen? Hier sind sie: Klement Woroschilow, Wjatscheslaw Molotow, Grigori Ordschonikidse.

La Stampa: Und der vierte?

Wolkogonow: Der vierte war Josef Stalin.

Die Bedeutung von Trotzki...

Fortsetzung von Seite 9

zu bereichern. Natürlich verschweigen diejenigen, die heute in der Marktwirtschaft, d. h. der Einführung des Kapitalismus, einen Ausweg aus dem bankrotten Stalinismus sehen, daß Bucharin von Stalin unterstützt wurde und daß sie die UdSSR an den Rand des Abgrunds brachten. Wenn Bucharin sich mit seiner Politik der Versöhnung mit prokapitalistischen Elementen durchgesetzt hätte, hätte die Sowjetunion die Invasion durch die Nazis nicht überlebt, was unabsehbare Folgen für die Geschichte der Menschheit gehabt hätte.

Für die sowjetischen Arbeiter, die die Errungenschaften der bolschewistischen Revolution bewahren wollen, um wirklichen Sozialismus zu entwickeln, ist die Alternative zu der schweren Last der bürokratischen Planung, die die Wirtschaft ruinierte, nicht das Chaos des Kapitalismus mit Arbeitslosigkeit und Zerstörung von Produktivkräften. Die Alternative ist vielmehr eine geplante Wirtschaft mit Rätedemokratie, in der die Arbeiter selbst entscheiden und nicht eine parasitäre Kaste privilegierter Bürokraten. Dies, werden sie herausfinden, war das Programm der von Trotzki geführten Linken Opposition.

Der Teufel heißt immer noch Trotzki

Unter sowjetischen Forschern gibt es ein großes Interesse, die bisher verbotenen Gebiete ihrer Geschichte zu studieren. Und natürlich ist der hauptsächliche „weiße Fleck", von dem Gorbatschow sprach, Leo Trotzki. Zumindest können wir sagen, daß sie Stückchen für Stückchen wiederentdecken, wovon Max Eastman in seinem Buch *Since Lenin Died* (Seit Lenin starb) berichtete, das bereits 1925 geschrieben wurde. Hier möchte ich nur eine der laufenden Diskussionen aufgreifen, und zwar eine merkwürdige Tatsache: Obwohl die ungeheuerlichen Lügen der Moskauer Prozesse inzwischen diskreditiert sind, verurteilen sie Trotzki immer noch. Dies ist kein Zufall.

Jahrzehntelang galt für Stalinisten aller Schattierungen, von den „orthodoxen" moskautreuen Kommunistischen Parteien bis zu den Abweichlern Mao Zedong und Fidel Castro, „Der Teufel hieß Trotzki", wie es der Titel eines Buches des Karikaturisten Rius formulierte. In der Ära von Glasnost hat sich diese Einschätzung nicht wesentlich geändert. So daß die Zeitung *Sowjetskaja Rossija* (17. September 1987) als Antwort auf einen Artikel im *Spiegel* Mitte 1987 — der versicherte, „Trotzkis Geist irrt noch immer durch Universitäten und Studierstuben Rußlands, in denen man sich der Ideen des Weltrevolutionärs wie einer Legende erinnert" — ein Bestiarium veröffentlichte, unter dem Titel „Judas in neuem Gewand" und gezeichnet von Professor W. Iwanow, in dem sie den gesamten alten Dreck aus den stalinistischen „Kurzlehrgängen" ausspien.

Und der „antistalinistische" Militärgeschichtler, Generaloberst Dimitri Wolkogonow, schreibt ein Jahr später *(Prawda, 9.* September 1988) einen langen Artikel über Trotzki unter dem Titel „Dämon der Revolution". So beschreibt er denjenigen, der zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution war, den Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, den militärischen Führer des Aufstandes und späteren Gründer der Roten Armee! Wolkogonow ist der Hohepriester der neuen gegen Trotzki gerichteten Dämonologie. Vor kurzem deckte Wolkogonow selbst in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La Stampa* (26. Juli) auf, daß er ein Dokument gefunden hat, in dem Stalin die Ermordung von Trotzki befiehlt. Der Befehl, gefunden in den Archiven des NKWD, stammt aus dem Jahr 1934, d. h. aus der Zeit der Ermordung Kirows, und ist von den damaligen Mitgliedern des Politbüros Woroschilow, Molotow und Ordschonikidse gegengezeichnet, die somit persönliche Verantwortung für das Verbrechen teilen.

Obwohl er Trotzki als „die zweite Figur der Revolution und des Bürgerkriegs" anerkennt, gelangt der „aufgeklärte" General zu der Schlußfolgerung, die er „paradox" nennt, daß „der größte Trotzkist Stalin war". Und heute lesen wir in den Zeitungen eine ähnliche Bewertung durch den Botschafter der UdSSR in Mexiko — er behauptet, „daß das bürokratische Kommandosystem, das unter Stalin aufgebaut wurde, eine getreue Kopie der von Trotzki vorgebrachten Ideen war". Dies ist keineswegs die Sichtweise aller sowjetischen Historiker. Anwesend bei dieser Veranstaltungsreihe über Trotzki ist zum Beispiel der Genösse Aleksandr Podschtschekoldin vom Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau, der eine Einleitung zu Trotzkis *Der Neue Kurs* schrieb, das letztes Jahr vom *Molodoy Kommunist* herausgegeben wurde, wo er darauf hinwies, wie Trotzki Opfer der stalinistischen Bürokratisierung der Kommunistischen Partei war und dagegen kämpfte.

Aber diese Gleichsetzung von Trotzki und Stalin wird so unablässig wiederholt, daß wir uns fragen müssen, warum solch eine merkwürdige Beurteilung erfolgt. Lassen wir die Dämonisierung, die Beschuldigungen des „Egozentrismus" und ähnliche Anschwärzungen beiseite („der Möchtegern-Diktator, der es nicht schaffte", nannte Wolkogonow ihn), stoßen wir auf eine Ablehnung von Trotzkis Politik.

Wolkogonow sagt, Trotzki „war ein Gefangener einer großen, falschen Idee, der Idee der Weltrevolution". Dies ist die gleiche Anschuldigung, die Stalin gegen ihn erhob, indem er den „Export der Revolution" zurückwies. Dies ist die Entstellung des Programms der weltweiten proletarischen Revolution, das für die Kommunistische Internationale den Daseinszweck bedeutete, den unmittelbaren Grund für die Oktoberrevolution, vorgetragen von Lenin in seiner kurzen Rede, die die Machtübernahme ankündigte: „In Rußland müssen wir jetzt den Aufbau des proletarischen sozialistischen Staates in Angriff nehmen. Es lebe die sozialistische Weltrevolution!" Es war diese Perspektive, die der Machtübernahme des russischen Proletariats im rückständigen Zarenreich Sinn verlieh. Damit ist es die bolschewistische Revolution selbst, die die Wolkogonows verleugnen mit der diffamierenden, den Antikommunismus fördernden Gleichsetzung von' Trotzki mit Stalin. Unsere Zuhörerschaft findet sich demnach unter denen, die diese Revolution verteidigen.

Wir sagen, wie schon der Gründer des amerikanischen Trotzkismus, James P. Cannon, 1939 bei einer Rede über die Oktoberrevolution erklärte: „Wir sind tatsächlich die Partei der Russischen Revolution. Wir waren die Leute, und die einzigen Leute, die die Russische Revolution in ihrem Programm und in ihrem Blut gehabt haben. Das ist auch der Hauptgrund dafür, daß die Vierte Internationale die einzige revolutionäre Tendenz der ganzen Welt ist."

Vor einigen Tagen erließ Gorbatschow ein Dekret zur umfassenden Rehabilitierung der Opfer Stalins. Während es die Kulaken besonders erwähnt, wird der Name Leo Trotzki nicht genannt. Gestern wurde berichtet, daß der sowjetischen Botschaft hier eine Petition übergeben wurde, die zu seiner „politischen Rehabilitierung" durch die Regierung der UdSSR aufruft. Ähnliche Kampagnen wurden in den vergangenen Jahren von verschiedenen selbsternannten trotzkistischen Strömungen unterstützt. Im Interview mit *La Stampa* bestätige Wolkogonow als Antwort zu einer Frage über die mögliche Rehabilitierung Trotzkis, daß dies



Der Spiegel

Riesige Streikkundgebung sowjetischer Bergarbeiter am 13. Juli 1989 in Meschduretschensk

eine „Beleidigung" des tadellosen Revolutionärs wäre. Wir sagen nachdrücklich, daß Leo Trotzki kein Führungszeugnis von den Erben Stalins nötig hat! Die einzige Forderung, die wir an die Regierung der UdSSR haben, ist die Erlaubnis zur Veröffentlichung und zum freien Umlauf seiner Werke, so daß die Bevölkerung der Sowjetunion die Wahrheit erfahren kann. Wir haben immer und immer wieder darauf bestanden, daß es die Bürokratie ist, die auf diese scheinheilige Art sich selbst rehabilitieren will.

Verteidigung der UdSSR - Eckstein der politischen Revolution

Die Frage der Verteidigung der Sowjetunion ist in diesen Tagen besonders wichtig, in denen die Konterrevolution in alle Richtungen zuschlägt. Dies konnte vor kurzem in Ostdeutschland gesehen werden, wo unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bis zuletzt für die Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften und die Existenz des Arbeiterstaates DDR, so bürokratisch deformiert er auch sein mochte, gegen den imperialistischen Ansturm zur Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westdeutschland kämpften. Im Gegensatz dazu haben sich viele vorgebliche Trotzkisten unter dem Deckmantel des demokratischen Rechts der nationalen Selbstbestimmung an die Puffer des D-Zugs zum Anschluß gehängt, der auf ein Viertes Reich zurast, ein neues großdeutsches Reich.

Die bedingungslose Verteidigung der degenerierten (im Falle der UdSSR) und deformierten Arbeiterstaaten und die Zurückweisung von Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung war der Ursprung der kürzlichen Fusion der Grupo Espartaquista de Mexico mit der Trotzkistischen Fraktion, die aus der POS ausgeschlossen wurde. Die Genossen sind hier anwesend, und das gemeinsame Bulletin, das wir zu dieser Fusion herausgegeben haben, wird hier verkauft, so daß wir später darauf zurückkommen können. Hier möchte ich die Kontinuität und die jetzige Bedeutung von Trotzkis Werk in diesem Zusammenhang betonen. Es ist gut bekannt, daß Trotzkis letzter politischer Kampf in der Vierten Internationale gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman und Burnham in der amerikanischen SWP geführt wurde, die die Verteidigung der Sowjetunion beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs über Bord warfen. Sie gaben damit dem ideologischen Druck der Bourgeoisie nach, die um das „arme kleine Finnland" heulte, während es die Speerspitze des Imperialismus gegen die UdSSR darstellte.

Viele sind sich nicht bewußt darüber, daß die Verteidigung der Sowjetunion ein beständiger Faktor von Trotzkis Politik war und tatsächlich die Grundlage für seinen Aufruf darstellte, die Bürokratie rauszuwerfen, die diese Verteidigung in krimineller Weise untergräbt. Im dritten Band seiner Trotzki-Biographie, *Der verstoßene Prophet,* hält Isaac Deutscher fest, der bolschewistische Führer „ließ sich darüber auf keinen Kompromiß ein und gab hier keinen Zoll breit nach" von seiner Verteidigung der UdSSR. „So predigte er während der ersten Hälfte seines Exils Reform und nicht Revolution in der Sowjetunion; während er in der zweiten Hälfte behaupten sollte, daß die politische Revolution die einzige Antwort auf den bürokratischen Absolutismus wäre... Aber selbst dann sollte er noch stets behaupten, daß die Sowjetunion ein Arbeiterstaat wäre; er erklärte die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion' gegen ihre bürgerlichen Feinde für die elementare Verpflichtung jedes Mitglieds der Opposition; und er sollte wiederholt Freunde und Anhänger desavouieren, die der Annahme dieser Verpflichtung widerstrebten."

Diese Frage wurde ganz zu Beginn seines Exils gestellt, während des Sommers 1929, im Streit mit Tschiang Kaischek über die in sowjetischem Eigentum befindliche mandschurische Eisenbahn, die vom Zarenreich geerbt war. Trotzki debattierte mit dem deutschen Leninbund, geleitet von Hugo Urbahns, mit der französischen syndikalistischen Gruppe um die Zeitschrift *Revolution Proletarienne* und auch mit denen in der Linken Opposition, die das bürgerliche China gegen die UdSSR unterstützen wollten. In seinem Artikel „Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition" (September 1929) besteht Trotzki darauf, daß man „die Position der entschiedensten, bedingungslosen Verteidigung der UdSSR" gegen den drohenden Krieg annehmen muß.

Der gleiche Artikel enthält eine Vielzahl von Bemerkungen, die von ihrer Bedeutung her nicht aktueller sein könnten. So sagt er zum Beispiel, „vom proletarischen

Fortgesetzt auf Seite 12 •

Die Bedeutung von Trotzki...

Fortsetzung von Seite 11

Standpunkt aus gesehen stehen weder die Demokratie in ihrer Gesamtheit noch die nationale Selbstbestimmung als ihr wesentlicher Bestandteil über den Klassen; sie sind nicht oberste Kriterien revolutionärer Politik." Man wende dies heute auf den Fall der baltischen Republiken an, für die viele vorgebliche Trotzkisten verkünden: „Hände weg von Litauen" — wie die britische Gruppe Workers Power und beide Flügel der Anhänger des verstorbenen Nahuel Moreno —, während die nationalistische litauische Führung versucht, unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit wieder kapitalistische Herrschaft einzuführen. Im letzten Herbst veröffentlichte das Vereinigte Sekretariat einen widerlichen Artikel, der die estnischen Faschisten lobpreiste, die sogenannten Waldbrüder, die während des Zweiten Weltkriegs zusammen mit den Nazis gegen die Rote Armee kämpften! Sie stellten, so das VS, „bewaffneten Kampf gegen den Stalinismus" dar. Für unseren Teil ehren wir die sowjetischen Veteranen, die vor kurzem mobilisierten, um die faschistischen Waldbrüder davon abzuhalten, für die Unabhängigkeit Estlands zu marschieren.

Trotzkismus — Programm der sowjetischen Arbeiterklasse

Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale, besser bekannt als das Übergangsprogramm, geschrieben 1938, bemerkt: „Wenn man den .Trotzkismus' als ein abgeschlossenes Programm versteht, oder sogar als eine Organisation, dann ist der .Trotzkismus' in der UdSSR zweifellos außerordentlich schwach. Seine unverwüstliche Kraft liegt aber darin, daß er nicht nur die revolutionäre Tradition verkörpert, sondern auch die aktuelle Opposition der Arbeiterklasse selbst. Der soziale Haß der Arbeiter auf die Bürokratie — das ist in den Augen der Kreml-Clique Trotzkismus'. Sie hat eine tödliche und durchaus wohlbegründete Angst vor der Verbindung zwischen der tiefen, aber unartikulierten Revolte der Arbeiter und der Organisation der Vierten Internationale."

Mehr als ein halbes Jahrhundert später können wir feststellen, daß der Trotzkismus heute mehr denn je den wirklichen Interessen der sowjetischen Arbeiterklasse entspricht und von daher eine proletarische Lösung für die jetzige Krise bietet, die die UdSSR erlebt. In dem wachsenden Chaos, täglich registriert im Kusnetsk-Kohlebecken, im Kusbass, von Sibirien bis zur Ostseeküste sind es nicht die Arbeiter, die abwesend sind. Im Gegenteil, seit den großen Bergarbeiterstreiks letzten Sommer, als Hunderttausende Arbeiter die Kohlengruben besetzten und Streikkomitees errichteten, die den Charakter von Sowjets hatten, die die gesamte Staatsgewalt ersetzten, geht der Geist einer neuen Explosion der Arbeiterklasse ständig um. Aber bis jetzt herrscht große Konfusion in den Reihen der Werktätigen.

Dies wurde vor kurzem durch den 24stühdigen Bergarbeiterstreik gezeigt, der am 11. Juli stattfand, dem letzten Tag des 28. Kongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Viele der Forderungen waren gegen die KP gerichtet; es wurde verlangt, daß Parteizellen in den Gruben aufgelöst werden und daß das Eigentum der KPdSU verstaatlicht wird. In Moskau redete ein Vertreter des Streik-Koordinierungskomitees aus dem Kusbass auf der größten antikommunistischen Demonstration der Geschichte, nach einigen Schätzungen mit etwa 400 000 Teilnehmern, in der es starke monarchistische — d. h. zaristische — Kräfte gab und Parolen wie „Heilt Rußland vom Bolschewismus".

Viele der Bergleute aus dem Kusbass und Donbass sind Anhänger des populistischen Demagogen Boris Jelzin, der Ronald Reagan und die „Dynamik" des amerikanischen Kapitalismus feiert. Sicherlich könnten die mexikanischen Bergleute in Cananea und ihre amerikanischen Kollegen in Morenci, Arizona, den sowjetischen Bergleuten eine Menge über diese „Dynamik" erzählen, die sich gründet auf Massenentlassungen, Streikbruch, Betriebsschließungen und den Einsatz des Militärs, um das Kapital zu schützen. Auf der anderen Seite haben in Leningrad zählebige Stalinisten die Proteste der Arbeiter gegen die Verwüstungen durch die Perestroika übernommen. Unheilvolle russisch-nationalistische Kräfte sind ebenfalls an der Arbeit, verbunden mit den antisemitischen Faschisten von Pamjat. In den baltischen Republiken haben die überwiegend russischen Arbeiter der Internationalistischen Bewegung aber in der Auseinandersetzung mit den prokapitalistischen Nationalisten die traditionellen bolschewistischen Parolen erhoben.

Mit anderen Worten, das hervorstechendste Merkmal der sowjetischen Arbeiterbewegung ist zur Zeit der fehlende Zusammenhalt, und wie wir in *Workers Vanguard* geschrieben haben, „dies ist nur möglich, weil heute in der Sowjetunion keine wirkliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse existiert."

Die prokapitalistischen Kräfte sind sich ihrer Schwäche bewußt. Gawril Popow, Bürgermeister von Moskau und eifriger Befürworter der „Marktwirtschaft", stellte fest, daß die „Massen sich nach Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Gleichheit sehnen. Und je weiter der Prozeß der Umwandlung fortschreitet, desto akuter und krasser wird die Kluft zwischen diesen Sehnsüchten und der wirtschaftlichen Realität sein." Popow sieht voraus, daß „Wogen von Arbeitern für ihre eigenen Interessen kämpfen", die „die Kräfte der Perestroika zerbrechen". Er fürchtet die Wiedergeburt eines linken Populismus, den er „die Neuen Kommunisten" (mit großen Anfangsbuchstaben) nennt. Und um dieser Gefahr zu begegnen, sagt er, daß das „reine demokratische Modell" unzureichend ist. Wenn er nach „neuen Mechanismen der politischen Macht" ruft, ruft dieser bemerkenswerte Sprecher der „liberalen" Strömung in Wirklichkeit nach einem diktatorischen Regime.

Das Programm für die „Neuen Kommunisten"

Angesichts der Ängste Popows wiederholen wir, daß die Stärke des Trotzkismus in seinem Programm verwurzelt ist,

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!
Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre *„Marktsozialismus" in Osteuropa*

Name ____________

Adresse ____________

____

Telefon ____________

Sp76

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 11988-601

Esteban Volkov, Enkel von Trotzki

Trotzki gegen die Fälscher des Marxismus

Wir veröffentlichen auszugsweise die Rede, die Esteban Volkov in Coyoacan hielt.

Es ist immer die Taktik der Ausbeuter aus den privilegierten Minderheiten gewesen, die ausgebeuteten Massen zu verwirren und zu desorientieren. Seit dem letzten Jahrhundert, vom Beginn des Jahrhunderts bis heute, war das die Taktik. Es ist der beste Weg, die Massen zu unterwerfen, wenn man sie desorientiert und von einer machtvollen revolutionären Theorie abhält, die sie in ihrem Kampf führen könnte. Die ganze Geschichte des Klassenkampfes seit dem letzten Jahrhundert fand entlang dieser Linien statt.

Karl Marx selbst mußte, wie auch Friedrich Engels, energisch gegen eine ganze Reihe von Abweichungen kämpfen, gegen Verfälscher und Veränderer des Marxismus, um die volle Gültigkeit und die Stärke dieser Ideologie aufrechtzuerhalten. Anfänglich kam die Wucht des Angriffs — wenn man das überhaupt so sagen kann — derjenigen, die den Marxismus abzulenken und zu verfälschen suchen, von den Anarchisten, von den Sozialdemokraten. Und als sich der Ausbruch der Russischen Revolution ankündigte, war es die wichtigste Aufgabe, die Schlüssel-Aufgabe bei dieser Arbeit, in diesem historischen Unterfangen die Sozialdemokratie anzuklagen, die den Klassenkampf und den revolutionären Prozeß durch Klassenzusammenarbeit ersetzt hatten. Und bei dieser Arbeit waren Lenin und Trotzki die bedeutendsten Streiter. Tatsächlich war es dieser Kampf, der den Sieg der Oktoberrevolution ermöglichte und die Vitalität des Marxismus aufrechterhielt.

Trotzkis ganzes Leben kann nicht von der marxistischen Idee getrennt werden. Durch die Deformation der Oktoberrevolution wurde der Marxismus in ein Dogma, in eine Religion verwandelt, in eine Ideologie, die der ursprünglichen völlig entgegengesetzt war. Trotzki war unter den ersten, die sich mit diesem Phänomen befaßten, und ohne zu zögern begann er energisch und tapfer einen der heroischsten und mutigsten Kämpfe der Geschichte. Die Linke Opposition stellte sich gegen den mächtigen bürokratischen Staat. Er wurde ins Exil getrieben, aus der Sowjetunion hinausgeworfen, seine Anhänger wurden deportiert, und Trotzki verfolgte unermüdlich diesen Kampf.

Fünfzig Jahre später sind wir uns dieser Arbeit gänzlich bewußt. Der Stalinismus begibt sich wirklich zu der Ruhestätte, die Leo Trotzki ihm vorausgesagt hat: dem Müllhaufen der Geschichte. Und dank der Anstrengungen Trotzkis und des Trotzkismus — trotz Kritik, vielleicht sollten wir Einwände nennen, wie die von



Workers Vanguard

Esteban Volkov Bronstein (rechts)

Isaac Deutscher, der die Gründung der Vierten Internationale als einen der Fehler Trotzkis empfand — glaube ich, daß die Arbeit, einen der größten Verfälscher des Marxismus anzuklagen und gegen ihn zu kämpfen, hundertprozentig die Sache und die Existenzgrundlage der Vierten Internationale rechtfertigt, wobei sie außerdem die beste Schule und der Sprecher für revolutionären Marxismus ist.

Offensichtlich gibt es nicht jeden Tag revolutionäre Vorgänge — in einem gegebenen Land mag es nach 50 Jahren passieren, nach einem Jahrhundert —, und eine marxistische Partei muß nicht unbedingt die Besetzung des Winterpalasts leiten. Diese Revolutionen finden nicht jeden Tag statt. Die Arbeit einer revolutionären Partei besteht darin, die Arbeiterklasse bedingungslos zu verteidigen und die Massen zu schulen, den Marxismus zu verstehen und die Lebenskraft des Marxismus zu erhalten. Natürlich ist es in dem Moment, in dem die Revolution ausbricht, ihre Aufgabe, sie anzuleiten und zum Sieg zu führen. Aber das ist keine Tagesaufgabe, sondern eher eine Aufgabe, die manchmal nur einmal im Jahrhundert auftritt.

Soweit wir heute Zeugen davon sind: Überall hören wir von dem „Bankrott des Marxismus", von der „Niederlage des Sozialismus" — im Gegenteil, heute ist ein großer Feiertag. Wir werden Zeuge nicht der Niederlage des Marxismus, wir werden Zeuge der Grablegung einer der größten Verfälschungen des Marxismus, die je entstand. Der größte Feind der Arbeiterklasse, Stalinismus, liegt in seiner Todesagonie. Und zu einem großen Teil ist dies der Arbeit von Leo Trotzki und der Vierten Internationale zu danken.

das die wirkliche Opposition der sowjetischen Arbeiterklasse ausdrückt. Nehmt den Fall der sibirischen Bergleute, die letztes Jahr die UdSSR erschütterten. Ich habe hier die „Programmatische Erklärung der Union der Werktätigen des Kusbass" (UTK) vom November 1989. Obwohl sie scharfe Kritik an der KPdSU übt, an der Dominierung durch diesen Arm der Bürokratie, ist sie nicht antikommunistisch. Sie redet von der „sowjetischen Gesellschaft, die seit der Oktoberrevolution allen sehr gut bekannte Erfolge erzielt hat in der Schaffung einer unabhängigen Wirtschaft und in der Sicherung des Sieges über den Faschismus", die jetzt jedoch in „eine äußerst schwere Krise geraten" ist. Sie weist „den Ersatz der Macht einer eng zusammenhängenden Gruppe von Personen ... einer bürokratischen Clique" an Stelle „der sozialistischen Macht der Bevölkerung" zurück. Sie tritt für Perestroika ein, obwohl genannt wird, daß bisher dieser Kurs „außerordentlich langsam und außergewöhnlich schmerzhaft für die Arbeiter" war.

Nun, die Wirtschaftsplattform der UTK ruft zur „Liqui-

Fortgesetzt auf Seite 14

Die Bedeutung von Trotzki...

Fortsetzung von Seite 13

dation des bürokratischen Kommandosystems in der Wirtschaft" auf und erkennt „die Gleichheit aller Formen des Eigentums" an, einschließlich der Formen der „individuellen Arbeit, Aktienbesitzes, gemischten und privaten" Eigentums. Es hält fest, daß „Marktverhältnisse eine unschätzbare Erfahrung der menschlichen Zivilisation sind", und sieht in der Übergabe des Eigentums an Kollektive der Arbeiter die Lösung allen Übels. Aber wie? Nachdem sie das Privateigentum anerkennt, erklärt sie die Ausbeutung der Arbeit durch Dritte für unzulässig. Dann ruft sie auf für „gleiche Rechte für die Arbeitermassen und das Management" und „das Recht... alle Funktionäre zu entfernen, die nicht das Vertrauen der Kollektive verdienen", und für „eine Prozedur, nach der der Leitungsapparat unter dem Befehl der Arbeiterkollektive arbeitet."

Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß sie keine Ahnung haben, wie eine Marktwirtschaft tatsächlich funktioniert, in der per Definition die Produzenten all der „Rechte" enthoben sind, die in die Hände des Kapitals gelegt werden. Man braucht sich nur anzusehen, was in diesen Tagen in Polen passiert, wo Solidarnosc auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung den Kapitalismus wieder einführt, genau wie wir es vor neun Jahren gesagt hatten, als wir erklärten: „Nieder mit der Konterrevolution der Solidarnosc!", und als praktisch die ganze Linke ihre Solidarität mit Solidarnosc bekundete. Ein Freund sagt, die sowjetischen Arbeiter brauchen keine politische Revolution, sondern Brot. Aber wie sollen sie das Brot bekommen? Nicht durch eine Marktwirtschaft. Die polnischen Arbeiter haben heute kein Brot, sondern Suppenküchen, Arbeitslosigkeit und Armut.

Mit anderen Worten, die Bergleute weisen das jetzige bürokratische Regime zurück, aber ihre „Alternative" einer Marktwirtschaft ist idealisiert, unwirklich und nicht möglich. Sie sagen, daß es „in der UdSSR keine andere Macht gibt und geben kann als die der Sowjets der Volksdeputierten", und es gibt offensichtlich eine Sehnsucht nach Rätedemokratie, so wie sie es verstehen. Um zu verstehen, wie das verwirklicht werden kann, empfehlen wir, daß sie die „Plattform der Opposition" lesen, geschrieben von Trotzki 1927. Um einen entschlossenen Kampf gegen den Bürokratismus zu führen, erklärt sie, muß man zu dem Programm der Kommunistischen Partei [von 1918] zurückkehren, das die Verpflichtung eines jeden Mitglieds eines Sowjets für Verwaltungsaufgaben aufzählt, die regelmäßige Rotation solcher Aufgaben, die wachsende Einbeziehung der gesamten arbeitenden Bevölkerung in die Staatsverwaltung. Dies ist ziemlich genau das Gegenteil der momentanen politischen Reformen, die die ohnmächtigen „Sowjets" in Parlamente bürgerlichen Stils zu verwandeln suchen.

Es ist ein Regime von Sowjetdemokratie, das, wie es das Übergangsprogramm fordert, „eine REVISION DER PLANWIRTSCHAFT von Kopf bis Fuß im Interesse der Produzenten und Konsumenten" durchführen kann, unter dem „Fabrikkomitees wieder das Recht auf Produktionskontrolle bekommen", und unter dem Kooperativen der Konsumenten eine effektive Kontrolle der Preise und der Qualität der Produkte durchführen können. Aber die Frage der stalinistischen Bürokratie beschränkt sich nicht auf hinhaltenden Widerstand und eine wasserköpfige Verwaltung; letztendlich ist es eine Frage der Klassenrolle, die von dieser privilegierten Schicht eingenommen wird. Der Kampf für die proletarische politische Revolution ist, die thermidorianische Bürokratie zu stürzen. „Jeder neue Tag ihrer Herrschaft trägt dazu bei, die sozialistischen Elemente der Wirtschaft auszurotten, und vergrößert die Chancen einer kapitalistischen Restauration." Trotzki warnte vor einem halben Jahrhundert vor dieser Gefahr, und nun sehen wir es in der heutigen Zeit.

Heute können wir als die hauptsächlichen Forderungen für eine kommunistische Opposition in der UdSSR aufstellen:

- Für Gleichheit, mehr und besser! Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!
- Baut eine antistalinistische, leninistisch-trotzkistische Partei auf, basierend auf der Arbeiterklasse und den Teilen der Roten Armee mit den geringsten Privilegien und den größten Verantwortlichkeiten.
- Es ist notwendig, die Parasiten, Ausbeuter und ihre Ideologen aus den Sowjets rauszutreiben.
- „Sozialismus in einem Land" ist ein defätistischer Mythos. Für proletarischen revolutionären Internationalismus. Für die militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus, der unermüdlich die Sowjetunion in einer immer enger werdenden Schlinge einkreist.
- Für demokratisch-zentralistische Planung durch Arbeitersowjets und ihre Verbündeten, wie dem Teil der Bürokratie, besonders im Offizierskorps, der seine Privilegien in Worten und im Leben ausdrücklich zurückweist; der Kollektivbauern und anderen Unterdrückten; dem Flügel der Intelligenz, der durch den Kampf der „linken Populisten, der Neuen Kommunisten" (wie Popow es ausdrückte) seinen Weg aus dem Gewirr der korrupten Appetite findet.
- Für die Bildung einer trotzkistischen Partei in der ganzen Sowjetunion.
- Für die demokratische Reorganisation der Sowjetunion und für das Recht jeder Nationalität mit einer *anti*-konterrevolutionären Führung, sich in dem Maße zurückzuziehen, wie sie es für richtig hält.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 509, 7. September*

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneweide
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW
Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (030) 4927866

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o KTZ, Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SpAD
Postlagernd
Torgelow 2110

Betriebsbesetzungen...

Fortsetzung von Seite 16

zu spalten und zu lumpenisieren. Sie wollen fügsame Arbeiter in einem „Billiglohnland", die als Knüppel gegen die besser bezahlten Arbeiter im Westen eingesetzt werden können. Schon jetzt arbeiten mindestens 10 000 ehemalige Bürger der DDR als Pendler in Westberlin, oft für die Hälfte des normalen Lohns.

Am 18. September hat der DGB mit dem deutschen Arbeitgeberverband einen „Kooperationspakt" abgeschlossen, der durch niedrigere Löhne Investitionen durch die kapitalistischen Geier fördern soll. Insgesamt sei es „notwendig, die Angleichung von Löhnen und Gehältern streng am Produktivitätsfortschritt zu orientieren" *(Süddeutsche Zeitung,* 19. September). Wir sagen: *Gleicher Lohn ßr gleiche Arbeit, im Osten wie im Westen, für Frauen wie für Männer, für Jugendliche und ausländische Arbeiter!*

„Kurzarbeit" ist von Anfang an ein Feigenblatt für Massenentlassungen gewesen, ein Schwindel, der von der SPD und den DGB-Bürokraten unterstützt wird, angeblich um „Arbeitsplätze zu sichern". Es bedeutet verkürzte Arbeitszeit mit *Lohnkürzungen.* Für Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz noch behalten haben, war selbst die Weiterzahlung des bisherigen Lohns vom Tag des Währungsanschlusses an bei weitem nicht ausreichend, als zum Beispiel die Brotpreise bis zu 500 Prozent in die Höhe schössen. Jetzt werden auch die Gebühren für Kindergärten, Schulspeisungen, usw. erhöht. Und im Winter werden die Mieten auf Westniveau ansteigen. Niemand kann in Deutschland mit 800 D-Mark zurechtkommen. Und es glaubt sowieso keiner, daß das Kurzarbeitergeld mehr als ein paar Monate lang weiterbezahlt werden wird.

Im Juli haben 125 000 Berliner Arbeiter, organisiert von der IG Metall, die Maschinen angehalten und sind in Pankow, Schöneweide und Marzahn auf die Straße gegangen. Ähnliche machtvolle Warnstreiks hat es auch in Henningsdorf, Ludwigsfelde und anderswo gegeben. Bei Warnstreiks im August haben Transportarbeiter und andere von der ÖTV organisierte Arbeiter halb Berlin zum Stehen gebracht. Zusammen mit den Reichsbahnarbeitern und *Westberliner* ÖTV-Arbeitern hätten sie die ganze Stadt stillegen können. Ende Juni hatten schon die BVB-Nahverkehrsarbeiter damit gedroht, aus Solidarität mitzustreiken, wenn die Forderungen der streikenden Berliner Müllarbeiter nicht durchgesetzt wären. Als die stinkenden Müllberge immer höher wurden, gewannen die Müllarbeiter schnell die geforderte Lohnerhöhung von 33 Prozent.

Diese Aktionen, die zeigen, wie die Macht der Arbeiterklasse entfesselt werden könnte, wurden von den sozialdemokratischen Irreführern der Gewerkschaftsbürokratie in Lohnerhöhungen kanalisiert. Aber solche Inseln relativ besseren Lohns werden sich nicht lange im Meer der Massenarbeitslosigkeit halten lassen. Die Arbeiter in den Betrieben, die noch ihren sozialen Zusammenhalt und ihre Stärke bewahren konnten und damit auch ihr Selbstvertrauen, müssen für die Interessen aller Beschäftigten eintreten.

Es gibt Bereiche, die die Kapitalisten brauchen: Transport, Kommunikation, Energie und Industriebetriebe, die übernommen werden sollen, weil sie besondere Produkte herstellen oder eine relativ hohe Produktivität haben. So hat es bei Bergmann-Borsig in Berlin, wo Elektroturbinen produziert werden, weder Entlassungen noch Kurzarbeit gegeben. Die vietnamesischen Arbeiter sind nicht entlassen worden. Aber jetzt mischt der Konzern Asea Brown Boveri mit und will ein Drittel der Produktion stillegen.

Jetzt muß es schlagkräftige Klassenkampfaktionen wie Fabrikbesetzungen unter der Führung gewählter Streikkomitees geben gegen die destruktiven Fabrikstillegungen und Entlassungen. Für Arbeiterkontrolle der Produktion, für die Ausweitung der Streikaktionen auf die anderen Betriebe der ehemaligen Kombinate. Verlangt massive Unterstützung durch die Mobilisierung der Gewerkschaften des DGB und des ehemaligen FDGB. Wir müssen uns mit Arbeitern international zusammenschließen, besonders in Westdeutschland, Polen und der Sowjetunion. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Macht der westdeutschen Arbeiterklasse ins Spiel zu bringen.

Wir müssen den „Teile-und-Herrsche"-Plan der Bosse zu Fall bringen. Verteidigt unsere im Ausland geborenen Klassenbrüder und -Schwestern gegen rassistische Diskriminierung und Terror! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien! Für gewählte Streikkomitees, in denen eine Klassenkampfführung geschmiedet werden kann, die die Gewerkschaften den reformistischen Irreführern entreißt.

Bisher hat die Bourgeoisie noch keinen zuverlässigen Polizei- und Militärapparat installiert, der ihre Klassenherrschaft östlich der Elbe verteidigen könnte. In dieser immer noch unstabilen Situation könnten sich durch Massenkämpfe der Arbeiterklasse Organe der Doppelherrschaft herausbilden. Die Kapitalisten und käuflichen ehemaligen Direktoren liegen sich in den Haaren über die Frage, wer sich die enteigneten ehemaligen Volkseigenen Betriebe unter den Nagel reißt, während es keinerlei Investitionen gibt und die Arbeitslosigkeit in die Höhe schießt. Mit dem Erwachen der Kollegen aus dem DM-Rausch wird es eine Gelegenheit für machtvollen Arbeiterwiderstand geben. Der Schlüssel dazu ist eine revolutionäre trotzkistische Führung.«

Stunde des Handelns...

Fortsetzung von Seite 2

ve kann nur ein demokratischer Sozialismus sein, der wirklich dominantes Gemeineigentum mit Demokratie, mit Zivilgesellschaft, mit Rechtsstaat verbindet." *(ND,* 25./Z6.8.)

Der bürgerliche Parlamentarismus ist die Marionette des Finanzkapitals, das die vorhandenen Rechtsmittel durch den Staat, *seinem* Machtinstrument gegen die von ihm ausgebeuteten Klassen, in seinem persönlichen, also Profitinteresse, einsetzt. Somit kann von Demokratie nicht im Geringsten die Rede sein. Und auf dieser Basis will die PDS den Kapitalismus, ja was eigentlich, beseitigen, reformieren oder verschönern?

Aus ihren Worten und Taten spricht Opportunismus, was sich auch in den immer wieder gemachten Friedensangeboten an die SPD, die dekadente Ausverkäuferin von Arbeiterinteressen und Gralshüterin des Imperialismus, widerspiegelt. Selbst „radikaler Reformismus" ist ungeeignet, Klassenwidersprüche zu lösen und verwässert jede revolutionäre Idee.

Leo Trotzki schrieb in seinem Übergangsprogramm (1938): „Der Realität ehrlich die Stirn bieten, nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag, Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie in großen Dingen rigoros sein; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde des Handelns gekommen ist: das sind die Regeln der Vierten Internationale."

Dem habe ich nichts weiter hinzuzufügen als folgende persönliche Schlußfolgerung: Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der PDS und stelle zugleich den Antrag, in die SpAD aufgenommen zu werden.

Michael S.

SPARTAKIST

Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen und Stillegungen!

23. SEPTEMBER - Drei Monate auf dem Weg in die „soziale Marktwirtschaft" sind zwei Millionen Arbeiter, jeder sechste, entweder arbeitslos oder auf „Kurzarbeit". Überall in der ehemaligen DDR sind gerade die Frauen und eingewanderten Arbeiter unter den ersten, die massenweise rausgeworfen werden. Die Westpresse schreibt von „Angst" der ostdeutschen Bevölkerung darüber, was der Kapitalismus bringen wird. Was ihnen Sorge macht, ist die Wut der Arbeiter, ein „Heißer Herbst" des Klassenkampfs gegen die kapitalistische Verelendung. Und dieser Arbeiterwiderstand bricht schon aus (siehe „Kampfruf der Arbeiter aus dem Harz" auf dieser Seite). Der Streik der Bergarbeiter in Rottleberode könnte der Funke sein für weitverbreiteten Widerstand in der ganzen Region gegen den Raubzug der Bosse in der DDR, die Millionen Arbeiter auf den Müllhaufen schmeißen wollen.

Im riesigen Chemiewerk von Leuna bei Halle wissen die Kapitalisten, daß ihnen eine kämpferische Belegschaft gegenübersteht, die 1953 ein Zentrum des Arbeiteraufstands gegen die stalinistische Bürokratie war. Zuerst ist an die Presse durchgesickert, daß Leuna, mit 26700 Beschäftigten, zusammen mit dem nahen Buna-Werk von der Treuhand unter dem Hoesch-Boss Rohwedder auf die „Sterbeliste" gesetzt worden ist.

Der Betriebsvorstand hat zwar die Presseberichte sofort dementiert, aber jetzt existiert ein Plan, für den sich auch die IG Chemie starkmacht, die ehemaligen IG-Farben-Werke dadurch profitabel für die Nachfolgefirmen BASF und Hoechst zu machen, daß erst einmal 7000 Arbeiter bei Leuna und 8000 bei Buna rausgeworfen werden. Inzwischen sind in beiden Werken alle auf Kurzarbeit gesetzt, die vietnamesischen Kollegen „auf Null". Die Produktion ist stillgelegt. Ein langjähriger Ingenieur des Leuna-Werks befürchtet, daß durch die Stillegung lebenswichtiger Prozesse die Kapitalisten das Werk umbringen, ehe sie überhaupt entschieden haben, ob sie es weiterführen wollen. Mit Leuna ruinieren sie ein Werk, das uns gehört! Was für eine Verschwendung! *Produktionsaufnahme jetzt unter Arbeiterkontrolle!*

Es gibt eine lange Geschichte des Kampfes in der Region, vom bewaffneten Widerstand gegen die Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Arbeiteraufstand im Juni 1953. Es gibt eine Menge Verbitterung gegen die früheren stalinistischen Bürokraten. Aber es sind die Kapitalisten wie Rohwedder und ihre sozialdemokratischen Handlanger, die die Fabriken kaltstellen und ausplündern.

Kohls CDU hat die Volkskammerwahl mit dem Versprechen einer schnellen D-Mark und dem Slogan „Keine sozialistischen Experimente" gewonnen. Aber die ostdeutschen Arbeiter sind in der Position der Leute im Lada-Fernsehwerbespot, die ihre Ersparnisse für einen gebrauchten Westwagen hingelegt haben, der gleich auf der Autobahn liegenbleibt, und dann feststellen, daß es keine Ersatzteile gibt. Das ist nur der Anfang. Der „reale" Kapitalismus bedeutet Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und imperialistische Kriege!

Mit einer Menge Hilfe seitens der SPD, deren Gewerkschaftsbürokraten (die Trotzki die „politische Polizei" der Bourgeoisie genannt hat) und dem Gift des deutschen Nationalismus sind Kohl und die westdeutschen Bosse dabei, ein politisches Programm durchzudrücken, dessen Ziel die Zerschlagung der Arbeiterklasse ist, die in dem deformierten Arbeiterstaat der ehemaligen DDR aufgewachsen ist. Die Bosse wollen schnelle Profite durch die Eroberung des ostdeutschen Marktes machen und nicht langfristig investieren.

Ihr Ziel ist, das soziale Gefüge der früheren DDR zu zerreißen — FDGB, Kindergärten, Betriebskampfgruppen, Kulturhäuser usw. — und die Werktätigen zu paralysieren,

Fortgesetzt auf Seite 15

Kampfruf der Arbeiter aus dem Harz

ROTTLEBERODE, 23. SEPTEMBER - In den Schächten Rottleberode und Straßberg im Südharz sind am 19. September 500 Bergleute, Männer und Frauen, in einen Hungerstreik getreten für ihre Forderungen nach Ersatzarbeitsplätzen und einer Abfindung wie in Wismut und Mansfeld. Unser Korrespondent berichtet vom Schacht, daß sie kämpferisch und entschlossen sind. Ein Arbeiter hat uns gesagt: „Wir stehen alle zusammen. Kali tritt sofort mit in Ausstand. Es geht um alle." Obwohl ihnen im Tarifvertrag „Rationalisierungsschutz" versprochen wurde, sind 200 Kündigungen verschickt worden, die aber aufgrund des Widerstands der Belegschaft jetzt bis Ende Januar ausgesetzt wurden, so daß die Arbeiter nicht auch noch ihre Rentenansprüche verlieren. Sie verlangen eine Entscheidung über ihr Schicksal noch vor dem Anschluß am 3. Oktober.

Die Streikenden haben den Schacht und die technischen Anlagen besetzt. Die Frauen organisieren Unterstützung in der Stadt. Fernschreiben sind an alle Schächte in der Gegend verschickt worden. Alle haben zugesichert, daß auch sie streiken werden, wenn bis Montag die Forderungen nicht erfüllt sind. Bereits 2500 Bergarbeiter haben sich dem Kampf angeschlossen.

Wenn der Hungerstreik auch eine Verzweiflungstat ist, so zeigt die Besetzung der Grube den Weg vorwärts. Jetzt ist eine Ausweitung der Streiks notwendig! Dies könnte der Funke sein für Arbeiterwiderstand auf breiter Front gegen den Raubzug der Bosse — Millionen droht das gleiche Schicksal. Die Unterstützung von westdeutschen Bergarbeitern und anderen Gewerkschaftern, angefangen mit Arbeiterdelegationen, spielt eine Schlüsselrolle. Deutschland wird zwar unter der Herrschaft des Kapitals vereinigt, aber auch die Arbeiter können sich zusammenschließen!«

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 77 9. OKTOBER 1990 50 Pfennig

Feuerwerk am Himmel - kein Sekt im Arbeitsamt

Nach großdeutschem Rausch kommt Arbeiterwut

Die schwarzrotgoldene Fahne über dem Reichstag, die Freiheitsglocke, Kurt Masur, Feuerwerk und Sekt und Hunderttausende in den Straßen — aber trotz Helmut Kohls unablässiger Befehle zur „Freude" blieb diese in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober aus. Auf der Titelseite berichtete der britische *Guardian Weekly* (7. Oktober) über „Angst statt Jubel, während Deutschland vereinigt wird". Kein Wunder. Am Morgen des 4. Oktober wachte man auf mit Rundfunkübertragungen der ersten Parlamentssitzung im Reichstag seit Hitler — und seit dem *letzten* Weltkrieg — und mit den Schlagzeilen über 2,2 Millionen Arbeitslose in der ehemaligen DDR. Dann fuhr das gesamte Bonner Staatsvolk wieder heim; das obszöne großdeutsche Theater in Berlin war nur eine kurze Ablenkung von rasant steigender Arbeitslosigkeit und der Zerstörung des sozialen Gefüges im Osten.

Besonders ausländische Arbeiter und ihre Familien, die tagtäglich diskriminiert und von Abschiebung und rassistischem Terror bedroht werden, hatten Grund, diese „Feier" zu fürchten. Die Zeitungen vom 4. Oktober berichteten von Angriffen durch große Skinhead/Nazi-Rotten gegen mosambikanische Wohnheime in Guben (ehemalige Wilhelm-Pieck-Stadt) und Hoyerswerda.

„Ordnung herrschte in Berlin". Die Bourgeoisie ließ ein massives Polizei- und Militäraufgebot in Berlin auffahren (der Bundesgrenzschutz machte sein Debüt in Berlin), um die neue kapitalistische Gesamthauptstadt zu besetzen und dem Volk Ehrfurcht einzuflößen. Denn Ausschreitungen vor laufenden Fernsehkameras aus aller Welt wären ja peinlich gewesen. Doch als am 3. Oktober auf Initiative der Autonomen 10 000 Demonstranten gegen die Wiedervereinigung auf die Straße gingen, darunter viele Jugendliche und Immigranten, wurden sie brutal von der Polizei angegriffen, und es gab über 200 Verletzte.

Als die bürgerliche Presse in der frisch wiederhergestellten Souveränität des deutschen Imperialismus schwelgte, war Kohls „Botschaft" an die Regierungen deutlich: das „neue Deutschland" hat vor, die Muskeln spielen zu lassen. Kohl versprach Interventionen gegen „Terrorismus und Drogenmißbrauch", Bushs Deckwörter für imperialistische Aggressionen von Libyen bis Panama. Und Kohl erklärte, deutsche Streitkräfte könnten sich an den Interventionen der UN-„Friedens"truppen beteiligen. Die Bundeswehr also doch an den Persischen Golf?

Es gab einen Schwall von Demagogie über „Brücken bauen" zu Deutschlands Nachbarn. Die Wirklichkeit für Polen seit dem 3. Oktober ist ein Visumzwang für alle, die Deutschland besuchen wollen. Die bürgerlichen Politiker ergossen sich endlos über „Frieden", aber auch wenn das kriecherische Gorbatschow-Regime bereit zu sein scheint, die Schlüssel zum Kreml auszuhändigen, haben die deutschen Imperialisten nicht abgerüstet. Passenderweise wird ihre Waffenschmiede, der monströse MBB-Trust, vom Sohn des Berliner Bürgermeisters im Kalten Krieg, Ernst Reuter, geführt, der in der Nacht des 2. Oktober so oft gelobt wurde.

Bonns irreguläre Truppen, faschistische Banden, wüteten von Bonn und Aachen bis Weimar, Rostock, Schwerin und Magdeburg. Die obszöne Heuchelei von Bonns großdeutschem Berlin-Theater griff der Berliner *Tagesspiegel* auf, zweifellos unwillkürlich: Bundespräsident-„zu-schön-um-wahr-zu-sein"-Weizsäcker wird zitiert: „Wir wollen in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt dienen." Aber die Überschrift direkt darunter berichtet aus Leipzig: „Rechtsradikale brüllten ‚Sieg Heil'". 200 rassistische, mit Latten bewaffnete Skinheads konnten in der „Einheits"nacht auf dem Sachsenplatz einfallen und die Bevölkerung terrorisieren. Erfahrene, vorbereitete Arbeitergruppen aus den Betrieben unter einer entschlossenen Führung hätten diesem Abschaum die Lektion erteilen können, die er verdient, und diese neuen SA-Schläger von der Straße fegen können!

Das Vierte Reich ist nicht das Dritte Reich, und die kapitalistische Ordnung östlich der Elbe ist noch nicht konsolidiert worden. Die Arbeiterklasse der Ex-DDR schlägt gegen die Verelendung zurück. Die westdeutsche Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten ist ein Riese, dessen potentielle Macht von reformistischen Irreführern gefesselt ist. Vor uns liegt eine Menge harter Klassenkampf. •

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Klassenkampf-Wahlprogramm der Spartakisten ... Seite 7

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Drei Tage nach dem Anschluß und kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns folgendes: 21 Monate nach dem Überfall der Republikaner auf ein Restaurant in Berlin-Moabit am 14. Januar 1989 erhielten die *Opfer* Renate Dahlhaus und Michael Philippsen per Post Strafbefehle.

Michael wird Körperverletzung vorgeworfen, er soll 500 DM plus Nebenkosten bezahlen, Renate wird angeklagt, „einen anderen (Carsten Pagel) rechtswidrig mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt zu haben". Ihr wird darin eine Geldstrafe von DM 230,— zuzüglich der Kosten für Verfahren, Anwälte usw. oder ersatzweise Gefängnis angedroht. *Die Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit müssen sofort fallengelassen werden!*

Grundlage ist die Zeugenaussage des berüchtigten Spitzenkandidaten der Republikaner, Carsten Pagel, dem Führer des Überfalls, als eine Gruppe von Republikanerfaschisten eine bewaffnete Provokation auf Gäste eines überwiegend von Immigranten und Linken besuchten Restaurants starteten — sowie seines Gehilfen Hirsch. Dort hatte die Trotzkistische Liga Deutschlands (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) ein antifaschistisches Video gezeigt (siehe auch *Spartakist* Nr. 68, 1. März). Eine Woche später wurde derselbe Pagel entdeckt, wie er an fast gleicher Stelle einen Baseballschläger aus seiner Jacke zog. Glücklicherweise konnten ihn beherzte Antifaschisten daran hindern, seine Waffe einzusetzen.

Es ist sicher kein Zufall, daß die Spartakist-Bundestagswahlkandidatin Renate Dahlhaus, die auch die Sprecherin auf der größten antifaschistischen Demonstration am 3. Januar in Treptow mit über 250000 Teilnehmern war, gerade jetzt zum Anschluß der Ex-DDR an das Vierte Reich den Strafbefehl erhält.

Ursprünglich wurde gegen acht *Opfer* des Republikanerangriffs wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden) ermittelt. Inzwischen wurde gegen sechs Antifaschisten das Ermittlungsverfahren eingestellt. Das ist ein Erfolg.

Zeitgleich wird nun gegen die übriggebliebenen Opfer vorgegangen. Für Michael bedeutet es, daß es gegen ihn auch noch ein Zivilverfahren auf Schadenersatz geben kann. Also ist er konkret bedroht für einen Akt von Selbstverteidigung gegen Faschisten und soll mehrere Tausend Mark zahlen. Und auch im Falle von Renate liegt die wirkliche Bedeutung in der Kriminalisierung einer bekannten Antifaschistin und kommunistischen Kandidatin. Sie soll sich bei einem erneuten Überfall dieses Packs auf keinen Fall verteidigen können. Das ist die Botschaft. Sonst wird sie Wiederholungstäterin und ins Gefängnis gesteckt.

Garsten Pagel wurde nach diversen innerparteilichen Kämpfen nach Art der Republikaner, die, wie bekannt, Gewalt nicht nur gegen Gegner, sondern auch untereinander anwenden, zum Republikaner-„Führer". Mordanschläge, Provokationen, Schändungen von antifaschistischen Gedenkstätten häufen sich, gerade auch im Gebiet der ehemaligen DDR, wo die Faschisten auf Basis der chauvinistischen Welle Morgenluft wittern.

Das Komitee „Verteidigt die Antifaschisten von Moabit" hat bisher über 200 Unterschriften für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten erhalten. Insbesondere erhielten wir Geldspenden und Unterstützung von politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, Immigrantenorganisationen sowie Funktionsträgern von Parteien und Gewerkschaften. Die Unterstützung kommt bisher zum Beispiel von: ÖTV-Vertrauensleuten bei PanAm in Berlin, Gewerkschafter/Innen gegen Rassismus und Faschismus, Esther Bejarano (Vorsitzende des Auschwitzkomitees), Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Gewerkschaftssekretären aus Italien und Frankreich und vielen anderen mehr.

Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Wir bitten Euch, zu spenden und auch in Euren Organisationen, bei Euren Freunden, Kollegen usw. zu sammeln und Unterstützung zu mobilisieren!

Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 1348267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 112286,2000Hamburg11

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schute (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

Vertrieb: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11; Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 01026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10, - Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 77 **9. Oktober 1990**

Klassenkampf-Wahlkampf" Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Halle	Samstag, 27. Oktober, 16.00 Uhr
Rostock	Sonntag, 28. Oktober, 14.00 Uhr
Berlin	Donnerstag, 1. November, 19.00 Uhr
Hamburg	Samstag, 3. November, 15.00 Uhr
Torgelow	Freitag, 9. November, 18.00 Uhr

Ruft an für weitere Informationen:
(Halle) 29055 (Hamburg) 323644
(Westberlin) 492 78 66

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan!



Moscow News



Der Spiegel

Prokapitalistischer Demagoge Boris Jelzin (Mitte im linken Bild) und Michail Gorbatschow (rechts) einigen sich auf Plan für „freie Marktwirtschaft"

Zur Zeit der größten Weizenernte in der Geschichte der Sowjetunion ist das Brot aus den Moskauer Staatsläden verschwunden. Raucher randalieren, um Zigaretten zu bekommen. Jetzt soll die traditionelle Feier der bolschewistischen Revolution am 7. November abgesagt werden. George Bush stellt sich die Sowjetunion als künftigen Juniorpartner in der imperialistischen „Neuen Weltordnung" vor. Aber dies würde den Tod der Sowjetunion als ein — wenn auch von einer korrupten und nationalistischen Bürokratie regierter — Arbeiterstaat bedeuten. Und tatsächlich drängen die vorherrschenden politischen Kräfte in Rußland offen auf die Restauration des Kapitalismus — was die Aussicht auf einen Bürgerkrieg bedeutet, eher früher als später. Die sozialen Errungenschaften der bolschewistischen Revolution — des größten Sieges der internationalen Arbeiterklasse in der Geschichte — sind in tödlicher Gefahr!

Ende August wurde bekanntgegeben, daß der Präsident der Russischen Republik, Boris Jelzin, und der sowjetische Präsident, Michail Gorbatschow, sich auf ein Programm geeinigt hatten, innerhalb von 500 Tagen eine richtiggehende Marktwirtschaft einzuführen. Hausbesitz würde privatisiert werden, das bewirtschaftete Land an Kleinbauern verkauft und mindestens 70 Prozent der Industrieunternehmen entstaatlicht. Die wirkliche Macht der wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt würde von der Zentralregierung auf die Regierungen der verschiedenen Republiken übertragen werden. Das bedeutet effektiv das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Jelzin — ein früherer Statthalter Gorbatschows, der zu einem pseudopopulistischen Demagogen geworden ist — will „Sozialistische" aus der UdSSR entfernen und das Land in die Union der Souveränen Sowjetrepubliken umtaufen.

Der Hauptautor des 500-Tage-Plans ist Gorbatschows Wirtschaftsberater Stanislaw Schatalin, der auf die Frage, ob sein Plan zu einem höheren Lebensstandard und zu einer effizienteren Wirtschaft führen würde, antwortete: „Gott ist allmächtig." Gorbatschow selbst schwafelt davon, den Schatalin-Plan mit einem „gemäßigteren" Programm zu kombinieren, das sich der sowjetische Ministerpräsident, Nikolai Ryschkow, ausgedacht hat. Ryschkow war die Hauptfigur hinter dem abgebrochenen Schachzug, in diesem vergangenen Sommer den Brotpreis zu verdreifachen und bis Neujahr 1991 die Verbraucherpreise zu verdoppeln. Aber dies reichte den extremen Anhängern der „freien Marktwirtschaft" nicht, die nach Ryschkows politischem Kopf schreien.

Um Gorbatschow unter Druck zu setzen, nahm das von Jelzin dominierte Parlament der Russischen Republik das Programm der „500 Tage zum Kapitalismus" an. Und jetzt ist der sowjetische Präsident mehr oder weniger darauf eingeschwenkt, obwohl er eine Volksabstimmung über den Verkauf von Land fordert. Ryschkow, der um seine politische Existenz kämpft, hat im Fernsehen den Schatalin-Plan verurteilt, da er zu „Chaos" und Massenarbeitslosigkeit führe. Diese Situation spitzt sich schnell zu. Vorletzten Sonntag demonstrierten 50 000 Rechte in Moskau und forderten den Rücktritt nicht nur von Ryschkow, sondern auch von Gorbatschow. Doch Arbeiter leisten Widerstand gegen die Folgen der Perestroika. Die offiziellen Gewerkschaften haben gegen die Stadtregierung von Moskau, die für den „freien Markt" ist, Streiks organisiert.

Die unheilvolle Krise des sowjetischen Stalinismus

Die allseitige Krise, die die Sowjetunion bedrängt, hat ihre Wurzeln in der bürokratischen Degeneration unter

Fortgesetzt auf Seite 4

Für sozialistische Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

500-Tage-Plan...

Fortsetzung von Seite 3

J. W. Stalin in den 20er Jahren. Unter der nationalistischen Losung des „Sozialismus in einem Land" kehrte die Kreml-Bürokratie dem leninistischen Programm der proletarischen Weltrevolution den Rücken zu und stellte sich dagegen. In den 30er Jahren sagte Trotzki voraus, daß die stalinistische Bürokratie, wenn sie nicht von der sowjetischen Arbeiterklasse gestürzt würde, nicht nur keinen Sozialismus aufbauen würde, sondern im Gegenteil die Bedingungen schaffen würde für kapitalistische Konterrevolution.

Der „liberale" Stalinist Gorbatschow und seine Apologeten behaupteten, daß Perestroika (Umgestaltung) die Erneuerung und Modernisierung des Sozialismus bedeuten würde. Von Anfang an warnten wir, daß diese marktorientierten „Reformen" dazu bestimmt waren, auf Kosten der Arbeiterklasse die Privilegien der kleinbürgerlichen Bürokraten und Intellektuellen zu verstärken, und daß sie die Basis legen würden für kapitalistische Konterrevolution. Jetzt geht es nicht mehr darum, die Basis dafür zu legen, sondern die kapitalistische Restauration offen auf die Tagesordnung zu setzen.

In einem Interview am 10. September mit James Cleve, dem Nachrichtenkommentator des kalifornischen Pacifica-Rundfunksenders KPFA, wies der Sprecher der Spartacist League, amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), Joseph Seymour, darauf hin: „Das Programm derjenigen, die Sie Befürworter der ‚freien Marktwirtschaft' nennen, wie Jelzin — der unter anderem Reagan in seiner Autobiographie lobte, weil er angeblich die Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft wiederhergestellt hat —, wird zu massenhafter Verelendung der sowjetischen Werktätigen führen, zum Nutzen derer, von denen man hofft, daß sie eine neue Klasse von Kapitalisten sind, und ihrer sowjetischen Yuppie-Anhängsel".

Es ist klar, daß die Masse der sowjetischen Werktätigen einer kapitalistischen Marktwirtschaft als solcher feindlich gegenübersteht. Der Ideologe des „freien Marktes", Gawril Popow, zur Zeit Bürgermeister von Moskau, stellt fest, daß die „Massen sich nach Fairneß und wirtschaftlicher Gleichheit sehnen". Er ist besorgt über den Aufstieg eines „linken Populismus", der provoziert wird durch „die Politik, die zu Entstaatlichung, Privatisierung und Ungleichheit führt". Die am meisten verachtete Klasse von Leuten in der Sowjetunion sind die kleinkapitalistischen Unternehmer, die sogenannten „Kooperativler". Selbst das *Wall Street Journal* (10. August) gibt zu: „Der Ruf der Kooperativen ist ins Bodenlose gefallen, und heute werden sie überall als Spekulanten kritisiert, die darauf aus sind, auf Kosten der Nation schnelles Geld zu machen."

Doch es ist auch unbestreitbar, daß Jelzin bei den russischen Werktätigen sehr populär ist. Umfragen zeigen, daß er deutlich höheres Ansehen genießt als Gorbatschow. Wie kann man diesen Widerspruch erklären? Jelzin hat seine Unterstützung für die „freie Marktwirtschaft" mit demagogischen Angriffen auf die Privilegien der Bürokratie *maskiert*, und er fordert mehr Konsumgüter durch Kürzungen bei den Militärausgaben und den Investitionen in die Industrie. Aber jetzt ist die Maske gefallen, da Jelzins glitschige Demagogie einem Programm der offenen kapitalistischen Restauration angeheftet worden ist.

Befürworter des 500-Tage-Plans behaupten, daß der Verkauf von Wohnungen, Grundstücken und Fabriken einen Großteil der überschüssigen Rubel aufsaugen wird, die jahrelang in die sowjetische Wirtschaft gepumpt wurden. Daher würde der Preisanstieg für Konsumgüter niedriger ausfallen, als es sonst der Fall wäre. Das ist eine Lüge! Wenn die Unternehmen erst einmal in privater Hand sind, werden sie jeden Preis verlangen, den der Markt hergibt. Die sowjetischen Werktätigen werden jede Möglichkeit verlieren, die Lebenshaltungskosten zu steuern. Außerdem werden Millionen sowjetischer Arbeiter auf die Straße geworfen werden, wenn unrentable und unverkäufliche Betriebe schließen und gleichzeitig andere ihre Belegschaft radikal reduzieren. Das ist genau das, was in Polen bereits geschieht.



Reuters/Bettmann

Prokopjewsk, 15. Juli 1989: Sibirische Bergarbeiter streikten für Seife, Fleisch und Gerechtigkeit

Die Privatisierung der Wohnungen ist dazu gedacht, denjenigen Mitgliedern der Elite, die über nette Wohnungen verfügen, einen sofortigen unverhofften Gewinn zu verschaffen. Aber für die sowjetischen Werktätigen wird es katastrophal sein, besonders bei dem akuten Mangel an verfügbaren Wohnungen in der UdSSR. Sowjetische Armeeoffiziere und ihre Familien, deren Abzug aus Ostdeutschland geplant ist, demonstrierten kürzlich gegen die Maßnahme, sie in einer *Zeltstadt* im nördlichen Kaukasus anzusiedeln! Durch Privatisierung werden die Mieten für die wenigen freien Wohnungen in schwindelnde Höhen schießen. Junge Arbeiterfamilien könnten sich nie eine eigene Wohnung oder ein Haus leisten. Dies würde zum ausschließlichen Eigentum der neuen Klasse von vermögenden Kapitalisten und der Elite von Managern werden.

Der 500-Tage-Plan verspricht den Sowjetbürgern eine Art „Volkskapitalismus": „Eigentum in der Hand jedes einzelnen ist eine Garantie für die Stabilität der Gesellschaft" *(Financial Times* [London], 6. September). Aber Eigentum wird *nicht* in der Hand jedes einzelnen sein. Ganz im Gegenteil. Man kann keine Kapitalisten haben ohne Kapital. Selbst Rußlands kleine Unternehmer mit ihren Obstständen und Fernsehreparaturläden haben nicht das Geld, um Stahlwalzwerke und Kohlenbergwerke aufzukaufen. Wer hat es? Soweit sie Russen, Armenier usw. sind, werden die neuen Besitzer aus den Reihen der bürokratischen Elite kommen, die Zugang zu Staatsanleihen und westlichen Banken haben.

Fortgesetzt auf Seite 12

Schachtbesetzungen im Harz ausverkauft

Einige Tage lang stand das Land am Rande des wichtigsten Arbeiterwiderstands seit dem kapitalistischen Ansturm auf die DDR. Arbeiter in ganz Deutschland solidarisierten sich mit dem Hungerstreik der 500 Harzer Kumpel, deren Arbeitsplätze zum Untergang bestimmt sind, weil ihr Bergwerk für die Kapitalisten nicht profitabel genug ist. Der Streik ging wie ein Lauffeuer durch die Schächte: Sondershausen, Mühlhausen, Menteroda, Pöthern, Nordhausen, Sollstedt. Die Arbeiter wurden aus Verzweiflung zum Hungerstreik getrieben, aber ihr Kampf weitete sich zu Schachtbesetzungen von 2500 Kumpels aus, die die technischen Anlagen des Bergwerks *kontrollierten.*

Die Bergleute zeigten für kurze Zeit ihre Macht. Ihre entschlossene Aktion hatte die Betriebsleitung gezwungen, die bereits ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen, aber es ging um mehr: die Existenz von Tausenden Familien, der ganzen Region, steht auf dem Spiel. Die Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß ihr Kampf weiterhin mit leeren Versprechungen der kapitalistischen Regierung und ihrer sozialdemokratischen Agenten abgewürgt wird.

So bot sich Hans Modrow (PDS), der Mann, der gern Signale gibt („Deutschland, einig Vaterland"), bei den streikenden Bergleuten als Vermittler gegenüber Lothar de Misere an und pries die Stillegung des Kupferbergbaus in Mansfeld als „Pilotlösung". Schöne Lösung: ein Blick ins Mansfelder Revier zeigt die Wahrheit. Die Kapitalisten wollen durchziehen, was sie den Kumpeln im Ruhrgebiet seit Jahren aufzwingen: einen Tod auf Raten. Nachdem ihnen ihre Arbeitsplätze mit einigen tausend Mark „abgefunden" wurden, dürfen sich die Bergleute jetzt um ein paar Dutzend Billiglohn-Jobs im Westen bewerben.

„Bis zu den Wahlen muß Ruhe herrschen im Land", kommentierte *Die Zeit* (28. September) und warnte vor einem „heißen Herbst". Alle 20000 Kali-Bergarbeiter waren bereit, sich dem Streik anzuschließen. Viel mehr hätte gewonnen werden können als ein schwaches Versprechen von Abfindungen. Die Trotzkisten der SpAD intervenierten, um die Besetzungen zu stärken und auszuweiten, und riefen auf zu gewählten Streikkomitees und zur „Unterstützung durch westdeutsche Bergarbeiter und andere Gewerkschafter, angefangen mit Arbeiterdelegationen" für die Kumpel. Die Arbeiter dürfen sich nicht länger mit Almosen abspeisen lassen! Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen und Stillegungen!«

Veranstaltungskalender der SpAD

Berlin

Donnerstag, 11. Oktober, 18.00 Uhr

**Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!**

Donnerstag, 25. Oktober, 18.00 Uhr

**USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!**

Donnerstag, 8. November, 18.00 Uhr

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 0 11 90
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: (Westberlin) 4927866

Halle

Samstag, 13. Oktober, 16.00 Uhr

Das imperialistische Großdeutschland bedroht Polen und die Sowjetunion. Verteidigt die Oktobererrungenschaften!

Samstag, 10. November, 16.00 Uhr

**USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!**

Kultur- und Tagungszentrum, Raum 30
Leninallee 70, Halle 0 4020
Telefon: (Halle) 29055

Hamburg

Mittwoch, 17. Oktober, 19.00 Uhr

**USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!**

Halkevi, Neuer Kamp 31 (U-Bahn Feldstr.)

Sonntag, 21. Oktober, 17.00 Uhr

Video: Philadelphia - wir stoppten den KKK!

Kulturzentrum, Carolinenstr. 12, 2000 Hamburg 36
Telefon: (Hamburg) 323644

Leipzig

Mittwoch, 24. Oktober, 18.00 Uhr

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Leipziger Vereinshaus, Raum 225
Seeburgstr. 5-9, Leipzig 07010
Telefon: (Halle) 29055

Torgelow

Freitag, 12. Oktober, 18.00 Uhr

**USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!**

Freitag, 26. Oktober, 18.00 Uhr

Video: Philadelphia - wir stoppten den KKK!

SpAD, Bahnhofstraße 10, Torgelow 02110

Verteidigt PDS...

Fortsetzung von Seite 16

Wie hohl klingt Gysis Kommentar: „Die Rechtsradikalen isolieren sich durch solche Aktionen letztendlich nur selbst" *(Neues Deutschland,* 1. Oktober). Könnte irgend etwas die Faschisten stärker ermutigen als dieses Schauspiel ohnmächtigen Vertrauens in den bürgerlichen Staat? Obwohl die Faschisten heute noch wenige sind, können sie auf der Basis solcher erfolgreichen *Überfälle* rekrutieren.

Es darf nicht kleinen Gruppen von Linken und eingewanderten Jugendlichen überlassen werden, den Nazis und der Polizei gegenüberzutreten. Solche Gruppen haben nicht die soziale Macht, um die Faschisten zu zerschlagen — es ist die Arbeiterklasse, der die PDS den Rücken zugewandt hat, die diese Macht hat!

Frankfurt/Oder war nur der letzte Schauplatz einer Reihe von faschistischen Angriffen auf PDS-Versammlungen. Am Wochenende des 22./23. September ließ sich eine PDS-Versammlung von 500 Leuten in Glauchau (Sachsen) von 30-35 Faschisten einschüchtern, die „Sieg Heil" schrien. Ein Korrespondent berichtete: „Zwei Stunden lang wurden Hans Modrow und andere Genossen schlimm beschimpft. .. Die 20 Volkspolizisten sahen dem Treiben tatenlos zu" *(Neues Deutschland, 25.* September).

In Dresden wurde am 22. September ein PDS-„Familienfest" abgehalten, das 5000 Besucher anzog. Ein Marschblock von 150 Faschisten formierte sich in der Innenstadt, um das Treffen, auf dem Gysi auftreten sollte, zu zerschlagen. Als er Fragen beantwortete, begannen Eier und Flaschen zu fliegen. Gysi erklärte: „Rechtskonservatismus gehört zur politischen Kultur einer pluralistischen Demokratie". Kommentar eines Nazischlägers: „Ich will nicht von einem Juden regiert werden. Ich will diese Menschen ausrotten" *(taz,* 24. September).

Die Leichtigkeit, mit der sich große Versammlungen von PDS-Mitgliedern von kleinen Banden von Nazischlägern stören ließen, ruft den Aufstieg der Nazis in Erinnerung, der gerade mit der Zerschlagung von Treffen der Arbeiterorganisationen und der Unterdrückung von Protesten gegen ihre eigenen Treffen begann. Hitler prahlte in *Mein Kampf* mit dem Sieg seiner Sturmabteilungen November 1921 im Münchner Hofbräuhaus, eine fürchterliche Warnung, die von der Arbeiterbewegung nicht beachtet wurde. Trotzki beschrieb Hitlers Taktik in „Weitere Diskussionen über das Übergangsprogramm" (Juni 1938): „Zu einer Versammlung der Sozialdemokraten sandte er eine Bande mit Rudolf Hess. Er sagt, daß seine Burschen am Ende der Versammlung alle Arbeiter vertrieben, und sie waren unfähig, sich ihnen zu widersetzen. Da wußte er, daß er siegreich sein würde. Die Arbeiter waren nur dazu organisiert, Beiträge zu zahlen. Überhaupt keine Vorbereitung für andere Aufgaben."

Was benötigt wurde und wird, sind disziplinierte, entschlossene Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern, die mit der Unterstützung von Abertausenden weiteren Arbeitern und Unterdrückten rechnen können.

Gysi ist als PDS-Vorsitzender jüdischer Herkunft das erste Ziel der Faschisten. Aber auch die Hexenjäger der CDU/SPD haben sich Gysi herausgegriffen. In Herzberg verteilte der Bürgermeister höchstpersönlich Flugblätter, die Gysi als „Boß von Terroristen und Chaoten" brandmarkten. Die syphilitische Ansteckungskette führt bis zum „vornehmen" *Spiegel,* dessen antisemitischer Hauptartikel Gysi als „Der Drahtzieher" angreift.

Die Explosion des deutschen Nationalismus unter den Vorzeichen des Vierten Reichs bedeutet einen Wiederaufstieg von Antisemitismus: Schändung von jüdischen Friedhöfen in der gesamten DDR, und vor kurzem die regelmäßige Schändung von Friedhöfen in Baden-Württemberg. Inzwischen verweigert Bonn jüdischen Flüchtlingen aus der Sowjetunion die Einreise. „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!" war der Slogan auf einem Protest, der von der SpAD am 19. September vor der Berliner Mahnwache für die Opfer des Faschismus initiiert wurde (leider entschloß sich die PDS fernzubleiben).

Selbst eine unvollständige Liste der Naziüberfälle in den letzten zwei Monaten führt das Spektrum derjenigen auf, die sie für die Vernichtung als „Untermenschen" ausgesondert haben: 18. August, „Junge Nationaldemokraten" der faschistischen NPD überqueren die polnische Grenze bis Zgorzelec; ein sowjetischer Soldat wird nahe Schwerin erschossen aufgefunden. 21. August: Vier Vietnamesen werden in einer Ostberliner S-Bahn blutig zusammengeschlagen (die Bestien filmten ihren brutalen Angriff mit einer Videokamera). Am Wochenende *25./26.* August Angriffe auf mosambikanische Wohnheime in Heidenau und Trebbin (nahe Berlin). Ende August: 120 Nazis bedrohen Schwule in Dresden. 5. September in Magdeburg: Ein Angriff auf sowjetische Soldaten, wird durch den Warnschuß eines Offiziers gestoppt. 8. September: Brutale Angriffe auf eingewanderte Arbeiter und Verwüstung eines PDS-Informationsbüros in Schwerin. 23. September: Türkische Jugendliche werden auf dem Alexanderplatz angegriffen.

Der Kampf gegen die faschistischen Mörder beginnt „in den Fabriken und endet auf den Straßen", wie es Trotzki formulierte. Die Macht der Arbeiterklasse kann und muß gegen den Nazi-Abschaum mobilisiert werden. Wir Spartakisten initiierten eine antifaschistische Einheitsfrontmobilisierung, nachdem das Ehrenmal für die sowjetischen Rotarmisten in Treptow geschändet wurde, die dann von der SED/PDS aufgegriffen wurde. Am 3. Januar versammelten sich 250 000 Leute, darunter aus Fabriken wie Bergmann-Borsig. Diese machtvolle prosowjetische Demonstration war eine Gegenmobilisierung gegen den Druck auf Wiedervereinigung aus Bonn, und um einiges größer als jede der Wiedervereinigungs-Orgien in Leipzig. Aber die SED/PDS kapitulierte vor der SPD-geführten Hetzkampagne gegen Treptow, wie sie schon davor mit der Auflösung der Betriebskampfgruppen kapituliert hatte, und schwor sich, solche antifaschistischen Mobilisierungen in Zukunft zu unterlassen. Dieser Zusammenbruch gab dem Gewaltmarsch zum kapitalistischen Anschluß der DDR neue Nahrung. Die jetzigen Angriffe gegen die PDS gehören zu den bitteren Früchten dieser Kapitulation. Sie zeigen den Bankrott der Politik der PDS und die Notwendigkeit einer revolutionären, trotzkistischen Führung.

Der Aufruf zur Aktion, der von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und den Spartakist-Gruppen herausgegeben wurde (die sich zur SpAD zusammenschlössen), bleibt brennend aktuell:

> „Zehntausende von Arbeitern aus Berliner Fabriken und aus der ganzen DDR und BRD müssen in machtvollen Einheitsfrontaktionen mobilisiert werden, um diese Mörder zu stoppen. Und *zwar jetzt,* bevor es zu spät ist! Wir wenden uns genauso an unsere Kollegen aus Vietnam, aus Polen und aus Mocambique, die besonders unter dem Ausländerhaß und rassistischer Gewalt zu leiden haben.
>
> Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen... Es ist die vorrangige Aufgabe der Werktätigen, das finstere Nazi-Pack wegzufegen."«

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

EXTRABLATT

Schließt euch dem Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten an!

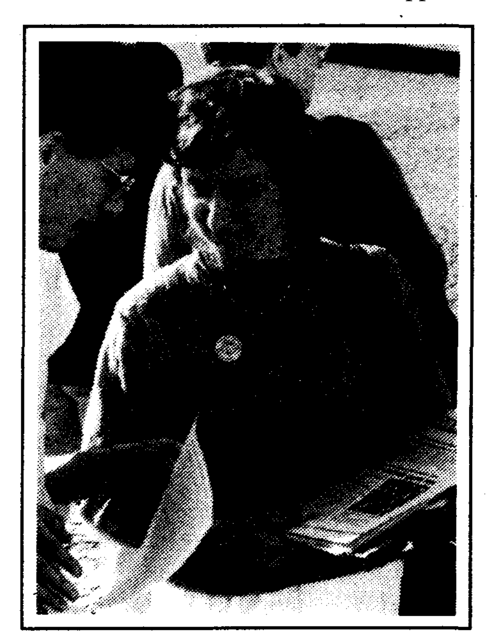
Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

- **Für Massenstreiks gegen Massenentlassungen - Für Betriebsbesetzungen und Arbeiterkontrolle!**
- **Erkämpft und verteidigt die Rechte der Frauen!**
- **Verteidigt eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti!**
- **Gegen antikommunistische Hexenjagd!**
- **Verhindert Angriffe auf sowjetische Soldaten!**
- **Nieder mit der NATO und dem großdeutschen Imperialismus!**
- **Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!**

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) kandidiert bei der Bundestagswahl am Z Dezember mit dem Programm für Arbeiterwiderstand gegen die katastrophalen Folgen des Anschlusses der ehemaligen DDR. Wir Trotzkisten sind die Partei der unversöhnlichen Opposition gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) wollen wir die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufbauen.

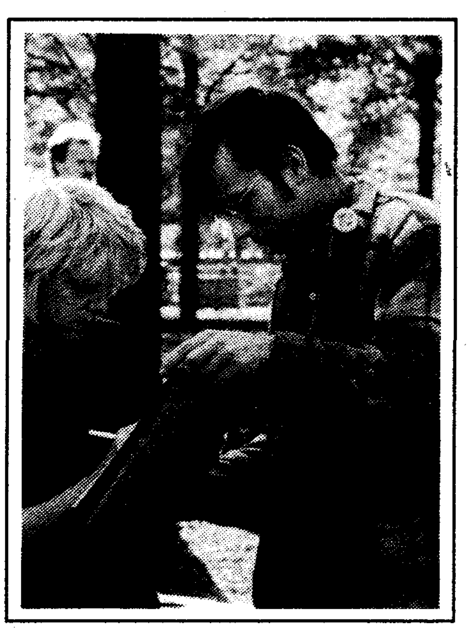
Viele von euch kennen die Spartakist-Arbeiterpartei als die Partei, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat. Als im letzten März Millionen für die Schnelle Mark" stimmten, weil sie dachten, es würde Wohlstand bringen, als andere davon redeten, den Ausverkauf zu „besseren" Bedingungen zu kriegen, ihn zu verlangsamen, sagten wir die bittere Wahrheit — daß die Vereinnahmung der DDR durch das imperialistische Westdeutschland heißt: Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf Frauen und eingewanderte Arbeiter, die Zunahme der faschistischen Kräfte

Fortgesetzt auf Seite 8



Spartakist-Fotos

Spartakist-Kandidaten für die Bundestagswahl in Berlin (Fotos von links nach rechts): Jana Strauchfuß, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit



WÄHLT SPARTAKIST!

Klassenkampf-Wahlprogramm...

Fortsetzung von Seite 7

und das Wachsen des großdeutschen Imperialismus. Die SpAD hat es vorausgesagt. Jetzt, wo die Menschen aus dem D-Mark-Rausch aufzuwachen beginnen, ist es umso wichtiger, bei der Klassenkampf-Wahlkampagne der Spartakisten mitzumachen.

Durch Streiks und Demonstrationen haben die ostdeutschen Arbeiter angefangen, Widerstand zu leisten. Die Bourgeoisie fürchtet einen „heißen Herbst": trotz all der Feiern mit Sekt und Feuerwerk am Brandenburger Tor — ihr Staatsapparat ist östlich der Elbe noch nicht in Stellung, und das SPD/DGB-System der Kontrolle über die Arbeiterklasse, das auf den Trümmern des FDGB errichtet wird, ist noch wackelig. Die Bosse wollen inzwischen die westdeutschen Arbeiter die Zeche bezahlen lassen für die Plünderung Osteuropas durch die Deutsche Bank; dabei benutzen sie die „Kosten der Wiedervereinigung" und den Druck der Ex-DDR als „Billiglohnland", um gewerkschaftliche Forderungen runterzuhandeln. Der Schlüssel zum Sieg in den Abwehrkämpfen der Werktätigen besteht darin, die Macht der westdeutschen Arbeiter zu verbinden mit der Kampfbereitschaft ihrer ostdeutschen Kollegen, die mit dem Rücken zur Wand stehen. Für die Einheit der Werktätigen im Kampf, in Ost und West, Frauen und Männer, Deutsche und Immigranten, mit der Führung einer wirklichen leninistisch-trotzkistischen Partei.

Kampfprogramm der Spartakisten

Die Arbeiterinnen in der Ex-DDR haben mit die schwersten Schläge durch die Übernahme durch das Kapital einstekken müssen. Betriebe und Gemeinden schließen ihre Kindergärten. Die Mehrheit der neuen Arbeitslosen sind Frauen. In Westberlin zerschlug die SPD/AL-Koalition im Zusammenspiel mit den Gewerkschaftsbonzen den Kita-Streik. Die Bourgeoisie hat dem Recht auf Abtreibung in der Ex-DDR nur eine kurze Galgenfrist gegeben. Grüne und Feministen unterstützen die „verbesserte" Version des Anti-Abtreibungs-Paragraphen 218 von der CDUlerin Süssmuth, mitsamt der Zwangs„beratung". Die Spartakisten sagen:

- **Keine Schließung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung, auch nicht von Betriebskindergärten! Kostenlose, vom Staat bezahlte Kinderbetreuung rund um die Uhr, von hoher Qualität, für alle in Ost und West!**
- **Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch als Teil umfassender medizinischer Versorgung hoher Qualität für alle!**

In der Ex-DDR werden ausländische Arbeiter zum Sündenbock für die Arbeitslosigkeit gemacht, entlassen, von faschistischen Banden überfallen und aus dem Land getrieben. Im Westen haben die Sozialdemokraten bei der Abschiebung von Roma und Cinti, Opfern des Nazi-Holocaust, die Führung übernommen. Dies ist eine tödliche Bedrohung für *alle* Arbeiter. Es ist notwendig, gegen alle Formen von Rassismus und Chauvinismus zu kämpfen, die sich im Osten gegen vietnamesische, mosambikanische, polnische und andere ausländische Arbeiter und im Westen gegen türkische, kurdische und andere eingewanderte Arbeiter richten. Die großdeutsche Wiedervereinigung hat den Neonazi-Abschaum enorm ermutigt. Homosexuelle und linke Demonstranten werden von Skinheads angegriffen. Jüdische Friedhöfe werden regelmäßig geschändet, und jetzt schließt Bonn seine Grenzen gegenüber jüdischen Flüchtlingen aus der UdSSR. Die Spartakisten sagen:

- **Keine Abschiebungen! Roma und Cinti haben das Recht zu bleiben! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien! Weg mit dem Einreisestopp für Juden!**
- **Für Verteidigungsgruppen der Arbeiter, um die Wohnheime ausländischer Arbeiter und die Wohnviertel von Immigranten zu schützen! Für Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!**
- **Gegen jede Diskriminierung von Homosexuellen!**

Die Währungsunion am 1. Juli markierte die formale kapitalistische Übernahme der kollektivierten Planwirtschaft des früheren bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR. Die Bourgeoisie ist jetzt daran, die „schöpferische Zerstörung" (Bundesbanklosung) voranzutreiben. Ihr Geschöpf heißt Massenarbeitslosigkeit. Bei diesem erbarmungslosen Angriff auf den Lebensstandard werden Millionen auf die Straße geworfen oder auf „Kurzarbeit" gesetzt. Die SPD versucht, den Arbeiterkampf durch das System der Betriebsräte den Bossen unterzuordnen, mit dem man bereits die FDGB-Gewerkschaft zerschlagen hat und Rote raussäubert. Die DGB-Gewerkschaften schließen mit den Bossen ein Abkommen und begrenzen die Lohnerhöhungen in der Ex-DDR auf die Steigerung der Produktivität. Nicht Klassenzusammenarbeit, sondern der Kampf für Arbeiterkontrolle — die den Bonzen, die Bosse geworden sind, die Betriebe entreißt — kann die Pläne der Kapitalisten und ihrer Treuhand-Lakaien zunichte machen.

- **Für Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen! Für gewählte Streikkomitees! Werft die Bonzen raus und macht die Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Klassenkampfs.**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, in Ost und West, für Frauen und Männer, für Jugendliche und ausländische Arbeiter! Für eine gleitende Skala der Löhne (automatische Erhöhungen entsprechend den Preissteigerungen bei Konsumgütern)! Für eine gleitende Skala der Arbeitszeit (Umverteilung der Arbeit auf alle Hände)! Für ein groß angelegtes Programm öffentlicher Arbeiten, bei vollem Tariflohn!**

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneweide
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW
Bahnhöfstraße 10, Torgelow 2110
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (030)4927866

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o KTZ, Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 2 90 55

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231
2000 Hamburg 11
Tel: (0 40) 32 36 44

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SpAD
Postlagernd
Torgelow 2110

- **Für die Enteignung der kapitalistischen Banken und Industrien durch eine Arbeiterregierung! Für eine wirkliche sozialistische Planwirtschaft unter der Kontrolle von Arbeiterräten, die jederzeit abwählbar sind!**

Sofort am 3. Oktober setzten die Bonner Behörden ihre von langer Hand vorbereitete antikommunistische Hexenjagd in Kraft. „Überprüfungen" von Richtern und Lehrern, Berufsverbote für frühere SED- und heutige PDS-Mitglieder sowie Verhaftungen von „Meisterspionen" sind an der Tagesordnung. Das BKA übernahm inzwischen das Stasi-Hauptquartier. Und ehemalige Mitglieder der RAF sind an westdeutsche Gefängnisse ausgeliefert worden.

- **Stoppt die Repression gegen PDS, FDJ und FDGB! Für Einheitsfrontaktion gegen das Parteienteignungsgesetz! Weg mit den Berufsverboten! Hände weg von Markus Wolf!**
- **Freiheit für die Mitglieder der RAF! Weg mit dem Gesinnungs-Paragraphen 129a!**

Es ist abscheulich, daß sowjetische Soldaten und Offiziere sowie ihre Familien beschimpft und diskriminiert werden und jetzt die Zielscheibe von mörderischen bewaffneten Überfällen durch deutsche Nationalisten geworden sind. Die Rote Armee und die sowjetischen Völker befreiten Deutschland und Osteuropa von der Geißel des Faschismus, 28 Millionen Menschen aus der Sowjetunion starben dafür. Jahrzehntelang standen die Soldaten der sowjetischen Armee an der Frontlinie gegen den NATO-Imperialismus auf ihrem Posten.

- **Für proletarische Einheitsfrontaktionen, um unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien zu verteidigen und zu ehren!**

Großdeutschland heißt „Drang nach Osten", nach Kaliningrad und darüber hinaus. Sie bereiten die Bundeswehr auf weltweiten Einsatz vor. Und eine bloße Grundgesetzklausel oder das „Zwei-plus-vier"-Abkommen wird die Bourgeoisie von Auschwitz, die dem Apartheid-Südafrika geholfen hat, die Atombombe zu entwickeln, nicht davon abhalten, selbst Atomwaffen einzusetzen. Selbst eine „verkleinerte" Bundeswehr wird bald größer sein als die Streitkräfte der Sowjetunion und der USA in West- und Mitteleuropa insgesamt. Die Imperialisten brüsten sich, sie hätten „den Kalten Krieg gewonnen", doch wir sind einem dritten Weltkrieg mit seiner Gefahr eines atomaren Holocaust ein ganzes Stück nähergekommen — der kritische Punkt ist heute der Persische Golf. Die einzige Abrüstung, die einen Krieg verhindern oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch Arbeiterrevolution.

- **Nieder mit der NATO! Kein Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!**
- **Imperialistische Streitkräfte raus aus dem Persischen Golf! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer! Keine Bundeswehr-Tornados in die Türkei!**
- **Brecht die Blockade! Die UdSSR muß ihr Waffenembargo gegen Irak aufheben!**

Wenn Kohl & Co. von einem vereinigten Deutschland in einem vereinigten Europa reden, dann reden sie über die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeutung bis zum Ural und darüber hinaus. Von Afghanistan bis Ostdeutschland hat Gorbatschow den Imperialisten alles gegeben, was sie wollten. Jetzt drohen Gorbatschow und Jelzin, die sowjetischen Völker dazu zu zwingen, das Elend der Marktwirtschaft durchzumachen.

- **Bedingungslose militärische Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution!**
- **Für proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratien, bevor sie alles an die Imperialisten ausverkaufen!**
- **Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!**
- **Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!**

Der Weg von Lenin und Trotzki

Heute sind die historischen proletarischen Errungenschaften der Oktoberrevolution und sogar die bloße Existenz der Sowjetunion in Gefahr. Von Zentralasien bis Osteuropa droht Bürgerkrieg. Gorbatschows Kapitulation vor dem wiedervereinigten imperialistischen Deutschland hat NATO-Truppen an die Oder-Neiße-Grenze gebracht. Und da das Versagen der Markt-Reformen seiner Perestroika ein Wirtschaftschaos hervorruft, gibt es eine panikartige Flucht in den Kapitalismus. Der Markt wird als ein Allheilmittel hingestellt, aber seht euch die ersten Ergebnisse an: in Polen gibt es volle Schaufenster und leere Mägen; in der Sowjetunion gibt es eine Rekordernte, die auf den Feldern verfault, und Lebensmittelknappheit in den Städten. Die Antwort auf sechseinhalb Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Mißwirtschaft ist nicht die brutale Zerstörung, die der kapitalistische Markt anrichtet, sondern eine Planwirtschaft unter der Demokratie von Arbeiterräten.

Dies war das Programm von Leo Trotzki und der Linken Opposition, die gegen Stalin und die parasitäre Sowjetbürokratie gekämpft haben, als diese die Macht an sich riß und eine konservative, nationalistische Politik im Innern verkündete, den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande". Das Gegenstück dazu nach außen war bei den Stalinisten die „Volksfront", die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie fesselt, um die proletarische Revolution zu enthaupten. Um diese Politik der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus durchzuführen, müßten Stalin und seine Komplizen (wie der brutale Ulbricht) die Trotzkisten ermorden, die davor warnten, daß die Bürokratie der Konterrevolution den Weg ebnet. Heute, wo Gorbatschow und Gysi offen die Restauration des Kapitalismus zu ihrer eigenen Sache machen, verleumden sie noch immer den Trotzkismus, weil er das wirkliche bolschewistische Pro-

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!
Volles Abo (16 Ausgaben); DM 10-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre *„Marktsozialismus" in Osteuropa*

Name ______________________
Adresse ______________________
____
Telefon ______________________
Sp 77

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin-Mitte
KontO-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 11988-601

Klassenkampf-Wahlprogramm...

Fortsetzung von Seite 9

gramm der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt verkörpert, das sie und ihr Opa Stalin verraten haben.

Die marode DDR-Wirtschaft war nicht das Ergebnis von zuviel Planwirtschaft, wie alle, von Kohl bis Gysi, behaupten, sondern von zuwenig. Vor allem auf internationaler Ebene. Die Leuna-Arbeiter produzierten Hunderte von Produkten aus sowjetischem Öl, doch die Lieferungen wurden gestrichen, als die Kreml-Bürokraten die hohen 01-preise auf dem Weltmarkt ausnutzen wollten. Also befahlen Honecker und Mittag den DDR-Kraftwerken, Braunkohle zu verbrennen, was die Atmosphäre und die Lungen verseucht. Angesichts des imperialistischen Lieferboykotts von fortgeschrittener Technologie bauten die Robotron-Arbeiter voll einsatzfähige Computer — aber jetzt kauft die Sowjetunion IBM-Produkte, und die ostdeutsche Computerindustrie liegt in Trümmern. Bei unserem Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung appellierten wir Trotzkisten nicht an den engstirnigen DDR-Nationalismus, sondern wir stellten ein Programm für die sozialistische Wiedervereinigung und für internationale sozialistische Wirtschaftsplanung auf.

Daraufhin beschuldigten uns die politisch bankrotten Überbleibsel des SED-Stalinismus, „rote Seifenblasen" zu machen. Aber wer war denn „unrealistisch": wir, die wir zur Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter gegen die Konterrevolution aufriefen, oder diejenigen, die wie Gysi und Modrow vor dem Ansturm Bonns kapitulierten und „schwarzrotgoldene Seifenblasen" machten? Was ist mit den „Bürgerbewegungen", die von einem „dritten Weg" träumten, bei den Wahlen in der DDR am 18. März aufgerieben wurden und jetzt die Speerspitze bilden bei der Hexenjagd gegen Stasi und PDS? Oder mit denjenigen, die die Lügen von Kohl und den Sozialdemokraten geglaubt haben, daß die D-Mark die Rettung bringen würde? Die Spartakisten sagen unverblümt, daß die Bildung eines vereinigten imperialistischen Deutschlands eine schwere Niederlage ist. Aber wir sagen auch, daß die Werktätigen sich gegen die Folgen wehren können und müssen. Während die Reformisten um Sitze im neuen Reichstag rangeln, benutzt die SpAD diesen Wahlkampf als eine Plattform, um bolschewistische Politik und harten Klassenkampf zu propagieren.

Nach 45 Jahren stalinistischer Mißwirtschaft hat die SED/PDS den Kapitalisten einfach alles übergeben. Gysi kriecht Lafontaine und den Hexenjägern von der SPD hinterher, und ein Großteil der „radikalen Linken" kriecht Gysi hinterher. Die Grünen sind über die Hexenjagd gegen die PDS gespalten, die Mehrheit gibt Öko-Antikommunismus von sich, während viele Ex-Fundis (und manche Realos) zu Gysis „linker" Sozialdemokratie übergehen. Die Linke Liste/PDS ist so fixiert auf ihre Integration in dieses deutsch-nationalistische kleinbürgerliche Milieu, daß die Arbeiterklasse für sie völlig aufgehört hat zu existieren. Sie sehnen sich danach, Juniorpartner in einer Koalition mit den kapitalistischen Herrschern zu werden — die loyale „Opposition" zur Bourgeoisie von Auschwitz und Babi Jar! Das ist die Volksfront, die sie in der stalinistischen Schule gelernt haben. Keine Stimme den Grünen und der PDS, den Kammerzofen des Kapitals!

Für die kämpferische Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist eine kleine Partei, die vor großen Aufgaben steht. Als Teil unseres kommunistischen Programms haben wir Gelegenheiten gesucht, die leninistische Taktik der Einheitsfront auszunutzen, um Kräfte im gemeinsamen Kampf zusammenzubringen, ohne die politischen Standpunkte zu verwischen. So haben wir die antifaschistische Einheitsfrontmobilisierung initiiert, nachdem das Treptower Ehrenmal für die Kämpfer der Roten Armee, die im Kampf zur Zerschlagung des Nazismus gefallen sind, geschändet wurde. Unser Aufruf wurde auch von der SED-PDS aufgegriffen, und am 3. Januar kamen etwa 250000 Menschen zur größten antifaschistischen Demonstration, die es je in Deutschland gab. Aber die SPD-Führer und die Kalten Krieger im Westen gerieten in Wut über diese machtvolle prosowjetische Mobilisierung gegen Bonns Wiedervereinigungskampagne, und die SED-PDS kapitulierte vor ihnen.

Die konterrevolutionäre Offensive in der DDR entfesselte eine Flut von rassistischen Terrorangriffen der Faschisten/Skinheads auf eingewanderte Arbeiter und eskalierenden Antisemitismus. Jetzt hat Modrow sein „Deutschland, einig Vaterland", und die Nazis zielen buchstäblich auf Gysi ab. In Zeiten des „Wohlstandes" werden die faschistischen Stoßtruppen des Kapitals in der Reserve gehalten, wo sie immer wieder Provokationen starten und sich darauf vorbereiten, in Zeiten der Krise blutigen Terror zu entfesseln. Doch in der früheren DDR droht jetzt eine Wirtschaftskrise. Und ohne eine allgemein anerkannte, zielbewußte kommunistische Opposition könnten die Faschisten aus den zerschlagenen Hoffnungen kapital schlagen, indem sie ausländische Arbeiter und Linke überfallen. „Dialog" mit diesen Mördern, wie es die PDS will, ist selbstmörderischer Unsinn. Notwendig sind Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, die die Faschisten *jetzt* stoppen können, solange sie noch klein und relativ isoliert sind.

Das von der SPD angezettelte Parteienteignungsgesetz ist ein Teil der üblen Kampagne, frühere und jetzige Mitglieder von SED und PDS zu kriminalisieren und Widerstand gegen den kapitalistischen Anschluß zu ersticken. Jetzt wird es gegen die Gewerkschaften verwendet. Die SpAD weigerte sich, ihre Parteifinanzen den Treuhändern von der Deutschen Bank zu übergeben. Außerdem forderten wir in einem „Offenen Brief alle Organisationen der Linken und der Arbeiterklasse auf, das Recht, sich zu organisieren, zu verteidigen und diesen Versuch, das Proletariat gleichzuschalten, zurückzuschlagen. Doch Gysi und seinesgleichen wollen nicht dagegen kämpfen. Während andere „linke" Organisationen von Bonn finanziert werden — was ihre Rolle als Druckmacher und bezahlte Diener der herrschenden Klasse gegenüber besiegelt —, treten wir für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiterorganisationen ein und weigern uns, auch nur eine DM staatlicher Subventionen zu nehmen.

Bei den DDR-Wahlen am 18. März machte die SpAD das Angebot, in den Wahlkreisen, wo wir keine Kandidaten aufstellten, zur Stimmabgabe für alle Parteien aufzurufen, die schriftlich ihre absolute Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung erklären. Keine Partei nahm dieses Angebot an. Andere sogenannte „Linke", von der PDS bis zu den Nelken, der Vereinigten Linken und der KPD,

gingen vor dem imperialistischen Anschluß in die Knie und versuchten bestenfalls, ihn zu verlangsamen oder die Bedingungen des Ausverkaufs nachzubessern. Jetzt erklärt die Linke Liste/PDS, daß Teile von ihr den „sozialstaatlichen Kompromiß", wie er in der Bundesrepublik erreicht wurde, anerkennen und ihn zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen. Sie wollen eine „sozial gerechte" Verfassung für das neue großdeutsche Reich. Sie unterstützen offen den Kapitalismus. Wir nicht. Wir Trotzkisten kämpfen für die sozialistische Revolution. Und du?

Für revolutionären Internationalismus!

Um unser internationalistisches, proletarisches Programm zu veranschaulichen, führten wir im Juni in der DDR und in Hamburg eine Veranstaltungsreihe mit dem amerikanischen schwarzen Trotzkisten Don Alexander durch. Über das Komitee für soziale Verteidigung mobilisierten wir Unterstützung für die weltweite Kampagne, das Leben des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten, dem die rassistischen amerikanischen Herrscher wegen seiner unermüdlichen Verteidigung der Unterdrückten einen Mord anhängten und den sie für die Hinrichtung vorgesehen haben. Die SpAD hat in großer Zahl Material in polnisch, vietnamesisch, türkisch, spanisch, portugiesisch und russisch an eingewanderte Arbeiter und sowjetische Soldaten verteilt. Wir haben für die Mobilisierung der Arbeiter des KWO-Werks gekämpft, um ihre mosambikanischen Kollegen gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Wir sind antipolnischem Chauvinismus entgegengetreten und führten im Mai eine Protestaktion gegen die empörende Diskriminierung polnischer Arbeiter durch den Aldi-Supermarkt durch.

Vor kurzem organisierten die Spartakisten gegen Bonns abscheuliches Einreiseverbot für sowjetische Juden einen Protest vor der (jetzt ehemaligen) Mahnwache für die Opfer des Faschismus, Unter den Linden. Wir erklärten: „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!" Einige Leute gaben für ihre Nichtteilnahme als Grund an, daß die Nazis noch nicht an der Macht sind, also dies noch nicht das „Vierte Reich" sein kann. Aber Nazis waren auch im Bismarckschen/Wilhelminischen Zweiten Reich nicht an der Macht, das zusammen mit den anderen imperialistischen Mächten das Gemetzel des Ersten Weltkriegs entfesselte. Und im neuen Großdeutschland wüten die Faschisten und ziehen ihre Pistolen, von Görlitz über Greifswald bis Göttingen. Wenn die Republikaner nicht wesentlich gewachsen sind, liegt das daran, daß Kohl & Lafontaine große Teile ihres Programms ausführen.

Wenn die Imperialisten den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa triumphierend als den „Tod des Kommunismus" darstellen, greifen sie Hitlers Parole von einer „Neuen Weltordnung" auf. Doch sie scheinen fest entschlossen zu beweisen, daß Krieg und Wirtschaftskrise zum Kapitalismus gehören. Washington brennt darauf, den Widerspruch zwischen seiner bröckelnden Wirtschaftsbasis und seiner militärischen Macht zu lösen, indem es am Persischen Golf eine Invasion gegen den Irak startet. Finanziert werden soll dies durch die arabischen Ölscheichs und die früheren Feinde im Zweiten Weltkrieg. Deutschland und Japan jedoch manövrieren, um möglichst Ölförderländer nicht zu verärgern, und nutzen gleichzeitig die Gelegenheit, Beschränkungen für einen Truppeneinsatz im Ausland zu lockern, die ihre von den USA geschriebenen Verfassungen enthalten.

Die grünen Öko-Imperialisten und die schwarzrotgoldenen „linken" Sozialdemokraten von der PDS fallen in den Chor der Kriegstreiber ein — nur rufen sie nach dem Feigenblatt der UNO, um ihre Verteidigung der Öl-Monopole, der Monarchien am Golf und der Imperialisten unter Führung der USA zu verbergen. Die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga dagegen rufen zur militärischen Verteidigung des Irak gegen den imperialistischen Angriff auf, während wir gleichzeitig die Werktätigen des Irak und des Nahen Ostens aufrufen, ihre blutigen Herrscher wegzufegen. In der DDR haben wir Spartakisten uns mit den sowjetischen Truppen solidarisiert, während die „linken" deutschen Nationalisten von der PDS und der VL die antisowjetische Forderung nach dem „Abzug aller fremden Truppen" aufstellen, so daß die Bundeswehr unbestritten Herr in Großdeutschland sein kann.

In Osteuropa, das der deutsche Imperialismus wie sein Hinterland behandelt, bedeutet die „freie Marktwirtschaft" die Wiedergeburt nationalistischer und faschistischer Bewegungen, Pogrome und eine Rückkehr zur Armut der Vorkriegszeit. Polen stöhnt unter der kapitalistischen Austeritätspolitik, die von Solidarnosc durchgeführt wird, um den Frankfurter Bankiers die Schulden zurückzuzahlen. Doch polnische Bergarbeiter und Eisenbahner haben angefangen, sich zur Wehr zu setzen. In der UdSSR hat Perestroika nationalistische Konflikte vom Kaukasus bis zum Baltikum entfesselt. Die Konterrevolution nutzt als Deckmantel die Forderungen nach Unabhängigkeit, gleichzeitig sind auch üble russisch-nationalistische Kräfte am Werk, wie die antisemitischen Faschisten von Pamjat. Doch seit dem Bergarbeiterstreik von 1989, als Streikkomitees den Charakter von Sowjets annahmen, ist das Gespenst einer neuen Explosion der Arbeiterklasse, die nationalistische Barrieren überwinden könnte, ein Alptraum für die prokapitalistischen Kräfte.

Trotz eines Verlangens nach Sowjetdemokratie und Gleichheit gibt es bei den sowjetischen Werktätigen viel Verwirrung. Eine leninistisch-trotzkistische Partei muß aufgebaut werden, um das von den Stalinisten verratene Erbe des Roten Oktober zu verteidigen. Gerade das Fehlen einer solchen Partei in Deutschland ermöglichte es, daß die kapitalistische Wiedervereinigung ungehindert durchgezogen wurde. Eine solche Partei muß jetzt aufgebaut werden, um die Kämpfe der Werktätigen gegen das neue imperialistische Deutsche Reich zu führen und mit den Arbeitern von Südkorea bis Südafrika das imperialistische System von Ausbeutung, Rassismus und Krieg wegzufegen. Dieses Programm des proletarischen Internationalismus ist das Banner der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, die für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale kämpft, der Weltpartei der sozialistischen Revolution!«

Spendet!

Unterstützt den Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands! Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten, schließt euch unserer Kampagne an und tragt sie in eure Fabriken, Schulen und Wohnbezirke.

Eine Kandidatur kostet viel Geld: Häufigeres Erscheinen unserer Publikationen, Raummieten für Veranstaltungen usw. Wir sind auf uns und euch angewiesen. Unsere Partei finanziert sich ausschließlich durch Beiträge von Mitgliedern und Sympathisanten.

Sendet die sehr notwendigen finanziellen Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/M, BLZ 50080000

500-Tage-Plan...

Fortsetzung von Seite 4

Viele der profitabelsten Unternehmen werden ganz oder teilweise an westliche Multis verkauft werden. Gorbatschows Wirtschaftsberater Nikolai Petrakow, einer der Hauptautoren des 500-Tage-Plans, will „eine Situation schaffen, in der unsere westlichen Partner das System der Rationierung und der zentralisierten Zuteilung umgehen können, das Rohmaterial und die Ausrüstung, die sie brauchen, auf unserem Binnenmarkt kaufen können und ihren Teil der Profite in den Westen transferieren können" *(Problems of Economics,* März 1990). Wenn Gorbatschow und Jelzin ihren Weg durchsetzen, wird der Reichtum, den die sowjetischen Arbeiter jahrzehntelang produziert haben, zu Schleuderpreisen an die Raubritter der Wall Street, die Frankfurter Banker und die japanischen Zaibatsu ausverkauft werden.

Das wachsende Wirtschaftschaos sowie der Zerfall der Autorität des Gorbatschow-Regimes und der Zentralregierung hat ein *politisches Vakuum* geschaffen. In dieses Vakuum sind alle Sorten von rechtsgerichteten Kräften geströmt, von russischen Reagan-Bewunderern bis zu Zaristen, Faschisten und anderen reaktionären Nationalisten. Der Antisemitismus nimmt zu, und sowjetische Juden leben in Furcht vor Pogromen. Es gibt Gerüchte über einen Militärputsch, der die Ordnung wiederherstellen soll. Jeder weiß, die Sowjetunion kann so nicht weiter existieren.

Heute ist der Trotzkismus — der in der Tradition der bolschewistischen Revolution steht — die einzige politische Tendenz mit einem Programm, das die Sowjetunion als einen multinationalen Staat mit kollektivierter Wirtschaft bewahren kann. Die sowjetischen Arbeiter müssen die Gorbatschows, Jelzins und Popows davonjagen und eine Regierung der demokratisch gewählten Arbeiterräte errichten, so wie die, die im Oktober 1917 die Macht eroberte.

Viele sowjetische Arbeiter identifizieren jetzt die zentrale Planung und Wirtschaftsleitung als solche mit Stalinismus und bürokratischer Kommandowirtschaft. Das ist falsch. Die zentrale Leitung der Wirtschaft durch eine Räteregierung ist der *einzige Weg,* durch den die Arbeiterklasse *demokratisch* die Zuteilung der gesellschaftlichen Ressourcen bestimmen und die gerechte und egalitäre Verteilung des produzierten Reichtums sichern kann. Gleichzeitig kann die zentrale Planung nur dann effektiv zu selbstlosen und kreativen Leistungen anspornen, wenn die Masse der Arbeiter die Gesellschaft *regiert,* um eine sozialistische Zukunft für sich und ihre Kinder aufzubauen.

Hinter der Brotknappheit

Als das Regime von Gorbatschow und Ryschkow letzten Sommer vorschlug, den Brotpreis zu verdreifachen, erklärte ein Delegierter des Obersten Sowjets aus Tadschikistan wütend: „Brot ist Sozialismus!" Das plötzliche Verschwinden von Brot aus den staatlich betriebenen Moskauer „Gastronom"-Läden ist der schlagendste Beweis für den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Trotzdem sagen sowjetische Funktionäre eine Rekordernte voraus. Was ist passiert?

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten gibt es in der Sowjetunion keine Reservearmee von hauptsächlich eingewanderten verarmten Wanderarbeitern auf dem Land. Um die Ernte einzubringen, ist es daher notwendig, städtische Arbeiter zu mobilisieren, die vorübergehend von ihren Fabrik- und Büroarbeiten freigestellt werden. Doch mit dem Abbau der zentralen Planung unter Perestroika stellen die Manager der Fabriken ihre Arbeiter für diesen Zweck nicht mehr frei. Der Manager einer Genossenschaftsfarm in den „Jungfräulichen Ländereien" von Kasachstan, Schasit Kudaikulow, erklärte:

> „Während der Periode der Stagnation [der Breschnjew-Ära] brachten wir den Weizen gut ein. Die Städter halfen uns, die Leute von der Regierung und von der lokalen Kommunistischen Partei halfen uns, und jetzt tun sie es nicht. Ich weiß nicht, warum. Es ist Perestroika." *(Philadelphia Inquirer, 1.* September)

Aber dies ist nur ein Grund für die Brotknappheit, und nicht der bedeutendste. Schließlich wird die Getreideernte auf die gleiche Menge geschätzt wie letztes Jahr. Aber die Bauern liefern nicht soviel an die Ankaufsstellen des Staates. Selbst Gorbatschow beschwerte sich: „Viele Staats- und Kollektivfarmen reduzieren unbegründet ihre Verkäufe an den Staat und verletzen die Vertragsdisziplin." Stattdessen benutzen sie das Getreide als Futter für das Vieh, dessen Verkauf weit mehr Profit bringt. Ein Kilo Fleisch kostet auf dem (privaten) Moskauer zentralen Markt 20 Rubel, 50 Prozent mehr als vor anderthalb Jahren und etwa dem Tageslohn eines durchschnittlichen Industriearbeiters entsprechend!

Die sowjetischen Bauern halten das Getreide zurück, um höhere Ankaufspreise zu erzwingen. Im Frühjahr schrieb ein auf die osteuropäische Wirtschaft spezialisiertes Magazin:

> „Daß die sowjetischen Bauern große Mengen an Getreide zurückhalten, bedeutet, daß das Regime gezwungen ist, mehr westliches Getreide zu importieren und



Newsweek

Dimitri Wassiljew (Mitte), Führer der antisemitischen faschistischen Organisation Pamjat, umgeben von Anhängern. Sowjetische Arbeiter müssen wachsenden faschistischen Terror zerschlagen!

seine externen Finanzen zu belasten, anstatt zu nutzen, was innerhalb des Landes schon verfügbar ist. Um die Bauern dazu zu bringen, das Getreide zu verkaufen, müßten die Ankaufspreise stark in die Höhe gehen. Weil jedoch das Regime die höheren Getreidekosten nicht an die sowjetischen Haushalte weitergeben will, müssen die Lebensmittelsubventionen weit über den Betrag steigen, der ursprünglich für 1990 vorgesehen war." *(PlanEcon Report,* 21. April)

Und nun ruft das 500-Tage-Programm von Gorbatschow und Jelzin dazu auf, Lebensmittelsubventionen zu streichen und eine Preisexplosion bei Brot und anderen Lebensmitteln zuzulassen.

Die heutige Brotknappheit erinnert gespenstisch an den Getreidestreik der Bauern 1928, der den Niedergang der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) bezeichnete. Die Ideologen der Perestroika, zumindest diejenigen, die nicht für die sofortige Restauration des Kapitalismus eintreten, haben die NEP als ihr Wirtschaftsmodell hochgehalten. Bereits 1923 wies Trotzki auf die grundlegenden Widersprüche und Instabilitäten der NEP hin. Solange die sowjetische Industrie nicht schnell genug expandierte, um die Bauern mit billigen und ausreichenden Fertigwaren zu versorgen, sagte Trotzki voraus, daß die Bauern die Getreidelieferungen an die staatlichen Ankaufsstellen kürzen würden, um höhere Preise herauszuholen. Das ist genau, was 1928 passierte. Am Rande einer Wirtschaftskatastrophe war es Stalins Reaktion, daß er die Kollektivierung der Landwirtschaft auf brutale und bürokratische Weise durchsetzte.

Während der 20er Jahre waren die reicheren Bauern (Kulaken) die hauptsächliche innere soziale Kraft für kapitalistische Konterrevolution. Heute fällt diese Rolle Teilen der Bürokratie und Intelligenz zu, die in vielen Fällen die privilegierten Kinder der Apparatschiks Stalins sind. Somit ist der Getreidestreik nichts als ein Ausdruck der allgemeinen Sabotage der kollektivierten Wirtschaft durch Manager und Funktionäre, die ihr eigenes Wohlergehen im Auge haben.

Nur die proletarische politische Revolution kann die UdSSR retten

Die Sowjetunion ist heute durch blutige, brudermörderische Auseinandersetzungen inmitten des wirtschaftlichen Zerfalls bedroht. Fast jede nationale Republik hat ihre Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Souveränität verkündet. Die Regierung der Ukraine — der zweitgrößten Republik — möchte ihre eigene Währung ausgeben und ihre eigene Armee aufstellen. Funktionäre der ölproduzierenden Regionen Sibiriens verlangen den Löwenanteil an den Exporterlösen aus dem Ölverkauf. Der Londoner *Independent* (31. August) schreibt von der „Gefahr, daß die Sowjetunion in eine Reihe von konkurrierenden Republiken zerfällt, die sich durch Zollbarrieren, Micky-Maus-Währungen und ethnische Feindseligkeiten gegeneinander abgrenzen und miteinander Handelskriege führen".

Nur die sowjetische Arbeiterklasse hat die soziale Macht und das Interesse, die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis zu bewahren und wiederaufzubauen, mit Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Nationalitäten. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, die Arbeiterklasse durch eine wirkliche allsowjetische internationalistische kommunistische Partei zu organisieren, die nach der Bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis geformt ist.

Heute wird die sowjetische Arbeiterklasse jedoch von konkurrierenden Gruppen innerhalb der Bürokratie und der kleinbürgerlichen Intelligenz politisch ausgebeutet. Aus Haß auf die stalinistischen Apparatschiks der alten Linie — die unterdrückerisch, parasitär, korrupt sind — folgen viele Arbeiter-Aktivisten den Anhängern der „Demokratie" westlichen Stils und einer „regulierten Marktwirtschaft". Andere Arbeiter, die die Perestroika für alles verantwortlich machen, was schiefgegangen ist, sammeln sich hinter den konservativen stalinistischen Apparatschiks, die gemeinsame Sache mit den reaktionären russischen Nationalisten machen. Auf einer Versammlung der russischen Kommunistischen Partei erklärte ein Ölarbeiter aus Tjumen, Sibirien: „Egal, welche Parolen benutzt werden, eine Politik, die zu fallendem Lebensstandard und Blutvergießen führt, ist gegen die Volksinteressen," und er rief dazu auf, „die Nation ins Jahr 1985 zurückzuversetzen", das Jahr, als Gorbatschow an die Macht kam.

Aber die Sowjetunion kann nicht in die Lage von 1985 zurückversetzt werden, und es wäre auch nicht wünschenswert. In seinen letzten Jahren versuchte das Breschnjew-Regime, den *Anschein* wachsenden Lebensstandards zu erwecken, indem es die Löhne schneller als die Industrieproduktion anhob, während die Preise in den Staatsläden eingefroren wurden. Einige der ungedeckten Rubel flössen in den wachsenden privaten Markt im Untergrund. Die meisten gingen auf Sparkonten oder wurden unter Matratzen versteckt. 1985 wurde geschätzt, daß sowjetische Haushalte über nicht auszugebende Rubel in Höhe von 80 Prozent ihres Jahreseinkommens verfügten. Somit geht die jetzige Situation unterdrückter Hyperinflation, verschlimmert durch die Perestroika, auf den verknöcherten Stalinismus des Breschnjew-Regimes zurück.

Die grundlegende Ursache für den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion ist der gewaltige und nicht nachlassende Druck des Weltimperialismus. Um der militärischen Aufrüstung der USA unter Carter und Reagan zu begegnen, ohne den Lebensstandard zu senken, verringerte das Breschnjew-Regime Investitionen in neue Fabriken und Ausrüstung. Das Ergebnis war, daß die Arbeitsproduktivität in den immer älteren und technisch überholten Fabriken des Landes immer weiter zurückging. In einem wichtigen Sinn war Gorbatschows Perestroika eine reaktionäre Antwort auf die *objektive* Krise der sowjetischen Wirtschaft nach Jahrzehnten bürokratischer Mißwirtschaft im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land". Aber diese halbherzigen Maßnahmen haben die Dinge nur verschlimmert.

Jetzt kapituliert die parasitäre Kreml-Bürokratie auf allen Ebenen vor den westlichen Imperialisten. Gorbatschow und Jelzin wollen den sowjetischen Reichtum an Industrie und Bodenschätzen an die Wall Street und an Frankfurt verschleudern, während sie den US-Imperialismus unterstützen, gegen die arabischen Völker im Nahen Osten Krieg zu führen. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Verteidigung und Erneuerung der kollektivierten Wirtschaft in der UdSSR mit einer Perspektive der weltweiten sozialistischen Revolution verbinden.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat selbst eine internationale Arbeitsteilung ins Leben gerufen. Somit setzt der Kampf, den sowjetischen Massen die guten Dinge des Lebens — sowohl materiell als auch kulturell — zu sichern, die Teilnahme an der Weltwirtschaft voraus. Und das bedeutet die Ersetzung des imperialistisch beherrschten Weltmarkts — der durch Monopole und nationalen Protektionismus verzerrt ist — durch eine internationale sozialistische Wirtschaft, erreicht durch proletarische Revolution in der ganzen imperialistischen Welt.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 510, 21. September*

Irak...

Fortsetzung von Seite 16

irakischen Bevölkerung anzurichten. Aber es wird nicht alles Blut auf deren Seite vergossen werden. Wie ein saudiarabischer Offizier dem *Wall Street Journal* erklärte: „Die Iraker sind wirkliche Kämpfer, nicht wie die Amerikaner. .. Sie kämpften sich acht Jahre durch Hitze, Staub und Blut, und sie sind zäh". Die Särge werden in sehr großer Zahl in die USA zurückkommen.

Von Anfang an hat es in den USA eine starke Oppositionsströmung gegen Bushs Kriegsmobilisierung im Nahen Osten gegeben, besonders unter Schwarzen und Hispanics. Als ein schwarzer Student gefragt wurde, wie er sich verhalten würde, wenn er eingezogen würde, drückte er die Stimmung von Millionen aus: „Schwarze Menschen sind seit 200 Jahren in den Kriegen dieses Landes gestorben, und was hat es uns eingebracht? Nichts" *(San Francisco Examiner*, 24. August). Tatsächlich hat die *gesamte* arbeitende Bevölkerung kein Interesse daran, in einem Krieg für die Ölmultis und die imperialistischen Ambitionen von Bush zu sterben.

Die Internationale Kommunistische Liga ruft zur Verteidigung des Irak gegen die imperialistische Invasion auf, die die Verwüstung und Unterjochung der arabischen Völker mit sich bringen würde, und sie ruft die irakischen Werktätigen auf, den blutigen nationalistischen Gewaltherrscher Hussein zu stürzen. In den imperialistischen Ländern bestehen wir darauf, daß die Niederlage des unersättlichen US-Imperialismus auf dem Schlachtfeld dem Klassenkampf gegen das rassistische, kapitalistische System im eigenen Land nur nützlich sein kann.

Brecht die Blockade gegen den Irak — USA raus aus dem Persischen Golf! Die organisierte Arbeiterklasse muß im Bündnis mit den armen Schwarzen und Hispanics gegen die Kriegsmaschinerie mobilisiert werden: Für politische Streiks gegen den drohenden Krieg! Aktionen von Hafenarbeitern, Lastwagenfahrern, Werft- und Transportarbeitern, um den Munitionsnachschub zu unterbrechen, wären ein machtvoller Schlag gegen einen grauenhaften imperialistischen Krieg im Nahen Osten.

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt das Ausverkaufs-Regime Gorbatschows!

Die westeuropäischen und japanischen Verbündeten Washingtons sind verdächtig halbherzig in ihrer Unterstützung des Washingtoner Militärabenteuers im Persischen Golf. Jetzt spielt sich das erbärmliche Gorbatschow-Regime als Hilfssheriff für Bush gegen den Irak auf. Letzte Woche kündigte der sowjetische Außenminister Schewardnadse an, daß „in der Golfregion jeden Tag, jeden Moment Krieg ausbrechen kann", und er droht dem Irak mit „der Macht" der UN, wenn er sich nicht aus Kuwait zurückzieht. Jetzt ist also der Kreml, nachdem er bei Bushs Forderung nach Militäraktionen im Golf auf dem „Blitzgipfel" von Helsinki noch zögerte, unzweideutig auf Krieg eingeschwenkt. Es gibt offensichtlich keine Grenzen bei Gorbatschows Kapitulation vor dem westlichen Imperialismus.

Aber einige Teile der sowjetischen Führung, besonders im militärischen Oberkommando, sind über die amerikanischen Kriegspläne im Nahen Osten eindeutig besorgt und erkennen, daß sie eine Bedrohung für die Verteidigung der Sowjetunion darstellen. Der sowjetische Generalstabschef Michail Moissejew warnte: „Im Fall von Militäraktionen wird der Iran der Seite Iraks beitreten. Dies wäre nicht einfach eine Art Konflikt, dies wäre ein Weltkrieg" *(Washington Post*, 28. September). Moissejew erinnerte daran, daß „der Erste Weltkrieg 1914 auch wegen einer Kleinigkeit begann". Trotzdem hat Moissejew jetzt in krimineller Weise der US-Armee detaillierte technische Berichte über die sowjetische Militärausrüstung des Irak übergeben, als er sich auf eine Reise durch die USA und zum Pentagon vorbereitete!

Wie wir in unserer letzten Ausgabe schrieben, gab der Bush-Gorbatschow-Gipfel „grünes Licht für einen blutigen imperialistischen Angriff im Persischen Golf. Das sich beschleunigende Auseinanderbrechen der Sowjetunion hat den US-Imperialismus nur *ermutigt*, seiner Rolle als Weltpolizist wieder Geltung zu verschaffen. Washington will unter Bush mit Gewalt die Weltvorherrschaft wieder erreichen, die es (kurz) am Ende des Zweiten Weltkriegs innehatte. Die USA, die im ökonomischen Wettlauf hinter Deutschland und Japan zurückgefallen sind, versuchen jetzt mit ihrer riesigen Militärmaschinerie, sie wieder in ihre Schranken zu verweisen, indem sie sich die Ölregion der Welt greifen und ihren früheren Feinden Milliarden an Spenden abpressen.

Washington erwartet hämisch, daß Gorbatschows Perestroika zur kapitalistischen Restauration und der Zerstückelung der UdSSR führt. Gleichzeitig nutzt der US-Imperialismus die Kapitulation und den Zusammenbruch der stalinistischen Kreml-Bürokratie aus, um seine militärische Einkreisung der Sowjetunion, von Ostdeutschland bis zum Persischen Golf, zu verstärken. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Verteidigung und die Erneuerung der kollektivierten Wirtschaft durch die Wiederherstellung von Arbeiterdemokratie innerhalb der UdSSR im Weltmaßstab mit dem Kampf gegen den imperialistischen Militarismus verbinden.

„Golf von Tonking" im Persischen Golf?

„Wenn wir einen Vorwand haben, einen Casus belli, schlagen wir los", vertraute ein „verantwortlicher Berater des Weißen Hauses" R. W. Apple von der *New York Times* (27. September) an. Wenn man nach den bisherigen Erfahrungen urteilt, werden Bush & Co. solch einen „Kriegsvorwand" mit Leichtigkeit erfinden.

Nachdem im April 1986 dreißig Kriegsschiffe und Hunderte von Flugzeugen in der Großen Syrte vor der libyschen Küste zusammengezogen wurden, war das angebliche Auftauchen von libyschen Patrouillenbooten vor ihrer eigenen Küstenlinie genug, um einen amerikanischen „Vergeltungsschlag" auszulösen, durch den die Boote in die Luft gejagt wurden. Einige Tage später starteten die USA ihren mitternächtlichen Bombenangriff auf Tripolis, ein fehlgeschlagener Versuch, den libyschen Staatschef Gaddafi zu ermorden, bei dem sie seine Adoptivtochter umbrachten. Dieses Mal hoffen sie, nach den Enthüllungen des jetzt entlassenen Dugan, durch einen Bombenangriff Hussein mitsamt Familie und Mätresse zu „enthaupten".

Die blutige Bombardierung und Invasion von Panama letzten Dezember wurde ausgelöst, nachdem Noriegas Soldaten vier amerikanische Offiziere stoppten und angeblich auf sie schössen, als diese dabei ertappt wurden, nachts um sein Hauptquartier herumzukurven.

Und laßt uns nicht die berüchtigste Erfindung vergessen. Im August 1964 verabschiedete der Kongreß die Golf-von-Tonking-Resolution, die Präsident Johnson praktisch einen Blankoscheck für die Kriegführung gegen Vietnam in die Hand gab, aufgrund der Beschuldigung, daß die angeblich harmlosen Zerstörer USS *Maddox* und *C. Turner Joy* durch nordvietnamesische Patrouillenboote angegriffen worden seien.

Die deutsche Bourgeoisie ist über die US-Kriegsmobilisierung im Persischen Golf hin- und hergerissen. Kohl ist der Sprecher für einen Flügel, der am liebsten sofort die Bundesmarine hinschicken möchte, als Bestätigung dafür, daß ein imperialistisches Deutschland — schon wieder — nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine *militärische* Weltmacht sein wird. Ein weiterer Flügel, vertreten durch Genscher und die SPD, predigt einen vorsichtigeren Kurs. Sie sehen keinen großen Gewinn bei einer deutschen Intervention zum jetzigen Zeitpunkt, die lediglich der *US-Hegemonie im* Golf und der *US-Kontrolle* der internationalen Energieressourcen Rückenstärkung geben würde — zu Lasten eines wiedervereinigten Deutschen Reichs und seiner Bankiers.

Die PDS folgt Gorbatschows Wink und stimmt mit in den Chor der imperialistischen Kriegstreiber ein; auf der Titelseite von *Neues Deutschland* finden sich Schlagzeilen wie: „Irak droht erneut, die Region anzuzünden" *(29./* 30. September). Dann aber, vielleicht, um zu zeigen, wie sehr sie dem „Pluralismus" ergeben ist, packt die PDS ein pensioniertes Mitglied der Akademie der Wissenschaften aus den Mottenkugeln aus. Er bietet eine realistischere Analyse dar, sichtbar in der Überschrift „Öl, Profit und Supermacht" *(Neues Deutschland, 2.* Oktober). Gleichzeitig will der gute Professor Günther Kohlmey sich als Kreml-Apologet betätigen. „Der Machtstriptease der USA wird vor allem durch die beschränkte kontrapunktive Handlungsfähigkeit der UdSSR erleichtert, die ihren Schwierig' keiten geschuldet ist." Nein, Prof. Dr. Kohlmey, bei diesem „Striptease" ist der Kreml nicht nur Zuschauer, sondern auch Bühnenbauer bei einer Kräfteschau, die das Überleben der Sowjetunion selbst bedroht.

Kriegspläne

Bush und die Kriegsplaner im Pentagon zogen schnell ihre Pläne aus der Schublade, ersetzten „Sowjetunion" vorübergehend durch „Irak" und fütterten die amerikanische Öffentlichkeit mit Phantasien vom schnellen Sieg durch die Wunder der Hochtechnologie. So wurde der überarbeitete „Plan 90-1002", der ursprünglich entworfen wurde, um einer theoretischen „Übernahme" der Ölfelder am Persischen Golf durch die Sowjets zu begegnen, zur Grundlage des jetzigen US-Aufmarsches in Saudi-Arabien. Vor einigen Jahren wiesen wir darauf hin, daß das Ziel der „Vorwärts-Strategie" AirLand Battle ein atomarer Erstschlag gegen die Sowjetunion war. Jetzt möchte das Pentagon die „Neuen Technologien" benutzen, um in einem Krieg auf Knopfdruck dem Feind mit „intelligenten" Waffen eins überzubraten. .

In einem Interview umriß Dr. Paul Rogers am 25. September den drohenden Angriff:

> „Er würde beginnen mit nicht nachlassenden Luft- und Cruise-Missile-Angriffen, die im wesentlichen aus fünf verschiedenen Richtungen über den Irak kommen würden: aus der Türkei, von einem Träger im östlichen Mittelmeer, von einem Träger im Roten Meer, von Festland-Luftwaffenbasen in Saudi-Arabien und den Golfstaaten und von Trägern, die im oder gerade vor dem Golf selbst stationiert sind. Die letzteren würden natürlich begleitet von Schiffen, die aus dem Golf Cruise-Missile-Angriffe starten."

Aber Rogers stellte fest, daß „aufgrund der Unterstützung, die das Regime Saddam Husseins im Irak hat", das Land nicht zum Rückzug gezwungen werden könnte, ohne daß ebenfalls „wirtschaftliche Ziele" angegriffen werden. Dies würde eine *breit angelegte Bombardierung des ganzen Landes* bedeuten. Die USA erwarten, den Irak „in 10, 15, vielleicht sogar 20 Tagen oder mehr" in die Knie zu zwingen, sagt er. Aber der Plan kann leicht schiefgehen, weil der Irak nicht gerade Panama oder Grenada ist: „Bei solch einer Vorgehensweise muß man bedenken, daß der Irak kein Land mit begrenzten militärischen .Ressourcen ist. Er verfügt selbst über viele Mittel, mit denen er diese Art von Angriff durch die Vereinigten Staaten abwehren und abschwächen könnte." Der Persische Golf wird das blutige Ende der „Strategie" der „netten kleinen Kriege" von Reagan und Bush sein.

Wie Saddam Hussein in seiner TV-Antwort auf das Weiße Haus sagte, „wenn Bush entscheidet, einen Krieg anzufangen, wird es nicht an ihm sein, den Krieg zu beenden." Hussein, ein brutaler Mörder, der vor Jahren Führer des kommunistischen Widerstands aufhängen ließ und Giftgas auf kurdische Dörfer warf, wird offensichtlich nicht vor Völkermord zurückschrecken. Wie der kenntnisreiche Nahost-Reporter Robert Fisk im Londoner *Independent (26.* September) festhielt, ist „eine Falle am Golf für Amerika aufgestellt". Amerikanische Kommandeure, schreibt er, sind in privaten Äußerungen „besorgt über die riesige Zahl von Minen, die die Irakis entlang der Küstenlinie gelegt haben".

Nieder mit den Scheichs, Obristen, Diktatoren!

Bush hat ahnungslos die Büchse der Pandora geöffnet, und selbst wenn er es fertigbringt, den Irak zu besiegen, wird er einem Meer feindlicher Araber und anderer Völker gegenüberstehen. Es gibt erst einmal Hunderttausende Palästinenser, die mit dem zionistischen Israel aufrechnen wollen für die Vertreibung aus ihrem Heimatland, und die sich empören über Washingtons doppelten Standard bezüglich „Aggression". In Jordanien bilden Palästinenser die Mehrheit, und sie drängen danach, für den Irak zu kämpfen und auch den unaufrichtigen König von Jordanien zu stürzen, der sie 1970 massakrierte. Inzwischen haben die Palästinenser in der israelisch besetzten Westbank die Unterstützungserklärungen von Saddam Hussein für bare Münze genommen. Letzte Woche gab es einen proirakischen Generalstreik auf der Westbank.

Millionen demonstrierten in den Straßen Irans gegen die massive US-Präsenz. Kurzum, wenn Washington versucht, an seinem neuen imperialistischen Brückenkopf im Nahen Osten festzuhalten, wird es in der ganzen Region ein Flammenmeer geben.

Für Lenins berühmte Aussage, daß Imperialismus Krieg ausbrütet, könnte es keinen schlagenderen Beweis geben als das jetzige militärische Abenteuer von Bush. Und während die Imperialisten noch über den „Tod des Kommunismus" in Osteuropa jauchzen, wird ihnen bald ein anderes wohlbekanntes Gespenst im Nacken sitzen, nämlich die Revolutionen, die durch den Krieg hervorgebracht werden. Der Ausbruch des Krieges wird in der ganzen Welt ungeheure soziale Explosionen auslösen, nicht zuletzt in der Höhle des Löwen, den USA. Schon jetzt zeigt die amerikanische Arbeiterklasse, zermürbt durch die Ära von Bush und Reagan mit ihrer Gewerkschaftszerschlagung, Austeritätspolitik und rassistischem Terror, nicht gerade Begeisterung für diesen Krieg. Und im ganzen Nahen Osten — in Jerusalem wie in Kairo, Damaskus, Amman und Bagdad — können und müssen die kleinen Tyrannen von den wütenden Massen davongejagt werden. Eine internationale revolutionäre Partei muß die Arbeiter der ganzen Welt im Kampf vereinen, um das imperialistische System im Kampf wegzufegen — für Arbeitermacht, von den USA bis zum Nahen Osten.

Nach Workers Vanguard Nr. 577, 5. *Oktober*

SPARTAKIST

Verteidigt PDS, Immigranten, Minderheiten!

Arbeitermobilisierung jetzt, um die Nazis zu stoppen!

Am 30. September wurden die Teilnehmer einer PDS-Wahlveranstaltung in Frankfurt/Oder von Nazi-Gangstern brutal mit Tränengas und Schreckschußpistolen angegriffen. Die Verletzten mußten ambulant behandelt werden. *Die Faschisten machen Jagd auf Gregor Gysi und die PDS!* Sie müssen sofort gestoppt werden!

Dies ist der dritte derartige Angriff in zwei Wochen. Durch das antikommunistische Hexenjagd-Klima, in dem sich Markus Wolf nur knapp der Festnahme für das „Verbrechen" entziehen konnte, der DDR effektiv gegen den Imperialismus gedient zu haben, werden die Faschisten bei ihren mörderischen Angriffen ermutigt. Dies ist eine tödliche Gefahr für *alle* Arbeiter und Unterdrückten. Eingewanderte Arbeiter werden von diesen Mördern bereits ins Fadenkreuz genommen. Letztes Jahr brachten sie in Berlin Ufuk Sahin um, einen türkischen Metallarbeiter. Wir dürfen nicht darauf warten, bis sie auf die *gesamte* organisierte Arbeiterbewegung zielen. Einheitsfront-Verteidigungsaktionen für die PDS sind dringend erforderlich! Die Arbeiterklasse muß ihre Macht zeigen und das Faschistenpack wieder in seine Rattenlöcher treiben. Für Arbeiter- und Immigrantenmobilisierungen gegen die Faschisten!

Die PDS-Führung sagte ihre für den 2. Oktober in Ostberlin geplante Demonstration ab, weil „keine Sicherheitspartnerschaft" mit der Berliner Polizei hergestellt werden konnte. Die Bullen des SPDlers Pätzold (die zur Verteidigung des Republikaner-Chefs Schönhuber und seinesgleichen tödliche Wasserwerfer usw. in Stellung bringen) waren „zu beschäftigt". Eine Massenpartei mit immer noch 350000 Mitgliedern behauptet unfähig zu sein, sich in ihrer eigenen Hochburg zu verteidigen! Inzwischen *verbot* am 6. Oktober der Bürgermeister von Arnstadt eine PDS-Wahlveranstaltung „wegen befürchteter Krawalle"!

Fortgesetzt auf Seite 6

USA/NATO - Raus aus dem Persischen Golf!

US-Imperialisten planen Massenmord

1; OKTOBER - George Bush schleudert Amerika kopfüber in einen Krieg mit dem Irak, und es könnte sich herausstellen, daß es die Eröffnung des dritten Weltkriegs ist. Mehr als 200 000 US-Soldaten sind Berichten zufolge in der Golfregion, und wo sich jetzt die Zahl der zusammengezogenen Panzer, Geschütze, Flugzeuge und anderem Kriegsgerät schnell der kritischen Masse nähert, verschiebt das Weiße Haus die Betonung von der Diplomatie und dem UN-Handelsembargo auf das Rühren der Kriegstrommel.

Brecht die UN-Blockade gegen den Irak

Die Medien versuchen, die Bevölkerung mit Berichten über die Ermordung von Babys durch irakische Truppen in Kuwait zu Hysterie aufzupeitschen, während die CIA behauptet, daß'der Irak Anfang nächsten Jahres biologische Waffen einsatzbereit haben wird. Der Demokrat Les Aspin; Vorsitzender des Streitkräfte-Ausschusses im Kongreß, sagt, daß der Regierung „die Möglichkeit eines Krieges immer passender erscheint", und daß der Kongreß bereits an einer Blanko-Kriegsresolution tippt, wieder im Stil der „Golf-von-Tonking"-Resolution.

Was bevorsteht ist vorsätzlicher Massenmord. Der frühere Stabschef der Air Force, General Michael Dugan, hat die Katze aus dem Sack gelassen (und ist dafür gefeuert worden), als er prahlte, daß die „Innenstadt von Bagdad" ein erstrangiges Ziel der kommenden massiven Bombardierungen wäre. Das würde rund 100 000 ermordete Menschen bedeuten. Jetzt ist der US-Flugzeugträger *Independence* in den engen Golf eingefahren, wo Verteidigung schwierig, ein Angriff auf den Irak dagegen leichter ist.

Dr. Paul Rogers, Militärexperte an der Londoner Bradford University, berichtet, daß es zusätzlich zu den 900 Kampfflugzeugen und 300 Hubschraubern, die bereits am Ort sind, etwa 15 000 Marinesoldaten gibt, die binnen 48 Stunden in den Golf einlaufen können, mit fünf Hubschrauberträgern und mit mindestens sieben panzertragenden Landungsbooten.

Auf einer Skala von Panama bis Hiroshima nähert sich der Grad der geplanten Massenvernichtung und Zerstörung dem letzteren, und wenn Geiseln in den Weg geraten, dann haben sie für Bush eben Pech. Die USA sind kaltblütig darauf vorbereitet, ein fürchterliches Blutbad unter der

Fortgesetzt auf Seite 14

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 78 23. OKTOBER 1990 50 Pfennig

Nacht- und Nebelüberfall der SPD

Arbeiter: Der Angriff auf die PDS ist ein Angriff auf alle!

Die Hexenjagd geht los. Am Tag nach der Vereinigung verhafteten sie den ehemaligen HVA-Abteilungsleiter Werner Großmann. Dann machten sie mit dem Haftbefehl in der Hand Jagd auf Markus Wolf. Das Bundesarbeitsgericht stellt in einem Urteil fest, daß jeder gekündigt werden kann, der die Zustände in seinem Betrieb mit der Nazi-Zeit vergleicht. Schlag auf Schlag zeigt das Vierte Reich seine wirkliche Fratze.

In der Nacht zum 19. Oktober überfielen 150 schwerbewaffnete Polizisten, begleitet von düsteren Figuren in Zivil, die Berliner PDS-Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus. Es war „Gefahr im Verzüge". Denn im September war Geld an die Sowjetunion überwiesen worden! Das gleiche Karl-Liebknecht-Haus wurde schon in den 30er Jahren von den Nazis gestürmt. Diesmal gaben die SPD-Bluthunde Pätzold und Krüger den Befehl dazu, im Namen der bürgerlichen „Demokratie", die Gysi/Modrow verschönern wollen. Ein Leitungspolizist zischelte am Tatort: „Die Zeit der 50jährigen Zurückhaltung ist jetzt vorbei".

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestierte energisch und nahm mit der Losung „Hände weg von der PDS" am Abend nach der Nacht- und Nebelak-

Fortgesetzt auf Seite 2

Kriegswütiges Israel verübt Massaker an Palästinensern

16. OKTOBER - Bushs Invasion im Persischen Golf hat die seit jeher brisante Situation im Nahen Osten in ein gigantisches Pulverfaß verwandelt,

Brecht die Blockade gegen den Irak!

das kurz vor der Explosion steht. Fast eine Viertelmillion amerikanische Soldaten, dazu eine riesige Armada von Kriegsschiffen, Bombern und Kampfflugzeugen sind in der Wüste von Saudi-Arabien und in den Golfgewässern zusammengezogen worden, aufmarschiert gegen eine Million kampferprobte irakische Soldaten. „Ein Krieg scheint mehr und mehr unvermeidlich zu sein", sagt das Magazin *Time* (8. Oktober). Und das Unvermeidliche rückte letzte Woche ein ganzes Stück näher, als die kriegslüsternen und atomar bewaffneten zionistischen Herrscher Israels die Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, das drittwichtigste Heiligtum des Islam, in ein blutüberströmtes Leichenschauhaus verwandelten. „Das Morden der Israelis bringt den Krieg näher" war die Überschrift des Londoner *Independent* (10. Oktober).



Guardian

Blutrünstiger zionistischer Terror gegen Palästinenser

Washingtons Mobilmachung zum Krieg, die von beiden Parteien betrieben wird, ist eine tödliche Gefahr für die Werktätigen auf der ganzen Welt. Nachdem die amerikanischen Herrscher den Schlächter Saddam Hussein

Fortgesetzt auf Seite 6

Nacht- und Nebelüberfall...

Fortsetzung von Seite 1

tion an der Protestkundgebung der PDS vor dem Amtsgericht Tiergarten teil, zu der nur etwas mehr als 100 Demonstranten kamen. Tausende hätten auf den Straßen gegen die Kriminalisierung der PDS demonstrieren müssen! Die PDS-Führung selbst entwaffnet den Widerstand mit Kniefällen und „Kooperation" mit Enteignungskommissionen und Überfalls-Kommandeuren. Die gesamte Arbeiterbewegung muß gegen diese gefährliche Hexenjagd mobilisiert werden! Wir drucken nachfolgend die Protesterklärung der SpAD ab.

„Bei der heutigen Protestkundgebung vor dem Amtsgericht Tiergarten erklärte SpAD-Sprecherin und Bundestagskandidatin Renate Dahlhaus: ‚Wir stehen hier vor dem Kriminalgericht Tiergarten, in dem Rosa Luxemburg bereits angeklagt und eingesperrt war. Das ist kein Zufall. Wir erinnern uns daran, daß es die Freikorps waren, die aufgehetzt wurden von der Sozialdemokratie, die Rosa und Karl ermordet haben. Wir werden das nicht vergessen und werden die Lehren ziehen: Nur die Arbeiterklasse hat die Kraft, diese Angriffe zurückzuschlagen! Wir rufen dazu auf, sich zu solidarisieren in breiten Einheitsfrontaktionen gegen diese Angriffe.'

Diese gefährliche Eskalation der antikommunistischen Hexenjagd, die in erster Linie von der SPD geschürt wird, stützt sich auf die Enteignungskampagne gegen PDS, FDJ, FDGB-Gewerkschaften und gegen alle anderen linken Parteien und Organisationen. Die feige Kapitulation der PDS vor dem bürgerlichen „Rechtsstaat hat die wütenden antikommunistischen Angriffe gegen sie nur weiter angefeuert. Die SpAD hat bereits am 12. Juli in einem „Offenen Brief erklärt, daß sie sich weigert, ihre Finanzen offenzulegen, und fordert alle Organisationen der Arbeiterklasse und alle Linken dazu auf, sich uns anzuschließen und dieses Gesetz ebenfalls zurückzuweisen.

Als Vorwand für die nächtlichen Gestapo-Methoden aus dem Arsenal des Dritten Reichs diente eine Zahlung der PDS an die UdSSR. Es ist kein Verbrechen, Geld an die Sowjetunion zu senden! Die Herrscher des „demokratischen" Vierten Reichs wollen die PDS liquidieren, weil sie es sich jetzt nicht leisten können, sowjetische Soldaten und das Land der Oktoberrevolution direkt anzugreifen.

Die Kapitalisten fürchten einen „heißen Herbst" und greifen die Organisationen der Arbeiterbewegung an, um die Kämpfe der Werktätigen zu ersticken. Aber die Arbeiter haben schon begonnen, in ökonomischen Streiks und Besetzungen ihren Widerstand zu zeigen. Die SpAD kandidiert bei den Bundestagswahlen für Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses der ehemaligen DDR. Wir fordern: Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! Hände weg von Markus Wolf! Für proletarische Einheitsfrontaktionen, um die PDS und alle Organisationen der Arbeiterbewegung und unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien zu verteidigen! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!"«

Только что из печати!

бюллетень Спартаковцев №1

56 страниц — 56 Seiten

Цена: 50 копеек или зквивалент в другой валюте — 50 Kopeken DM 2,– oder jede beliebige andere Währung

Пишите нам для получения дальнейшей информации и оформления соответственной оплаты в рублях:

Vertrieben durch: SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026



SPARTAKIST

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 11; Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben). DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 11986-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 78 **23. Oktober 1990**

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: (030)4927866

Greifswald
Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg
SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 110231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig
U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Rostock
SpAD, HPA Rostock
Postlagernd 01
Rostock 2500

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Keine Entlassungen! Gewählte Streikkomitees, Arbeiterkontrolle jetzt!

Besetzt Bergmann-Borsig!

Nach Jahren der Mißwirtschaft durch die privilegierten Betriebsdirektoren haben viele Arbeiter des DDR-Musterbetriebes Bergmann-Borsig im Herbst letzten Jahres auf eine „bessere DDR" gehofft. Doch nach dem massiven kapitalistischen Ansturm und besonders nach der Knierutscher-Kapitulation der SED/PDS, die bereitwilligst die starke Betriebskampfgruppe auflöste und mit fliegenden Fahnen auf die „Segnungen" der „sozialen" Marktwirtschaft setzte, griff die Hoffnung um sich, daß der mächtige kapitalistische internationale Großkonzern Asea Brown Boveri (ABB) ihren Betrieb und ihre Arbeitsplätze sichern würde. Als die von der SPD kontrollierte IG Metall im Juli einen Warnstreik-Spaziergang um die Pankower Kirche herum anführte und „Kurzarbeit" und „Weiterbildung" als arbeitssichernd anpries, standen die meisten BB-Arbeiter im Blaumann mit verschränkten Armen herum. Und im Sommer, während die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter auf drei Millionen in die Höhe schoß, blieb dieser Pankower Betrieb davon praktisch unberührt.

Auf einer Betriebsversammlung am 16. Oktober 1990 um 9 Uhr ließ Asea Brown Boveri die Maske fallen und die Arbeiter von Bergmann-Borsig lernten die Fratze des blutsaugenden Kapitalismus kennen: Bis Ende dieses Jahres plant ABB, 1800 Arbeiter zu entlassen; danach werden noch weitere 1400 ihren Arbeitsplatz verlieren, das heißt, zwei Drittel der 5000 Arbeiter, die früher im Werk arbeiteten, werden arbeitslos. Und auch für den Rest gibt es keine Garantie.

Arbeiter von Bergmann-Borsig! Fragt euren Nachbarn, was es bedeutet, auf Kurzarbeit gesetzt zu sein. Fragt einen Arbeiter von Stern Radio Berlin, wie man sich fühlt, wenn die Fabrik nach und nach um einen herum zugemacht wird. Wartet nicht darauf, selber das Elend der Arbeitslosigkeit kennenzulernen. Ihr habt die Macht, diesen Mist zu stoppen.

Lernt von den Bergarbeitern im Harz! In Rottleberode und anderen Bergwerken haben sie am 19. September ihre Schächte *besetzt* und die technischen Anlagen *unter ihre Kontrolle gebracht.* Lernt von den polnischen Eisenbahnern! Im Mai haben sie Bahnhöfe besetzt, die Häfen dichtgemacht und alle Verkehrsmittel in Nordpolen unter ihre Kontrolle gebracht. Aber lernt auch aus ihren Fehlern: Rottleberode wurde billig ausverkauft, der Eisenbahnerstreik ist von Lech Walesa sabotiert worden. Ihr könnt darauf wetten, die IG-Metall-Bürokraten werden alles daran setzen, dafür zu sorgen, daß die Entlassungen durch ABB reibungslos über die Bühne gehen.

Schon 1988 wollte ABB in Mannheim Tausende von Arbeitsplätzen liquidieren. Die IG-Metall-Bürokraten beschränkten sich auf einen Pseudokampf und weigerten sich, sich mit einem industrieweiten Metallerstreik den Stahlarbeitern bei Krupp anzuschließen, die um ihre Arbeitsplätze kämpften. Jetzt hat *Neues Deutschland* einen Artikel eines Mannheimer ABB-Betriebsrats abgedruckt, der für impotente Appelle an die Aktionäre ist (darunter die schwedischen Wallenbergs, die das Dritte Reich mit bewaffnet haben!) und ihren damaligen Ausverkauf bei ABB rechtfertigt, um „die Härtefälle abzufedern". Die IG Metall führt jetzt Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie; es gibt eine gute Basis für gemeinsame Aktionen.

Wer hat den Bonzen das Recht gegeben, den Vertrag mit ABB abzuschließen, mit dem sie heute unsere Existenz ruinieren? Wer hat die Mistkerle von der Treuhand gewählt, die den Ausverkauf gebilligt haben? Bergmann-Borsig gehört uns! *Wählt jetzt Streikkomitees, die fähig und bereit sind, eine Fabrikbesetzung durchzuführen!* Kein einziger Arbeiter darf seine Stelle verlieren! Verteidigt unsere vietnamesischen, polnischen und mosambikanischen Klassenbrüder! ABB plant, sie als erste rauszuwerfen und unter deutschen Kollegen spalterischen Rassismus und Nationalismus aufzupeitschen. Raus mit den Faschisten, die in unserer Fabrik mit Konföderierten-Flaggen am Kragen herumlaufen und versuchen, eine Hexenjagd zu entfachen! Sie sind eine Bedrohung für jeden! Der Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei ist der Schlüssel dafür, den Klassenkampf der Arbeiter zu fuhren. Im Klassenkampf-Wahlprogramm der Spartakist-Arbeiterpartei rufen wir dazu auf, Massenstreiks und Fabrikbesetzungen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen zu organisieren. Unser revolutionäres Programm, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen und eine zentrale Planwirtschaft *mit* Arbeiterdemokratie zu errichten, ist der einzige Weg, der aus dem sich entwikkelnden Chaos der kapitalistischen Restauration und Konterrevolution in Osteuropa herausführt. Arbeiter bei Bergmann-Borsig und anderswo, schließt euch der Klassenkampf-Wahlkampagne der SpAD an!

Die Zeit ist knapp, sehr knapp. Wenn du erst zum letzten Mal durchs Fabriktor gehst, mit dem blauen Brief in der Tasche, verlierst du alle Verbindungen zu den Arbeitern, die deine Kollegen gewesen sind; die Macht, die du in der Produktion in der Hand hast, rinnt dir dann durch die Finger wie Sand. Besetzt den Betrieb! Bergmann-Borsig hat eine lange Tradition, an der Spitze von Arbeiterkämpfen zu stehen — von 1918/19 bis zum Arbeiteraufstand 1953 und zur Demonstration von Parteimitgliedern vor dem SED-ZK-Gebäude im Dezember. BB-Arbeiter, schickt Abordnungen eurer Streikposten zu anderen Fabriken, die vom gleichen Schicksal bedroht sind, zu KWO, EAW, zu den ehemaligen 7.-Oktober-Betrieben und zu WF. Und sendet auch Abordnungen zu Fabriken wie Bosch-Siemens im ehemaligen Westberlin, die jetzt nicht mehr so weit entfernt sind, und nach Hennigsdorf und Ludwigsfelde im Umland. Reichsbahner und ÖTVler haben ihre Kampfbereitschaft schon in Warnstreiks gezeigt. Ein Marsch zur Treuhandanstalt am Alex könnte der Beginn des Kampfes sein. Und sendet Delegationen zu ABB Mannheim, damit euch eure Kollegen *in der Aktion* unterstützen. Laßt uns diesen Herbst zu einem „heißen Herbst" des Klassenkampfs machen!«

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneweide
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT HALLE
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: (Halle) 29055
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW
Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr





Nieder mit Antisemitismus, antipolnischem Chauvinismus!

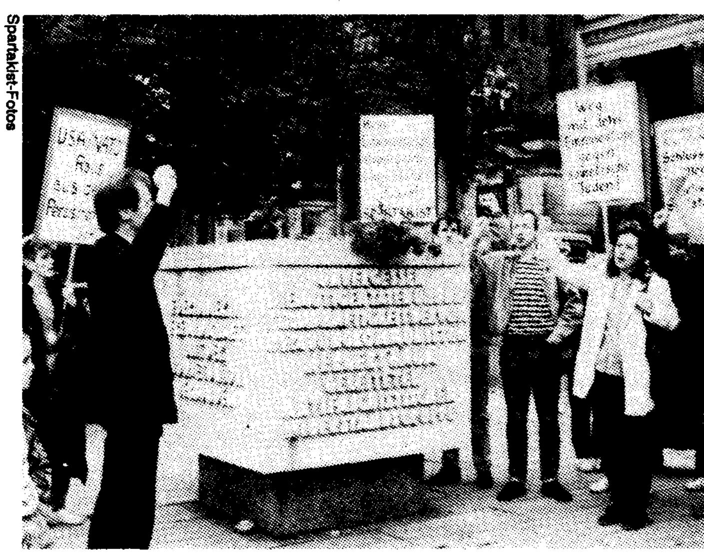
Nationalismus und Rassismus, Antisemitismus und die Hetze gegen sowjetische Soldaten kennzeichnen das neuentstandene Vierte Reich. Kaum wurde die DDR dem westdeutschen Imperialismus einverleibt, zog die deutsche Bourgeoisie Mauern hoch gegen Arbeiter aus dem Osten. Am Jahrestag des Überfalls der Nazis auf Polen wurde die Visumpflicht für Polen angekündigt. Die Regierung macht Anstalten, diese Visumpflicht aufzuheben, aber dagegen gibt es starken Widerstand von Seiten der CSU ... und vom SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen.

Die vom SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine geschürte Pogromhetze gegen Cinti und Roma wird begleitet von seiner rassistischen Kampagne gegen „Asylmißbrauch". Nordrhein-Westfalens SPD will das „Asylverfahren beschleunigen", und CDU-Späth will zusammen mit den SPD-Ländern selbst den minimalen Grundgesetzartikel „Recht auf Asyl" begraben. Wir sagen: *„Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Jeder, der es hierher geschafft hat, um zu leben und zu arbeiten, soll bleiben können!"* In der antipolnischen Hetze marschierte die Supermarktkette Aldi voran, als sie den Einkauf für Polen rationierte. Wir Spartakisten riefen bei der Demonstration am 26. Mai: *„Nie wieder Auschwitz - stoppt den Drang zum Vierten Reich! Nieder mit antipolnischem Chauvinismus!"*

Dann verhängte die Bundesregierung den skandalösen Einwanderungsstopp gegen sowjetische Juden. Die Spartakist-Arbeiterpartei demonstrierte am 19. September vor der Berliner Mahnwache für die Opfer des Faschismus: *„Deutschland darf nie wieder judenrein' werden! Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!"*

Mit Klassenkampfaktionen müssen wir Antisemitismus und rassistische Angriffe zurückschlagen. Wir knüpfen an den Traditionen an, wie sie in der jüdischen, polnischen und deutschen Kommunistin Rosa Luxemburg verkörpert sind. Dazu brauchen wir eine Partei, die im Geiste Lenins und Trotzkis ihren Auftrag als Volkstribun wahrnimmt.*





Spartakist-Fotos

Spendet jetzt für Klassenkampf-Wahlkampf!

Der Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten kommt auf Hochtouren. Wir kandidieren in Sachsen und Hamburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt. Unsere Kandidaten Toralf Endruweit, Jana Strauchfuß und Renate Dahlhaus für Berlin haben wir schon im letzten *Spartakist* kurz vorgestellt, in Sachsen-Anhalt kandidieren Ramona Steiner und Reinhard Hartwig, in Sachsen kandidiert Michael Scharsig.

Alle sind aufgerufen, daran mitzuarbeiten, daß die Stimme der Kommunisten zum 2. Dezember laut und deutlich Gehör findet. Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten, verteilt mit uns unser Klassenkampf-Wahlprogramm und kämpft mit uns für Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Folgen des Anschlusses!

Die SpAD ist bekannt für ihren Kampf gegen jegliche Offenlegung der Parteifinanzen. Die Kapitulation der PDS und der anderen linken Organisationen vor der Enteignungskampagne der Regierung hat die Kräfte nur ermuntert, die jetzt in einer Nacht- und Nebelaktion die PDS-Zentrale in Berlin gestürmt haben. Bei der Protestdemonstration dagegen erhielt die SpAD viel Unterstützung und Geld für unseren Klassenkampf-Wahlkampf. Gleichzeitig nehmen wir keinen Pfennig Subvention und nur Geld von denen, die irgendwie ernsthaft mit unserem Programm übereinstimmen. Eine Kandidatur kostet viel Geld! Wir sind auf uns und euch angewiesen!

Wir haben Klassenkampf-Wahlkampf-„Bausteine" im Wert von DM 10-, DM 50-, und DM 100- herausgebracht. Kauft sie und verkauft sie weiter! Meldet euch für weitere Informationen oder sprecht mit den *Spartakist-Verkäufern.*

Schickt bitte eure Schecks oder überweist eure Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 211976600, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ50080000.«

Klassenkampf-Wahlkampf-Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Halle Samstag, 27. Oktober, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, Raum 718, Leninallee 70

Rostock Sonntag, 28. Oktober, 14.00 Uhr
Kuphalstraße 77, Raum 207

Berlin Donnerstag, 1. November, 18.30 Uhr
Halkevi, Kottbusser Damm 74
2. Stock, Hinterhaus
U-Bahnhof Hermannplatz

Hamburg Sonntag, 4. November, 15.00 Uhr
Halkevi, Neuer Kamp 31, (U-Bhf Feldstr.)

Torgelow Freitag, 9. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus (Volkshaus)

Berlin Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr
Klub 2000, Allee der Kosmonauten 67
Berlin-Marzahn, S-Bahnhof Springpfuhl

Veranstaltungskalender der SpAD

Berlin

Donnerstag, 25. Oktober, 18.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf! Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Donnerstag, 8. November, 18.00 Uhr
Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/ Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: (Westberlin) 4 92 78 66

Torgelow

Freitag, 26. Oktober, 18.00 Uhr
Video: Philadelphia - wir stoppten den KKK!

Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus (Volkshaus)

Halle

Samstag, 10. November, 16.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf! Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Comcenter Halle, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: (Halle) 29055

Leipzig

Mittwoch, 24. Oktober, 18.00 Uhr
Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/ Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Leipziger Vereinshaus, Raum 225
Seeburgstr. 5-9, Leipzig 7010
Telefon: (Halle) 29055

Israel...

Fortsetzung von Seite l

viele Jahre lang unterstützt haben, als es ihnen paßte, sind sie nun drauf und dran, den Irak dem Erdboden gleichzumachen, um die militärische Vorherrschaft der USA auf dem ganzen Planeten unter Beweis zu stellen. Für dieses Ziel sind die Wall Street und ihre Politiker bereit, das Blut von Hunderttausenden Irakern und auch von Tausenden amerikanischen GIs zu vergießen. Aber wenn Bush keinen großen Sieg erzielt, bei einem Minimum von amerikanischen Verlusten, dann wird er ganz groß verlieren. Und die amerikanischen Herrscher haben im Augenblick nicht gerade eine Glückssträhne.

Saddam Hussein hat sich geweigert, sich zum Sterben hinzulegen, und gleichzeitig wächst in den USA weiterhin die Stimmung in der Bevölkerung gegen den Krieg. Direkt seit dem Beginn der amerikanischen Invasion war es klar, daß Werktätige, und besonders Schwarze, Bushs Krieg für die Ölmultis nicht akzeptieren. Inzwischen ist die Unterstützung für Bushs Golfpolitik bei Meinungsumfragen von fast drei Viertel der Bevölkerung auf kaum mehr als die Hälfte gefallen. Und neun von zehn Amerikanern sind dagegen, daß die USA einen richtigen Krieg anfangen. Jetzt hat das Fiasko des Staatshaushalts eine weitverbreitete Ablehnung der Bevölkerung gegen beide kapitalistischen Parteien zum Vorschein gebracht und vertieft.

Selten ist es so klar gewesen, daß hier eine Regierung der Reichen die Armen an die Front schickt, damit diese für sie sterben. Dies gibt Schwarzen, Spanischsprechenden und allen Werktätigen eine Chance, gegen ihre Ausbeuter in Washington und an der Wall Street mobil zu machen. Es ist nicht im Interesse der amerikanischen Arbeiter, dieser Bande von Streikbrechern, Rassisten und Kriegstreibern die Haut zu retten, sondern vielmehr, ihnen eine Niederlage beizubringen. Das bedeutet, für die Verteidigung des Irak gegen den US-Imperialismus einzutreten.

Gemetzel in Jerusalem

Selbst gemessen an drei Jahren mörderischen Wütens gegen die palästinensische Intifada — in denen die israelische Armee Hunderte umgebracht und dazu Tausende verwundet oder ins Gefängnis geworfen hat —, ist das Al-Aksa-Massaker vom 8. Oktober eine blutrünstige zionistische Greueltat. Mehrere tausend Palästinenser hatten sich um die Moschee herum versammelt, um sie gegen eine Provokation einer ultrarechten zionistisch-fundamentalistischen Gruppe zu verteidigen, die sich „Die Getreuen des Tempelbergs" nennt und die, wie schon in den Vorjahren an diesem Tag, zu dem moslemischen Heiligtum marschieren wollte. Israelische Grenzpolizei schoß Hunderte von Salven scharfer Munition in die Menge, dabei tötete sie mindestens 21 Menschen und verwundete mehr als 150. Die Israelis setzten das Feuer selbst auf die Krankenwagen fort, die die Opfer abtransportierten.

Israel behauptet, daß die Polizei das Feuer erst eröffnet habe, nachdem Palästinenser jüdische „Betende" an der nahe gelegenen Klagemauer mit Steinen beworfen hätten. „Berge von Steinen", die in der Moschee gefunden wurden, angeblich der Beweis für eine vorsätzliche palästinensische „Provokation", stellten sich als Betonklötze für ein Bauprojekt heraus. Die „PLO-Provokation" entpuppte sich als Lüge, als Zeev Schiff, Militärexperte für die gemäßigte israelische Tageszeitung *Ha'aretz,* bestätigte, daß sich die Palästinenser vor der Moschee versammelt hatten, „um das Eindringen der Getreuen vom Tempelberg zu verhindern". Und eine Videoaufnahme der Ereignisse zeigt, daß die Bullen damit anfingen, die Palästinenser niederzumähen, *nachdem* die jüdischen Betenden den Schauplatz schon verlassen hatten.

Dies war die Antwort der Israelis auf die Bitte ihrer amerikanischen Zahlmeister, sie sollten sich während der von den USA angeführten Konfrontation mit dem Irak „zurückhalten". Washington schäumte, während seine arabischen Alliierten aus Angst davor zitterten, daß es zu einem Ausbruch allgemeiner Empörung kommt.

Dieses Massaker war eine Provokation. Und die Provokateure waren die zionistischen Herrscher, die bewußt darauf aus sind, die arabische Feindseligkeit so weit aufzupeitschen, daß sie einen richtigen Krieg entfacht — oder den Vorwand dazu liefert. Schon vor der US-Invasion ist Israel auf Krieg aus gewesen, um das Ziel zu erreichen, die Palästinenser aus der Westbank zu vertreiben und Lebensraum zu schaffen für den lang erwarteten Zustrom sowjetischer Juden. Bonns Judenstopp dient nicht nur der Anfachung von Antisemitismus im Vierten Reich, sondern zwingt außerdem sowjetische Juden, nach Israel auszuwandern, um dort für das zionistische Expansionsstreben als Kanonenfutter zu dienen.

Die Zionisten fürchten zu Recht, daß die USA vielleicht anfangen, Israel als eine „strategische Belastung" zu sehen und nicht mehr als „strategischen Aktivposten". Eine ständige militärische Präsenz der USA in Saudi-Arabien droht den zionistischen Staat seiner privilegierten Position zu berauben, Washingtons Polizist in der Region zu sein, und damit die milliardenschwere Nabelschnur zu zerreißen. Mit einem Schlag sah es so aus, als habe Israel den Golf einen großen Schritt näher an den Rand eines Krieges gebracht und Washingtons neuem Bündnis mit den arabischen Regimes Steine in den Weg gelegt. Bush erteilte zwar den Israelis nur eine milde Rüge, weil sie sich nicht „stärkere Zurückhaltung" auferlegt haben; trotzdem fand eine von der PLO unterstützte Resolution, die das Massaker Israels verurteilte und zum „Schutz" der Palästinenser eine Intervention der UN forderte, überwältigende Zustimmung im Sicherheitsrat, und zwar nicht nur bei Ländern der „Dritten Welt", sondern sogar bei den westlichen Verbündeten der USA.

Die PLO — immer verzweifelter darauf aus, auf die USA Druck auszuüben, damit diese auf ihren israelischen Schützling Druck ausüben, einem palästinensischen

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre *„Marktsozialismus" in Osteuropa*

Name ______________________

Adresse ______________________

____

Telefon ______________________

Sp 78

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 11988-601

Bantustan zuzustimmen — zog ihre Resolution zurück und akzeptierte einen „Kompromiß", mit dem Washington leben kann. Aber die Israelis haben nicht mitgemacht und verweigerten dem von der UNO beauftragten Untersuchungsteam die Einreise nach Jerusalem. „Die Idee dabei war, diese Angelegenheit hinter uns zu bringen und mit dem Irak weiterzumachen", jammerte ein Berater von Bush. Israel hat offenbar andere Vorstellungen. Jetzt hat Schamir angekündigt, daß sowjetische Juden in Ostjerusalem angesiedelt werden, früheren „Versprechungen" gegenüber Washington zum Trotz.

Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg

Keinerlei „Druck" wird die Zionisten dazu bringen, die nationalen Rechte der Palästinenser in irgendeiner Form, egal wie begrenzt und entstellt, zu akzeptieren. Die PLO-Nationalisten versuchen, die militanten palästinensischen Demonstranten auszunutzen, um immer neue UN-Resolutionen durchzudrücken oder das eine oder andere mörderische arabische bürgerliche Regime hochzujubeln. Es sagt alles über diese kleinbürgerlichen Nationalisten, daß sie immer noch an die UNO appellieren — sogar wo die UNO das Feigenblatt liefert für die augenblickliche massive Invasion der USA in der Region und nachdem die Evakuierung der PLO-Kämpfer aus dem Libanon unter UN-Aufsicht 1982 direkt zu den Massakern in Sabra und Schatila geführt hat.

Der expansionistische israelische kapitalistische Staat muß von innen her zerstört werden. Palästinenser machen einen sehr wichtigen Teil der Arbeiterschaft in Israel aus. Unter einer internationalistischen Führung können die kämpferischen und kosmopolitischen palästinensischen Massen der Funke sein für Klassenkampf in der ganzen Region und dazu beitragen, die hebräischen Arbeiter aus dem tödlichen Griff des Zionismus loszureißen. Die Wirtschaft dieses Kasernenstaates liegt dermaßen am Boden — zu einem großen Teil ein Ergebnis der drei Jahre dauernden Intifada —, daß vor kurzem selbst der korporatistische Gewerkschaftsbund Histadrut mit einem unbefristeten Generalstreik gegen den sinkenden Lebensstandard gedroht hat. Inzwischen ist die massenhafte Einwanderung sowjetischer Juden zu einer enormen Belastung für die israelische Gesellschaft geworden. Dringend gebraucht wird eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für das Recht auf Selbstbestimmung sowohl des hebräischsprachigen als auch des palästinensischen Volkes kämpft. Verteidigt das palästinensische Volk — Israel raus aus den Besetzten Gebieten!

Das Bündnis am Golf zerbröckelt

Schon vor der israelischen Greueltat haben die USA Schwierigkeiten gehabt, ihr Bündnis zusammenzuhalten. Ihren arabischen Verbündeten ist von der eigenen Bevölkerung eingeheizt worden. Von Washingtons imperialistischen Verbündeten fliegt der frühere britische konservative Premierminister Edward Heath nach Bagdad, angeblich um mit Saddam über die Freilassung von Geiseln zu verhandeln. Die deutsche Bourgeoisie möchte die amerikanisch geführte Kriegsmobilisierung im Golf benutzen, um den Boden für *ihr eigenes* Auftreten als imperialistische Weltmacht vorzubereiten. „In sehr kurzer Zeit" können Bundeswehr-Truppen in die Türkei geschickt werden, kündigte Kriegsminister Stoltenberg an. Und der französische Präsident Mitterrand stellte eine Verhandlungslösung mit dem Irak über Kuwait in Aussicht. Kriminellerweise ist zur Zeit der Kreml weiterhin einer der standhaftesten Verbündeten der USA. Gorbatschows Pressesprecher Witali Ignatenko sagte der *Time* (15. Oktober), daß die Sowjetunion es nicht „ausgeschlossen" habe, Truppen in den Golf zu senden, um an einer von den USA geführten Operation teilzunehmen. Währenddessen appellierte die konterrevolutionäre estnische Verteidigungsliga im Fernsehen an „Freiwillige", sich den imperialistischen Truppen anzuschließen.

Während Washingtons Propagandamaschine am laufenden Band Horrorstories über Kuwait produziert, berichtet ein amerikanischer Flüchtling: „Um Ihnen die Wahrheit zu sagen, ich habe keinerlei Plünderungen gesehen. Wenn sie dich auf der Straße anhalten und deinen Ausweis kontrollieren, sind sie sehr nett" *(New York Times,* 11. Oktober). Saddam Hussein ist sehr viel weniger „nett" zu seiner eigenen Bevölkerung, besonders zu linken Arbeitern und der kurdischen und schiitischen Minderheit, die er gnadenlos abschlachtete. Doch alles, was die USA wollen, ist einen Diktator ihrer Wahl einzusetzen. Die irakischen Massen müssen Saddams mörderische Baath-Clique wegfegen, im Kampf zur Verteidigung ihres Landes gegen die imperialistische Aggression.

Klassenkampf ist nötig, um die imperialistischen Kriegspläne zu zerschlagen, im eigenen Land und im Ausland — eine antikapitalistische Bewegung der Arbeiterklasse, die die herrschenden Klassen von Washington bis zum Nahen Osten stürzt. Dazu muß das internationale Proletariat bedingungslos für die *Niederlage* des US-Imperialismus im Krieg gegen den Irak kämpfen — den Irak verteidigen wir, und gleichzeitig wollen wir den Sturz Saddam Husseins durch die irakische Arbeiterklasse. *Arbeiteraktionen* können diesen Krieg scheitern lassen: Stoppt die Verladung und den Transport von Kriegsgerät zum Persischen Golf! Brecht die imperialistische Blockade gegen den Irak! Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft.

Nach Workers Vanguard *Nr. 512, 19. Oktober*

Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite 8

anstaltungen an und bedrohen Gregor Gysi, der jüdischer Herkunft ist. In Erfurt standen im Oktober 700 Polizisten zum Schutz der NPD bereit, während gleichzeitig eine PDS-Wahlveranstaltung in Arnstadt „wegen befürchteter Krawalle" verboten wurde. Appelle an die Polizei und den bürgerlichen Staat entwaffnen nur die Arbeiterklasse! Wir brauchen Arbeiterselbstverteidigungsgruppen, in denen ehemalige Mitglieder der Betriebskampfgruppen und entlassene NVA-Soldaten, die sich weigern, Kanonenfutter für die imperialistische Bundeswehr zu werden, eine Schlüsselrolle spielen beim Schutz des „Reformhauses" und von Arbeiterwohnheimen.

Die Bourgeoisie von Auschwitz ist dabei, ein Viertes Reich durch die Ausplünderung der Arbeiterklasse im Osten und im Westen aufzubauen. Aus der Gruft des Dritten Reichs greift der Zyklon-B-Fabrikant IG Farben jetzt nach Leuna, Buna, den Braunkohlegruben und nach den Arbeiterwohnungen, während die Treuhandanstalt an Sterbelisten arbeitet und Massenentlassungen der Arbeiter plant. Die Spartakist-Arbeiterpartei hat bei den Volkskammerwahlen und auf den Straßen gegen den kapitalistischen Anschluß des deformierten Arbeiterstaats DDR gekämpft. Eine Arbeitermassenmobilisierung für die Demonstration am 2. November gegen die Nazi-Angriffe kann zu einem wirklichen „heißen Herbst" des Arbeiterwiderstands führen! •

SPARTAKIST

Alle heraus zur Demonstration am 2. November in Halle!

Stoppt die Nazis durch Arbeitermassenmobilisierung!

Folgendes Flugblatt wird vor Betrieben wie Leuna, der Waggonfabrik Ammendorf und an Gewerkschafter verteilt und vor Einkaufsmärkten und auf den Straßen der Stadt. Auch die PDS-Zeitung Regionalkurier *rief zur Demonstration auf.*

Bereits zweimal innerhalb von fünf Tagen wurde das „Reformhaus" in Halle von Skinhead-Schlägerbanden angegriffen, wo die Vereinigte Linke, Die Grünen und andere Organisationen Büros haben. Über 50 Nazi-Skinheads zertrümmerten die Fenster und die Einrichtung des Kaffees im Erdgeschoß und griffen die Besucher des „Reformhauses" an. Dieser Nazi-Terror muß sofort gestoppt werden! Gemeinsam mit der Spartakist-Arbeiterpartei haben Mitglieder von PDS, VL, KPD, Grüne Liga, Jusos, Friedenskreis Halle und des Bundes der Antifaschisten zu einer Demonstration „Stoppt die faschistische Gefahr" am 2. November in Halle aufgerufen.

Hatte ist eine Arbeiterstadt! Die Arbeiter aus Betrieben wie Leuna und Buna müssen jetzt ihre Kraft einsetzen, um die Nazis zu stoppen und in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben! Die Gewerkschaften müssen für die Demonstration am 2. November mobilisieren. 250 000 Werktätige kamen am 3. Januar in Berlin zu einer von den Spartakisten initiierten machtvollen Demonstration im Treptower Park, zu der auch die SED-PDS aufrief, um gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren. Für eine solche Einheitsfront im Leninschen Sinne, die alle Organisationen der Arbeiterbewegung und Minderheiten umfaßt, hat Trotzki in den 30er Jahren gekämpft. Heute, wo mosambikanische Arbeiter nachts von Nazis angegriffen und Fahrgäste von



Spartakist

Treptow - 3. Januar. 250 000 demonstrierten gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zu Ehren der Roten Armee

blutrünstigen Skinheads in den Straßenbahnen überfallen werden, wenden wir uns besonders an unsere Kollegen aus Vietnam, aus Mosambique und Polen, die unter den ersten Opfern der braunen Banden sind.

In dem von der SPD geschürten antikommunistischen Hexenjagd-Klima greifen die Faschisten offen PDS-Ver-

Fortgesetzt auf Seite 7

- **Verteidigt das „Reformhaus" gegen Skinhead-Nazi-Banden!**
- **Für Arbeiterselbstverteidigungsgruppen, um unsere eingewanderten Kollegen, linke und antifaschistische Organisationen und alle anständigen Menschen zu verteidigen!**
- **Keine Abschiebungen! Roma und Cinti haben das Recht, hierzubleiben! Weg mit dem Einwanderungsstopp gegen Juden! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien!**
- **Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien zu verteidigen und zu ehren!**

Kommt zum Spartakist-Banner
Freitag, 2. November, 17 Uhr 30
beim Händel-Denkmal, Halle, am Markt

Kommt zum Spartakist-Treffpunkt in Halle, helft mit bei der Mobilisierung!
Kontakt: SpAD, Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020, Tel.: Halle 2 90 55

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C1664F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 79 6. NOVEMBER 1990 50 Pfennig





Fotos: Spartakist

Anti-Nazi-Demo in Halle: SpAD-Bundestagskandidat Reinhard Hartwig auf Kundgebung (links); SpAD-Block ruft: „1, 2, 3, 4, Faschisten marschieren nicht mehr hier! 5, 6, 7, 8, Arbeiterklasse an die Macht!"

Stoppt die Nazis durch Arbeitermobilisierung!

Halle: Einheitsfrontaktion gegen Nazi/Skinhead-Überfälle

HALLE, 2. November — Mehr als 1000 Menschen beteiligten sich an der heutigen Protestkundgebung gegen die Faschisten. Mehrfach war das „Reformhaus", ein Zentrum verschiedener linker Gruppen in Halle, von Skinheadbanden brutal überfallen worden. Zur Kundgebung auf dem Marktplatz in Halle mit anschließender Demonstration zum Reformhaus hatten u. a. die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, die PDS, VL, Jusos, KPD, MJV und der Bund der Antifaschisten aufgerufen. Viele Jugendliche waren auf dem Platz der Kundgebung, neben Immigranten sind sie die hauptsächlichen Opfer faschistischer Angriffe in Halle und Umgebung.

Die SpAD initiierte diese Demonstration und verteidigte ihren Einheitsfrontcharakter gegen die politischen Zensoren und Hexenjäger von den Jusos und „Demokratie Jetzt", die Gewaltverleumdungen in Umlauf brachten. Wir gaben unser eigenes Flugblatt auf deutsch und portugiesisch heraus: „Stoppt die Nazis durch Arbeitermassenmobilisierung!" (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 78, 23. Oktober) und verteilten es massenhaft vor Großbetrieben, in Arbeitervierteln und Wohnheimen eingewanderter Arbeiter, wo es besonders von mosambikanischen Arbeitern wärmstens aufgenommen wurde und von ihnen auch weiterverteilt wurde.

„Eins, zwei, drei, vier — Faschisten marschieren nicht mehr hier! Fünf, sechs, sieben, acht — Arbeiterklasse an die Macht!" skandierte der klassenkämpferische Block der SpAD. Denn an diesem Tag marschierten keine Faschisten, und zum ersten Mal fand in der Arbeiterstadt Halle eine antifaschistische Aktionseinheit statt, die damit ein Zeichen setzt, um die Faschisten, die dieses Gebiet der ehemaligen DDR zu ihrem Rekrutierungs- und Aufmarschfeld entwickeln wollen, in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben.

Auf den Aufruf der Spartakisten hin kamen auch Arbeiter von Leuna und Buna zu diesem Protest. Delegationen zu der Demonstration kamen nicht nur aus der Region

Fortgesetzt auf Seite 9

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Nach acht Jahren: Von den Falken zur SpAD

Ich habe von den Falken erwartet, daß ich mit Leuten zusammen für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpfen kann. Doch sobald ich dabei notwendigerweise über den von der SPD gesetzten Rahmen hinausging, stand ich alleine. So zum Beispiel vor der Pfingstfahrt nach Berlin, als es um den § 218 ging.

In der Diskussion bei den Falken ging es von Anfang an nur darum, wie dieser Paragraph zu reformieren wäre. Ich bin aber dafür, daß dieser Paragraph ersatzlos gestrichen wird und jede Strafandrohung gegen Frauen und Ärzte aus der Welt verschwindet!

Charakteristisch für das Verhalten der Falken war für mich auch die Herangehensweise an die Bonner Demo gegen das Abtreibungsverbot im Juni. Es gab keine Auseinandersetzung, mit welchen Losungen die Falken auftreten würden, sondern schlimmer noch, sie waren dort überhaupt nicht sichtbar. Zur Demo bin ich dann mit den Spartakisten gefahren, weil sie aktiv für die Umsetzung ihres Programms kämpfen. In diesem konkreten Fall heißt das die Verteidigung der relativ fortschrittlichen Abtreibungsregelung der DDR, verbunden mit der Forderung nach ersatzloser Streichung der § 218 und § 219 und mit der Verteidigung der Frauen gegen alle Angriffe der neuen kapitalistischen Herrscher. Dabei sind dies für uns keine hohlen Parolen, sondern konkrete Schritte zur Mobilisierung von männlichen und weiblichen Arbeitern und Gewerkschaftern.

In der Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung wichen die Falken nicht von der Meinung der PDS und anderer linker Gruppierungen ab, nämlich einen besseren Ausverkauf hinzukriegen. Es gab keinerlei Anstrengung, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen (z. B. gab es für 90 Prozent aller Kinder Plätze in Kinderkrippen und Kindergärten).

Während die Falken sich bei ihrem Pfingsttreffen in Berlin selbst beweihräuchert haben, protestierten ein paar hundert Meter weiter 50000 Demonstranten gegen die von der SPD betriebene Enteignung von PDS und FDJ. Und bei der Falken-Veranstaltung wurde auch noch Momper bejubelt, neben Lafontaine einer der obersten antikommunistischen Hexenjäger der SPD.

SPARTAKIST 

herausgegeben von der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 79 **6. November 1990**

Auch habe ich von den Falken erwartet, daß sie klare Vorstellungen haben, wie die Faschisten zu bekämpfen sind, nämlich daß sie zerschlagen werden müssen. Stattdessen werden sie toleriert und behandelt wie Verwirrte, mit denen man bloß reden muß. Daß das keine Wirkung zeigt, ist gerade jetzt deutlich zu merken, wo auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Jugendlichen keine Perspektive haben und dadurch leichte Beute sind für die Parolen der Faschisten. Einerseits müssen wir dafür kämpfen, daß diese Jugendlichen wieder eine Zukunft haben. Andererseits müssen wir die faschistischen Terrorbanden zerschlagen, solange sie noch nicht zu groß sind. Einer der Hauptpunkte im Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) ist deshalb, für die massenhafte Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten zu kämpfen, statt hilflos an die Behörden zu appellieren, die Faschisten zu verbieten. Gerade mit dem von der SPD geforderten schnellen Anschluß der DDR sind doch die Faschisten dort legal geworden, nachdem sie schon seit Beginn der Konterrevolution in der DDR aus ihren Löchern krochen. Der Kampf gegen Faschismus und Rassismus ist eng verbunden mit der Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Lafontaine und Voscherau sind heute Vorreiter der rassistischen Kampagne gegen die Roma und Cinti. Und gerade SPD-Innensenatoren sind berüchtigt für ihre brutale Verteidigung von faschistischen Versammlungen gegen Antifaschisten.

Seit ich mit der SpAD diskutiere, habe ich mehr über sozialistische Politik gelernt als in den acht Jahren vorher bei den Falken. Vor allem habe ich zum erstenmal Rosa Luxemburg gelesen und das Gelesene diskutiert, statt ihr Foto immer nur in verschiedenen Varianten auf Postern zu sehen. Dabei ist mir klar geworden, daß sie eine revolutionäre Internationalistin war und nicht eine Pappfigur für nationalistische kleinbürgerliche Politik. Rosa hat in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts den sozialdemokratischen Reformismus bekämpft, und nachdem die SPD zur Arbeiterpartei des deutschen Imperialismus wurde, hat sie die SPD gespalten und die KPD gegründet, deren Tradition heute nur von den Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga fortgesetzt wird.

Einige von Euch haben wie ich die Schnauze voll von der SPD und ihrer Kinderbetreuungsfiliale Falken und sehen die Ausdehnung der stalinistischen PDS als Alternative. Doch nach Ulbrichts und Honeckers bürokratischer Mißwirtschaft in der DDR wurde dieser deformierte Arbeiterstaat von Modrow und Gysi an die westdeutschen Imperialisten verschenkt, in der Hoffnung auf einen wannen Platz im Vierten Reich. Auch programmatisch haben sie nichts anderes zu bieten als Godesberg mit Öko-Touch. Für Euch ist es vielleicht lächerlich, sich einer kleinen Partei wie der SpAD anzuschließen, wenn andere „Arbeiterparteien" Aussicht auf Stühle im Reichstag haben.

Doch es gibt heute Millionen betrogene Arbeiter in der DDR, die wissen, wer sie betrogen hat. Es gilt, den stattfindenden und kommenden Arbeiterwiderstand zu organisieren — auch hier im Westen. Die SpAD hat ein Klassenkampf-Wahlprogramm für die Mobilisierung der Arbeiter gegen die Folgen des Anschlusses und für eine sozialistische Zukunft.

Lest Euch das von mir mitgebrachte Wahlprogramm mal durch und diskutiert mit mir weiter, wie wir es in die Tat umsetzen können. Niederlagen hatte die Arbeiterklasse in Deutschland genug. Organisieren wir jetzt mal Siege!

Alexandra, Hamburg, den 7. Oktober 1990

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Internationalistische Grüße aus Polen

Nachfolgend drucken wir einen Brief der Bewegung der Jungen Linken an die SpAD ab. Die polnischen Genossen und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hatten inzwischen ausführliche programmatische Diskussionen, und wir sind stolz darauf, die Gründung der Spartakusowska Grupa Polski bekanntzugeben. In der nächsten Ausgabe des Spartakist *werden wir das* „Übereinkommen für gemeinsame Arbeit" *zwischen der neugegründeten polnischen Spartakist-Gruppe und der IKL veröffentlichen,*

Wroclaw, 29. Juli 1990

An die Genossen Spartakisten

Als junge Menschen, die während ihres Studiums — durch ihre eigenen Anstrengungen und Untersuchungen — zum Trotzkismus gelangt sind, dieser vergessenen Tradition und modernen revolutionären Strömung der Arbeiterbewegung, lesen wir mit Interesse Eure Veröffentlichungen. Soweit uns bekannt ist, seid Ihr die einzige Strömung, die des Jahrestages gedenken, als Lenin, Luxemburg und Liebknecht gestorben sind. Auch wir in Polen haben dieses Jahrestags gedacht.

Am 1. Mai 1988 zum Beispiel wurden wir aus einer offiziellen Demonstration in Warschau hinausgeschmissen, weil wir unter anderem ein Banner über „Lenin, Luxemburg und Liebknecht" hatten. Am 70. Jahrestag des Todes von R. Luxemburg und K. Liebknecht haben wir ein Flugblatt auf den Straßen von Wroclaw verteilt, das ihrem Gedenken gewidmet war. Wir haben eine Reihe von Veranstaltungen organisiert, wo wir mit Zeitungsausschnitten aus der deutschen und polnischen Presse diese vergessene Tradition dokumentiert haben. Euch ist es zu verdanken, daß unser Zugang zu dieser Tradition vertieft wurde.

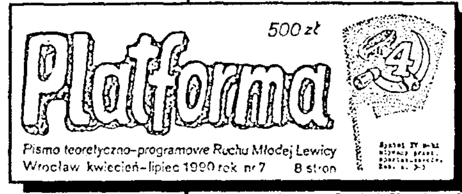
In der trotzkistischen Bewegung in Polen stoßen wir oft auf Aktivisten, die aus „Solidarnosc" kommen oder zumindest alle ihre Hoffnungen auf „Solidarnosc" setzen. Bis jetzt ist es schwierig für sie, sich von diesen Illusionen zu befreien. Entweder ist ihnen die Realität unserer wahren Tradition nicht bekannt, oder sie unterdrücken sie (aus „taktischen" Gründen). Es wird zunehmend schwieriger für uns, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden.

Es wird uns vorgeschlagen, Eure Position zu verschweigen, die sie als „Diskreditierung der trotzkistischen Bewegung" (!) ansehen. Die Diskussion wird genau in dem Augenblick unterbunden, wo sie hätte beginnen müssen.

Die Bedrohung der Arbeiterstaaten durch den deutschen Imperialismus, vor der Ihr warnt, wird in Polen benutzt, um eine nationalistische Hysterie zu schüren. Es ist unser Ziel, dagegen mit einem internationalistischen

KWIECIEN-LIPIEC 1990r. NR7 4

Program Spartakusowcow ustami ich „agentow



Trotzkistische Fusionserklärung der Spartakist-Gruppe Mexiko, abgedruckt in Platforma. Zeitung der Bewegung der Jungen Linken in Polen

Standpunkt aufzutreten und zu einer gemeinsamen Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterrevolution auf dieser und auf der anderen Seite der Oder aufzurufen. Wir geben Eurem Kampf volle Unterstützung.

Mit internationalistischen Grüßen
AJ, RK

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Spartacist League of Australia
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001
Australien

Spartacist League/Britain
Spartacist Publications
PO Box 1041
London NW53EU
England

Troskyist League of Canada
Box 7198, Station A
Toronto, Ontario
M5W 1X8, Kanada

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51

Ligue Trotskyste de France
Le Bolchévik, BP 135-10
75463 Paris Cedex 10
Frankreich

Spartacist Group India/Lanka
schreibt an Spartacist, New York

Dublin Spartacist Youth Group
PO Box 2944, Dublin 1
Republik Irland

Lega Trotskista d'Italia
Walter Fidacaro
C.P. 1591
20101 Milano
Italien

Spartacist Group Japan
PO Box 18
Chitose-Yubinkyoku
Setagaya-ku, Tokyo 156
Japan

Grupo Espartaquista de Mexico
P. Linares, Apdo, Postal 453
CP 06002, Mexico 1
D.F., Mexico

Polen
A. J., SKR 741
50/950 Wroclaw 2, Polen

Spartacist League/U.S.
Box 1377 GPO
New York, NY 10116
USA

Unterstützt den Klassenkampf-Wahlkampf!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kandidiert in Sachsen und Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Unsere Kandidaten sind in Berlin Toralf Endruweit, Jana Strauchfuß und Renate Dahlhaus. In Sachsen-Anhalt kandidieren Ramona Steiner und Reinhard Hartwig, in Sachsen kandidiert Michael Scharsig. In Mecklenburg-Vorpommern stellt sich Ralf Neitzke zur Wahl und in Hamburg Herbert Peveling. Wählt diese Kandidaten, damit die Stimme der Kommunisten am 2. Dezember laut und deutlich Gehör findet. Überall dort, wo SpAD nicht auf der Wahlliste steht, schreibt *SPARTAKIST!*

Die SpAD ist bekannt für ihren Kampf gegen jegliche Offenlegung der Parteifinanzen. Nur die SpAD sagte einfach „Nein" zu dieser antikommunistischen Hexenjagd und ruft Arbeiter und Linke auf: „Wehrt Euch! Der Angriff auf die PDS ist ein Angriff auf alle!" Wir brauchen jetzt noch mehr Unterstützung und Geld für unseren Klassenkampf-Wahlkampf! Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten, verteilt mit uns unser Klassenkampf-Wahlprogramm und kämpft mit uns für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Spendet jetzt!

Eine Klassenkampf-Wahlkampf-Kandidatur kostet viel Geld. Wir nehmen keinen Pfennig Subvention, sondern nur Geld von denen, die irgendwie ernsthaft mit unserem Programm übereinstimmen. Wir sind auf uns und euch angewiesen!

Schickt bitte eure Schecks oder überweist eure Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 211976600,-Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ50080000.«

Veranstaltungskalender

Berlin

Donnerstag, 8. November, 18.00 Uhr

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/ Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Grünauer Straße 5, 1. Stock, 1190 Berlin
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: (Westberlin) 4927866

Halle

Samstag, 10. November, 16.00 Uhr

USA/NATO raus aus dem Persischen Golf! US-Imperialisten planen Massenmord Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Comcenter Halle, Raum 30, Leninallee 70
Weitere Information: Telefon (Halle) 2 90 55

Hamburg

Mittwoch, 14. November, 19.00 Uhr

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/ Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

Mittwoch, 28. November, 19.00 Uhr

Verteidigt eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Haus 3, Stadtteilzentrum, Hospitalstr. 107
Telefon: (Hamburg) 323644

Bernburg

Montag, 26. November, 19.00 Uhr

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Jugendklub Zepziger Weg, Heinrich-Rau Straße 11

Klassenkampf-Wahlkampf-Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Torgelow Freitag, 9. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus (Volkshaus)

Berlin Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr
Klub 2000, Allee der Kosmonauten 67
Berlin-Marzahn
S-Bahnhof Springpfuhl

Leipzig Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr
Bebel-Liebknecht-Haus
2. Etage
Zimmer 365, Seminarraum 1

Torgelow Freitag, 23. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus (Volkshaus)

Halle Sonnabend, 24. November, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, R. 717, Leninallee 70

Berlin Mittwoch, 28. November, 19.30 Uhr
Humboldt Universität, Hörsaal 1070
Unter den Linden 6

Merseburg Mittwoch, 28. November, 18.00 Uhr
Haus der Parteien und Organisationen
Raum 102, Domplatz 2

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Karlsruhe-Entscheidung im Stil der Nürnberger Gesetze

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

50 Jahre nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze der Nazis hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, daß Ausländer keine politischen Rechte in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland haben. Indem es das schon sehr eingeschränkte „kommunale Wahlrecht" in Schleswig-Holstein und Hamburg für unzulässig erklärt hat, hat das BVerfG in rassistisch „völkischem" Ton erklärt, es gehe in ihrer Verfassung „ausschließlich um die Deutschen,... die jeweils das Volk bilden und dessen Vertretung wählen".

Und als ob sie es noch zusätzlich unterstreichen wollten, daß das Vierte Reich des deutschen Imperialismus der „Nachfolgestaat" des Dritten ist, hat die Reichstagsmehrheit ausgerechnet am Tag der Entscheidung des BVerfG (am 31. Oktober) einen Antrag der SPD und der Grünen abgeschmettert, eine Stiftung zu gründen, die an ehemalige Zwangsarbeiter eine einmalige „Entschädigung" von 2000 DM hätte zahlen sollen. Die FDP stimmte dagegen, weil sie laut *taz* vom 1. November „nicht vierzig Jahre bundesdeutscher Geschichte neu aufrollen" wollte. Diese „Verjährung" wird natürlich nur bei den Ansprüchen der Opfer der Bourgoisie von Auschwitz angewandt. Ihre ehemaligen Ausbeuter wie die IG Farben und die Deutsche Bank verlangen jetzt nach 40 Jahren die „Rückgabe oder Entschädigung" für „ihr" Eigentum in der ehemaligen DDR, wobei die SPD mit der CDU nur darüber uneinig ist, wer als erster etwas bekommt. Die Entscheidungen des BVerfG und des Bundestags vom 31. Oktober sind ein anschauliches Beispiel für den rassistischen „Rechtsstaat", dem Gysi nun zu Füßen liegt und Opfer bringt, so z. B. das Parteivermögen mitsamt den Schatzmeistern.

Die BVerfG-Entscheidung betrifft nicht nur andere SPD-regierte Länder und Städte, die vorhatten, das kommunale Wahlrecht einzuführen, wie Bremen und die Hauptstadt Berlin, wo die SPD/AL seit Jahren darüber diskutiert, aber nie etwas getan haben; es bedeutet auch die Abschaffung des beschränkten Wahlrechts für Immigranten, das in der ehemaligen DDR existierte (wenn es auch nie ausgeweitet wurde auf die Vertragsarbeiter aus Vietnam, Polen, Mocambique usw.). Während wir das kommunale Wahlrecht gegen die Rassisten im Reichstag und gegen das BVerfG verteidigen, haben wir immer darauf hingewiesen, daß dieses „Recht" weniger als ein Brosamen war. Um wahlberechtigt zu sein, mußte z. B. in Hamburg ein Immigrant acht Jahre lang ununterbrochen mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung in der „Bundesrepublik" gelebt haben. In Schleswig-Holstein wurde dieses „Recht" nur auf die „arischen Völker" wie Dänen, Schweden, Norweger, Holländer, Schweizer und Iren angewandt. Für die SPD und die Grünen bedeutete das „kommunale Wahlrecht" eine Wählerbasis zweiter Klasse auf lokaler Ebene und eine Eintrittskarte zur „Festung Europa" der EG, wo sechs von zwölf Mitgliedsstaaten bereits die eine oder andere Variante dieser zweitklassigen „Mitbürgerschaft" bietet. Und dieses beschränkte „Wahlrecht" hat die Regierungen der SPD und SPD/Grünen nicht davon abgehalten, gnadenlos Bonns Abschiebungs- und „Abschreckungs"gesetze in ihren eigenen Ländern und Städten anzuwenden.

Ironischerweise zitierten die Vertreter Schleswig-Holsteins vor dem BVerfG aus der preußischen Städteordnung von *1808,* geschrieben von Freiherr vom Stein und eingeführt als eine Reaktion auf Napoleons Sieg bei Jena. Darin wurde allen das Bürgerrecht gewährt „ohne Unterschied, ob sie Deutsche oder von anderer Nation seien". Abgesehen vom Frauenwahlrecht war vom Stein in vieler Hinsicht demokratischer als die SPD in Kiel 180 Jahre später! Wie das Niederreißen der Gettomauern für die Juden spiegelt dies den direkten Einfluß der französischen Revolution wider, wenn auch exportiert auf Napoleons Bajonetten.

Deutschland stieg wie Japan zu einer modernen imperialistischen Macht auf ohne eine vom Volk getragene bürgerlich-demokratische Revolution. Das ist der Grund, warum die politischen Parteien, die im Augenblick im Reichstag sitzen, von der CDU bis zur PDS, wenn es um grundlegende demokratische Rechte geht, wie die Trennung von Staat und Kirche, das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung, das Abtreibungsrecht, stehengeblieben sind in der Ära der Hohenzollern und des Junkertums.

Der Citoyen der französischen Revolution war nicht so sehr Franzose, sondern Revolutionär, wie man an Tom Paines Teilnahme in der Nationalversammlung sehen kann oder daran, daß zwei Führer der Pariser Commune Polen waren. Das Wort „Bürger" in der Ersten Internationale von Marx und Engels bezog sich nicht auf die Nationalität, sondern auf die proletarische Parteizugehörigkeit und wurde später in der marxistischen Bewegung ersetzt durch die Bezeichnung Genösse.

Unsere Genossen der bolschewistischen Revolution erweiterten die Definition der Staatsbürgerschaft auf alle Werktätigen, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft, die sich auf sowjetischem Territorium aufhielten, und schafften damit nationale Privilegien ab, die den proletarischen Internationalismus unterminieren. In dieser Tradition verlangen wir volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Stoppt die Abschiebungen! Bleiberecht für Roma und Cinti! Milliarden Entschädigung für frühere Zwangsarbeiter, Roma, Cinti und alle überlebenden Opfer des Nazi-Holocaust und ihre Familien! Keinen Pfennig an ihre Peiniger!«

Antisemitismus - bösartige Zuckung des Kapitalismus

Vor 52 Jahren, am 9. November 1938, entfesselte das Dritte Reich eine Orgie des antisemitischen Terrors in der „Reichspogromnacht". Daß der Antisemitismus jetzt wieder auflebt, ist bezeichnend für das entstehende Vierte Reich. Nur wenige Monate vor der Reichspogromnacht erklärte das Gründungsdokument der Vierten Internationale:

> „Die kompromißlose Entlarvung aller Rassenvorurteile und aller Formen und Schattierungen nationaler Arroganz und des nationalen Chauvinismus, besonders des Antisemitismus, sollte in die tägliche Arbeit aller Sektionen der Vierten Internationale als wichtigste Erziehungsaufgabe im Kampf gegen Imperialismus und Krieg eingehen."

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft in dieser Tradition.

Spartakist-Jugendgruppe in Dublin gegründet

Am Wochenende vom *6./7..* Oktober ist von einer Gruppe von Studenten am Trinity College in Irland die Dublin Spartacist Youth Group (DSYG) gegründet worden. Daß sich junge irische Revolutionäre der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) angeschlossen haben, ist eine bescheidene, aber wichtige Ausweitung unserer Tendenz.

Die Genossen der DSYG sind in den letzten Jahren in Universitätsgruppen wie Socialist Society und Labour Society aktiv gewesen. 1988 nahmen sie an dem Einheitsfrontprotest teil, der den britischen faschistischen „Historiker" David Irving daran hinderte, an der Trinity-Universität zu sprechen. Erst kürzlich organisierte die Gruppe das Übermalen von faschistischen antisemitischen Parolen. Sie beteiligten sich auch am fortdauernden Kampf, Informationen über Abtreibung zu verbreiten, dabei verteilten sie mit anderen zusammen ein Flugblatt für das Recht auf kostenlose Abtreibung und für die Befreiung der Frau durch sozialistische Revolution.

Die Arbeit der Internationalen Kommunistischen Liga in Deutschland hat dazu beigetragen, die Genossen von der Korrektheit und Notwendigkeit der Spartakist-Politik zu überzeugen, besonders in Abgrenzung zu den nach rechts abdriftenden Zentristen der Irish Workers Group/ Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht). Die IWG hatte ein 18seitiges Pamphlet über „Sektierertum und Stalinophilie: Die Politik der Spartakisten" veröffentlicht. Als wir scharf gegen die imperialistische Wiedervereinigung kämpften, waren IWG/WP Anhänger einer „kuschelweichen" kapitalistischen Restauration im Schlepptau der SPD. Sie forderten den Abzug der sowjetischen Truppen und bejubelten die Ausschreitungen gegen die Stasi, bei denen Skinhead-Faschisten in der ersten Reihe standen. Die Dubliner Genossen wiesen die Stalinophobie der IWG/WP zurück und wandten sich statt dessen dem authentischen Trotzkismus der IKL zu.

Diskussionen über die nationale Frage in Irland sowie über den Charakter von reformistischen Parteien wie der Irish Labour Party spielten ebenfalls eine große Rolle. Das Gründungstreffen unterstützte das grundlegende Spartakist-Dokument „Thesen über Irland", das seit seiner Verabschiedung 1977 den Test der Geschichte bestanden hat. Gegen den Chauvinismus von Labour und gegen den irischen Nationalismus wird die DSYG das Banner des proletarischen Internationalismus aufrichten, nicht zuletzt im Zusammenhang mit Nordirland.

Die DSYG nahm auch Stellung zum imperialistischen Aufmarsch im Persischen Golf, heute eine entscheidende Frage für Revolutionäre in der ganzen Welt. Seit Jahren hat die geheuchelte „Neutralität" der Irischen Republik ihr eine Schlüsselstellung bei den UNO-Truppen verschafft, z. B. als Israels nördlichen Grenztruppen, bis die zionistischen Schlächter sie mit ihrer Libanon-Invasion 1982 beiseite schoben. Die Versammlung rief zum Gewerkschaftsboykott gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen auf und zur Mobilisierung mit der Losung: „Stoppt das Auftanken der US-Kampfflugzeuge in Shannon!"

Wir drucken hier die Grüße der SpAD an die DSYG ab.

In herzlichster internationaler Solidarität begrüßt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die Gründung der Dublin Spartacist Youth Group.

Die Bedeutung Eurer heutigen Versammlung geht weit über ihre bescheidene Größe hinaus. Der Anfang organisierter kommunistischer Arbeit in Irland bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts für die Internationale Kommunistische Liga und ihren Kampf für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale.

Die irische Arbeiterklasse hat eine Geschichte reich an Klassenkämpfen, nicht nur gegen den britischen Imperialismus, sondern auch gegen die Lakaien-Bourgeoisie. Die bedeutendsten Kapitel hierbei sind von katholischen und protestantischen Arbeitern in gemeinsamen Kämpfen geschrieben worden. Die Nationalisten und Imperialisten haben versucht, dies zu begraben. Wir glauben, daß den irischen Arbeitern der Kampf von Pionieren wie Connolly und Larkin Ansporn sein wird, wenn sie erst vom vergiftenden Haß des Nationalismus und dem proimperialistischen Verrat der Sozialdemokratie befreit sind. Die Grundlage ihres Siegs wird das Programm sein, das die russischen Arbeiter im Oktober 1917 an die Macht gebracht hat. Wir glauben fest daran, daß die Stimme des authentischen Kommunismus auf offene Ohren stoßen wird bei irischen Arbeitern, Jugendlichen und besonders bei den doppelt unterdrückten Frauen. An Eurer Fähigkeit, die Sklaven der Sklaven zu erreichen, wird Euer Erfolg gemessen werden.

Hier versucht die deutsche Bourgeoisie, die schuldig ist an den abscheulichsten Barbareien der Geschichte, die Einverleibung des ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates zu konsolidieren. Gleichzeitig beginnen die Arbeiter damit, ihre Kraft zu benutzen, gegen den kapitalistischen Feldzug zur Zerschlagung ihrer Organisationen Widerstand zu leisten und ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt zu verteidigen. Besonders Frauen sind aktiv gewesen und haben die erste Runde im Kampf um die Erhaltung des Rechts auf Abtreibung gegen das mittelalterliche westdeutsche Gesetz gewonnen, das Frauen und ihre Ärzte ins Gefängnis bringt. Das nationalisierte Eigentum und die Erwartungen der Arbeiter haben es den deutschen Kapitalisten schwerer gemacht, sich die DDR einzuverleiben, als sie es gedacht hatten. Die voranschreitende Polarisierung dieser Gesellschaft eröffnet für uns Trotzkisten die Möglichkeit, schnell zu wachsen und große Siege zu erringen.

Die Errichtung des Vierten Reichs in Europa, eines imperialistischen Molochs, ist eine ungeheure Niederlage für das internationale Proletariat und eine direkte Bedrohung der Sowjetunion. Und ein neuer imperialistischer Krieg braut sich über dem Persischen Golf zusammen. Noch nie war es so wichtig, die revolutionäre internationalistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen.

Mit allem, was uns zur Verfügung steht, wird die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sich dafür einsetzen, die Arbeiter und Unterdrückten im Kampf gegen das Vierte Reich zu mobilisieren und die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter wiederzuschmieden, wie sie repräsentiert wird von unseren Märtyrern und Helden Liebknecht, Luxemburg und Lenin. Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!«

Austritt aus der kanadischen KP

„Ich trete aus, weil ich Kommunist bin"

Im folgenden drucken wir die Austrittserklärung von Yossi Schwartz aus der Kommunistischen Partei Kanadas (KPK) ab, der sechs Jahre lang Mitglied in Toronto war. Diese Erklärung ist an die Delegierten der nationalen Parteikonferenz vom 5. bis 8. Oktober verteilt worden.

Der Linie des KP-Führers George Hewison folgend, beschloß die Parteikonferenz von Toronto, jegliche Erwähnung des „Marxismus-Leninismus" fallenzulassen und sich ausschließlich auf die „Einheit der Linken" mit der erbärmlich rechtsstehenden sozialdemokratischen New Democratic Party zu orientieren.

Im Gegensatz dazu kämpfte Schwartz für die revolutionäre Alternative von Lenins und Trotzkis Bolschewismus. Er war in den 70er Jahren eine Zeitlang Unterstützer der Internationalen Spartacist Tendenz (jetzt die Internationale Kommunistische Liga) gewesen, kehrte dann aber in den Schoß des Stalinismus zurück. In letzter Zeit wurde er in der kanadischen KP bekannt als Gegner von Gorbatschows prokapitalistischen „Marktreformen" und dessen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus.

Toronto, 7. Oktober 1990

Mitglieder der Kommunistischen Partei:

Ich erkläre meinen Austritt aus der KPK. Das beschämende Dokument „Die Kommunistische Partei und ein neues Jahrzehnt" ist nur eine weitere Bestätigung der andauernden Degenerierung der KPK ins Lager der Sozialdemokratie.

Ich bin 1963 zum erstenmal in die Kommunistische Partei Israels eingetreten. Während meiner Zeit in Israel war ich ein engagierter Verteidiger der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Als sich die Kommunistische Partei 1965 spaltete, organisierte ich mich in der Sneh-Gruppe, aber als diese Gruppe Israel 1967 im Krieg unterstützte, verließ ich die Organisation. Im Anschluß daran beschäftigte ich mich mit den Positionen des Trotzkismus und wurde davon überzeugt.

1980 trat ich wieder in die israelische KP ein, und vier Jahre später schloß ich mich der Kommunistischen Partei Kanadas an. Der Sieg der Vietnamesischen Revolution, trotz ihrer stalinistischen Führung, spielte eine große Rolle für meine Entscheidung, wieder in die Partei einzutreten. Obwohl mir sehr wohl klar war, daß die stalinistischen Parteien international die Arbeiterklasse oftmals verraten hatten, glaubte ich durch den Sieg der vietnamesischen Arbeiter und Bauern über den US-Imperialismus, daß es möglich sei, die Kommunistische Partei zu einem Instrument für den Sieg der Werktätigen über die kapitalistischen Ausbeuter zu machen. Und anders als die Trotzkisten mit ihren wenigen Mitgliedern konnte die KP für sich in Anspruch nehmen, daß sie einen größeren „Einfluß" habe. Aber wie die Geschichte schon oft bewiesen hat, und wie ich es in den letzten Jahren durch bittere Erfahrung gelernt habe: *entscheidend ist das Programm.*

Wie viele andere Genossen in der Partei war ich verbittert und fühlte mich durch Gorbatschows wiederholten Ausverkauf an den Imperialismus verraten — vom Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan bis zum Aushändigen der DDR an das Vierte Reich. Und wiederum fand ich die einzige Antwort und das einzige Programm zur internationalen Verteidigung der Interessen der werktätigen und Unterdrückten in der revolutionären Politik des Trotzkismus. Die totale Kapitulation der Führer unserer Partei, die alles loswerden wollen, was auch nur im entferntesten an „Kommunismus" erinnert, während sie vor den Sozialdemokraten auf dem Bauch liegen, ist nur der Abschluß eines Prozesses, der schon vor vielen Jahren begonnen hat. Genossen, diese Organisation hat schon seit Jahrzehnten nichts mehr mit dem Kampf für den Kommunismus zu tun gehabt.

Ich verlasse diese Partei nicht nur wegen ihrer Positionen, die in der Vergangenheit gegen die Arbeiterklasse gerichtet waren, und auch nicht nur, weil sie mehr ein Instrument im Dienst der sowjetischen Bürokratie als im Interesse der Arbeiterklasse war, sondern weil diese Partei unfähig ist, ihre Geschichte zu analysieren und zum revolutionären Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren. Ich verlasse diese Partei, weil sie ein *Hindernis* darstellt auf dem Weg zur sozialistischen Revolution der Arbeiterklasse, weil sie sich weigert, gegen den Ausverkauf Osteuropas und die drohende Zerstörung der Sowjetunion als ein Arbeiterstaat zu kämpfen. Das 500-Tage-Programm der ökonomischen Umstrukturierung, aufgestellt von Jelzin und von Gorbatschow akzeptiert, ist nichts anderes als ein Programm für die Restauration des Kapitalismus.

Diese letzte Krise der stalinistischen Bürokratie läßt sich zurückführen bis zur politischen Konterrevolution, die Stalin 1924 angeführt hat. Ich möchte alle Genossen ermutigen, meine früheren Dokumente zu diesem Thema zu lesen. Diese Krise ist das Resultat der Politik der Klassenzusammenarbeit und der sogenannten „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus, die notwendigerweise aus der von der stalinistischen Bürokratie entwickelten Theorie des „Sozialismus in einem Land" folgte. Ich glaube fest daran, daß nur eine proletarisch-politische Revolution unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei die Sowjetunion retten kann.

Ich verlasse die Kommunistische Partei Kanadas auch, weil diese Partei sich schändlicherweise den Imperialisten

Fortgesetzt auf Seite 12

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: (030)4927866

Greifswald
Spartakist
Postfach 24 HPA'
Greifswald 2200

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 29055

Hamburg
SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 110231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Leipzig
U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Rostock
SpAD, HPA Rostock
Postlagernd 01
Rostock 2500

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Abspaltung von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat

Trotzkistische Umgruppierung in Kanada

Die Organisation Socialist Challenge, Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) im englischsprachigen Teil Kanadas, hat gerade eine Spaltung durchgemacht, die die Organisation stark geschwächt hat und vielleicht ihr Ende bedeutet. Die Erklärung der Revolutionary Marxist Tendency (Revolutionäre Marxistische Tendenz, RMT) „Gegen das Liquidatorentum des Vereinigten Sekretariats — Für Trotzkismus!" appelliert „an alle Genossen, die mit diesem Dokument übereinstimmen, sich uns anzuschließen, den einzigen prinzipienfesten Weg einzuschlagen, der Trotzkisten offensteht, den Weg einer Fusion mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) und ihrer kanadischen Sektion, der Trotskyist League. Dies ist der einzige Weg im Kampf für den Trotzkismus!" Die RMT umfaßt die Mehrheit und die aktivsten Mitglieder der Ortsgruppe in Edmonton, Alberta, wo ihre unregelmäßig erscheinende Zeitung *Socialist Challenge* herausgegeben wurde.

Als wir uns im Mai 1989 zur Internationalen Kommunistischen Liga erklärten, beruhte dies auf dem Verständnis, daß mit der endgültigen Krise des Stalinismus unser Programm des leninistischen Internationalismus großen Erfolg dabei haben kann, subjektive Kommunisten auf der ganzen Welt für das Banner des Trotzkismus zu gewinnen. Im Gegensatz dazu hat das Vereinigte Sekretariat, das das letzte Jahrzehnt damit verbracht hat, sich dem Antisowjetismus des Kalten Kriegs in die Arme zu werfen, keine Antworten für die Aktivisten, die gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wollen. Es befindet sich in einem Zustand von Zerfall und Lähmung, gespalten in diejenigen, die offen die kapitalistische Konterrevolution unterstützen wollen, und die Mandelianer, die noch nicht genau wissen, wem sie heute hinterherlaufen sollen.

Und dies gilt nicht nur für das VS. Unser aktiver Kampf gegen die Konterrevolution, von Afghanistan bis zur DDR, spielte jüngst eine zentrale Rolle bei der Fusion der Grupo Espartaquista de Mexico mit der Trotzkistischen Fraktion, die mit den Anhängern des verstorbenen Nahuel Moreno gebrochen haben, besonders über die Unterstützung der Moreno-Anhänger für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands (siehe *Spartakist* Nr. 75, 28. August). Die kanadische RMT wurde in ähnlicher Weise durch die Ereignisse in Osteuropa und in der Sowjetunion dazu gebracht, die IKL als die wirklichen Trotzkisten anzusehen.

Als diese Genossen, darunter zwei Gründungsmitglieder von Socialist Challenge, von denen einer ZK-Mitglied war, sich dem VS in Kanada anschlössen, dachten sie, sie hätten sich einer trotzkistischen Organisation angeschlossen. Deshalb waren sie ziemlich befremdet, als sie merkten, daß ihre Arbeit als Mitglieder von Socialist Challenge nicht einmal darin bestand, Menschen für Mandels Version des „Trotzkismus" zu gewinnen, sondern einfach nur, die „besten Organisatoren" anderer „Bewegungen" zu sein. Statt eine unabhängige proletarische Führung aufzubauen, wie dies Trotzki im Übergangsprogramm gefordert hat, haben sie vielmehr dem jeweils letzten Schrei von Mandels „neuen breiten Massen-Avantgarden" nachgejagt. Die Gründungserklärung der RMT stellte fest: „Unser ,Übergangsprogramm' ist zu nicht mehr als einer Einkaufsliste der Bewegungen reduziert, genauso wie unsere politischen Interventionen darauf reduziert sind, in Koalitionen den Forderungskatalog nach Belieben auszuwechseln." Mit einem Wort, sie liefen fremden Klassenkräften hinterher.

Vor zehn Jahren marschierte das VS unter dem Banner „Solidarität mit Solidarnosc" bei Demonstrationen mit, deren Bandbreite Sozialdemokraten bis hin zu offenen Faschisten umfaßte. Das Dokument der RMT stellt fest, daß das VS sich nicht nur weigert, seine Unterstützung für Solidarnosc zurückzunehmen, sondern daß sie „offensichtlich gewillt sind, diese Linie auf die angrenzenden Länder auszudehnen. Ohne auch nur die geringsten Vorbehalte wurde vom Vereinigten Sekretariat für den Weltkongreß 1991 ein ,Manifest der Vierten Internationale' vorgelegt, in dem ,die Erhebungen der Arbeiter und Völker in Osteuropa uneingeschränkt unterstützt werden.' (Zwei, drei, viele Siege für die kapitalistische Restauration!?)"

Das Dokument nennt „ein besonders widerliches Beispiel" aus der Ausgabe des vom VS herausgegebenen *International Viewpoint* vom 18. September 1989, in dem ein Artikel veröffentlicht wurde, der die Nazi-Kollaborateure der estnischen „Waldbrüder" verherrlicht. Und als es zur kapitalistischen Annexion der DDR kam, folgte ein ganzer Flügel des VS dem Kurs der Imperialisten:

> „In einer schockierenden Demonstration von Opportunismus verteidigen die Minderheitsgruppen um Matti-Weinstein den kapitalistischen Anschluß als einen Akt der .Selbstbestimmung' des deutschen Proletariats. Das läuft auf offene Unterstützung des Imperialismus hinaus! Obwohl formal gegen den konterrevolutionären Ausverkauf auftretend, tat die Mehrheit des VS nichts, um gegen die Einverleibung zu kämpfen, sondern beschloß statt dessen, sich politisch in die Vereinigte Linke' der DDR aufzulösen... Hinter der ,Deutschland-einig-Vaterland'-PDS hinterherlaufend, verschmolz die Politik der Vereinigten Linken mit dem verräterischen Kurs der deutschen SPD, die die Speerspitze der Konterrevolution darstellte, indem sie den ostdeutschen Arbeitern den Anschluß in einer Mogelpackung ,mit menschlichem Antlitz' anpriesen."

Die Genossen der RMT haben von Cannon gelernt, daß das Programm entscheidend ist. Wir haben keinen Zweifel daran, daß es im Vereinigten Sekretariat noch andere Genossen gibt, die die imperialistische Lüge vom „Tod des Kommunismus" nicht schlucken, die nicht im Gepäckwagen der Konterrevolution mitfahren wollen, die die Maskerade des VS als „die Vierte Internationale" durchschauen können. Ihnen sagen wir: schließt euch uns an bei der Aufgabe, eine Vierte Internationale zu schmieden, die Trotzki als seine eigene anerkannt hätte.«

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN
Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneweide
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT HALLE
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: (Halle) 29055
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW
Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110
Telefon: (Torgelow) 2663
Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

Halle...

Fortsetzung von Seite l

Halle und Merseburg, sondern auch aus Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main und Berlin. Aus Westberlin kamen Vertreter der türkischen Antifa Genclik, aus Eggesin Metaller. Eine PDS-Delegation kam aus Dessau. Junge Antifaschisten trugen ein Banner mit der Losung „Ignoranz und Schweigen bricht nicht der Nazi Treiben!", die Spartakisten trugen Plakate mit Losungen gegen die Nazis auf deutsch, portugiesisch und russisch, mit „Hände weg von der PDS!" und ihr Banner „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!"

Ein Sprecher der SpAD-Ortsgruppe Torgelow erklärte auf der Kundgebung: „Ich übersende Euch Grüße von den dortigen Arbeitern und von den sowjetischen Juden, mit denen ich gestern gesprochen habe. Sie bekommen keine Perspektive in unserem Land, und ich glaube, man will sie nach den Wahlen wieder nach Hause schicken. Man hat sie jetzt gestoppt. Sie haben 320 Mark im Monat. Wie sollen sie damit leben? Sie wohnen im Ledigenwohnheim, sie bekommen keine Arbeit. Was soll aus ihnen werden? ... Gegen Nazis hilft nur Arbeitermassenmobilisierung! Gegen 150 Nazis helfen 5000 Arbeiter, und es wird kein Blutvergießen geben."

Daß diese Kundgebung und Demonstration überhaupt zustande kam, lag nicht zuletzt an dem erheblichen Einsatz der Genossen unserer Partei gegen die Sabotageversuche vor allem von SPD und „Demokratie Jetzt". Die Angriffe gegen die SpAD reichten von Ausschlußdrohungen über politische Zensur bis zur Warnung vor

Fortgesetzt auf Seite 10

Antwort auf MZ-Hetzartikel

Auf Zensur folgt Gewalt gegen Andersdenkende

An die Redaktion
Mitteldeutsche Zeitung

Halle, 28. Oktober 1990

Ich ersuche um Abdruck nachfolgender Stellungnahme: In einem Artikel „Für Demo aber gegen Gewalt" veröffentlichte die *Mitteldeutsche Zeitung* am 26. Oktober einen finsteren Aufruf zu politischer Zensur, weil diesen Herren eine Mobilisierung gegen die Faschisten ein Dorn im Auge ist. Auf Zensur folgt meistens Gewalt gegen Andersdenkende. Angegriffen wird die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, die in einem Flugblatt, das breit verteilt wird, zu der antifaschistischen Demonstration am 2. November in Halle mit der Überschrift aufruft: „Stoppt die Nazis durch Arbeitermassenmobilisierung!"

Ich kann die *Mitteldeutsche Zeitung* nur fragen: Von wem geht hier Gewalt aus? Das Reformhaus war in letzter Zeit zweimal Ziel von brutalen Nazi-Skinhead-Überfällen. Wir kämpfen für eine breite Einheitsfrontaktion gegen die Nazis, für Einheit der Aktion bei voller Freiheit der Propaganda. Zur Demonstration am kommenden Freitag haben u. a. auch PDS, VL, KPD, Schwulenverband Sachsen-Anhalt, Jusos, Friedenskreis Halle und der Bund der Antifaschisten aufgerufen. Die SpAD mobilisiert für diese Demonstration, ohne *ihre eigene Politik* zu verstecken.

Die *Mitteldeutsche Zeitung* zitiert jetzt eine Erklärung eines Herrn Wolfgang Kupke, Vorsitzender des Reformhaus e. V. (der sich übrigens nicht am Aufruf zu der Demo beteiligt hatte), in der „gegen die Vereinnahmung von Klassenkampfideologen, die aus der Geschichte nichts gelernt haben", Stellung genommen wird. Aus der Geschichte vor 1933 zum Beispiel? Die Arbeiterklasse in Deutschland hatte und hat die Macht, die Nazis zu stoppen. Es war die Politik der Sozialdemokraten und der Stalinisten, die die Arbeiterklasse vom Widerstand gegen Hitler fernhielten und damit seine Machtergreifung ermöglichten.

Eingewanderte Arbeiter werden von Nazi-Skinheads überfallen, PDS-Veranstaltungen angegriffen und der PDS-Vorsitzende bedroht. Wir kämpfen für Arbeiterselbstverteidigungsgruppen gegen den Nazi-Terror, die ausgehend von den Betrieben, die Kraft der Arbeiterklasse mobilisieren und das Reformhaus, linke Veranstaltungen und die Arbeiterwohnheime verteidigen. Die Überlebenden der Nazi-KZs sind nicht durch „Gewaltlosigkeit" befreit worden.

Als Anfang dieses Jahres 250 000 Antifaschisten in Treptow gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestierten, entfachten die bürgerlichen Medien eine beispiellose Hetzkampagne gegen den „Nazi-Trick der SED". Treptow war eine wirkliche Einheitsfront: Von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen konnten alle Organisationen mit ihrer eigenen Propaganda (auch „ohne Absprache", also Zensur) dafür sorgen, sie zur größten antifaschistischen Demonstration in Deutschland zu machen. Die SPD war schon damals die Speerspitze der antikommunistischen Hexenjagd. Und so auch in Halle: bei der Vorbereitungssitzung für die Demonstration versuchten SPD und Demokratie Jetzt — allerdings erfolglos —, die antifaschistische Mobilisierung zu sabotieren. Und im Medienwald tut sich die *Mitteldeutsche Zeitung* in diesen Tagen ganz besonders dabei hervor, Schnüffelarbeit für die Hexenjagd des Staates gegen die PDS und deren Finanzverantwortliche Pohl und Langnitschke zu leisten.

Ja, allerdings setzt die Spartakist-Arbeiterpartei auf Klassenkampf. Wir kämpfen und kandidieren bei den Bundestagswahlen „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich". Die SpAD mobilisiert für eine breite und machtvolle proletarische Einheitsfront am 2. November, um die Faschisten zu stoppen!

Reinhard Hartwig,
Bundestagskandidat der
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Mitteldeutsche Zeitung

Für Demo aber gegen Gewalt

Halle. Für den 2. November war von verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen unserer Stadt eine gemeinsame Demonstration gegen Rechtsradikalismus und Faschismus geplant. Ohne Absprache hat dazu eine Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ein Flugblatt in Halle verbreitet, in dem in militanter Sprache für die Ziele der Spartakisten geworben und dazu aufgerufen wird, das Reformhaus durch Arbeiterkampfgruppen und entlassene NVA-Soldaten gegen Überfälle zu schützen.

Die im Reformhaus Halle tätigen ...

Hetzartikel vom 26. Oktober greift Spartakisten und antifaschistische Demo an

Halle...

Fortsetzung von Seite 9

angeblicher „Gewalt". Jüngstes Beispiel ist der A/Z-Hetzartikel „Für Demo aber gegen Gewalt" (siehe Seite 9).

So kam zu Beginn der Demonstration der selbsternannte „Staatsanwalt" Mathias Schipke von den Jusos und warnte *uns* vor Gewalt. Er entpuppte sich auch als größter antikommunistischer Hetzer, der gegen „rechte und linke Gewalt" auftrat. Sein „Rezept": reden (mit den Faschisten), statt diese Mörderbanden von den Straßen zu fegen, bevor sie ihr blutiges Gewerbe ausüben können. Merkwürdig, wie sich SPD und Jusos über „Gewalt gegen Faschisten" aufregen können, während sie Polizei-Überfälle auf die PDS-Zentrale organisieren.

Während die SpAD für Arbeiteraktionen zur Verteidigung des „Reformhauses" aufrief und die Hexenjagd brandmarkte, die immer mehr gegen die PDS beschleunigt wird, lief die versammelte Linke einträchtig hinter der SPD-Hexenjagd her. Mehrere PDSler umringten einen Genossen unserer Partei, der unser Plakat „Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke" trug, und forderten ihn auf, es zu entfernen. Er weigerte sich natürlich, und erst als unser Genösse sie fragte: „Man will euch auflösen, wie lange wollt ihr noch warten, bevor ihr euch wehrt?", ließen sie von ihm ab.

Die Autonomen, die Opfer faschistischer Überfälle sind, teilen selbst viele antikommunistische Vorurteile. Ihre verzweifelten Antworten sind Straßenschlachten mit Nazi-Skinheads, die meist in hoffnungslosen Auseinandersetzungen mit der Polizei enden. So zogen auch nach Auflösung der Demo zweihundert Jugendliche nach Halle-Neustadt, wo die Polizei sie auseinanderjagte. Tags darauf hetzte die bürgerliche Presse gegen „Randale". Die Faschisten können nicht durch Straßenschlachten kleiner Gruppen gestoppt werden, sondern nur durch die Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse!

Triefend vor „Demokratie" — wen wundert's? — argumentierte die Bundestagsabgeordnete Roswitha Stolfa von der PDS. Wenngleich sie bewegend sprach über die brutalen, rassistischen Angriffe auf Polen und leidenschaftlich gegen Polenhaß und Antisemitismus eintrat, ist ihre Antwort doch, mit den mörderischen Skinheads zu diskutieren: „Reden Sie vor allem mit den jungen Leuten. Und hier muß ich den jungen Genossen der Spartakisten widersprechen. Wir müssen mit ihnen reden, mit jungen Leuten, die zu extremistischen Denk- und Verhaltensweisen neigen." Aber es geht nicht um Rechts- oder Linksextremismus. Was hat sie den mosambikanischen Arbeitern zu sagen, deren Wohnheime von Skinhead-Schlägertrupps überfallen werden? Will sie etwa dem älteren jüdischen Ehepaar, das vor geschändeten Gräbern steht, raten, daß sie sich mit Nazis unterhalten?

Was all diesen „Aufklärern" und „Liberalen" gemeinsam ist, ist die Furcht vor wirklicher Mobilisierung der Arbeiterklasse, die sich nicht nur ihrer eigenen Interessen bewußt wird, sondern anfängt, sich zu verteidigen! Stoppt die Nazis durch Arbeiteraktion! Nachfolgend drucken wir auszugsweise die Rede von Reinhard Hartwig, Bundestagskandidat der SpAD in Sachsen-Anhalt:

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Begründung des Vierten Reichs kriechen die Neofaschisten aus ihren Löchern, was die faschistischen Überfälle in der letzten Zeit beweisen. Die faschistischen Überfälle und Aufmärsche, ob in Frankfurt/Oder, Berlin, Erfurt, Dresden, Leipzig und Halle, sind aber nicht allein Ausdruck der faschistischen Gefahr. Diese Aktionen reihen sich nahtlos in die Ereignisse der letzten Tage ein.

So greifen die Nazikriegsverbrecher der IG Farben, die mit dazu beigetragen haben, daß Millionen von Juden, Arbeitern und Antifaschisten in den faschistischen KZs ermordet wurden, nach den Betrieben von Leuna, Buna, Wölfen und Bitterfeld, nach den Wohnungen, Häusern und Grundstücken der Arbeiter, in denen sie seit Jahrzehnten wohnen und leben.

Ich bin stolz darauf, den Weg in die Partei gefunden zu haben, die als einzige Partei entschieden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat. 250000 Werktätige kamen in der von der SpAD initiierten und von der SED/PDS aufgegriffenen antifaschistischen Demo am 3. Januar nach Berlin-Treptow. Diese antifaschistische Demo war eine wirkliche Einheitsfront, wo jede Organisation das Recht hatte, frei ihre Meinung zu äussern, vereint in der Aktion zu Ehren der Roten Armee und im Protest gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Denn die Rote Armee war es, die uns von den Faschisten befreit hatte. Schon in Treptow traten wir dafür ein, Arbeiterselbstverteidigungsgruppen zu bilden, denn Arbeiter müssen das Recht haben, sich selbst gegen Faschisten organisiert zu verteidigen.

Bereits bei dieser Demo warnten wir vor der SPD als Trojanischem Pferd der Konterrevolution. Die heutige Demonstration zeigt, daß wir die Wahrheit sagten, denn die SPD, abgesehen von den Jusos, hat sich geweigert, ihre Unterschrift unter den Aufruf zur heutigen Kundgebung zu geben. Denn für diese Leute sind Kommunisten und Faschisten das gleiche. Diese Leute sind es, die aus der Geschichte nichts gelernt haben. Lieber als gegen Faschisten zu kämpfen, machen sie eine antikommunistische Hexenjagd gegen die PDS.

Genossen und Antifaschisten! Erinnert euch an die Traditionen eurer Väter und Großväter, die als erste in den 20er Jahren den Kampf gegen die Faschisten aufgenommen haben und die die ersten Opfer der Faschisten waren. Um die Faschisten und die antikommunistische Hexenjagd zu stoppen, gibt es nur eine Kraft, die organsierte Kraft der Arbeiter. Die deutsche Arbeiterklasse ist eine internationale Arbeiterklasse. Das beweisen unsere Kollegen, Arbeiter aus Mocambique, Vietnam, Polen und anderen Ländern. Die Spaltung der Arbeiterklasse muß endlich überwunden werden. Wir brauchen die Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu stoppen.

Wir fordern: *Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familien! Keine Abschiebungen! Weg mit dem Einwanderungsstopp gegen Juden! Keine Abschiebung von Roma und Cinti! Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien gegen neofaschistische Überfälle zu verteidigen und sie zu ehren!*

Genossen und Antifaschisten! Die heutige Demo ist der Beweis dafür, daß die Arbeiter entschlossen sind, gegen die Faschisten und jegliches faschistisches Machtbestreben zu kämpfen. Den Faschismus endgültig zu besiegen heißt, dessen Wurzeln auszurotten, das heißt den Imperialismus zu stürzen und die proletarische Revolution durchzuführen.

Dazu brauchen wir eine Partei im Geiste Lenins, Liebknechts und Trotzkis, eine internationalistische Partei. Dafür kämpft die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Jeder hier auf diesem Platz will endlich auch Siege erringen können. Siege erringen wir nur, wenn wir uns organisieren, um gegen die faschistische Brut vorzugehen und den Imperialismus zu beseitigen. Alle, die hier sind, sollen sich uns in diesem Kampf anschließen und für das Ziel der proletarischen Weltrevolution eintreten!«

BSA im Lager der SPD-Bluthunde

Jetzt hat ein Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich betrügerisch als trotzkistisch ausgibt, seine Kandidatur zu den Bundestagswahlen angekündigt. Dieser Bund befindet sich fest im Schlepptau der Sozialdemokratie. Die SPD war das Trojanische Pferd der kapitalistischen Wiedervereinigung, und die Betrüger des BSA sind der Schwanz vom Pferd. Genau als die Sozialdemokraten die Konterrevolution anführten, versuchten diese Banditen, den Namen des Trotzkismus zu beschmutzen, indem sie im Mai dazu aufriefen, SPD zu wählen.

Wir reden hier nicht über abstrakte Dinge: Der Kopf der Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, ist Duz-Freund von Helmut Schmidt, dem ehemaligen NATO-Kanzler der SPD. Karsten Rohwedder, der Führer der Treuhandanstalt, gehört zur SPD. Auch der neue Chef des BND kommt aus der Sozialdemokratie. Die SPD macht Wahlwerbung mit dem Boß der größten Rüstungsschmiede, Edzard Reuter, Vorstandsmitglied von Daimler-Benz. Und die Ernennung des SPD-Bundestagsabgeordneten und IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe in die Treuhandanstalt macht die Mischpoche komplett. Die SPD war die Hauptkraft, um die PDS aus dem Parlament mittels undemokratischer Wahlgesetze auszuschließen. Und vergessen wir nicht SPD-Innensenator Pätzold, der den Nacht- und Nebelüberfall auf die Berliner PDS-Zentrale befahl. Es sind Sozialdemokraten, die die Manager der ökonomischen Restauration des Kapitalismus und die Anführer der Hexenjagd sind.

Die Politik des BSA ist ein frontaler Angriff auf jedes Prinzip, für das Trotzki stand. Für wirkliche Trotzkisten ist die proletarische politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokraten eine dringende Notwendigkeit, um die Errungenschaften des Oktober zu retten. Trotzki verteidigte in seinem letzten politischen Kampf die Sowjetunion gegen den Imperialismus und kämpfte 1939/40 nach den blutigen Moskauer Prozessen gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman/Burnham.

Als der BSA in der ehemaligen DDR zur Wahl der SPD aufrief, stank das so zum Himmel, daß selbst ihr lächerlicher Führer David North sie aufforderte, Selbstkritik zu üben. Aber nur um zu sagen, daß es in Ordnung gewesen wäre, die SPD zu unterstützen (wie sie es im Westen tun), wenn die Ost-SPD mehr Arbeiterstimmen bekommen hätte. Was für Prinzipien!

Aber ihre „Selbstkritik" beweist nur Stalins Devise: Papier ist geduldig. Was sie auch immer an „selbstkritischen" Phrasen dreschen, dieser konterrevolutionäre Dreck stimmt *immer* für die Bluthunde der kapitalistischen Konterrevolution. Das ist ihre Geschichte, genau wie ihre amerikanischen Zwillingsbrüder dafür berüchtigt sind, daß sie einen „Streik" der Bullen unterstützten. Die internationale Söldner-Organisation, zu der der BSA gehört, begrüßte die Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei, während sie gleichzeitig Geld vom baathistischen Regime entgegennahm.

Ihr Programm für die Reichstagswahlen beweist erneut die Geduldigkeit von Papier. Denn all ihr angeblich „linkes" Geschwafel ist Betrug. Sie sagen *nichts* über Bundeswehr/NATO, *nichts* über die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd, *nichts* zur Verteidigung der Roma und Cinti (geschweige denn von Mosambikanern, Vietnamesen usw.), kein Wort gegen Nazi-Terror und Skinheads. Antipolnischer Revanchismus und Antisemitismus existieren für diese Typen nicht.

Logischerweise sagen sie nichts über Nazis, denn als im Januar 250000 Menschen zur antifaschistischen Einheitsfront nach Treptow kamen, die von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen worden war, wiederholte dieser Bund Sozialdemokratischer Anhänger (wie sie sich wirklich nennen sollten) die Große Lüge von *Bild* und SPD über den „Nazi-Trick". Ihr Schmutzblatt *Neue Arbeiterpresse* (19. Januar) geiferte: „Heute dient die Kampagne ‚gegen die faschistische Gefahr in der DDR' dazu, den stalinistischen Staatsapparat, Armee, Geheimdienst, Justiz usw. zu retten und wieder zu stabilisieren." Mit seinem „Kampf gegen Stalinismus" steht der BSA fest im Lager der sozialdemokratischen Hexenjäger und hat international *alle* antisowjetischen Kräfte unterstützt, von Afghanistan bis zur Solidarnosc, deren Rechnungen von CIA und SPD bezahlt wurden.

Der BSA hat sein Wahlblättchen mit seichtem Geschwätz gegen ein „Billiglohnland DDR" aufgefüllt. Oh ja, sie erwähnen Kindergärten, sagen aber kein Wort zum Recht der Frauen auf Abtreibung und zu den Unterdrückungsparagraphen 218/219. Schon gar nicht fordern sie deren ersatzlose Streichung. Weil sie blind und ignorant sind gegenüber allen Formen besonderer Unterdrückung, rassischer wie sexueller.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) sind die wirklichen Trotzkisten, die für den Kommunismus stehen, für den Lenin und der Führer der Roten Armee, Leo Trotzki, gekämpft haben. Die Spartakisten kämpfen für die Verteidigung eingewanderter Arbeiter und für volle Staatsbürgerrechte, gegen Abschiebungen, für die Rechte der Frauen und ihre Verteidigung gegen Entlassungen. Die SpAD ist dafür bekannt, daß sie bedingungslos für die Verteidigung der DDR gegen den Imperialismus stand und entschieden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte. Jetzt kämpfen wir für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich. Wir kämpften gegen die stalinistische Bürokratie, weil sie die Errungenschaften der Arbeiterstaaten untergräbt. Dagegen mißbrauchen die betrügerischen Faschingsclowns des BSA Trotzkis Namen, um sich dem sozialdemokratischen konterrevolutionären Chor bei der Hexenjagd gegen die Roten und all dem Rest anzuschließen. Wenn du Trotzkismus willst, wähle SpAD. Und noch wichtiger: Schließe dich uns an und arbeite mit in unserer Klassenkampf-Wahlkampagne. •

Nr. 14
Winter 1989/90

Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 11988-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

DM 2,-



Steinkühler: Lohnverzicht und Hexenjagd

Auf dem außerordentlichen Kongreß der IG Metall hat Franz Steinkühler nach viel „antikapitalistischer" Rhetorik die Katze aus dem Sack gelassen: Die westdeutschen Arbeiter sollten einen „Solidarbeitrag" leisten, um eine „beschleunigte Einkommensangleichung" der Kollegen im Osten zu erreichen. Damit ist er auf einer Linie mit dem SPD-Vorsitzenden Lafontaine, der den Raubzug des deutschen Kapitals mit Steuererhöhungen finanzieren will. Aber auch die neuen Bürokraten der ehemaligen DDR biedern sich bereitwillig an. Der Bezirksleiter der IG Metall von Sachsen-Anhalt erklärte, daß er „in der Tarifrunde schon [sic!] 1991 ein Lohnniveau von etwa 65 Prozent der westlichen Bundesländer erreichen" will. Noch vor einigen Jahren lieferten sich Steinkühler und Lafontaine Wortgefechte über Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich. Doch ihre Differenzen waren immer aufgebauscht: Steinkühler verriet den großen Metaller-Streik von 1984. Es gibt immer noch keine 35-Stunden-Woche und Millionen Arbeitslose.

Verhindert die Massentlassungen! Besetzt die Betriebe! Für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Für die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit und ein Programm öffentlicher Arbeiten!

Damit es keinen Widerstand gegen die Verelendung von Millionen ehemaliger DDR-Bürger gibt, betreibt die SPD die Hexenjagd gegen alles, was ihr kommunistisch scheint. Selbst die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften von 1972 sind nicht genug: Der Gewerkschaftstag der IG Metall beschloß, daß die Aufnahme von neuen Mitgliedern aus dem Osten bis 1991 rückgängig gemacht werden kann. „Dies gilt als sogenannter Stasi-Paragraph ... Die IG Metall will sich damit offenbar vor unerwünschten Mitgliedern schützen", schreibt der *Tagesspiegel* vom 3. November.

Stoppt die sozialdemokratische Hexenjagd in den Gewerkschaften! Gleiche Rechte für alle Mitglieder! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Linke! Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung!«

MLPD sucht Schutz beim Staat gegen Gewerkschaftsausschluß

Am 16. Oktober bestätigte der Bundesgerichtshof den Ausschluß von Stefan Engel, Vorsitzender der maoistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), aus der IG Metall, und damit die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften. Die Spartakist-Arbeiterpartei verteidigt Stefan Engel und alle anderen Mitglieder linker Organisationen gegen die antikommunistischen Gewerkschaftsausschlüsse und fordert: Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Die Klage von Engel gegen die IG Metall ist jedoch dumm und gefährlich. Die superstalinistische reformistische MLPD ist vor bürgerliche Gerichte gegangen, die natürlich die Hexenjagd der Gewerkschaftsbürokraten abgesegnet haben, die in ihrem ureigenen Interesse liegt. Noch dazu ist der Gang zum Gericht in Deutschland bei der Kontinuität der Richter mit dem Dritten Reich ganz besonders absurd.

Die bürgerliche Justiz hat in den Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen nichts zu suchen. Wirkliche Revolutionäre kämpfen *innerhalb* der Gewerkschaften gegen die bürokratische Unterdrückung von Oppositionellen im Dienste der Klassenkollaboration. Die Gewerkschaften müssen für die Arbeiterdemokratie zurückgewonnen werden, und wir müssen das Recht für alle Tendenzen in der Arbeiterbewegung erkämpfen, sich politisch auszudrücken.

Das ist aber etwas grundsätzlich anderes als die bürgerlichen Gerichte in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung hineinzuziehen. Die MLPD, eines der letzten Überbleibsel der rabiat antisowjetischen maoistischen Parteien, die Anfang der 70er Jahre kurz aufblühten, um dann mit ihrer „Vaterlandsverteidigung" hauptsächlich in den Grünen zu versacken, ist aber nicht imstande, diese elementare Klassenlinie zu sehen. Und zwar weder im Kleinen noch im Großen. Genausowenig wie sie den Klassenunterschied zwischen den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten und imperialistischen Staaten sehen und sich daher weigern, die Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus zu verteidigen. Diese Anhänger der „deutschen Interessen" haben keine Skrupel dabei, zu den Richtern des Vierten Reichs zu rennen, denn proletarische Klassenunabhängigkeit ist ihnen fremd.

Jetzt mobilisiert Stefan Engel die Mitglieder der MLPD, um Zehntausende von DM zu sammeln, damit der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht weitergeführt werden kann. Aber die sozialdemokratische DGB-Büiokratie ist gerade voll damit beschäftigt, die von ihr geleitete Zerstörung des FDGB zu verdauen: Aus Angst vor Gewerkschaftern, die für ihre Klasseninteressen kämpfen, führt die IG Metall sogar eine einjährige Mitgliedschaft auf Probe für die neuen Mitglieder aus dem Osten ein.

Wie die Berliner Bundestagskandidatin der Spartakisten Jana Strauchfuß erklärte: „Wir brauchen eine Partei, die beim schmutzigen Spiel der Bürokraten nicht mitmacht. Nur durch Klassenkampf werden wir die antikommunistische Hexenjagd beseitigen." Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung! •

Kanadische KP...

Fortsetzung von Seite 7

gegen den Irak anschließt. In einem Wort: Ich verlasse die KPK, weil ich ein Kommunist bin.

Ich trete aus, um mich dem historischen Kampf anzuschließen, die so dringend benötigte kommunistische Internationale aufzubauen. Heute bedeutet dies, dafür zu kämpfen, die Vierte Internationale, die 1938 von Leo Trotzki in der Kontinuität der Dritten, der Kommunistischen Internationale von 1919, gegründet wurde, wiederzuschmieden. Die einzige Organisation, die hierfür kämpft, ist die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren kanadische Sektion die Trotskyist League ist.

Ich fordere alle Mitglieder der KPK auf, die sich weigern, Handlanger der kapitalistischen Klasse zu sein, all jene, die sich als Leninisten sehen, sich mir in diesem historischen Kampf anzuschließen.

Tretet in die Internationale Kommunistische Liga ein!

Yossi Schwartz, Toronto, 7. Oktober 1990



Januar 1932: Hitlers SA marschiert auf das Karl-Liebknecht-Haus In Berlin

PDS...

Fortsetzung von Seite 16

bezeichnet. So wie wir wiederholt „Hände weg von der PDS!" gefordert haben, auf Plakaten und bei Protestdemonstrationen, verteidigen wir die PDS vorbehaltlos gegen den Klassenfeind, der jeden Rest der DDR auszulöschen versucht, und auch gegen eine Führung der PDS, die schändlicherweise mitmacht bei dieser Hexenjagd.

Mit unserem Flugblatt gingen wir zur Vorstandsberatung und zur Wahlkundgebung der PDS. Dort herrschte Krisenstimmung, Erschütterung, endlose Entschuldigungen. Als Antwort auf das demonstrative Rücktrittsangebot des Parteivorsitzenden ein Transparent: „Gysi, wir brauchen Dich, laß uns nicht im Stich". Das Vertrauen zu Gysi wird einstimmig vom Vorstand bestätigt, dieser nimmt seinen Rücktritt zurück, angeblich, um der Linken nicht zu schaden. Wieso? In einem Interview (29. Oktober) meinen die „alternativen" Hexenjäger von der *taz*, daß Gysi der Linken „einen Bärendienst" erweise, indem er der PDS weiterhin „als Integrator, Seelsorger und Aushängeschild" vorsteht. Gysi nimmt die „Huldigung" an und bittet um Verständnis für seine Rolle, mit der er die Bourgeoisie vor noch Schlimmerem bewahrt. Wenn es zur Neugründung einer linken Partei käme, meint er:

> „Ich garantiere Ihnen, daß diejenigen, die dann aktiv daran mitarbeiten, alle aus dem extremistischen Bereich kommen — organisationsverliebte Spartakisten, Trotzkisten usw., die anderen warten ab. Dann wird daraus nicht mehr das, was Sie wollen. Unsere Mitglieder sind friedfertig und bereit, sich demokratisch einzuordnen. Dieses Potential dürfen Sie nicht aufgeben. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, daß eine demokratische Oppositions-Partei entsteht, die nicht in linkes Revoluzzertum verfällt oder meint, mit RAF-Aktionen die Welt verändern zu müssen."

Also, lieber die „demokratische" PDS als die Spartakisten und Trotzkisten, die mit ihrem „linken Revoluzzertum" vor der Tür stehen. Und in der Tat stand die SpAD draußen mit ihrem Appell für die Freilassung von Pohl und Langnitschke, was bei der PDS-Mitgliedschaft eine Menge Gehör fand. Jenes Gysi-Wort erinnert uns an ein anderes Zitat, von Karl Kautsky, aus einem Brief an Victor Adler vom August 1916. Der erfahrene Zentrist erläutert darin die Gründe, die einige Monate später zur Entstehung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führen werden:

> „Die Frage ist nicht mehr die, *ob* die Opposition, sondern welche Art der Opposition siegen wird, jene, die die Partei sprengen, oder jene, die innerhalb der Partei zur Mehrheit werden will. Die Gefahr, die von der Spartacusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der breiten ungeschulten Massen... Die Arbeitsgemeinschaft ist gegenüber diesen beiden Extremen [Spartacus einerseits, Parteivorstand andererseits] das Band, das die Partei tatsächlich noch zusammenhält. Hätte sie sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartacusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei."

Die erzreformistische PDS ist sicherlich politisch weit entfernt von der zentristischen USPD von damals. Aber Gysi sieht offensichtlich seine Rolle ähnlich wie Kautsky, der versuchte, einen „sozialistischen" Schutzwall gegen die befürchtete revolutionäre Welle aufzubauen. In den Entscheidungstagen von 1918/19, als die Mehrheitssozialisten unter Eben, Scheidemann und Noske direkt mit dem General Groener und dessen Freikorps die blutige Niederschlagung der Spartakisten vorbereiteten, bekämpften innerhalb der Arbeiterräte die Kautskyschen „Unabhängigen" heftig die Forderungen nach einer revolutionären Räteregierung. Damit bahnten auch sie den Weg zu den verzweifelten Januarkämpfen, die als „Spartakusaufstand" in die Geschichte eingegangen sind. Dies war Kautskys „Bärendienst" zugunsten der deutsche Bourgeoisie.

Zwei Jahre später jedoch trat die Mehrheit der USPD zur Kommunistischen Partei über, gerade weil sie nicht gewillt war, weiterhin dieser verräterischen Politik zu folgen. Wie wird es morgen mit der PDS-Basis aussehen, bei einer Führung, die Schritt für Schritt alles aufgibt und sogar die eigenen Mitglieder an die bürgerliche Klassenjustiz ausliefert, wenn diese versuchen, ihre Partei zu verteidigen? Der Dauerangriff auf die PDS kann schließlich nicht mit Beschwichtigungen beseitigt werden. Was auch immer Gysi tut, es wird ihm unmöglich sein, die Bourgeoisie von seiner Zuverlässigkeit zu überzeugen. Für sie, und besonders für die Sozialdemokratie, muß alles weg, was auch nur den geringsten Hauch von Kommunismus an sich hat. Während Gysi seinen Zukunftstraum über „unsterbliche", „sozialistische Ideale"

Fortgesetzt auf Seite 14

PDS...

Fortsetzung von Seite 13

träumt, heißt die Wirklichkeit: Berufsverbot, Verhaftung, Parteienteignung. Und für eine Hexenjagd braucht man Hexen, auch wenn sie erfunden werden müssen.

Als Gregor Gysi im Dezember letzten Jahres zum Vorsitzenden der SED gewählt wurde, reichte man ihm einen symbolischen Besen. Der „Saubermann" sollte ein Zaubermann sein, der die Partei rettet. Als Anwalt verschiedener Dissidenten, von Robert Havemann bis Bärbel Bohley, konnte man ihm kaum die Verantwortung für 40 Jahre bürokratische Bevormundung, Willkür und Mißwirtschaft in die Schuhe schieben. Daraufhin gab Gysi der ehemaligen stalinistischen Staatspartei einen unverfänglichen neuen Namen und stellte sie auf sozialdemokratischen Kurs ein. Die „erneuerte" PDS lieferte den Beweis ihrer „demokratischen" Gesinnung, indem sie keinerlei Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands leistete. Mehr noch, sie wollten die besseren Wiedervereiniger sein, die die Konterrevolution schrittweise und ohne gewaltige soziale Zusammenstöße zu verwalten wissen. Aber umsonst. Die Bourgeoisie wollte die angebotene Volksfront nicht.

Gysis großer „Verdienst" war es, dafür zu sorgen, daß sich aus den Reihen der Bürokratie kein Widerstand entwickelte. Jetzt, da die Einverleibung der DDR von der Phase der „Verlockung" zur regelrechten Zerstörung übergeht, wo Millionen von Arbeitern auf die Straße fliegen, wollen die kapitalistischen Machthaber alle möglichen Widerstandsherde vernichten. Jetzt geht die Schmutzkampagne wirklich los, wobei Antikommunismus und Antisemitismus mit Ausländerhaß gekoppelt sind. Es geht um Kampf oder Kapitulation. Für diejenigen, die Kommunisten sein wollen, *trotz alledem*, bietet die aktive Teilnahme am Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakist-Arbeiterpartei den Ausweg aus dieser Sackgasse der Verzweiflung und Aussichtslosigkeit.

Am 2. Dezember bei der Reichstagswahl für die PDS zu stimmen heißt: Danke, Gregor und Hans, für das „einig Vaterland"! Die DDR ist nicht zugrundegegangen, weil es zuviel Kommunismus gab, sondern zuwenig. Die Antwort ist nicht die Flucht in eine kapitalistische Marktwirtschaft, die trotz des zynischen Anhängsels „sozial" nur Elend und Unterdrückung mit sich bringt und Krieg dazu. Der Aufbau des „Sozialismus in einem Land" war eine stalinistische Lüge, um so mehr in einem halben Land. Um eine wirklich gerechte Gesellschaft mit Wohlstand für alle Werktätigen aufzubauen, ist eine *internationale Planwirtschaft* notwendig, die nicht den brutalen Gesetzen des Marktes gehorcht, sondern der proletarischen Demokratie der Arbeiterräte untersteht. Nicht die bankrotte PDS „erneuern", sondern eine wirklich kommunistische Partei schmieden!

Zurück in die Zukunft auf dem Weg von Lenin und Trotzki! *Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!*

Aktiv für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen

Eine Reihe von kritischen Mitgliedern der PDS lehnt die offen reformistische Politik ihrer Partei immer mehr ab. Wieder hat ein Kommunist in der PDS die Schlußfolgerung gezogen, sich der Spartakist-Arbeiterpartei anzuschließen. Nachfolgend drucken wir Auszüge seiner Erklärung ab.

Seit Anfang des Jahres bin ich Mitglied der PDS, und diese Zeit war für mich ausgefüllt von Widersprüchen. Da ich zuvor SED-Kandidat war, wußte ich, daß es unter den 2,3 Millionen Mitgliedern auch eine beträchtliche Zahl ehrlicher Kommunisten gab, und es war für mich unfaßbar, zu welch einer Partei sich die PDS formierte.

Anstelle „Anwalt aller Schwachen" zu sein und im Parlament „Für die Schwachen eine starke Opposition" zu stellen, hatte die Gysi-Clique nichts Besseres zu tun, als mit Modrows „Einig Deutschland Vaterland" den Ausverkauf und somit die Annexion der DDR an die BRD zu organisieren, womit sie die Kommunisten der eigenen Partei, ja — das Volk der DDR gar verriet und so an die großarrogante Kohl-Clique übergab. Und in gerade dieser Verräterrolle Gysis & Co offenbart sich die Politik der Partei, die im übrigen nicht unbedingt von der gesamten Basis getragen wird.

Genösse Gysi — wie denkst du über Antikommunismus? Lenin schrieb sinngemäß, daß man die Sozialdemokratie in eine Situation bringen muß, in der sie gezwungen wird, ihren wahren Charakter zu offenbaren, um sie dann schonungslos zu kritisieren und die eigene Politik als einzig mögliche Alternative gegenüberstellen. Doch was hat Gysi in Italien gesagt? Anstelle als „Demokrat" die Kommunisten in der eigenen Partei wenigstens zu tolerieren, erklärte er, gegen jeden Front zu machen, der gegen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auftritt. Das ist ein Angriff gegen Lenin — das ist Antikommunismus.

Ich glaube, Aufarbeitung der Geschichte fängt zuerst immer bei jedem selbst an. Ist man dazu nicht bereit, bleibt man bis in alle Ewigkeit, was man war, mit allen Fehlern. Trotzki hat mich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin zurückgebracht, zum Internationalismus-Verständnis Rosa Luxemburgs.

Ich bin Kommunist und fühle mich eng meinen Idealen verpflichtet, und meine Pflicht sehe ich darin, als Mitglied einer revolutionären, kommunistischen Avantgardepartei meinen Teil dazu beizutragen, um die Arbeiterklasse zu formieren und eine Welt des Friedens und der Harmonie zu schaffen, eine Welt der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in der es keine Ausbeutung mehr gibt.

Den ersten, entscheidenden Schritt dazu tu ich mit dieser Erklärung, durch die ich meinen Austritt aus der „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) bekanntgebe, und dem Antrag, Mitglied der „Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands" (SpAD) zu werden, der deutschen Sektion der „Internationalen Kommunstischen Liga" (Vierte Internationalisten). Denn nur in dieser Partei kann ich als Kommunist aktiv für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten kämpfen, für einen wahren Weltsozialismus, für unser aller Endziel, dem Kommunismus von Marx, Engels und Lenin.

Berlin, 9. September 1990
A.R.

Zuerst verschenkten sie die DDR, jetzt geben Gysi/Modrow die PDS preis - das ist Klassenverrat!

Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke!

Jetzt hat die PDS-Führung ihre Knierutscher-Kapitulation vor der antikommunistischen Hexenjagd auf die Spitze getrieben und sich den Bluthunden der SPD gegen ihre eigene Partei angeschlossen, indem sie die Köpfe des Schatzmeisters und des Leiters der PDS-Finanzabteilung der Verfolgung preisgaben. Die willige Übergabe

Kämpft gegen die antikommunistische Hexenjagd, jetzt!

der DDR an den Imperialismus war bereits ein Verbrechen historischen Ausmaßes, dessen Modrow, Gysi und Co. schuldig sind. Ihre Denunziation von zwei PDS-Mitgliedern, die ins Gefängnis geworfen wurden, ist ein weiterer Klassenverrat,

Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke wurden eingesperrt, weil sie ihre Partei und deren Vermögen, für das sie verantwortlich waren, verteidigen wollten. Und weil sie dachten, daß es am besten wäre, einen Teil des Geldes in der Sowjetunion aufzubewahren, um es den Häschern der Deutschen Bank zu entreißen.

Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei ohne Wenn und Aber „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Wir warnten vor den verheerenden Auswirkungen für die Werktätigen, vor Massenarbeitslosigkeit, der Abschiebung von Immigranten, faschistischem Terror und großdeutschem Imperialismus. Auf der antifaschistischen Kundgebung in Treptow warnten wir vor der SPD als Trojanischem Pferd der Konterrevolution.

Die SPD veranstaltet jetzt im Dienste der Imperialisten eine antikommunistische Hexenjagd, die sich in erster Linie gegen Mitglieder der SED/PDS und Angehörige des ehemaligen DDR-Staatsapparats richtet und jeden Widerstand gegen die kapitalistische Restauration und ihre Konsequenzen abwürgen soll. Die SpAD erklärte in ihrem Offenen Brief vom 12. Juli, daß wir uns weigern, dem empörenden Parteiengesetz Folge zu leisten, das vor allem auf die Enteignung und Kriminalisierung der PDS abzielt, und wir riefen die Arbeiterbewegung und Linke dazu auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Der PDS-Vorstand hat also nun seine vielbeschworene „Einheit" mit der SPD/AL erlangt — bei der Hexenjagd gegen seine eigene Partei! Nach dem bewaffneten Überfall des SPD-Senats auf die PDS-Zentrale fand Freitag Nacht eine weitere Polizei-Durchsuchung statt — diesmal unter Gysis Anleitung. Nach dem Vorbild Gorbatschows erfolgt damit „Einheit" mit den Imperialisten — beim Anschluß der DDR wie bei seiner Beteiligung an der imperialistischen US-Kriegsmobilisierung am Persischen Golf. Aber mit der Auslieferung der Köpfe von PDS-Mitgliedern, die ihre Partei verteidigen wollten, wird Gysi seinen eigenen Kopf nicht vor der antisemitischen Hexenjagd retten können.

Ob Gysi Vorsitzender dieser Partei bleibt oder nicht, es ist die stalinistische Politik, die zum Ausverkauf der DDR und jetzt zur Hexenjagd gegen die eigene Partei führt. Die Spartakist-Kandidaten zur Bundestagswahl rufen diejenigen auf, die sich immer noch zur Oktoberrevolution und den kommunistischen Idealen bekennen, die Führung der PDS als die Verräter zu behandeln, die sie sind, und auszutreten und sich uns in der Verteidigung von Pohl und Langnitschke gegen die antikommunistische Hexenjagd anzuschließen — im Kampf, die Werktätigen zu verteidigen, besonders ihre unterdrücktesten Teile. Dafür gibt es nur den Weg Lenins und Trotzkis!«

Protesterklärung

An die Senatsverwaltung der Justiz, Berlin

Sofortige Freilassung von Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke!
Hände weg von der PDS!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestiert schärfstens gegen die Festnahme des PDS-Schatzmeisters und Bereichsleiters durch die Berliner Polizei! Wir fordern die sofortige Freilassung von Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke, die Geld an die Sowjetunion überwiesen, um ihre eigene Partei zu schützen! Schluß mit den Angriffen auf die PDS-Zentrale! Die gesamte Arbeiterklasse muß zur Verteidigung der PDS mobilisiert werden!

Im Geiste von Pastor Niemöllers berühmter Verurteilung derjenigen, die sich weigerten, die Opfer der Nazis zu verteidigen, erklären wir: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Wir fordern: Bürgerlicher Staat, Finger weg von den Kassen der Parteien der Arbeiterklasse! Der SPD/AL-Senat und seine Polizei haben in den Finanzen von Arbeiterparteien nichts zu suchen, auch nicht die „Justiz", die nach 1945 mit den Blutrichtern des Dritten Reichs aufgebaut wurde. Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Berlin, 26.10.1990

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!
Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre *„Marktsozialismus" in Osteuropa*

Name ____________________

Adresse ____________________

____

Telefon ____________________

Sp 79

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin O-1026
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 510655
1000 Berlin 51
Postgiro Ff m 11988-601

SPARTAKIST

Ausverkauf der DDR, Auslieferung der Genossen: PDS vor dem Aus?

Klassenverrat lohnt sich nicht

Bekämpft die antikommunistische Hexenjagd!

Für eine zweite sozialdemokratische Partei gibt es im Vierten Reich des deutschen Imperialismus keinen Platz. Das haben wir Spartakisten seit dem letzten Herbst gegenüber der SED/PDS immer wieder betont. Und das hat sich im nachhinein auch bestätigt. Unwiderlegbarer Beweis dafür ist das jüngste (aber gewiß nicht letzte) Kapitel der Verfolgung der Partei des Demokratischen Sozialismus unter der Führung von Gregor Gysi und dem ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Mit Gorbatschows Segen wollten sie „mit aufrechtem Gang" in die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands gehen. Aber der Ausverkauf der DDR erforderte eine Knierutscher-Politik, sie brachte der Partei die Drohung der Enteignung ein, und jetzt sehen wir die bauchkriecherische Auslieferung der eigenen Genossen.

Knapp zwei Wochen nach dem formellen Anschluß des ostdeutschen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats an das imperialistische Westdeutschland hat die neue Staatsmacht zweimal das Hauptquartier der PDS am Rosa-Luxemburg-Platz durchsucht. Das erste Mal kamen sie mit einem 150 Mann starken Trupp schwerbewaffneter Polizisten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ohne jegliche gerichtliche Genehmigung. Gysi wurde mitten in der Nacht herbeizitiert, sein Büro war schon durchwühlt, eine glatte Verletzung seiner Abgeordnetenimmunität. Den Vergleich mit dem Überfall von Görings Gestapo auf das Karl-Liebknecht-Haus wenige Tage nach Hitlers Machtantritt zogen viele PDS-Mitglieder, aber Gysi & Co. erstickten dies mit der Losung „1990 ist nicht 1933". Aber eine Woche später kommt die Staatsanwaltschaft schon wieder ins Gebäude, diesmal auf Bitten des Herrn Parteivorsitzenden selbst.

Früher am selben Tag hatte Gysi auf einer Pressekonferenz eine Erklärung des PDS-Schatzmeisters Wolfgang Pohl verteilt, worin dieser gesteht, er habe zusammen mit dem Finanzbereichsleiter Wolfgang Langnitschke „parteieigenes Geld aus Angst vor Enteignung und Illegalität für die zukünftige Arbeit der Partei zu sichern" versucht und es deshalb außer Landes geschafft. Obwohl Pohl die gebotene Selbstkritik für diesen „Fehler" leistete, sind das ganz lobenswerte Gründe, insbesondere angesichts der andauernden Verteufelung der PDS durch die neuen Herrscher. Diese Aktion soll aber als Verbrechen gelten, weil sie gegen eine Sonderklausel des Parteiengesetzes der ehemaligen DDR verstößt, wonach Parteien ihr Vermögen an eine staatliche Kommission zur Prüfung und Verwaltung übergeben müssen. In ähnlicher Weise wurde die KPD durch das Hitlersche Ermächtigungsgesetz von 1933 ihres Vermögens beraubt.

Nirgendwo sonst in der Welt sind politische Parteien einer solchen totalitären Zwangsverwaltung ausgesetzt, die sie praktisch um jede Unabhängigkeit bringt. Dieses Sondergesetz ist ganz offensichtlich gegen die PDS gerichtet und wurde von den Volkskammermehrheitsparteien verabschiedet, die sämtlich von ihren Schwesterparteien in der BRD und von der Bonner Regierung mit



ADN

Polizei-Überfall auf Berliner PDS-Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus

Millionen DM finanziert werden. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagte einfach „Nein!" zu dieser Verfolgungsmaßnahme und rief (in unserem „Offenen Brief vom 12. Juli) alle proletarischen und linken Organisationen dazu auf, durch einheitliche Verweigerung das Gesetz außer Kraft zu setzen. Leider haben die PDS und andere Linke gekuscht anstatt zu kämpfen. Jetzt ist die DDR weg, aber dieses groteske antikommunistische Parteienteignungsgesetz bleibt! Und so sitzen Pohl und Langnitschke im Knast, ausgeliefert vom „Demokraten" Gysi, der damit seine totale Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat beweisen will.

Die *Junge Welt* erklärte am Sonnabend nach dem Überfall: „Die PDS hat sich dieses Ei selbst ins Nest gelegt", und stimmte der bürgerlichen Presse zu, dies zeige, daß die angeblich „erneuerte" Partei nur ein Januskopf sei, mit dem Gesicht Gysis einerseits und auf der anderen Seite mit dem alten SED-Apparat und den alten (Stasi, versteht sich) „Seilschaften". Ähnliche Töne wurden am Montag in *Neues Deutschland* angeschlagen. In schroffem Gegensatz zu dieser Selbstverfolgung hat die SpAD ein Flugblatt herausgebracht, das die „Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke!" verlangt und das Handeln von Gysi und Modrow als Klassenverrat

Fortgesetzt auf Seite 13

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 D

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 80 20. NOVEMBER 1990 50 Pfennig

Momper/Pätzold: Bluthunde der Deutschen Bank!

Stoppt den Polizeiterror durch Arbeitermobilisierung!



Spartakist

Berlin, 18. November: Spartakist-Block auf Demo gegen Polizei-Terror und Räumung der besetzten Häuser

Die SPD erklärte der gesamten Bevölkerung von Berlin den Krieg, als sie 3000 Bullen mobilisierte, einschließlich Bundesgrenzschutz und Sondereinsatzkommandos aus Westdeutschland, um die jugendlichen Hausbesetzer der Mainzer Straße auf die Straße und ins Gefängnis zu werfen. Bezirkspolitiker nannten das Aufgebot eine „Besatzungsarmee", und tatsächlich sind Momper und Pätzold Bluthunde für die Deutsche Bank. Der Anschluß heißt die Errichtung des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus. Das Wüten der Polizei in der Mainzer Straße zeigt jedem, was das bedeutet. Dies war Staatsterror, um den Widerstand gegen die katastrophalen Folgen der deutschen Wiedervereinigung zum Schweigen zu bringen.

Die Polizei ist in das frühere Ostberlin im West-Stil einmarschiert — schwer bewaffnet, mit Panzern und Hubschraubern. Die Stadt ist polarisiert, mit weitverbreiteter Wut über diese Polizei-Brutalität. Jede Familie weiß, was es bedeutet, eine Wohnung zu suchen. Wucherpreise im Westen, und im Osten, wo über 20 000 Wohnungen leerstehen, werden die Bullen losgeschickt, um die Wohnungen für Miethaie freizuprügeln. Werktätige, Immigranten und Deutsche, Männer und Frauen sollten mit ihren mächtigen Gewerkschaftsorganisationen die Stadt dichtmachen, um diesen Feldzug des Polizeistaatsterrors zu beenden. Die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung fordern: Keine Räumungen! Sofortige Rückgabe der geräumten Häuser! Entschädigung für die Zerstörungen! Sofortige Freilassung der Hausbesetzer! Alle Anklagen müssen sofort fallengelassen werden! Preiswerte, anständige Wohnungen für alle! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um den faschistischen Terror zu zerschlagen!

Wir warnten bereits bei der antifaschistischen Massendemonstration in Treptow im Januar, daß die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution ist. Die SPD

Fortgesetzt auf Seite 3

WÄHLT SPARTAKIST!

Verladet die Kartoffeln nach Leningrad, jetzt! Danach Streik im Hamburger Hafen!

1000 Neueinstellungen sofort!

Wir drucken hier Auszüge eines Flugblatts der SpAD ab), das hauptsächlich im Hamburger Hafen verteilt wurde.

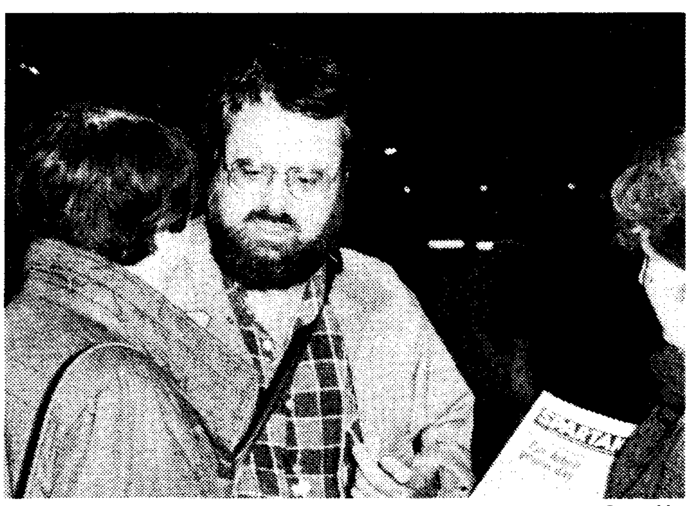
HAMBURG, 12. November 1990 - Mehr als die Hälfte der über Hamburg für die Sowjetunion bestimmten Kartoffeln werden bis zum Frühjahr 1991 in Mecklenburg eingelagert. Die in der Sowjetunion dringend benötigten Lebensmittel werden also hier liegenbleiben. Der Hamburger Hafenboß Kern (SPD) und Wirtschaftssenator Rahlfs (FDP) sagen: Keine Chance mehr, vor dem Frühjahr die Kartoffeln in die Sowjetunion zu liefern.

Der Hafenarbeiter Herbert Peveling, Kandidat der Spartakist-Arbeiterpartei zu den Bundestagswahlen, sagt: „Alles Lüge! Die Kartoffeln nach Leningrad, jetzt! Mit Kühl-Containern! Die Hafenbosse haben die Lieferung versaut, sie sollen die zusätzlichen Transportkosten aus eigener Tasche bezahlen!

Eine der faulen Begründungen für die Kartoffel-Pleite war das Fehlen von Arbeitern. Eine Frechheit aus dem Mund von Leuten, die in den letzten Jahren Tausende von Arbeitsplätzen im Hafen der reichsten Stadt Europas nicht neu besetzt haben. Sie wollten mit Bundeswehr das Loch stopfen, weil sie nicht neue feste Arbeitsverhältnisse schaffen wollen. Wir fordern: Sofortige Festanstellung von 1000 neuen Hafenarbeitern! Das wäre auch eine Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit (allein in Hamburg 70000) und ein Beitrag zur Kampagne der ÖTV für die 35-Stunden-Woche."

In den Ostsee-Häfen Rostock und Wismar sollen nach der Verladung der Kartoffeln Tausende Kollegen entlassen werden. Zur gleichen Zeit ist der Rahmen-Tarifvertrag in Hamburg abgelaufen! Die SpAD ruft auf zu gemeinsamem Kampf der Arbeiter Ost und West: Nach der Verladung der Kartoffeln — Streik im Hamburger Hafen! Besetzung der Ostsee-Häfen, um die Massenentlassungen und Stillegungen zu verhindern!

Schluß mit dauernden Doppel-Schichten und Verletzungen der Sicherheitsvorschriften in Hamburg und Null-„Kurzarbeit" in Rostock! Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Weg mit dem Billig-Lohntarif für Container-Packstationen! Keine Einführung einer Zehn-Stunden-Arbeitspflicht! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Arbeiter aus Ost und West, Frauen und Männer, deutsche und eingewanderte Arbeiter! Weg mit dem Arbeitsverbot für Frauen im Hamburger Hafen! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter!



Spartakist

Herbert Peveling, Bundestagskandidat in Hamburg

„Bisher wurde alles, was in der Sowjetunion und der ehemaligen DDR schiefgegangen ist, der .maroden Planwirtschaft' angehängt", erklärte der Hafenarbeiter Herbert Peveling, der in Hamburg-Altona für die Spartakist-Arbeiterpartei für den Bundestag kandidiert. „Doch die Kartoffel-Pleite der Hafenbosse steht in scharfem Kontrast dazu, daß, als die DDR noch existierte, sogar die bürokratisch geplante Wirtschaft besser in der Lage war, solche Aufgaben zu erfüllen als die .soziale' Marktwirtschaft. Die heutige Versorgungskrise in der Sowjetunion hat ihre Ursache in der Einführung dieser Marktwirtschaft durch den Liebling von *Bild* und *Morgenpost*, Gorbatschow. Unser Kampf hier gegen die Kapitalisten kann auch ein Signal für die sowjetischen Arbeiter sein, ihre Verelendung nach dem Muster dessen, was die deutschen Banken in Polen angerichtet haben, zu verhindern!"«

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow, Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Vertag Avantgarde GmbH, Postfach 11 0231, 2000 Hamburg 1t; Fax: (040)3301 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (030)491 4548
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 11988-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

Nr. 80 20. November 1990

SpAD in Fernsehen und Radio

Fernsehen

Donnerstag, 22. November, 22.00, DFF 2
Mittwoch, 28. November, 22.10, ZDF
Mittwoch, 28. November, 23.00, ARD

Radio

Donnerstag, 22. November, 13.55, Deutschlandfunk
Dienstag, 27. November, 18.31, Radio Aktuell
Dienstag, 27. November, 18.55, DT 64
Freitag, 30. November, 5.57, SFB 2

Brecht die UN-Blockade gegen den Irak!

Erst PDS überfallen, jetzt die Grünen

Am 12. November überfiel die Polizei die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, wo die Bullen 70 Flugblätter beschlagnahmten, in denen Bundeswehr- und ehemalige NVA-Soldaten aufgefordert werden, bei einem Bundeswehreinsatz im Golf den Kriegsdienst zu verweigern.

In einer Protesterklärung erklärte die SpAD: „Dieser Polizei-Überfall folgt direkt auf den Nacht- und Nebel-Überfall auf die Berliner PDS-Zentrale. Wir warnten von Anfang an, daß die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd und die Enteignungskampagne jede Opposition zum Vierten Reich des deutschen Imperialismus bedroht und zum Schweigen bringen will." Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Die Grünen haben selber der Hexenjagd auf die PDS zugejubelt, jetzt sind sie die nächsten Opfer des Polizeiterrors. Hände weg von PDS und Grünen!

Warum jetzt diese Razzia wegen eines zwei Monate alten Flugblatts? Vielleicht ist es die Vorbereitung darauf, deutsche Truppen bei dem imperialistischen Kriegszug gegen den Irak zum Einsatz zu bringen, entweder auf dem Territorium des NATO-Partners Türkei oder als Teil einer, Intervention im Golf unter dem Deckmantel der UNO. Stoltenberg hat verkündet, daß eine deutsche „schnelle Eingreiftruppe" an künftigen Operationen der NATO oder der UNO teilnehmen soll. Verringerung der Truppenstärke der Bundeswehr bedeutet keine „teilweise Abrüstung", sondern eine mobilere imperialistische Kriegsmaschine.

Ironischerweise zählen auch die Grünen zu den Unterstützern der UN-Blockade und unterstützen selbst eine militärische Intervention. Sogar ihre Protesterklärung gegen die Razzia verlangt eine „unabhängige" deutsche Außenpolitik. (Andere Sozialpatrioten wie die PDS haben die imperialistische Haßkampagne gegen Irak mitgemacht, wollen aber nicht, daß sich Bonn Washington „unterordnet".)



Spartakist

In Mecklenburg-Vorpommern kandidiert Ralf Neitzke

Saddam Hussein ist ein gnadenloser Schlächter von Arbeitern, Kurden und Kommunisten, aber er muß von den irakischen werktätigen Massen gestürzt werden, nicht von den imperialistischen Massenmördern. Verteidigt den Irak gegen den imperialistischen Kriegskurs! USA/NATO raus aus dem Golf! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer! Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Bundeswehr!«

Stoppt Polizeiterror...

Fortsetzung von Seite 1

macht die Drecksarbeit. Zuerst überfielen sie mitten in der Nacht die PDS-Zentrale, um ihre antikommunistische Enteignungskampagne anzufachen, jetzt schicken Pätzold und Momper die westdeutschen Bullen als Besatzungsarmee, um Jugendliche im Osten zusammenzuschlagen.

Bis jetzt hat die schwarzrotgoldene AL im Senat voll mitgemacht: beim Streikbruch im Kita-Streik, bei der antikommunistischen Hexenjagd und bei der Berliner Linie. Jetzt sagen sie, der Polizeiterror war (Zitat) „überzogen". Und" was ist mit dem „demokratischen Rechtsstaat", von dem die PDS träumt, in dessen Namen sie der Bourgeoisie von Auschwitz erst die DDR und dann ihre eigene Partei geschenkt hat? Seit Mittwoch herrscht dieser Rechtsstaat hier.

Die Jugendlichen, die gegen die imperialistische Kriegsmobilisierung, gegen Faschismus und Rassismus, Obdachlosigkeit und Massenverelendung kämpfen wollen, müssen sich mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse verbünden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich! Wir sagen: Brecht die Blockade gegen den Irak! USA/NATO raus aus dem Persischen Golf! Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Bundeswehr! Wir verteidigen die Sowjetunion gegen den Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution! Schließt euch uns an, um die revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die diese Kämpfe zum Sieg führen kann!«

Verteidigt Frauenrechte!

Zum ersten möchte ich hier einmal darstellen, daß die Frauenfrage nicht losgelöst werden kann von den Problemen oder dem Kampf der anderen unterdrückten Minderheiten. Trotz alledem, so wie wir in der DDR gelebt haben, war es den Frauen möglich, daß 90 Prozent berufstätig waren, weil die Kinderbetreuung sehr gut in der DDR abgesichert war. Jeder hatte die Möglichkeit, seine Kinder unterzubringen in Kinderbetreuungsstätten wie Krippen oder Kindergärten, jeder konnte das finanzieren. Während man jetzt oft Betriebskinderbetreuungsstätten schließt und praktisch die Eltern Essengeld und den Aufenthalt dort nicht mehr bezahlen können, weil es zu teuer wird.

Ein Ziel des Kampfes muß auch sein, daß die Frau am gesellschaftlichen, politischen und beruflichen Leben voll teilnehmen kann. Volle Kinderbetreuung rund um die Uhr. Damit die Frau eben Schichtarbeit machen kann *und* aktiv am Leben teilnehmen kann.

Jana Strauchfuß, Bundestagskandidatin der SpAD

Spartakist-Treffpunkte

Bertin	Grünauer Str. 5, S-Bahn Schöneweide Dienstag und Donnerstag, 18.00 bis 21.00 Uhr
Halle	Comcenter, Raum 30, Leninallee 70
Torgelow	Bahnhofstr. 10
beide:	Dienstag und Donnerstag, 17.00 bis 20.00 Uhr

Übereinkommen für gemeinsame Arbeit zwischen Bewegung der Jungen Linken und IKL

1. Seit dem Oktober 1917 hat der Kapitalismus versucht, die welthistorischen Errungenschaften der Russischen Revolution zu vernichten. Die Restauration des Kapitalismus würde für die Werktätigen Massenverelendung und Massenarbeitslosigkeit bedeuten, was all die Rückständigkeit und den Chauvinismus der Vergangenheit zurückbringt, sowie Kriegsvorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg. Wir Trotzkisten stehen für die *bedingungslose* militärische Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus und gegen innere Konterrevolution.

2. In Polen ist die Hauptagentur für die Konterrevolution Solidarnosc gewesen, mit der Hilfe und Unterstützung des Imperialismus, des Vatikans und der Sozialdemokratie. Bis zu ihrem ersten Kongreß 1981 hatte sich Solidarnosc auf einem Programm der sozialen Konterrevolution konsolidiert: Unterstützung antikommunistischer „freier Gewerkschaften", Restauration des Kapitalismus durch bürgerlichen Parlamentarismus und Liquidierung der Planwirtschaft. Hätte Solidarnosc gesiegt, hätte dies auch die Existenz der anderen deformierten Arbeiterstaaten bedroht; denn es hätte die wichtigsten Nachschub- und Kommunikationslinien zwischen der Sowjetunion und der DDR, damals der Frontstaat gegen die NATO, in die Hände der Imperialisten gebracht. Zu dieser Zeit forderte die internationale Spartacist Tendenz (iST, heute die IKL): „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc", und unterstützte Jaruzelskis militärischen Präventivputsch; gleichzeitig kämpfte sie für eine proletarische politische Revolution, um die parasitäre Bürokratie zu stürzen. Die RML (Bewegung der Jungen Linken) stimmt mit dieser Position überein. Diese Ereignisse waren eine Feuerprobe für alle, die Revolutionäre sein wollen; es ist notwendig, gegen den Strom zu schwimmen, wenn das marxistische Programm dem bestehenden Bewußtsein der überwiegenden Masse der Arbeiterklasse entgegensteht.

3. Wir weisen die Behauptungen von Pseudolinken zurück, daß die konterrevolutionäre Solidarnosc 1981 eine „proletarische politische Revolution" geführt habe. Eine echte proletarische politische Revolution hat zur Voraussetzung die *Verteidigung* der kollektivierten Eigentumsverhältnisse. Als Gegner von Arbeiter„selbstverwaltung" - die in Wirklichkeit die Einführung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse bedeutet, indem die Arbeiter aus verschiedenen Betrieben gegeneinander aufgestachelt werden - treten wir ein für eine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft (einschließlich der Kollektivierung der Landwirtschaft), die frei ist von Parasitentum, Willkür und nationaler Autarkie der stalinistischen Bürokratie. Über die grundsätzliche Leitung der Wirtschaft und der Gesellschaft muß durch Arbeiterdemokratie entschieden werden, d. h. durch die Herrschaft von Arbeiterräten.

4. Getreu dem Programm der frühen Kommunistischen Internationale steht Trotzkismus für sozialistische Weltrevolution. Im Gegensatz dazu ist Stalins Dogma vom „Sozialismus in einem Land" eine nationalistische, antisozialistische Lüge, die auf die Versöhnung mit dem Imperialismus abzielt. Die Gorbatschow-Bürokratie betreibt gegenüber dem Imperialismus Beschwichtigungspolitik und unterminiert die kollektivierte Wirtschaft, wodurch sie blutige nationale und ethnische Konflikte entfesselt. Diese Politik bedroht direkt die Existenz des Heimatlands des Oktober. Die polnischen Stalinisten, die die Wirtschaft an die westlichen Bankiers verpfändeten und die Arbeiterklasse in die Arme von CIA und Vatikan trieben, sind ganz offensichtich politisch bankrott. Diejenigen, die der kapitalistischen Restauration den Weg bereitet haben, können nicht die Kämpfe führen, um sie zurückzuschlagen.

5. Es stellt sich unmittelbar die Notwendigkeit, eine authentisch trotzkistische Avantgardepartei in Polen aufzubauen, als Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale. Doch wir lehnen die Idee einer „Familie des Trotzkismus" ab; echter Trotzkismus hat nichts gemeinsam mit solchen Solidarnosc-freundlichen Lieferanten des Antisowjetismus, wie es die Anhänger von Nahuel Moreno sind und das Vereinigte Sekretariat (VS) von Ernest Mandel, der 1983 die Führung von Solidarnosc als die „besten Sozialisten der Welt" hochjubelte. Die RML, eine Gruppe, die bekannt dafür ist, daß sie die kommunistischen Führer Lenin, Luxemburg und Liebknecht ehrt, erkannte schließlich, daß der Trotzkismus die Fortsetzung der revolutionären Traditionen der „3 L" darstellt. Die RML kam zuerst in Kontakt mit dem Programm der IKL, als sie in Diskussionen mit den Morenoisten stand. Um sie für das Programm der IKL zu gewinnen, waren vor allem entscheidend (a) die Übereinstimmung über den Charakter von Solidarnosc und (b) die Unterstützung der RML für die „Trotzkistische Plattform", die von der Trotzkistischen Fraktion der mexikanischen POS veröffentlicht worden war, die sich anschließend mit der Grupo Espartaquista de Mexico vereinigte.

6. Eine trotzkistische Partei muß ein Volkstribun sein, der für alle Opfer von Unterdrückung eintritt. Die Kampagne, den Kapitalismus wiederherzustellen, läßt all die „alte Scheiße" der Gesellschaftsordnung aus der Vorkriegszeit Wiederaufleben und zunehmen, vom reaktionären Klerikalismus bis zum pilsudskistischen Nationalismus und Antisemitismus. Wie Rosa Luxemburg 1905 schrieb: „Der Klerus sitzt dem Volk ... ebenso im Nacken und lebt von seiner Erniedrigung, Unterdrückung und Dumpfheit wie die ganze Kapitalistenklasse" („Kirche und Sozialismus"). Die katholische Hierarchie, der gegenüber die Stalinisten Beschwichtigungspolitik betrieben, hat schon lange den entscheidenden Einfluß auf Solidarnosc ausgeübt. Die klerikale Reaktion hat besonders Frauen als Zielscheibe. Zerschlagt die Angriffe auf Abtreibungsrechte! Für kostenlose Abtreibung! Für kostenlose Kinderbetreuung, rund um die Uhr! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Nieder mit dem konservativen stalinistischen Dogma, das die Institution der Familie verherrlicht, die Hauptinstitution der Gesellschaft zur Unterdrückung der Frauen. Nur die Errungenschaft einer echten sozialistischen Gesellschaft, auf der Grundlage von materiellem Überfluß und von Egalitarismus, kann die Frauen wirklich befreien.

7. Wir ehren die 600000 Soldaten der Roten Armee, die für die Befreiung Polens von den Nazis gefallen sind. Doch heute haben die Kräfte der kapitalistischen Restauration das Anwachsen des bösartigen Antisemitismus angeheizt, von den Skinhead-Nazis in Deutschland über das Pack der KPN [Konföderation für ein Unabhängiges Polen] hier bis zu den großrussischen Chauvinisten von Pamjat. Für Arbeitereinheitsfronten, um die Faschisten zu zerschlagen! Arbeiter in Polen: Zerschlagt die chauvinistischen Angriffe auf Juden, Ukrainer, Roma und Homosexuelle! Ehrt die heldenhaften Kämpfer des Warschauer Gettoaufstands von 1943! Verteidigt Linke und ehemalige Mitglieder der PVAP [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei] gegen die antikommunistische Hexenjagd! Für Klassenkampf gegen die Versuche, soziale Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft abzu-



Heldenhafte jüdische Kämpfer des Warschauer Getto-Aufstands 1943 werden von den Nazis zu ihrer Hinrichtung geführt. Polnische Arbeiter im Kampf gegen die kapitalistische Restauration und deutsche Arbeiter müssen sich das internationalistische Vermächtnis des Aufstands zu eigen machen

Zydowski Instytut Historyczny

bauen: Für Fabrikbesetzungen und Streiks gegen Privatisierungen und Betriebsstillegungen!

8. Was in der DDR als eine politische Revolution begann, wurde zu einer kapitalistischen Konterrevolution. Diese Niederlage für die Arbeiterbewegung hat den Appetit des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus auf einen erneuten „Drang nach Osten" angeregt. Unsere Genossen von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpften als einzige gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und bekämpfen heute den antipolnischen und gegen Immigranten gerichteten Chauvinismus, ein wesentlicher Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution. Polnische Kommunisten müssen unerbittlich gegen den pilsudskistischen Nationalismus kämpfen, der die Arbeiter dem Diktat des IWF unterwirft und gleichzeitig antirussischen und antideutschen Chauvinismus herauswürgt. Nur proletarischer Internationalismus bietet einen Weg vorwärts - Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

9. Dadurch, daß die Reformisten und Zentristen das Prinzip der Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen die Konterrevolution aufgeben, helfen sie, die Arbeitermassen mit dem Gift des Nationalchauvinismus zu verseuchen. So haben solche Organisationen wie das VS, die Morenoisten und Workers Power die polnischen Nationalisten von Solidarnosc unterstützt. Gleichzeitig sind sie in Deutschland solchen Gruppen hinterhergekrochen wie der PDS, der SPD und/oder der Vereinigten Linken, die die revanchistische kapitalistische Wiedervereinigung unterstützten. Die Pseudotrotzkisten passen sich den gegensätzlichen Interessen der unterschiedlichen nationalen Bourgeoisien an und sind damit ein Hindernis für den Aufbau einer internationalen Avantgardepartei.

10. Polnische Trotzkisten müssen danach streben, die besten Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung Wiederaufleben zu lassen, die im Kampf gegen den Nationalchauvinismus geschmiedet wurden. Dies wird veranschaulicht durch Rosa Luxemburg, eine polnische jüdische Kommunistin und Führerin des revolutionären deutschen Proletariats. Stalin verleumdete Luxemburg wegen ihres Internationalismus; der polnischen KP traute er niemals, und schließlich liquidierte er diese Partei, die als erste den Genossen Trotzki verteidigt hat, indem sie 1923 darauf bestand, daß „der Name des Genossen Trotzki unlöslich verbunden ist mit dem Sieg der sowjetischen Revolution, mit der Roten Armee, mit dem Kommunismus".

11. In ekelerregender Weise peitschen heute Walesa und Jaruzelski polnischen Nationalismus hoch und feiern die Niederlage der Roten Armee vor Warschau 1920. Wir dagegen bekräftigen die Politik der frühen polnischen KP, die nicht nur die Russische Revolution verteidigte, sondern auch erkannte, daß das polnische Proletariat eine Brücke dazu war, die Revolution nach Westen auszuweiten, an die Grenze von Deutschland mit seinem mächtigen Proletariat. Die spätere Niederlage der deutschen Revolution von 1923 war ein bedeutender Impuls zur Konsolidierung der stalinistischen Bürokratie mit ihrer falschen Ideologie vom „Sozialismus in einem Land".

12. Die RML stimmt mit der Position der iST zu Afghanistan überein, die Intervention der Roten Armee zu begrüßen; diese stellte die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker und besonders auf die unterdrückten Frauen Afghanistans auf die Tagesordnung. Gorbatschows Rückzug war ein Ausverkauf und ermutigte die Imperialisten außerordentlich bei ihrem Feldzug, den sowjetischen Arbeiterstaat zu stürzen. Wir lehnen die antisowjetische Forderung nach dem Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus Osteuropa ab, die von Pseudolinken erhoben wird - die sowjetischen Truppen haben die erste Verteidigungslinie der Arbeiterstaaten gegen den NATO-Imperialismus dargestellt. Aus den Reihen der sowjetischen Soldaten und Offiziere werden viele Kämpfer für den Trotzkismus kommen.

13. Die Genossen der RML konstituieren sich als die Spartakusowska Grupa Polski (SGP). Die SGP und die IKL freuen sich auf eine baldige Fusion, durch die die SGP Teil einer demokratisch-zentralistischen Internationale wird. In der Zwischenzeit werden sich beide Parteien dieses Abkommens bei Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse in bezug auf Polen beraten.

14. Die SGP muß systematisch ein öffentliches Gesicht entwickeln, Kader rekrutieren und mit IKL-Propaganda in die verschiedenen Kämpfe und Bewegungen intervenieren. Eine leninistisch-trotzkistische Partei in Polen wird von oben aufgebaut werden, durch Spaltungen von und Fusionen mit vorgeblich revolutionären Organisationen. Kader können aus den linken Stalinisten sowie vorgeblichen Trotzkisten gewonnen werden.

15. Die IKL wird den Genossen in Polen dabei helfen, ein systematisches Schulungsprogramm zu entwickeln, um sie besser vertraut zu machen mit den jeweiligen Positionen der IKL-Sektionen zu den verschiedenen Problemen und Ereignissen in der Welt. Die volle politische Integration wird verstärkt werden durch Reisen und gegenseitige Besuche bei anderen IKL-Sektionen. Insbesondere ist vorgesehen, daß die Genossen aus Polen sich an der Wahlkampagne der SpAD beteiligen und dabei helfen, Wahlmaterial und grundlegende IKL-Dokumente ins Polnische zu übersetzen. Die Gründung einer IKL-Gruppe in Polen stellt einen wirklichen Schritt vorwärts dar für unsere Fähigkeit, dem osteuropäischen und dem sowjetischen Proletariat das Programm des Trotzkismus zu bringen.

20. Oktober 1990

Die „KPD" als Handlanger der antikommunistischen Hexenjagd gegen die PDS

Mit der Erklärung der Zentrale der KPD, in der sie sich als Rechtsnachfolger der 1946 in die SED eingegangenen KPD bezeichnet und als solche ihre Hände nach dem Vermögen der PDS ausstreckt, macht sie sich zum aktiven Teilnehmer der antikommunistischen Hexenjagd gegen die PDS. Die Forderungen nach Rückgabe des Karl-Liebknecht-Hauses, anderer Immobilien und finanzieller Mittel der damaligen KPD s'ind nur ein weiteres Zeichen .dafür, daß sich die sogenannte KPD immer weiter von den Zielen als Bewahrer der kommunistischen Ideale der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten KPD von 1918/19 entfernt. Sie geht sogar so weit, daß sie zur Wahrung ihrer „Ansprüche" die Gerichtsbarkeit des bürgerlichen Staates als legitimes Mittel beansprucht.

Als Mitglied der wiedergegründeten „KPD" muß ich diese Verfahrensweise auf das entschiedenste verurteilen. Für wirkliche Kommunisten kann in dieser Partei kein Platz mehr sein.

Merseburg, den 7. November 1990
Sven B., Mitglied der KPD-Ortsgruppe Merseburg

An die Mitglieder der KPD

Berlin, 12. November 1990

Während die feige reformistische PDS-Führung, die ihre eigenen Genossen Pohl, Langnitschke und Kaufmann verrät und vor der Enteignungskampagne des bürgerlichen Staats auf den Knien rutscht, hat sich die Kapitalgeile Partei Deutschlands an die Justiz des Vierten Reichs gewandt und ihre Mitarbeit bei der Zerschlagung der PDS angeboten. Damit habe.n sie sich auf die Seite des Klassenfeindes, der antikommunistischen Hexenjäger von SPD bis DSU, gestellt. Diese Silberlinge werden der Untergang der „K"PD sein!

Die SpAD hatte in ihrem Offenen Brief am 12. Juli alle linken Organisationen aufgerufen, sich gemeinsam zu weigern, dem Parteienteignungsgesetz Folge zu leisten. Die „K"PD lehnte ab, denn sie wollte und will sich über die Wahlkampfkostenerstattung vom bürgerlichen Staat finanzieren lassen. Die Korrupte Partei Deutschlands ist nicht nur kein Platz für Kommunisten, sondern auch nicht für anständige Menschen.

Politisch ist die mit den antisowjetischen Maoisten kokettierende „K"PD schon seit längerem eine Partei von Wendehälsen: bereits zur Volkskammerwahl im März 1990 konnte sie sich zu keiner klaren Stellungnahme gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR durchringen. Kürzlich lieferte sie die „Entschuldigung" dafür und erklärte, daß der deformierte Arbeiterstaat DDR ein „modifizierter Kapitalismus" gewesen sei. Die Distanzierung von den Errungenschaften der früheren DDR bedeutet die Unterwerfung unter das Vierte Reich des deutschen Imperialismus und dessen Drang nach Osten (umbenannt in „gerechte Verteilung des globalen Reichtums" und „Initiative Deutschlands" für „die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems" im Thesenentwurf zum ersten Parteitag der „K"PD), ein Ausdruck ihrer Weigerung, "die Sowjetunion zu verteidigen.

Nur die Trotzkisten der Spartakist-Arbeiterpartei/IKL standen ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen kapitalistische Restauration. Jetzt kandidiert die SpAD zu den Bundestagswahlen „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!" Dies ist die Perspektive für Kommunisten.«

Klassenkampf-Wahlkampf-Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Torgelow

Freitag, 23. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus (Volkshaus)
Telefon: Torgelow 2663 (Di/Do 17.00 bis 20.00 Uhr)

Halle

Sonnabend, 24. November, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, Raum 717, Leninallee 70
Telefon: Halle 2 90 55

Bernburg

Montag, 26. November, 19.00 Uhr
Jugendklub Zepziger Weg
Heinrich-Rau-Straße 11

Berlin

Mittwoch, 28. November, 19.30 Uhr
Humboldt-Universität, Hörsaal 1070, Unter den Linden 6, Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Hamburg

Mittwoch, 28. November, 19.00 Uhr
Verteidigt eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!
Haus 3, Hospitalstr. 107 (Erdgeschoß, neben Cafe)
Telefon: Hamburg 32 36 44

Merseburg

Mittwoch, 28. November, 18.00 Uhr
Haus der Parteien und Organisationen
Raum 102, Domplatz 2

Rostock

Freitag, 30. November, 19.00 Uhr
Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/ Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!
Telefon: Torgelow 2663 (Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr) oder Hamburg 323644

Verteidigt die Antifaschisten!

Halle

Nachfolgend veröffentlichen wir einen Protestbrief von Reinhard Hartwig, Bundestagskandidat der SpAD.

Wir verlangen die sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen die Organisatoren der Protestdemonstration am *2.* November gegen Nazi/Skinhead-Überfälle in Halle. An der antifaschistischen Kundgebung, die auf dem Marktplatz abgehalten wurde, nahmen mehr als 1000 Menschen teil, mit Delegationen aus Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main und Berlin sowie aus Halle und Merseburg. Die Einheitsfront-Demonstration wurde ordentlich, diszipliniert und demokratisch durchgeführt und brachte ein breites Spektrum von Organisationen und Meinungen zusammen. Vereint waren die Teilnehmer durch ihre Empörung über den finsteren Aufstieg rassistischer Überfälle und faschistischen Terrors in Ostdeutschland.



Spartakist

Michael Scharsig, Bundestagskandidat in Sachsen

Die Nazis/Skinheads sind rassistische Terroristen und Mörder. Wenn die Arbeiterbewegung die Nazis gestoppt hätte, als sie noch klein waren, hätte es kein Drittes Reich und keinen Holocaust gegeben.

Vermutlich im Zusammenhang mit der Beschädigung eines berüchtigten Nazi/Skinhead-Treffpunkts in Halle-Neustadt am Abend des 2. November wurde gegen die Organisatoren des antifaschistischen Protests Anzeige erstattet. Außerdem wird jetzt ein von Autonomen besetztes Haus in Halle von der Polizei observiert. *Express* zitiert dazu genüßlich einen Polizei-Sprecher, der auf einen Magistrats-Beschluß drängt, das Haus zu räumen. Inzwischen haben in Berlin am 12. November Polizei-Hundertschaften ganze Stadtviertel überfallen, um besetzte Häuser zu räumen. Die SpAD fordert: Keine Räumung der besetzten Häuser!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und das Komitee für soziale Verteidigung haben alle Antifaschisten aufgerufen, mit uns zu verlangen: *Weg mit allen Anklagen, Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen die Antifaschisten von Halle!*

Bestellt und verteilt das Spartakist-Wahlprogramm!
Jetzt auch auf Türkisch, Polnisch und Portugiesisch!

Abonniert Spartakist!

Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,-
Das Abo enthält Spartacist (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „Marktsozialismus" in Osteuropa

Bestellt bei den Kontaktadressen oder überweist an die SpAD-Konten

Moabit

Drei Tage nach dem Anschluß erhielten Renate Dahlhaus und Michael Philippsen Strafbefehle, weil sie eine antifaschistische Veranstaltung in einem Restaurant in Berlin-Moabit gegen einen hinterhältigen Angriff der Republikaner am 14. Januar 1989 verteidigt hatten. Der Angriff fand mitten in der rassistischen, von Einschüchterung, Provokationen und offener Gewalt gekennzeichneten „Wahlkampagne der Republikaner statt. Die Anklagen basieren auf der Aussage vom Spitzenkandidaten der Republikaner, dem notorischen Carsten Pagel, Anführer des Angriffes gegen die Besucher des Restaurants.

Anfänglich wurde gegen acht *Opfer* der Republikanerattacke ermittelt, mittlerweile wurde gegen sechs die Anklage fallengelassen. Jetzt sind aber Michael Philippsen wegen „Körperverletzung" und Renate Dahinaus dafür angeklagt worden, sich gegen den bewaffneten faschistischen Angriff verteidigt und die Faschisten „mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt zu haben".

Es ist kein Zufall, daß Renate Dahlhaus, Kandidat der Spartakist-Arbeiterpartei bei der Bundestagswahl und Sprecherin auf der antifaschistischen Massendemonstration in Treptow im Januar, Ziel von faschistischen Angriffen und staatlicher Repression wird. Die SpAD steht zusammen mit ihrer Schwesterorganisalion, dem Komitee für soziale Verteidigung, in vorderster Front bei der Verteidigung von eingewanderten Arbeitern gegen rassistische Angriffe und in Opposition gegen die Hexenjagd auf die PDS und andere Linke.

Das Komitee „Verteidigt die Antifaschisten von Moabit" hat bisher über 200 Unterschriften von Gewerkschaftern, Immigrantengruppen und anderen Antifaschisten erhalten für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten. Die Anwälte von Philippsen und Dahlhaus haben Einspruch erhoben, so daß eine erneute Gerichtsverhandlung zu erwarten ist.

Mobilisiert Unterstützung bei euren Freunden, Kollegen und in euren Organisationen. Fordert die sofortige Aufhebung der Strafbefehle! Alle Anklagen gegen die Antifaschisten müssen fallengelassen werden! Schreibt an Richter G. Schultz, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21. Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, <BLZ) 200 400 00, Konto-Nr.: 13 48 267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 2286, 2000 Hamburg 11.«

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 0655, 1000 Berlin 51
Telefon: (030)4927866

Greifswald
Spartakist, Postfach 24HPA
Greifswald 2200

Halle
SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Leipzig
U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Hamburg
SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 110231
2000 Hamburg 11
Telefon: (040)323644

Rostock
SpAD, HPA Rostock
Postlagernd 01
Rostock 2500

Torgelow
SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 2663

SPARTAKIST

Spartakist-Gruppe Polens gegründet

Wir sind stolz darauf, das Übereinkommen für gemeinsame Arbeit zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga und unseren Genossen der neugegründeten Spartakusowska Grupa Polski abdrucken zu können (siehe Seite 4). Die Kämpfer der SGP schließen sich der IKL an, nachdem sie infolge von mehrjährigen Bemühungen, das authentisch kommunistische Programm wiederzuentdecken, zum revolutionären Trotzkismus gestoßen sind. Unter ihren Kadern sind einige, die durch die Ereignisse in Polen 1980/81 politisiert wurden, aber vom reaktionären Klerikalismus der Solidarnosc abgestoßen wurden. Sie gehören zu den Gründern der Ruch Mlodej Lewicy (RML — Bewegung der Jungen Linken), ursprünglich eine ziemlich heterogene Gruppierung, die versuchte, innerhalb der Jugendorganisation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP — die ehemalige herrschende stalinistische Partei) als linker Flügel zu funktionieren. Indem sie den Weg zum proletarischen Internationalismus suchten, kamen unsere neuen polnischen Genossen in Konflikt mit der stalinistischen, nationalistischen Perversion des Marxismus und mit der zutiefst nationalistischen Linken, die Solidarnosc unterstützt. Sie wurden 1988 von einer Maidemonstration ausgeschlossen, weil sie Transparente trugen, die Lenin, Luxemburg und Liebknecht ehrten, die revolutionären Führer der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter. Als sie zunehmend vom Trotzkismus angezogen wurden, haben sie wesentlich dazu beigetragen, daß Schlüsselwerke von Trotzki wie *Die verratene Revolution* in die polnische Sprache übersetzt wurden.

Somit waren die Genossen, die jetzt die SGP bilden, zu der Zeit, als sie in diesem Sommer das erste Mal mit Literatur der IKL in Berührung kamen, durch ihre eigenen Erfahrungen und Kämpfe in einigen Schlüsselfragen zu ähnlichen politischen Stoßrichtungen gelangt. Aber es war notwendig, eine scharfe politische Linie zu ziehen gegenüber den Pro-Solidarnosc-Gruppen wie den Mandelianern und den Morenoisten, die sich als Trotzkisten maskieren.

Für die IKL bedeutet dieses Übereinkommen ein erfreuliches Ergebnis unserer fortgesetzten Propaganda-Intervention von außerhalb in die Ereignisse in Polen. Es ist auch eine bescheidene Bestätigung unseres Beharrens, die historische revolutionäre Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats wieder mit Leben zu erfüllen.

Die Anfänge der politischen Revolution in der DDR vor einem Jahr erlaubten uns das erste Mal, polnische Arbeiter mit trotzkistischer Propaganda in ihrer eigenen Sprache zu erreichen. „Internationalistische Grüße an unsere polnischen Genossen" (Dezember 1989) von der SpAD, die mit der Hilfe einer polnischsprechenden Sympathisantin in London produziert wurden, sind unter den Tausenden polnischer Arbeiter in der DDR breit verteilt worden. Außerdem wurde ein „Brief an die polnischen Arbeiter" (Mai 1990) von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands in Polen selbst verteilt, an die kämpferischen Eisenbahner in Szczecin wie auch auf dem Warschauer Kongreß des Gewerkschaftsbundes OPZZ. Dieser Brief, der die trotzkistische Perspektive des proletarischen Internationalismus dem ausufernden großdeutschen Chauvinismus und dem Nationalismus der Solidarnosc entgegenstellt, gelangte in die Hände der RML.

Vor neun Jahren stach unsere Forderung „Stoppt die Konterrevolution der Solidarnosc!" hervor als Konkretisierung des Beharrens der Trotzkisten, daß die UdSSR und die deformierten Arbeiterstaaten gegen die Restauration des Kapitalismus verteidigt werden müssen. Diverse Opportunisten höhnten, daß solch ein prinzipienfester Standpunkt keine Unterstützung innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung finden würde. Daher ist die revolutionäre Umgruppierung in Polen besonders befriedigend. Der Anschluß der polnischen Genossen an die IKL wie auch die Zusammenschlüsse mit neuen Kräften in Kanada und Mexiko zeugen von der Macht des leninistischen Programms, im internationalen Rahmen subjektive Kommunisten umzugruppieren. Vorwärts zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale!»

Panorama



Columbia University Press



Ksiazka i Wiedza



Polens revolutionäre kommunistische Tradition: Rosa Luxemburg und die „Drei W" - Adolf Warski, Henryk Walecki und Wera Kostrzewa, der Führungskern der frühen polnischen Kommunistischen Partei

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ C 1664 F

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 81 11. DEZEMBER 1990 10 Pfennig

Nach Kohls Sieg bei Reichstagswahl

Harter Klassenkampf steht bevor

Die Christdemokraten, geführt von ihrem *Reichskanzler für Großdeutschland,* schwammen auf der Welle der kapitalistischen Wiedervereinigung. Nachdem sie den Anschluß der ehemaligen DDR durchgepeitscht hatten, ernteten sie bei den Wahlen am 2. Dezember die Früchte. Die Sozialdemokraten unter Lafontaine, als zu wenig deutschnational angesehen, fanden heraus, daß ihr Programm von Steuererhöhungen und Hexenjagden an den Wahlurnen nicht zog. Die Grünen im Westen, die gemütlich in ihre Bundestagssessel hineingewachsen waren, wurden vor die Tür gesetzt.

Jetzt, wo das Wahltheater der Bourgeoisie vorbei ist, werden sie verlangen, daß die Werktätigen die Zeche zahlen. Jetzt kommen drastische Mieterhöhungen und Massenentlassungen, Immigranten werden abgeschoben, Frauen werden zurück an Heim und Herd-geschickt, Faschisten wüten auf den Straßen. Aber während die da oben feiern und den Tod des Kommunismus verkünden, sind die unten an der Basis sauer. „Es rumpelt in den Betrieben", warnte *Der Spiegel* (26. Oktober). In der folgenden Woche fügte er hinzu: „da ist mächtig Druck im Topf, er stellte fest, daß der „soziale Friede" in Gefahr ist, und fragte besorgt, ob eine Streikwelle droht.

Und tatsächlich, in den Betrieben wächst die Arbeiterwut. Das hat der solide Reichsbahnerstreik gezeigt, und auch die Urabstimmung der Reichsbahner, als sie vergebens gegen den Ausverkauf der SPD-Bürokraten stimmten. Das haben Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei erlebt, als Arbeiter hei den Buna- und Leunawerken das Klassenkampf-Wahlprogramm der SpAD für „Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich" bei einer Protestversammlung gegen Entlassungen begeistert aufgriffen. Bei der Bevölkerung der ehemaligen DDR wächst das Gefühl, vergewaltigt zu sein.

Die Bourgeoisie will, daß vom ehemaligen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat absolut nichts bleibt (nicht einmal rechts abbiegen bei Rotlicht). Aber die Werktätigen, im Weste-n wie im Osten, wollen und müssen ihre sozialen Errungenschaften, Arbeitsplätze und ihre Wohnungen verteidigen. Dafür brauchen sie vor allem eine klassenkämpferische Führung. Und gerade das bieten die Trotzkisten der SpAD an, die gegen den Stalinismus gekämpft haben, nicht um die DDR an die Westbosse zu verschenken, sondern um ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa zu erkämpfen.

Die CDU nahm den Faschisten dadurch den Wind aus den Segeln, daß sie selber den konterrevolutionären Drang nach Osten anführte. Aber Nazi/Skinhead-Angriffe nehmen zu - die Faschisten müssen auf den Straßen durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse gestoppt werden. Die SPD leistete Überstunden, um den Arbeiterwiderstand gegen die verheerenden Konsequenzen der kapitalistischen Restauration östlich der Elbe zu ersticken, während sie eine rassistische Hexenjagd gegen Roma und andere Asylsuchende im Westen betrieb. Und treu ihrem Erbe agierten die Sozialdemokraten als Bluthunde für die Hexenjagd gegen die PDS. In Berlin bestand die „Wahlkampagne" von Momper/Pätzold darin, einen Blitzkrieg der Bullen gegen Hausbesetzer zu führen (die AL trat zwei Wochen vor den Wahlen aus Mompers Regierung aus, weil der Polizeiterror „überzogen" war und keiner sie gefragt hatte).

Fortgesetzt auf Seite 2



Spartakist

Spartakist-Block bei der Demonstration für volles Wahlrecht für Immigranten am 1. Dezember in Berlin

Reichstagswahl...

Fortsetzung von Seite 1

Es gibt keinen Platz für eine zweite SPD im Vierten Reich, auch wenn sich die PDS verzweifelt darum bemüht, indem sie der Bourgeoisie von Auschwitz zuerst die DDR auslieferte und dann ihre Parteikasse und ihre Schatzmeister. (Als die SpAD das in ihrem Radio-Wahlspot sagte, drehte der Berliner Rundfunk durch und weigerte sich, dies zu senden.) Die Antwort der PDS zum Reichsbahnerstreik war „Rationalisierung" ja, aber auf „halbwegs verträgliche" Weise im Stile der BRD. Trotz faschistischer Angriffe auf ihre Veranstaltungen rief die PDS zur „Diskussion" mit diesen rassistischen Mördern auf! Ungeachtet der wiederholten Ausverkäufe von Gysi geht die Hexenjagd gegen die PDS erbarmungslos weiter. Die SpAD rief von Anfang an zu Einheitsfrontaktionen gegen das Parteien-Enteignungsgesetz auf und forderte die Freilassung von Pohl und Langnitschke.

Als Teil der Klassenkampf-Wahlkampagne organisierte die SpAD einen Einheitsfront-Protest in Berlin gegen das Einreiseverbot für jüdische Immigranten und kämpfte für eine Einheitsfront-Demonstration gegen faschistische Überfälle in Halle. Es ist unser Ziel, in Lenins Worten, „Volkstribun" zu sein und gegen alle Formen von Unterdrückung zu kämpfen. Sechs Millionen Immigranten waren nicht wahlberechtigt; als einzige erhoben wir die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle Immigranten, wozu auch das volle Wahlrecht gehört. Unser Wahlprogramm verteilten wir auf Türkisch, Portugiesisch und Polnisch, unsere Kandidaten waren eingeladen, auf Veranstaltungen von türkischen und kurdischen Linken zu sprechen, und wir verkauften Hunderte von Exemplaren des russischsprachigen *Spartacist Bulletin* an sowjetische Soldaten.

Wir kämpften für gemeinsame Arbeiterkämpfe im Osten und im Westen, verteilten unser Flugblatt für einen gemeinsamen Bundesbahn/Reichsbahnstreik. In Hamburg, wo den Bossen ihre Profite wichtiger waren als die dringend benötigte Verladung von Kartoffeln in die Sowjetunion, gab der SpAD-Kandidat Herbert Peveling eine Erklärung heraus, die seine Kollegen vom Hafen dazu aufrief: „Verladet die Kartoffeln nach Leningrad, danach Streik".

Was die Gruppen links von der PDS angeht, so war die „Vereinigte" Linke gespalten: einige sprangen auf Gysis fahrenden Zug, andere gingen mit den antikommunistischen Grünen. Die KPD in Sachsen führte eine Kampagne mit der Losung: „Wer nicht kämpft, kann nicht verlieren" - passend für diesen Laden, der sich der antikommunistischen Hexenjagd angeschlossen hat und um einen Anteil des PDS-Vermögens „kämpft". Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht hat entschieden, daß die PDS jetzt garantiert sozialdemokratisch ist, und gab ihr Wahlunterstützung, während sie innerhalb der Partei in Gysi-Sprache dazu aufruft, sie zu „erneuern"; und wo die PDS nicht kandidierte, unterstützten sie die SPD. Der dubiose BSA rief ebenfalls zur Stimmabgabe für die sozialdemokratischen Hexenjäger auf, während er Provokationen gegen die SpAD richtete.

Die SpAD stellte Kandidaten in Berlin, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hamburg-Altona auf und erhielt 1717 Stimmen für den harten kommunistischen Pol von unversöhnlicher Klassenopposition gegen das Vierte Reich. Auf unseren Wahlspot, der bundesweit im Fernsehen und Radio übertragen wurde, erhielten wir viele Anfragen und Unterstützungsbriefe. Eine Reihe von Unterstützern wurden durch die Arbeit für unsere Kampagne Mitglied unserer Partei, und wir erreichten wichtige neue Kontakte unter Immigranten, Arbeitern und jungen Linken.

Die Konsolidierung dieser Unterstützung wird einen wichtigen Schritt zum Aufbau und zur Ausweitung der Spartakist-Arbeiterpartei als deutscher Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) darstellen und damit die leninistisch-trotzkistische Führung für die harten Klassenkämpfe vorbereiten, die vor uns liegen. Beim Zusammenbruch des Stalinismus - mitsamt seiner Lüge, den Sozialismus in einem Land aufzubauen - geht der Kampf für den echten, internationalistischen Kommunismus weiter voran. Trotz alledem, wie Liebknecht sagte. •

Zensoren wollen nichts von Auschwitz hören

Im Radio-Wahlspot der Spartakisten gab es ein Wort, das die Bosse des Berliner Rundfunks absolut nicht senden wollten: Auschwitz. Sie behaupteten, daß der Satz: „Gorbatschow und die PDS haben die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt", eine „Verleumdung" darstellt. Diese eifrigen Wendehälse waren so besorgt um die deutsche herrschende Klasse, daß sie sich zu politischen Zensoren aufschwangen und sich weigerten, unseren Wahlspot auszustrahlen (während rassistischer Nazi-Dreck dauernd aus dem Radio plärrte). Statt dessen sendeten sie eine Version, bei der das Wort „Auschwitz" durch einen Piepton ersetzt wurde!

Renate Dahinaus, SpAD-Kandidatin zur Bundestagswahl, erklärte dazu in einer Stellungnahme vom 20. November: „Es ist ein Angriff auf alle diejenigen, die die katastrophalen Auswirkungen eines Vierten Reichs bekämpfen wollen." Die Erklärung listete eine Reihe prominenter Politiker auf wie Globke, Carstens und Schleyer, deren Karriere im Dritten Reich begann, einschließlich Fritz Karl Ries, politischer Ziehvater von Kanzler Kohl.

Am 26. November entschied das Verwaltungsgericht Berlin, daß der Radiosender den vollständigen Wahlspot der SpAD senden muß. Berichte darüber erschienen u. a. in *Süddeutsche Zeitung, taz* und *Liberation* (aber bei *Neues Deutschland* war man nicht interessiert). Da der Berliner Rundfunk danach immer noch die Ausstrahlung verweigerte, hat die SpAD gefordert, daß der Spot unzensiert zusammen mit einer Erklärung gesendet wird.«

Spartakist-Veranstaltungen
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Ruhrgebiet
15. Dezember, 14.00 Uhr, Cafe Kulturforum, Dreiringstr. 7, Raum 1, 4300 Essen 14 (Steele)

Hamburg
16. Dezember, 14.00 Uhr, Curio-Haus, Konferenzraum 2, Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13

Berlin
16. Dezember, 1530 Uhr, Linkstreff, Weddingstr. 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Tel: Berlin (030) 4927866 Halle 29055 Hamburg (040) 323644

Aufruf der Spartakist-Arbeiterpartei

Ehrt Lenin, Liebknecht, Luxemburg!

Am Sonntag, den 13. Januar 1991 gibt es um 10 Uhr an der Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde eine Demonstration zu Ehren der revolutionären Arbeiterführer Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 in Berlin von Noske-Offizieren ermordet, Lenin starb am 21. Januar 1924 in Gorki. Anknüpfend an die frühe kommunistische Tradition werden wir Spartakisten den "Drei L" unsere Achtung erweisen.

Für weitere Informationen: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 510655, 1000 Berlin 51 Westberlin 4927866

Stoppt die antikommunistische Hexenjagd!

Viertes Reich: Blutige Hände weg von Honecker!

Sie wollen den 78jährigen Erich Honecker aus seinem Krankenbett in einem sowjetischen Militärhospital rausholen und ihn wieder ins Gefängnis von Moabit werfen, wo er bereits vor 55 Jahren von den Nazis eingeliefert worden war. Es war kein Zufall, daß der -Haftbefehl am Vorabend der großdeutschen Wahl kam. Die deutsche Bourgeoisie will Rache für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland. Deshalb die SPD-geführte Hexenjagd gegen die SED/PDS, bei der die gegenwärtige PDS-Führung sogar noch mitgeholfen hat.

Genau am Tag des Haftbefehls gegen Honecker hat der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs den Nazikriegsverbrecher Graf von Korff freigesprochen, der als SS-Kommandant in dem von den Nazis besetzten Frankreich persönlich dafür verantwortlich war, daß Juden nach Auschwitz deportiert wurden.

Der Vorwand für den Haftbefehl ist seine Unterschrift unter den Schießbefehl gegen Grenzverletzer nach dem Bau uer Berliner Mauer 1961. Natürlich gab es keinen Haftbefehl gegen Pätzold, als er den Bundesgrenzschutz in Blitzkriegmanier mit scharfer Munition in die Mainzer Straße schickte. Sie wollen einen Schauprozeß mit Erich Honecker veranstalten, weil er an der Spitze der DDR stand und weil er ein Stalinist ohne Reue ist, ein harter Fall, der ein hartes Regime führte (aber bei weitem nicht das schlimmste in Osteuropa).

Dies ist nur ihr jüngster Vorwand. Vorher wollten die Liquidatoren der DDR Honecker wegen „Mißbrauchs des sozialistischen Eigentums" den Prozeß machen. Verglichen mit den 3000 Paar Schuhen von Frau Marcos auf den Philippinen hieß es im Volksmund, daß Margot Honecker sieben Schuhe hatte, von denen zwei zusammenpaßten.

Die Mauer war in erster Linie eine ökonomische Maßnahme, wenn auch bürokratisch, um die DDR gegen eine westdeutsche Destabilisierungskampagne zu verteidigen, die auf den Zusammenbruch des ökonomisch schwächeren ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats abzielte, indem die Fachkräfte weggelockt wurden. Aber mit ihrer stalinistischen Bunkermentalität dachten Ulbricht und Honecker, daß sie ihren „Sozialismus" verteidigen könnten, wenn sie eine Mauer herum bauten und auf einige schössen, die versuchten, sie zu überqueren. Wir Trotzkisten kämpften für eine *revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und proletarische politische Revolution, die im Osten die Stalinisten wegfegt. Nur eine revolutionäre Arbeiterregierung hätte die Autorität, über Honecker, Mielke und Tisch für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse zu richten.

Und was die „Justiz" der BRD angeht, mit ihren drakonischen „antiterroristischen" Polizeistaatsgesetzen - was passierte mit den RAF-Mitgliedern, die „unter mysteriösen Umständen" in den Isolationsfolterzellen von Stammheim starben, gebaut vom Sozialdemokraten Schmidt? Die Anschläge der RAF waren vom marxistischen Standpunkt aus nutzlos, doch sie richteten sich gegen den Imperialismus und waren keine Verbrechen gegen die Arbeiterklasse. Zur Bourgeoisie von Auschwitz sagen wir: Laßt eure blutigen Hände weg von Honecker! Hände weg von Markus Wolf! Freiheit für Pohl, Langnitschke und Kaufmann! Freiheit für die RAF und alle linken politischen Gefangenen!«

Reichsbahner...

Fortsetzung von Seite 4

Jetzt stehen wieder Tarifverhandlungen der ÖTV an, und in Duisburg gingen 30000 Stahlarbeiter auf die Straße, um Lohnerhöhungen durchzusetzen und ihre Kampfbereitschaft zu zeigen. Wenn die Eisenbahnarbeiter jetzt ihre Macht zeigen, wird das enorme Auswirkungen auf alle Arbeiter in Ost und West haben. Die Bosse fürchten, daß es zu Klassenkampf im Osten kommt, bevor sie ihren unterdrückerischen und streikbrecherischen Staatsapparat konsolidiert haben. Um jeden Widerstand zu ersticken, haben sie unter Führung der SPD ihre antikommunistische Hexenjagd und Enteignungskampagne gegen die PDS und die Gewerkschaften im Osten entfacht. Ein nationaler Eisenbahnerstreik, besonders wenn er auf den Westen ausgeweitet wird, zeigt *allen* Arbeitern, daß sie die Macht haben, die verheerenden Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung zurückzuschlagen.

Kurz vor den Bundestagswahlen ist der Streik eine *politische Konfrontation,* der die Frage stellt, wer herrscht: die Bosse, die die Arbeiter im Westen für die Zerstörung und Ausplünderung der Arbeiter des Ostens zahlen lassen wollen, oder die Arbeiterklasse. Ein nationaler Eisenbahnerstreik könnte sehr schnell zu einem Generalstreik führen. Der polnische Eisenbahnerstreik im Frühjahr zeigte die Kampfentschlossenheit der Arbeiter. Aber Vorsicht: Ihr Streik ist von Lech Walesa sabotiert worden. Die Ausverkaufskünstler der SPD/DGB-Führung werden ihre leeren Versprechungen vervielfachen, mit denen sie die Entlassungen nur verteilen wollen. Und die PDS wartet nur darauf, wie beim Bergarbeiterstreik in Rottleberode ihre sozialdemokratischen „Vermittlungskünste" einsetzen zu dürfen. Wir sagen: 50 bis 60 Prozent sind nicht genug! *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit jetzt, im Osten wie im Westen! Keine Entlassungen - kein Mann und keine Frau dürfen ihren Arbeitsplatz verlieren!*

Bei U- und S-Bahn arbeiten viele vietnamesische, polnische und türkische Kollegen. Sie sind als erste von Entlassungen bedroht, zusammen mit den Frauen, die zurück an Heim und Herd geschickt werden. Gleichzeitig verbreiten Skinhead/Nazi-Banden ihren mörderischen Terror auf den Straßen und in den Zügen. Wir müssen Selbstverteidigungsgruppen organisieren, die die U- und S-Bahnen sicher für alle machen, besonders für Immigranten. Kein Zutritt für das braune Pack, weg mit den Republikaner-Plakaten aus den U-Bahnhöfen! Für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Als die SPD-Bluthunde Momper/Pätzold in Berlin Polizei und Grenzschutztruppen zum Bürgerkrieg gegen Hausbesetzer auffuhren, war dies eine Demonstration des Staatsterrors gegen *jeden* Widerstand. Morgen sind sie bereit, ihre Waffen gegen streikende Eisenbahner zu benutzen. Über 20000 Wohnungen stehen im Ostteil Berlins leer, aber junge Leute kriegen keine Wohnung. Ab I.Januar übernehmen dann die Mietspekulanten die Häuser und verlangen Wucherpreise. Gerade jetzt kann ein machtvoller Streik der Eisenbahner ein Brennpunkt für die. Hoffnung der Jugendlichen und Arbeitslosen auf eine bessere Zukunft werden.

Für Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen! Wir fordern alle klassenbewußten Arbeiter auf, schließt euch unserem Klassenkampf-Wahlkampf an. Die Bundestagskandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei erklären ihre volle Unterstützung im Kampf, diesen Streik zu gewinnen, und fordern alle Arbeiter auf, diesen entscheidenden Klassenkampf zu unterstützen!«

SPARTAKIST

Reichsbahner, Metaller, Postler, ÖTVler: Wir können gewinnen!

Entfesselt die Macht der Arbeiterklasse!

3. DEZEMBER - Bei der Urabstimmung am letzten Sonnabend hat die Mehrheit der Reichsbahner dem Versuch der Bürokraten, sie mit einem verrotteten Ausverkauf abzuspeisen, eine Abfuhr erteilt. Die Neinstimmen reichten nicht aus, um die undemokratische 75-Prozent-Hürde für eine Wiederaufnahme des Streiks zu überwinden, sie sind aber ein klarer Beweis für den Willen, den Kampf fortzusetzen. Ihr wirkungsvoller Streik, der auf breite Unterstützung stieß, war der bedeutendste Arbeitskampf in Deutschland seit 1984. Arbeiter der Bundesbahn im Hamburger Betriebswerk 2 legten zweimal in Solidarität mit den Reichsbahnern die Arbeit nieder. Zum ersten Mal seit dem Arbeiteraufstand gegen das stalinistische Regime 1953 spürten die ostdeutschen Arbeiter ihre soziale Macht. Sie sind verbittert, aber ungeschlagen an die Arbeit zurückgegangen, und sie haben wertvolle Erfahrungen gemacht für die kommenden Kämpfe gegen die katastrophalen Auswirkungen des kapitalistischen Anschlusses.

Gleichzeitig beginnen jetzt die Tarifverhandlungen für 150000 westdeutsche Stahlarbeiter und die 4,6 Millionen Arbeiter des öffentlichen Dienstes im Westen, darunter bei der Bundesbahn und der Post. Die IG Metall hat schon Warnstreiks im Ruhrgebiet und bei VW in Wolfsburg organisiert. Und jetzt droht die Deutsche Postgewerkschaft mit Warnstreiks noch vor Weihnachten. Massiver *Klassenkampf-Widerstand gegen das Vierte Reich, im Osten wie im Westen,* steht konkret auf der Tagesordnung.

Aber die Bundespost hat angekündigt, daß sie die Bundeswehr beim Transport der Weihnachtspakete und beim Ausbau des Telefonnetzes im Osten einsetzen will. Diese vorgeschlagene Militärintervention, angekündigt zu Beginn des Reichsbahnerstreiks, hat die GdED zu Recht als „Streikbruch" verurteilt. Die Arbeiterbewegung sollte jeden Versuch, die Armee als Streikbrecher bei Eisenbahn, Post oder anderswo einzusetzen, mit einem defensiven *Generalstreik* beantworten unter der Forderung: *Kein Bundeswehr-Einsatz!*

Jetzt ist die Zeit, die soziale Macht der Arbeiterbewegung zu entfesseln, aber das heißt, die klassenkollaborationistischen Fesseln der SPD/DGB-Bürokratie zu brechen. Die Spartakist-Arbeiterpartei hat die Mobilisierung von Unterstützung für den Reichsbahnerstreik und seine Ausweitung zu einem zentralen Punkt unseres Klassenkampf-Wahlkampfs gemacht. Am 25. November brachten wir folgendes Flugblatt heraus.

Drei Millionen Arbeitslose und „Kurzarbeiter" in Ostdeutschland knapp zwei Monate nach der „deutschen Einheit", und diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, kriegen nur ein Drittel der West-Löhne. Bei der Reichsbahn sollen in den nächsten fünf Jahren 68000 Eisenbahner entlassen werden. Die Frankfurter Bankiers und ihre Bonner SPD-Handlanger wollen jetzt die Reichsbahn „gesundschrumpfen" und den Waggonbau völlig schließen. Die Bundesbahn haben sie schon „saniert": 100000 Eisenbahner im Westen haben seit 1970 durch „Personalabbau" ihre Arbeitsplätze verloren, die lukrativsten Abteilungen wurden privatisiert und die Bundesbahn versinkt in einem Schuldenmeer.

Jetzt können wir die Zukunft *aller* Arbeiter ändern. Fast 100 Prozent der 250000 GdED-Mitglieder im Osten haben für Streik abgestimmt. Zusammen mit 300000 Arbeitern im Westen ist das die größte Eisenbahnergewerkschaft der Welt. Die Eisenbahner haben die soziale Macht, das Land dicht zu machen und alle Räder stillzulegen. Aber es muß ein wirklicher Streik sein, nicht ein paar Stunden hier und da, um Dampf abzulassen, wie es die SPD-Führung (die auch der Bundesbahn vorsteht) plant. *Die Eisenbahnarbeiter brauchen demokratisch gewählte Streikkomitees, die fähig und bereit sind, ihren Kampf auszuweiten und zum Sieg zu führen.*

Der Streik muß *sofort* nach Westen ausgeweitet werden! Schluß mit der absurden Situation, daß Transportarbeiter für die gleiche Arbeit und in Berlin sogar auf den gleichen Strecken in West- und Ostlöhne aufgesplittert werden. Streikt jetzt, macht alle Fern- und S-Bahnhöfe, U-Bahnen und Busse dicht! Die ÖTV muß mitmachen, weg mit der „Friedenspflicht"! Keine öffentlichen Verkehrsmittel dürfen rollen, weder Güter- noch Personenverkehr! Schickt gewerkschaftliche Sonderzüge mit Hunderten von Streikposten zu Bundesbahn-Knotenpunkten, damit die Kollegen sich eurem Streik anschließen. Macht die Hauptstadt Berlin dicht! Besetzt Reichsbahn und Bundesbahn, jetzt!

Fortgesetzt auf Seite 3



Spartakist

29. November: Buna- und Leuna-Werker protestieren gegen Massenentlassungen. Der Reichsbahnerstreik zeigte die Macht der Arbeiter!

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen 2000 Hamburg 74

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb